

Redebuch

2016



Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo 2016

Grundsätze

Januar: 551. 552. 553. 554.

Februar: 555. 556. 557. 558. 559.

März: 560. 561. 562.

April: 563. 564. 565. 566.

Mai: 567. 568. 569. 570.

Juni: 571. 572. 573. 574.

Juli: 575. 576. 577. 578.

August: 579. 580. 581. 582. 583.

September: 584. 585. 586. 587.

Oktober: 588. 589. 590. 591.

November: 592. 593. 594. 595.

Dezember: 596. 597. 598.

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo*

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

551. Bremer Montagsdemo am 04. 01. 2016

Das Wetter spielt „verrückt“



Das Jahr 2015 hat weltweit neue Temperaturrekorde aufgestellt und das „Rekordjahr“ 2014 abgelöst. Noch nie seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen im Jahr 1880 war ein Jahr im Durchschnitt wärmer. Die gravierenden Auswirkungen zeigen allein die Ereignisse im Dezember: Am Nordpol ist es bis zu 50 Grad wärmer als sonst in dieser Jahreszeit. Schon jetzt liegen die Temperaturen knapp über Null. Das beschleunigt die Eisschmelze ungeheuer.

In den vier größten Städten Italiens wurde eine so hohe Feinstaubkonzentration gemessen, dass der Autoverkehr eingestellt werden musste. Starker Smog macht den Menschen in Peking und in vielen anderen Städten Nordchinas seit Tagen das Atmen fast unmöglich. 8,5 Grad wurden an Heiligabend in Moskau gemessen, fast vier Grad mehr als der bisherige Höchstwert. Die Folgen für Flora und Fauna sind dramatisch. In den USA herrschen sommerliche Temperaturen im Osten, Tornados im Süden, Winterstürme im Westen.

Bei Überschwemmungen in mehreren Ländern Südamerikas kamen acht Menschen ums Leben, mehr als 150.000 Menschen mussten ihre Häuser verlassen. Buschbrände zerstörten im Süden Australiens weit mehr als 100 Häuser. Erneut kämpft der Norden Großbritanniens mit katastrophalen Überschwemmungen, teilweise fiel in verschiedenen Orten tagelang der Strom aus. Dauerregen seit dem zweiten Weihnachtstag setzte auch in Dänemark zahlreiche Straßen und Wohnungen unter Wasser.

Die Berichterstattung in den großen Medien reißt all diese Erscheinungen aus ihrem Zusammenhang, verharmlost ohne Ende und blendet die Ursachen aus. Da berichtet der Wetteransager mit Weihnachtsmütze aus dem Freibad, aber diese Wetterextreme sind überhaupt nicht lustig. Stets gibt es auch Stimmen, die behaupten: „Das gab es doch schon immer.“ Es wird massiv versucht, die Dramatik der Erderwärmung herunterzuspielen und die Hauptverursacher aus der Schusslinie zu nehmen.

Es ist vor allem der ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen durch Industrie und Verkehr, der zu tiefgehenden Veränderungen in der Erdatmosphäre führt. Da

die Erderwärmung in den arktischen Gebieten doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt, werden die Temperaturunterschiede zwischen den Klimazonen geringer. Laut „Potsdamer Institut für Klimaforschung“ destabilisiert dies zunehmend die Jetstreams, die maßgeblich für die Wetterentwicklung verantwortlich sind.

„Das Meereis verschwindet rapide. Im Vergleich zu vor 30 Jahren ist es um 80 Prozent zurückgegangen, ein dramatischer Verlust. Die Eisschmelze beeinflusst den Jetstream und führt zu den extremen Wettern, die wir in mittleren Breiten erleben. Sie ermöglicht der kalten arktischen Luft, viel weiter nach Süden zu gelangen“, sagt Jennifer Francis vom Rutgers Institute of Coastal and Marine Science. Deshalb erleben wir gerade einen Wintereinbruch, der die Temperatur innerhalb von zwei Tagen um 15 Grad fallen ließ.

Die neuen Klimarekorde werfen ein Schlaglicht auf die Heuchelei und den Bankrott der herrschenden Klimapolitik. Die Klimakonferenz in Paris hat keine einzige der dringend notwendigen Sofortmaßnahmen beschlossen. Die unverbindlichen „Selbstverpflichtungen“ der nationalen Regierungen laufen auf eine Erwärmung über drei Grad hinaus. Deshalb ist angestrebte „Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 bis zwei Grad“ eine Farce. Sie bedeutet in Wirklichkeit die Inkaufnahme des Übergangs in die globale Klimakatastrophe.

Die aktuelle Entwicklung unterstreicht, wie dringend notwendig der weltweite aktive Widerstand zur Durchsetzung von Sofortmaßnahmen ist: Schnelles und vollständiges Ersetzen fossiler Brennstoffe durch regenerative Energien! Energiegewinnung vor allem aus Sonne, Wind, Wasser und Bioabfällen! Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 70 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2030!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Wintereinbruch: Straßenbahnfahrer müssen aussteigen und die Weichen von Hand umstellen („Radio Bremen“)

„Sicherung des Existenzminimums ist Verfassungsauftrag, keine Frage fiskalpolitischer Opportunität“

1. Weihnachten und Silvester liegen hinter uns, das neue Jahr 2016 hat begonnen. Mit der „Erhöhung“ des ALG-II-Satzes für eine(n) Alleinstehende(n) um entwürdigend magere fünf Euro und des Kindergeldes um beschämend traurige zwei Euro in diesem reichen Land kann sich selbstredend nichts an der schämlichen Situation auch von immer mehr Berufstätigen verändern, die mit ihren kümmerlichen Einkommen nur äußerst knapp die eigenen Lebenshaltungskosten und

jene ihrer Kinder irgendwie tragen können sollen. Zum Jahresende, in der Adventszeit, erregen diese Missstände stets das Mitleid derer, denen es besser geht, und immer häufiger erreichen Anträge solcher Familien die „Weser-Kurier-Weihnachtshilfe“.

Da reihen sich dann die verschiedenen, bedauernswerten Schicksale der Familien aneinander, die alle eint, unter akutem und zugleich chronischen Geldmangel zu leiden. Auch wenn ihnen zum Weihnachtsfest noch ein Zusatzbeitrag geschenkt wurde, um sich davon eigentlich selbstverständliche Dinge wie neue Schuhe, Kleidung und Winterjacken kaufen zu können, müssen sie in den verbleibenden elf Monaten des Jahres sehen, wie und womit sie über die Runden kommen. Weil nur jeder zweite Arbeitnehmer Extrageld zum Fest bekomme, forderte „Die Linke“ ein Weihnachtsgeld für alle. Es solle mindestens die Hälfte des persönlichen Monatseinkommens betragen und damit auch für Erwerbslose gelten, wonach diesen nach dem 2015 geltenden **Regelsatz** 199,50 Euro zustünde.

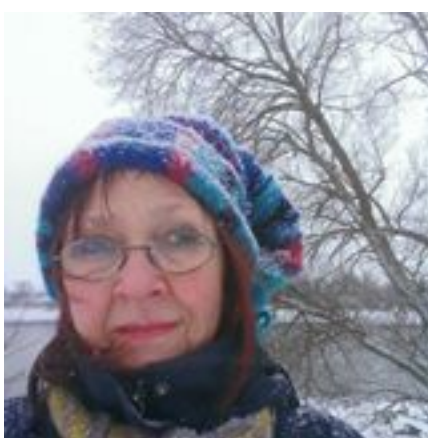
Katja Kipping verlangt von der Bundesregierung, ein echtes Zeichen zu setzen und so einen handfesten Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit zu leisten, anstatt in Weihnachtsansprachen an mehr Mitgefühl und Nächstenliebe zu appellieren. Weil es zusätzlich für zunehmend mehr Menschen nur Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnsektor gibt, wird deren Situation im „abgehängten Prekariat“ nur zementiert, sodass am Ende des Geldes fast immer noch ganz viel Monat übrig ist. Alleinerziehende und Pflegende von Familienangehörigen sind so doppelt gestraft. Allerdings liegt dies kaum an den Familien selbst, sondern an der neoliberalen, unsozialen Politik, die sich nicht darum kümmert, dass es einen anständigen Mindestlohn, ein echtes Grundeinkommen, eben eine Grundsicherung gibt, die diesen Namen verdient. In unserem reichen Land ist genug Geld für alle da – wenn denn auch mal die Reichen so zur Kasse gebeten würden wie der große Rest der Bevölkerung!

Selbst aus einer Berechnung des DGB geht hervor, dass die Hartz-IV-Regelsätze zwar zum Jahresanfang ein wenig steigen, doch den Bezieher(inne)n unter dem Strich sogar deutlich weniger als zur Einführung der neuen Transferleistung durch Rot-Grün im Jahr 2005 bleibt, denn während die Preise für Nahrungsmittel um 24,4 Prozent kletterten, stiegen die Regelsätze von 2005 bis 2015 nur um schlappe 15,7 Prozent an. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisiert, dass sich trotz guter Konjunktur die Spaltung zwischen Oben und Unten noch weiter vergrößert habe. Damit würde ein Teil der Gesellschaft, darunter überproportional viele Kinder, von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt. Buntenbach fordert, die Bundesregierung dürfe bei der Neubestimmung des sozio-kulturellen Existenzminimums ab 2017 die Regelsätze nicht weiter kleinrechnen: „Die Sicherung des Existenzminimums ist ein Verfassungsauftrag und keine Frage fiskalpolitischer Opportunität.“

Die Parteivorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, warf der Bundesregierung vor, den Regelsatz mit statistischen Tricks gezielt nach unten gerechnet zu haben. Sie stellte fest, dass ein Leben in Menschenwürde, wie es das Grund-

gesetz verlangt, für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, so immer weniger möglich sei. Kipping verlangte eine Neuberechnung der Regelsätze und die Berücksichtigung der Preisentwicklung bei den Anhebungen. Auch der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ hatte der Bundesregierung Trickserien bei der Festlegung der Hartz-IV-Sätze zulasten der Empfänger vorgeworfen.

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ riet in einem Newsletter den Hartz-IV- und Sozialhilfebezieher(inne)n, Widerspruch gegen die Bescheide ab 1. Januar 2016 einzulegen, weil die Bundesregierung die jährliche Anpassung der Regelleistung nicht gesetzeskonform vorgenommen hat. Ich befürchte, dass sich an der prekären Situation so vieler Menschen erst dann etwas Entscheidendes verändern wird, wenn es endlich ein angemessenes, bedingungsloses Grundeinkommen gibt!



2. Manchmal stehen mir beim Zeitunglesen wirklich die Haare zu Berge. Ist es denn zu glauben: Da schrieben doch wirklich **Beschäftigungsträger** vom „Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen“ einen Offenen Brief an Bürgermeister Sieling, dass 200 Jobs, äh: Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose „in Gefahr“ seien! Dabei haben sie die Unterstützung von mehreren Stadtteilpolitikern und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Es ist sogar die Rede von einem „Skandal“ und dass

das Auslaufen der „Förderung“ ein „falsches politisches Signal“ sei. Man höre und staune: Wenn diese 200 Stellen für Langzeitarbeitslose verschwänden, würde Menschen nämlich die „Möglichkeit zur sozialen Integration und ein Teil ihrer Würde“ genommen.

Peter Dorlöchter von „Vadib“ beschwert sich, dass Carsten Sieling zwar die „Stärkung eines sozialen Arbeitsmarktes“ ankündigte, aber keine Umsetzung davon einleitete. Schließlich seien der Wegfall sozialer Angebote in den Stadtteilen und der Wegfall von Stellen für Langzeitarbeitslose kontraproduktiv, wenn Armut bekämpft werden sollte. Natürlich sei für die Langzeiterwerbslosen „vor allem auch eine feste Tagesstruktur“ so wichtig, wie morgens zur Arbeit zu gehen und gebraucht zu werden. Das sei gerade für diejenigen wichtig, die es schwer hätten, eine normale Stelle auf dem freien Arbeitsmarkt zu finden, deshalb gebe es ja öffentlich geförderte Stellen für Langzeitarbeitslose. Laut Dorlöchter arbeiten rund 200 bis 220 Langzeitarbeitslose als „bezahlte Ehrenamtliche“ in Stadtteil-Einrichtungen und seien dort zum Beispiel 30 Stunden pro Woche im Einsatz. Sie können sich dadurch neben dem Bezug von Hartz IV anrechnungsfrei bis zu 200 Euro dazuverdienen.

Meine Güte, welche Märchen sollen uns denn hier noch aufgetischt werden, weil niemand eingestehen mag, dass es anständig bezahlte Arbeit als echte Stellen, nicht nur Dumpinglohn-Jobs, eben nicht für alle gibt? Stattdessen wird lieber

so getan, als liege es an den Probanden selber: Sie bräuchten eine „Tagesstruktur“, ohne die sie wohl dem Alkohol verfallen könnten. Mit dem Wegfall dieser sie ausbeutenden „Stellen“ würde ihnen die Möglichkeit zur sozialen Integration und ein Teil ihrer Würde genommen? Armut wird „bekämpft“, indem 200 bis 220 Langzeiterwerbslose als „bezahlte Ehrenamtliche“ in Stadtteil-Einrichtungen arbeiten und dann für eine 20- oder 30-Stunden-Stelle anrechnungsfrei bis zu 200 Euro dazuverdienen dürfen? Nein, wie großzügig! Ich müsste lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Das ist doch kein Lohn, sondern eine bloße Aufwandsentschädigung!

Armut bekämpfen, die erst durch die Schaffung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze so herzallerliebste erblühen und sich in ihrer asozialen Gänze entfalten durfte? Nicht der Wegfall solcher Stellen für Langzeitarbeitslose ist kontraproduktiv, um Armut zu bekämpfen, sondern die Schaffung von Hartz IV durch die rot-grüne Bundesregierung, von CDU und CSU vollmundig unterstützt! Außerdem vermag ich mir so viel Altruismus der Beschäftigungsträgern gar nicht vorzustellen. Was beunruhigt sie denn nun wirklich: der Wegfall ihrer Förderung durch öffentliche Mittel oder tatsächlich der mögliche Verlust der Stellen für die Langzeiterwerbslosen? Warum gibt es Arbeit für Erwerbslose nur umsonst? Weshalb entschwinden die Profite aus deren kostenloser Arbeit in den tiefen Taschen der Leitungen größerer Unternehmen?

War oder ist Peter Dorlöchter nicht auch Geschäftsführer der „Gröpelinger Recycling-Initiative“, wo viele Ein-Euro-Jobber(innen) „beschäftigt“ sind oder waren? Ist er nun auch noch Geschäftsführer der „Ökonet gGmbH“, einem weiteren Beschäftigungsträger? Süßer die Kassen nie klingelten! Ist es nicht eher zu brandmarken, ja als eigentlicher Skandal zu sehen, dass diese im Artikel als so wertvoll beschriebenen Jobs öffentlich gefördert werden und über Träger laufen müssen? Wieso werden die ehemaligen Langzeiterwerbslosen nicht unbefristet und mit anständigem Gehalt auf dem ersten Arbeitsmarkt eingestellt? Dadurch könnten auch die sicherlich großzügig bemessenen Gehälter für die Beschäftigungsträgerpersönlichkeiten einfach wegfallen!

3. Am Wochenende verband Horst Seehofer zum ersten Mal seine Forderung nach einer „Obergrenze für **Flüchtlinge**“ mit einer konkreten Zahl: Er behauptete, höchstens 200.000 Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge pro Jahr seien „verkraftbar“. „N-TV“ kommentiert, es sei interessanter, was er im „Bild“-Interview verschweige, weil eine Zahl noch nichts ändere: Es komme auf die Methoden der Durchsetzung an. Wie Seehofer seine „Obergrenze“ durchsetzen wolle, deutet er nur mit der Bemerkung an, die Menschen, die zu uns kämen, hätten bereits mehrere Länder durchquert, in denen sie nicht verfolgt worden seien. Damit spielt er natürlich auf die „Dublin-III“-Verordnung an, die bestimmt, dass derjenige EU-Staat für einen Flüchtling zuständig ist, den dieser zuerst betritt. Damit war Deutschland jahrelang fein raus.

Seehofer weiß, dass dieses System angesichts der Bürgerkriege in Syrien, im Irak und in Afghanistan nicht mehr funktioniert. Will er mit seiner „Obergrenze“

ze“ nicht eigentlich faktisch das Asylrecht abschaffen und die Genfer Flüchtlingskonvention außer Kraft setzen? Der Frage, was denn „christlich“ und „sozial“ daran sei, Kriegsflüchtlingen die Zuflucht zu verweigern, weicht er mit der Gegenfrage aus, wie Deutschland „ganz allein die Flüchtlingsprobleme der Welt lösen“ solle. Ja, brauchen wir überhaupt noch „christliche“ und „soziale“ Werte, sind sie nicht überflüssig geworden? Warum sollte Deutschland alle Flüchtlinge aufnehmen, wenn die zum Beispiel bloß „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind?

Wenn Deutschland Waffen in die Kriegsgebiete ihrer Heimatländer verkauft, dann sollen sie sich halt anpassen und mitspielen bei „Räuber und Gendarm“ oder „Cowboy und Indianer“, das kann doch so schwer nicht sein! Wenn ihre Länder wegen des Klimawandels ständig unter Wasser stehen, sollten sie dann nicht besser Haltung bewahren und dableiben, sich Gummistiefel kaufen oder schwimmen lernen? Als Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg alle seine Flüchtlinge in den zerbombten Städten aufnehmen musste, da konnten die wenigstens Deutsch. Vielleicht könnten profunde Deutschkenntnisse als Einwanderungsbedingung Seehofers „Obergrenzen“ ablösen, und das Flüchtlingsproblem erledigte sich von selbst. Ironie aus!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Appell zwischen den Jahren: Montagsdemo-Beiträge auf Bremer Landesseite der Linkspartei erhalten! („Scharf links“)

Rund 1,2 Millionen Euro hat das Jobcenter im letzten Jahr sanktionsbedingt weniger ausgezahlt

1. Alles Gute für 2016, auch von mir! Wir werden weiterhin unsere Meinung kundtun und damit die Möglichkeiten der **Demokratie** nutzen. Im abgelaufenen Jahr waren erneut Forderungen nach der Abschaffung des Wahlrechts für Leistungsbezieher erhoben worden. Aussichtslos? Nur wenn die Leistungsbezieher die Möglichkeiten der Demokratie aktiv nutzen: Einfach wählen gehen und zwischen



den Wahlen die Veranstaltungen besuchen, in denen es um ein soziales Miteinander geht und alles, was euch interessiert und berührt!

Auch die Abgeordneten müssen sehen: Hoppla, sozial ist besser! „Die Wahl ändert doch sowieso nichts“? Für eine Veränderung durch Wahlen gibt es aktuelle Beispiele: Polen mit klarer Einschränkung, Kanada mit klarer Stärkung der Demokratie. Die Berichterstattung über die Veränderungen in Polen läuft zeitnah über unsere Medien, doch die vielversprechenden Veränderungen in Kanada sind dort selten Thema.

Zum Ende seines Jahresrückblicks „Tilt! Tschüssikowski 2015“ wurde die neue Regierung von Kanada von Urban Priol gelobt: Alle Bevölkerungsgruppen wurden eingebunden und Minister ernannt, die mit dem Aufgabenbereich auch vertraut sind, also Fachleute. Einfach sehenswert! Diese Regierung Kanadas ist bereit, über das Freihandelsabkommen mit der EU neu nachzudenken, sie ist gesprächsbereit! Nutzen wir diese Möglichkeit?

2. Wie kann es sein, dass die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen ihren Leistungsbezieher(inne)n monatlich rund 300.000 Euro Erstattung für die Kosten der Unterkunft vorenthält? Bremen steht eigentlich für den ehrlichen und ehrbaren Kaufmann, doch ein Gerücht lauert auf den Fluren: „Wenn wir denen zu viel zahlen, müssen wir mit einer Zahlungsaufforderung und Schadenersatzklage der Bundesregierung rechnen“. Eine faustdicke Lüge, aber mit Folgen!

Die Tatsache: Der Bund vergütet den Kommunen einen festen Prozentsatz an den Ausgaben für die **Kosten der Unterkunft**, also die Miete der SGB-II-Leistungsbezieher(innen). Zwischen 2005 und 2008 hat der Rechtsvorgänger des Jobcenters Berlin in Kostensenkungsaufforderungen eine Frist von zwölf Monaten eingeräumt, obwohl im Gesetz sechs Monate festgelegt wurden. Diese sechs Monate können vom Amt bei Nachweis einer erfolglosen Anstrengung auch mehrmals um je sechs Monate verlängert werden. Berlin hat von vornherein die Frist auf zwölf Monate festgelegt und damit einen Verstoß gegen die diesmal klare Formulierung im SGB II begangen. Berlin wurde vom Bund daraufhin auf Schadenersatz verklagt.

Das Verfahren wurde vor dem Bundessozialgericht geführt (Aktenzeichen B1 AS 1/08 KL vom 15. Dezember 2009): „Mit Wirkung vom 1.10.2005 erließ er Ausführungsvorschriften, wonach im Sinne eines Jahresbestandsschutzes nicht angemessene Kosten der Unterkunft zunächst für das gesamte erste Jahr des Leistungsbezugs in tatsächlicher Höhe übernommen werden sollten (Nummer 4 Absatz 3 der Ausführungsvorschriften Wohnen). Dieser Bestandsschutz sollte es Leistungsbezieher(n) ermöglichen, sich im ersten Jahr ihres Leistungsbezuges vollständig auf die Arbeitsuche und nicht auf die Suche nach einer angemessenen Wohnung zu konzentrieren, so die ursprünglichen Einlassungen des Beklagten gegenüber der Klägerin“ (siehe auch die Ifd Nr. 46 und 47 der Entscheidung).

Gegenstand des Verfahrens war die Fristüberschreitung, nicht die Höhe der Kosten der Unterkunft, auch wenn die Mietobergrenzen der damaligen „Ausführungsvorschriften Wohnen“ in Berlin insgesamt zu niedrig waren, wie die normalen Sozialgerichtsverfahren ergaben. Für den „Bremer Flurfunk“ reicht dieses Ge-

rücht, um die Leistungsbezieher ungestraft weiterhin zu übervorteilen. Normalerweise würden diese Verantwortlichen jede Unterstützung verlieren, doch solche Ablenkungsmanöver retten sie bisher. Wie sehr und auf welche Weise in Bremen die Kosten der Unterkunft, also die erstattungsfähige Miete kleingerechnet wurde, siehe 549. Bremer Montagsdemonstration.

Der Eigenanteil von über 300.000 Euro allein im Monat August fehlt in der Haushaltskasse der Leistungsbezieher und in der Ladenkasse des Einzelhandels in Bremen. Wer einen Eigenanteil zur Miete zahlt, kann einen rückwirkenden Antrag auf Überprüfung ab 1. Januar 2015 stellen. Wie dies geht? Nachlesen bei den vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen oder einfach vorbeikommen! Wer nicht selbst betroffen ist, merkt nichts davon. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist in diesem Punkt wenig bekannt und lädt auch nicht gerade zum Stöbern ein. Anderen Quellen über die Findung der Mietrichtwerte sind lesbarer, aber die Auswirkung steht da nicht, ebenso wenig im Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt „Lebenslagen im Land Bremen 2015“.

Auf Seite 155 steht über die ab 1. Januar 2014 gültige Verwaltungsanweisung Wohnen: „Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind. Grundlegend sind Hilfebedürftige in die Lage zu versetzen, ihr elementares Grundbedürfnis Wohnen zu angemessenen Bedingungen zu befriedigen. Darüber hinaus wurden die Vorgaben zur Ermessensausübung verbessert. Bisher wurden schon Regelungen getroffen, um in besonderen Einzelfällen Unterkunftskosten auch über den Richtwert hinaus übernehmen zu können.“ Wo sind diese Vorgaben nachlesbar? Die Sachbearbeitung macht von ihren Ermessensspielräumen weisungsgebunden keinen Gebrauch!

Auf Seite 161 heißt es: „Der Wohnungsmarkt ist nach einer vorübergehenden Stabilisierung im vergangenen Jahrzehnt wieder angespannt. Der Nachfrageüberhang hat sich insbesondere bei preiswerten Wohnungen deutlich erhöht. Insbesondere ist die Versorgungslage von einkommensschwachen Haushalten mit preiswertem Wohnraum noch nicht ausreichend.“ Auf Seite 162 steht unter „Maßnahmen“ die „Bedarfsgerechte Festlegung der Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XI“. Wer diese Formulierungen liest denkt, alles sei in Ordnung.

3. Ab Seite 163 steht über die Gesundheit: „Der Zusammenhang zwischen Armut und gesundheitlicher Lage ist im ersten Armuts- und Reichtumsbericht beschrieben worden (ab Seite 139). Zahlreiche Studien haben nachgewiesen, dass Menschen in finanzieller Armut erhöhten gesundheitsbezogenen Risikofaktoren ausgesetzt sind, häufiger an gesundheitlichen Einschränkungen und Erkrankungen leiden und früher sterben als wohlhabendere Menschen.“

Die Armen und Erwerbslosen werden im Jobcenter „negativ bearbeitet“: Wenn klar ist, dass eine Vermittlung in Arbeit unwahrscheinlich ist (meist weil keine Arbeitsplatzangebote vorliegen), wird in Richtung Krankheit gedrückt. Wer aus ge-

sundheitlichen Gründen aus der Statistik ausscheidet, gilt als erfolgreich in Arbeit vermittelt, und der Fallmanager hat sich seinen Zielvorgaben genähert. Krankheit und Beeinträchtigungen mussten auch zur Begründung bei der Zuweisung in einen Ein-Euro-Job herausgestellt werden.

Fallmanager können nur auf die vorhandenen Stelleangebote vermitteln. Dies wurde besonders betont, als Bilanz über den „Erfolg der Joboffensive“ gezogen wurde: Die Ziele wurden bei Weitem nicht erreicht und gerade so die Kosten eingespielt. Als Begründung folgte die nüchternde Beschreibung der Arbeitsmarktsituation in Bremen. Die **Sanktionen** wurden um über 20 Prozent gesteigert. Dieser so gesparte Betrag deckte die erhöhten Personalkosten durch die „Joboffensive“ in Bremen. Nun wird das Personal des Jobcenters Bremen um 100 Mitarbeiter(innen) aufgestockt, die Bundesagentur für Arbeit erhält zehn bis 15 „Neue“, so der „Weser-Report“ vom 3. Januar 2016 (Seite 2).

Rund 1,2 Millionen Euro hat das Jobcenter in zwölf Monaten sanktionsbedingt weniger ausgezahlt. Der Geldmangel ist für die Betroffenen hart und hat Nachwirkungen, die weit über den Sanktionszeitraum hinausreichen! Der Umfang der Sanktionen und die Gründe dafür sind in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit „Deutschland nach Ländern und Kreisen“ nachlesbar. Die Sanktionen reduzieren das Existenzminimum! Dass die Sozialgerichte Gotha und Dresden Zweifel angemeldet haben und das Bundesverfassungsgericht die Sanktionspraxis nun prüfen soll, ist für Regierungspolitiker scheinbar kein Grund, etwas an der Gesetzgebung zu ändern.

Der DGB hat zu den Sanktionen Stellung bezogen. Auf Seite 3 steht: „Sanktionen haben nach Auffassung des DGB (nur) dann eine Berechtigung, wenn eine zumutbare und sinnvolle Verpflichtung der Arbeitsuchenden durch eigenes Verschulden ohne wichtigen Grund nicht erbracht wurde. Dies setzt aber voraus, dass zunächst auch ein sozialstaatlich zumutbares Angebot, sei es Arbeit oder eine Eingliederungsmaßnahme, gemacht wurde. Gerade hieran mangelt es jedoch in vielen Fällen in der Praxis. Dort werden Mitwirkungspflichten eher schematisch eingefordert und kontrolliert. Daraus entsteht erheblicher Verwaltungsaufwand und eine Ursache für viele Rechtsstreitigkeiten, wodurch wiederum erhebliche Verwaltungskapazitäten gebunden werden.“

Weil die Jobcenter genau diese Voraussetzung nicht erfüllen, sind Sanktionen Unrecht. Die vorstehenden Zeilen bieten die Begründung, um sich gegen die Sanktionen zu wehren. Ein Überprüfungsantrag ist rückwirkend zum 1. Januar 2015 möglich. Wie dies geht? Nachlesen auf unseren Seiten oder einfach vorbeikommen! Der Gesetzgeber hat die Änderungen des SGB II zur bisherigen Sanktionspraxis noch nicht verkündet. Es ist noch Zeit für die Politiker nachzudenken!

Die „Junge Welt“ hat unter dem Titel „Von Armut distanziert“ über Jugendliche auf der Straße und andere Erfahrungen mit den Jobcentern berichtet: „Jugendliche ohne Obdach, ohne Ausbildung, ohne Hilfe, die in Parks und an Großstadtbahnhöfen betteln: Dass mindestens 50.000 Untersiebenundzwanzigjährige, dar-

unter etwa 21.000 Minderjährige, in Deutschland davon betroffen sind, schätzte im Juni das Deutsche Jugendinstitut in einer Studie.“

Weiter: „Julian K. findet solche Debatten demütigend. Seit sieben Jahren erlebt er, was Hartz IV bedeutet. Obwohl seine Mutter stundenweise als Kassiererin arbeite, werde sie immer wieder zum Amt beordert. Auch ihn lädt das Jobcenter, seit er 15 ist, alle paar Monate vor, ‚mitsamt Sanktionsdrohung‘. Mit seinen früheren Schulfreunden kann er nicht mithalten, er hat die meisten Kontakte abgebrochen, denn für alles fehlt das Geld, ob Führerschein oder Geburtstagsfeiern.“

Die Überschrift stellt auch fest: „Bundesregierung negiert soziale Verwerfungen und zündelt mit Faulheitsdebatten“. Diese Faulheitsdebatte soll auch in Bremen Unfähigkeit im Amt überlagern. Erfunden wurde der „nicht arbeiten wollende Erwerbslose“. Er ist neu. Ich habe in über zehn Jahren Montagsdemonstration und Vereinsarbeit mit „so:leb“ viele Erwerbslose kennengelernt, aber ich kenne keinen Menschen, der arbeitsunwillig ist.

Über 75 Prozent der Sanktionen werden wegen Terminversäumens verhängt. Der Mensch erhält eine „Einladung“ mit normalem Brief, nicht per Einschreiben. „Einladungen“ werden aber erst wirksam, wenn sie den Empfänger erreicht haben: Der Mensch muss den Empfang der „Einladung“ zugeben, um diese Sanktionen zu erleiden. Gibt es einen besseren Beweis für die Ehrlichkeit der armen Menschen? Wie sich manche Millionäre verhalten, zeigt sich bei der Mehrfacherstattung von Kapitalertragsteuer. Das ist kein Versehen: Mit Absicht wird der Erstattungsantrag mehrfach gestellt.

4. Seit dem 1. Januar 2016 gibt es im SGB-II-Leistungsbezug keine **Familienversicherung** in der gesetzlichen Krankenkasse mehr. Auch Jugendliche ab 15 Jahren müssen sich für eine Krankenkasse entscheiden, oder das Jobcenter wählt eine aus. Dies ist eine weitere Besonderheit für die SGB-II-Betroffenen.

Auf Seite 4 der Arbeitsanleitung der „Caritas“ steht Näheres: Die Beiträge für die jetzt einzeln versicherten Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft (früher: Familie) übernimmt das Jobcenter. Eine 100-Prozent-Sanktion beendet somit eventuell die Mitgliedschaft in der Krankenkasse. Auf Seite 5 wird diese Auswirkung beschrieben: „Bekommt er auf Antrag ergänzende Sachleistungen wie Lebensmittelgutscheine, ist er weiterhin versicherungspflichtig nach § 5 Absatz 2a SGB V, und es ändert sich an seinem Versicherungsschutz nichts.“

Das Jobcenter in Bremen gibt auch bei einer 100-Prozent-Sanktion Gutscheine nur auf Antrag aus. Der Bedarf wird auch nicht hinterfragt und angeboten. Für Privatversicherte ist alles anders, wie in der guten Anleitung der „Caritas“ nachlesbar. Wenn der Leistungsbescheid rückwirkend aufgehoben wird, müssen die Beiträge zur Krankenkasse an das Jobcenter erstattet werden, nach der Rechtsprechung zur Arbeitslosenhilfe auch dann, wenn ohne SGB-II-Bezug eine Familienversicherung möglich gewesen wäre. Nach meiner Meinung hilft eventuell ein vorsorglicher Antrag auf Familienversicherung bei der Krankenkasse.

5. Kurz noch in Dank an unsere lieben Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Zu den aufgeworfenen Fragen: Unsere **Beiträge** waren früher auch auf der Website „Die Linke Bremen“ unter „Aktuelles“ zu lesen. Dann erfolgte gemäß Beschluss die Verschiebung zu „Debatte“. Wie dies gelaufen ist, möchte ich nicht aufwärmen. „Geboren“ wurde eine Verunsicherung. Unsere Beiträge waren damals unter „Aktuelles“ genauso „in der Überzahl“, so die mündliche Begründung, wie heute unter „Debatte“. Natürlich habe ich nichts gegen eine Rückkehr auf „Aktuelles“!

Damals waren auch unsere Termine unter „Termine“ nachzulesen, dann wurden sie nicht mehr eingetragen. Die mündliche Begründung lautete Überlastung. Ich habe aktuell um Eintragung gebeten, hilfsweise nur für Änderungen und Ergänzungen des Dauertermins. Am Donnerstag war ich in der Sitzung des Parteivorstandes „Die Linke“: Unsere Beiträge werden weiterhin „übernommen“, Weiterungen wird es nicht geben. Damit ist die Angelegenheit für mich geklärt. Ansonsten gehen uns leider die Themen nicht aus. Daher treffen wir uns immer wieder montags und hoffentlich mit weiterer Unterstützung meiner Partei. Herzliche Grüße und alles Gute für 2016!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

An die Online-Redaktion der Bremer Linkspartei! Ich wundere mich über die Einschätzung, die Texte von Elisabeth und Hans-Dieter seien „keine Debattenbeiträge“. Ist „kein Debattenbeitrag“ einer, über den nicht debattiert wird? Liegt dann die Schuld dafür bei dem oder der Verfasser(in)? Hätte der Text „kontroverser“ sein müssen? Aber wäre er dann überhaupt auf eure Website gekommen?

Mein Eindruck ist, dass Hans-Dieter und Elisabeth nur gelegentlich und behutsam von eurer Parteilinie abweichen, wenn sie zum Beispiel hin und wieder mal die Forderung nach einem Grundeinkommen erheben, um das Existenzrecht jedes Menschen zu sichern. Insofern debattieren sie damit über den Forderungskanon der Linkspartei und liefern eben doch Debattenbeiträge, womöglich sogar notwendige.

Klar ist auch, dass nicht einfach „ins Blaue hinein“ debattieren darf, wer in der Politik ernst genommen werden will. Da muss erst einmal Aktuelles und Juristisches vorgetragen und erörtert werden, um den weniger gut Informierten den Sachverhalt zu verdeutlichen. Deshalb auf gute Zusammenarbeit im neuen Jahr! Es wirkt aber nicht sehr selbstbewusst, wenn eine Redaktion regelmäßig in nennenswertem Umfang zugeliefertes Material mehr versteckt als präsentiert.

Vielleicht habt ihr nur den Eindruck, die Überschrift der Rubrik sei nicht ganz passend, darin seien doch vor allem „Montagsdemo-Beiträge“ und keine „Debatten-Beiträge“. Ihr könntet euch an der Gestaltung von „Spiegel-Online“ orientieren, der seine Kolumnisten abwechselnd unter dem Punkt „Meinung“ auf der Startseite verlinkt, sich auf diese Weise gleichzeitig mit ihnen schmückt wie von ihnen distanziert und jederzeit die Möglichkeit hat, einen ihrer Artikel besonders herauszustellen, der „ins Schwarze“ trifft.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

552. Bremer Montagsdemo am 11. 01. 2016

Neue Tücken, um nicht Hartz-IV-konforme Menschen in die Knie zu zwingen



1. Seit Jahresbeginn gelten für Hartz-IV-Bezieher neue Regeln, die nicht nur eine Fülle zusätzlicher Bürokratie bedeuten. Von nun an müssen finanziell vom Jobcenter abhängige Jugendliche ab dem vollendeten 15. Lebensjahr sich selbst krankenversichern, egal ob sie noch zur Schule gehen oder eine Ausbildung machen. Für Hartz-IV-Bezieher gilt der Vorrang der Familienversicherung bei den **Krankenkassen** nicht mehr, sodass jede(r) „erwerbsfähige Hilfebedürftige“ ab 15 Jahren ein eigenständiges Mitglied

bei der Kranken- und Pflegeversicherung zu werden hat. Angeblich wolle die Bundesagentur für Arbeit den „Prüfaufwand“ der Jobcenter verringern, obwohl sie den Mindestbeitrag übernimmt, was erstens weitaus höhere Kosten verursacht als bisher und dazu für Leistungsbezieher erhebliche Tücken in sich birgt.

Der Spitzenverband „Bund der Krankenkassen“ hofft nun auf Mehreinnahmen, weil ja viele Versicherte neu hinzukämen. Allerdings sei gleichzeitig der monatliche Pauschalbeitrag pro Kopf abgesenkt worden, „etwa von 120 bis 140 auf unter 100 Euro“. Die Verwaltungswirtin Claudia Mehlhorn gibt zu bedenken, dass ein Leistungsberechtigter, der Hartz IV auch tatsächlich bekommt, sich zwar keine Sorgen machen müsse. Alarmierend werde es aber, wenn etwa ein Jugendlicher zu 100 Prozent sanktioniert würde, was Unterfünfundzwanzigjährigen bereits seit 2007 schon beim zweiten „Fehlverhalten“ als drakonische Strafe drohen kann.

Hierbei rät Mehlhorn jedem Betroffenen, sofort zum Jobcenter zu gehen und mindestens einen Lebensmittelgutschein pro Monat zu beantragen, weil das Amt nur in diesem Fall die Zahlung der Beiträge wieder in Gang setze. Wenn die Essensmarken nicht beantragt werden beziehungsweise das Jobcenter sie ablehnt, melde das Amt Betroffene einfach bei der Kasse ab. Dann greife automatisch die 2013 eingeführte sogenannte obligatorische Anschlussversicherung. Was jetzt

kommt, das finde ich ganz besonders perfide: Nach der Abmeldung schicken die Kassen einen Einkommensfragebogen, der zwingend ausgefüllt werden muss, auch wenn jemand nur vom Flaschensammeln „lebte“, weil nur so ein Anspruch auf Familienversicherung geprüft werde.

Wenn dieser Anspruch wie bei Alleinstehenden oder elternlosen Jugendlichen nicht bestehe, sollen die auf Null Sanktionierten den Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte von rund 165 Euro selbst aufbringen. Das kann doch gar nicht funktionieren! Noch viel rigoroser werden von diesem unerbittlichen System jedoch jene getroffen, die nicht auf das Schreiben mit dem Fragebogen reagieren, weil sie es vielleicht durch Obdachlosigkeit gar nicht bekommen haben: Dann werden junge Menschen unter 25, von denen sowohl das Amt als auch die Kassen genau wissen, dass sie überhaupt kein Geld besitzen, dazu verdonnert, sich mit dem Höchstbetrag von 700 Euro einstufen zu lassen.

Wer erst mal in dieses Mahnverfahren hineingerutscht sei, komme dort so schnell nicht mehr heraus. Sozialrechtler Harald Thomé warnt vor weiteren Tücken: Wenn das Jobcenter einer Familie wegen Überzahlung für einen oder mehrere Monate die gesamte Leistung streicht, fordert die Krankenkasse für jeden Angehörigen einen Beitrag für diese Zeit. Für eine von Hartz IV entbehrensreich vegetierende Familie mit zwei Kindern bedeutete dies viermal 165 gleich 660 Euro. Sollen hier nicht Hartz-IV-konforme Menschen, die sich noch gegen empfundenes Unrecht vonseiten der Arbeitsagentur wehren wollen, mit arglistiger Hinterhältigkeit gedemütigt und letztlich in die Knie gezwungen werden?

2. Bremens Frauenbeauftragte, Ulrike Hauße, meldete sich zu den massiven Übergriffen auf Frauen in Köln zu Wort. Was sich an Silvester in Köln ereignete, habe sich auch in etwas schwächerem Maße in Hamburg, Düsseldorf und in Stuttgart ereignet. Sie sagte, dass in verschiedenen Städten Taten offenkundig geworden seien, die alle eine Sprache der **Gewalt gegen Frauen** sprächen. Hauße kritisiert, dass wir vor allem über das Thema Flüchtlinge diskutierten und darüber, wie wir uns sichern könnten und dabei die Frauen, die eigentlich im Zentrum des Geschehens stünden, aus dem Blick verlören. Frauen seien ja nicht nur zu Silvester, sondern täglich Opfer sexualisierter Gewalt.

Auch wenn in Köln offensichtlich vor allem Männer mit Migrationshintergrund mobartig auftraten, so wissen wir noch nicht, ob die Täter alle Flüchtlinge waren. Doch wissen wir, dass Gewalt gegen Frauen von Männern aus allen Kulturen und allen Schichten ausgeht. Die Frauenbeauftragte findet es zynisch, jetzt so zu tun, als ob weiße Männer nicht an der Gewalt gegen Frauen beteiligt wären. Auch den Rat von Köln Oberbürgermeisterin Henriette Reker an die Frauen, sich die Männer auf eine Armlänge Abstand zu halten, hält sie jetzt für das falsche Signal, weil es den Eindruck entstehen lasse, dass die Frauen einen Anteil am Geschehen gehabt hätten oder eine Handlungsmöglichkeit. Die hatten sie eben nicht, sie konnten den Tätern nicht ausweichen.

Auch wenn jetzt viele Leute forderten, keine alleinstehenden Männer aus arabischen Ländern mehr einreisen zu lassen und minderjährige Flüchtlinge aus nordafrikanischen Ländern abzuschicken, die „Antanzdiebstähle“ begingen, sprächen die Zahlen der Polizei eine andere Sprache: Wir hätten durch die Aufnahme von Flüchtlingen nicht signifikant mehr Eigentumsdelikte. Bei den Übergriffen in Köln sei es um eine Erniedrigung von Frauen gegangen, um eine systematische Demütigung, so wie es in allen Kriegen zu Vergewaltigungen komme. Hauffe kritisiert, dass die öffentliche Debatte momentan den Anschein erwecke, als ob muslimische Männer und Flüchtlinge potenzielle Gewalttäter seien. Das seien sie nicht, wir dürften solch einen Generalverdacht nicht zulassen.

Natürlich gebe es kulturspezifische Unterschiede bei den Geschlechterrollen: Die Frauenrollen „dort“ seien eingrenzender als bei uns. Ganz sicher gebe es ein Islamverständnis, das sexistisches Denken stütze. In diesem Bereich ein Umdenken zu bewirken, sei eine Herausforderung der Integration. Wir Frauen ließen uns hier in Deutschland auf keinen Fall eingrenzen, aber auch nicht für die antiislamistische Debatte benutzen, die jetzt tobe. Die Aussage etlicher Bremer, wir hätten uns diese Probleme mit den Flüchtlingen „importiert“, blende aus, dass Frauen überall, auch in Bremen, täglich Sexismus erlebten, unabhängig von Flüchtlingsströmen.

„K.-o.-Tropfen“ seien in Bremer Kneipen ein großes Thema: Mit diesen Drogen würden Vergewaltigungen unsichtbar gemacht. Dass auf dem Parkplatz hinter dem Weserstadion helle Flutlichtstrahler angebracht wurden, liege daran, dass Frauen dort oft Übergriffe erlebt hätten. Ulrike Hauffe sagt, wir sollten nicht tun, als ob das Problem neu sei, dass Männer Gewalt ausüben. Wir Frauen dürfen uns den Raum nicht nehmen lassen: Wir haben ein Recht darauf, auch im Weserstadion zu sein, ohne behelligt zu werden, wie Männer auch. Männer haben sich an das geltende Recht zu halten, ihre Herkunft ist dabei völlig egal. Übergriffe müssen schnell aufgeklärt und sehr deutlich bestraft werden.

Auch die „Tageszeitung“ schrieb am Wochenende zu diesem Thema: Am Anfang trauten sich nur wenige betroffene Frauen in Köln, eine Anzeige zu erstatten. Frauen seien es gewohnt, Übergriffe „wegzustecken“ oder sie zu vergessen, sobald sie sie überlebt hätten. Es gebe Scham, darüber zu sprechen, aber auch die Erfahrung, dass es in Deutschland meist nicht viel nütze, sexuelle Übergriffe anzuzeigen. Das schrittweise Öffentlichmachen der kriminellen Handlungen rund um Bahnhof und Dom helfe dabei, diese Schwelle zu überwinden. Dass anfangs nur wenige Frauen, die Anzeige erstatteten, von sexualisierter Gewalt berichteten, sondern vorwiegend von Diebstahl, zeige, wie groß die Scham und die vermutete Ignoranz der Verfolgungsbehörden seien.

Frauen müssten bis heute, wenn es um sexuelle Gewalt gehe, die Erfahrung machen, was sie zu sagen hätten, werde auf eine Weise gehört, die nicht ihrer Wahrnehmung entspräche. Die Tatnacht in Köln werde vorwiegend aus der Perspektive der Täter dargestellt und beurteilt. Sie zündeten Böller, warfen Raketen in die Menge, sofften, umzingelten Frauen, fassten sie an, beraubten und verge-

waltigten sie. Mit den Tätern beschäftigte sich die Justiz. Die Position der Opfer bleibe ein blinder Fleck für sie, als ob nicht passierte, was nicht zu zeigen sei. Die Filme der Silvesternacht zeigten Männer, die Feuerwerkskörper als Waffen gegen Menschen benutzen.

Die Waffen, die sie gegen die Frauen benutzen, seien als solche nicht zu erkennen gewesen, nur die Männer selbst. Unsichtbare Gewaltexzesse haben etwas mit sexueller oder sexualisierter Gewalt zu tun. Die Würde der Frau würde bei uns nur mit dem Kopf benannt, nicht vom Gefühl, vom Herzen. Vergessen wir nicht, dass im Sexualstrafrecht ein Nein noch immer kein Nein ist! Schon im Zivilrecht brauchte es Jahrzehnte, die traditionelle und systematische Schlechterstellung von Frauen, ihre Unterordnung unter den Willen von Männern, ihrer Väter und Ehegatten, auf den Stand des Grundgesetz-Artikels 3 zu bringen, in dem es heißt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Im Sexualstrafrecht ist die Arbeit auch mehr als 66 Jahre danach noch nicht gemacht, darin stecken weiterhin beträchtliche Reste alter Machtverhältnisse. Bevor ein Vergewaltiger als solcher verurteilt werden kann, muss er Gewalt gebraucht oder eine hilflose Lage ausgenutzt haben, und sein Opfer muss Widerstand geleistet haben. Dabei seien die meisten sexuellen Übergriffe und Vergewaltigungen nicht Taten von „Bahnhofshorden“, sondern würden von den eigenen Männern und Freunden begangen. Lange wurde das Recht des Mannes auf Sex, nicht aber jenes der Frau, ihn zu verweigern, als selbstverständlich angesehen und geschützt. Immerhin bis 1997 war Vergewaltigung definiert als erzwungener „außerehelicher Beischlaf“. Das eheliche Schlafzimmer wurde als rechtsfreier Raum verteidigt, unter dessen Bett der Staatsanwalt nichts zu suchen hätte.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Erhöhung des Sozialgelds auf 1.000 Euro im Monat!



Hartz-IV-Empfängern werden zu wenig Mietkosten erstattet. Insgesamt 620 Millionen Euro fehlen, hat die „Saarbrücker Zeitung“ am 7. Januar 2016 veröffentlicht. Das entspricht vier Prozent beziehungsweise 197 Euro im Jahr! Ein Grund mehr: Weg mit den Hartz-Gesetzen! Bezahlung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung des Sozialgelds auf eine Höhe, die gesunde Ernährung, Wohnen und Teilhabe an kulturellem

Leben zulässt – das sind derzeit mindestens 1.000 Euro pro Monat!

Nach den sexistischen Übergriffen in Köln in der Silvesternacht wird pauschal gegen Flüchtlinge gehetzt. Die Stimmung soll gekippt werden. Die ganze Geschichte wirft viele Fragen auf: Warum nahm die Kölner Polizei nicht die angebotene Unterstützung aus Duisburg an? Offensichtlich wurde ruhig zugesehen, hatten Leute dafür einen Auftrag? Das Ganze erinnert mich an den faschistischen Brandanschlag in Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren. Auch damals sollten die Asylgesetze verschärft werden. Die Polizei ließ den braunen Mob tatenlos gewähren, stand dabei und sah zu. Später wurde das Asylrecht tatsächlich enorm verschärft, und die SPD, die das zunächst abgelehnt hatte, schwenkte ein mit der Begründung, die Bevölkerung wolle nicht noch mehr „ins Boot“. So wurden Opfer zu Tätern gemacht.

Heute schreit nicht nur die CSU nach einer de-facto-Abschaffung des Asylrechts. Seehofer will 200.000 Flüchtlinge als Obergrenze. Soll der 200.001. zurück ins Meer geworfen werden? Auch die CDU hat schon einen ganzen Katalog an Verschärfungen parat. Da kamen die Köln Ereignisse doch wie gerufen! Damals wie heute ist es eine Minderheit, die darauf hereinfällt. In Köln haben am Samstag Tausende gegen sexuelle Gewalt gegen Frauen und gegen Rassismus demonstriert. Es ist an Demagogie nicht zu überbieten, wenn ausgerechnet faschistische und andere ultrarechte Kräfte sich als „Beschützer der Frauen“ ausgeben, die es einen feuchten Dreck interessiert, wenn Frauen und Mädchen massenhaft im Meer ertrinken, Hungers sterben oder aufs Brutalste ausgebeutet werden. „Aber das sind ja keine deutschen Frauen...“

In Köln läuft überhaupt einiges seltsam: Die bereits zweimal gestellte Anfrage, ob der Attentäter gegen die Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Reker ein V-Mann des „Verfassungsschutzes“ sei, wurde mit weder Ja noch Nein beantwortet. Wie wir wissen und sich im NSU-Prozess bestätigt hat, steckt der „Verfassungsschutz“ tief drin im braunen Sumpf. Es ist nicht das erste Mal, dass faschistische Taten gezielt gefördert oder sogar begangen wurden, um anschließend Gesetzesverschärfungen durchzuziehen. Diesen übelst undemokratischen „Schlapphüten“ ist so ziemlich alles zuzutrauen. Das machen sie nicht einfach so „aus sich heraus“, das ist ihr Auftrag als Teil dessen, wie das alleinherrschende Finanzkapital seine Macht auf Dauer sichern will. Sehr stabil ist das allerdings nicht. Und es ist das Unterholz, das den Wald erobert!

Die Regierung unterhält nach wie vor beste Beziehungen zu faschistischen Regimes. Anfang Februar fährt **Außenminister Steinmeier** zu einem Festival nach Saudi-Arabien, auf Einladung des Königs. Und das, nachdem dort 47 Menschen, vorwiegend aus der demokratischen Opposition, hingerichtet, geköpft worden sind! Letzte Woche noch gab es einen geheuchelten kurzen Aufschrei darüber, ob man nicht vielleicht doch weniger Waffen an das Mörderregime schicken sollte. Direkt danach lässt sich Steinmeier zur „Lustreise“ einladen. Falls er da den Hals noch nicht vollbekommen hat, hat er eine Woche später noch mal die Ge-

legenheit und kommt am **12. Februar 2016** als **Ehrengast** zum „**Schaffermahl**“ nach **Bremen**. Ich hoffe, der braune Kohl bleibt ihm im Hals stecken!

Vielleicht finden wir ja auch eine Möglichkeit, ihm einen würdigen Empfang zu bereiten, diesem Erzreaktionär, der die Verantwortung dafür trägt, dass Murat Kurnaz vier Jahre länger in der Hölle von Guantánamo sitzen musste, und der großen Anteil an der Ausarbeitung der Armutsgesetze, der Hartz-Gesetze hat. Seine Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Böhmer, sagte diese Woche zu den Hunderten durch Staatsterror ermordeten Kurden, „harte Reaktionen im Antiterrorkampf“ müsse man Erdogan zubilligen. Ein sauberes Außenministerium! Setzen wir diesen Reaktionären unsere internationale Solidarität entgegen, lassen uns nicht aufhetzen: hier Hartz-IV-Empfänger oder Arbeiter – dort Flüchtling!

Die Fluchtursachen zu beseitigen heißt, das reaktionäre imperialistische Welt-system abzuschaffen, das mit Kriegen, Hunger, Überausbeutung und Zerstörung der natürlichen Umwelt die Menschen aus ihren Ländern zur Flucht zwingt. Am Sonntag war in Berlin die alljährliche Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demo: 14 000 Menschen demonstrierten, und mindestens dreimal so viel waren beim stillen Gedenken an den Gräbern der ermordeten Sozialistenführern Liebkecht und Luxemburg. Dabei war der Wunsch nach einer weltweit befreiten Gesellschaft und echtem Sozialismus unübersehbar, wo nicht mehr der Profit regiert, sondern die Mehrheit der Menschen produziert, was sie braucht, und zwar so, wie sie möchte, in Einklang mit der Natur. Dann haben Krieg, Hunger, Überausbeutung und Armut ein Ende!

Wolfgang Lange (MLPD)

Gerolf D. Brettschneider (parteilos): Lieber Wolfgang, nach etwas Vorgeschichte formulierst du in deinem neuen Beitrag eingangs salopp drei Forderungen: „Weg mit den Hartz-Gesetzen! Bezahlung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung des Sozialgelds auf eine Höhe, die gesunde Ernährung, Wohnen und Teilhabe an kulturellem Leben zulässt – das sind derzeit mindestens 1.000 Euro pro Monat!“ Mir bleiben drei Fragen: Kann das so aufs Flugblatt und aufs Transparent? Welche Höhe sollten Mindestlohn und Arbeitslosengeld im Verhältnis zum Sozialgeld haben? Und kann die MLPD mal ihren Finanzierungsvorschlag einer Sozialsteuer auf Unternehmensgewinne vorrechnen?

Elisabeth Graf (parteilos): Nein. Ich finde, dass 1.000 Euro nicht ausreichen, um neben einer bezahlten Wohnung, Energie für Strom und Heizung, wirklich gesundem Essen (nicht nur Dosenfraß) auch kulturell am Leben teilhaben zu können! 1.200 Euro müssen her! Wir leben, vegetieren eigentlich in einem sehr reichen Land!

Hans-Dieter Wege (parteilos): Immer noch ein wenig mehr zu fordern, bringt aber niemanden wirklich weiter. Diesmal muss bei der Forderung der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, bleiben, die mit 1.050 Euro in meinen Augen einen guten

Anfang machen will. Allerdings bin ich dagegen, einen Unterschied zwischen Erwachsenen und Kindern zu machen.

Mindestlohn, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Renten und Pensionen sollten immer auf das Grundeinkommen angerechnet werden, und zwar in prozentual gleicher Höhe. Dass die Unternehmensprofite mit herangezogen werden müssen, muss endlich allen Menschen klar werden. Gerolfs Vorschlag hinsichtlich der Berechnung einer Sozialsteuer durch die MLPD unterstütze ich. Vielleicht sollte es sich auch die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, vornehmen?

Wolfgang Lange: Lieber Gerolf, ich verstehe nicht, was an meinem Beitrag „salopp“ ist. Das ist doch auch nichts Neues und entspricht dem, was ich schon auf der 418. Bremer Montagsdemonstration vertreten habe. Dass 1.000 Euro inzwischen vielleicht zu wenig sind, mag sein. Ich habe ja auch „mindestens 1.000 Euro“ geschrieben. Vorrang hat für mich nach wie vor, dass genügend voll bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, keine Mini- oder Niedrigstlohnjobs. Das setzt die Verkürzung der Arbeitszeit voraus, zunächst auf 30 Stunden pro Woche, bei vollem Lohnausgleich natürlich, und begrenzt auch die Überausbeutung vieler Arbeiter. Außerdem muss die Erhöhung des Renteneintrittsalters rückgängig gemacht und im Gegenteil die Herabsetzung auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen durchgesetzt werden.

Niemals abfinden werde ich mich mit der Behauptung, es gebe durch die Entwicklung der Industrie nicht mehr Arbeit für alle. Dieses Argument wird immer von den Befürwortern des „bedingungslosen Grundeinkommens“ ins Feld geführt. Eine Berechnung von Mindestlohn und Arbeitslosengeld im Verhältnis zum Sozialgeld besteht darin, dass 60 Prozent vom Durchschnittslohn als Existenzminimum angenommen werden, bei weniger spricht man laut Sozialcharta von Armut. Der Durchschnittslohn liegt in Deutschland derzeit bei circa 1.660 Euro netto, 60 Prozent davon ergibt 996 Euro. Das Arbeitslosengeld I beträgt für Ledige ebenfalls 60, für Verheiratete 67 Prozent, wenn ich dies alles richtig im Kopf habe.

Der Vorschlag der MLPD zur Finanzierung der Sozialversicherungsabgaben bezieht sich nicht auf die Profite, sondern auf die Umsätze. Circa sechs Prozent vom Umsatz würden alle Sozialabgaben (Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) abdecken, und zwar jene der Arbeiter(innen) und der Unternehmer. Das würde eine Entlastung für personalintensive, aber umsatzschwache kleinere und mittlere Betriebe bringen und die großen Konzerne mehr belasten. Aber alle notwendigen Reformen ändern nichts daran, dass das kapitalistische Lohnsystem insgesamt abgeschafft werden muss, denn das Profitsystem ruiniert Mensch und Natur. Erst nach dessen Abschaffung und Aufbau des Sozialismus hört die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf und damit die Entfremdung der Arbeit.

Hans-Dieter Wege: Dem letzten Absatz von Wolfgang muss man wohl unbedingt zustimmen, aber woher nimmt er die Behauptung, dass eine 30-Stunden-Woche ausreichen wird, damit jeder Mensch mit einer gleichen Anzahl von Lohnarbeitsstunden belastet wird? Diese Zahl dürfte längst überholt sein, wenn man

sich die derzeitige Verteilung der Lohnarbeit auf alle möglichen Erwerbsfähigen genau anschaut. Arbeit ist allerdings ist nicht nur die derzeitige Lohnarbeit. Es würde sonst noch genügend Arbeit geben, für die heute kein Unternehmen zu bezahlen bereit ist.

Was Wolfgang zur Rente schreibt, ist unbedingt zu unterstützen, denn es reicht nicht aus, wenn man wie die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, den Slogan „Gegen die Rente mit 67“ propagiert. Hierzu muss eine deutliche Sprache genutzt werden. Ein Grundeinkommen mit der notwendigen Verteilung aller Arbeit und einem vernünftigen Mindestlohn muss innerhalb dieses Systems eine notwendige und richtige Anfangsforderung bleiben, weil sie auch ein schnelles Lösungsangebot für die Mehrheit der Menschen wäre. Ohne ein solches wird man kaum ausreichend Mitstreiter gewinnen können. Ein „Weg mit Hartz IV“ oder auch „Weg mit der Lohnarbeit“ allein wird die Menschen kaum überzeugen.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“): Ich bin unverändert dafür, dass die Forderungen der Bremer Montagsdemo bei der Kundgebung auf dem Marktplatz abgestimmt werden. Die Aufarbeitung des Flugblattes liegt unverändert brach. Die Frage der Grundsicherung ist seit Jahren Thema. Ansonsten kann aus meiner Sicht erst einmal „Hartz IV weg“, dann geht es auf zu „neuen Ufern“, wenn die Überwindung in Sicht ist. Die Demontage der Menschen in den Ämtern nimmt zu. Dort sehe ich die Ansätze.

Arbeitsfelder ergeben sich auch aus aktuellen Entwicklungen, zum Beispiel Freihandelsabkommen, Atomkraft, Kohle, Umwelt, Überwachung. Persönlich erfahrbar sind die Themen Mietrichtwerte, Sanktionen, Kürzungen und Leistungsvorbehalte aus vielen möglichen Gründen. Vordringlich ist die mangelnde Wertschätzung, deshalb einfach Besucher begrüßen, zum Beispiel beim „Schaffermahl“ am 12. Februar 2016.

Das Arbeitslosengeld hat zwischenzeitlich unter den niedrigen Arbeitseinkommen gelitten. ALG I ist teilweise niedriger als ALG II, Aufstockung wird nötig. Über die Grundsicherung läuft in Finnland eine Probe: Alle anderen Sozialleistungen einschließlich des Behördenapparats entfallen. So ist die Finanzierung der erhöhten Grundsicherung gedeckt. Augenblicklich erleben wir erneut eine Verleumdungskampagne gegen die Erwerbslosen, eine Negierung der Armut.

Vernichtung der Arbeitsmöglichkeiten durch auskömmliches Grundeinkommen abfedern!

1. Unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ erhält die Informatisierung der Fertigungstechnik und Logistik fast grenzenlosen Auftrieb. Der Rechner entwickelt sich von einem Kasten, der in einer Ecke steht, zum beweglichen Teilnehmer an seiner

Umwelt. Natürlich wird es diese Kästen weiterhin geben, aber die neuste Version kommt ohne Tastatur und ohne Bildschirm daher. Dieser Computer lernt selbsttätig. Mit dem Titel „Arbeitspolitik für Weltveränderer“ der Zeitschrift „Luxemburg“ ist dies treffend umschrieben.

Kein Lebensbereich bleibt, wie er ist. Aufhalten lässt sich diese Entwicklung nicht. Wir sind zwar schon mittendrin: Veränderung und Automatisierung hat uns auch durch unser bisheriges Arbeitsleben begleitet. Doch erst jetzt entfallen die Begrenzung auf Arbeit und die Arbeit für Menschen. Über 50 Prozent aller Tätigkeiten fallen durch die Informationstechnik weg. Neue Arbeitsplätze werden entstehen? Sicher, aber nicht in dem Volumen!

„Arbeitnehmerkammer‘ diskutiert über Roboter am Krankenbett“ titelte der „Weser Kurier“. Die Dokumentation hat etwas über 20 Seiten. Die Veranstaltungsreihe der „Arbeitnehmerkammer“ ist sehr interessant. Josef Hilbert sagt, dass Operationsroboter in den vergangenen Jahren eine Riesenenttäuschung waren. Im Bremen werden Prostata-Operationen von solchen Robotern durchgeführt. Die Roboter haben sich weitergebildet? Jedenfalls ist kein Arzt mehr dabei.

Die ARD hat viele Folgen über die Veränderung gedreht. Zur Folge „Roboter verdrängen Menschen“ heißt es: „Auch frühere industrielle Revolutionen haben Menschen millionenfach ersetzt. Aber sie haben auch immer wieder neue Arbeitsplätze geschaffen. Doch heute könnten wir an einem Punkt sein, wo der Mensch in der Wertschöpfungskette der Wirtschaft mehr und mehr überflüssig wird.“ Auf den Bildern ist auch zu sehen, dass der Roboter keine Ähnlichkeit mehr mit der „Kiste“ hat.

Im Netz und auch auf unseren Seiten steht viel über diese Veränderungen. „Die Roboter“ kennen keine Grenzen. „Das Erste“ beschreibt ein Hotel mit Robotern. Auch der „Tatortreiniger“ hat die Entwicklung eingebaut, im Mittelpunkt steht Roboter „E.M.M.A 206“.

Roboter sind nicht mehr ortsgebunden. Sie können einkaufen, Menschen begleiten, Menschen suchen. Die Gesichtserkennungssoftware wurde inzwischen durch eine Bewegungserkennung und die Erkennung der Körperhaltung und Struktur des Menschen ergänzt. Roboter sind damit als Sicherheitspersonal einzusetzen. „Schweizer bringen Robotern Gefühle bei“, lautet eine Nachricht: „Sie werden nicht wirklich ein Bewusstsein haben. Aber sie werden merken, wenn jemand krank, traurig oder glücklich ist, und darauf reagieren, so Ijspeert“.

Beim Einkaufen in einem neueröffneten Lebensmittelladen leuchteten mir digitale Preisschilder an den Regalen entgegen. Die Zahlen- und Textdarstellung war gut lesbar. Der Personal- und Materialaufwand für Preisänderungen ist nun stark reduziert. Es gibt auch keine Differenzen mehr zwischen der Regalauszeichnung und dem Kassenspreis. Kurzfristige Preisänderungen sind problemlos möglich. Die Warendisposition per Informationstechnik ist dabei fast ein „Abfallprodukt“. Dieser Lebensmittelmarkt gehört zu einer Kette, durch Einbindung der Datenverarbeitung kann die Preisänderung ladenübergreifend erfolgen. Da-

bei können unterschiedliche Kalkulationsansätze für einzelne Artikel berücksichtigt werden.

Die Tankstellen handhaben es bereits so: In einer Zentrale werden die Preise für alle angeschlossenen Tankstellen eines Bezirks geändert. Die so gepflegten Preise sind jedoch nicht für alle Tankstellen gleich. Im System sind Rahmenbedingungen hinterlegt, die auch bei Änderungen unterschiedliche Preise ausweisen. Kein Tankwart muss mehr auf die Leiter steigen. Die Tankpeilung ist nur noch zur Dichtigkeitskontrolle nötig. Die Ladungsmengen auf den einzelnen Liefertouren werden automatisch ermittelt. Die Befüllung der Tankwagen erfolgt mit informationstechnischer Steuerung entsprechend dieser Vorgabe.

Die Informationstechnik ist nicht nur für Handel, Produktion, Vertrieb und Verwaltung eine totale Umwälzung: Der Krieg wird ebenfalls automatisiert. Es ist bald nur noch eine Preisfrage, ob ein Land seine Bürger kämpfen lässt oder Roboter in den Kampf schickt. Der Mord per Drohne ist ein Beispiel für diese negative Entwicklung. Per Drohne wird vollstreckt, ohne Urteil, sogar ohne Anhörung! Barack Obama hat sich so vom Hoffnungsträger zum Massenmörder gewandelt.

2. Die Vernichtung der Arbeitsmöglichkeiten für Menschen durch Informatisierung ist durch ein auskömmliches Grundeinkommen abzufedern. Arbeit der Menschen muss aber weiterhin möglich sein! Unsere jetzigen sozialen Sicherungssysteme sind dafür nicht ausreichend. Die Umwälzung der Maschinen hat begonnen, der Startschuss für die Grundsicherung und für die Anpassung der Rahmenbedingungen steht noch aus. Die Schweiz wird 2016 als erstes Land über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abstimmen.



Die Schweiz wird 2016 als erstes Land über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abstimmen.

Finnland wird dieses Jahr die Details eines Grundeinkommens erarbeiten. Bisher ist geplant, dieses Grundeinkommen sei nicht auskömmlich. Mit dieser Zahlung soll ein Niedriglohnsektor geschaffen werden, eine Grundsicherung analog dem SGB II bei uns. Die Zahlung in Finnland liegt weit unter den Hartz-IV-Leistungen aus Regelsatz plus Kosten der Unterkunft, allerdings gibt es in Finnland keine Leistungskürzung und Leistungsverweigerung. Finnland wird schon aufgrund der Auswirkungen der Informationstechnik-Revolution zu einer auskömmlichen Grundsicherung finden.

Mit Recht ruft das „Erwerbslosenforum“ zum Widerspruch gegen die Leistungsbescheide der Grundsicherung ab 1. Januar 2016 auf. Beteiligt euch! Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ hat diesen Rechtsbruch ebenfalls angeprangert. Der Antrag der Fraktion „Die Linke“ im Deutschen Bundestag Nummer 18/6589 wurde vom Ausschuss für Arbeit und Soziales an den Bundestag weitergeleitet mit Beschlussempfehlung „Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der

Fraktionen CDU/CSU, SPD und ‚Bündnis 90/Die Grünen‘ gegen die Stimmen der Fraktion ‚Die Linke‘“.

Der **Regelsatz** wurde nicht versehentlich kleingerechnet. Auch für 2015 wurde das Recht gebrochen: Die Rahmenbedingungen wurden geändert. Mit den unveränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen wäre der Regelsatz 2015 auf über 450 Euro gestiegen. 2015 ist für Widersprüche noch zu erreichen! Wie sehr dieses Geld fehlt, ist nachzulesen in Elisabeths Beitrag zur 550. Bremer Montagsdemonstration „Sicherung des Existenzminimums ist Verfassungsauftrag, keine Frage fiskalpolitischer Opportunität“.

3. Der Bundesrat hat folgende Aussage getroffen: „Das Gesetz erhöht ab Januar 2016 das **Wohngeld** für Haushalte mit geringem Einkommen und passt den Mietzuschuss an die Entwicklung der Einkommen und Wohnkosten in den vergangenen Jahren an. Letztmals erfolgte eine Erhöhung im Jahr 2009. Durch die Novelle soll das Wohngeld für einen Zwei-Personen-Haushalt auf durchschnittlich 186 Euro im Monat steigen. Insgesamt können mehr als 866.000 Haushalte von der Reform profitieren.“

Inzwischen wurden falsche Änderungen der Höchstbeträge in den einzelnen Mietstufen veröffentlicht. Diese Obergrenzen stimmen nicht mit § 12 Wohngeldgesetz in der neuesten Fassung aus dem Jahr 2015 überein. Der „Wohngeldrechner“ nennt Rahmenbedingungen für 2016, warnt jedoch vor dem Ergebnis: „Diese Wohngeldberechnung bietet keine Gewähr für die Korrektheit des berechneten Anspruchs.“ Die Seite des Bremer Bausenators hat noch den Stand von 2013, aber der Link zum Wohngeldgesetz ist aktuell.

Gemäß § 12 Wohngeldgesetz gelten ab 1. Januar 2016 für Einpersonenhaushalte in Bremen 434 Euro als Höchstbetrag für Miete und Belastung, in Bremerhaven 390 Euro. Die Wohngeldstelle in Bremen hat zugesagt, für eventuelle Erhöhungen die Bescheide automatisch auszufertigen. Wessen Wohngeldantrag in der Vergangenheit abgelehnt wurde, sollte einen neuen Anlauf nehmen. Durch diese Wohngelderhöhung und höhere Einkommensbeträge sollen insbesondere ALG-II-Aufstocker(innen) zum Wohngeld wechseln. Also den Wohngeldrechner nutzen, bei Ablehnung aber genau hinschauen und bei positiver Auskunft erst nach der amtlichen Bestätigung der Wohngeldstelle das ALG II abbestellen!

4. Zu den Kölner Übergriffen hat Elisabeth die Bremer Frauenbeauftragte Haufe zitiert. Deren Kommentierung war aus meiner Sicht die treffendste. Die Polizeiführung hat scheinbar total versagt. Dies ist aber keine Entschuldigung. Hoffentlich hat die Kölner Polizei die Handy-Daten und -Nummern der Anwesenden gesichert! Die Auswertung ist eine Heidenarbeit, aber sicher lohnend. Die Polizei in Bremen sollte die Kommentierung von Frau Haufe lesen und den Angaben nachgehen. Bremen hat wie Köln scheinbar zu wenig Polizisten. Wer dies als vorgesetzte(r) und verantwortliche(r) Politiker(in) bezweifelt, sollte sich das Band

mit den Notrufen anhören. Was macht ein Polizist, wenn er niemanden schicken kann?

In der Sendung „Hart aber fair“ der ARD am 11. Januar 2016 hat mir der eingespielte Kommentar eines Menschen gefallen, der seine Brüder im Glauben angesprochen hat. Ein langer Appell, aber treffend. Er wird bei den Zuschauermeinungen ab Minute 50 eingespielt. Er hat Recht: Wer sich so benimmt, muss gehen! Hoffentlich ist allen Menschen in Deutschland klar: Dies waren nicht „die Flüchtlinge“, es war und ist eine Minderheit. Es wäre unfair, alle „über einen Kamm zu scheren“. Ein Mensch in Uniform mit einer Bierflasche in der Hand wird auch nicht kommentiert mit: „Die Bundeswehr säuft“!

Die Gewährung von Asyl ist ein Grundrecht, ein Pfeiler unserer Kultur. Nunmehr wollen wir wieder die Dublin-II-Verordnung anwenden und in die zuerst betretenen EU-Länder abschieben, meist Griechenland. Dort sollen die Asylanträge gestellt werden. Auf der Seite des „Flüchtlingsrats“ ist nachlesbar: „Das BAMF kann ein Asylverfahren aber auch dann durchführen, wenn es eigentlich nicht zuständig ist (,Selbsteintrittsrecht‘). Leider kann man das BAMF nur in Ausnahmefällen dazu verpflichten“.

Gerichte haben sich gegen die Anwendung der Dublin-Regelung auf Italien und Griechenland ausgesprochen, wenn die Flüchtlinge Verfahrensfehler oder Not befürchten müssen. Ein weiterer Grund ist aus meiner Sicht der Zeitfaktor. Nach Registrierung, Asylantrag und endlich Prüfung mit der Feststellung „Der Mensch ist ja durch Griechenland gelaufen“ glaube ich nicht, dass dies noch als Verschiebegrund nach Griechenland anerkannt wird.

Außerdem ist Griechenland nicht in der Lage, diese Menschen vernünftig unterzubringen und zu verpflegen und das Asylverfahren zeitnah durchführen. Das BAMF kann man zur Durchführung des Asylverfahrens, wenn es eigentlich nicht zuständig ist, nur in Ausnahmefällen verpflichten, „etwa wenn der Flüchtling gesundheitliche Gründe hat oder wenn das Bundesamt das Verfahren ohne ersichtlichen Grund unangemessen lange verzögert hat. Freiwillig macht das Bundesamt von dieser Möglichkeit nur außerordentlich selten Gebrauch.“ Weil diese Freiwilligkeit so selten ist, informiert bitte die Flüchtlinge!

„So würde Deutschland seine Grenze dichtmachen“, hat „Die Welt“ getitelt: „Was passiert, wenn die Zahl der Flüchtlinge hoch bleibt? Die Bundespolizei hat Pläne vorgestellt, wie Asylsuchende an der Grenze zurückgewiesen werden könnten. Auch von Wasserwerfern ist die Rede.“ Der Einsatzbefehl an die Bundespolizei datiert von September 2015. Die Not der Flucht nimmt niemand ohne Grund auf sich: „Wir fahren aufs Meer. Hier können wir eventuell ertrinken. Zu Hause werden wir wahrscheinlich erschossen.“ Fragt die Alten, wie sich Krieg und Flucht anhören und anfühlen!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz

und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung!
Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

553. Bremer Montagsdemo am 18. 01. 2016

Die Problematik der Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa

Zuerst heißt Kanzlerin Merkel die Flüchtlinge in Deutschland willkommen, jetzt werden sie wieder vertrieben, Mauern aufgebaut und Stacheldrahtzäune gezogen. Von offizieller Willkommenskultur ist nichts mehr zu vernehmen, im Gegenteil: Flüchtlinge sollen in Schnellverfahren abgeschoben werden. Innenminister de Maizière fordert eine Quotierung der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa, damit Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen muss, die zu uns kommen. Ist dies ein Ablenkungsmanöver von der menschenverachtenden Politik in Deutschland? In den südlichen EU-Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien und Portugal hat die Flüchtlingspolitik fatale Folgen. Besonders prekär wirkt sich der Neoliberalismus in Griechenland aus, das unter dem Diktat der „Quadrige-Politik“ zu leiden hat. Wie können die südlichen Staaten in Europa quotiert Flüchtlinge aufnehmen?



In Griechenland leiden Tausende von Schulkindern an Mangel- und Unterernährung, das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Auch wenn es in den Gebieten, wo der Tourismus gut läuft, private Initiativen gibt, die Flüchtlingen privat helfen, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die griechische Regierung nicht in der Lage ist, den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Nicht einmal für die Mehrheit der eigenen Bevölkerung kann sie dies möglich machen. 60 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Die staatlichen Unternehmen wie Flughäfen und Energieunternehmen sollen dem Diktat der deutschen Privatisierung zum Opfer fallen! Das erinnert an die „Wiedervereinigung“ der „Treuhandpolitik“, in der Betriebe für einen Euro an westdeutsche Konzerne verkauft wurden, Millionen Menschen arbeitslos wurden und die jungen Menschen nach Westdeutschland gingen, um Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu bekommen. Ganze Dörfer und Städte wurden entvölkert, und die kranken und alten Menschen blieben allein zurück. Das führte dazu, dass diese Gemeinwesen kei-

ne kommenden Generationen mehr hatten und „ausstarben“: Sie verödeten und waren dem Zerfall preisgegeben.

Infolge der Politik mit „Notverordnungen“ im Jahr 1929 waren in Deutschland zahlreiche Menschen verelendet, Kinder litten unter Mangelernährung und verstarben an deren Folgeerscheinungen. Viele Menschen wurden arbeitslos, viele nahmen sich aus Verzweiflung das Leben. Rentner(innen) wussten nicht mehr, wie sie leben sollten. Die Parallelen zu Griechenland sind unübersehbar: Die Renten sind um 45, die Löhne um 38 Prozent gesunken, fast 18 Prozent der Menschen können ihren Nahrungsbedarf nicht mehr decken. Die Faschisten finden dank der neoliberalen „Quadruga-Politik“ in Griechenland, in Frankreich unter Le Pen, in ganz Europa regen Zulauf! Wie sollen die armen Länder in Südeuropa und Osteuropa die Flüchtlinge quotiert aufnehmen, wenn ihnen die finanziellen Mittel fehlen, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen?

Innenminister de Maizière bezeichnet die Flüchtenden als Wirtschaftsflüchtlinge, die angeblich aus „sicheren Herkunftsländern“ wie Rumänien, Kroatien und Mazedonien stammen. Dabei verschweigt er, dass 1999 unter der Schröder/Fischer-Regierung ein Krieg geführt wurde, um das damalige Jugoslawien zu zerschlagen und dem westlichen Imperialismus zu unterwerfen. In den heutigen Teilrepubliken haben noch immer viele Menschen unter den Kriegsfolgen zu leiden. Sie sind meist arbeitslos und haben keine Zukunftsperspektive. Vor allem Roma und Sinti sind in Osteuropa als Minderheiten diskriminiert. Deutschland steht ihnen gegenüber in einer historischen Schuld, denn Roma und Sinti wurden in den faschistischen Konzentrationslagern ermordet oder als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Die Flüchtenden in „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „politisch Verfolgte“ zu spalten, verletzt ihr Grundrecht auf Asyl. Hatte die Kanzlerin Merkel die Absicht, mit der „Willkommenskultur für Flüchtlinge“ das schlechte Image, das Deutschland mit der neoliberalen „Quadruga-Politik“ in der Welt hat, wieder aufzupolieren?

„Im Gegenteil, der Zusammenbruch des ‚real existierenden Sozialismus‘ führte zu einer reaktionären Wende in Europa... So wurde 1990 in Italien ‚Kairos Europa –unterwegs zu einen Europa für Gerechtigkeit‘ gegründet... Für unsere Frage besonders wichtig ist die Kairos-Kampagne von 1996, zusammen mit 100 Europaparlamentariern zur Einführung des Euro unter dem Motto ‚Für eine gerechte Währungsunion – nicht ohne gemeinsame Beschäftigungs- und Sozialpolitik, nicht ohne Kontrolle des transnationalen Kapitals‘... In dem Kampagnenauf-ruf wurde schon angesichts der Euro-Konvergenzkriterien prophetisch auf die mit den Sparmaßnahmen verbundenen zu erwartenden katastrophalen Folgen für die europäische Bevölkerung hingewiesen. All das Vorhergesagte (Abbau des Sozialstaates, Spaltungen innerhalb Europas, Austerität, weitere Umverteilung von Unten nach Oben...) ist jetzt in der Eurokrise verschärft zum Ausbruch gekommen. Und die neoliberalen Regierungen gießen weiter mit Steuergeldern Öl ins Feuer. Das gierige Geld frisst weiterhin seine Kinder.“ (Ulrich Duchrow: „Gieriges Geld –

Auswege aus der Kapitalismusfalle, Befreiungstheologische Perspektiven“, Seiten 168 und 169)

Unabhängig davon, welche Interessen die herrschende Klasse hat, ist es wichtig, sich nicht spalten zu lassen, sich solidarisch mit den Flüchtlingen zu erklären und gemeinsam mit ihnen für eine gerechte Welt zu kämpfen! Dabei ist nicht zu vergessen, dass das deutsche Kapital 2005 unter einer rot-grünen Bundesregierung die Hartz- Gesetze eingeführt hat, um die Löhne zu senken. Schröder meinte, Deutschland müsse „wieder wettbewerbsfähiger“ werden. Die Exporte stiegen an, neue Märkte wurden in Südeuropa erobert. Dafür wurden dort die einheimischen Märkte zerstört. Die südeuropäischen Länder müssen importieren und sich verschulden! 2008/2009 platzte die Blase der Spekulationen. 90 Prozent der Gelder, die Griechenland von der Europäischen Zentralbank erhält, bekommt gar nicht die notleidende Bevölkerung: Sie sind für die „Rettung“ der französischen und deutschen Banken vorgesehen. Die armen Länder in Ost und Südeuropa können gar nicht so viele Kriegsflüchtlinge und politische Flüchtlinge aufnehmen, die Asyl beantragen. Deutschland hat durch die neoliberale Politik der neunziger Jahre den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt. Menschen, die eine bezahlbare Wohnung suchen, bekommen massive Probleme, eine zu finden. Alle Menschen haben einen Anspruch darauf, eine gut bezahlbare Wohnung zu erhalten, unabhängig davon, ob sie Flüchtlinge sind oder nicht!

Johann Knief, Volksbeauftragter der Bremer Räterepublik, „wandte sich gegen die im Krieg besonders hoch gepeitschte, nationalistische Verhetzung des Volkes und forderte, das wieder zu erweckende Klassenbewusstsein der Arbeiter und dessen internationalistisches Wesen dagegenzusetzen. Nation war für Knief ein bürgerlicher Ideologiebegriff, nur noch zur Irreführung des Proletariats eingesetzt, während die Bourgeoisie längst ausschließlich international denke und handle. Er sah zwischen Nation und Internationalismus keine dialektische Verbindung... Kritikern fehlte der Aufruf zu Massenaktion gegen die Gesellschaftsordnung, die den Krieg hervorgebracht hatte: Man kann den Krieg... nicht dauernd abschaffen, ohne den Kapitalismus beseitigt zu haben, man kann für den Frieden nicht kämpfen, ohne für den Sozialismus zu kämpfen.“ („Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus: Gerhart Engel /Johann Knief – ein unvollendetes Leben“, Seiten 241 und 294, Januar 1917)

Es reicht nicht allein aus, den Flüchtlingen zu helfen, wenn sie in ihrer Not zu uns kommen, sondern es gilt, die Fluchtursachen zu erkennen, wie in Bremen am 5. September 2015 auf der „Friedenskonferenz“ zu Recht gesagt wurde. Johann Knief sah damals richtig, dass das kapitalistische System die Kriege verursacht. Auf der „Friedenskonferenz“ wurde eine neue Wirtschaftsordnung gefordert, die eine Alternative zum kapitalistischen System darstellt. Das System mit seiner Profitgier bringt die Rüstungsproduktion hervor, da sich die herrschenden Klassen global zusammenschließen, um mit ökonomischen Mitteln die Staaten in Schach zu halten. Reichen diese nicht aus, wird militärisch eingegriffen. Aber nicht nur Kriege sind Ursache dafür, dass Menschen fliehen müssen: Auch die Klimakata-

strophe, die den Kohlendioxidausstoß anheizt, sorgt dafür, dass weniger Niederschläge fallen, Land vertrocknet und keine Lebensmittel mehr angebaut werden können, während es anderswo zu Überflutungen kommt und die Menschen ihre Lebensräume verlassen müssen. Dies gehört als Fluchtgrund anerkannt! Auch vor den islamischen Fundamentalisten müssen viele fliehen. Sie haben ihre Waffen von saudischen und arabischen Staaten, die mit westlichen Öldollars Waffen zum Beispiel in Deutschland kaufen. Dann werden Soldaten aus den kapitalistischen Staaten in andere Länder geschickt, um den „islamischen Fundamentalismus“ zu bekämpfen. Einzig und allein die Rüstungsindustrie verdient gut daran, und es fehlen die Steuergelder für eine gute soziale Infrastruktur.

Auch wenn das kapitalistische System nicht sofort beseitigt werden kann, ist es wichtig, die Kriegsverursacher zu benennen und sich mit den Flüchtlingen solidarisch zu erklären. Es gilt, die Fluchtursachen zu bekämpfen, wie es „Kairos Europa“ richtig erkannte, und „unterwegs zu sein für ein gerechtes Europa und für eine gerechte Welt“, mit dem Ziel, dass Menschen nicht mehr aus ihren Lebensgemeinschaften vertrieben werden durch eine ungerechte Weltordnung, die Klimakatastrophen und Kriege hervorbringt! Alle Menschen haben das Recht zu reisen, wohin sie wollen und wohin sie können! Eine andere Welt ist möglich! Eine andere Welt ist nötig!

Bettina Fenzel („Die Linke“ – siehe auch „Scharf links“)

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des bundesweiten „Netzwerks Grundeinkommen“ finden unter dem Titel **„Roboter, Flüchtlinge, Grundeinkommen“** am **Samstag, dem 30. Januar 2016**, ab **19 Uhr** im **Gästehaus** der Universität Bremen, Teerhof 58, **Gespräche** mit Ratsmitgliedern des Netzwerks statt.

Europaweite Proteste gegen den türkischen Staatsterror

Auch in einigen Städten in Deutschland fanden in den vergangenen Tagen Kundgebungen und Demonstrationen gegen den türkischen Staatsterror und gegen die Kumpanei Merkels mit Erdogan statt. In Bremen protestierten am vergangenen Samstag 500 Menschen, und wieder einmal ist dies dem „Weser-Kurier“ keine Zeile wert. Der Staatsterror der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk wird in den Massenmedien totgeschwiegen. In Nordkurdistan wird mit Panzern, Kampfhubschraubern, Soldaten, Spezialeinheiten und Polizisten in mehr als 17 Ortschaften eine totale Ausgangssperre verhängt. Scharfschützen machen es unmöglich, die Häuser zu verlassen.



Im Auftrag Erdogans wurden inzwischen 200 Zivilisten getötet, Tausende verletzt und 200.000 Menschen aus ihren Dörfern und Städten vertrieben. Gleichzeitig werden in der gesamten Türkei fortschrittliche und revolutionäre Menschen verfolgt und bei Polizeieinsätzen sogar regelrecht hingerichtet. Jede Kritik der demokratischen Opposition wird unterdrückt, zahlreiche Zeitungen sind inzwischen verboten. Die türkische Polizei hat letzte Woche etwa 20 regierungskritische Wissenschaft-

ler(innen) festgenommen. Sie hatten zusammen mit mindestens 1.000 anderen Kritiker(inne)n eine Petition unterschrieben, die den türkischen Staatsterror gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei an den Pranger stellt und fordert, dass er umgehend beendet wird.

Der brutale Staatsterror ist Ausdruck der Defensive des türkischen Regimes aufgrund der Erfolge des kurdischen Befreiungskampfes in Rojava (Westkurdistan) gegen den faschistischen „Islamischen Staat“ und für den Wiederaufbau einer Gesellschaft in Freiheit und Demokratie. Dadurch werden die imperialistischen Bestrebungen der Türkei, ihren Einfluss im Nahen und Mittleren Osten auszudehnen, gefährdet. Ein wichtiger militärischer Erfolg der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer aus Rojava war Ende Dezember die Eroberung der Stadt Tischrin und des strategisch wichtigen Staudamms.

Die europäischen Regierungen lassen Erdogan mit seinem faschistoiden Staatsterror gewähren und leisten ihm sogar Schützenhilfe. Präsident Erdogan antwortete letzte Woche in einem Interview auf die Frage, ob es für ihn ein Vorbild für sein Regieren geben würde: „Ja, Adolf Hitler“. Dieses Bekenntnis ist für die Bundesregierung aber kein Grund, die Zusammenarbeit sofort zu beenden: Sie setzt auf sein diktatorisches Regime, um die Flüchtlingsströme vor Europas Grenzen zu stoppen. Bisher leben bereits Hunderttausende Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen und ohne jede Perspektive in riesigen türkischen Lagern. Jetzt sollen sechs weitere Aufnahmelager hinzukommen. Es ist ein Leben wie im Gefängnis: „Amnesty International“ beklagt, „dass es sich in Wahrheit um Haftzentren handelt“.

Dafür lockt die EU, allen voran die deutsche Regierung, Erdogan mit drei Milliarden Euro und der Mitgliedschaft in der EU. Von Frau Merkel kommt keinerlei Kritik am Staatsterror Erdogans, im Gegenteil: Sie empfängt in den nächsten Tagen türkische Regierungsvertreter und lässt vorab mitteilen, man billige Erdogan „harte Reaktionen“ im „Antiterror- Kampf“ zu. Mit dieser Rechtfertigung leistet die Bundesregierung dem Staatsterror in der Türkei offene Schützenhilfe. Das liegt auf einer Linie mit dem Festhalten am Verbot der „Kurdischen Arbeiterpartei“ (PKK) und der aktuellen Inhaftierung sieben kurdischer Politiker allein in Deutschland – so vielen wie schon lange nicht mehr.

Stoppen wir gemeinsam den Staatsterror gegen das kurdische Volk und die demokratische Opposition in der Türkei! Schluss mit der Schützenhilfe der Merkel-Regierung für Erdogan! Weg mit dem PKK-Verbot! Freiheit für Kurdistan! Hoch die internationale Solidarität! – Der Jugendverband „Rebell“ lädt ein zur **Solidaritätsveranstaltung** zum Wiederaufbau in Kobanê am **Samstag, dem 30. Januar 2016**, ab 18 Uhr im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg.

Harald Braun

Bundesagentur begrenzt Darlehensaufrechnung auf zehn Prozent des Regelsatzes

1. Die Neubürger sind in aller Politiker Munde, leider meist negativ. Diese Menschen leiden! Unsere Regierungspolitiker im Einklang mit der EU lassen sich viel einfallen, um die **Flüchtlinge** abzuweisen. Wer an der deutschen Grenze als Ziel Holland angibt, wird abgewiesen, Grund: kein Visum. Auch wenn jetzt Asyl hier erbeten wird, es hilft nichts: Die Einreise wird verweigert. Deutschland verrät seine Werte! Die europäische Agentur „Frontex“ soll aufgerüstet werden und die Grenzsicherung an den EU-Außengrenzen übernehmen. „Frontex“, das sind die Seeleute, die an Schiffbrüchigen ohne Hilfeleistung vorbeifahren. „Frontex“ wurde von der EU extra darauf hingewiesen, dass Lebensrettung vor Grenzsicherung geht. Traurig, dass dies nottat!



Die Türkei bekommt drei Milliarden Euro Unterstützung. Dieses Geld ist für die Flüchtlinge bestimmt, die in der Türkei leben, und für den Staat, damit weniger Flüchtlinge in die EU kommen. Weitere Vorgaben gibt es scheinbar nicht. „Monitor“ hat berichtet, dass in der Türkei bereits länger lebende Flüchtlinge jedes Alters und beiderlei Geschlechts zwangsweise in eine Abschiebeanstalt gebracht und ohne Ankündigung über die Grenze nach Syrien ausgewiesen werden, in ein aktuelles Kriegsgebiet. Familien wurden auseinandergerissen. Es ist zu sehen, wie die Menschen gehen. Es gibt keine Unterstützung, überhaupt nichts, dabei sind Schüsse zu hören. An der Abschiebeanstalt steht, dass diese mit EU-Geld gefördert wurde. Deutschland hat auf Brüssel verwiesen: Die EU prüft. Die türkische Regierung kommt nach Berlin. Dass jede Unterstützung einer Diktatur, eines

Unrechtsstaats letztlich ein Rohrkrepierer wird, davon können die USA Zeugnis ablegen. Deutschland verliert seinen Ruf, sein Ansehen und damit seine Märkte!

Die Sprache wird von Behördenseite gerne entschärft: Aus dem „Hilfebedürftigen“ wurde der „Anspruchsberechtigte“. Die Änderung ist eine Verschleierung, weil die Wertigkeit dieser Wörter sehr unterschiedlich ist. Aktuell wird aus dem „unbegleiteten minderjährigen Flüchtling“ der der „minderjährige unbegleitete Ausländer“, federführend der Bundesinnenminister. Der Bundesfachverband BumF, in dessen Publikationen nachzulesen ist, wie sehr die Politik den Alltag der Flüchtlinge bestimmt, hat sich gegen diese Änderung ausgesprochen, weil die Flüchtlingseigenschaft dadurch unterschlagen wird.

Dabei sieht der Bundesinnenminister sehr wohl die Kraft der Sprache: „Insgesamt stellte de Maizière eine ‚Verrohung sowohl in der Sprache als auch des Verhaltens in wachsenden Teilen der Gesellschaft‘ fest. Nicht nur in Asyleinrichtungen komme es zu gewalttätigen Vorfällen. ‚Die Gewalt kommt von links, von rechts, von Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch von jungen Deutschen, die sich einfach nicht im Zaum haben.‘ Natürlich müsse es möglich sein, öffentlich seine Meinung kundzutun. Es dürfe nicht passieren, dass ‚vor lauter politischer Korrektheit die Dinge nicht beim Namen genannt werden‘. Die Worte müssten aber so gewählt werden, dass niemand verunglimpft oder beleidigt werde.“

Über „Tod nach Abschiebung“, Krankheit durch Behördenbehandlung, Verzweiflung durch Wiedereinreiseverbot und Zerstörung der Familie hat der NDR berichtet. Abgeschoben wurde ein Mensch nach Lettland. Dort hat ihn keiner erwartet, dort war er nicht einmal berechtigt, die lettische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Ein aufrüttelnder Bericht, den jede(r) Sachbearbeiter(in) und Entscheider(in) der Ausländerbehörde ansehen sollte! Für die Familie, jeden Menschen dieser Familie und auch für Deutschland wäre der ungestörte Verbleib in Deutschland besser gewesen. Diese Abschiebung des ältesten Sohns hat sein Leben vernichtet sowie 5.000 Euro und das Vertrauen gekostet. Der Beitrag „Abschiebung zur Beruhigung“ bietet weitere Fakten zu diesem Thema.

2. Sehenswert ist der Beitrag „Die neuen **Nazis**. Von der NPD-Gründung bis zu den NSU-Morden“: „ZDF Info‘ wagt mit der vierteiligen Dokumentationsreihe den Blick nach rechts. Seit Mitte der 1960er Jahre keimt die braune Zelle in der Mitte der Gesellschaft. NPD, NSU, Brände in Rostock und Solingen. Der rechte Flügel ist auf Akquise in der Jugendkultur mit Freizeitangeboten und Rechtsrockkonzerten.“ Rund um die NSU-Morde sind jede Menge V-Leute im Einsatz. „Betreutes Morden“ wurde dies genannt, siehe 547. Bremer Montagsdemonstration. Lautet die Fortsetzung „betreute Brandstiftung“?

V-Leute sollen in die Führung der Rechten hinein. Um dies zu erreichen, müssen sie vorwärts stürmen! Ein Brandstifter hat diese Forderung erfüllt. Mir fehlt die Kontrolle. Waren V-Leute in der Nähe der Brandstiftungen? Bei jedem Brand oder anderen Aktionen gegen die Neubürger muss die Überprüfung aller örtlichen V-Leute erfolgen! Natürlich muss der Generalbundesanwalt endlich die Rolle der V-

Leute schonungslos offenlegen. V-Leute werden dadurch „verbrannt“? Darin sehe ich kein Problem!

3. Mit Recht ruft das „Erwerbslosenforum“ zum Widerspruch gegen die Leistungsbescheide ab 1. Januar 2016 auf. Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ wirft der Bundesregierung statistische Willkür vor und fordert 491 Euro **Regelsatz**. Vorsitzender Ulrich Schneider erläutert: „Der Regelsatz wurde bei seiner letzten Berechnung 2011 durch die damalige Arbeitsministerin von der Leyen willkürlich manipuliert und trickreich kleingerechnet. Was dabei herauskam, hat mit dem Existenzminimum nicht mehr ernsthaft etwas zu tun, sondern drückt Hartz-IV-Bezieher unter die Armutsgrenze. Seitdem wird diese Praxis jedes Jahr einfach fortgeschrieben. Es ist schon mehr als enttäuschend, dass auch Frau Nahles diese Tricksereien übernimmt, gehörte sie doch vor ihrer Berufung zur Arbeitsministerin zu den Hauptkritikerinnen der Methoden ihrer Vorgängerin.“

Jeder Überprüfungsantrag und jeder Widerspruch ist Leben und ein Zeichen des Widerstands! Ob daraus eine Klageflut wird, liegt an der Reaktion von Politik und Behörden. Wie dies geht und weitere Gründe stehen auf den Seiten der vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen. Sozialrechtler Harald Thomé meldet per Rundbrief: „Bundesagentur begrenzt die Darlehensaufrechnung auf zehn Prozent des Regelsatzes. Nach Weisung der Bundesagentur dürfen Darlehen kulminiert in Höhe von bis zu 30 Prozent des Regelsatzes aufgerechnet werden. Diese Weisung ist rechtswidrig, und eine Reihe von Gerichten hat dies exakt so entschieden.“ Auf eine Anfrage von „Tacheles“ wurde jetzt geantwortet, „dass nunmehr die Darlehensaufrechnung auf zehn Prozent begrenzt sei und dahingehend alsbald die Weisungen geändert würden. In der Beratungspraxis kann sich jetzt auf diese Antwort der Bundesagentur bezogen und diese auch Sachbearbeitern vorgelegt werden. Auch Anfragen an Jobcenter, die oft rechtswidrige Verwaltungspraxis zu beenden, können darauf gestützt werden.“ Es ist einfach Klasse und gleichzeitig ein Beweis der Willkür!

Harald Thomeé hat die Verwaltungsanweisung der Bundesagentur hinterfragt und festgestellt, dass es keine gesetzliche Grundlage für diese Erhöhung der Anrechnungsgrenze von zehn auf 30 Prozent gibt. Dadurch erhält die Vorbemerkung zu den veröffentlichten Weisungen ein ganz anderes Geschmäckle: „Bitte beachten Sie: Weisungen können teilweise durch Nachfolgeregelungen geändert sein. Bei Überschneidungen zwischen Gesetz und Weisung gilt im Zweifel das Gesetz.“ Also macht euch ran! Wer eine Aufrechnung über zehn Prozent ertragen muss, kann dies beenden: Einen Überprüfungsantrag stellen oder, falls die Frist dazu noch nicht abgelaufen ist, einfach Widerspruch einlegen.

Wer schon länger mehr als zehn Prozent angerechnet bekommt, kann dies mit Überprüfungsantrag rückwirkend bis zum 1. Januar 2015 ändern. Wenn sich akuter Geldmangel eingestellt hat, kann zusätzlich sofort die Hilfe des Sozialgerichts erbeten werden. Wie dies alles geht? Es steht auf unseren Seiten, sucht eine Beratungsstelle auf oder kommt einfach vorbei! Auch wenn die Darlehn unter-

schiedlich genannt werden, sind zusammen nur bis zu zehn Prozent aufrechenbar, egal ob das Darlehn für die Abwendung von Energieunterbrechungen, als Deponat oder für andere Zwecke gedacht war. Es dürfen höchstens zehn Prozent als Rückzahlung einbehalten werden. Prüft bei dieser Gelegenheit bitte die Abzugsbeträge. Es kommt vor, dass das Jobcenter zu viel einbehält. Wer dies nachträglich feststellt, kann die überzahlten Raten zurückfordern. Wie dies geht? Wie immer. Mit einem Antrag auf Überprüfung beginnt es.

Die gesetzliche Krankenkassen haben im Januar einen kräftigen Mitgliederzuwachs, überwiegend junge Leute. Das hört sich gut an, ist aber blamabel, denn die Ursache lautet: Für SGB-II-Bedarfsgemeinschaften wurde die Familienversicherung abgeschafft. Für Jugendliche ist es daher besonders wichtig, bei einer 100-Prozent-Sanktion Lebensmittelgutscheine zu beantragen und zu erhalten. Nur so bleiben sie krankenversichert. Wie dies geht? Bremen hat ein dichtes Netz von Beratungsstellen, oder einfach vorbeikommen!

4. Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven haben den Zusammenschluss geschafft. Klasse! Die Handelskammer macht sich Sorgen um die Industrie in Bremen. Sie hat Zahlen, die belegen, dass die dortige Industrie von Platz 5 auf Platz 8 abgerutscht ist. Dabei war vor Kurzem im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass die Industrie in Bremen bundesweit den größten Zuwachs hatte. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ stellte fest: „Insgesamt ist der Arbeitsmarkt im Land Bremen von einem Wachstum atypischer Beschäftigung mit hohem prekärem Potenzial charakterisiert, während das Normalarbeitsverhältnis immer mehr an Bedeutung verliert.“ Außerdem hat die Arbeitslosigkeit in Bremen in dem Zeitraum zugenommen. Dies ist alles nachzulesen auf der Seite zur 540. Bremer Montagsdemonstration.

Leider hat die Industrie es auch nicht geschafft, die Zahl der **Ausbildungsplätze** zu halten. Ich kann mich noch gut an eine „Nacht der Jugend“ erinnern. Die Jugendlichen haben die Erfolgsmeldung der Handelskammer hinsichtlich der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse und der daraus resultierenden Quote widerlegt, „denn von der Handelskammer war die Zahl von nur fünf Prozent aktueller Jugendarbeitslosigkeit verbreitet worden. Das umfangreiche Forschungsprojekt der Schülerinnen und Schüler ergab allerdings, dass nach drei Jahren tatsächlich nur 56 Prozent der Schulabgänger des Jahrgangs 2002/2003 einen Ausbildungsplatz haben und nicht 96 Prozent, wie von der Handelskammer schön-gerechnet und verbreitet“. Das ist nachzulesen auf der Seite zur 110. Bremer Montagsdemonstration.

Wie geht es weiter? Die IG Metall hat die Abwärtsspirale der Entlohnung in Bremen angeprangert: Wo es geht, werden die Personalkosten gesenkt. Dabei hat sie besonders das Mercedes-Werk im Blick. So haben die Arbeitnehmer immer weniger zur Verfügung, und Bremen kann weniger Steuern verbuchen. Mercedes zahlt seine Steuern anderswo. – Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren!

Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt“: Doch das Recht auf Asyl ist ein elementares Grund- und Menschenrecht („Scharf links“)

Soll der Eindruck entstehen, dass wir den Sozialstaat dem Militär verdanken?



1. Im Werk von Michael Lüders „Wer den Wind sät... Was westliche Politik im Orient anrichtet“ wird einleuchtend geschildert, wie in der Region alles mit allem zusammenhängt und wie sich der Westen seine Feinde immer wieder selbst erzeugt. Es ist eine Abrechnung mit westlicher Politik, die gerne für sich in Anspruch nimmt, „wertorientiert“ zu handeln. Eine derartige Politik hat im Nahen und Mittleren Osten vielfach „verbrannte Erde“ hinterlassen. Die Akteure sind dabei in erster Linie die USA und ihr engster Verbündeter Großbritannien. Spätestens seit „9/11“

gehören aber auch die übrigen Mitgliedsstaaten der EU dazu – nicht zuletzt Deutschland.

Wie die folgenden Ausführungen zeigen, hat sich das Grundmuster westlicher **Militärinterventionen** in der arabisch-islamischen Welt über Jahrzehnte hinweg kaum verändert, allem voran die Neigung, die Konfliktparteien in „gut“ und „böse“ zu unterteilen. Das absolut Böse hat natürlich sein Pendant, das selbstlose Gute. Die Guten seien wir und die westliche Politik, weil diese angeblich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte stehen. Der Glaube an die eigene Allmacht scheint ungebrochen zu sein.

Ferner wird dargestellt, dass westliche Politik lieber auf Konfrontation als auf Kooperation setzt, und dass sie wenig Bereitschaft erkennen lässt, aus eigenen Fehlern zu lernen. So wird gefragt, ob beispielsweise der „Krieg gegen den Terror“ Al-Quaida oder die Taliban geschwächt oder gar besiegt hat. Das Gegenteil ist

der Fall – beide sind gestärkt daraus hervorgegangen. Fakt ist, dass die USA seit 2001 in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen haben. Wahllös tötende Killerdrohnen setzen sie gerade heute ein, wie zum Beispiel in Pakistan, aber sie führen keine offenen Kriege mit Bodentruppen mehr.

Dies alles wird in dem vorliegenden Buch gut, in leicht verständlicher Sprache und vor allem sehr kenntnisreich vermittelt. Der Cover-Text lautet dazu: „Michael Lüders beschreibt die westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten und zeigt die desaströsen Folgen, darunter Terror, Staatszerfall und der Siegeszug islamistischer Milizen. Sein neues Buch liest sich wie ein Polit-Thriller – nur leider beschreibt er die Realität.“

2. Das „Bremer Friedensforum“ hat eine Presseerklärung mit „kritischen Fragen zum ‚Reinhart-Koselleck-Projekt‘ an der Universität Bremen“ veröffentlicht: „Haben Militär und Wehrpflicht zur Herausbildung des Wohlfahrtsstaates beigetragen? Wenn ja, in welchem Umfang? Diesen Fragen will Professor Herbert Obinger in dem Projekt ‚Wehrpflicht, Militär und **Wohlfahrtsstaatsentwicklung** in Europa‘ nachgehen. Ermöglicht wird diese Forschung mit einem ‚Reinhart-Koselleck-Projekt‘, das die Deutsche Forschungsgemeinschaft dem Bremer Uni-Professor genehmigt hat. Die DFG stellt der Universität Bremen knapp eine Million Euro zur Verfügung.

Das ‚Bremer Friedensforum‘ hat sich mit kritischen Fragen an die Deutsche Forschungsgemeinschaft zum Forschungsprojekt gewandt: Warum wird der Zusammenhang von Militär und Sozialpolitik gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt thematisiert, wo Tausende deutscher Soldaten im Kriegseinsatz sind? Soll der Eindruck entstehen, dass wir den Sozialstaat dem Militär verdanken? Soll auf diese Weise das Image der Bundeswehr verbessert werden, um Berufssoldatinnen und -soldaten für vermehrte Auslandseinsätze anzuwerben?

Kriege haben nach Ansicht des ‚Bremer Friedensforums‘ Not und Elend zur Folge, sie hinterlassen Witwen und Waisen, kriegsversehrte Krüppel und Traumatisierte, Flüchtlinge und Vertriebene. Diese Schreckensfolgen von Kriegen könnten zwar nicht wieder gutgemacht, aber durch Sozialpolitik etwas gelindert werden. Das zu ‚erforschen‘, hält das ‚Bremer Friedensforum‘ für ‚Humbug‘ und vermutet im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt ‚Wehrpflicht, Militär und Wohlfahrtsstaatsentwicklung‘ die Verschleuderung von Steuergeldern.

Ein sinnvollereres Forschungsprojekt wäre nach Ansicht des ‚Friedensforums‘, die Bedeutung der Gewerkschaften, der Kirchen, der Organisationen der Arbeiterbewegung und der Kriegsgegner bei der Entstehung und Ausgestaltung des Sozialstaats zu untersuchen. ‚Soll deren bedeutende Rolle in der Wohlfahrtsgeschichte verschleiert und der Krieg wieder einmal als ‚Vater aller Dinge‘, also auch der Sozialpolitik, gefeiert werden?‘, fragt das ‚Bremer Friedensforum‘ die ‚Deutsche Forschungsgemeinschaft‘. ‚Warum wird nicht erforscht, weshalb Kriege geführt werden, und was zu tun ist, um die Kriegsursachen zu bekämpfen?‘ Das ‚Bremer

Friedensforum‘ erwartet Antworten von der DFG, aber auch eine Stellungnahme der Universitätsleitung und der Bremer Senatorin für Wissenschaft.“

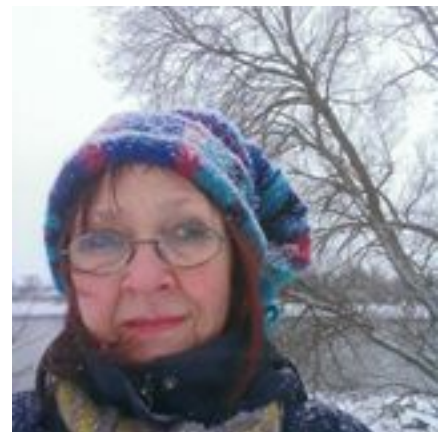
Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

554. Bremer Montagsdemo am 25. 01. 2016

Es kann nicht nur darum gehen, satt zu werden

1. Nach einer „Arbeitnehmerkammer“-Studie belegt Bremen im Bundesländer-Ranking den vierten Platz beim **Durchschnittseinkommen**. Demnach werde in Bremen und Bremerhaven gar nicht so schlecht verdient: Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer hätten in Bremen durchschnittlich 3.776 Euro brutto in ihrer Lohn-tüte. Hier verdienten im Vergleich vor allem Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung sehr gut, zum Beispiel die bei den hervorragend zahlenden Industrie-Arbeitgebern Mercedes und Airbus Beschäftigten.



Die „Arbeitnehmerkammer“ weist allerdings auf die Gespaltenheit des Arbeitsmarktes hin: Die Mehrheit der Arbeitgeber befinde sich in Branchen mit niedriger Bezahlung, etwa Einzelhandel und Gastgewerbe, wo die Löhne wie in allen anderen Bundesländern sehr gering seien und zudem am unteren Ende der Skala lägen. Berechnungen hätten auch eine positive Auswirkung des Mindestlohnes ergeben, wovon vor allem geringfügig Beschäftigte beziehungsweise ungelernte Arbeitnehmer profitierten.

Auch wenn von einer günstigen Entwicklung des Mindestlohnes die Rede ist, wissen wir deswegen noch lange nicht, wie und ob sich Arbeitnehmer durch ihrer Hände Arbeit den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familie erwirtschaften konnten. Ich vermute, dass sie nun vielleicht weniger mit Geldern des Jobcenters aufstocken mussten, aber letztlich genauso wenig Geld im Portemonnaie haben wie vorher auch schon. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro brutto ist und bleibt nur ein trauriger Witz, eine Verhöhnung für die geleistete Arbeit! Die Überschrift des Beitrags von „Radio Bremen“ allein legt die Vermutung nahe, die Bremerinnen und Bremer würden für ihre Arbeit überdurchschnittlich gut bezahlt.

Die „Arbeitnehmerkammer“ differenziert es zwar später noch aus, doch fallen mir weitere Gründe ein. Wir sollten uns daran erinnern, dass Bremen auch an zweiter Stelle bei den Einkommensmillionären steht und die Hansestadt überhaupt nur wegen der vielen Superreichen auf Platz vier beim Durchschnittsein-

kommen gelangen kann! Ansonsten ist in Bremen fast jedes dritte Kind „armutsgefährdet“, was auf Realdeutsch übersetzt natürlich nichts anderes als arm heißen kann. Selbstredend wird mit Hartz IV ja eben kein Grundeinkommen gesichert. Da finanziell arme Kinder finanziell arme Eltern haben müssen, wird es in Bremen, von den die Statistik hebenden Ausnahmegehältern abgesehen, durchschnittlich nicht besser entlohnte Arbeitnehmer als in anderen Städten geben können – außer wir lassen hier nur die reinen Zahlenjongleure zu Wort kommen. Papier ist ja bekanntlich sehr geduldig!

2. Gleich noch eine Meldung aus Bremen, die gut klingt: Nach einer Auswertung der Krankenkasse „DAK-Gesundheit“ meldeten sich Arbeitnehmer(innen) in Bremen vergangenes Jahr weniger häufig krank als im Rest der Republik und trotzen somit dem Bundestrend. Während der **Krankenstand** in Bremen von 4,0 auf 3,9 Prozent geringfügig sank, stieg er auf Bundesebene von 3,9 auf 4,1 Prozent an.

Den Menschen in Bremen hätten 2015 vor allem Erkältungen zu schaffen gemacht. Die Anzahl der Fehltage aufgrund von schweren Atemwegserkrankungen wie Bronchitis sei um fast ein Fünftel gestiegen. Da ich jedoch nicht davon ausgehe, dass die aggressivsten Erreger um Bremen einen Bogen machten, vermute ich, dass die hiesigen Beschäftigten sich aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht genügend Zeit für die Wiederherstellung ihrer Gesundheit ließen!

3. Nach aktuellen Untersuchungen kommt die Annahme, in Deutschland müsse niemand hungern, gewaltig ins Wanken. Der Ernährungswissenschaftler Professor Hans Konrad Biesalski von der Universität Hohenheim erklärte, in Deutschland litten viele Menschen an „verstecktem Hunger“. Davon seien besonders Kinder betroffen, die in finanziell armen Familien von Hartz IV „leben“ müssten: Ihnen fehlten häufig wichtige Nährstoffe. Ursächlich dafür sei aber kein Mangel an Lebensmitteln, sondern eine einseitige Ernährung, die aus finanzieller Not heraus und wegen der zunehmenden Industrialisierung der Lebensmittel schlicht unzureichend ist.

Wegen des Hartz-IV-Regelsatzes müsse der Anspruch an Lebensmittel auf Billigprodukte minderer Qualität heruntergeschraubt werden. Der Forscher kritisierte, es könne nicht nur darum gehen, satt zu werden: Wichtig sei vor allem darum, gesund zu bleiben. Dabei verwies er auf die Untersuchungen des Welternährungsorganisation FAO, wonach eine **Mangelernährung** durch fehlende Vitamine und Nährstoffe zu Wachstumsstörungen und anderen Krankheiten führen könne. Dies führe allerdings nicht nur zu Konsequenzen für die Betroffenen selbst, sondern auch für die ganze Gesellschaft, weil die Folgen der Mangelernährung die Produktivität minderten und daraus resultierend den Bedarf an Sozialleistungen steigerten.

Biesalski kritisierte, dass diese Problematik im aktuellen Armutsbericht der Regierung zwar erwähnt, aber nicht hinreichend debattiert worden sei. Von dem bis Dezember 2015 geltenden Regelsatz von 399 Euro für einen alleinstehen-

den Bedürftigen seien 141,65 Euro monatlich für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke vorgesehen, was bei einem Monat mit 31 Tagen 4,57 Euro täglich mache. Die scheinheilige „Erhöhung“ von sage und schreibe fünf Euro „mehr“ im Monat trägt nicht zur Möglichkeit einer gesünderen Ernährung bei. Wenn davon drei Mahlzeiten mit Getränken gezaubert werden sollen, dann kann in erster Linie nur mit ungesunden Weißmehlprodukten und billigen Fetten – anstelle von gesundem Obst und Gemüse – der Magen gefüllt werden. Dann gibt es also Spaghetti mit Ketchup, Weißbrot mit Marmelade, Kartoffelchips.

4. Offenbar sollen sich Kinder aus Hartz-IV-Familien nicht schulisch verbessern dürfen, um später bessere Ausbildungs- und Jobmöglichkeiten zu haben: Laut einem im Januar 2016 veröffentlichten Urteil des hessischen Landessozialgerichts haben „Hartz-IV-Empfänger mit ‚noch befriedigenden‘ Schulleistungen keinen Anspruch auf ergänzende **Lernförderung**“. Lediglich die Versetzung in die nächste Jahrgangsstufe beziehungsweise ein „ausreichendes Leistungsniveau“ seien als wesentliches Lernziel anzusehen. So entschied der 9. Senat des Gerichts (Aktenzeichen L9 AS 192/14).

Im konkreten Fall geht es um einen Schüler der fünften Klasse einer kooperativen Gesamtschule, der auf die Zahlung von Transferleistungen angewiesen ist, die angeblich den Lebensunterhalt sichern. Die Mutter beantragte für ihren Sohn „ergänzende Leistung für Bildung und Teilhabe“ in Form zusätzlicher Lernförderung für das Schulfach Englisch. Die Lehrerin bescheinigte dem Schüler schwach befriedigende Leistungen und einen Bedarf von ein bis zwei Wochenstunden. Da das Erreichen der „wesentlichen Lernziele“ jedoch nicht gefährdet sei, lehnte der Landkreis Darmstadt-Dieburg den Antrag ab, denn außerschulische Lernförderung solle lediglich den Anspruch auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums sicherstellen. Die Darmstädter Richter gaben dem Landkreis Recht.

Dieses die Kinder von Hartz-IV-beziehenden Eltern noch weiter schwer benachteiligende Urteil zementiert die Chancenungleichheit in Deutschland, denn Bildungserfolge hängen hier noch immer stark von den sozialen und vor allem finanziellen Hintergründen der Schüler ab. Statt die Kinder wirklich zu fördern, werden sie nur abwertend als „bildungsfern“ oder „sozial schwach“ bezeichnet. Dabei sind nur die Geldbeutel der Eltern schwach gefüllt, was diese jedoch kaum selbst zu verantworten haben, bei den absolut nicht ausreichenden Regelsätzen! Ein Fall wie dieser, wo eine Mutter ihrem Kind zu mehr Förderung verhelfen wollte und abgeschmettert wurde, zeigt nur überdeutlich, wie von Bildung ferngehalten werden soll: Die Kinder von Hartz-IV-Bezieher(inne)n sind es der Gesellschaft nicht wert, gefördert zu werden, auch wenn uns gebetsmühlenartig das Gegenteil vorgegaukelt wird!

Eine Untersuchung des „Sozialwissenschaftlichen Instituts“ der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Sitz in Hannover bestätigt nun, was wir bereits seit Beginn der menschenverachtenden Hartz-Gesetze wissen: Die Regelsätze

sind eine einzige Mogelpackung und reichen vorn und hinten bei allem nicht, sodass am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig ist. Ebenso reicht dann natürlich auch der jährliche Zuschuss über das Pseudo-„Bildungs- und Teilhabepaket“ mit 100 Euro nicht aus, dem tatsächliche Kosten für den Schulbedarf von durchschnittlich 153 Euro gegenüberstehen.

Was sollen Eltern machen, wenn sie für die Einschulung ihres Kindes und beim Übergang an eine weiterführende Schule in Wirklichkeit rund 300 Euro dringend benötigen? Die Kosten bis zur zehnten Kosten betragen zumeist etwa 200 Euro im Jahr. Doch so eindeutig gegen die Hartz-Gesetze war der Artikel im „Weser-Kurier“ nicht gerichtet. Leider wurden hier schon wieder finanziell arme Eltern pauschal und unbegründet als „sozial schwach“ abgewertet. Nachdenken erwünscht!

5. Auf Drängen von Jobcenter-Mitarbeiter(inne)n untersagte Verdi-Sekretär Norbert Arndt der Initiative „Jobcenterwatch“, sich weiterhin in der Zentrale seiner Gewerkschaft zu treffen. Er begründet seine Entscheidung damit, dass politisches Gewicht und die Durchsetzungsmacht einer **Gewerkschaft** aus ihrer Mitgliederstärke und betrieblichen Verankerung erwachsen. „Das Herz der Verdi“ schlage in den Betrieben, so auch beim Jobcenter Herne. Arndt sagte, ohne hohen Organisationsgrad in Betrieben und Verwaltungen sei Verdi ein „zahnloser Tiger“ und tatsächlich erpressbar – durch Arbeitgeber und eine willfährige Politik, die vor elf Jahren, angefeuert von „bestimmten Medien“, unter einer SPD/Grünen-Bundesregierung das Hartz-IV-Regime durchgesetzt habe.

Er betonte, gewerkschaftliches Handeln benötige die Akzeptanz der Mitglieder. Wenn diese Akzeptanz nicht gegeben oder gestört sei, dann müsse sie hergestellt beziehungsweise an einer Beseitigung möglicher Störungen gearbeitet werden. Damit erklärt der Gewerkschaftssekretär den Rauswurf einer kritischen Erwerbslosengruppe, die sehr erfolgreich Missstände im Jobcenter anprangert. Daniel Kleibömer von „Jobcenterwatch“ sagte dazu, man schaue sich die Einzelfälle der Menschen an, die zum Gruppentreffen kämen, und benenne die strukturellen Ursachen der Probleme. Genau diese Arbeit sei offenbar ein Dorn im Auge des Personalratschefs des Jobcenters gewesen.

Ist die Gewerkschaft erpressbar? Die Aktivist(inn)en hatten Verstöße beim Datenschutz, eklatante Widersprüchlichkeiten zum Grundgesetz und Rechtswidrigkeiten aufgedeckt, außerdem Hartz-IV-Bezieher(innen) in die Behörde begleitet, Podiumsdiskussionen veranstaltet und kritische Medienberichte organisiert. Dies findet Personalratschef Jürgen Kottenkamp „überflüssig“, weil es eine „funktionierende Kontrolle und Aufsicht“ über die Arbeit der Kolleg(inn)en gebe. Sie bräuchten nicht „irgendwelche Leute, die als Hobby hier rumwerkeln“, sie fühlten sich „überwacht“, und es sei auch zu „Denunzierungen“ gekommen. Weil Verdi nicht geguckt habe, wer hinter dieser Gruppierung stehe – aktiv seien „Kunden“ des Jobcenters und „unbedeutende Lokalpolitiker“ –, habe er Verdi dazu aufgefordert, sich von der kritischen Erwerbslosengruppe zu distanzieren.

Offenbar ist der Verdi-Geschäftsführer eingeknickt, weil sehr viele Jobcenter-Mitarbeiter(innen) bei Verdi organisiert sind. Aber was ist mit den ehemaligen Gewerkschaftskolleg(inn)en? Gelten diese nur so lange als verteidigungswürdig, wie sie sich noch in Arbeit befinden? Sollen sie fallengelassen werden, sobald sie zu „Kunden“ der Jobcenter geworden sind? Wie kam bloß das Abnicken der unsäglichen Hartz-Gesetze durch die Gewerkschaften zustande? Wie gut, dass „Jobcenterwatch“ nicht aufgibt! Die Gruppe will sich nun erst mal abwechselnd in der Geschäftsräumen der „Linken“ und der Grünen treffen, sucht aber eigentlich einen parteifreien Treffpunkt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Rassismus: Nicht vorbestrafter Sockendieb muss ein halbes Jahr ins Gefängnis, um ein Exempel zu statuieren („Spiegel-Online“)

Wie kann man das alles begreifen

Wie kann man das alles begreifen,
Was in Deutschland gerade passiert?
Die Mächtigen sind immer dreister,
Als ob jemand den Verstand verliert.

Die Menschen fliehen vor Hunger,
Werden gehetzt und verhauen.
Aber das ist auch kein Wunder –
Hier, wo sie die Waffen bauen,

Die all jene Länder zerstören,
Aus denen die Flüchtlinge sind.
Das ist schon ganz ungeheuer
Und hat auch gar keinen Sinn.

Die Erde, sie wird vernichtet,
Und alles, was draußen lebt,
Nur weil ein Trupp Bösewichte
Nach Macht und nach Reichtum strebt.

Valentina Schneider

Die Investition in Beton muss endlich zurückstehen

1. Wer mit wenig Geld gebeutelt ist und noch nichts zur Verbesserung seiner Kassenlage getan hat, greife nunmehr zum Papier! Folgendes kann zu Verbesserungen führen:

- Der Regelsatz 2016 ist zu niedrig, die „Berechnung“ wurde nach Kassenlage angestellt. Stellt einen **Überprüfungsantrag!**
- Die neuen Bemessungsgrundlagen für das Wohngeld wurden für Bremen in der Mietstufe IV für Haushalte mit einer Person auf 434 Euro Kaltmiete (Miete einschließlich Nebenkosten, jedoch ohne Heizung) erhöht. Wer bisher kein Wohngeld erhalten hat, sollte den Wohngeldrechner quälen und das Amt nachrechnen lassen. Noch im Januar!
- Wer als Leistungsempfänger aktuell einen Teil der Kosten der Unterkunft nicht erstattet bekommt, stellt einen Antrag auf Überprüfung und beantrage außerdem die sofortige vollständige Erstattung der Kosten der Unterkunft.
- Wer als Leistungsempfänger eine Sanktion erlitten hat, gehe zu einer Beratungsstelle oder komme einfach vorbei und stelle mit dieser Unterstützung einen Antrag auf Überprüfung.
- Wer als Leistungsempfänger Raten für Kredite, Mietkaution oder Ähnliches abgezogen bekommt, muss nur eine Rate bis höchstens zehn Prozent des Regelsatzes akzeptieren, auch wenn mehr als ein Kredit zurückzuzahlen ist. Stellt einen Antrag auf Überprüfung und sofortige Reduzierung der aktuellen Rate!
- Wer eine Ratenzahlung laufen hat, sollte prüfen, ob die Rückzahlung mit dem Kreditvertrag übereinstimmt. Falls der Mitarbeiter keine Begrenzung hinterlegt hat, sind schon Überzahlungen vorgekommen – also nachrechnen, auch für bereits erledigte Tilgungen nach dem 1. Januar 2015, und eventuell Antrag auf Überprüfung stellen.

Alles klar? So sieht Lebendigkeit aus! Wie dies alles geht, ist auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration nachlesbar. Wenn etwas unklar ist, eine Beratungsstelle aufsuchen oder einfach vorbeikommen! Sich zu wehren geht bundesweit. Die genannten Fundstellen bieten die Informationen zum Wohngeld für jede Gemeinde in Deutschland. Die anderen Punkte betreffen ohnehin bundesweite Probleme. Nur mit dem Vorbeikommen ist es nicht einfach, aber Gegenwehr gibt es überall! Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit, mit der die Eigenbeteiligung der Erwerbslosen an den Kosten der Unterkunft ermittelt werden kann, gibt es für viele Teilgebiete Deutschlands. Das Ergebnis verstärkt bestimmt den Wunsch, die Zahlen zu ändern!

2. Bundesweit und auch für viele Regionen gibt es **Armut- und Reichtumsberichte**. Die Bürgerschaft hat über den für 2015 debattiert, der Bremer Bericht ist also schon etwas älter. Scheinbar lag das an der Auswahl der Wörter, die Feststellungen klingen dann nicht so hart. Die Bürgerschaftssitzungen sind aus Sicht der Fraktion „Die Linke“ nachzulesen. Auf der Seite der Bürgerschaft sind die Beschlüsse aufzurufen, auch die Fragen. Die Protokolle der Sitzungen mit den Antworten werden später vorliegen. Aktuell liegt zum Beispiel das Protokoll der Stadtbürgerschaft vom 13. Oktober 2015 noch nicht vor. Wenn ein Video gedreht wurde, steht dies auch bei den Protokollen.



Zurück zum Armuts- und Reichtumsbericht. Nachzulesen ist eine Neufassung, bei der 551. Bremer Montagsdemonstration habe ich aus dem bisherigen Bericht zitiert. Wer sich jetzt die Fundstellen ansieht, entdeckt dort ein anderes Thema. Das zitierte Thema ist gewandert, liest sich jetzt eventuell auch inhaltlich anders, doch die Wirklichkeit hat sich dadurch nicht geändert. Die Versorgungsunterbrechungen werden jetzt auf Seite 152 erwähnt.

Über die Wohngeldänderung zum 1. Januar 2016 steht auf Seite 155: „Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde vereinbart, die Wohngeldleistungen zu verbessern. Das Bundesministerium hat am 20. Februar 2015 eine Wohngelderhöhung für das Jahr 2016 bekanntgegeben. Die Wohngeldreform mit verbesserten Leistungen ist beschlossen und soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten.“ Bremen hat für die Einzelheiten auf das Bundesgesetz verwiesen, Bremerhaven hat über die Änderung umfassender informiert.

3. Die IHK war auch auf der vorherigen Bremer Montagsdemonstration ein Thema. Aktuell meldet der „Weser-Kurier“: „Handelskammer erwartet weniger Wachstum“. Im Artikel heißt es: „Sowieso müsse vonseiten der Politik noch einiges passieren. ‚Die Wirtschaft in unserem Land ist sehr erfolgreich‘, sagte Herr Emigholz. ‚Wir machen uns aber Sorgen, dass Bremen weiter zurückfällt, weil andere Städte beweglicher, innovativer und dynamischer sind.‘ Der neue Präses der Handelskammer wünschte sich daher mehr Förderung von Innovationen, beispielsweise durch einen Gründer- und Innovationsfonds des Senats, eine Stärkung der Industriecluster sowie den Ringschluss der Autobahn 281.“

„Wie wichtig ist die Industrie?“, titelte der „Weser-Kurier“ am 23. Januar 2016 auf Seite 19 der Druckausgabe. Günter Warsewa, Direktor des „Instituts Arbeit und Wirtschaft“, „sieht die Forderung der Kammer anders: ‚Die Dienstleister, die wir hier nach Bremen holen müssten, brauchen nicht noch mehr Straßen, Beton und Gewerbeflächen‘, meint er. ‚Was wir brauchen, sind attraktive **Standortbedingungen** für anspruchsvolle, gut ausgebildete Arbeitskräfte. Da ge-

he es um ausreichende Kulturangebote oder ein hochkarätiges Bildungsangebot. „Da muss Bremen investieren.“

„150 Millionen Euro für eine Minute Zeitersparnis“, lautet eine Überschrift des „Weser-Kuriers“ vom 23. Januar 2016 auf Seite 2. Geschrieben wurde der Artikel von Norbert Breeger von der „Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A281“. Es geht um den Bauabschnitt 2.2 und den Sinn insgesamt: „Laut ‚Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH‘ gewinnt der Verkehr zum Güterverkehrszentrum durch das Teilstück 2.2 gerade mal eine Minute“.

Bremen ist ein bedeutender Industriestandort und trotzdem nicht in der Lage, auskömmliche Steuern zu erheben. Es wäre schön, von der IHK dazu etwas zu hören! Wirkt die IHK gegen die Mitnahme aller Möglichkeiten? Es darf nicht alles gemacht werden, was geht, hat selbst Wolfgang Schäuble festgestellt. Gilt das Wort vom „ehrbaren Kaufmann“ noch? „IG Metall prangert Daimler in Bremen an“, heißt es im „Weser-Kurier“: „Der Chef der Gewerkschaft IG Metall, Jörg Hofmann, kritisiert den Autokonzern Daimler wegen der Auslagerung von Logistikjobs in seinem Bremer Mercedes-Werk. Indem der Stuttgarter Hersteller per Werkvertrag Tätigkeiten an die Dienstleistungsfirma Rhenus vergeben habe, höhle er die Tarifbindung aus und lasse Beschäftigte für unangemessen niedrige Löhne arbeiten.“

Meine Meinung lautet: Daimler wird als hoch ertragreiches Unternehmen nicht von betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit getrieben. Es geht um reine Gewinn-erhöhung! Früher wäre diese Nutzung von Werkverträgen keinem „Bremer Kaufmann“ eingefallen, sonst hätte er außerhalb der Gesellschaft gestanden! Bremen sollte aus meiner Sicht den Schwerpunkt auf die Bildung legen. Die Investition in Beton muss endlich zurückstehen! Die Informatisierung der Fertigungstechnik und der Logistik nimmt Fahrt auf. Die GPS-Steuerung der LKWs wird alle Termine einhalten, auch ohne Fahrer und ohne den Zeitvorteil von einer Minute zu vermissen.

Neulich in den Nachrichten sagte die Sprecherin launig: „Auch ‚Industrie 4.0‘ kommt nicht ohne Menschen aus“. Der Verlust von über 50 Prozent aller Arbeitsplätze sollte aber schon heute in die Planungen einfließen, gern auch die Gewinnung neuer Arbeitsmöglichkeiten beziehungsweise die bedingungslose Grundsicherung. Bremen hat erfahren müssen, dass mehr Arbeitsplätze nicht die Steuereinnahmen erhöhen, weil die Steuern der Arbeitnehmer an die Wohnorte im niedersächsischen Umland gehen.

4. Zur Ausbildungslage in Bremen siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Früher wurde total beschubst – heute gibt es Antworten des Senats zur Ausbildungsbetriebsquote und zu Angeboten für geflüchtete Jugendliche mit Ausbildungsbedarf. „Alle Jugendlichen befähigen“, lautet das Motto der 2. Bremer Armutskonferenz am 9. Februar 2016. Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ stellt fest: „Ob Bremen oder Bremerhaven, für viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene ist Armut oder die Gefahr, in Armut zu geraten, ganz real. Anstatt eigen-

ständig zu werden, bleiben viele abhängig vom Portemonnaie ihrer Eltern oder von Sozialleistungen.“

Die Jugend steht also im Vordergrund. Ob die „Jugendberufsagenturen“ ein Thema sind? Es wäre wünschenswert. Als Vorbereitung zur Durchführung wurden in den Schulen Datenschutzerklärungen ausgeteilt. Die Lehrer sollten sie von den Schüler(inne)n unterschreiben lassen und zurückgeben. Wie sieht es aus mit Einweisung, Erklärung, Erläuterung und Verweigerung beziehungsweise Streichungen? Die Jugendlichen sollen auch unter dem Einsatz von Sanktionen in Ausbildung oder Arbeit gebracht werden! Das „Bremer Bündnis soziale Arbeit“ hat viele Anmerkungen zu dieser Problematik.

5. Nun zu dem vereinzelt **Reichtum**, der letztlich durch die verbreitete Armut entstanden ist. „Reiche Deutsche werden reicher“, titelte der „Weser-Kurier“, die „Welt“ schreibt zu einer „Oxfam-Studie“: „So ungleich ist das Vermögen auf der Welt verteilt“. Einfach mal nachlesen und sacken lassen! Für Regelsatzgebeutelte ist das ein Grund mehr für den Überprüfungsantrag!

Die Tradition des „Bremer Kaufmanns“ wird gepflegt, damit leider auch die Ausgrenzung der Frauen. Über das „Schaffermahl“ und die „Eiswette“ steht viel auf unseren Seiten. Die „Schaffer“ dürfen nun Frauen einladen. Haben sie sich diesmal getraut? Wir werden es sehen! Die Handelskammer hat schon vor Jahren Frauen im „Club zu Bremen“ zugelassen und auch aufgenommen. Die „Eiswette“ ist noch steifer. Hier sind nach wie vor keine Frauen zugelassen. Warum? Die Änderung ist überfällig, damit nicht aus dem „weltoffenen Bremer“ ein „Hinterwäldner“ aus Bremen wird!

Die „Heute-Show“ vom 22. Januar 2016 ist sehenswert. Es wird aufgezeigt, wie dringend unser Strafrecht entriegelt werden muss. Lässt die Männlichkeit auch hier grüßen? Es gibt ungeahnte Einblicke! Schauen Sie nicht nur auf das Inhaltsverzeichnis. Die Themen sind vielfältiger und gut aufbereitet. – Wer wissen will, wie in den anderen Länder gelebt wird, kann dies über den „Weltspiegel“ erahnen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wie sich Nazis tarnen: Im bürgerlichen Beruf wird geschwiegen, jeder Tabubruch vor dem Mikrofon im Nachhinein relativiert („Focus“)

Wir lassen uns nicht spalten!



Christian König findet, dass es „nicht zusammenpasst“, einerseits zu wenig bezahlbaren Wohnraum, existenzsichernde Arbeitsplätze und immer mehr Armut zu beklagen und andererseits immer mehr Zuwanderung zu fordern. Und er stellt gegeneinander: „Bremer Senat will Flüchtlingen Perspektiven geben... Welche Perspektiven hat er denn den ALG-I- und -II-Empfängern gegeben?“

Damit geht er genau denen auf den Leim, die er in seiner Zuschrift angreifen will: Regierungen und Kapital! Denn die versuchen, die Arbeitslosen und Armen gegen die Flüchtlinge auszuspielen, als ob die einen alles bekämen, die anderen aber nichts. Auch wenn Christian König die erbärmliche Lebenssituation vieler Flüchtlinge richtig schildert: Er tut dies nicht aus Mitleid oder Solidarität, sondern behauptet, „unter dem Rausch einer ‚Willkommenskultur‘ ist nun auf einmal alles möglich“. Damit stellt er sich völlig gegen die uneigennützig Hilfe Hunderttausender, die in den letzten Wochen den Flüchtlingen geholfen haben. Auch was die Fluchtursachen anbelangt, hat er nur zum Teil Recht, wenn er die Destabilisierung der Region (Mittlerer Osten) vor allem durch die USA nennt.

Völlig zu Recht haben sich vor fünf Jahren die Völker Nordafrikas und des Mittleren Ostens gegen die reaktionären Regimes erhoben und sie teilweise gestürzt. Aber nur dort, wo sie sich eine gut organisierte revolutionäre Führung aufgebaut hatten wie in Rojava (Nordsyrien), gelang es, eine demokratische Selbstverwaltung aufzubauen. In den meisten anderen Gebieten aber gelangten erneut reaktionäre, faschistische Regimes an die Macht, zum Beispiel in Ägypten. Syrien versuchten die US- und EU-Imperialisten aus dem Einflussbereich Russlands herauszubrechen, indem sie die „freie syrische Armee“ unterstützten. Das Land ist auch zum Zankapfel der neuimperialistischen Mächte Türkei, Saudi-Arabien und Iran geworden, die sich dabei faschistischer Gruppen wie Al Nusra, Al Kaida oder des „Islamischen Staates“ (Daesh) bedienen und sie mit Waffen und Geld versorgen.

Die heutigen Flüchtlingsströme sind Ausdruck der Unfähigkeit des imperialistischen Weltsystems. Mit Krieg, Zerstörung der Lebensgrundlagen, Landraub und Hunger durch Spekulation auf Lebensmittelpreise werden Millionen zur Flucht gezwungen. Wer etwas gegen die Fluchtursachen tun will, muss daher den Imperialismus bekämpfen, nicht die Flüchtlinge. Das beginnt zum Beispiel damit, den Freiheitskampf in Rojava zu unterstützen. Seit im Juni 2015 der Bau eines Gesundheitszentrums in Kobanê mit internationalen Brigaden der ICOR und der kurdischen Bevölkerung begonnen und im Dezember abgeschlossen wurde, sind über 170.000 Flüchtlinge wieder in die Stadt und Region Kobanê zurückgekehrt.

Aber an einer solchen Beseitigung der Fluchtursachen hat die Bundesregierung kein Interesse. Sie wirft sich lieber dem Staatsterroristen Erdogan an den Hals, der den „IS“ unterstützt, und dessen erfolgreichste Gegner die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer von YPG und YPJ in Rojava sind.

Es ist auch nicht richtig, von einer „Flüchtlingskrise“ zu reden. Die Politik der Herrschenden ist in der Krise! Sie wollen einerseits die Grenzen offen haben für Kapital und Waren, am besten weltweit – daher das TTIP-Freihandelsabkommen –, aber Zäune und Mauern gegen die Flüchtlinge. In menschenverachtender Weise werden Selektionen durchgeführt, welche „Ware Mensch“ sie als billige Arbeitskraft und Lohndrücker gebrauchen können. Der „Rest“ soll in Abschiebelager (Julia Klöckners „A2-Lösung“) oder am besten gleich ertrinken.

Demagogisch wird versucht, in der Bevölkerung Stimmung zu machen, als ob ein Großteil der Flüchtlinge kriminell sei, um die Öffentlichkeit für die Verschärfungen des Asylrechts zu gewinnen. Dazu wird suggeriert: „Das Boot ist voll“. Dem sitzt leider auch Christian König auf. Dabei hat Deutschland trotz einer Million Flüchtlinge 2015 immer noch eine Million weniger Einwohner als bei der Wiedervereinigung, sinkt die prognostizierte Bevölkerungszahl bis 2050 um 20 Prozent und wurden nach dem Krieg mit zwölf bis 13 Millionen Umsiedlern und Flüchtlingen weitaus mehr Menschen in kürzester Zeit integriert. Auch 1989 kamen mit 4,5 Millionen „Spätaussiedlern“ weitaus mehr Menschen zu uns. Damals sprach aber keiner von einer „bedrohlichen Flüchtlingswelle“.

Arbeitende, Arbeitslose und Flüchtlinge dürfen sich nicht spalten lassen! Führen wir gemeinsam den Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen! „Die grundlegende Lösung des Weltflüchtlingsproblems liegt in der revolutionären Befreiung vom imperialistischen Joch und damit in der Aufhebung der Ausbeutung von Mensch und Natur sowie von der Unterdrückung der Masse der Menschen, im Aufbau der vereinigten sozialistischen Staaten der Welt!“ („Bürgerliche Flüchtlingspolitik in der Krise – 10 Argumente der MLPD“) Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!

Wolfgang Lange (MLPD)

Der Jugendverband „Rebell“ lädt ein zur **Solidaritätsveranstaltung** zum Wiederaufbau in **Kobanê** am **Samstag**, dem **30. Januar 2016**, ab **18 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des bundesweiten „Netzwerks Grundeinkommen“ finden unter dem Titel **„Roboter, Flüchtlinge, Grundeinkommen“** am **Samstag**, dem **30. Januar 2016**, ab **19 Uhr** im **Gästehaus** der Universität Bremen, Teerhof 58, **Gespräche** mit Ratsmitgliedern des Netzwerks statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

555. Bremer Montagsdemo

am 01. 02. 2016

Meine guten Vorsätze fürs neue Jahr

An einem schönen Wintertag habe ich das Programm des „Bürgerhauses“ nebenan gesehen und mir gedacht: Ich muss mich endlich in Deutschland integrieren, Kultur und Menschen hier besser kennenlernen! „Aktivitäten im Bürgerhaus“, was gibt es denn da für Aktivitäten? Die ganze Woche ist voll: mit Spielkreis, Aquarellmalen, Tongruppe, Tischtennis, Literaturkreis – stopp, hier! Das ist etwas für mich, denn ich lese gern, versuche manchmal auch etwas zu schreiben. Das wird gut, wenn ich solche Leseratten wie mich kennenlernen und dabei auf Deutsch kreativ schreiben lerne! Auf dem Blatt steht: „jeden zweiten Montag im Monat“. Alles klar!

Am Anfang des Jahres haben wir alle immer neue Vorsätze, deshalb nahm ich mir vor, mich im Januar in unserem „Bürgerhaus“ zu melden. Am 11. rief ich dort an und fragte wegen des Literaturkreises nach. Freundlich wurde mir gesagt: „Ja, die Sitzung findet heute statt! Melden Sie sich bitte bei der Information, wenn Sie kommen.“ Es wurde auch nach Namen und Adresse gefragt.

Alles gut, nach einem stressigen Tag bin ich zum „Bürgerhaus“ geeilt. Ich bin keine Kneipengängerin, mehr ein häuslicher Typ, darum war mir ein bisschen unwohl, als ich neben dem Eingang eine Gruppe von acht oder neun älteren, aber recht sportlichen Männern sah, die an den Tischen saßen, Bier tranken und alle neugierig auf mich blickten. Gut, sollten sie doch glotzen! Ich bin keine 17 mehr, die Männerblicke machen mir nichts aus.

Am Informationsplatz stand eine nette Frau mit Kopftuch, ich fragte sie nach dem Literaturkreis. „Nein“, antwortete sie, „heute findet kein Literaturkreis statt! Der war schon am 4. Januar.“ – „Aber ich habe doch angerufen! Hier steht: ‚jeden zweiten Montag im Monat‘.“ – „Ja, die Leute vom Literaturkreis treffen sich in zwei Wochen wieder.“ – „Hat sich denn etwas geändert? Gibt es einen aktuellen Plan? Mir wurde doch gesagt, und hier steht es auch: ‚jeden zweiten Montag im Monat‘!“ – „Ja, ja, zweimal im Monat.“

Ich drehte mich hilflos zu den deutschen Herren um, die schweigend an den Tischen saßen und uns anschauten und zuhörten. Es war wie auf der Bühne: Zwei Menschen mit „Migrationshintergrund“ versuchten, sich auf Deutsch zu verständigen, und es schien so, als könne die Frau mit Kopftuch mich nicht verste-

hen. Sie versuchte, sich mit dem Hinweis zu behelfen: „Dieser Herr dort gehört auch zum Literaturkreis!“

Lächelnd sagte ich zu dem Herrn: „Entschuldigen Sie bitte, mich interessiert der Literaturkreis! Können Sie mir sagen, wann er sich das nächste Mal trifft?“ Der ältere Herr schaute mich an, verlor aber kein Wort. Ja, das passiert manchmal, dass Männern bei meinem Charme die Worte fehlen! „Können Sie mir bitte eine Telefonnummer von der Leiterin oder einer Kontaktperson geben?“ Wieder kein einziges Wort. Doch ich bin manchmal hartnäckig, so schnell gebe ich nicht auf. Ich holte das Handy aus der Tasche und zeigte der Frau mit Kopftuch den Kalender: „Hier, erster Montag war der 4., der zweite ist heute! Das bedeutet ‚zweiter Montag‘, nicht ‚zweimal in Monat‘.“

Der schweigende Herr aus dem Literaturkreis stand schon hinter mir. Jetzt suche ich Hilfe bei ihm: „Erklären Sie bitte dieser Frau hier, was das auf Deutsch bedeutet, ‚jeder zweite Montag in Monat‘.“ Endlich gab die Frau zu: „Ja, ja, Sie haben Recht, aber diesmal ist es anders.“ – „Gut, dann will ich wissen, wann ich das nächste Mal kommen kann.“ – „Ein Moment“, sagte die nette Frau, denn ein paar andere schweigende Männer waren zur Theke gekommen und bestellten mit Gesten für sich Nachschub an Bier. Die Frau mit Kopftuch schenkte ihnen die Getränke aus.

Jetzt schaue ich sie skeptisch an: Muslime trinken doch kein Alkohol, aber an „Ungläubige“ können sie ihn verkaufen? Für mich wäre das nichts. Wenn sie schon denken, dass Alkohol etwas Schlechtes ist, müssen sie doch nicht andere in Versuchung bringen? Solche Gedanken kommen mir manchmal, wenn ich sehe, dass Menschen des Geldes wegen mit ihren Überzeugungen Kompromisse machen. Endlich war die nette Frau frei und schrieb mir auf meine Bitte hin den nächsten Termin auf, den 18. Januar.

Ich ging hinaus, und dann begriff ich – eine vor 59 Jahren in Sibirien, in einem kasachischen Dorf, in einer deutschen Familie geborene Frau –, ich begriff endlich: Das war doch eine Verarschung! Sie wollen mich einfach nicht! Sie haben gedacht, ich verstehe nicht einmal, was das bedeutet, „jeden zweiten Montag im Monat“, und die nette Muslimin hat mitgemacht, und als sie nicht weiter wusste, wie sie mich loswerden könnte, hat sie mich zu dem Menschen geschickt, der das alles angezettelt hatte und der, wie sich später herausstellte, der Mann von der Leiterin des Literaturkreises war. Das sind Menschen, das sind Sitten!

Aber ich gab nicht auf, das war nur eine Herausforderung für mich! Sie kannten mich nicht und hatten Vorurteile gegen Immigranten, deshalb stellte ich mich schriftlich vor. Ich schrieb einen freundlichen Brief an den Literaturkreis, legte einige meiner Gedichte auf Deutsch dazu und gab den Umschlag bei der Information im „Bürgerhaus“ ab mit der Bitte, ihn weiterzureichen, denn am 18. wollte ich zu meinem alten Vater nach Thüringen fahren.

Nach anderthalb Wochen kam ich zum „Bürgerhaus“, um zu erfahren, wann ich endlich den ersehnten Literaturkreis besuchen könnte. Diesmal stand ein netter Herr mit einem blauen Auge und zerkratzter Nase an der Empfangstheke. Hat-

te er Alkoholprobleme oder einen Unfall? Er sagte mir, der Literaturkreis am 18. habe nicht stattgefunden, mein Brief liege noch da. „Wann kann ich dann nächstes Mal kommen?“ – „In zwei Wochen, oder rufen Sie vorher einfach an.“

Ich nahm mir von den ausgelegten Informationen das Faltblatt „Aktivitäten im Bürgerhaus“ und fand keine Änderungen darin. Schwarz auf grau gedruckt stand dort: „Literaturkreis (jeden zweiten Montag im Monat)“. Ich provozierte ein wenig: „Hier gibt es ja noch eine Gruppe ‚Tischtennis für Erwachsene‘! Kann ich dort teilnehmen? Ich bin auch sportlich und spiele gerne Tischtennis.“ – „Nein, das geht leider nicht, dort ist schon alles belegt. Es sind auch nur Männer da, außer der Leiterin, und sie spielen da schon alle sehr gut, sogar in der Liga.“

Zufällig kam der Leiter des Hauses vorbei, und wir sprachen mit ihm weiter. Wie jeder Leiter beherrschte er die Kunst, viel zu reden und nichts zu sagen, vollkommen, aber ich einfache Frau, die in letzter Zeit so viel Stress mit dem alten Vater und dem kranken erwachsenen Sohn hatte, beherrschte mich weniger gut und sprach zu viel über meine schlechten Erfahrungen in Deutschland und in diesem Stadtteil. Da fragte er mich: „Kann es sein, dass es an Ihnen liegt?“ – „Möglicherweise“, lächelte ich ihn an. „Ich gebe nicht so schnell auf!“

Auf dem Heimweg dachte ich über unser Gespräch nach. Oh, ich bin einfach zu dumm für dieses Land, das ist eben doch mein Problem! Ich kann nicht begreifen, dass es für mich keinen Platz gibt, wo „weiße“ Menschen, die Deutschen von hier, sind. Der Leiter hat doch klar gesagt: „Hier gibt es auch Sprachkurse für Immigranten, die russlanddeutschen Frauen nähen hier zusammen, ein paar Musliminnen und Frauen aus Sri Lanka sind auch dabei.“

So viel zur Integration und dem „Willkommen für alle“ – mein Platz ist bei den Integrationskursen, oder ich muss etwas Nützliches machen, nähen oder kochen, aber die feinen Herren und Damen im Literaturkreis oder beim Tischtennis möchten unter sich bleiben. Rechts vom Eingang zum „Bürgerhaus“ stand ein Schild „Alle sind willkommen! Keiner wird hier ausgeschlossen!“ Zu Hause habe ich wieder geweint. Aber ich gebe nicht auf: „Wir wollen doch keine Parallelgesellschaften!“ Und ich lachte über diesen Gedanken, trotz der Tränen.

Valentina Schneider (parteilos)

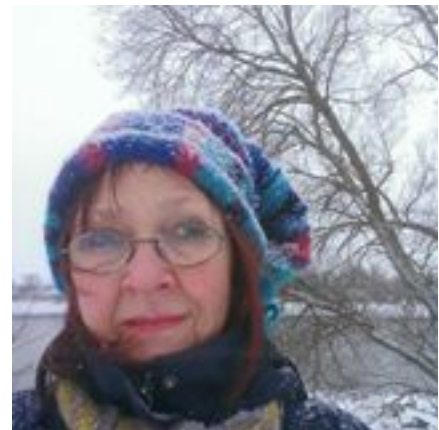
BA-Vorstand hetzt zu „fürsorglicher Belagerung“ von Erwerbslosen

1. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles soll Geld umgeschichtet haben. Offenbar geben die **Jobcenter** immer mehr Geld, das eigentlich für die Förderung und Qualifizierung von Hartz-IV-Bezieher(inne)n gedacht ist, für Verwaltung und Personal aus. Aus dem Topf für „Eingliederung in Arbeit“ seien 2015 enorme 767 Mil-

lionen Euro in das Verwaltungsbudget geflossen, fünf Jahre zuvor nur 13 Millionen. Außerdem soll Andrea Nahles angeordnet haben, für die Arbeitsförderung gedachte Mittel in Höhe von 330 Millionen Euro erst *nach* den Haushaltsberatungen in den Etat für Verwaltungskosten bei den Jobcentern zu stecken.

Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, kritisierte, dies sei nicht nur eine faktische Kürzung der Gelder für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Nahles habe mit dieser klammheimlichen Verschiebung auch die Öffentlichkeit getäuscht und die Haushaltshoheit des Parlaments untergraben. Schließlich hatte der Bundestag Ende November 2015 beim Haushaltsplan für 2016 beschlossen, 4,146 Milliarden Euro für die Eingliederung von Hartz-IV-Bezieher(inne)n in den Arbeitsmarkt auszugeben. Wegen des Flüchtlingszuzugs waren dies 243 Millionen Euro mehr als 2015.

Hinzu kommen 350 Millionen Euro an „Ausgaberesten“ aus den Vorjahren. Auch dieses Geld sollte nach dem Willen des Parlaments für die Arbeitsförderung zur Verfügung stehen. Allerdings seien die Jobcenter schon länger in Geldnöten, weil ihr Budget für die Verwaltung seit Jahren gleichsam eingefroren sei. Aufgrund der Kostensteigerungen für Personal, Informationstechnik und Energie gäben sie jedes Jahr mehr Geld für Verwaltung aus, das eigentlich fürs Fördern von Hartz-IV-Bezieher(innen) gedacht ist.



Nun wirft Pothmer Nahles vor, dem Parlament wissentlich unrealistische Zahlen aufgetischt zu haben. Die Ministerin hätte gleich bei den Haushaltsberatungen reinen Tisch machen müssen, weil bekannt sei, dass die Jobcenter für die Verwaltung zu wenig Geld hätten. Im Arbeitsministerium wird zugegeben, dass die Jobcenter zuletzt ohnehin fast ausschließlich Mittel von der Arbeitsförderung in die Verwaltung verlagert hätten und deswegen entschieden worden sei, die Mittel aus „Ausgaberesten“ bereits zu Jahresbeginn als Verwaltungskostenmittel zu verteilen. Was wird nicht alles zur Aufhübschung der Zahlen unternommen!

2. Auf den ersten Blick liest sich folgende aktuelle Formulierung des Jobcenters Essen völlig ungefährlich, beinahe geläufig: „Diese **Eingliederungsvereinbarung** ist gültig ab ... bis ..., längstens jedoch bis zum Ende des Leistungsanspruches. Ein Anspruch auf Leistungen aus dieser Eingliederungsvereinbarung besteht nur, sofern auch ein Zahlungsanspruch auf SGB-II-Leistungen besteht.“ Hoppla, hätten wir keine Quellenangabe und wüssten nicht, dass hier Menschen gefragt sind, die zwischen den Zeilen zu lesen vermögen, um perfid-verfängliche Details zu entlarven, dann wären wir nicht so misstrauisch! Nur „normalen“ Leser(inne)n herkömmlicher Formulierungen stößt hier nichts auf.

Bekanntermaßen zeigt sich erst bei genauer Betrachtung aller Einzelheiten, ob eine auf den ersten Blick Erfolg versprechende Sache auch wirklich so zu

bewerten ist. Was sich jedoch nur ausgefuchsten juristischen Schlaumeiern erschließt, ist das Problem, dass es sich bei Leistungsanspruch und Zahlungsanspruch im SGB II um zwei vollkommen verschiedene Sachverhalte handelt: Wenn eine 100-prozentige Sanktion ausgesprochen wurde, bestünde zwar im Grunde eigentlich noch ein Leistungsanspruch auf ALG II, uneigentlich jedoch kein Zahlungsanspruch mehr, da die Sanktion die zu zahlende Leistung ja bereits auf null reduzierte.

Paragrafenreiter könnten jetzt aufgrund der oben genannten Regelungen der Meinung sein, dass Sanktionierte zwar noch ihre Pflichten – zum Beispiel Eigenbemühungen – aus der „Eingliederungsvereinbarung“ erfüllen müssen, da diese aufgrund des weiter bestehenden grundsätzlichen Leistungsanspruches weiterhin gültig sei. Sollten hingegen die für das Jobcenter in der „Eingliederungsvereinbarung“ festgehaltenen Leistungspflichten – beispielsweise die Bewerbungskostenersatzung – nicht mehr bestehen, da aufgrund der Sanktion kein Zahlungsanspruch mehr auf SGB-II-Leistungen bestünde?

Verfolgt das Jobcenter Essen mit dieser subtilen Regelung etwa das Ziel, Ausgaben im Bereich der Förderung aus dem Vermittlungsbudget einzusparen? Nein, so einfach geht es wohl nicht, weil diese scheinbar overschlaue Formulierung des Jobcenters Essen glücklicherweise noch einen Haken hat: Die dadurch eintretende Folge bewertet das Sozialrecht als „einseitige sittenwidrige Benachteiligung“. Deshalb dürfte jedes Sozialgericht diese Regelung für nichtig erklären, womit auch alle Folgen dieser Regelung nichtig wären.

3. Eine Prise, gar eine erneute Fuhre Hetze gegen Erwerbslose gefällig? Detlef Scheele, neues Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, zeigt sich sehr freigiebig mit der Verteilung alten, übersäuerten Weins in neuen Schläuchen, indem er sich dafür ausspricht, lange Hartz IV beziehende Eltern in eine „fürsorgliche Belagerung“ zu nehmen. Scheele sagte, Kinder müssten erleben, dass ihre Eltern mit oder vor ihnen aufstehen und dass es normal sei, aus dem Haus und zur Arbeit oder zur Schule zu gehen. Dafür seien „notfalls“ **Hausbesuche** nötig, auf jeden Fall aber regelmäßige beschäftigungsfördernde Maßnahmen für diese Menschen.

Sollte Herr Scheele noch nie etwas von der Unverletzlichkeit der Wohnung als ein Grundrecht und Teil des Hausrechts gehört haben? Oder glaubt er, dass Erwerbslose dieses Grundrecht bereits durch den Verlust ihrer Arbeit verwirkt hätten? Doch scheint er die geneigte Leserschaft glauben machen zu wollen, dass Langzeiterwerbslose es vorzögen, den lieben, langen Tag faulenzend im Bett zu verbringen. Scheele unterstellt voller unbelegter Vorurteile langzeitarbeitslosen Eltern, dass sie ihren Kindern keinen regelmäßigen Alltag vorleben können, nur weil sie keine Arbeit haben. Er spricht vom „Kampf gegen die kaum mehr zurückgegangene Langzeitarbeitslosigkeit“, meint aber meiner Meinung nach viel mehr den Kampf gegen Arbeitslose, wenn er davon spricht, Hausbesuche machen zu wollen, um die „Vererbung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern“.

Als ob es den Erwerbslosen anzulasten sein könnte, dass immer weniger Menschen in Deutschland in früher normalen Arbeitsverhältnissen tätig sind! Ich vermute, dass sich der von mir hoch geschätzte Autor und Nobelpreisträger Heinrich Böll im Grabe herumdrehen würde, wüsste er, wie der Titel seines 1979 erschienenen Romans „Fürsorgliche Belagerung“ hier für Hetze gegen Erwerbslose missbraucht wird. Bölls Erzählung spielt im „Deutschen Herbst 1977“ mit den Nachwirkungen der RAF und als Mahnmal gegen Gewalt und die Schattenseiten des Kapitalismus, Sippenhaft und Resozialisierung.

4. Ich möchte euch einen langjährigen **Erfahrungsbericht**, den Kampf einer Bekannten von mir mit dem Jobcenter ans Herz legen: „Exotische Schlangen und andere Fä(e)lle vor dem Sozialgericht“ von Charlotte Mourner. Ihr werdet euch darin bestimmt oft wiederfinden. Ein total spannendes Buch, das angenehm und locker geschrieben ist, leicht lesbar, aber gleichzeitig schwer zu verdauen für Menschen, die sich nicht vorstellen können, wie Hartz IV wirkt, was es den Betroffenen antut und wie es sie schädigt. Die menschenverachtenden Hartz-Gesetze polarisieren ihre Opfer in Resignierte, sich verschämt Verkriechende oder in Empörte, Wütende, die sich wehren und sich ihr Recht holen beziehungsweise was davon noch übrig ist.

Das Buch ist so geschrieben, dass es bisher Ahnungslose bestimmt zu der Aussage verleiten lässt: „Jetzt übertreibst du aber“ oder: „Das hast du dir doch ausgedacht.“ Meiner Meinung nach können sich Nichtbetroffene kaum vorstellen, wie perfide, systematisch rechtswidrig, rechtsbeugend und das Grundgesetz brechend hier oft absichtlich und mit offenbar angeordnetem Vorsatz gegen immer größere Bevölkerungsgruppen vorgegangen wird, vermutlich um abzuschrecken, gefügig zu machen, um Arbeitnehmerrechte, ja auch Menschenrechte faktisch abzuschaffen, um die Wirtschaftsdiktatur zu unterfüttern. Die Autorin beschreibt die kleinen Schritte, die so große Wirkung haben, gegen die es sich aber auch wehren lässt! Es braucht wohl Mut, Rechtskenntnis und eine große Portion Hoffnung, um sich sein Recht zu holen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Internationale Solidarität ist stärker als Stimmungsmache und Unterdrückung

In den letzten Wochen ergießt sich eine ungeheure Stimmungsmache gegen Flüchtlinge über das Land. Aufhänger ist die massive und organisierte sexuelle

Gewalt an Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten. Wir verurteilen jede Art von sexueller Gewalt gegen Frauen. Jeder Täter – egal welcher Nationalität – muss bestraft werden! Sexuelle Gewalt ist kein neues Phänomen, seit Flüchtlinge nach Europa strömen, sondern ein gesellschaftliches Problem und für viele Frauen seit Langem Lebensalltag.



Auf jedem Oktoberfest in München gibt es eine Dunkelziffer von 200 Vergewaltigungen, von denen nur 20 angezeigt werden, wobei in der Regel alle Täter straffrei ausgehen. Mehr als zwei Drittel der sexuellen Gewalttaten werden von Freunden, Bekannten, Kollegen oder dem (Ex-)Partner begangen. Nicht nur in jahrhundertealten religiösen Moralvorstellungen ist die Unterordnung der Frau unter den Mann lebendig, sondern auch in der „modernen“ kapitalistischen Gesellschaft: als Sexismus

und Degradierung der Frau zum Lustobjekt des Mannes.

Zu Recht wird der Versuch der Regierung, der bürgerlichen Medien und der faschistischen Kräfte, die Vorfälle in Köln zur Stimmungsmache gegen Flüchtlinge auszuschlachten, in zahlreichen Protestaktionen von Frauen und Männern zurückgewiesen. In vielen Städten hieß es: „Nein zu Sexismus und sexueller Gewalt, Nein zu Rassismus und Faschismus – Ja zu internationaler Solidarität und Völkerfreundschaft!“ Tausende Rosen wurden von Flüchtlingen an Frauen verteilt, als Zeichen des Respekts und der Ablehnung sexueller Gewalt.

Plötzlich entdecken Leute ihr Herz für Frauenrechte, die damit noch nie etwas am Hut hatten, zum Beispiel CSU-Chef Seehofer, der jahrelang versucht hat, die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe zu verhindern. Auch die AfD spielt sich jetzt als Beschützerin von Mädchen und Frauen auf. In Wirklichkeit bekämpft die AfD staatliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann, fordert Verschärfung der Regeln zum Schwangerschaftsabbruch und möchte die Rolle der Frau am liebsten an Heim und Herd sehen und jede Emanzipation zurückdrehen.

Die rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge ist der Boden für Gewalt gegen Flüchtlinge. Jetzt fordert die AfD-Vorsitzende Petry schon den Schießbefehl gegen illegal einreisende Flüchtlinge an den Grenzen. Die rassistische Stimmungsmache ist der Nährboden für eine weitere Aushöhlung des Asylrechts und für beschleunigte Massenabschiebungen. Die Regierungen in Schweden und Finnland haben die Abschiebung von 100.000 Flüchtlingen beschlossen, die Bundesregierung plant Ähnliches. Schutz vor Abschiebung haben nur diejenigen, die das Eilverfahren erfolgreich durchgestanden haben. 80 Prozent der Flüchtlinge haben aber keinen Pass, sei es, weil ihnen die Ausstellung in ihren Heimatländern verwehrt wurde, sie die Pässe in den kaputten Booten auf der Flucht verloren haben, ihnen die Pässe gestohlen wurden oder weil sie sie aus Verzweiflung weggeworfen haben.

Ihnen wird eine „mangelnde Mitwirkungsbereitschaft“ unterstellt, und sie alle unterliegen den Schnellverfahren. Dafür werden sogenannte Aufnahmeeinrichtungen geschaffen, in denen die Menschen oft wie Verbrecher behandelt und häufig mit Gewalt abgeschoben werden. Was für eine zynische und willkürliche Behandlung von Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten ihr Land verlassen müssen! Welch eine Menschenverachtung gegenüber Flüchtlingen, denen Folter oder gar Todesstrafe droht! Wer keinen „Schutzbedarf“ geltend machen kann, soll das Land so schnell wie möglich verlassen.

Marokko, Tunesien, Algerien und demnächst die Türkei werden zu „sicheren Herkunftsländern“ ernannt und die Außengrenzen der EU zu Bastionen ausgebaut. Deshalb brauchen wir ein uneingeschränktes Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage, einen sofortigen Stopp der Abschiebungen, die Anerkennung der Rechte der Flüchtlinge in einer internationalen Konvention, die vollständige Übernahme der Kosten der Flüchtlingsbetreuung durch Bund und Land und die Beseitigung der Fluchtursachen!

Harald Braun

„Notfalls von der Schusswaffe Gebrauch machen“: Warum wird der rote Teppich in die Talkshows für eine Frau ausgerollt, mit der man nicht reden kann? („Sprengsatz“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

556. Bremer Montagsdemo

am 08. 02. 2016

Bundesregierung will Hartz-IV-Sanktionen auf vier Jahre verlängern

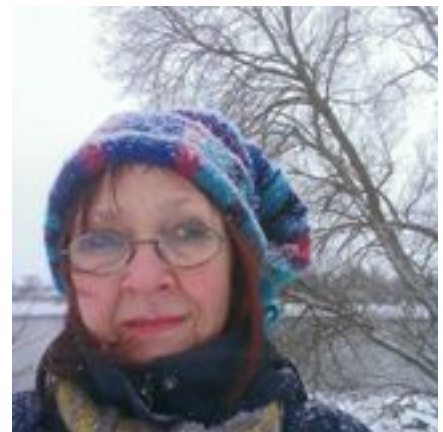
1. Die Vermögen sind in Deutschland so ungleich verteilt wie in kaum einem anderen Land. Der Soziologe Michael Hartmann sagte im Interview mit „Monitor“ am 4. Februar 2016, die Politik könne dies ändern, wenn sie nur wollte.

„Monitor“: Wie schwer ist es in Deutschland, durch harte Arbeit, durch Fleiß reich zu werden?

Hartmann: Im internationalen Vergleich zeichnet sich Deutschland dadurch aus, dass von den reichen Deutschen ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz diesen Reichtum geerbt hat. Der Prozentsatz derjenigen, der durch Unternehmensgründungen, als Schauspieler oder sonst wie in die Riege der Reichen gekommen ist, ist in Deutschland so niedrig wie in kaum einem anderen Land der Welt. Und das bedeutet, die Wahrscheinlichkeit, dass man es durch eigene Arbeit schafft, ist in Deutschland besonders gering.

„Monitor“: Deutschland ist jetzt die Wirtschaftsmacht in Europa. Es gibt riesige Exportüberschüsse, und die Angst, wirtschaftlich nicht mehr bestehen zu können, ist eigentlich nicht mehr da. Warum reagiert die Politik trotzdem nicht, abgesehen vom Mindestlohn, mit Maßnahmen, die in Deutschland die Ungleichheit lindern würden?

Hartmann: Das hat meines Erachtens zwei Gründe: Einmal ist der Widerstand bei denjenigen, die begünstigt worden sind, sehr groß, und die sind sehr einflussreich auf verschiedenen Ebenen. Jemandem etwas wegzunehmen, was man ihm vorher geschenkt hat, also Gesetze wieder zurückzunehmen, das ist immer außerordentlich schwierig. Man sieht an der Vermögenssteuer, welches Geschrei es gibt, wenn man darüber diskutiert, sie nicht wieder einzuführen, sondern nur wieder in Kraft zu setzen. Richtig abgeschafft worden ist sie ja nie. Und das zweite Argument ist, dass die Vorstellung, wir verdanken diesen Erfolg genau diesen Maßnahmen, weit verbreitet ist, und zwar nicht nur bei denjenigen, die davon profitieren. Wenn man sich die ganze Medienlandschaft anguckt, gibt es sehr viele Journalisten, die das nicht nur machen, weil das in ihren Zeitschriften



gut ankommt, sondern die meines Erachtens auch davon überzeugt sind, dass es diesen Zusammenhang gibt.

„*Monitor*“: Was könnte Deutschland tun, um Kapitalflucht zu verhindern?

Hartmann: Deutschland könnte zum Beispiel Regelungen nach dem Beispiel der USA einführen, dass deutsche Staatsbürger, die ins Ausland ziehen, solange sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben, weiterhin deutschem Steuerrecht unterliegen und das, was sie in der Schweiz weniger zahlen, dann in Deutschland zusätzlich, nachträglich zahlen müssen. Das machen die USA seit ewigen Zeiten, und es ist überhaupt kein Problem für die US-Bürger. Die wissen das, und das könnte man für Deutsche auch machen.

2. Nach Einschätzung des „Linken“-Politikers Oskar Lafontaine wird die Wirtschaftskrise in Europa durch Hartz IV in Deutschland verursacht. Er sagte, dass die europäische Entwicklung wesentlich von Hartz IV bestimmt sei. Die Einführung des Sozialgesetzes 2005 sei der Auftakt zum **Lohndumping** gewesen. Dadurch könnten Waren in Deutschland billiger produziert werden als in umliegenden Ländern, die sich verschulden müssten und in denen die Arbeitslosigkeit steige. Während der Präsentation des Buches „Hartz IV ist der soziale K.o.“ sagte der Vorsitzende der saarländischen „Linken“-Fraktion, dass Hartz IV die deutsche Gesellschaft noch heute veränderte und die Betroffenen ins gesellschaftliche Abseits dränge. Der Journalist Dieter Gräbner schildert den Lebensweg von 28 Menschen, die ihre Arbeit verloren haben. „Hartz IV ist ein Psychokiller“, berichtete Gräbner von seinen Recherchen.

3. In den Nachrichten hören wir derzeit das Märchen über den Kabinettsbeschluss zum Gesetzesentwurf namens „Rechtsvereinfachungen im SGB II“. Meiner Meinung nach wurde in Wirklichkeit ein großer Coup im Kampf gegen die Arbeitslosen gelandet! Es mag ja sein, dass eine klitzekleine Vereinfachung eintritt, wenn Langzeiterwerbslose nicht mehr halbjährlich, sondern nur noch einmal im Jahr ihren Antrag auf Weiterbewilligung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch stellen müssen. Jedoch wird diese Mini-Begünstigung durch ein zweites **Sanktionsregime**, das sich gewaschen hat, weit in den Schatten gestellt.

Die ehemalige Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann kritisiert scharf, dieser Beschluss zeige, dass die Menschen im Arbeitslosengeld-II-Bezug weiterhin stigmatisiert, entrechtet und ausgegrenzt würden. Dass nun sogar gültige Bundessozialgerichtsurteile ausgehebelt würden, habe nichts mehr mit Demokratie zu tun. Außer Bayern hätten die einzelnen Bundesländer zwar für eine Sanktionsentschärfung bei jungen Menschen unter 25 Jahren plädiert, jedoch als Hintertür die „Ersatzansprüche“ integriert. Damit handele es sich in Wirklichkeit um eine Mogelpackung „par excellence“. Hannemann fordert eine tatsächliche Vereinfachung der derzeitigen Gesetzeslage, um den abstrusen Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Habe ich die Große Koalition mit ihren „Rechtsvereinfachungen im SGB II“ möglicherweise einfach nur missverstanden? Meinten sie mit dieser Überschrift schlicht und ergreifend nur, die günstige Gelegenheit offen und ungeniert beim Schopf packen zu können, endlich frei nach Herzenslust und voller Inbrunst Erwerbslosen ihre dreiste Arbeitslosigkeit nach Strich und Faden zu vergelten? Wie kann man auf solch eine perfide Idee kommen, ALG-II-Bezieher(innen) künftig vier Jahre lang aufgrund der „Nichtannahme einer zumutbaren Arbeit“ zu sanktionieren, nämlich automatisch einen Rückforderungs- und Aufrechnungsanspruch in Höhe des bei Jobannahme angeblich zugeflossenen anrechenbaren Einkommens zu stricken, äh: „auszurechnen“?

Mit der geplanten Änderung des SGB II wird die Option geschaffen, eine eventuelle Verringerung des ALG-II-Bedarfes, die möglicherweise eingetreten wäre, wenn der Betroffene das anschließend sanktionierte Verhalten nicht gezeigt hätte, mittels Aufrechnung mit dem laufenden ALG II zurückzufordern. Dieser Rückforderungsanspruch, der erst nach längstens 48 Monaten verjährt, setzt sozialwidriges Verhalten voraus, und das Bundessozialgericht stellte ja praktischerweise bereits fest, dass bei Sanktionen nach § 31 SGB II sozialwidriges Verhalten vorliege. Die Sanktion selbst stelle damit bereits den „Beweis“ für sozialwidriges Verhalten dar und schaffe damit die Voraussetzung für diesen Rückforderungsanspruch, der mit einem Anteil von 30 Prozent der Regelsatzhöhe mit dem laufenden ALG II aufgerechnet werden dürfe.

Katja Kipping, Vorsitzende der Partei „Die Linke“ und deren sozialpolitische Sprecherin, erklärte, das Hartz-IV-Änderungsgesetz laufe auf eine Verschärfung des Hartz-IV-Unrechts hinaus. Es gehe um eine „Effizienzsteigerung“ der Jobcenter, vielfach zulasten der Betroffenen, die erhaltene Leistungen an das Jobcenter zurückzahlen müssten, wenn sie die Hilfebedürftigkeit angeblich aufrechterhalten oder nicht minimiert haben, womit sie unter das ohnehin karge Existenzminimum gedrückt würden. Eine solche Situation könne entstehen, wenn sie nicht in einen geringfügig höher entlohnten, aber unterqualifizierten Niedriglohnjob wechselten und deswegen etwas höhere Hartz-IV-Aufstockungsleistungen bekämen.

Damit erfolgt auch eine Doppelbestrafung: zuerst drei Monate Sanktion, danach bis zu vier Jahre Aufrechnung der nicht verminderten Bedürftigkeit in Höhe von jeweils 30 Prozent der Regelleistung. So wird die Dauer einer solchen Sanktion de facto auf bis zu vier Jahre verlängert. Für das Jobcenter besteht dann zwar noch das Problem zu beweisen, dass die oder der Sanktionierte vom Arbeitgeber tatsächlich eingestellt und bezahlt worden wäre, sowie die mögliche Dauer der Beschäftigung zu belegen, doch wird dieser Beweis in der Praxis erst in einem sozialgerichtlichen Klageverfahren relevant werden. Es steht zu befürchten, dass den Jobcentern in der Mehrzahl die bloße Vermutung reicht.

Unfassbar: Statt Sanktionen endlich abzuschaffen, sollen sie sich noch vielfach, über Jahre hinaus potenzieren, bei bloßer, unbewiesener, vermuteter Vorwegnahme eines höheren Entgeltes, das wegen angeblich sozialwidrigen Verhaltens durch „Nichtannahme einer zumutbaren Arbeit“ hätte zustande gekommen

sein können. Kann es solch einen „Straftatbestand“ bei derartig vielen unbewiesenen Konjunktiven im Sinne von „Hätte, hätte, Fahrradkette“ überhaupt geben? Sind es nicht Ordnungswidrigkeiten, deretwegen das Existenzminimum nun unterschritten bis komplett gestrichen werden darf?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Herrschaft des Unrechts“: Horst Seehofer kann zufrieden sein mit der von ihm durchgesetzten Hartz-IV-Verschärfung („*Spiegel-Online*“)

Über den Müll

Wir sind's, hier auf Erden,
Die den Müll produzieren,
Aus den Resten, dem Kunststoff,
Er kommt auch von Tieren.

Aber manchmal entsteht er
Auch aus unserer Tat.
Geschieht's in der Politik,
Führt das oft zum Eklat.

Wir versuchen ganz fleißig
Den Müll zu sortieren.
Nur wohin mit dem Müll,
Der entsteht aus Begierden,

Aus Begierde nach Reichtum,
Aus Begierde nach Macht,
Mit dem Müll in den Köpfen,
Der uns menschlich nicht macht,

Mit dem Müll aus Nazismus,
Aus dem Hass und der Wut?
Mensch, versuch zu sortieren:
Was ist menschlich und gut?

Schmeißt das raus aus den Köpfen
Und dem weltweiten Netz,
Was die Rechte der Menschen
Und den Frieden verletzt!

Mach doch jeder das selber,
Alle, jung oder alt:
In den Müll alle Waffen,
Jeden Krieg und Gewalt!

Valentina Schneider

Erwerbslose sollen noch ärmer werden

1. Die Bundesregierung hat nun beschlossen, dass Erwerbslose noch ärmer werden sollen. Auch dieses Gesetz hat einen irreführenden Namen: „Rechtsvereinfachung“ wurde es genannt – **Rechtsverschärfung** wäre ehrlich. Bitte vor dem Weiterlesen erst den Beitrag von Elisabeth lesen, falls noch nicht geschehen! Bescheide für Arbeitslosengeld II können bereits heute mit einer Laufzeit von zwölf Monaten erlassen werden. Allerdings nutzen nur wenige Jobcenter diese Möglichkeit und diese auch nur punktuell. Diese geänderten Regelungen sind vielschichtig und wie immer im SGB II wenig rechtssicher. Sozialrechtsexperte Harald Thomé hat in seinem Newsletter Details bekannt gemacht und kommentiert:



„Andrea Nahles hat den Kabinettsentwurf vorgelegt. Die Regierungspropaganda beginnt zu laufen, das 9. SGB-II-Änderungsgesetz wird nun „Entbürokratisierung“ des Hartz-IV-Gesetzes genannt. Mal gucken, ob es noch den Arbeitstitel „SGB-II-Entbürokratisierungsgesetz“ erhält. Tatsächlich ist es aber in weiten Teilen ein SGB-II-Recht-Verschärfungsgesetz. In einer Vielzahl von Stellen soll Bundessozialgericht-Rechtsprechung ausgehebelt werden, vom Bundesverfassungsgericht geforderte Änderungen werden nicht umgesetzt, in einer Reihe von Punkten soll durch spezielle Regelungen das allgemeine Sozialrecht für SGB-IIler als nicht anzuwendendes Recht erklärt werden.

Daher der Hinweis: Es handelt sich nicht um ein Entbürokratisierungsgesetz, sondern um ein Gesetz, mit dem das Sonder- und Entrechtungsrecht von SGB-IIlern weiter verfeinert und ausgebaut werden soll. Daher empfehle ich noch mal einen Blick auf die ‚Tacheles‘-Fachstellungnahme, in der wir das weitgehend ausgearbeitet haben. Darin werden aus Sicht einer parteilichen Beratung Maßnahmen als negativ markiert, die ohne Not die Not vergrößern und die weggelassen werden können. Es soll Verschärfungen geben, die absolut nicht vertretbar sind

und den besonderen Widerstand von Zivilgesellschaft und Politik erfordern. Diese möchten wir hervorheben.“

Ob die Menschen, die nicht auf Hartz IV angewiesen sind, dies mitbekommen? Bereits die erste Änderung richtet sich gegen Kinder! Dabei beteuert diese Regierung immer wieder, sich für die Rechte der Kinder einzusetzen. Getroffen werden die Kinder in zwei Bedarfsgemeinschaften, also im Klartext Kinder, deren Eltern geschieden sind. Auch die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft wird neu aufgemischt. Dabei ist der Wohnungsmarkt nicht nur in Bremen zusammengebrochen und nicht erst durch die Neubürger! Nun sollen Leitungsberechtigte nachweisen, dass ihre Mieten angemessen sind. Das kriegen wir hin!

Ob die Richter des Bundessozialgerichts sich so entmachten lassen? Es stehen noch Entscheidungen an, zum Beispiel der Vorlagebeschluss zu den Sanktionen. Die Jobcenter müssen leider weiterhin nicht überlegen, ob es sinnvoll ist, Streit zu verursachen. Die Kosten der Widerspruchsstelle werden dem Team nicht angelastet. Gerichtskosten muss diese Behörde nicht zahlen. Die eigenen Kosten werden ebenfalls dem Team nicht angelastet. Selbst die Nachzahlung erst im Gerichtsverfahren erstrittener Kosten wird dem Team nicht angelastet. Wenn ein Team mit der Planerfüllung im Rückstand ist, einfach Ansprüche bestreiten, und schon ist die Sache gelutscht!

Zufriedenheit wird auf beiden Seiten des Schreibtisches noch seltener. Damit steigt der Krankheitsstand, sowohl in der Behörde als leider auch bei den Erwerbslosen: Sie können nicht kündigen, und kein Job ist schwerer, als keinen zu haben. Auf der anderen Seite geht es um die Ausbildung und Einarbeitung der Jobcenter-Mitarbeiter(innen), die befristeten Verträge für neu Eingestellte und die Verweigerung einer Verlängerung, auch wenn diese Menschen gebraucht wird, nur um Rechtsansprüche auf unbefristete Arbeitsverhältnisse zu vermeiden. Diesen Mitarbeiter(inne)n geht es wie Ein-Euro-Jobber(inne)n: Sie können noch so gut sein, am Ende erfolgt der Tritt!

Sei einfach mal unterstellt, dass durch die Rechtsverschärfung tatsächlich Arbeitszeit gewonnen wird. Diese Arbeitszeit soll den Mitarbeitern Vermittlungserfolge, also eine Steigerung der Vermittlungsquote bringen. Diese Erwartung hat auch zum Start der „Joboffensive“ im Jobcenter Bremen geführt. Trotz einer Personalaufstockung von bis zu 41 Mitarbeiter(inne)n wurde das Ziel um bis zu 73 Prozent verfehlt. Die Besonderheiten des Arbeitangebots in Bremen waren zwar vorher bekannt, trotzdem wurden die fehlenden Arbeitsplätze erst bei der Rechtfertigung der Zielverfehlung angeführt. Erfolgreich war die „Joboffensive“ dagegen bei der Verhängung von Sanktionen!

Ich möchte diesbezüglich an die 554. Bremer Montagsdemonstration und die dort aufgezeigten Möglichkeiten erinnern. Macht euch ran! Diese Möglichkeiten sind noch unverändert. Allerdings sollen auch die Anträge auf Überprüfung eingeschränkt werden. Ein Grund mehr, es jetzt zu tun! Wir sind am Montag wieder planmäßig auf dem Marktplatz. Am Freitag gegen 13 Uhr werden wir dort Herrn

Steinmeier begrüßen. Er hat die Grundsteinlegung für Hartz IV mitgemacht. Wir können auch am Freitag darüber reden.

2. Am Donnerstag ist Sitzung der Sozialdeputationen, ab 14:30 Uhr in der „Begegnungsstätte“ am Haferkamp 8. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die **Energiesperren**. Die Fraktion „Die Linke“ hat die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Moratorium bei den Richtwerten für die Kosten der Unterkunft“ beantragt und fordert eine erhöhte Übernahme gemäß der neuen Wohngeldtabelle: „Das Anzapfen des Regelsatzes muss aufhören“.

In dem Antrag sind die erhöhten Werte gemäß Wohngeldgesetz enthalten, beim Bausenator stehen noch die alten. Die Antwort des Senats bestätigt die Unterdeckung bei den Kosten der Unterkunft und der Heizung. Diese Deputations-sitzung, wie immer im Doppelpack für Stadt und Land, wird auch wegen der anderen Themen interessant. Die Tagesordnung kann von den Deputierten gemäß Antrag der Fraktion „Die Linke“ geändert werden.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Am **Freitag, dem 12. Februar 2016**, findet das diesjährige **Schaffermahl** statt. Ehrengast ist **Außenminister Steinmeier**. Wir fänden es gut, wenn sich gegen **13 Uhr** möglichst viele Demonstranten beim Umzug der Gäste vom Schütting in die Obere Rathaushalle versammeln würden. Was hat Steinmeier nicht alles verbochen: Er ist einer der „Väter“ der Hartz-Gesetze und der damit einhergehenden Verarmung, gerade auch in Bremen, und der Verantwortliche dafür, dass Murat Kurnaz aus Bremen vier Jahre länger in der Hölle von Guantánamo schmoren musste. Er ist weiterhin verantwortlich für die Verweigerung von Hilfsgütern für Kobanê und des Zugangs für Helfer über die türkische Grenze dorthin. Jetzt besucht er Saudi-Arabien, um einem Festival beizuwohnen – kurz nachdem 47 Regimekritiker geköpft worden sind. Vielleicht ist das Festival ja die Inszenierung einer öffentlichen Enthauptung?

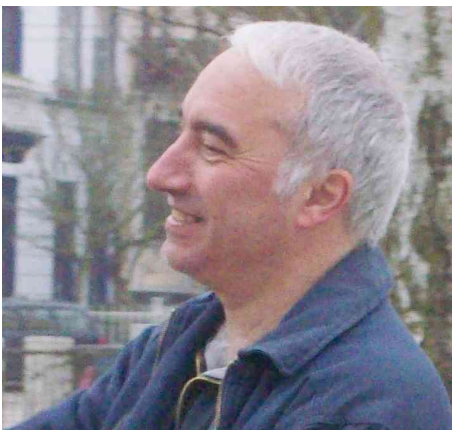
Am **Sonntag, dem 14. Februar 2016**, findet ab **11 Uhr** auf dem **Waller Friedhof** eine **Gedenkveranstaltung** zu Ehren der Verteidiger der **Bremer Räterepublik** statt. Anschließend gibt es ab **12 Uhr** ein **Kulturprogramm** in der nahegelegenen „**Kulturwerkstatt**“

Westend“. Unter anderem liest der Hamburger Schauspieler Rolf Becker aus der „Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiß.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

557. Bremer Montagsdemo am 15. 02. 2016

Die Jugendarmut wächst und wächst und wächst



Jede(r) dritte Jugendliche in Bremen findet keinen Ausbildungsplatz. Die Zahl der Plätze ist rückläufig: Inzwischen gibt es nur noch 7.150 Ausbildungsmöglichkeiten im Land Bremen. „Drei Viertel der Betriebe bilden nicht aus“, sagt DGB-Sprecherin Daniela Teppich. In Konzernen wie Airbus und Daimler liegt die Ausbildungsquote gerade mal bei drei Prozent der Gesamtbelegschaft. Die Aktionäre und Manager haben nur den schnellen, maximalen Profit im Auge – alles andere interessiert sie nicht

in ihrem Konkurrenzkampf um die Weltmarktführerschaft. Auszubildende verursachen erst mal Kosten, die am liebsten andere Konzerne oder die Gesellschaft tragen sollen. Es sind dieselben Leute, die gebetsmühlenartig den „Fachkräftemangel“ bejammern, aber nichts tun, um ihn zu beseitigen.

In Kleinbetrieben sind Jugendliche – wenn sie überhaupt ausgebildet werden – meist billige Arbeitskräfte, die von ihrem Lohn kein selbständiges Leben führen können. Viele Jugendlichen leben notgedrungen noch bei ihren Eltern – und wenn die Eltern Hartz IV bekommen, wird die Ausbildungsvergütung ihrer Kinder vom Jobcenter direkt wieder eingefordert. So bleibt den Jugendlichen nur die niedrige Grundsicherung. Sie sind sogar gezwungen, bis zum Alter von 25 Jahren bei ihren Eltern zu wohnen. So schreibt es die sogenannte Stallpflicht des Jobcenters vor. Was für eine soziale Ausgrenzung!

Selbstbestimmtes Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit von jungen Menschen und für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Armutsbericht des Bremer Senats stellt nüchtern fest, dass 7.000 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren derzeit keinen Berufsabschluss haben und 12.000 Jugendliche mit Hartz IV ins Berufsleben starten. Für jede(n) Zehnte(n) beginnen die ersten Schritte in die Arbeitswelt mit der bitteren Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Von den arbeitslos gemeldeten Jugendlichen haben fast 80 Prozent keine abgeschlossene Ausbildung.

Natürlich brauchen jetzt auch zahlreiche Flüchtlinge einen Arbeits- und Ausbildungsplatz. Nach offiziellen Schätzungen leben aktuell allein in der Stadt Bremen circa 3.200 unbegleitete Flüchtlinge unter 18 Jahren. Außerdem ist die Hälfte der insgesamt rund 10.700 allein im Jahr 2015 nach Bremen Geflüchteten jünger als 25 Jahre. Sie sind hoch motiviert, wollen sofort Deutsch lernen, und sie möchten arbeiten, um ihren Lebensunterhalt selbst verdienen zu können.

Die wachsende Jugendarmut in einem der reichsten Länder der Welt ist ein Skandal. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher: Inzwischen besitzen zehn Prozent aller Deutschen 62 Prozent des Volksvermögens – Tendenz steigend. Gleichzeitig besitzt die Hälfte der Bevölkerung weniger als ein Prozent des Nettovermögens (gegenüber 2,6 Prozent im Jahr 2003). Weltweit ist es noch krasser: In der jüngsten „Oxfam“- Studie wird aufgedeckt, dass 62 Superreiche so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Dieses kapitalistische System kann uns keine Zukunft bieten! Erst wenn es beseitigt ist und der echte Sozialismus aufgebaut wird, werden Arbeitslosigkeit, Armut, Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung der Umwelt beseitigt sein. Gleichzeitig müssen wir die Rechte und Möglichkeiten der Jugendlichen heute schon verbessern durch den gemeinsamen Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze: Für die Verpflichtung der Großbetriebe zu einer Ausbildungsquote von zehn Prozent der Beschäftigten! Unbefristete Übernahme aller Lehrlinge entsprechend der Ausbildung! Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze im Umweltschutz!



Hinweisen möchte ich noch auf ein **Benefiz-Konzert** für die **Weltfrauenkonferenz in Nepal**. „Frauen der Welt erklimmen die höchsten Berge“ – unter diesem

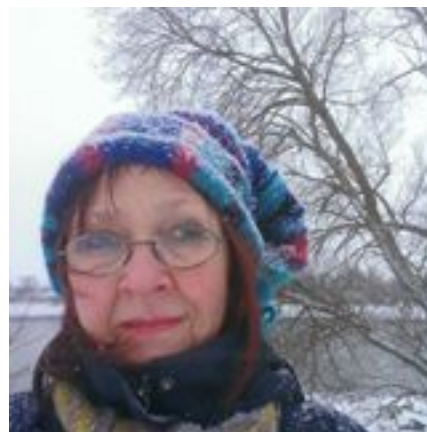
Motto treffen sich Basisfrauen aus über 60 Ländern, selbständig organisiert und finanziert, vom 13. bis zum 18. März 2016 in Kathmandu/Nepal. Hier in Bremen stimmen deutsche, osteuropäische, französische und kurdische Künstler(innen) mit einer Vielfalt an Musik auf dieses Ereignis ein. Sie werden ohne Gage auftreten, der Erlös dieses Abends kommt vollständig der Finanzierung der Weltfrauenkonferenz zugute. Die „Stadtfrauenkonferenz Bremen“ hat die Patenschaft für Agnes Khoo aus Ghana übernommen. Deshalb unterstützt das Konzert am **Freitag, dem 19. Februar 2016**, ihre Fahrt von Ghana nach Nepal. Wir freuen uns über viele Besucher(innen) und Spenden. Beginn ist um **20 Uhr** im „**Bürgerhaus Weserterrassen**“. Erbeten wird ein Solidaritätsbeitrag von fünf Euro und gerne mehr.

Harald Braun

Ausgelacht: Qualitätsmedium trennt sich von Presselügner („Die Welt“)

„Befreiung“ von angemessenem Lohn schafft Drehtüreffekt für Langzeitarbeitslose

1. Allerorten berichten Hartz-IV-Bezieher, dass ihre Unterlagen auf wundersame Weise verschwinden und angeblich postalisch nicht im **Jobcenter** angekommen sein sollen. Deswegen weisen Erwerbslosengruppen schon seit Jahren immer wieder darauf hin, wie immens wichtig es ist, alle eingereichten Unterlagen vorher zu fotokopieren und diese am besten nur per Bestätigung mit Datumstempel und Namenskürzel am Kundenschalter des Jobcenters abzugeben. Nur dann kann später nachgewiesen werden, dass es vonseiten des Hartz-IV-Beziehenden zu keinerlei Verzögerungen bei der Einreichung kam. Die Betroffenen fragen sich allerdings immer wieder, was es mit den seltsamerweise so gehäuft verschwundenen Briefen an das Jobcenter auf sich hat.



So manche(r) vermutet, dass „hinter der Sache System steckt“. Ein Zeuge berichtet, er habe während seiner „Hartz-IV-Zeit“ abends einen Bildungsgang zum Betriebswirt angefangen und dort zwei beim Jobcenter befristet beschäftigte junge Frauen kennengelernt. Diese erzählten ihm, dass sich bei den dortigen Mitarbeiter(inne)n die zu erledigenden Fälle stapelten, weil sie erst bei Vollständigkeit

bearbeitet würden. So könne es schon mal vorkommen, dass Unterlagen „verschwunden werden“. Üblicherweise würden die zu beackernden Fälle auf diese Weise immer weniger. Solange auf den Unterlagen nicht vermerkt war, dass der Empfang bestätigt wurde, sei die Gefahr groß, dass diese Unterlagen bei Bedarf verschwinden.

Auch aus anderen Städten berichten Jobcenter-Mitarbeiter(innen) hinter vorgehaltener Hand, dass die Vielzahl der zu bearbeitenden Fälle zu Überlastungssituationen führen könne. Wenn der Stapel der Anträge nicht mehr abzutragen sei, lasse sich mit dem Trick der „verschwundenen Unterlagen“ ein wenig mehr Zeit verschaffen. Das Nachsehen hätten dann die Antragsteller(innen), die dann noch länger warten müssten und teilweise in arge Bedrängnis kämen. Ich persönlich neige noch zu der Annahme, dass außerdem auch aus Einspargründen absichtlich Unterlagen „verschwinden“, damit zum Beispiel mangelnde Mitarbeit unterstellt und sanktioniert werden kann oder Fristen für Überprüfungsanträge dummerweise einfach abgelaufen sind.

2. Eine aktuelle Studie zeigt, was aktive Erwerbslose schon seit ewigen Zeiten bemängeln, dass es nämlich nicht bloß den Betroffenen selbst schadet, jede **Billigarbeit** für jedes noch so kleine Geld anzunehmen, sondern allen. Da sind der Abwärtsspirale keine Grenzen gesetzt. Obwohl sich das Warten eigentlich sehr lohnen würde, drohen die Jobcenter in diesem Fall mit Sanktionen. Jobs unterhalb der eigenen Qualifikation erleichtern Arbeitslosen zwar den Zugang zum Arbeitsmarkt, erweisen sich dann allerdings regelmäßig als berufliche Sackgasse. Heutzutage ist es leider keine Seltenheit, wenn sich Beschäftigte unter ihrem Niveau verdingen müssen, wenn Historiker(innen) Taxi fahren, zugewanderte Ärzt(inn)e(n) in Minijobs, Facharbeiter(innen) in Hilfstätigkeiten malochen.

Es kann sich jede(r) sicherlich gut vorstellen, wie unzufrieden mit ihrer beruflichen Tätigkeit und zur Weiterbildung weniger motiviert die Betroffenen mit den Dumpinglöhnen sind. Laut der Studie der „Hans-Böckler-Stiftung“ sei jedoch noch ungeklärt, wie sich die Situation für Arbeitslose darstelle, ob ein unterwertiger Arbeitsplatz in jedem Fall besser sei als gar keiner, oder ob es sich lohnen könne, auf ein passendes Angebot zu warten. Die Antwort der Soziologen fällt zweischneidig aus, weil sich zwar die langfristigen Beschäftigungschancen erhöhten, wenn Arbeitslose einen Job unter ihrer Qualifikation akzeptieren, sich andererseits aber die Aussichten auf eine angemessene Stelle verschlechterten. Das oft gebetsmühlenartig vorgetragene „Hauptsache in Arbeit“ stimmt so leider überhaupt nicht!

3. Armutsforscher Christoph Butterwegge befürchtet, dass die Flüchtlingskrise die Armut in Deutschland zu verstärken droht, vor allem dann, wenn der Sozialstaat weiter abgebaut werde. Butterwegge fordert eine Umverteilung von Oben nach Unten, zum Beispiel durch Wiedereinführung der **Vermögensteuer**. Die Gesellschaft sei bereits tief gespalten gewesen, bevor die Flüchtlinge kamen, weil auf

der einen Seite vermehrter Reichtum in den Händen weniger liege, auf der anderen jedoch Millionen Menschen verschuldet seien. Wenn der Sozialstaat weiter abgebaut werde, bestehe die Gefahr einer ethnischen Unterschichtung unserer Gesellschaft, einer Gettoisierung der Flüchtlinge.

Die Integration der Flüchtlinge bedeute eine große Herausforderung, die viel Geld kostet. Der gesellschaftliche Reichtum reiche bei Weitem aus, mehr Geld für Soziales auszugeben, auch um Zuwanderer gut aufzunehmen, zu versorgen und zu integrieren. Weil viele Kommunen derart überschuldet seien, können sie nicht allein genug für eine Integration tun. Um Abhilfe zu leisten, brauchen wir keinen Flüchtlingssoli, der von allen Steuerzahler(inne)n getragen würde, sondern beispielsweise die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die „starke Schultern“ mehr belastet. So könnte der Staat in die Lage versetzt werden, nicht nur Flüchtlingen, sondern auch Einheimischen zu helfen, denen es schlecht geht.

Der Armutsforscher argwöhnt, dass sich angesichts der massiven Zuwanderung neben der bestehenden relativen Armut nun auch eine „absolute“ Armut verfestigt. Außerdem müsse der Armutsbegriff neu geklärt werden, weil auch Menschen, die von Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes leben müssen, arm seien. Diese sind noch niedriger als Arbeitslosengeld II. Jetzt müsste er noch anführen, dass ALG II keinesfalls als Grundsicherung ausreicht und daher auch alle ALG-II-Bezieher(innen) *arm* sind und keineswegs nur „von Armut bedroht“!

4. Wenn es nach der CDU und den Arbeitgebern ginge, sollten Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge wie Langzeitarbeitslose behandelt werden und in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung keinen Anspruch auf **Mindestlohn** haben. SPD-Parteivize Ralf Stegner lehnte Ausnahmen vom Mindestlohn als „untauglich“ ab und warnte vor „Verteilungskämpfen“. Generalsekretärin Katarina Barley sagte, Flüchtlinge würden damit gegen andere Arbeitnehmer ausgespielt und zu Lohndrückern gemacht. Auch Markus Rinderspacher, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag, sprach sich gegen Ausnahmen beim Mindestlohn aus: Er lehne einen Zweiklassen-Arbeitsmarkt ab und wolle keine Spaltung, denn die Würde der Arbeit kenne weder Hautfarbe noch Religion. Brigitte Pothmer, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion, meint, diese Maßnahmen hätten schon bei Langzeitarbeitslosen nicht gegriffen.

Dass die Arbeitgeber den Vorstoß der CDU begrüßen, Flüchtlinge sechs Monate lang vom Mindestlohn auszunehmen, versteht sich von selbst. Doch scheinen sie auch damit den Hals nicht voll zu kriegen und formulieren eine – wie ich finde: freche – Forderung in eine scheinbar nette „Begünstigung“ um: „Allen Menschen, die es am Arbeitsmarkt besonders schwer haben, muss der Weg in Beschäftigung erleichtert werden. Ihnen sollte zwölf Monate lang eine von den strikten Bedingungen des Mindestlohngesetzes befreite Beschäftigung ermöglicht werden“. Sie werden von einem angemessenen Lohn „befreit“, den in Wirklichkeit noch nicht einmal der deutsche Mindestlohn erfüllt! Die CDU will einen

noch weitergreifenden Maßnahmenkatalog für Flüchtlinge forcieren, wie eine verlängerte Schulpflicht und höhere Hürden für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht.

Als Langzeiterwerbslose für sechs Monate vom kargen Mindestlohn ausgeschlossen wurden, vermisste ich den Aufschrei der Gewerkschaften sehr. Aber dann dachte ich daran, wie sie die Hartz-Gesetze abnickt haben und wie sie sich für ALG-II-Betroffene einsetzen – oder eben auch nicht. Nun haben wir einen Drehtüreffekt für Langzeitarbeitslose, denn es glaubt ja wohl niemand an das Märchen, sie müssten erst wieder mit sehr viel Zeitaufwand an Arbeit „gewöhnnt“ werden, um bei Erfolg nach sechs Monaten die popeligen 8,50 Euro Mindestlohn zu bekommen. Nein, natürlich werden sie dann gegen neue, weiterhin billige langzeiterwerbslose Arbeitskräfte ausgewechselt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Sozialwidriges Verhalten“: Mit der bevorstehenden Hartz-IV-Verschärfung wird eine Denkkategorie des Nationalsozialismus wiedereingeführt
(„Gen-ethisches Netzwerk“)

Schon über 22.000 Euro Spenden: Die Zahl der erfolgreichen Widersprüche und Klagen muss massiv erhöht werden („Sanktionsfrei“)

Kein verschärftes Sonderrecht gegen Erwerbslose!

1. Die **Rechtsverschärfung** im Arbeitslosengeld II soll ab 1. August 2016 in Kraft treten. Bis dahin kann sich noch viel ändern, wenn wir klar machen: So nicht! In der ersten Vorlage zur Rechtsverschärfung war noch die Streichung des Alleinerziehungszuschlages vorgesehen. Die Fraktion der Partei „Die Linke“ hat dies thematisiert, und diese Streichung wurde gestrichen (siehe 544. Bremer Montagsdemonstration). Aktuell wurde die erneute Schlechterstellung von Kindern in zwei Bedarfsgemeinschaften gestrichen. Vorher hatten viele Menschen klargestellt: Dies geht überhaupt nicht (siehe 556. Montagsdemo)!

Wie schlecht die bisherigen Regelungen zum Umgangsrecht im SGB II sind, lässt sich aus einem Beitrag von „Tacheles Sozialhilfe“ erahnen. Nicht zu vergessen ist: Ein Kind braucht Platz, es muss spielen und schlafen. Über den aktuellen Stand hat Sozialrechtler Harald Thomé in seinem Newsletter informiert:



„Der Kollege Bernd Eckhardt hat in seinem neuen ‚Sozialrecht-Justament 1/2016‘ nochmals eine genauere Analyse und Bewertung der geplanten SGB-II-Änderungen durchgeführt. Ich möchte auf dieses lesenswerte Dokument sowie Auszüge aus einer Stellungnahme von mir verweisen. Präsentieren möchten wir auch das wohlgeschliffene und konsensuale ‚Tacheles‘-Forderungspapier. Damit wollen wir weitere notwendige Änderungen im SGB II und längerfristige Ziele formulieren und in die Diskussion bringen. Dieses Papier sollte für die Verhandlungen im Bundesrat bei der Zustimmung zum SGB-II-Änderungsgesetz genutzt werden.“

Am Anfang dieser 14 Seiten steht auch der Terminkalender für die Rechtsverschärfung. Es ist ein Papier mit vielen guten Forderungen, auch zur Unterfinanzierung der Energiekosten und zur Vermeidung von Versorgungssperren.

2. Die Sanktionen sind bereits heute unerträglich. Nur durch Steigerung der Sanktionsquote konnten die Mitarbeiter(innen) des Jobcenters die Kosten der Personalaufstockung wieder einfahren. „Joboffensive“ heißt ein Leistungspaket der Bundesagentur für Arbeit. Gemeinden werden überredet, diese Leistungen einzukaufen und sich an den Kosten zu beteiligen. In Bremen wurden Haushaltsmittel für die Kosten der Unterkunft an das Jobcenter zur Deckung der Personalkosten gezahlt. In der Erfolgskontrolle wurde klar: Die mitgekauften Statistik- und Auswertungsprogramme waren untauglich. Eine laufende Auswertung oder überhaupt eine Auswertung war nur schwer möglich. War das ein Versehen oder Absicht?

Für den Einzelhandel in Bremen brachten die beiden Entscheidungen einen doppelten Umsatzverlust, weil sie sich negativ auf die Kaufkraft der Leistungszieher auswirken. Über die Unterdeckung der Kosten der Unterkunft hat die Deputation für Soziales noch nicht beraten (vergleiche die Ankündigung in der Vorwoche). Das soll bei der nächsten Sitzung geschehen.

Anfänglich gab es die Hoffnung, dass Sanktionen gestrichen werden, doch nun werden sie durch weitere Verschärfungen noch unerträglicher, denn es bleibt nicht bei der Dauer von drei Monaten. Hierzu bitte den Beitrag von Elisabeth von letzter Woche lesen! Vier Jahre oder so lange, wie das Jobcenter will und beweisen kann, wird die laufende Regelleistung um bis zu 30 Prozent gekürzt, wenn ein Arbeitsverhältnis nicht angenommen wurde. Die erfolgte Sanktion soll als „Beweis“ ausreichen, um diese gravierenden Kürzungen durchzuführen.

Damit ist dringend zu empfehlen, mit jeder Sanktionsandrohung zu einer Beratungsstelle zu gehen oder bei uns vorbeizukommen, vor der Rückgabe des Fragebogens. Das Gleiche gilt, wenn die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses dem jetzt Erwerbslosen angelastet wird. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, sollte bereits vor der tatsächlichen Beendigung die Benennung des Kündigungsgrundes einfordern. Falls auch nur ein Restverdacht bleibt, muss dieser ausgeräumt werden, notfalls mithilfe des Arbeitsgerichts.

Trotzdem ist einer vom Jobcenter verhängten Sanktion zu widersprechen und notfalls die Hilfe des Sozialgerichts per Eilverfahren beantragen. Dieser Antrag ist nötig, um die sofortige Kürzung zu vermeiden. Dieser Schritt ist auch für alle anderen Sanktionen zu empfehlen. Wer hat schon 30 Prozent der Regelleistung übrig? Allein durch die Kürzung der Regelleistung ist jede Sanktion rechtswidrig – allerdings nur für jene, die sich wehren. Wer jetzt über die Höhe des Regelsatzes und die anderen Einschränkungen nachdenkt, sollte sich die Seite zur 554. Bremer Montagsdemonstration ansehen und selbst handeln, nicht auf andere warten! Wie dies geht? Wir gehen mit!

„Kinder von Erwerbslosen haben es gut!“, hörte ich am Montag auf dem kalten Marktplatz. Ich habe nachgefragt: „Wieso?“ – „Na, mit dem Regelsatz und dem Kindergeld ist es doch ein gutes Auskommen, da kriegen auch die Eltern noch etwas ab!“ Die beiden Menschen haben dies nicht gehässig, eher beiläufig gesagt. Ich sagte: „Schön wär’s! Das Kindergeld wird auf den Regelsatz angerechnet, also zu 100 Prozent davon abgezogen.“ Die beiden waren verdutzt: „Das steht aber nicht in der Zeitung!“ Jedenfalls selten.

Was ist das Motiv dieser unmöglichen Verschärfung? „Es gibt genug Arbeitsplätze, und keiner geht hin?“ Warum nur glaubt die Bundesregierung an dieses Märchen? In der Abrechnung zur „Joboffensive“ ist der Arbeitsmarkt in Bremen treffend beschrieben: Er schrumpft!

3. In der ARD-Sendung „Milliarden für Millionäre“ geht es um viel Geld - und den Unwillen der Regierung, diese Leckagen zu stopfen (vergleiche 520. Bremer Montagsdemonstration). In der Ankündigung heißt es: „Hat der Staat jahrelang unser **Steuergeld** an Millionäre ausgezahlt? Im Oktober 2014 ließ die Kölner Staatsanwaltschaft Dutzende Büros und Wohnungen im In- und Ausland durchsuchen. Damit holte sie zum bislang größten Schlag gegen mehr als 30 Banker, Wirtschaftsgrößen, Fondsbetreiber, Anwälte und Finanzberater wegen dubioser Aktiendeals zulasten des Fiskus aus. Diese ermöglichten es Anlegern, sich Ertragssteuern erstatten zu lassen, die zuvor gar nicht abgeführt worden waren. Möglich war das aufgrund einer Gesetzeslücke, die dem Staat zehn Jahr lang bekannt war und trotzdem nicht geschlossen wurde.“

Zur anschließenden Sendung „Wie solidarisch ist Deutschland?“ heißt es aufschlussreich: „Reiche werden reicher, Arme bleiben arm, während die ‚Mitte‘ gegen den Abstieg kämpft. Ein verblüffender Befund, glaubt man dem ‚Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung‘: Die Unternehmen boomen, doch die Löhne stagnieren, gleichzeitig wächst die Ungleichheit bei den Vermögen. Die Kluft zwischen denen, die sehr viel haben und jenen, die mit wenig oder sehr wenig auskommen müssen, ist heute besonders groß. Deutschland nimmt bei der Vermögensungleichheit in der Eurozone inzwischen einen enttäuschenden Spitzenplatz ein.“

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswir-

kungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Widerspruch einlegen: Die Bundesregierung verzögert seit Monaten eine verfassungskonforme Neufestsetzung des Regelsatzes („*Gegen Hartz*“)

Damit der „Verfassungsschutz“ nicht reinguckt: „Umweltgewerkschaft“ darf sich nicht mehr im Bremer „Greenpeace“-Büro treffen („*Rote Fahne News*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

558. Bremer Montagsdemo am 22. 02. 2016

Die vom Senat verursachte Unterdeckung bei der Erstattung der tatsächlichen Mieten ist ein Skandal

1. Ein Amt hat auf die Erhöhung des Wohngeldes zum 1. Januar 2016 reagiert. Es ist aber nicht der Bausenator. Bei der Senatspressestelle habe ich nur dessen bereits ältere Pressemitteilung gefunden, auf der Seite der Wohngeldstelle die alten Werte. Unter § 12 Wohngeldgesetz stehen die neuen Höchstbeträge für Miete und Belastung. Bremen hat Mietstufe IV, Bremerhaven Mietstufe III.



Es ist das Jobcenter, das eine leistungsberechtigte Aufstockerin aufgefordert hat, einen Antrag auf **Wohngeld** zu stellen. Damit hätte sich die Aufstockung des ALG II erledigt. Die Frau war septisch. Sie wird sich die Wohngeldhöhe errechnen lassen und mit den Leistungen des Jobcenters vergleichen. Nur wenn die Variante Wohngeld genauso hoch ist wie der Aufstockungsbetrag plus die Vorteile bei der Rundfunkgebühr sowie die ermäßigte Monatskarte, dann will sie wechseln. Bei gleicher Leistung ist das Wohngeld zu beantragen, weil das ALG II eine nachrangige Sozialleistung ist.

Der „Wohngeldrechner“ berücksichtigt die seit dem 1. Januar 2016 geänderten Bedingungen, schreibt allerdings „Bitte beachten Sie, dass der Wohngeldrechner nicht die grundsätzlichen Voraussetzungen prüft, ob Anspruch auf Wohngeld besteht. Hier werden nur Wohngeldzahlungen der Höhe nach ermittelt.“ Außerdem wird darauf hingewiesen, dass das Ergebnis nicht verbindlich ist.

Wie sehr die Wohngelderhöhung 2009 daneben lag, ist auf der Website des „Bremer Erwerbslosenverbands“ nachlesbar. Trotzdem wurde von den Gerichten noch 2015 auf die Werte der Wohngeldtabelle aus dem Jahr 2009 verwiesen. Wann immer eine Gemeinde ihre Mietobergrenzen nicht sauber belegen kann, wird § 12 Wohngeldgesetz herangezogen. Bremen hat dadurch über Jahre hinweg den Erwerbslosen viel Geld vorenthalten, trotz des Sicherungszuschlags von zehn Prozent auf die Tabellenwerte von § 12 Wohngeldgesetz. Bremen war in der

Lage, Haushaltsmittel für die Kosten der Unterkunft umzuwidmen: Damit wurden die Mehrkosten der „Joboffensive“ für Personal und Verwaltungskosten des Jobcenters finanziert.

Der Wohnungsmarkt in Bremen ist schon lange zusammengebrochen. Trotzdem pocht das Jobcenter auf die Einhaltung der Mietrichtwerte als Obergrenze, obwohl diese bereits 2014 mit überwiegend überholten Werten festgesetzt wurden. Von den Ermessensspielräumen der Verwaltungsanweisung ist wenig bis nichts zu spüren, insbesondere wenn einer Erwerbslosen trotz Schufa-Eintrag nicht einmal eine geringe Überschreitung eben dieser Mietrichtwerte zugestanden wird. Wie sehr der Wohnungsmarkt in Bremen belastet ist, ergibt sich bestens aus der Begründung der Mietpreisbremse – leider ohne belastbare Richtwerte. Das ist keine Unterstützung für einen Menschen, der sich gegen Mieterhöhungen wehrt.

Die Erhöhung der Mietobergrenzen wirkt sofort, aber nur für Leistungsrechte, die dies einfordern. Die Änderung der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ muss nicht abgewartet werden, weil sie keine Gesetzeskraft hat. Sie ist eben nur eine Anweisung an die Verwaltung. Die jetzt erhöhten Bemessungsgrundlagen für das Wohngeld sind kein Versehen. Die Begründung zum neuen Wohngeldgesetz macht klar: Wir holen längst Überfälliges nach. Die aktuellen Werte sind aus dem Antrag der Fraktion „Die Linke“ ersichtlich.

Der einen Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft trägt, kann dies kurzfristig für die Zukunft sowie etwas langsamer rückwirkend ändern. Dafür ist ein Antrag auf Überprüfung für die Vergangenheit zu stellen sowie ein Antrag auf Erhöhung der aktuellen Mieterstattung auf die tatsächliche Miethöhe. Die aktuelle Berichtigung kann notfalls per Eilverfahren kurzfristig durchgesetzt werden.

Die Antwort des Senats macht nur einen Teil der Unterzahlung deutlich. Diesen Menschen wird wohl unstrittig mit der Anhebung der Mietrichtwerte geholfen. Sie sind aber nicht die alleinigen Benachteiligten. Über Jahre beklagen wir, dass Bedarfsgemeinschaften (früher: Familien) in zu kleine Wohnungen ziehen, um keinen Eigenanteil an den Kosten der Unterkunft tragen zu müssen. Viele müssen dafür leider einen hohen Preis in ihren Beziehungen zahlen. Die Verschärfungen des SGB II behindern die Rückkehr zu einer angemessenen Wohnungsgröße.

Wir wissen, dass Kosten der Unterkunft nur unvollständig geltend gemacht werden, um einer eventuellen Kostensenkungsaufforderungen zu entgehen. Teilweise legen Erwerbslose ihre Nebenkostenabrechnung nicht vor. Auch 2015 sind noch Kostensenkungsaufforderungen an Erwerbslose ergangen, zwar nicht 10.000-fach wie früher, aber jede Kostensenkungsaufforderung ist gerade bei dieser Datenlage eine zu viel! Wir wissen, dass oftmals die Kosten für Wasser und Abwasser nicht geltend gemacht werden, dabei gehören diese Ausgaben zu den Kosten der Unterkunft. Die Jobcenter könnten diesen Fehler erkennen und die Menschen darauf hinweisen. Mir ist aber kein Mensch bekannt, dem so geholfen wurde.

Leider habe ich keine Daten hinsichtlich der Wechselwirkung von Sanktion, Eigenanteil an den Kosten der Unterkunft, Energiesperre, Verschuldung und Problemen in der Partnerschaft. Gerade da ist etwas mehr Geld eine wesentliche Hilfe, wobei es mit Hartz IV immer zu wenig ist. Erst durch die Anhebung der Mietrichtwerte an das jetzt angepasste Wohngeld ist die Anmietung von Sozialwohnungen ohne Sondergenehmigung möglich. Natürlich ist es ein Unding, dass die bisherigen Mietrichtwerte nicht einmal zur Anmietung einer geförderten Sozialwohnung ausreichen.

Die vom Senat verursachte Unterdeckung bei der Erstattung der tatsächlichen Mieten ist ein Skandal. Hier werden absichtlich Menschen noch ärmer, als sie ohnehin durch den Leistungsbezug schon sind, mit allen negativen Folgen. Die Fehlentscheidungen der Politik verschärfen die jetzige Situation. Die öffentliche Hand hat erhebliche Wohnungsbestände verkauft, die Größe der jetzigen Wohnungskonzerne ist eine Folge. Dazu gehört sicher auch die Höhe des Mindestlohns. Was macht Bremen? Einfrieren! Soziale Folgen sollten wie bei der Gender-Prüfung abgewogen werden.

Bremen hat ein gutes Netz von Beratungsstellen in Sachen Anträge für Leistungsbezieher. Wir helfen Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – keine Sozialleistung beantragen. Einfach vorbeikommen und drüber reden, denn vieles kann ausgeräumt werden! Auf der Bremer Montagsdemo gilt „Wie dies alles geht? Wir gehen mit!“ Der Termin **10. März 2016** ist **Aktionstag** unter dem Motto „**Auf Recht bestehen**“.

An diesem Tag ist auch die nächste Sitzung der Sozialdeputation. Dann wird über den Antrag der Fraktion „Die Linke“ diskutiert. Einige Tage vorher wird unter „Soziales Bremen“ die Tagesordnung sowie Ort und Zeit nachzulesen sein. Falls die Politik dem Antrag folgt, erspart sie dem Jobcenter und dem Sozialgericht viel Arbeit. Falls nicht oder die Entscheidung verschoben wird, sollte, wer einen Eigenanteil zur Miete trägt, wie oben beschrieben verfahren. Wer seine Aufwendungen für Miete, Nebenkosten und Heizung bisher nicht angegeben hat, sollte dies jetzt beantragen, auch rückwirkend.

Das Bundessozialgericht in Kassel hat mit Aktenzeichen B4 AS 12/15 R entschieden, dass auch die gedeckelten Kosten der Unterkunft anzuheben sind, wenn die anerkannten Kosten der Unterkunft angehoben werden: „Üblicherweise müssen Hartz-IV-Empfänger(innen) eine Genehmigung einholen, wenn sie in eine teurere Wohnung umziehen wollen. Ziehen sie ohne Genehmigung um, bezahlt das Jobcenter die Kosten für Wohnung und Heizung nur in der bisherigen Höhe. Nebenbei hat das Bundessozialgericht auch einen Prüfauftrag erteilt: Geprüft werden muss, ob die Kosten der Unterkunft nach einem ‚schlüssigen Konzept‘ ermittelt wurden.“

Auch in Bremen gibt es entsprechende Deckelungen, deshalb bitte die Differenz für die Zukunft und für die Vergangenheit beantragen. Weil Bremen die Mietrichtwerte eben nicht nach einem schlüssigen Konzept ermittelt hat, bitte Antrag auf ungekürzte Erstattung der Kosten der Unterkunft stellen! Diese Entscheidung

des Bundessozialgerichts ist auch für Familien, die in kleinere Wohnungen geflüchtet sind, sehr interessant.

In den „Ergänzenden Hinweise zur Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II“ stehen auf Seite 31 die Mindestwohnungsgrößen. Wenn die Wohnung diese Größe nicht überschreitet, genehmigt das Jobcenter wahrscheinlich den Umzug und damit auch eine höhere Miete. Wessen Wohnung größer, aber trotzdem zu klein ist, muss den Antrag umfassender begründen und eventuell mit Widerspruch und Klage durchsetzen. Vielleicht passt auch ein anderer Sachverhalt zur Begründung: „Die vorstehende Aufzählung ist nicht abschließend. Andere Gründe, die von Leistungsempfängern vorgetragen werden, können ebenfalls dazu führen, einen Umzug als erforderlich anzuerkennen“

Wer eine neue Wohnung anmieten möchte zu einer Miete, die oberhalb der bisherigen Richtwerte liegt, sollte unbedingt vorher beim Jobcenter oder Sozialamt die Mietübernahmebescheinigung gemäß Anlage 2 (Seite 69) der Verwaltungsanweisung beantragen und, falls die Behörde dies ablehnt, die Hilfe des Sozialgerichts im Eilverfahren beantragen. Wichtig ist, dass der Vermieter die Wohnung einige Tage lang freihält und dass der Richter dieses Zeitfenster kennt.

„Die Linke“ möchte den sozialen Wohnungsbau beschleunigen. Die geforderte Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist an eine tatsächliche Schaffung von Sozialwohnungen gebunden. Natürlich könnten die Rahmenbedingungen für Mieter besser sein. Der Ausverkauf des Wohnungsbestandes durch die öffentliche Hand war und ist ein Skandal. Die Verwendung der Mittel des sozialen Wohnungsbaus zur Schuldentilgung statt für Neubauten auch.

2. Die ARD-Sendung „Milliarden für Millionäre“ war sehr sachlich. Der Titel ist als Untertreibung zu betrachten. Es war schwer verdauliche Kost, aber nicht unbekannt. In dem Bericht fehlte mir der Sachstand zur Rückforderung dieser Milliarden. „Die Aufklärung werde durch Personalmangel behindert, Flaschenhals bei der Prüfung sei das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn.“ Weitere Details sind auf der Seite zur 512. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Nicht nur die lange Reaktionszeit bis zur Abstellung dieser Betrugsfälle ist erschreckend. Die Handhabung der Rückforderung, die mangelnde Unterstützung der Staatsanwälte ist schon für sich ein Skandal!

„Kontraste“ hat herausgefunden, „wie Dobrindt, Schäuble und Gabriel den deutschen Versicherungen ein Milliardengeschäft verschaffen“. Die Versicherungen sollen den Ausbau der Autobahnen finanzieren. Der Bund schließt seine Haftung für diese Kredite aus, und die Versicherungswirtschaft hat einen Grund für überhöhte Zinsforderungen. Drei Prozent sollen es sein. Der Bund selbst könnte dieses Geld zu einem Prozent Zinsen erhalten. Ein gutes Geschäft für die Konzerne! Hinzu kommt, dass der Bund seine Haftung gar nicht ausschließen kann, denn sie ist im Grundgesetz verankert. Dies wissen die Beteiligten. „Es ist Politik zugunsten der Versicherungswirtschaft und zulasten des Steuerzahlers“.

Ein weiterer Beitrag über versenktes **Steuergeld** ist der „Phoenix“-Bericht über die Schiedsgerichte. „Konzerne klagen – wir zahlen: Wie Schiedsgerichte den Rechtsstaat aushebeln“. Ansonsten geht die Verschleierung und Unehrlichkeit rund um TTIP weiter. Auf der Seite zur 522. Bremer Montagsdemonstration steht der Link zum Film über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Mexiko. Der Film ist sehenswert. Wer nach diesen beiden Beiträgen noch für TTIP ist, muss sehr reich sein!

Wolfgang Schäuble hat rechnen lassen: Bis 2060 ist Deutschland längst pleite, wenn sich nichts ändert, jedenfalls nach seinem „Tragfähigkeitsbericht“. Wie wurden die Arbeitsplatzverluste von etwas über 50 Prozent aller Arbeitsmöglichkeiten durch die Informatisierung der Fertigungstechnik und Logistik unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ in den nächsten Jahren – weit vor 2060 – gewertet? In Wilhelmshaven geht ein vollautomatischer Containerumschlag in die Erprobung, „ein menschenleerer Automatik-Terminal mit selbstfahrenden Maschinen. Ende des Jahres könnte die Testanlage bereits installiert werden.“

Noch krasser deutlich wird dies im ARD-Beitrag „Wie solidarisch ist Deutschland?“ Darin heißt es aufschlussreich: „Reiche werden reicher, Arme bleiben arm, während die ‚Mitte‘ gegen den Abstieg kämpft. Ein verblüffender Befund, glaubt man dem ‚Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung‘: Die Unternehmen boomen, doch die Löhne stagnieren, gleichzeitig wächst die Ungleichheit bei den Vermögen. Die Kluft zwischen denen, die sehr viel haben, und jenen, die mit wenig oder sehr wenig auskommen müssen, ist heute besonders groß. Deutschland nimmt bei der Vermögensungleichheit in der Eurozone inzwischen einen enttäuschenden Spitzenplatz ein. Was ist passiert? Wo bleibt die Beteiligung der Reichen und Superreichen? Wann wurde der breite politische Konsens aufgekündigt, dass Wachstum allen zugute kommen soll?“

Die Filmemacherin Eva Schötteldreier macht sich auf die Suche nach Antworten und entdeckt ein Land, dessen soziale Balance deutlich angeschlagen ist. Sie trifft Starökonominnen, Wissenschaftler, Familien, Millionäre, Hartz-IV-Bekämpfer und Sozialethiker. Der beunruhigende Tenor: Bis weit in die 1970er Jahre war man sich einig, dass die steuerlichen Lasten und Abgaben – je nach eigenen Kräften – relativ gleichmäßig verteilt werden sollten. Dieses Prinzip gilt nicht mehr. Trotz anhaltend hohem Wirtschaftswachstum rutschen immer mehr Menschen ab, vor allem die Mittelschicht gerät unter Druck: Sie sind beim Steuerzahlen Spitze, ebenso bei den Sozialabgaben. Im Alter oder aber mit Kindern werden sie zu Verlierern. Lösungen und Alternativen zur sozialen Schräglage sind in Sicht, brauchen aber die radikale Abkehr vom Bestehenden.“

Den Inhalt muss mensch einfach gesehen haben! Die aktuellen Schlagzeilen passen dazu. Ab 1. Januar 2016 verlieren junge Menschen in einer Bedarfsgemeinschaft die Familienversicherung und müssen eine eigene Krankenversicherung abschließen. Die Jobcenter zahlen die Beiträge. Allerdings werden gleichzeitig die zu zahlenden Krankenkassenbeiträge für alle Leistungsempfänger(innen)

gesenkt. Die Krankenkassen beschließen, ab 1. Januar 2016 Zusatzbeiträge zu erheben, zahlbar ohne Arbeitgeberanteil!

Für junge Menschen wurden nun auch „**Jugendberufsagenturen**“ eingeführt. Wozu eigentlich? Dazu hält Professorin Marion Panitzsch-Wiebe von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg einen **Vortrag** mit anschließender Diskussion am **Montag, dem 29. Februar 2016, ab 19 Uhr** im „**Lagerhaus**, Schildstraße 12-19, 3. Etage. Die Referentin kritisierte anlässlich der Einführung der „Jugendberufsagentur“ in Hamburg 2012, dass diese Einrichtung nicht von der Hartz-Gesetzgebung und ihren Sanktionsmechanismen zu trennen sei. Auch die „Jugendberufsagenturen“ stellen sich in den Dienst des „investiven“ und „aktivierenden“ Sozialstaates. Gemäß dieser neoliberalen Logik werde nur dort „in junge Menschen investiert“, wo es sich „rentiere“. „Aktivierung“ sei ein beschönigender Begriff für Disziplinierung und Leistungskürzung bei denjenigen, die sich den von „den Märkten“ gewünschten Anpassungen widersetzen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Schon mal sanktioniert worden? Welche Auswirkungen hatte das auf deine Existenz? („Sanktionsfrei“)

Stromabstellen verbieten!



Uns erschüttert der Tod eines 19-jährigen Bremers. Letzte Woche starb ein junger Mann, nachdem die SWB ihm den Strom abgestellt hatte – wie so vielen anderen. Er hatte in seiner Wohnung versucht, Wasser auf einem Grill zu erhitzen und starb an den Gasen. Im letzten Jahr hat die SWB über 7.000 Mal Strom abgestellt. Meist fällt dann auch gleich die Heizung aus. Es sind schon Wohnungen ausgebrannt, weil nur noch Kerzenstummel zur Beleuchtung da waren. Die SWB nimmt das alles bewusst in Kauf. Strom abzustellen muss genauso verboten werden, wie einem Menschen das Wassertrinken zu verwehren oder die Luft zum Atmen zu nehmen! Die grundlegendsten Bedürfnisse müssen für jeden Menschen gedeckt sein, egal ob er Geld hat oder nicht!

In Sachsen zeigte sich die Menschenfeindlichkeit mit weiteren faschistischen Anschlägen. In Bautzen wurde eine Flüchtlingsunterkunft angezündet, und der faschistische Mob schaute zu, grölte Beifall, behinderte die Feuerwehr. Warum wurden diese Verbrecher nicht sofort verhaftet? In Clausnitz, ebenfalls in Sachsen, blockierten Neonazis einen Bus mit Asylsuchenden. Sie forderten von der Polizei: „Holt sie raus!“ Und was tat diese? Im Würgegriff wurde ein weinendes Kind aus dem Bus gezerrt – aber gegen den braunen Mob unternehmen die Polizisten nichts! Sie sind wohl selbst Teil davon, genau wie die Verwaltung: Der Leiter der Flüchtlingsunterkunft ist AfD-Mitglied.

Wir müssen nicht nur den Kampf gegen den braunen Sumpf führen, sondern auch gegen die Faschisierung des Staatsapparats, an der natürlich nicht alle Polizisten beteiligt sind. Deswegen ist es wichtig, dass sie selbst den Mund aufmachen. Innenminister de Maizière verteidigte das Vorgehen der Polizei: Die Businsassen hätten provoziert. So werden die Opfer zu Tätern gemacht! Dasselbe tut auch die türkische Regierung: Seit Monaten bombardiert sie kurdische Siedlungen in der Türkei und im Irak. Es gibt schon über 300 Tote, darunter viele Kinder.

Inzwischen lässt sie schwere Artillerie auch auf syrisches Kurdengebiet, auf Rojava, schießen und droht mit Einmarsch. Das Attentat auf türkisches Militär in Ankara mit 28 Toten kam der Erdogan-Regierung gerade recht: Sofort behauptete sie, dahinter steckten die kurdischen Arbeiterparteien PKK in der Türkei und PYD in Syrien – ohne den Hauch eines Beweises! PKK und PYD haben auch sofort jegliche Beteiligung von sich gewiesen. Inzwischen bekannte sich die kurdische Splittergruppe „Freiheitsfalken Kurdistans“ zu dem Anschlag.

Das hindert die faschistoide türkische Regierung – Erdogans Vorbild ist Hitler – aber nicht daran, mit der Vorbereitung eines Einmarsches nach Syrien fortzufahren. Mit allen Mitteln will sie den demokratischen Aufbau in Rojava zerstören, der so vielen Menschen eine Perspektive gibt. Und die Bundesregierung? Sie schaut nicht nur zu, sondern unterstützt diese aggressive, reaktionäre Kriegspolitik auch noch! Mit den drei Milliarden Euro, die Merkel Erdogan versprochen hat, wird gerade jenes Regime unterstützt, das besonders zu den Fluchtursachen beiträgt. Hände weg von Rojava! Freiheit für Kurdistan! Schluss mit der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime in der Türkei! Sofortiger Abzug aller imperialistischen Truppen aus Syrien! Weg mit dem PKK-Verbot! Für Frieden, Freiheit und echten Sozialismus!

Wolfgang Lange (MLPD)

Zukünftige Aktionen und Schwerpunkte der Montagsdemo, darunter 1. Mai, Sommerfest und die Frage, wie die Montagsdemo attraktiver wird, wollen wir bei einem **Treffen im Seemansheim** am **14. März 2016** ab **19:15 Uhr** besprechen.

Wie ein sinnloser, überflüssiger Tod hätte vermieden werden können



1. In Bremen wird derzeit gegen 7.370 Kund(inn)en des Energieversorgers SWB wegen Zahlungsverzugs eine **Stromsperre** verhängt. Nun starb ein 19-jähriger Flüchtling aus Gambia an einer Kohlenmonoxidvergiftung, als er in seiner Wohnung Wasser auf einem Holzkohlegrill erhitzte. Nachdem der junge Mann seine Abschläge seit November nicht mehr bezahlt hatte, stellten ihm die privatisierten Stadtwerke Bremen den Strom ab. Ein Polizeisprecher sagte, der Gambier sei nach der Flucht aus seinem

Heimatland im Jahr 2014 in Bremen gelandet. Da keine Anzeichen von Fremdeinwirkung gefunden wurden, auch ein Suizid ausgeschlossen scheint, spricht die Kriminalpolizei von einem Unfall.

Laut SWB hat die Stromsperre am 8. Februar 2016 begonnen. Für die Sprecherin des Energieunternehmens war es „ein völlig normaler Fall“, er habe „einen Vertrag mit uns abgeschlossen und nicht bezahlt“. Es sei ordnungsgemäß gemahnt worden, die gesetzliche Frist wurde eingehalten und auch das Gespräch mit dem Kunden gesucht. Der 19-Jährige sei mit einem Betreuer im Kundenbüro gewesen. Bernd Schneider, Sprecher der Bremer Sozialsenatorin, sagte, man werde sich „genau angucken“, warum der Unglücksfall trotz Betreuung nicht habe vermieden werden können.

Wer tatsächlich genau hinguckt, müsste meiner Meinung nach sofort erkennen, dass dieser sinnlose, überflüssige Tod eines so jungen Mannes durch eine wirklich bedarfssichernde Grundsicherung ganz einfach vermieden werden können. Er ist ja beileibe kein Einzelfall! Wenn in Deutschland keine Rechnungen bezahlt werden, erleben einige Hunderttausend Menschen ohne Heizung, Licht und warmes Wasser ein Flair von Mittelalter. Die Energiesperre kann Tage, Wochen und manchmal sogar noch länger dauern. Wenn der Strom abgeklemmt ist, wird es im Winter in ärmlichen Wohnungen ohne Wärmedämmung oft bitterkalt. Für Kinder kann keine warme Mahlzeit gekocht werden. Es wird früh dunkel, und weder Fernseher, Computer, Waschmaschine, Staubsauger noch Fön funktioniert.

Laut Bundesnetzagentur ist 2013 knapp 345.000 Kunden der Strom vorübergehend abgestellt worden. Das sind rund 33.000 Fälle mehr als noch zwei Jahre zuvor, wobei die Verbraucherzentrale von einer deutlich höheren Zahl ausgeht und von „Energiearmut in einem reichen Land“ spricht. Bei nur sehr geringen Einkommen hat die Stromrechnung ohnehin schon ein überproportionales Gewicht, und die stark steigenden Energiepreise schlagen gerade bei alten, Energie fressenden Elektrogeräten sehr zu Buche. Eine Sperre bedeutet eine exis-

tenzielle Bedrohung! Gerade in diesem reichen Land müsste die Versorgung mit Strom, Heizung und Wasser ganz selbstverständlich ein Menschenrecht und in einer echten Grundsicherung ausreichend enthalten sein. Die Energieversorger dürften nicht das Recht haben, die Energiezufuhr – dazu noch kostenpflichtig – zu sperren und ebenso wieder zu entsperren. Armut kann das Leben kosten!

2. Die deutsche Unternehmerlobby kämpft schon lange für ein eigenes Schulfach „Wirtschaft“ – und bekommt es nun in Baden-Württemberg. Eine Broschüre der „Dieter-von-Holtzbrinck-Stiftung“ legt nahe, dass es in Spanien vielleicht gar keine Rezession, Massenentlassungen oder Zwangsräumungen gegeben hätte, wenn den Schülern dort ein anständiger **Wirtschaftsunterricht** zuteilgeworden wäre. Ob die Bevölkerung richtig auf die Krise vorbereitet war? Schließlich hätten sich unzählige Bürger dort mit hohem Risiko verschuldet und ihre Kredite plötzlich nicht mehr bedienen können.

Nach dieser Logik sind die Heranwachsenden in Baden-Württemberg vor solchen Gefahren bald gefeit, weil es dort ab Beginn des nächsten Schuljahrs in Real-, Haupt- und Gemeinschaftsschulen ab der siebten und in Gymnasien ab der achten Klasse das Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ geben wird. Dieses Fach soll etwas gegen den mutmaßlichen Mangel an ökonomischer Bildung unter Jugendlichen ausrichten, den angeblich Studien immer wieder beweisen, obwohl keine konkret benannt wird. Dagegen kommt eine Jugendstudie des „Bundesverbands deutscher Banken“ 2015 zu dem Ergebnis, dass unter 651 Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren 61 Prozent gute oder sehr gute ökonomische Kenntnisse hätten.

Für den Bielefelder Didaktiker und Wirtschaftssoziologen Reinhold Hedtke, Mitglied der „Initiative für eine bessere ökonomische Bildung“, kommen die Forderungen nach einem Separatfach „Wirtschaft“ Versuchen von Unternehmensverbänden, Denkfabriken und Stiftungen gleich, ihren Einfluss auf Schulen zu vergrößern. Die Wirtschaft spiele bereits jetzt in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geografie eine große Rolle an Schulen, zu denen sich noch Firmenpraktika, Praxisprojekte wie Börsenspiele, Bewerbungstrainings oder Unterrichtsbesuche von Wirtschaftsvertretern gesellen. Diese zusätzlichen Aktivitäten entsprächen hochgerechnet etwa einem zweistündigen Schulfach über zwei Jahre, was viermal so viel sei wie das Pensum an Politik, das Bayern seinen Gymnasiasten bis zur zehnten Klasse zugestehe. Dort heiße die zentrale Frage nicht, wer etwas über Wirtschaft wisse, sondern wem welches ökonomische Wissen nütze.

Wenn im „Holtzbrinck“-Stiftungspapier von „kundigen Konsumenten und Wählern“, von „mündigen Arbeitnehmern und Selbständigen“ die Rede ist und sich die Schüler(innen) dem Lehrplan für Baden-Württemberg nach vor allem als „Verbraucher auf dem Konsumgütermarkt“ wahrnehmen sollen, erinnert dies an die Gestalt der Wirtschaftslehre an den Universitäten heute, die kritische Studierende und Lehrende etwa im „Netzwerk Plurale Ökonomik“ kritisieren: Das neoklassische Dogma vom effizienten Markt und seinen rein rational, im Sinne des eigenen Vor-

teils agierenden Teilnehmern werde weniger als das gelehrt, was es ist, nämlich eine Theorie, zu der es Alternativen gibt, sondern als natürliche Ordnung, die so immanent logisch ist, dass sie keinen Widerspruch duldet.

Als die Soziologieprofessorin Bettina Zurstrassen im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung ein Ökonomielehrbuch herausgab, das sowohl neoklassische als auch andere, gesellschaftlich fundierte Theorien von Wirtschaftssystemen besprach, musste sie erfahren, wie sehr die Anhänger des neoklassischen Dogmas dieses zu verteidigen bereit sind: Die „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände“ erwirkte nach der Veröffentlichung beim für die Bundeszentrale zuständigen Bundesinnenministerium ein Vertriebsverbot mit der Begründung, das Buch sei – man höre und staune – „nicht neutral“. Nach Protesten von Wissenschaftlern und Zivilgesellschaft darf die Bundeszentrale das Buch nun wieder vertreiben, allerdings mit einer Art Warnhinweis, dass es „nicht das gesamte Spektrum an Ansichten“ darstelle. Zurstrassen betrachtet die Bestrebungen an Universitäten und Schulen mit Sorge, weil das Modell des „Homo oeconomicus“ als eine Verhaltensnorm definiert wird, deren didaktische Konzeption deutlich hinter den Forschungs- und Diskussionsstand der Wirtschaftswissenschaften zurückfalle.

Auf den „Nachdenkseiten“ vom 27. Oktober 2015 ist zu lesen, der Kampf um die Indoktrination unserer Kinder mit neoliberalen Gedanken nehme an Fahrt auf: „Als ich vor vielen Jahren die Schulbank drückte, lernte ich dort sehr wohl die Grundzusammenhänge zwischen Konjunktur und Arbeitslosigkeit sowie Geldpolitik und Nachfrage. Sogar die Lehren des John Maynard Keynes kamen damals zur Sprache, und auch die wirtschaftsliberale Indoktrination kam nicht zu kurz. So ‚lernten‘ wir bereits damals anhand von ‚Börsenspielen‘, die von der lokalen Sparkasse im Unterricht veranstaltet wurden, dass steigende Löhne nicht gut für unser Aktienportfolio sind. Das Fach hieß jedoch nicht ‚Wirtschaft‘, sondern ‚Gemeinschaftskunde‘, und unser Lehrer verstand es damals sehr gut, die unterschiedlichen Perspektiven in der Debatte darzustellen, indem er die Interessen der Arbeitgeber mit den Interessen der Arbeitnehmer und denen der Gesellschaft und Politik zusammenhängend erklärte. Hätte das Schulfach damals ‚Wirtschaft‘ geheißen, wären diese Aspekte wohl herausgefallen. Genau das ist es dann auch, was die mächtigen Wirtschaftslobbyisten im Sinn haben.“

3. Erst fabulierten nur einige Wissenschaftler darüber, dass es keine Münzen und Scheine mehr brauche, weil das Bezahlen schließlich elektronisch schneller und billiger gehe. Dann sprangen mächtige Banker auf den Zug auf. Erst sollen die 500-Euro-Noten aus dem Verkehr gezogen werden, einen Tag später erfahren wir, Amerikas 100-Dollar-Scheine seien ein Auslaufmodell. Was da läuft, ist offensichtlich eine abgestimmte Kampagne der Geldmächtigen und ihrer Freunde in Wissenschaft und Politik. Allenthalben heißt es, dass Geldnoten vor allem Kriminellen nützten, weil sie damit anonym ihre illegalen Einnahmen erzielen und durch Erwerb legaler Güter reinwaschen könnten. Tatsächlich werde gar kein Kampf gegen Geldwäsche betrieben, monieren Experten schon seit Jahren: Banken wür-

den fast nirgendwo gezwungen, die Herkunft des Kundengeldes zu prüfen und es im Zweifel zurückzuweisen.

Völlig unbehelligt können darum Kleptokraten und Mafiosi aller Länder ihre illegalen Erlöse in den legalen Kapitalmarkt einschleusen, auch ganz ohne Bargeld und sogar am Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Der italienische Staatsanwalt und Mafiajäger Roberto Scarpinato beklagt, er würde sein Geld in Deutschland anlegen, wenn er Mafioso wäre. Doch treffe die **Bargeldabschaffung** die einfachen Bürger umso härter, weil sie fortan gezwungen wären, mit jedem Kauf eine endlose Datenspur zu erzeugen. Weit gefährlicher sei eine andere Konsequenz: Ohne die Möglichkeit, ihr Geld in bar abzuheben, wären alle Bürger auf Gedeih und Verderb einem instabilen Bankensystem ausgeliefert. Wenn privates Geld nur noch als Bankguthaben existierte, wäre das die Einladung, alle Krisenverluste per Negativzins, Gebührenwucher und notfalls Umwandlung in Aktienkapital auf die Kunden abzuwälzen.

Wenn die Verteidiger der bargeldlosen Gesellschaft das einzige staatlich garantierte Zahlungsmittel abschaffen wollen, ohne dafür Ersatz anzubieten, liegt der Verdacht nahe, dass in diesem Vorhaben das eigentliche Ziel der Kampagne liegt. Dabei wäre eine Alternative leicht zu schaffen, wenn jede(r) Bürger(in) ein Konto bei der Zentralbank haben dürfte. Diese könnte die individuelle Geldfreiheit auch elektronisch absichern. Ein(e) jede(r) könnte das staatlich garantierte Zahlungsmittel in beliebiger Höhe nutzen, ohne dabei von Banken Krisen bedroht zu sein. Nur so wäre der Übergang zu einem E-Cash-System mit den Grundrechten vereinbar.

Natürlich hätte auch das seine Tücken, aber es reicht doch wohl, dass zig Milliarden in marode Banken gepumpt werden, statt sie für Menschen auszugeben und den Sozialabbau gefälligst endlich zu stoppen! Ich will nicht dazu verdammt werden, den Banken auf Gedeih und Verderb ausgeliefert zu sein, für deren schiefgelaufene Spekulationen und Geschäfte bluten zu müssen. Mir macht es Angst zu erleben, was alles dem Kraken der Wirtschaft untergeordnet wird, sei es Bildung, Gesundheit, der Mensch als solcher, vom Standpunkt der ökonomischen Verwertbarkeit aus betrachtet und wie er – je nachdem – behandelt, gefördert oder eben auch benachteiligt, ausgeschlossen wird, so wie dies besonders Erwerbslose, Alte, Kranke und Flüchtlinge erfahren müssen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

559. Bremer Montagsdemo am 29. 02. 2016

Wo war Ihr Aufschrei bei der Einführung der staatlich ge- förderten Armut, Herr Gabriel?



1. Leider bringt nur ein sehr geringer Teil der Hartz-IV- Bezieher(innen) überhaupt den Mut und die Kraft auf, sich gegen die **Sanktionen** vonseiten der Jobcenter zu wehren. Nur ganze fünf Prozent trauen sich, einen Widerspruch gegen existenzbedrohende Sanktionen einzulegen, die ja immerhin das gesetzlich festgelegte Existenzminimum regelmäßig empfindlich kürzen, um 30 Prozent oder mehr. Die „Höhe“, besser: Tiefe des normalen Regelsatzes als eine Grundsicherung zu bezeichnen, die die Existenz

gewährleisten soll, kommt in meinen Augen ohnehin nur einem die realen Kosten leugnenden Euphemismus gleich.

Dazu werden diese Repressalien von den Jobcentern oft nicht nur wahllos, sondern teilweise bereits für kleinste Fehltritte der Betroffenen als Druckmittel ausgesprochen. Umso erschreckender ist es, dass sich nur sehr wenige Menschen diesen amtlichen Maßregelungen widersetzen. Der „Deutsche Schutzverband gegen Diskriminierung“ kritisiert, dass rund 40 Prozent der Hartz-IV-Sanktionen verhängt würden, ohne dass es überhaupt eine rechtliche Grundlage oder Rechtfertigung dafür gäbe.

Ich persönlich glaube nicht, dass der Grund, warum so viele „Fehler“ passieren, „nur“ in den sich ständig ändernden Ausführungsbestimmungen liegt, sondern gehe davon aus, dass Erwerbslose oft zur Abschreckung und Einschüchterung permanent und absichtlich sanktioniert werden, um Geld bei den Ärmsten der Armen einzusparen. Wer als Alleinstehende(r) von Hartz IV mit nur 404 Euro monatlich vegetieren muss, befindet sich notgedrungen in ständiger finanzieller Existenznot, und ein Einbehalt von 30 Prozent kommt einer Katastrophe gleich.

Der „Schutzverband“ lässt seit Jahren – für Betroffene kostenlos – Bescheide und Sanktionen prüfen. „Schutzverband“-Chef Uwe Hoffmann glaubt, dass sich nur deswegen so wenige gegen die Strafkürzungen des Leistungsträgers weh-

ren, weil sie befürchten, in der Folge noch mehr Ärger mit dem Jobcenter zu bekommen und aus diesem Grund resignieren. Seiner Meinung nach ließe sich die gesamte Sanktionspraxis nur ändern, wenn es mehr Widerstand gäbe. Er gibt zu bedenken, dass „unliebsame Hartz-IV-Kund(inn)en“ tatsächlich häufiger in Ruhe gelassen würden, da sich Jobcenter nicht noch mehr Verwaltungsaufwand auferlegen wollten.

Nicht nur Herr Hoffmann ist der Ansicht, dass Sanktionen den Druck auf die Menschen erhöhen sollen, irgendeinen Job als Billiglöhner(in) oder Leiharbeiter(in) anzunehmen und mit dieser vermeintlichen Chance auf eine „Rückkehr in das Berufsleben“ lediglich der Erhaltung des mehr als fragwürdigen Billiglohnsektors zu dienen, der den Betrieben die Gewinnspannen kräftig erhöht. Was sollte die Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze anderes sein, als eine Produktionsstätte für billige Arbeit?

2. Der Hartz-IV-Regelsatz ist viel zu niedrig bemessen, um die tatsächlichen Stromkosten decken zu können. Diese sind für einen Single-Haushalt im Bundesdurchschnitt um 27 Prozent höher als der von der Regierung vorgesehene Anteil für Wohn- und Haushaltsenergie im Regelbedarf der „Grundsicherung“. Das Vergleichsportal „Check 24“ hat ermittelt, dass Hartz-IV-Beziehende im Durchschnitt 108 Euro beziehungsweise 27 Prozent jährlich draufzahlen, die sie zusätzlich aus dem Regelbedarf bei anderen Posten einsparen müssen.

Die beschämend lachhafte und vollkommen unangemessen zu niedrige Anpassung des Hartz-IV-Eckregelsatzes zum 1. Januar 2016, die als Erhöhung fungieren sollte, konnte mit popeligen fünf Euro selbstredend keine große Verbesserung herbeiführen. Die minimale Anpassung habe das Defizit zwischen Grundsicherungsanteil und Stromkosten im Mittel nur um sieben Prozent senken können. Da die Strompreise bundesweit sehr variieren, ergeben sich auch für die Bundesländer verschiedene Defizite.

Die Differenz zwischen Hartz-IV-Regelsatzanteil und tatsächlichen Strompreisen ist mit fast 130 Euro beziehungsweise 32 Prozent Defizit in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen am größten. In Bremen beläuft sich die Unterdeckung auf knapp über 70 Euro oder 17,5 Prozent. In Berlin müssen Hartz-IV-Bezieher(innen) fast 23 Prozent für den Strom draufzahlen. Hier fehlen im Regelbedarf monatlich 7,73 Euro respektive 92,76 Euro jährlich.

3. Das Bundessozialgericht in Kassel urteilte am 24. Februar 2016 (Aktenzeichen B8 SO 11/14 R), dass Sozialhilfebeziehende Anspruch auf eine zusätzliche, vom Sozialamt gezahlte **Altenhilfe** erheben können, wenn sie im Rentenalter Kosten wegen „altersbedingter Schwierigkeiten“ haben. Dies gilt selbst dann, wenn im regulären Sozialhilfesatz der einzelne Bedarf bereits „berücksichtigt“ ist und ein solcher Bedarf auch bei jüngeren Menschen bestehen kann. Das Sozialamt müsse im jeweiligen Einzelfall prüfen, ob tatsächlich wegen „altersbedingter Schwierigkeiten“ eine Altenhilfe beansprucht werden könne.

Um „Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern“, können nach dem Gesetz alte, mittellose Menschen die sogenannte Altenhilfe erhalten. Hier werden besonders Besuche von Veranstaltungen oder Einrichtungen genannt, die der Geselligkeit oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen, damit ihnen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft erleichtert wird. Im konkreten Fall pochte der in Wiesbaden mit seiner Ehefrau und einem Enkel in häuslicher Gemeinschaft lebende Kläger darauf, mit der Altenhilfe solle auch die Verbindung mit „nahestehenden Personen“ ermöglicht werden.

Der 1940 geborene, schwerbehinderte Mann bezieht seit Juli 2007 vom Sozialamt die sogenannte Grundsicherung im Alter. Zusätzlich verlangte er eine Altenhilfe, die altersbedingte Aufwendungen abmildern sollte. Nach dem Gesetzeswortlaut sei alt zu sein die einzige Voraussetzung für den Erhalt der Altenhilfe. Hiermit solle auch die Einsamkeit von alten Menschen abgemildert werden. Der klagende Mann wollte mit dieser Hilfe das Grab seiner Eltern in Oberfranken und die dort lebende behinderte Nichte sowie seinen Bruder in Hagen besuchen und außerdem kultureller Veranstaltungen wahrnehmen.

Für die monatlich anfallenden Fahrtkosten für rund Tausend Kilometer wollte er zusätzlich zu seiner Grundsicherung im Alter weitere 200 Euro an Altenhilfe bekommen. Die Stadt Wiesbaden gewährte ihm jedoch nur knapp 150 Euro pro Jahr für Besuche bei seiner behinderten Nichte. Das Hessische Landessozialgericht fand den Anspruch auf Altenhilfe unbegründet, weil es sich hier nur um Leistungen handele, die nicht von der regulären Sozialhilfe umfasst seien und nur auf altersbedingte Aufwendungen zurückgingen. Grab- und Verwandtenbesuche seien aber Bedürfnisse, die auch jüngere Menschen haben könnten, und der Besuch kultureller Veranstaltungen sei ebenfalls vom Regelsatz „abgedeckt“.

Interessant, was angeblich alles aus einem derart mageren Regelsatz mit „Mondpreisen“ bezahlt werden können soll! Auch das Bundessozialgericht sah den Anspruch auf Altenhilfe für nicht gegeben an. Dafür könnten auch Bedarfe geltend gemacht werden, die schon bei Jüngeren bestehen und bereits im regulären Regelsatz „berücksichtigt“ wurden, um am Leben in der Gemeinschaft mehr teilzuhaben und nicht zu vereinsamen. Beim Kläger lägen jedoch gar keine „altersbedingten Schwierigkeiten“ vor, da er mit Ehefrau und Enkel zusammen lebe, in ein soziales Netz eingebunden sei und keine Isolation drohe.

4. Angesichts der Flüchtlingskrise sieht SPD-Chef Sigmar Gabriel den sozialen Frieden in Deutschland in Gefahr und fordert deshalb mehr Geld „für alle“. Bundeskanzlerin Merkel lehnt seine Forderung nach einem neuen „**Sozialpaket**“ für die deutsche Bevölkerung und damit die Abkehr vom strikten Sparkurs jedoch ab. Schließlich sei in der Koalition vereinbart worden, den ausgeglichenen Haushalt zu bewahren. Merkel trällerte, es gäbe eine Vielzahl von Projekten für die deutsche Bevölkerung, die noch gar nicht umgesetzt seien, zum Beispiel die geplante schrittweise Erhöhung der Ostrenten auf Westniveau.

Bei einer dieser Talkshows im deutschen Fernsehen, die ich mir nicht antue, sagte der Vizekanzler, dass Deutschland „ein neues Solidaritätsprojekt für unsere eigene Bevölkerung“ brauche. Angesichts von Milliardenausgaben für Flüchtlinge sei eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung zu befürchten. Gabriel ließ sich darüber aus, dass er immer häufiger den Satz „Für die macht ihr alles, für uns macht ihr nichts“ höre. Er meldete die Forderung an, neben den Kosten der Integration von Flüchtlingen mehr Geld für sozialen Wohnungsbau und mehr Kita-Plätze auszugeben und geringe Renten aufzustoßen.

Lebt der gute Mann im selben Land wie ich? Wieso „befürchtet“ er erst eine zunehmende soziale Spaltung? Sollte er allen Ernstes noch nicht das galoppierende gesellschaftliche Auseinanderdriften bemerkt haben? Dies geschah bitte genauso politisch gewollt, von SPD/Grünen persönlich kreiert und von CDU/CSU/FDP *volle Kanne* unterstützt, weit vor und völlig unabhängig von der Ankunft der Flüchtlinge, wie die jahrzehntelange Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus, die ausufernde Leiharbeit, die menschenverachtenden Hartz-Gesetze mit der gleichzeitigen Umwandlung von Vollzeit Arbeitsplätzen in mehrere 450-Euro-Jobs, von denen es sich ebenso wenig leben lässt wie vom um sich greifenden Dumpinglohn!

Die Armut in diesem reichen Deutschland greift um sich, immer mehr Menschen „leben“ auf der Straße und haben eine immer geringer werdende Rente (zu erwarten). Die Pseudo-Grundsicherung reicht leider nicht zum Leben! Wo, Herr Gabriel, war Ihr Aufschrei bei der Einführung der staatlich gewollten und geförderten Armut durch die Hartz-Gesetze? Wollen Sie mit der „Extraportion an Sozialem auch für Deutsche“ rechte Stimmen gar bedienen oder „nur“ abfangen? Wir brauchen keinen neuen „Soli“, sondern endlich wieder die Beteiligung der Wohlhabenden dieser Gesellschaft, weil zumindest früher auch mal der Satz galt, dass Eigentum auch verpflichtet! Nein, ich bin keine Sozialromantikerin, sondern stehe mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Das Volk sind wir“: Die Bremer Montagsdemo meint damit *alle Menschen*, die in diesem Land leben („*Spiegel-Online*“)

BSAG-Kontrolleure machen Hatz auf Flüchtlinge

Endlich erwachen die Menschen in Deutschland und erkennen, dass die Kanzlerin alles schönredet. Das hat sie freilich schon all die Jahre ihrer Regierungszeit gemacht: Immer waren die anderen schuld, nur nicht die CDU, wenn es Probleme gab. Zu lange wurde in Deutschland alles schöngeredet. Kritiker werden ab-

gestempelt als „links“, „rechts“ oder „gefährlich“, aber die Regierung betreibt weiter die Politik von Lobbys, eine Politik, die Reiche immer reicher macht, aber arme und kleine Leute unter Beobachtung und Einschüchterung des Jobcenters stellt.

Was hier jetzt passiert, sind Folgen dieser Politik. Die Leute sind unzufrieden mit den Menschenrechten in diesem Land, und weil sie aus ihrer Lebenserfahrung gelernt haben, dass es gefährlich ist, sich mit den Mächtigen in diesem Land anzulegen, haben sie Anschluss zu den Rechten gefunden, für die Ausländer an allem schuld sind. Aber ich sehe auch, dass viele Menschen da sind, die sich für arme Flüchtlinge einsetzen. Hier in Bremen habe ich zum Beispiel Stimmen gehört, die erreichen wollen, dass Flüchtlinge kein Ticket in bremischen Straßenbahn brauchen.

Umso mehr hat mich eine Szene empört, die sich am letzten Donnerstag in einer Straßenbahn der Linie 4 abgespielt hat. Eine große Gruppe von BSAG-Mitarbeitern hat die Fahrscheine von Flüchtlingen kontrolliert. Einige von ihnen hatten Tickets, wussten aber nicht, dass sie abgestempelt sein müssen. Die BSAG-Mitarbeiter haben sogleich ihre Personalien aufgenommen und den armen Menschen, die nicht einmal verstanden, worum es geht, Strafzettel in die Hand gedrückt. Einer der Flüchtlinge hat ihn gleich weggeschmissen. Diese Menschen beherrschen unsere Sprache nicht, sie sind neu in diesem Land und in dieser Stadt, sie können sich nicht wehren, aber die BSAG hat die Absicht, von jedem von ihnen 40 Euro (oder ist es jetzt noch mehr?) zu bekommen.

Dabei hatten sie doch Fahrkarten dabei! Man könnte ihnen zeigen, wie die Tickets abzustempeln sind, und die Fahrt wäre bezahlt. Die Gruppe von BSAG-Kontrolleuren ist in Kattenturm ausgestiegen, wo es die zentrale Flüchtlingsannahmestelle gibt, und wieder in Richtung Domsheide in die Straßenbahn eingestiegen. Auch ich bin eingestiegen, und wieder ereignete sich dieselbe Geschichte wie zuvor: Menschen, die nicht richtig verstehen, was von ihnen gefordert wird, werden Strafzettel in die Hand gedrückt. Das alles ist für mich etwas ganz anderes als Willkommenskultur!

Ich sehe hier andere Ziele: Wenn diese Menschen die Strafzettel nicht bezahlen – und das können nur wenige, weil sie auf der Reise zu uns alles ausgegeben haben, was sie besaßen, und hier sehr viel Notwendigeres zum Überleben brauchen –, dann werden sie als Straftäter eingestuft und aus Deutschland abgeschoben. Das passiert in Bremen unter einem Verkehrssenator der Grünen, die sich sonst eigentlich auch für Menschenrechte und Flüchtlinge einsetzen. Oder sind es wieder nur schöne Worte bei dieser Partei, wie immer? Die Preise für das Stadtticket für Menschen mit niedrigem Einkommen sind in den letzten vier Jahren um fast elf Euro gestiegen: 2011 hat es für Erwachsene 25 Euro gekostet, heute 35,90 Euro.

Diese Politik kann ich nicht als sozial ansehen, obwohl in Bremen die Sozialdemokraten und Grünen regieren. Die kleinen Leute werden als „kriminell“ eingestuft, wenn sie ohne Ticket mit der Straßenbahn fahren, aber jemand wie Fußballmanager Uli Hoeneß, der mehr als 20 Millionen Euro vor dem Staat versteckt hat,

ist wieder auf freiem Fuß und hat auch während seiner kurzen Haft keinen richtigen Freiheitsentzug bekommen. Ist das nicht Zweiklassenjustiz? Das ist doch klar, denn wer regiert in diesem Land: nicht Christliche, nicht Grüne, nicht Sozialdemokraten, aber jene Menschen, die viel Geld haben.

Valentina Schneider (parteilos)

„Wie kann es sein, dass Ausbildungsgeld und BAföG nicht das Existenzminimum erreichen?“

1. Die Personalräte der Jobcenter haben mit ihrer „Information zum Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des SGB II – Rechtsvereinfachung“ verdeutlicht, dass es sich *nicht* um eine solche handelt. Bereits aus diesen Details geht hervor, dass erneut vieles unstimmig und ungenau geplant ist. Zum Beispiel Seite 2 Mitte: „Es wird zu einer leichten Entlastung führen, dass Umzugsgenehmigungen künftig nur noch durch das aufnehmende Jobcenter und ohne Beteiligung des abgebenden Jobcenters erfolgen.“ Meine Anmerkung: Die Gründe für den Umzug muss das abgebende Jobcenter klären, weil die Wohnung noch nicht gefunden wurde. Aufwendungen für die Wohnungssuche ebenfalls. Weiteres unter Punkt 2.3.2.



Seite 2 unten: „Es stellt sich jedoch die Frage, warum nicht die jeweiligen Fachgesetze (SGB III und BAföG) in Bezug auf die Anspruchsvoraussetzungen und die Leistungshöhe geändert werden. Warum werden nicht die jeweiligen Fachbehörden mit der Leistungserbringung betraut, und wie kann es sein, dass Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld und Leistungen nach dem BAföG teilweise das Existenzminimum gemäß SGB II nicht erreichen?“ Meine Anmerkung: Da wiehert der Amtsschimmel. Die Personalräte haben eine berechtigte Frage gestellt und den Finger in die Wunde gelegt. Wenn bereits jetzt ersichtlich ist, dass Ausbildung unter bestimmten „Sternzeichen“ nicht unterstützt wird, sollte diese Anregung der Personalräte umgesetzt werden!

Seite 3: „Besonders interessant ist die Angabe zur Reduzierung des Erfüllungsaufwandes der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Höhe von rund 39 Millionen Euro jährlich. Zum einen entspricht dies nämlich nur circa 0,86 Prozent allein des Bundesanteils der Verwaltungskosten der 408 Jobcenter (die

zweite Tranche der für die Flüchtlinge noch zurückgehaltenen Haushaltsmittel ist dabei nicht einmal eingerechnet). Zum anderen entfallen in der Berechnung dieser 39 Millionen Euro jährlich rund 38 Millionen auf die Verlängerung des Regelbewilligungsabschnittes auf zwölf Monate. Dieser Effekt kann sich jedoch gar nicht einstellen, da zumindest in den 303 gemeinsamen Einrichtungen bereits seit 18. August 2014 in der Regel für zwölf Monate bewilligt wird.

Nach all dem müssen die Jobcenterpersonalräte konstatieren, dass es sich beim „Entwurf zu einem Neunten Gesetz zur Änderung des SGB II – Rechtsvereinfachung“ um keine Reform handelt, noch nicht einmal um ein Reförmchen und in der Summe auch nicht um Rechtsvereinfachungen. Wir haben es hier mit einem Nachbesserungsgesetz zu tun, nicht weniger aber auch nicht mehr. Dieser Gesetzesentwurf ist in keiner Weise geeignet, Personalressourcen freizusetzen, die dann in die aktive Arbeitsvermittlung umgeschichtet werden könnten. Auch die eingangs erwähnte häufige Belastung der Belegschaften über das gesundheitlich zuträgliche Maß hinaus wird durch diesen Gesetzesentwurf nicht beendet.

Der Gesetzesentwurf und insbesondere die Art und Weise, wie er von den politischen Entscheidungsträgern kommuniziert wird, ist für die Belegschaften der gemeinsamen Einrichtungen daher nicht nur enttäuschend, er ist ärgerlich und selbst eine weitere Belastung.“ Meine Anmerkung: Diese klare Aussage, zeigt die willkürlichen Argumente der Politik und den Gegensatz zu den Tatsachen. Es lohnt sich, auch den Rest zu lesen, gedanklich aber zu berücksichtigen, dass es sich um die Meinung der Personalräte handelt. Im Vordergrund steht der Arbeitsaufwand für die Durchführung.

„2.4.4. Änderung auf Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft – § 34b SGBII (Nr. 69)“: Damit können auch Kinder für die Rückzahlung der überzahlten Leistungen haftbar gemacht werden, Vollzug nach Volljährigkeit! Ein weiterer Skandal. Die **Sanktionen** werden *nicht* abgeschafft. Die schärferen Sanktionen für junge Erwachsene unter 25 Jahren sollen entfallen, gemäß „2.5.2. Einheitlicher Minderungsbetrag für jede Pflichtverletzung – § 31a SGB II (Nr.110)“. Egal, wie hoch die Kürzung ist: Jede Sanktion „untertunnelt“ das Existenzminimum! Auch bei dieser Neugestaltung behalten die Vorlagenbeschlüsse beim Bundesverfassungsgericht ihre Wirkung.

„2.5.4. Keine Minderung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung – § 31a SGB II (Nr.113/118)“. Gemeint ist die Minderung durch diese Sanktionen. Hier hat die öffentliche Meinung „mitgewirkt“. Untergegangen beziehungsweise nur kurz angemerkt ist die Bestrafung für „sozialwidriges Verhalten“. Dies wurde neu erdacht und kann bei böswilliger Auslegung als Dauerkürzung ausgestaltet werden! Ein Unding. Wer kann sich nur so etwas ausdenken? Die Ermittlungen eines „sozialwidrigen Verhaltens“ können auch zusätzlich zu einer Sanktion erfolgen. Insbesondere die akzeptierte Sanktion soll als Grundlage für weitere Kürzungen ausreichen. Daher die Sanktion nicht einfach hinnehmen!

Äußerungen des Arbeitgebers können mithilfe des Arbeitsgerichts geklärt werden. Für eine Kündigung ist die Drei-Wochen-Frist unbedingt einzuhalten. Al-

le anderen Klagen sind nicht an diese kurze Frist gebunden. Dies ist wichtig, weil das Jobcenter viel Zeit hat, um dies durchzusetzen. Sanktionskürzungen können nur durch die sofortige Hilfe des Sozialgerichts im Eilverfahren erreicht werden. Vorher den Widerspruch beim Jobcenter abgeben. Die Klage kann mithilfe der Rechtsantragsstelle am Sozialgericht eingereicht werden. Bitte bedenken, dass die Entscheidung ohne Verhandlung und ohne weitere Rückfrage erfolgen kann!

„Nimmt das Sozialgericht mich ernst?“ Ja. Es gibt wohl keinen Sozialrichter mehr, der die Behandlung im Jobcenter richtig findet. Sozialrichter nehmen Rücksicht auf „Neulinge“ und helfen ihnen. Vor einiger Zeit war ich bei einer Erörterung im Sozialgericht anwesend. Es ging um die Rückforderung von überzahlten Beträgen. Das Jobcenter hatte Fehler fast aller Art in den Bescheiden. Die Vertreterin des Jobcenters ist dem dringenden Anraten des Richters auf Klagerücknahme gefolgt. „Es ist wichtig, seine Rechte einzufordern“. Diese Worte von Renate Holst, Direktorin des Sozialgerichts in Bremen, anlässlich ihrer Verabschiedung in den Ruhestand, sind auch meine Meinung.

Die Frage lautete: „Was sagen Sie zu der kühnen These, dass Leistungsempfänger, die nicht selbstbewusst für ihre Rechte eintreten, vermutlich eher Nachteile in Kauf nehmen müssen?“ – Antwort von Frau Holst: „Das kann man so nicht generalisieren. Aber ich denke schon, dass es wichtig ist, sich zu kümmern, seine Rechte aktiv einzufordern und notfalls eben auch vor Gericht zu ziehen, wenn man der Meinung ist, dass einem Leistungen vorenthalten werden.“

Zurück zum Jobcenter. Die Stellungnahme der Personalräte geht von der Vorlage aus. Einige Positionen fehlen, eventuell wurden diese fallen gelassen. Beim Wunschkonzert „Was soll geändert werden?“ konnten die Personalräte sich nicht durchsetzen. So müssen die Mitarbeiter weiterhin Briefmarken und Druckseiten zählen, um die Bewerbungskostenabrechnung zu prüfen. Darüber vergehen bei jeder Vorlage gut zwei Drittel der Gesprächszeit mit dem Erwerbslosen. Druckerpatronen werden anerkannt, wenn der Kaufpreis anteilig, entsprechend den gedruckten Seiten der Bewerbungen, geltend gemacht wird.

Sehr umständlich! Bei der Einkommensteuererklärung ist dies einfacher. Nach diesem Urteil sind 8,50 Euro für eine Bewerbung mit Mappe angemessen. Ansonsten steht der Pauschalbetrag in den Lohnsteuerrichtlinien und wird jedes Jahr fortgeschrieben. Durch einen Anruf beim Finanzamt ist dies leicht zu ermitteln. Diese Umstellung auf ausreichende Pauschalen würde die Jobcenter fühlbar entlasten.

2. „Kontraste“ hat herausgefunden, „wie Dobrindt, Schäuble und Gabriel den deutschen Versicherungen ein Milliardengeschäft verschaffen“, siehe 558. Bremer Montagsdemonstration. Nun gab es eine „Abfuhr für Dobrindt“, wie der „Weser-Kurier“ schrieb. Obwohl alle Länderverkehrsminister die Neugründung einer „zentralen Bundesgesellschaft für Investitionen in die Autobahnen“ abgelehnt haben, warb Alexander Dobrindt erneut für dieses Milliardengeschäft zugunsten der Versicherungen. Einfach unverständlich!

Diese Schulden über die neue Rechtsform würden nicht die angebliche „Schwarze Null“ tangieren. Unten ist einiges über den „Tragfähigkeitsbericht“ zu lesen, sicher ein Abwehrargument für die berechtigten Forderungen nach mehr Geld für Schulen, Kindergärten und alle anderen Nebenkosten der Neubürger. Integration geht nur mit entsprechender finanzieller Beweglichkeit. Die „Schwarze Null“ ist leider schon längst eine „Blutige Null“! Angela Merkel hat nun gesagt, dass sie an ihrem Kurs festhält. Irgendwie komisch – wenn es nicht so menschenverachtend wäre! Spätestens mit dem „Asylpaket II“ wurde die „Willkommenskultur“ zur Verhinderung von Asyl. Schade! Die negativen Auswirkungen gehen aus der Ablehnung von „Pro Asyl“ hervor.

Zurück zur „Blutigen Null“. „Einsam an der Spitze“, titelte der „Weser-Kurier“: „Mit einem Rekordüberschuss von rund 19,4 Milliarden Euro sind der deutsche Staat, Länder, Gemeinden und Sozialkassen auch in Europa einsame Spitze.“ Gemeint sind die Zahlen für 2015. Die Unterlassungen, die sozialen Schulden wurden nicht berücksichtigt!

In der Sendung „Die Anstalt“ wurden mögliche Vorteile dieser Zuwanderung genannt, die Sinnlosigkeit und die Wirksamkeit von Grenzen, die Verteidigung von Besitzstand, außerdem weitere Lücken im Strafrecht bei sexueller Belästigung der Frau. Sehr sehenswert! Während ich dies sage, läuft auf der Balkanroute eine menschliche Tragödie! Die EU schaut untätig zu. Untätig? Nein. Die „sicheren Herkunftsländer“ werden vermehrt. Der Wille ist das Motiv. Gewollte Ignoranz führt das Zepter.

Den „Tragfähigkeitsbericht“, das Rechnen für den Bundesfinanzminister habe ich inzwischen gelesen. Die Erschütterung der Gesellschaft durch die Informatisierung unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ ist in diesem Bericht Nebensache. Wachstum ja – aber die negativen Auswirkungen durch den Wegfall von über 50 Prozent der Arbeitsplätze werden nicht abgebildet.

Seite 2, laufende Nummer 1.2: „Die öffentlichen Haushalte sind einem permanenten Anpassungsdruck an sich wandelnde Rahmenbedingungen unterworfen. Besondere Herausforderungen erwachsen unabweisbar aus der derzeitigen Flüchtlingsmigration. Aber auch andere Entwicklungen wie die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (Stichwort Industrie 4.0) haben erhebliche Implikationen für das Wachstumspotenzial und damit mittelbar für die fiskalische Tragfähigkeit in Deutschland.“

Seite 26: „Chancen für künftige Treiber des Wachstums der (Arbeits-)Produktivität werden aktuell mit Stichworten wie der ‚Digitalisierung‘ oder der Herausbildung einer ‚Industrie 4.0‘ charakterisiert.“ Seite 45: „Dazu werden Forschungsthemen bearbeitet, die von besonderer Relevanz für Gesellschaft und Wachstum sind, zum Beispiel Industrie 4.0.“

Aktuell aus der Zukunft: Der Einkaufswagen folgt seinem Benutzer, dem Kunden. Genauso sollen Roboter Menschen zum Arzt oder anderen Terminen begleiten. Roboter können Stadtführungen machen oder Gelände überwachen. Diese

Roboter werden etwas anders aussehen, aber viel Vorlaufzeit für die Umsetzung ist nicht mehr nötig.

Zurück nach Bremen: Die Hansestadt spart weiterhin, zum Beispiel bei der Pflege der Kinderspielplätze. Nun sind dort vielfach die Spielgeräte nicht mehr sicher. Trotzdem war im „Weser-Report“ zu lesen: „Kein Geld für Bremer Spielplätze“ Der Streichelzoo im „Wilden Westen“ wird eventuell aufgelöst. Über Jahre hinweg wurde kein Geld für die Sanierung ausgegeben. Nun ist keine weitere Verzögerung mehr möglich. Der „Wilde Westen“ wird um seinen Zoo kämpfen.

„Bremen hat das höchste Armutsrisiko“, meldet der „Weser-Kurier“, gemeint ist die größte **Armut** in Deutschland. Der Reichtumsbericht des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“ beschreibt die Einkommenssituation der Menschen. Für sie kommt in Bremen hinzu, dass ihr Umfeld ersichtlich „zerbröselte.“ Es fehlt der Freien Hansestadt an Geld. Gespart wird seit Jahren. Die beiden Kürzungen gegen Kinder stehen nicht allein. Es gibt zu wenig Geld für die Jugendfreizeitheime, die Jugendarbeit insgesamt wird gekürzt und gedeckelt. Auch in der Schule ist der Mangel allgegenwärtig!

Die Wohngeldstelle in Bremen hat jetzt die geänderten Rahmenbedingungen für das Wohngeld im Netz. Unter „§ 12 Wohngeldgesetz“ stehen die neuen Höchstbeträge für Miete und Belastung. Bremen hat die Mietstufe IV, Bremerhaven Mietstufe III. Es gibt auf dieser Seite aber keinen Hinweis auf die Wohngelderhöhung ab 1. Januar 2016. Ersichtlich ist, dass Personal fehlt: Zurzeit nicht besetzt ist die stellvertretende Abschnittsleitung für das Referat Wohngeld.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Glyphosat im Bier „erst schädlich bei Konsum von 1.000 Litern“

Das „Umweltinstitut München“ hat die 14 beliebtesten Biermarken Deutschlands auf Spuren von Glyphosat untersucht und ist bei jedem Produkt fündig geworden. Dieses Pflanzengift, das von Monsanto, Bayer und anderen Chemiemonopolen hergestellt wird, ist das seit Jahrzehnten weltweit am meisten eingesetzte „Unkrautvernichtungsmittel“. Die Weltgesundheitsorganisation WHO stuft Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Verschiedene Studien kritischer Wissen-

schaftler weisen nach, dass Glyphosat auch erbgutschädigend wirkt. Zudem wird durch Glyphosat die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren vermindert. Erst vor einigen Jahren wurde nachgewiesen, dass auch Bienenvölker durch die mit Pflanzengiften kontaminierten Pollen gefährdet sind.



Die gemessenen Werte lagen im Extremfall fast 300-fach über dem gesetzlichen Grenzwert für Trinkwasser von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Trotz dieser Gesundheitsgefährdung stimmten am 25. Februar 446 Abgeordnete des Deutschen Bundestags dagegen, das Herbizid Glyphosat zu verbieten. Die EU-Kommission will es Anfang März für weitere 15 Jahre zulassen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung erweist sich als getreuer Dienstleister der Konzerne, wenn es die weitere Zulassung von Glyphosat befürwortet.

In der „Pflanzenschutzmittelkommission“ dieses Instituts sitzen Mitarbeiter von Bayer und BASF. Die „Süddeutsche Zeitung“ deckte auf, dass sich dieses dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zugeordnete Institut dabei vorwiegend auf manipulierte Untersuchungen der Hersteller beruft.

Monsanto und die anderen Hersteller von glyphosathaltigen Produkten machen mit diesen Produkten riesige Milliardenprofite. Kritische Forscher wurden vielfach diskreditiert oder auf andere Weise mundtot gemacht. Wenn jetzt behauptet wird, seit dem Einsatz von Glyphosat als „Unkrautvernichtungsmittel“ sei noch niemand zu Schaden gekommen, so ist das reine Augenwischerei. Die Zunahme von Krebs, Allergien und anderen Krankheiten kann auf die Zunahme solcher Gifte in der Nahrungskette zurückgeführt werden. In der Argumentation der Behörden wird die Gefahr der Umweltgifte systematisch heruntergespielt. In diesem Fall wird jede Gefahr ausgeschlossen, schließlich müsse man täglich 1.000 Liter Bier trinken, um Schaden zu erleiden.

Matthias Liess vom Leipziger „Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung“ verstieg sich zu der Aussage: „Glyphosat wirkt im Wesentlichen als Pflanzenvernichtungsmittel, und wir sind ja keine Pflanzen“ – was für eine zynische *Verarschung!* Glyphosat kann man nicht für sich allein betrachten, denn in der Natur stehen die Organismen und Ökosysteme in enger Wechselbeziehung zueinander und können nur so funktionieren. Die vielfältige Umweltvergiftung von Flora, Fauna, Wasser und Luft wirkt zusammen und potenziert sich. Mit der Befürwortung der Pestizide verfolgen die Behörden auch das Ziel, das Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU nicht scheitern zu lassen, denn der Einsatz von Pflanzengiften ist ein lukrativer Bestandteil des Abkommens.

Die weltweiten Proteste gegen TTIP sind deshalb eine richtige Antwort. Notwendig ist aktiver Widerstand gegen die massenhafte Vergiftung von Nahrungsmitteln und Menschen. Wir brauchen viel strengere Kontrollen aller Lebensmittel und die Pflicht zur Kennzeichnung ihrer Herkunft, Inhaltsstoffe und Produkti-

onsbedingungen. Wir brauchen einen verstärkten Schutz vor der Vergiftung des Trinkwassers, gesunde Nahrung und eine Landwirtschaft mit umweltschonenden Anbaumethoden und einer artgerechten Tierhaltung. Unterstützt das **Veto gegen die Glyphosat-Wiedezulassung**: Absender eintragen, unterschreiben und an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft schicken! Die nächste **Großdemonstration gegen TTIP** ist am **23. April 2016** in **Hannover** anlässlich des Besuchs von US-Präsident Obama.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Heuchlerische Empörung über 0,6 Gramm „Hitler-Droge“: Wann haben die Grünen je etwas gegen die Kriminalisierung von Suchtkrankheiten unternommen? (*„Spiegel-Online“*)

Durchgeknallt ohne Drogen: Bremer Polizist schießt 17-jähriger Party-Gastgeberin drei Kugeln in die Brust (*„Spiegel-Online“*)

AfD-Durchmarsch in Hessen: „Wie kommt unser Land damit klar, wenn keiner mehr wählen geht?“ (*„Spiegel-Online“*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

560. Bremer Montagsdemo

am 07. 03. 2016

Arbeitgeberpräsident will nicht Flüchtlinge, aber Langzeiterwerbslose vom Mindestlohn ausnehmen



1. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer, der selbst ein Schiffsbauunternehmen in Bremerhaven leitet, spricht über **Flüchtlinge** am Arbeitsmarkt und ein mögliches Wirtschaftswunder und glaubt, dass Integration nur über den Arbeitsmarkt gelingen könne. Sich in gesellschaftliches, soziales Leben zu integrieren, daran teilzuhaben, setze voraus, das eigene Leben selbstverantwortlich gestalten zu können, also durch Arbeit und Einkommen, nicht durch Mildtätigkeit des Staates. Diese Aussage entnehme ich,

dass sich der 63-Jährige ganz neoliberal für einen Wechsel vom Welfare- zum Workfare-Staat stark macht.

Er spricht davon, dass wir in 15 Jahren gut sechs Millionen Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter haben werden. Wenn wir auf dem derzeitigen volkswirtschaftlichen Leistungsniveau bleiben wollten, müsse diese Lücke geschlossen werden. Leider könne diese Kluft nicht allein durch eine gesteigerte Beschäftigung von Frauen und weniger Jugendliche, die ohne Ausbildung ins Erwachsenenleben starten, geschlossen werden, sondern nur durch Zuwanderung. 50 Prozent der zu uns kommenden Flüchtlinge seien mit unter 25 Jahren in einem Alter, in dem es möglich sei, sie in die Ausbildungssysteme zu integrieren. Die Jüngeren zwischen 15 und 20 Jahren seien sehr motiviert und engagiert, wollten Deutsch lernen, eine Ausbildung machen oder ihre Schulausbildung beenden.

Bei der jüngsten „Armutskonferenz“ in Bremen wurde kritisiert, dass nur jeder vierte Betrieb im Stadtstaat überhaupt ausbildet, die große Mehrheit also nicht, was die Frage nach der Glaubhaftigkeit der Integrationsversprechen der Wirtschaft aufwerfe, wenn es schon bei der Ausbildung der Jugendlichen vor Ort haperte. Erstaunlicherweise funktioniere die Berufsausbildung aus Sicht des Arbeitgeberpräsidenten hingegen gut. Seiner Meinung nach bilde nämlich nicht jedes

Unternehmen aus, weil es zu klein sei. Leider endet die Online-Ausgabe dieses Interviews viel früher als die papierne vom 3. März 2016.

Dass Herr Kramer natürlich auch kein Freund des Mindestlohns ist, kommt beim Gespräch über ältere Arbeitnehmer zutage. Bei der Frage, wie denn die Perspektive für ältere Flüchtlinge aussehe, fordert er, diese Klientel dürfe generell als Zeitarbeitnehmende tätig werden. Er behauptet, Zeitarbeit sei den Arbeitsagenturen darin voraus, Arbeitsplatzsuchende und Arbeitskraftsuchende über größere Distanzen und Regionen hinweg zusammenzubringen. Deshalb sei Leiharbeit für Flüchtlinge ein wichtiges Instrument, viel schneller einen Arbeitsplatz zu finden.

Wenn ich den Vorschlag lese, ältere Flüchtlinge generell als Leiharbeiter einzusetzen, wird mir richtig schlecht. Ich kann mir schon ausmalen, dass und wie diese Forderung überhaupt in Zukunft ganz herzallerliebste für alle älteren Arbeitnehmer(innen) auf dem Arbeitsmarkt angewandt werden soll, und welch unglaublicher politischer Sprengstoff darin steckt, wenn sie derart zu Ende gedacht wird. Andererseits möchte der Arbeitgeberpräsident Flüchtlinge keinesfalls vom Mindestlohn ausnehmen und sie dadurch praktisch billiger machen als deutsche Arbeitnehmende, weil die deutsche Bevölkerung nicht gegen die ausländische ausgespielt werden dürfe.

Er begrüßt es hingegen, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten unterhalb des Mindestlohnes einstellen zu dürfen, was seiner Meinung nach noch zu wenig von den Arbeitgebern genutzt werde. Die Betroffenen dürfen offenbar sehr gern gegen andere, (noch) nicht erwerbslose Arbeitnehmer(innen) in Konkurrenz gesetzt werden. Kramer setzt aber noch einen drauf und möchte diese Ausgrenzung von einem ohnehin viel zu niedrigen Mindestlohn am besten noch auf ein Jahr verlängern, weil den Firmen damit mehr Zeit gegeben würde, Langzeitarbeitslose zu günstigeren Konditionen ins Unternehmen einzubinden.

Was ist das denn für ein schlechter Scherz, als ob er den Drehtüreffekt nicht sehen will, durch den natürlich logischerweise gar kein Langzeitarbeitsloser über ein halbes Jahr hinaus fest und mit dem Mindestlohn eingestellt würde! Den Flüchtlingen will er aber die gleiche „Gerechtigkeit“ andeihen lassen, denn sie wären wegen ihrer Deutschkurse ja ebenfalls länger als ein Jahr arbeitslos und dürften dann auch ebenso lange unter dem unglaublich kargen deutschen Mindestlohn eingestellt werden, am liebsten über ein Jahr lang. Ich freue mich darüber, dass die Flüchtlinge aufgenommen werden, wünsche ihnen bessere Lebensbedingungen und Hilfen zur Bewältigung ihrer Traumata. Doch wird in diesem Interview meine Befürchtung bestärkt, dass die Ankunft der Flüchtlinge dazu missbraucht wird, unseren Sozialstaat immer weiter abzubauen.

2. Zum Jahresbeginn 2016 hoben die meisten EU-Länder ihren **Mindestlohn** im Schnitt um fast fünf Prozent an. Deutschland erhöhte den erst vor gut einem Jahr eingeführten Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde dagegen nicht und liegt damit nun hinter allen westeuropäischen Staaten, in denen durchweg mehr als neun Euro Stundenlohn vorgesehen sind. In Luxemburg werden sogar 11,12 Euro ge-

zahlt. Im Nachbarland Frankreich liegt die Untergrenze bei 9,67 Euro, in den Niederlanden bei 9,36 Euro, in Irland bei 9,15 und in Belgien bei 9,10 Euro. In Großbritannien müssen umgerechnet mindestens 9,23 Euro gezahlt werden. Von den WSI-Tarifexperten wurde der deutsche Mindestlohn als zu niedrig kritisiert.

3. Auf eine kleine Anfrage der Grünen-Fraktion antwortete die Bundesregierung, die Zahl der Leiharbeitsfirmen in der Bundesrepublik sei auf mehr als 50.000 angestiegen. Ich finde: Jede Leiharbeiterfirma ist eine zu viel! Im vergangenen Jahr zählte die Bundesagentur für Arbeit 50.293 Leiharbeitsbetriebe, 2013 seien es noch 46.755 gewesen. Die Anzahl der dort Beschäftigten sei von 867.535 auf 961.162 geklettert. Damit nähert sich die Zahl der Leiharbeitenden erschreckenderweise schon der Millionenschwelle. Es gibt immer mehr Betriebe, die anderen Firmen Arbeitnehmer(innen) überliefern, doch die Gesetzespläne zur Verbesserung der Lage der Betroffenen liegen sinnigerweise weiter auf Eis.

Viele **Leiharbeitende** sind auch nur kurz beschäftigt. Im ersten Halbjahr 2015 seien 584.700 entsprechende Beschäftigungsverhältnisse beendet worden. Etwa 29 Prozent davon hätten weniger als einen Monat gedauert, lediglich 22 Prozent mindestens ein Jahr. Zuletzt hat Arbeitsministerin Andrea Nahles „witzigerweise“ einen Reformvorschlag präsentiert, damit Firmen Leiharbeit und Werkverträge nicht „missbrauchen“. Kann es denn andere als so genutzte Leiharbeit geben? Die CSU empörte sich, Nahles sei über das vereinbarte Ziel hinausgeschossen, dazu allen Ernstes zulasten der Wirtschaft. Praktischerweise lägen der Bundesregierung keine Informationen über Lohnunterschiede zwischen Leiharbeitenden und Stammbeschäftigten vor.

4. Der Bundestagsabgeordnete Matthias Birkwald („Die Linke“) bezeichnete das Zugeständnis von CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder an die SPD im lange währenden Streit um **Mindestrenten** für Geringverdienende als „schlechten Witz“. Kauder und seine CDU/CSU wollten nun doch über eine sogenannte Lebensleistungsrente diskutieren. Allerdings sollten Altersbezüge nur dann aufgestockt werden, wenn 40 Beitragsjahre nachgewiesen, dabei aber weniger als 30 Entgeltpunkte gesammelt werden konnten. Im Westen erhielten Rentner(innen) danach 877 Euro brutto (Rentenwert 29,21 Euro) und 781,66 Euro netto. Im Osten kämen Betroffene mit 812 Euro brutto (Rentenwert 27,05 Euro) und 724,30 Euro netto noch schlechter weg.

Wohlfahrtsverbände und Linkspartei beklagen schon seit Jahren Rentenkürzungen und wachsende Altersarmut. Deren Entwicklung beschleunigt hat 2012 die damalige CDU/CSU-FDP-Koalition mit der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Die Große Koalition habe deshalb auf Drängen der SPD 2013 eine „solidarische Lebensleistungsrente“ im Koalitionsvertrag vereinbart, allerdings habe sich die 2014 eingeführte „Rente mit 63“ als Mogelpackung entpuppt, weil es erstens nur die wenigsten schafften, bis zum 63. Geburtstag, 45

Jahre durchgehend einzuzahlen und zweitens auch hier das Einstiegsalter schrittweise angehoben werde.

Nun springen Sigmar Gabriel und Andrea Nahles Hand in Hand auf das sinkende Rentenschiffchen und geben vor, mit einem „Sozialpaket“ und einer „Mindestrente“ für bedürftige Deutsche die „Spaltung der Gesellschaft verhindern“ zu wollen, wobei sie in meinen Augen nur weiter „Schiffe versenken“ spielen. Schon heute können mittellose Rentner ihr Altersgeld auf die armselige Grundsicherung aufstocken, von der es sich nur vegetieren lässt. Birkwald spricht von einer „Almosenrente weit unter der Armutsschwelle“ von derzeit 987 Euro. Weil bereits heute ein Stundenlohn von 11,50 Euro nötig sei, um nach 45 Arbeitsjahren nicht zum Sozialamt gehen zu müssen, fordert er eine umgehende Anhebung des Mindestlohnes. Der Politiker verlangte, das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben, damit im Alter niemand von weniger als 1.050 Euro leben müsse.

5. Auch in diesem Jahr mahnt der **Frauentag am 8. März 2016**, was immer noch alles zu tun ist. Ich finde es ganz erbärmlich, dass Frauen am Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt werden. Aktuelle Erhebungen belegen, dass Deutschland, was den Lohnabstand zwischen Männern und Frauen angeht, unter den 28 Ländern der Europäischen Union den drittletzten Platz belegt. Frauen verdienen pro Stunde über 21 Prozent weniger als Männer. Nach der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Partei „Die Linke“ liegt dies vor allem daran, dass sie in den unteren Einkommensgruppen und in Branchen arbeiten, die für hohe Belastung und niedrige Entlohnung berüchtigt sind, zum Beispiel Gesundheitswesen, Einzelhandel, Erziehungs- und Sozialwesen.

Außerdem seien Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung weiterhin Hauptgründe für die geringen Aufstiegs- und Verdienstchancen von Frauen. Logischerweise ergibt sich aus ihrem niedrigen Einkommen ein hohes Armutsrisiko im Alter. Weil die Erziehungsleistung von (größtenteils) Frauen noch immer nicht angemessen finanziell gewürdigt wird, bedeuten Kinder eben nicht nur eine persönliche Bereicherung, sondern auch sowohl ein unmittelbares Armutsrisiko als auch eines im Ruhestand.

Es ist gut, dass heute mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen und eigenes Geld verdienen können, weil dies Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet. Doch von einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, wie sie das Grundgesetz fordert, sind wir ansonsten auch künftig noch immer meilenweit entfernt. Die Bundesregierung hat gerade im Pflegebereich, im Gesundheitswesen und in der Bildung Möglichkeiten, die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu verbessern, indem sie endlich die chronische Unterfinanzierung dieser gesellschaftlich wichtigen Bereiche beendet.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Provokante Aussagen sind unerlässlich“: „Sie sorgen für die notwendige Aufmerksamkeit“ („Kress News“)

Ein „schlüssiges Konzept“ muss zu anmietbarem Wohnraum führen

Am Dienstag dieser Woche war Frauentag. Wieder ist ein Jahr vergangen ohne wesentliche Verbesserungen für die Frauen. Die Bremer „Schaffer“ haben scheinbar noch immer Berührungsängste, die „Eiswette“ lässt Frauen gar nicht teilhaben. Was für verpasste Möglichkeiten! Frauen sind nun mal sehr gut – wenn man sie lässt!



Am **Donnerstag**, dem **10. März 2016**, tagen die **Deputationen für Soziales**, diesmal im „Martinsclub“ in Bremen-Nord, Martinsheide 8. Um **15 Uhr** beginnt die staatliche, im Anschluss ab circa 15:45 Uhr die städtische Deputationssitzung. Davor und zwischendurch wird es vor dem Gebäude etwas voller, zur Einstimmung auf die **Kosten der Unterkunft** und andere Dinge, die auf der Tagesordnung stehen. Dieses Datum ist auch **Aktionstag** unter dem Motto „**Auf Recht bestehen**“. Thema ist das **Sonderrecht** in den Jobcentern.

Bei der 554. Bremer Montagsdemonstration habe ich Anregungen zur Verbesserung der Haushaltslage gemacht und Details in den Beiträgen danach ergänzt. Es geht um viel Geld. Auf dem Deckblatt der „Sozialpolitischen Chronik“ von Jochen Steffen. steht der Spruch: „Über das Brot, das in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden!“ Treffender lässt sich die Aufforderung „Runter vom Sofa, wehr dich!“ wohl nicht formulieren.

Die neueste Statistik über die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Bedarfsgemeinschaften (früher: Familien) bezieht sich auf den Oktober 2015. Wie diese Statistiken generiert werden, steht auf der Seite zur 501. Bremer Montagsdemonstration. Die Antwort des Senats nennt Zahlen für den Oktober 2014. Die Unterdeckung beträgt demnach circa 330.000, im gleichen Monat des Folgejahres circa 300.000 Euro. Der weitere Leistungsverzicht ist bei der 558. Bremer Montagsdemonstration nachlesbar. Diese Unterdeckung zeigt, wie sehr die Mietrichtwerte daneben liegen und wie wenig von dem Ermessensspielraum der Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft genutzt wird.

Ich habe wieder alte Weisheiten gehört: „Die Mietrichtwerte dieser Verwaltungsanweisung sind bindend, darüber hinaus geht nichts!“ Dem stimme ich nur zu, wenn die Erde eine Scheibe ist, denn die Verwaltungsanweisung hat keine Gesetzeskraft. Sie ist eben nur eine Anweisung an die Verwaltung! Dies wurde

bereits vor Jahren vom Verwaltungsgericht Bremen klargestellt, allerdings etwas verwirrend formuliert.

Der Antrag der Fraktion „Die Linke“ wird auf der Deputationsitzung am Donnerstag behandelt. Der Senat schlägt der Deputation die Ablehnung dieses Antrags vor. Dies ist aufrufbar über die Tagesordnung der städtischen Deputation. Die Annahme dieses Antrags würde den Jobcentern und dem Sozialgericht viel Arbeit ersparen. Die Ablehnung bedeutet, dass jede(r) Betroffene Widerspruch einlegen und notfalls Klage führen muss, siehe der 558. Bremer Montagsdemonstration. Solche Klagen könnten erfolgreich sein.

Zum einen wurden die Mietrichtwerte nach Erhebungen schon im Jahr 2010, Ergänzungen 2013 und Indexfortschreibung festgesetzt. Wie wenig gerichtsfest diese Mietrichtwerte sind, ist in der Deputationsvorlage 134/13 vom 16. Oktober 2013 nachzulesen. Zum anderen sind nicht nur die Zahlen angreifbar. Der Wohnungsmarktsituation in Bremen ist bereits seit Längerem zusammengebrochen. Wie eng sich die Situation darstellt, steht in der Begründung zur Einführung der Mietpreisbremse in Bremen. Drittens zeigt die Begründung für die Wohngelderhöhung zum 1. Januar 2016, dass nachgeholt wird, was in den Vorjahren versäumt wurde. Nicht erst seit diesem Stichtag sind die Mietrichtwerte der Kosten der Unterkunft in Bremen zu niedrig. Falls notwendig, wird das Sozialgericht die Details prüfen, im Eilverfahren wie beim Beschluss anlässlich der Wohngelderhöhung zum 1. Januar 2009 überschlägig, im normalen Klageverfahren ausführlich.

So lautet nun der Vorschlag des Senats zur Ablehnung: „Nach ständiger Rechtsprechung der Sozialgerichte kommt eine Übernahme der Mieten in Höhe der Wohngeldwerte lediglich dann in Betracht, wenn lokale Erkenntnismöglichkeiten vollständig ausfallen. Im Falle eines solchen Erkenntnisausfalls zur Ermittlung der angemessenen Referenzmiete sind grundsätzlich die tatsächlichen Aufwendungen zu übernehmen. Diese werden wiederum durch die Tabellenwerte zu § 12 WoGG im Sinne einer Angemessenheitsobergrenze gedeckelt (ständige Rechtsprechung, vergleiche zuletzt Bundessozialgerichtsurteil vom 11. Dezember 2012, Aktenzeichen B4 AS 44/12 R, Randnummer 19). Da die Stadtgemeinde Bremen über ein solches schlüssiges Konzept verfügt, stellt sich die aktuelle Situation auch anders dar als noch bis 2014. Eine generelle Übernahme der Unterkunftskosten in Höhe der Tabellenwerte des Wohngeldgesetzes ist danach nicht möglich.“

Den Ausführungen kann ich zustimmen, nur hat Bremen kein schlüssiges Konzept, das einer gerichtlichen Überprüfung standhalten wird. In diesem Fall ist der § 12 WoGG heranzuziehen. Für die Zeit vor dem 1. Januar 2016 wurde bereits ein Sicherungszuschlag auf diese Tabellenwerte vorgenommen, der nun sicherlich geprüft und wahrscheinlich erhöht wird.

Im erwähnten Bundessozialgerichtsurteil lautet Randnummer 19 wie folgt: „Kommt das Landessozialgericht im wiedereröffneten Berufungsverfahren erneut zu dem Ergebnis, dass ein schlüssiges Konzept für den festgelegten Vergleichsraum nicht erarbeitet werden kann, sind grundsätzlich die tatsächlichen Aufwen-

dungen zu übernehmen. Diese werden dann für den hier streitigen Zeitraum wiederum durch die Tabellenwerte zu § 8 WoGG im Sinne einer Angemessenheitsobergrenze gedeckelt. Wegen der nur abstrakten, vom Einzelfall und den konkreten Umständen im Vergleichsraum losgelösten Begrenzung ist zur Bestimmung der angemessenen Nettokaltmiete zuzüglich der kalten Betriebskosten nach der Rechtsprechung des erkennenden Senats bei § 8 WoGG auf den jeweiligen Höchstbetrag der Tabelle, also die rechte Spalte, zurückzugreifen und ein ‚Sicherheitszuschlag‘ einzubeziehen.“

In der Randziffer 19 steht somit nicht, wie ein „schlüssiges Konzept“ aussieht, sondern was passiert, wenn kein solches vorliegt, also „Bremer Verhältnisse“ herrschen. Das „schlüssige Konzept“ muss zu erreichbarem, anmietbarem Wohnraum führen. Auch diese Feststellung zeigt, wie dringend die Anpassung der Mietrichtwerte ist. Macht euch ran! Denkt an das fehlende Brot in der Küche! Hartz IV und Erwerbslosigkeit ist in vielen Köpfen verständlicherweise weit weg. Derzeit droht das Aus für die Coca-Cola-Standorte in Bremen und Oldenburg, obwohl der Laden läuft und die Zielvorgaben erreicht werden. Die Betriebsverbundenheit ist gewachsen, doch in einigen Monaten droht Hartz IV.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Noch eine Anmerkung: Bei der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den Kosten der Unterkunft sind die Zahlen der Tabelle 2 höher als in der vom Senat herangezogenen Tabelle 4 (siehe vor). Gemäß Tabelle 2 beträgt die Unterdeckung circa 330.000 Euro! Aufgrund der vielen fragenden Gesichter: Die Erklärung des Unterschieds der „tatsächlichen Kosten“ zu den „anerkannten Kosten“ steht auf Seite 8, vorletzter Absatz: „Aus verschiedenen Gründen (Wohnfläche zu groß, Wohnung zu teuer) kann der SGB-II-Träger die volle Kostenübernahme ablehnen, wenn zum Beispiel die Kosten nicht angemessen sind. Der als angemessen erachtete Anteil wird als anerkannte Kosten bezeichnet.“

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Zukünftige Aktionen und Schwerpunkte der Montagsdemo, darunter
1. Mai, Sommerfest und die Frage, wie die Montagsdemo attraktiver wird,
wollen wir bei einem **Treffen im Seemansheim am 14. März 2016**
ab **19:15 Uhr** besprechen.

Reizgas gegen linke Gegendemonstranten: Polizei lässt 3.000 Neonazis ungehindert durchs Berliner Regierungsviertel marschieren („Focus“)

Volksverblödung wirkt: Wenn alle Medien die neoliberale Sparpolitik lobpreisen, können ja nur die Flüchtlinge schuld sein an der Arbeitslosigkeit (*„Neues Deutschland“*)

Die SPD macht den kleinen Leuten das Leben zur Hartz-IV-Hölle: Und dann wundert sie sich über den verdienten Wahlabsturz in Richtung zehn Prozent (*„Junge Welt“*)

„Die Linke“ kann schnell bedeutungslos werden: Wenn sie lediglich Kopie von SPD und Grünen sein will (*„Junge Welt“*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

561. Bremer Montagsdemo am 14. 03. 2016

Auch die AfD will Hartz-IV-Beziehende noch unter dem Mindestlohn zur Arbeit zwingen



1. Gestern fand in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt der „Super-Wahlsonntag“ statt. Mich interessierte in erster Linie, ob und mit wie vielen Stimmen die AfD in die Landesparlamente ziehen würde, und welche Konsequenzen sich in Form von Koalitionen daraus ergäben. Da will AfD-Chefin Frauke Petry das „Schrumpfen als deutsches Volk“ verhindern, indem Eltern drei Kinder bekommen, und dafür auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken sowie im Bildungsbereich „Anstrengungen unternehmen, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden“.

Die AfD will Frauen auf ihre Rolle als Mutter reduzieren, weil sie Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragte und staatliche „Propaganda für sexuelle Minderheiten“ rigoros ablehnt, hingegen eine Volksabstimmung zum Verbot von Abtreibungen befürwortet. Die AfD ist gegen einen gesetzlich festgelegten allgemeinen Mindestlohn, weil er prekäre Arbeitsplätze in ihrer Existenz gefährde. Weiterhin plant die AfD eine Steuerreform, die sich an das Modell von Paul Kirchhof anlehnt, nach dem alle den gleichen Einkommensteuersatz von circa 25 Prozent tragen sollen, egal ob einfache Krankenschwester oder schwerreicher Millionär.

AfD-Vizechef Alexander Gauland fordert, die Grenzen dichtzumachen und dann „die grausamen Bilder auszuhalten“, weil man sich nicht „von Kinderaugen erpressen lassen“ dürfe. Frauke Petry will notfalls auch unter Schusswaffengebrauch deutsche Grenzen gegen Flüchtlinge schützen. Die AfD in Sachsen-Anhalt verharmlost den Nationalsozialismus und seine Folgen. Sie möchte die „Lehrpläne überarbeiten“, im Schulunterricht weniger über die Nazizeit reden, weil eine „einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte den Blick auf Jahrhunderte“ verstelle, in denen eine „einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut“ worden sei.

Damit greift die AfD ein Schlüsselthema des rechtsintellektuellen Milieus auf, das Verhältnis zur deutschen Geschichte. Die AfD verlangt, dass Schulbücher, welche die Familie „relativieren“ und „gesellschaftlich kaum relevante Konstellationen überhöhen“, für den Gebrauch an öffentlichen Schulen nicht zugelassen werden sollen. Die Partei will Menschen Vorschriften machen, wie sie ihr Leben als Frau oder Mann zu leben haben, und spricht Menschen unterschiedlichen Geschlechts und sexueller Orientierung ihre Entfaltungsmöglichkeiten ab.

Die AfD in Baden-Württemberg möchte Hartz IV durch sogenannte Bürgerarbeit ersetzen, die etwa 30 Wochenstunden umfassen und mit 1.000 Euro monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden soll. Also sollen Hartz-IV-Beziehende noch unter dem Mindestlohn zur Arbeit gezwungen werden! Die AfD Rheinland-Pfalz fordert ein sofortiges Ende des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Die Partei hält nichts von Fortschritt, will die Energiewende aufhalten, an klimazerstörender Kohlekraft festhalten und zurück zur Atomenergie.

Ich bin noch immer sprachlos, wie sich solch eine brandgefährliche, menschenverachtende, mehr als nur erzkonservative, kapitalfreundliche Partei derart etablieren konnte, und wie dumm ihre Wähler sein müssen, die entweder tatsächlich keine Ahnung haben, was sie da wählen, oder es schlicht nicht wissen wollen, weil kompromisslose **Hetze** einfach zu schön ist. Dabei hätte es doch genügt, Augen und Ohren aufzuhalten, um die Absonderungen dieser brandgefährlichen Partei mitzubekommen!

2. Sabine Bösing schreibt in einem Aufsatz, dass Armut und psychische Erkrankungen ohne Zweifel in einem engen Zusammenhang stehen und sich gegenseitig bedingen können. So verschlimmert Einkommensarmut die psychische Situation der Betroffenen, was es ihnen wiederum erschwert, am Arbeitsmarkt oder im gesellschaftlichen Leben Fuß zu fassen. Egal, ob nun „arm und psychisch krank“ oder „psychisch krank und arm“: Die Betroffenen befinden sich in einem durch Exklusion in allen Lebensbereichen geprägten Kreislauf.

Auch wenn sich die Akzeptanz von psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft in den vergangenen Jahren verbessert hat, werden viele Betroffene weiterhin stigmatisiert. Erlebte **Ausgrenzung** führt oft zu sozialem Rückzug, Misstrauen und Scham, wodurch eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben kaum mehr stattfinden kann. Zunehmende Vereinsamung und eine Verstärkung der Krankheitssymptome sind die Folge. Es liegt nahe, dass seelische Erkrankungen durch schlechte sozioökonomische Bedingungen gefördert werden. Kinder von psychisch kranken Eltern seien laut Bösing zudem einem besonderen Risiko ausgesetzt, im Laufe ihres Lebens selbst eine psychische Erkrankung zu entwickeln.

Psychische Störungen sind mit vielfältigen Einschränkungen und Behinderungen im Bereich Bildung und Arbeit verbunden. Sie können je nach Diagnose, Entwicklungsstufe und Entstehungszeitraum variieren und reichen von frühzeitigem Schulabbruch, keiner oder abgebrochener Ausbildung, Arbeitslosigkeit, verminderter Arbeitsproduktivität und niedrigerem Einkommen bis hin zu Frühberren-

tung. Der Anteil psychischer Erkrankungen nimmt besonders im Arbeitsleben zu. 2014 entfielen knapp 17 Prozent aller Fehltage auf Depressionen, Angststörungen und andere psychische Leiden.

Der Erwerbsstatus hat auch umgekehrt erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Mich verwundert es nicht, dass die Morbiditätsrate bei arbeitslosen Menschen zwei- bis dreimal höher ist als bei Menschen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen. Allerdings ist es nicht „bloß“ die Armut, die psychisch krank machen kann. Meiner Meinung nach hat der oft menschenverachtende Umgang so vieler Mitarbeiter in den Jobcentern mit den Erwerbslosen in Form von permanenter Entwertung und Entwürdigung sowie existenziell höchst bedrohlichen Sanktionen einen riesengroßen Anteil daran!

3. Nach einer Studie des „Instituts Arbeit und Qualifikation“ der Universität Duisburg-Essen schaffen nur wenige Hartz-IV-Beziehende den Ausstieg aus den Transferleistungen und mithin einen langfristigen Einstieg ins reguläre Beschäftigungsverhältnis. Während Erwerbslose, die ALG I beziehen, vielfach den Wechsel ins Berufsleben schafften (zu 38,2 Prozent im Jahr 2007 und zu 44 Prozent 2015), fanden in den vergangenen Jahren nie mehr als 20 Prozent der Arbeitslosen, die ALG II erhalten, einen regulären Job: 2015 seien es nur 17 Prozent gewesen. 44 Prozent der Hartz-IV-Beziehenden wechselten in die „**Nichterwerbstätigkeit**“, wodurch sie praktischerweise nicht mehr als erreichbar für den ersten Arbeitsmarkt gelten, weil sie in Rente gehen, in die Elternzeit oder aufgrund chronischer Erkrankungen dauerhaft arbeitsunfähig sind.

Viele Hartz-IV-Beziehende beginnen eine Ausbildung oder stecken in einer Arbeitsförderungsmaßnahme. Seit 2009 sind das mit etwa 22 bis 24 Prozent durchgehend mehr als jene, die eine reguläre Beschäftigung aufnehmen. Leider bedeute ein neuer Arbeitsplatz sehr oft keine wirkliche Verbesserung, weil er in vielen Fällen nur befristet vergeben wird oder in Teilzeit mit einer geringen Entlohnung verbunden ist. Gar viel zu „überoft“ handelt es sich um Leiharbeit, so dass die Betroffenen von ihrer Arbeit nicht leben können und aufstocken müssen. „Die zunehmend befristeten Arbeitsverträge bieten von vornherein nur geringere Chancen, dauerhaft übernommen zu werden“.

Ich selbst bin eine von den wenigen, die das riesige Ausnahme-Glück hatten, von Hartz IV wegzukommen! Als alleinerziehende Endvierzigerin schaffte ich das nur mit dem Beistand eines findigen Begleiters aus der Montagsdemo zu den schwierigen Behördengängen. Ich erreichte so eine Umschulung, trug mit sehr guten Noten dazu bei und stehe nun seit sechs Jahren in einer unbefristeten Vollzeitstelle, der ich gerne nachgehe. Die meisten bekommen so eine Chance nicht und veröden bestenfalls in Leiharbeit für die Hälfte des Geldes der Stammelegschaft, ohne die Möglichkeit einer Zukunftsplanung, eines anständigen Gehaltes und der Zufriedenheit.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Unter dem Motto „**Umfairteilen statt Schuldenbremse**“ spricht Professor Mechthild Schrooten von der Hochschule Bremen mit Vertreter(inne)n von Verdi, GEW, DGB und dem Bündnis „Menschenrecht auf Wohnen“. Die **Podiumsdiskussion** beginnt am **Mittwoch**, dem **16. März 2016**, um **19 Uhr** im **DGB-Haus** am **Bahnhofplatz**.

Wir müssen die AfD auf Schritt und Tritt entlarven und bekämpfen!



1. Nach den **Landtagswahlen** am Sonntag sind viele Menschen entsetzt über das starke Abschneiden der AfD. Viele reden von „Rechtsruck“, so wird es auch in den bürgerlichen Massenmedien dargestellt. Ich will das aber in Frage stellen: Gibt es wirklich einen allgemeinen Rechtsruck in Deutschland? Wir dürfen die AfD natürlich nicht unterschätzen, denn sie ist eine widerwärtige, extrem reaktionäre, rassistische, faschistoide Partei. Ihre Wahlergebnisse – in

Baden-Württemberg 15,1, in Rheinland-Pfalz 12,6 und in Sachsen-Anhalt 24,2 Prozent – sind bestimmt nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, aber gleichzeitig ist es eine Abstrafung der Regierungsparteien CDU und SPD.

Die CDU verlor in Baden-Württemberg zwölf, in Rheinland-Pfalz 3,4 und in Sachsen-Anhalt 2,7 Prozentpunkte. Die SPD verlor in Baden-Württemberg 10,4 Punkte, jetzt hat sie noch 12,7 Prozent. In Rheinland-Pfalz erreichte sie einen minimalen Zugewinn von 0,5 Punkten, in Sachsen-Anhalt jedoch einen Verlust von 10,9 Punkten auf jetzt nur noch 10,6 Prozent. Bemerkenswert ist auch: Die „Wahlgewinner“ Kretschmann und Dreyer hatten sich beide für Merkels Flüchtlingspolitik ausgesprochen, die CDU-Politiker Wolf und Klöckner hingegen offen reaktionäre Hetze betrieben, indem sie sich für „Obergrenzen“ beziehungsweise die Schaffung eingezäunter Internierungslager einsetzten.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen diese reaktionäre nationalistische Politik, wobei Merkel völlig zu Unrecht als „menschenfreundlich“ dargestellt wird. Sie selbst und ihre Regierung haben einen Rechtsruck vollzogen, nicht aber die Massen! Die Mehrheit der AfD-Wählenden sind keine Faschist(inn)en, aber eben auch nicht „nur“ Protestwähler(innen). Die AfD ist keine „rechtspopulistische Partei“, wie immer behauptet wird. „Populistisch“ würde bedeuten, dem Volk „nach dem Munde“ zu reden; die AfD ist jedoch offen reaktionär und vertritt den rückschrittlichsten Teil der Gesellschaft, die Interessen bestimmter Monopole.

Die AfD wurde in den Massenmedien ständig hofiert, ihre Führungsspitze zu Talkshows eingeladen. Dass die AfD für die Abschaffung von Mindestlohn und

Arbeitslosenversicherung, die Abschaffung der Vermögen- und Erbschaftsteuer, das Verbot von Abtreibung ist und die Frauen „zurück an den Herd“ verbannen möchte, wird dabei tunlichst ausgeblendet. Die Monopole und Angela Merkel sind in der Zwickmühle: Sie wollen offene Grenzen für Kapital und Waren, aber Zäune und Gefängnisse für die Menschen! Wir müssen die AfD auf Schritt und Tritt entlarven und bekämpfen. Den Leuten, die auf sie hereingefallen sind, als sie gegen die Regierungspolitik protestieren wollten, müssen die Augen geöffnet und muss eine wirkliche Alternative gezeigt werden!

2. Die Bundesregierung plant eine massive **Hartz-IV-Verschärfung** unter dem Deckmantel der „Rechtsvereinfachung“. Am Freitag soll das Gesetz im Bundesrat behandelt werden. Worum geht es? Die bisher möglichen 230 Euro Hinzuverdienst bei Aufstocker(inne)n sollen wegfallen. Hohe Heizkosten sollen nicht mehr erstattet werden. Wer 63 oder älter ist und sich weigert, in Rente zu gehen, bekommt Hartz IV gestrichen, teilweise wird Rückzahlung angeordnet.

Außerdem gibt es noch mehr Sanktionen, obwohl schon bisher jede(r) Vierte mindestens einmal jährlich sanktioniert wird. Dadurch sollen Menschen in unzumutbare unterbezahlte Jobs gezwungen werden. Deshalb reicht es nicht, nur gegen die Verschärfungen auf die Straße zu gehen: Die Hartz-Gesetze müssen weg! Erhöhung von Arbeitslosengeld beziehungsweise Sozialgeld und unbegrenzte Zahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit!

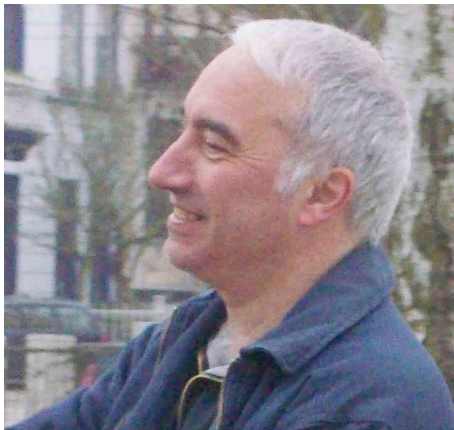
3. Fünf Jahre „nach Fukushima“ geht die **Reaktorkatastrophe**, der Super-GAU weiter. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, sie sei Folge des Tsunamis, denn die Kernschmelze begann schon vorher, weil nach Erdbeben totaler Stromausfall herrschte. Das kann sich jederzeit wiederholen! Bis jetzt gibt es über 10.000 Tote, die Gegend ist auf Jahrhunderte unbewohnbar, Krebsfälle häufen sich. Durch die radioaktive Verseuchung werden Hunderttausende oder Millionen Menschen krank werden und sterben, denn es ist eine Eigenart der Verstrahlung, dass sie meist erst langfristig wirkt. Nur ein kleiner Teil der Betroffenen stirbt sofort.

In Japan musste nun ein Meiler wieder abgeschaltet werden, weil nachweislich kein Schutz vor Tsunamis besteht. In Deutschland sind immer noch acht Kernkraftwerke am Netz. Die Verringerung ihrer Zahl ist ein Erfolg der Anti-Atomkraft-Bewegung. Tickende Zeitbomben sind aber auch die alten Schrottreaktoren in Belgien und Frankreich. Kernkraftwerke stilllegen, sofort, weltweit!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Die Linke“ muss ein „Bündnis gegen Neoliberalismus“ schmieden: Dürfen Montagsdemo, „Umweltgewerkschaft“ und MLPD dann weiterhin als Schmuddelkinder betrachtet werden? („Junge Welt“)

Fünf Jahre Fukushima, 30 Jahre Tschernobyl – und es kann jeden Tag wieder geschehen!



So gut wie ausgeschlossen sei der Super-GAU, das sogenannte Restrisiko ein allenfalls theoretisches: So lautet seit Jahren das Credo von Energiekonzernen, Kraftwerkserbauern und vielen Politiker(inne)n. Seit das erste AKW vor rund 60 Jahren ans Netz ging, kam es zu drei großen Reaktorkatastrophen: in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima. Viele weitere Reaktoren standen knapp davor. Tschernobyl und Fukushima haben bewiesen, dass das Atomrisiko ein reales ist, nicht nur in sowjetischen Meilern, sondern auch in einem Hochtechnologieland wie Japan.

Die Katastrophen dauern bis heute an. In der Ukraine, in Teilen Russlands und Weißrusslands sind nach Schätzungen von den 860.000 Menschen, die am explodierten Kraftwerk gearbeitet haben, mindestens 125.000 gestorben und unzählige krank. Insgesamt 400.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen, mehr als acht Millionen Menschen leben weiterhin in kontaminierten Gebieten. 40 Prozent Europas wurden in gesundheitsgefährdendem Ausmaß kontaminiert.

Über 200.000 Einwohner(innen) wurden aus der Roten Zone um Fukushima evakuiert. Viele leben nach fünf Jahren noch in Notunterkünften und provisorischen Containersiedlungen. In der Präfektur Fukushima nimmt die Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle ständig zu. Erste Arbeiter, die an den Aufräumarbeiten beteiligt waren, sind an Krebs erkrankt oder an Leukämie gestorben. Nur der Wind mit Richtung auf das Meer verhinderte eine großflächige Kontamination großer Teile Japans, führte aber zur größten je gemessenen radioaktiven Verseuchung der Weltmeere.

Durch den Druck der Bevölkerung mit vielfältigen Aktionen legten einige Länder Atomprojekte auf Eis oder erklärten nun doch, auf den Einstieg in die Atomkraft zu verzichten. In Deutschland kam es zu den bisher größten Anti-Atom-Protesten der Geschichte. Die schwarz-gelbe Bundesregierung musste die zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke wieder zurückziehen und entzog den acht ältesten Meilern die Betriebsgenehmigung – ein klarer Teilerfolg der Anti-Atom-Bewegung. Neun Atomkraftwerke in Deutschland laufen zum Teil jedoch noch bis 2022 – nach derzeitigem Stand, denn der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ ist keinesfalls ausgeschlossen.

So bleibt das Risiko eines Super-GAUs auch in Deutschland erhalten, und es sammelt sich nach wie vor Strahlenmüll an, für dessen Endlagerung bis heu-

te keine Lösung in Sicht ist. Sieben nukleare Forschungsreaktoren, die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau und die Brennelementfabrik im niedersächsischen Lingen sind ohnehin nicht im Ausstiegsplan enthalten. In Büchel in der Eifel lagern noch 20 US-Atombomben, jede mit einer Zerstörungskraft von mehr als zehn Hiroshima-Bomben.

Trotz breiter Ablehnung der japanischen Bevölkerung einer weiteren Nutzung von Kernkraftwerken schaltete der Betreiberkonzern Kansai Electric Power am 29. Januar 2016 den Reaktor Nummer drei im Atomkraftwerk Takahama mit Regierungsgenehmigung ein. Mit dieser Entscheidung setzen die Abe-Regierung und die Atomkonzerne wider besseres Wissen ihre von kapitalistischer Profitgier getriebene Politik fort – winken doch Konzernen wie Hitachi, Mitsubishi und Toshiba maximale Gewinne beim Bau von Kernkraftwerken in Litauen und der Türkei.

Weltweit sind aktuell 441 Atommeiler am Netz. Mit EU-Subventionen soll im britischen Hinkley Point ein neues Kraftwerk für 33,7 Milliarden Euro errichtet werden. Die atomare Bedrohung gefährdet die Existenzgrundlagen der Menschheit. Um die drohende globale Umweltkatastrophe international abzuwenden, brauchen wir eine auf gewerkschaftlichen Prinzipien organisierte Massenbewegung, die international einen breiten Widerstand mobilisiert und alle Menschen mitnimmt. Die „Umweltgewerkschaft“ tritt deshalb für eine Vereinigung von Umwelt- und Arbeiterbewegung ein; sie ist nicht einfach eine weitere Umweltorganisation – sie ist etwas Neues!

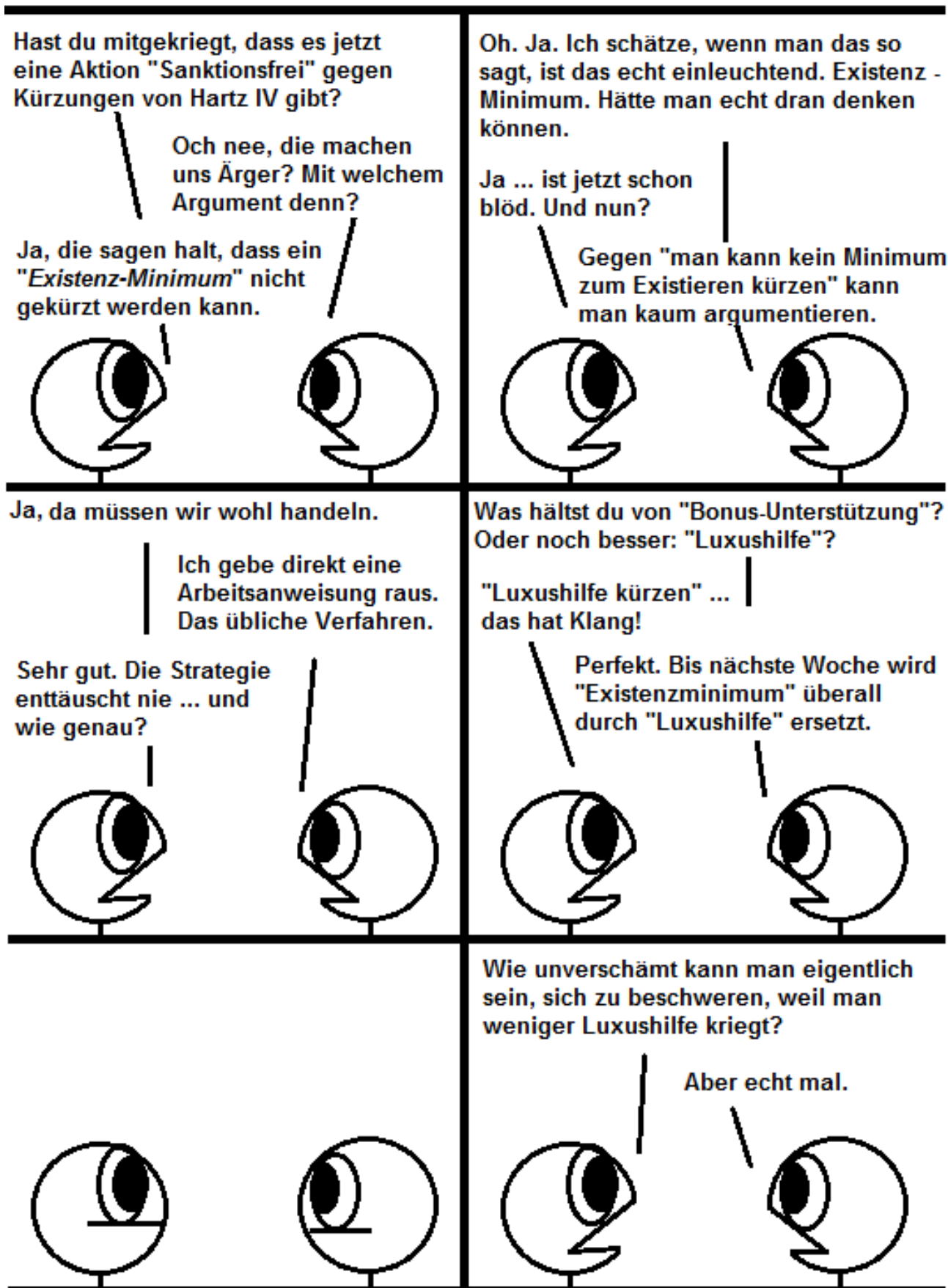
Stärkt diese Richtung und werdet Mitglied der „Umweltgewerkschaft“! Atomkonzerne und Regierungen setzen ihre skrupellose Atompolitik fort – unser Kampf ist deshalb noch lange nicht zu Ende! Gemeinsam die Erde vor dem Kollaps retten! Weltweite Stilllegung aller Atomanlagen! Rasche und vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie! Verbot aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen! Wir gedenken der Opfer von Tschernobyl, Fukushima und aller atomarer Katastrophen und Kriege, die heute und in Zukunft an Krebs und anderen Strahlenschäden erkranken und sterben.

Im Sommer 2016 findet in Berlin der Programmkongress der „Umweltgewerkschaft“ statt. Er stellt die Fortsetzung des Gründungskongresses dar und ist damit ein wesentlicher Höhepunkt für den weiteren Aufbau der „Umweltgewerkschaft“. Seit Anfang Januar und noch bis April diskutieren unsere Gruppen den Programmentwurf. Wir stellen ihn auch öffentlich vor und laden alle umweltbewussten Menschen ein, ihre Erfahrungen in die schöpferische Diskussion zur Verbesserung des Entwurfs einzubringen.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„Aufrechnung in Höhe von 30 Prozent mit der Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar!“. Genehmigen Richter bald auch die 30-Prozent-Abtreibung, etwa das Abzwicken der Beine?
(*Bundessozialgericht, 9. März 2016*)

Wenn "Sanktionsfrei" auf die übliche politische Art gelöst würde ...



erzaehlmirnix

Nadja Herrmann für „Sanktionsfrei“

„Und dann stirbste“: Pittiplatsch hat kein Glück mit der Wahl der falschen Blutgruppe („Spiegel-Online“)

„War die Dauer und Intensität Ihrer Bekanntschaft Anlass für das Zusammenziehen?“

Arbeitslosigkeit ist eine Begleiterscheinung der Herrschaft des Kapitals, eine Folge der Ausbeutung der Arbeitnehmenden. Es ist nicht die Schuld der Menschen, dass es in diesem reichen Land so schwer ist, eine Arbeit zu finden, um den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren, besonders für eine alleinstehende Frau. Ohne Hilfe, ohne Beziehungen ist das fast unmöglich geworden. Es ist nicht die Schuld der Arbeitslosen, sondern der Regierenden, die nichts gegen Arbeitslosigkeit unternehmen! Ihre Hartz-Gesetze haben die Arbeitslosigkeit nicht gemindert und stattdessen Terror gegen das eigene Volk provoziert.

Ich habe den Hartz-IV-Erfahrungsbericht von Charlotte Mourner „Exotische Schlangen und andere Fä(e)lle vor dem Sozialgericht“ gelesen. Es ist traurig, schrecklich und schmerzt geradezu, dass so etwas in einer Behörde passiert, die vom Bund geführt wird, doch wie es aussieht, interessiert das niemanden. Ich rate allen Rechtsschützer(inne)n, dieses Buch anzusehen! Die Autorin hat das Leben einer alleinstehenden Frau beschrieben, die arbeitet, aber von der Hilfe des Jobcenters abhängig ist. Es ist ein Leben unter grenzenloser Diktatur. Jeder neue Schritt im Leben muss erst genehmigt werden, zum Beispiel die Trennung vom Freund, der Umzug oder das Zusammenziehen.

Solche Fragen werden gestellt: „War der Dauer und Intensität der Bekanntschaft Anlass für das Zusammenziehen? Wo und wie lange haben Sie bisher gemeinsam zusammengelebt?“ Die Demütigung durch solche Fragen endet nicht. Beim Jobcenter gilt nicht die Regel, dass der Mensch unschuldig ist, solange seine Schuld nicht bewiesen ist. Stattdessen wird der Mensch von Anfang an als Betrüger angesehen, der versucht, Geld aus der Tasche des Sozialstaats zu ziehen. So behandeln die Sachbearbeiter(innen) die Menschen auch und merken nicht, dass sie dabei selbst Betrüger werden, indem sie vorsätzlich Fehler und Absagen machen.

Die Frau wehrt sich, zieht vor Gericht, und immer wieder bekommt sie recht. Gerichte und Anwälte werden von Steuergeldern bezahlt, „doch das scheint niemandem zu interessieren“, schreibt die Autorin. Warum werden diese Gelder nicht von den Schuldigen, also den Sachbearbeiter(innen) oder dem Jobcenter zurückgefordert? „Die Verfahren wären vermeidbar gewesen, wenn die Behörde einfach nur das Gesetz korrekt umgesetzt hätte. Seit Anfang 2011 war praktisch jeder

meiner Bescheide fehlerhaft und somit rechtswidrig. Ich habe die vielen Anträge, Widersprüche und Klagen nicht gezählt, die ich führen müsste, um meine Rechtsansprüche durchzusetzen. Das kostet Zeit – Lebenszeit“, schreibt die Autorin.

Die Geschichte dieser Frau ist kein Einzelfall. Es ist Routine in der Arbeit der Jobcenter, dass die Menschen gedemütigt, belogen und betrogen werden. Ich kenne das sehr gut aus eigener Erfahrung. Es hat auch bei mir im Jahr 2011 mit Fehlern seitens des Jobcenters angefangen. Ich konnte einfach nicht glauben, dass es so eine Menschenverachtung in einem Rechtsstaat gibt und dass die Sachbearbeiter(innen) absichtlich Menschen hetzen. Leider war das nicht nur bei mir und der Autorin des Buches so.

Durch die Hartz-Gesetze ist ein Apparat entstanden, der nur mit einer Diktatur vergleichbar ist. Nicht jede(r) Arbeitslose hat die Kraft und die nötige Ausbildung, um sich gegen solch eine staatliche Behörde durchzusetzen. So werden die Menschen verletzt, traumatisiert und kriminalisiert. Wenn die Menschen als Kriminelle behandelt werden, können auch schnell Kriminelle aus ihnen werden, besonders junge Menschen. Die Hartz-Gesetze haben dazu beigetragen, dass die Stimmung in Deutschland so rau ist. Wenn Menschen unmenschlich behandelt werden, behandeln auch viele die anderen unmenschlich.

Valentina Schneider (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

562. Bremer Montagsdemo am 21. 03. 2016

Ein „Förderzentrum“ gegen die Sorgen, die das Jobcenter macht?



Letzte Woche stand im „Weser-Kurier“ ein ausführlicher Artikel über die fünf neuen „Förderzentren“, die Arbeitslose mit einem Programm und individueller Begleitung gegen Stress und Frustration unterstützen sollen. Es gehe darum, arbeitslose Bremer(innen) zu „aktivieren“, sie aus der Isolation zu holen und sie dabei gut kennenzulernen, um ansetzen zu können, wo etwas verändert werden könne. Dort sollen genau jene langzeitarbeitslose Frauen und Männer über 25 Jahren unterstützt werden, die

es bei der Arbeitssuche besonders schwer hätten. Dazu würden sie vom Jobcenter ans „Förderzentrum“ überwiesen und nähmen dort sechs bis neun Monate lang fünf Tage pro Woche Vollzeit an einem Programm teil.

Es solle sich nicht damit begnügt werden, Bewerbungsunterlagen zu optimieren, sondern gelte, die ganze Lebenssituation in den Blick zu nehmen, da es oft mehr an grundsätzlicher Stelle haken würde als am Layout des Lebenslaufes, wenn sich Menschen immer wieder vergeblich bewürben. Unter den Förderungswürdigen befänden sich viele, die bei einem Job oder einer Maßnahme die ersten drei Monate nicht überstünden und dann erneut arbeitslos seien. Die individuellen Ursachen dafür seien für die überlasteten Jobmitarbeiter oft nicht leicht zu durchschauen. Bei der Betreuung von 300 Erwerbslosen müssten sie oft „im Dunkeln tappen“ und wüssten oft nur, dass es bei jemandem „irgendwo klemmt“, nicht jedoch an welcher Stelle.

Alleinerziehend oder durch Familienarbeit lange aus dem Beruf heraus zu sein, Neurodermitis, Rückenschmerzen und andere überhaupt gesundheitliche Probleme seien solche Gründe. Dazu seien viele Teilnehmende von ihrer Situation derart gestresst, dass sie durch den Druck der Probleme und ihre Sorgen manchmal nicht mehr klar denken könnten. Auch psychische Erkrankungen wie durch Arbeitslosigkeit verstärkte oder ausgelöste Depressionen, Verschuldung oder Spielsucht spielten eine Rolle. Bei vielen sei auch das Selbstwertgefühl sehr gedrosselt. Woher das wohl kommt? Schließlich polarisieren die menschenver-

achtenden Hartz-Gesetze ihre Opfer in Resignierte, sich verschämt Verkriechende oder in Empörte, Wütende, die sich wehren und sich ihr Recht beziehungsweise was davon noch übrig ist.

Hier soll uns jedoch glauben gemacht werden, dass die vorherrschende positive Stimmung mit dem Ziel einer vertrauensvollen Atmosphäre im „Förderzentrum“ zu einem Austausch über alle Probleme verhülfe. Aber lässt sich denn mit solchen Menschen, die mir als Sanktion die Existenzgrundlage unter den Füßen wegziehen können, überhaupt eine vertrauensvolle Atmosphäre schaffen? Das erscheint doch wohl eher nur wie ein trauriger Witz! Die Mitarbeitenden der „Förderzentren“ begleiteten die Teilnehmenden zum Vorstellungsgespräch, zum Arzt. Dazu sind Erwerbslose sicher nicht mehr in der Lage! So können die Treusorgenden alle Intimitäten, erhellend aus dem Dunkel führend, life aus erster Hand erfahren.

Sie machten „auch Hausbesuche, um bei den Leuten zu Hause zu schauen, was da eigentlich los ist,“ aber gar niemals nie und nimmer nicht etwa als drohende Kontrollinstanz, sondern nur um zu helfen. Mir stieß bei jeder Zeile, die ich las, immer mehr die in meinen Augen geradezu abartig verdrehte Schilderung der Situation von Erwerbslosen und der sich herzallerliebste entzückend selbstlos aufopfernd um die zu „Kunden“ euphemisierten Klienten rührend kümmernden Jobcenter auf. Ich selbst habe die Mitarbeiter(innen) der Jobcenter entweder selbst oder durch Erfahrungsberichte anderer meistens als – nett ausgedrückt – alles andere als hilfreich kennen gelernt, nämlich als bevormundend, behindernd, niedermachend, entwertend, die Unwahrheit erzählend. Ich habe gehört und erlebt, dass nicht Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft wurde, sondern der oder die Erwerbslose persönlich.

Ach Gottchen, die Mitarbeitenden tappen hier im Dunkeln? Wer macht denn die Erwerbslosen systematisch kaputt, setzt sie unter Druck, versucht sie in sinnlos Maßnahmen zu zwingen, erniedrigt sie beständig, so dass ihr Selbstwertgefühl erheblichen Schaden nehmen kann? Eine solche sinnlose Maßnahme, die meiner Meinung nach meist nur dazu dient, Erwerbslose zu schikanieren und sie für diese Zeit aus der Arbeitslosenstatistik streichen zu dürfen, musste ich glücklicherweise nie über mich ergehen lassen. Doch wurde mir eine Fülle persönlicher Erlebnisberichte zugetragen, die mich das Gruseln lehren können. Auch wurde mir berichtet, dass viele Erwerbslose, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren, in Maßnahmen gestopft wurden, an deren hehren Zielen sie sich gar nicht beteiligen konnten, sodass ermüdend sinnfrei Löcher in die Luft gestarrt wurden, damit die Zeit endlich vergehen möge.

Mich stört auch ganz erheblich, dass Erwerbslose ständig persönlich für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden, als gäbe es keine Massenerwerbslosigkeit und als seien bei den vielen Beschäftigten, die heute einen „Job“ ausfüllen, Menschen mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz gemeint, von dem es sich allein und mit Familie auskömmlich leben ließe. Wer dieses Programm überstanden hat, sechs bis neun Monate lang, fünf Tage pro Wo-

che Vollzeit, für den hat natürlich in der Zwischenzeit auch niemand einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz schaffen können. Wer hat denn einen gigantischen Niedriglohnsektor in Deutschland eingeführt und ausgebaut, die Arbeitslosen selbst etwa?

Mehr als ein Praktikum, ein Minijob, ein ehrenamtliches Engagement sei nicht realistisch. Gerne wüsste ich auch, ob noch jemand anderes als die interne Trägerfirma profitieren kann, in der die Probanden mitarbeiten dürfen oder müssen. Auf gar keinen Fall hätte ich als Erwerbslose Menschen dieser Behörde in meine Wohnung kommen lassen, damit die „mal schauen können, was dort eigentlich los ist“. Auf solch „individuelle Begleitung“ hätte ich in Zeiten der Arbeitslosigkeit dankend verzichtet und mich mit Händen und Füßen gegen solche Übergriffigkeit, Schnüffelei, Verletzung meiner Privatsphäre gewehrt!

Ich hätte mir nicht die Schranktüren öffnen lassen, um nach vermeintlicher Männerwäsche suchen zu können oder die Buchrücken meiner Regale zu taxieren, und die Fahndung nach einer potentiellen zweiten Zahnbürste im Badezimmer unterbunden. Schon mal etwas von der Unverletzlichkeit der Wohnung gehört? Doch wer nur diesen Artikel im „Weser-Kurier“ liest und keine Erwerbslosen in der Familie oder dem Freundeskreis hat, die Tacheles erzählen könnten, wird annehmen, dass sich um Erwerbslose vonseiten des Arbeitsamtes gut gekümmert wird und für Kritik gar kein Anlass bestehe. Der Schein trügt so manches Mal.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zum **Ostermarsch** am **Samstag**, dem **26. März 2016**, um **11 Uhr** ab **Hauptbahnhof** zum **Marktplatz**. Dort findet um **12 Uhr** eine **Kundgebung** mit Linkspartei-MdB Sevim Dagdelen statt.

Funding-Schwelle erreicht: Mit 150.000 Euro „das ganze neoliberale System lahmlegen“ („Sanktionsfrei“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

563. Bremer Montagsdemo

am 04. 04. 2016

Mit vollem Einsatz werden die Leistungsempfänger geprüft, nicht die Steuervermeider

1. Das Geld wurde gefunden! Wo? Einfach mal „Panama Papers“ in die Suchmaschine eingeben. Die Größenordnung wird von Journalisten als „unvorstellbar“ bewertet, dabei geht es nur um das Wirken *einer* Kanzlei! Inzwischen gibt es Betroffene, die behaupten: „Ich habe gegen kein Gesetz verstoßen!“ Klar, glauben wir: Wer vorhat, alle Steuererklärungen wahrheitsgemäß auszufüllen, gibt die Anschaffungs- und Unterhaltskosten für eine „Briefkastenfirma“ aus. Oder? Natürlich nicht! Wer nichts verbergen will, kommt ohne Umwege zu seiner Steuerschuld.



In diesen Tagen wurde auch vermeldet, dass Steuerpflichtige mit besonderen Einkommen von den Finanzämtern in Deutschland nicht besonders geprüft würden. Diese Meldung habe ich gehört, aber im Netz nicht wiedergefunden. Es war eine detaillierte Auswertung der Steuerprüfungen in den einzelnen Bundesländern mit der Schlussfolgerung, es gebe zu wenige Steuerprüfungen! Deren Erfolg ist am zusätzlichen Steueraufkommen messbar und unbestritten. Wie hält es Bremen mit den Steuerprüfungen? Schlecht – für die Gesellschaft!

Das „Handelsblatt“ berichtet über Kritik der USA an den Steuerprüfungen der EU: „Finanzminister Jack Lew kritisiert, US-Konzerne würden unfair belastet, und fordert, Ermittlungen gegen Apple, Google und Konsorten zu überdenken“. Der Forderung kann ich mich anschließen, allerdings mit anderem Ziel: Die genannten Konzerne sollen endlich angemessene Steuern zahlen, wo der Gewinn erwirtschaftet wird! Allerdings sind dies nicht die einzigen Steuervermeider. Ikea spart circa eine Milliarde Euro pro Jahr allein in der EU. „Steuervermeidung à la Ikea: Zahlst du noch, oder trickst du schon?“, titelte der „Stern“. Es wird Zeit, dass Steuervermeidung als **Steuerbetrug** behandelt wird!

Bremen prüft die Steuern nur halbherzig. Mit vollem Einsatz werden die Leistungsempfänger geprüft. Bei der Wohngeldänderung zum 1. Januar 2016 sind noch mehr Datenabgleiche vorgeschrieben. Bereits 2013 teilte das Wohngeldamt Bremen mit: „Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, die neue Software sowie der Datenabgleich erfordern einen erheblichen Arbeitsaufwand. Die Mitarbeiter des Wohngeldreferates sind sehr bemüht, die Bearbeitungszeiten so kurz wie möglich zu halten. Wir bedanken uns sehr für Ihr Verständnis und Ihre Geduld!“ Genauso sieht es in den anderen Leistungsbereichen aus. Die Datenabgleiche sind vorgeschrieben.

Die Deutsche Rentenversicherung prüft alle Betriebe alle vier Jahre, immer im Anschluss und ohne Prüfungslücke: „Seit dem 1. Januar 1999 ist nach einer dreijährigen Übergangszeit die gesetzliche Aufgabe der Betriebsprüfungen von den Krankenkassen auf die Deutsche Rentenversicherung übergegangen. Seitdem sind ausschließlich die Rentenversicherungsträger für die Betriebsprüfungen zuständig und verpflichtet, jeden Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland alle vier Jahre zu prüfen.“ Wieso klappt dies im Steuerrecht nicht einmal für Großbetriebe? Ganz einfach: Es gibt für die Durchführung der Steuerprüfung keine verpflichtende gesetzliche Regelung!

2. Die CDU-Fraktion Bremen fragt den Senat nach dem Sozialleistungsbetrug, nicht nach dem Steuerbetrug. Die Antwort des Senats auf diese Anfrage wird hoffentlich das Ende der pauschalen Unterstellungen bringen. Dem Steuerbetrug wird bereits durch die Reduzierung der Steuerprüfer Vorschub geleistet. Die CDU hat seinerzeit die Ausbildung der Steuerprüfer in Bremen beendet. Die Planstellen der Steuerprüfer wurden teilweise anders besetzt. Finanzsenatorin Linnert von den Grünen hat damit aufgeräumt: Bremen bildet wieder Steuerprüfer aus, aber zu wenig. Auch das ist eine Folge der klammen Haushaltslage, ebenso dieser Aufruf zur Gegenwehr.

Die Verweigerung von Leistungen wird gerade von der Senatorin für Soziales immer wieder bestritten. Wer in Bremen die **Kosten der Unterkunft** nicht voll erstattet bekommt, kann sich erfolgreich wehren. Dies gilt auch für Wasser und Abwasser, jedoch nicht für Strom. Einfach auf der Seite zur 560. Bremer Montagsdemo nachlesen oder vorbeikommen oder zu einer Beratungsstelle gehen! Es lohnt sich. Über 300.000 Euro fehlen allein den Bremer Erwerbslosen jeden Monat und damit auch in der Kasse des Einzelhandels. Wer einen Eigenanteil zur Miete selbst trägt, dem ist sehr schnell die Gesamtsumme egal. Das Essen wird knapp, und die kleinste Zusatzbelastung öffnet die Falltür zur Verschuldung. Daher macht euch ran! Wir helfen euch, jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens „guter Stube“, dem Marktplatz!

Wer die Unterdeckung für seinen Wohnort erfahren möchte, kann die Statistik der Bundesagentur für Arbeit aufrufen. Der Aufruf wurde geändert, die Statistik selbst nicht. Zu finden ist sie auf der Website der Bundesagentur unter dem Menüpunkt „Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Leistungen, Einkom-

men, Bedarfe, Wohnkosten“ und trägt die Bezeichnung „Wohn- und Kostensituation – Kreise und Träger“. Auf der Registerseite „Statistik nach Regionen“ können regionale Auswertungen angewählt werden.

Mit den Kosten der Unterkunft kennt sich der Verein „so:leb – Sozialer Lebensbund“ aus. Wir haben damals die Berichte der Firma „Gewos“ geprüft und jeweils die Unstimmigkeiten aufgezeigt. Zusammen mit anderen Aktiven haben wir unser Thema in die Sozialdeputationssitzungen getragen und die angedrohten 10.000 Kostensenkungs- und Umzugsaufforderungen verhindert! Der jetzigen Verwaltungsanweisung liegen Feststellungen der Firma „Analyse und Konzepte“ zugrunde. Sie sind wieder nicht gerichtsfest, wobei dies im Eilverfahren meist nur oberflächlich geprüft wird – anders im Verfahren S21 AS 1/09 ER.

Damals wurde schnell per Beschluss klargestellt, dass die Mietobergrenzen der Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft nicht nach einem schlüssigen Konzept ermittelt wurden und daher die Werte des Wohngeldgesetzes anzuwenden sind. Nun wird es eventuell dauern, bis eine entsprechende Entscheidung des Sozialgerichts Bremen vorliegt. Erst danach will die Senatorin für Soziales Abhilfe schaffen. Aktuell wartet sie auf ein neues Gutachten. Daher muss jede(r) Betroffene Klage einreichen. Mehr als 5.000 Klagende könnten es werden. Was für eine Verschwendung von Ressourcen! Was für ein Leid der Leistungsberechtigten!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Eine Rentnerin bekommt im Schnitt 57 Prozent weniger als ein Rentner

1. Hurra, gut 20 Millionen Renter(innen) können sich in diesem Jahr dank der guten Beschäftigung und gestiegener Einkommen ab Juli auf die stärkste Rentenerhöhung seit mehr als 20 Jahren freuen! Bundessozial- und -arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) sagte, die Rentnerinnen und Rentner profitierten damit unmittelbar von der „guten Lage“ auf dem Arbeitsmarkt, dem Wachstum der Wirtschaft und den steigenden Löhnen. „Gute Lage“ auf dem Arbeitsmarkt? Wurden wieder neue Gruppen Langzeiterwerbsloser nicht mitgezählt? „Höhere Löhne“? Wo? Sollte es tatsächlich einen Grund zum Jubeln geben?



Offenbar nicht wirklich, denn eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „TNS Infratest“ ergab, dass das Vertrauen in die Rente sinkt. Nur ein Drittel der Bevölkerung gehe demnach davon aus, dass die gesetzliche Rente irgendwann zum Leben reichen wird. Nicht nur nach Ansicht von Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, gebe es allerdings auch Gruppen, die „gar nichts davon haben“. Davon seien vor allem un-

glaublich viele alte Frauen betroffen, aber auch Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten. Letztere bekommen dann wegen Erwerbsunfähigkeit die sogenannte Grundsicherung.

Bei beiden Gruppen wird die Rentenanpassung auf diese – die Lebensgrundlage überhaupt nicht sichernde – Pseudogrundsicherung angerechnet, sie erhalten also keinen einzigen Cent mehr. Frau Mascher möchte, dass Freibeträge geschaffen werden, damit auch Bezieher(innen) von „Grundsicherung“ von Rentenanpassungen oder der Mütterrente profitieren könnten. Mascher bemängelt die Entscheidung, dass die Stabilität des Beitragssatzes das Entscheidende sei und nicht eine ausreichende Rentenleistung. So sei die Rentenanpassungsformel geändert worden, wodurch natürlich das Rentenniveau und die realen Zahlungen immer weiter absänken, was für die junge Generation selbstverständlich keine rosige Perspektive darstelle.

Mascher hält die Berufswahl für sehr wichtig, fragt sich aber, wie es kommt, dass es bestimmte Berufe wie die der Feuerwehrleute oder der Krankenpflegerin gibt, auf die wir zwar existenziell angewiesen seien, die aber nicht so gut bezahlt werden, wie sie bezahlt werden müssten, damit hinterher eine anständige Rente dabei herauskommen kann. Wohl nicht nur die VdK-Vorsitzende wünscht sich ein Rentensystem, das sicher ist. Das Umlagesystem sei ein durchaus intelligentes System, das sich auf aktuelle Gegebenheiten einstellen könnte. Die gesetzliche Rentenversicherung sei von den Finanzmarktkrisen und den „Blasen“, die da geplatzt seien, überhaupt nicht berührt worden. Weder wurden dabei große Vermögen vernichtet noch Kapitalanlagen zerstört. Hingegen sei eine private Vorsorge eine kapitalgedeckte Vorsorge, bei der jetzt viele die bittere Erfahrung gemacht hätten, dass sie nicht so viel bringt wie erhofft oder erwartet.

Die popelige Rentenerhöhung kann nicht über den eigentlichen Skandal hinwegtäuschen, dass Frauen noch nicht einmal halb so viel Rente bekommen wie Männer. Die bereits bestehende Gehaltslücke von etwa 24 Prozent, die Männer durchschnittlich mehr als Frauen verdienen, expandiert im Alter zu schreiender Ungerechtigkeit, zu einer riesigen Kluft, wenn eine Rentnerin in Deutschland im Schnitt 57 Prozent weniger bekommt als ein Rentner. Dies belegt ein WSI-Report. Selbst bei Arbeitnehmenden mit vergleichbarer Qualifikation, Karrierestufe und Arbeitszeit beträgt die Entgeltlücke laut Statistischem Bundesamt immer noch sie-

ben Prozent. Die volle Wucht der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zeigt sich jedoch erst nach dem Berufsleben, bei der Rente.

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Alterssicherung sind derartig groß, dass der Begriff Rentenlücke als eine Verharmlosung erscheint. Im Klartext müsse von einer großen Rentenkluft gesprochen werden. Elke Hanack, Vizevorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, erklärt, die Rente stelle einen Spiegel des Erwerbslebens dar. Dabei verlaufe das Erwerbsleben vieler Frauen deutlich anders als das vieler Männer. Die WSI-Forscher nennen eine Reihe von Faktoren, die für den „Gender Pension Gap“ verantwortlich sind, darunter die niedrige Erwerbsbeteiligung. Frauen sind also weit häufiger als Männer gar nicht berufstätig. Außerdem sind sie oft nicht in Vollzeit erwerbstätig. Frauen verdienen im Schnitt noch immer mehr als 20 Prozent weniger als Männer, haben häufigere und längere Erwerbsunterbrechungen, etwa durch Kinderbetreuung, und sind öfter in Minijobs ohne Rentenversicherung beschäftigt.

Ich finde, dass der „soziale Ausgleich“ im Rentenrecht überhaupt nicht die Arbeitsleistung der Frauen berücksichtigt, die zwar weniger Erwerbsarbeit leisten, aber zum Beispiel viele Stunden täglich unentgeltlich, noch vor und nach ihrem Halbzeitjob, die Kinderbetreuung und den Haushalt fast allein bewerkstelligen müssen. Die Altersrente bemisst sich offenkundig nicht nach der Lebensarbeitsleistung, sondern berücksichtigt lediglich größtenteils Erwerbsarbeit und richtet sich damit deutlich nach einem männlichen Lebenslauf als Norm. Die betriebliche Altersvorsorge vergrößert die Rentenkluft noch weiter. So erhalten überhaupt nur sechs Prozent der Frauen überhaupt Geld aus der Betriebsrente, während es bei den Männern immerhin 25 Prozent sind.

Bei Berücksichtigung der hohen Entgeltlücke wird die Rentenkluft zwischen den Geschlechtern voraussichtlich noch über Jahrzehnte hin groß bleiben und sich erst schließen, wenn Frauen und Männer gleich lange arbeiten und gleich viel verdienen. Die Forscher sehen, dass sich die Erwerbschancen für Frauen im Allgemeinen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern müssen. Zudem hätten die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente und die Verlagerung auf die betriebliche und private Altersvorsorge die Geschlechterkluft noch verstärkt. Ihrer Meinung nach sollte gesetzliche Rente daher wieder gestärkt werden.

2. Arbeitsministerin Andrea Nahles will allen Ernstes ihre Idee von Ende 2015 umsetzen und für 100.000 Flüchtlinge, deren Verfahren noch laufen, **Ein-Euro-Jobs** schaffen. Für das Jahr 2017 sollen bereits 300 Millionen Euro hierfür bereitgestellt werden. Wie viel für 2016 zur Verfügung gestellt werde, hänge davon ab, wie schnell mit der praktischen Umsetzung begonnen werden könne. Für mich hört es sich nach purem Aktionismus an, dass Frau Nahles ausgerechnet Ein-Euro-Jobs wieder neu auf den Markt wirft, obwohl diese doch überall eingestampft werden, da sie eben überhaupt gar nicht auf den ersten Arbeitsmarkt führen!

Sie wolle den Zustand des Wartens in Untätigkeit lindern, damit die Leute nicht dazu verdammt seien, noch weiter untätig dazusitzen. Weil Ein-Euro-Jobs

reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängen dürfen, werden wohl in der nächsten Zeit „auf Teufel komm raus“ einfachste und wahrscheinlich oft sinnfreie Tätigkeiten erfunden. Hauptsache, die Menschen werden irgendwie beschäftigt! Weil es sich nicht um kranke Menschen handelt, wird nicht von Beschäftigungstherapie gesprochen. Der Staat will Millionen Euro dafür verschleudern, Jobs zu schaffen, die jeder realen Grundlage entbehren und nicht durch Einnahmen refinanziert werden!

Natürlich ist davon auszugehen, dass sich die Flüchtlinge nach einer gewissen Zeit des Papierfliegerbastelns, Unkraut-zwischen-Gehwegplatten-Rausrupfens oder Waldfegens idiotisch vorkommen, weil sie in Deutschland ja nicht in buddhistische Erleuchtung durch Meditieren, Beten und Harken eingeweiht werden wollen. Das ist mal wieder rausgeschmissenes Steuergeld, von dem einzig und allein die Trägerfirmen dieser sinnfreien Beschäftigungsmaßnahmen profitieren können, so wie es „für“ die Erwerbslosen auch immer wieder geschieht. Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ verlangt für die Flüchtlinge Qualifizierung und keine Beschäftigungstherapie.

3. Eine aktuelle Datenauswertung der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann („Die Linke“) zeigt, dass Menschen, die in struktur- und einkommensschwachen Regionen leben, deutlich früher sterben als Menschen, die in reichen Gegenden wohnen. Wo viele Menschen wohnen, die von Hartz IV oder Sozialhilfe vegetieren müssen, wird auch früher gestorben: Das ist das „sozialverträgliche Frühableben“ mit einer Grundsicherung, die ihren Namen nicht verdient, weil sie schlicht und ergreifend nicht zum Leben reicht. Darum müssen arme Menschen zum Beispiel zu industriellen Billigessen greifen. Sie können sich eine ausgewogene und vollwertige Küche nicht leisten, da der Hartz-IV-Regelsatz hier keinen Spielraum lässt. Das hinterlässt natürlich Spuren.

Bei Frauen sieht es nicht ganz so krass aus, auch sie erreichen auf dem letzten Platz in Pirmasens ein durchschnittliches Alter von 77,1 Jahren, wohingegen Frauen im reichen Kreis Breisgau-Hochschwarzwald mit 85,0 Jahren eine höhere **Lebenserwartung** aufweisen. Ursache für die auseinanderklaffenden Lebenserwartungen sind nicht etwa bedeutende regionale Unterschiede. Wird nämlich das durchschnittliche Einkommen der Regionen als Maßstab genommen, liegt der Unterschied bei den Männern in der Lebenserwartung zwischen den niedrigsten und höchsten Einkommensgruppen bei fast elf Jahren. Bei den Frauen sind es immerhin noch 8,4 Jahre. Sabine Zimmermann fordert in diesem Zusammenhang eine umfassende Bekämpfung von Armut und den gesundheitsschädlichen Lebensverhältnissen. Dafür müsste natürlich der Hartz-IV-Regelsatz deutlich angehoben und die Niedrigentlohnung bekämpft werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Zu positive Artikel“ über Bewegung und lebensnotwendige Nährstoffe: Ärztlicher Bezirksverband will Schulmedizin-Kritiker mundtot machen („*Dr. Strunz*“)

„Bewusst verletzend“: Merkel schämt sich für die Pressefreiheit in Deutschland („*Spiegel-Online*“)

Kann ja nix schaden: Neoliberale „Springer-Stiftung“ schmiert Merkel-Gatten mit jährlich 10.000 Euro („*Spiegel-Online*“)

Davon wollte Schäuble nichts hören: Bundesdruckerei machte dubiose Geschäfte mit Briefkastenfirma in Panama („*Spiegel-Online*“)

Von wegen „EU-Gegner“: Viele Niederländer wollen sich nicht für eine Politik vereinnahmen lassen, die zum Dauerkonflikt mit Russland führt („*Freitag*“)

„Bewusst verletzend ihr Geschwätz“: „Hört man ihr zu, kriegt man die Krätz“ („*Titanic*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

564. Bremer Montagsdemo

am 11. 04. 2016

Die krankmachende Lähmung durch Armut und sinnlose „Aktivierung“



1. Immer wieder neu kommt ein Armutsbericht nach dem nächsten, beklagt zu Recht noch und nöcher die wachsende ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland. Natürlich weiß jede(r) längst, dass dies fatale Folgen hat. Statt mit der Theorie über die ja nur „relative“ Armut in unserem Land alles runterzuspielen und schönzureden, guckt „Spiegelfechter“ Jörg Wellbrock mal genauer hin, wie es eigentlich den betroffenen Menschen geht, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen und bei denen am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig ist.

Wir sprechen jetzt von der immer größer werdenden Zahl derer, die nicht vom tollen Arbeitsmarkt, der prima Kaufkraft, der fulminanten Lohnentwicklung der Deutschen profitieren können, denen es leider alles andere als wirklich gut geht. Wer Arbeit hat, verspürt den ständigen Druck, immer schneller, länger und besser arbeiten und sich im Gegenzug dafür mit immer weniger Geld und Urlaub zufrieden geben zu müssen. Wer keine Arbeit hat, erlebt anderen Druck, der jedoch nicht weniger belastend ist – ein Dasein, in dem nicht selbst entschieden werden kann, darf und soll; auf finanzielle Hilfe angewiesen zu sein; „Betreuung“ aufgedrückt zu bekommen, die meiner Erfahrung nach eher entwertet und fertigmacht, als dass sie hilfreich wäre, gar zum Gefühl von Selbstwirksamkeit verhülfe.

Leider geht der Autor nicht auf die vielen aufgezwungenen Schwachsinnskurse, die völlig überflüssigen Sinnlosbewerbungen, Schikanen und Sanktionen vonseiten der Jobcenter ein. Solch ein Entkräftungsprozess endet oft in einer Art **Lähmung**, der dann von der Gesellschaft gar zu leicht als Passivität, Desinteresse, Faulheit gedeutet wird. Wir fragen uns bei der Montagsdemo ja auch immer wieder, warum kein Aufschrei der Empörung durch die Erwerbslosen geht, warum sie sich nicht mit uns zusammenschließen, auf die Straße gehen, sich nicht massiv zur Wehr setzen.

Armut macht krank, und Armut lähmt auch ganz oft. Wen jeden Tag angstvolle Fragen quälen, wovon die Miete bezahlt werden soll, die Nachzahlung für den

mehr verbrauchten Strom, die neuen Schuhe für die gewachsenen Kinderfüße, die stärkere Brille gar, weil die Dioptrienzahl gestiegen ist, der leidet quasi in Vollzeit. So eine negative Dauerspannung hat selbstverständlich oft weitreichende Konsequenzen auf das ganze Leben und erhöht das Krankheitsrisiko deutlich. Es betrifft nicht nur die physische Gesundheit, sondern kann auch die kognitive Freiheit reduzieren.

Wellbrock bringt die Antriebslosigkeit auf den Punkt, indem er beschreibt, dass Passivität und nichts mit Lustlosigkeit zu tun haben muss, sondern mit der Unmöglichkeit, das Denken und Tun auf Handlungen zu konzentrieren, wenn beides bereits voll ausgelastet sei mit dem Versuch, irgendwie klarzukommen und zu überleben, wenigstens den einen oder anderen Moment genießen zu können. Letzteres fällt zunehmend schwerer, je geringer die wirtschaftlichen Möglichkeiten sind. Es ist natürlich nur ein trauriger Witz, Hartz-IV-Beziehenden zu raten, sie sollten sich nicht so „eingraben“, sondern „mal was tun“, weil das Arbeitsamt angeblich auch für Kultur zahlen würde.

Als ob am Monatsende jemand noch Geld fürs Kino übrig hätte, wenn die Eintrittskarte schon zwölf oder 15 Euro kostet! Bei den wiederkehrend begleitenden Gedanken, sich den Film eigentlich gar nicht leisten zu können, vergeht die Kinolaune, macht auch der Film keinen Spaß mehr. Wer eigentlich seine Küche streichen müsste, aber kein Geld für Pinsel und Farbe hat, lässt die Küche warten und fühlt sich gelähmt, ausgebremst. Manch eine(r) schafft es nicht, die Wäsche aufzuhängen, die schon seit Tagen in der Trommel liegt. Zum Joggen mag man sich auch nicht aufraffen, weil die Turnschuhe auseinanderfallen und man auch nicht wüsste, womit man ein gesünderes, längeres Leben bestreiten sollte.

Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit stehen freudlos Pate, wenn die Energie fehlt, um die einfachsten alltäglichen Dinge zu erledigen. Auch wenn es ungemein schwer ist, sich unter den Bedingungen der Armut aufzuraffen und nach einem Ausweg zu suchen, stört mich die hier dargestellte Aussichtslosigkeit. Mir persönlich half meine nie versiegende Wut und Empörung darüber, derart unwürdig behandelt zu werden, um handlungsfähig zu bleiben, nach außen zu gehen, mit Hilfe anderer mir mein Recht und sogar eine Ausbildung zu erkämpfen und diese gut zu meistern.

2. Armutsforscher Christoph Butterwegge kritisiert, dass Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) wenig von der Annahme hält, wonach ein Bürger, der über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfüge, arm sei, und deswegen **Armut** neu definieren wolle. Er befürchtet, dass die Politikerin das Problem verdrängt und versucht, Armut auf diese Art und Weise zu verharmlosen. Der Soziologe findet die Einsicht, dass in Deutschland die soziale Ungleichheit wächst, wichtiger als statistische Zahlen. Er verlangt die Schaffung von Arbeitsverhältnissen, von denen die Menschen leben können, und bemängelt, dass ein großer Teil der Armut in Deutschland von den politischen Entscheidungsträgern, etwa durch die Agenda 2010 oder die Hartz-Gesetze, selbst erwirkt worden ist.

Das Armutsproblem dürfe nicht subjektiviert werden, weil Armut ein strukturelles Problem sei.

3. Können härtere Strafen, so wie sie Innenminister de Maizière fordert, etwas an der Gewalt gegen Staatsdiener, auch bei Angriffen auf Angestellte der Arbeitsagenturen und Jobcenter, ändern? „Die Linke“ Göttingen/Osterode beanstandet dieses Vorhaben, da erst das Unrecht in den Jobcentern abgebaut werden müsse, damit es dort weniger Konflikte geben könne. Eine Sprecherin der Arbeitsagentur Niedersachsen hält Beschimpfungen oder Drohungen gegen die Beschäftigten angesichts der großen Zahl an Kundenkontakten und mitunter auch existenziellen und konflikträchtigen Themen in der alltäglichen Arbeit für nicht verwunderlich. Leider wird dabei nicht erwähnt, dass die Politik der Bundesregierung eben selbst die Ursache für die beklagte Situation ist, für die der Innenminister nun nach technischen Lösungen und härteren Strafen ruft.

Wenn die finanziellen Mittel für Fort- und Weiterbildungen oder Umschulungen kontinuierlich reduziert werden, das Sanktionsregime gegen Hartz-IV-Berechtigte härter geworden ist, die Betroffenen gegängelt, bisweilen auch schikaniert werden, dann resultiere daraus genau die Perspektivlosigkeit und **Verzweiflung**, die zu den beklagten Eskalationen in den Amtsstuben führe. Fehlende Qualifikationsmöglichkeiten und Ausnutzung der Arbeitskräfte unter ihrem Wert in Leiharbeit und Werkverträgen seien zudem ein wichtiger Grund für das stagnierende Reallohniveau in Deutschland, das immer wieder beklagt wird.

Die Mehrheit aller Beschäftigten leidet unter zunehmendem Arbeitsstress, Angst vor Arbeitsplatzverlust und Absturz in Hartz IV, wodurch Druck und Wehrlosigkeit massiv verschärft werden. Ich finde es unerträglich zynisch, wenn die Antwort des Bundesministeriums auf die Benachrichtigung über deutlich zu wenig finanzielle Mittel für berufliche Perspektiven des Landkreises nur lapidar lautet, alle Kommunen seien schließlich bundesweit gemessen am Bedarf gleichermaßen unterversorgt, die Verteilung sei daher gerecht!

Meines Wissens ist „Die Linke“ die einzige Partei, die fordert, dass endlich wieder mehr Geld aus den Händen der Reichen für unseren Sozialstaat und alle öffentlichen Aufgaben zur Verfügung stehen muss. Reichtum müsse ebenso höher besteuert werden wie Niedrig- und Normalverdienst weniger. Mir gefällt die eigentlich logische, aber bisher undenkbbare Forderung, die Verursacher der Erwerbslosigkeit, also die großen Konzerne und deren Anteilseigner, die Kosten dafür tragen zu lassen, statt sie für die Schaffung von Arbeitslosigkeit durch niedrige Lohnkosten auch noch zu belohnen! „Die Linke“ fordert eine drastische Anhebung des Mindestlohnes, durch dessen Steuerfreiheit die Bevölkerungsmehrheit entlastet wird. Der Staat muss durch höhere Besteuerung der Reichen und Superreichen wieder durchfinanziert werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wie wird unsere Zukunft, wenn die Regierung mit Hilfebedürftigen so menschenverachtend umspringt?

„Die Anstalt“ vom 5. April 2016 hat die Besitzverhältnisse, die mangelnde Solidarität, die rätselhaften Reichen, die Erstellung von Statistiken und die gewollten Lücken über das Wissen um den Reichtum aufgezeigt. Die Argumente gegen eine Umverteilung sind in allen Facetten zu hören. Es geht um die Steuer auf Erbschaften, den Grundstein für viele Großvermögen. Der Unterschied, die Distanz



zwischen 50.000 Euro und 1,5 Millionen Euro ist mit einem A4-Blatt maßstabsgerecht aufzeigbar. Wenn aber das Vermögen der BMW-Erbin ebenso dargestellt werden soll, ist ein Papier von 3,5 Kilometer Länge nötig – nach Schätzung. Wahrscheinlich ist das tatsächliche Vermögen größer.

Dann geht es um die Auswirkungen der Agenda 2010, der Steuersätze, der Flexibilität am Arbeitsmarkt. Insgesamt einfach sehenswert! Die Tatsachen werden sehr gut und verständlich herausgearbeitet. Selbst die Heirat des Mittelstandes und die Beweggründe sind gut eingebaut. „Der Mittelstand“ hat reich geheiratet und verdrängt dabei, dass die Reichen den Mittelstand aushöhlen. Nicht die Armen knabbern am Mittelstand. Es ist eine Sendung, die passend zu den „Panama-Papers“ produziert wurde. Selbst die Stiftungen unter Missbrauch gemeinnütziger Akteure wurden eingebaut. Die Auswirkungen der Agenda 2010 sind heute im Beitrag von Elisabeth nachfühlbar.

Die „Panama-Papers“ waren und sind in jeder Nachrichtensendung. Teilweise wurde tiefgestapelt. Reichtum? „Wir wissen doch alle, dass einige Menschen mehr Geld haben. Nun wieder die übliche Neiddebatte, diese Missgunst!“ Auch solche „Argumente“ und Reaktionen wurden in der „Anstalt“ bereits verarbeitet. Das ZDF hatte noch richtig Kohle bei der Erstmeldung auf dem Hintergrundbild. Aktuell war für eine Nachricht zu diesem Thema nur noch ein Fächer 50-Euro-Scheine als Sinnbild für Reichtum sichtbar. Um jedoch den „wahren“ Reichtum in Geldscheinen wahrnehmbar zu machen, wäre eine Kolonne von Kipplastern ins Bild zu rücken, alle bis an den Rand mit 500-Euro-Scheinen vollgeladen, so weit das Auge reicht.

Die „Heute-Show“ hat die Steuervermeidung von Ikea gezeigt, einschließlich Auswirkung und Gegenwehr. Ein Abgeordneter der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag hat durch einen Telefonanruf erfahren, dass die Kanzlei in Panama auch aktuell noch Briefkastenfirmen im Angebot hat.

„Rot-Grün fordert Kampf gegen Steueroasen“, titelte der „Weser-Kurier“ am 6. April 2016. Der Artikel gibt einen kleinen Einblick in die Ursachen der klammen Staatskassen. „Bremer Polizei soll sich selbst finanzieren“, lautete eine weitere Überschrift. Es geht immerhin um die Mittel für die Personalkosten, wenn die Zahl der Beamt(inn)en von 2.470 auf 2.540 steigt.

„Beim Amt ab vier Uhr morgens anstellen“: Gemeint ist wieder einmal – oder immer noch – das Stadtamt in Bremen. Zusätzliches Geld soll jetzt in die Sanierung der Spielplätze in Bremen gesteckt werden: „Eine Million Euro für Spielplätze“. Aktuell werden die Geräte beseitigt, wenn etwas defekt ist. Auch hier hat Bremen zu lang gespart. Die Spielplätze sind marode! Diese Bewertung ist insgesamt für alle Bereiche der öffentlichen Hand in Bremen zutreffend!

Die Kosten der Flüchtlinge werden von der Bundesregierung als Druckmittel missbraucht, nicht nur gegenüber Bremen: Auch Griechenland wird handlungsunfähig. Wir haben aktuell – nicht zuletzt wegen der längst „blutigen Null“ – die Chance des Jahrhunderts vertan: Wir lassen die Flüchtlinge nicht mehr über die Grenzen, wir verweigern die Hilfe gegenüber Menschen in höchster Not. Wir wollen trotzdem eine friedliche Zukunft für uns! Wie soll das gehen? Wir ermuntern die Despoten an den Grenzen Europas, Menschen zurückzunehmen und Flucht zu unterbinden. Wir zahlen und verbiegen das Recht und den Anstand. Die Flüchtlinge leiden! Was unterscheidet unsere Regierung noch von ihren jetzigen Vertragspartnern? Wenn unsere Regierung so menschenverachtend mit den Hilfebedürftigen umspringt, wie sieht dann unsere Zukunft aus?

Ich werbe erneut für die Auffüllung der Haushaltskasse, zum Beispiel wenn die Kosten der Unterkunft nicht voll übernommen werden. Eine Verpflichtungserklärung, dass ein Teil der Miete aus dem Regelsatz selbst getragen wird, ist ohne Rechtskraft, wenn sonst die Zustimmung zur Anmietung nicht erteilt worden wäre. Diese Unterschrift verpflichtet somit zu gar nichts. Gegenwehr ist möglich, nachzulesen auf der Seite zur 560. Bremer Montagsdemo. Auch wenn es schwer fällt, macht euch ran! Es hapert an allen Ecken und Enden. Wer noch Anschub braucht, den Beitrag von Elisabeth lesen, „Die Anstalt“ ansehen, und schon kocht das Blut. Als Zugabe noch die „Heute-Show“. Eines ist klar: Es kommt niemand, um dich rauszuholen! Raff dich auf, es befreit und gibt neuen Mut!

Natürlich muss der Mensch nicht erst erwerbslos sein, um zur Montagsdemo zu kommen. Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Erdogan, zeig mich an“: „Ich sage dir, was du bist: ein Terrorist“ („Spiegel“)

„Erdogan, ich bitte dich“: „Geh doch für mich auf den Strich“ („Spiegel“)

Undementiert: Damit Erdogan für sie die Drecksarbeit beim Abschieben der Flüchtlinge übernimmt, lässt sich Merkel auch nach Ankara zitieren („Die Welt“)

„Sultan, küss unsern Hintern“: Zuerst wird versucht, Kunst zu zensieren, später landet sie im Museum („Russia Today“)

Alle Abmahnungen bei Daimler in Bremen sind vom Tisch!



Alle 761 Abmahnungen, die Daimler im Dezember 2014 wegen des selbständigen Streiks der Nachschicht ausgesprochen hatte, sind vom Tisch. Das ist ein wichtiger Punktsieg, ein Sieg der kämpferischen Belegschaft und der wachsenden bundesweiten und internationalen Solidarität. Die Abmahnungen werden – trotz eines Skandalurteils des Arbeitsgerichts Bremen *pro* Daimler – vorfristig nach 15 Monaten aus den Personalakten gestrichen. Die interne Begründung des Personalchefs Niederhausen im Schreiben an seine Führungskräfte ist eine Bankrotterklärung und gleichzeitig eine Süßholz raspelnde Herausforderung:

„Da wir als Unternehmungsleitung das Bedauern der großen Mehrheit der betroffenen Mitarbeiter wahrnehmen, möchten wir ein klares Zeichen des Vertrauensvorschusses setzen. Das Unternehmen hat in diesem Zusammenhang entschieden, bereits nach 15 Monaten – anstatt den maximalen Zeitraum von 24 Monaten ausnutzend – die Abmahnungen aus den Personalakten zu löschen. 2016 und 2017 stehen im Zeichen von vielen Neuanläufen und hohen Stückzahlen. Daher wollen wir dazu beitragen, dass sich jede und jeder mit klarem Kopf und unbelastet auf die vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren kann. Wir halten dies vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen im Werk für den richtigen Schritt.“

Der Konzernvorstand hofft, mit diesem Zugeständnis die weitere Auslagerung von Stammarbeitsplätzen, die Steigerung der Arbeitshetze, die Ausdehnung der Wochenendarbeit und andere Verschärfungen der Ausbeutung ohne massenhaf-

ten Widerstand über die Bühne ziehen zu können. Ob daraus etwas wird, ist allerdings sehr fraglich, denn dieser Erfolg macht Mut und stärkt das Selbstbewusstsein der Kollegen: Die Denkweise „Wir können eh nichts reißen gegen die da oben“ verliert an Wirkung!

Dieser einmalige politische Rückzug wurde in der Chefetage des Konzerns getroffen. Er ist auch im Interesse der deutschen Monopole und der Bundesregierung, die verhindern wollen, dass sich der Kampf um ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht ausweitet. Deshalb ist dieser Sieg ein kräftiger Ansporn, sich das Streikrecht zu nehmen und es politisch zu erkämpfen!

Harald Braun

Frauen der Welt erklimmen die höchsten Berge!

Die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen hat vom 13. bis zum 18. März 2016 in Nepal erfolgreich stattgefunden. Frauen aus über 48 Ländern haben teilgenommen. Sie kommen aus über 80 Organisationen – von christlich bis revolutionär – und repräsentieren Hunderttausende Mitglieder! Wir haben viel diskutiert, uns ausgetauscht, einander zugehört, auch gemeinsam getanzt und sehr viel gelernt über die Situation und Kämpfe der Frauen der Welt.

Uns ist klar geworden, wie bedrohlich die Angriffe geworden sind durch die kapitalistische Moderne, den Imperialismus und das Patriarchat. In vielen verschiedenen Resolutionen und Beschlüssen hat sich die internationale Frauenbewegung vereinheitlicht. Das ist die Grundlage für weltweite Solidarität und die Erkenntnis: „Wir sind keine Schwachen, sondern in der Lage, die höchsten Berge der Welt zu erklimmen. Es lebe die Kraft der Frauen!“

Jetzt kommt es darauf an, dass das Motto Realität wird: Die Stimme der Frauen der Welt muss von Bangladesh bis Ägypten, von den Niederlanden bis Südafrika zu hören sein. Das Echo der Frauen in Nepal muss die höchsten Berge in Kurdistan erreichen, bis nach Lateinamerika, in die Wüsten und Weiten Afrikas – und bis nach Bremen!

Darum seid ihr herzlich eingeladen, die Stimme der Weltfrauen zu hören: bei der **Veranstaltung** der „Stadtfrauenkonferenz Bremen“ zur **2. Weltfrauenkonferenz** der Basisfrauen. Diese Veranstaltung findet statt am **Freitag, dem 22. April 2016**, ab **18:30 Uhr** im Verein „**Birati**“, Friedrich-Ebert-Straße 20. Am Sonntag, dem 17. April 2016, gibt es außerdem um 10 Uhr einen Gottesdienst im Gemeindezentrum Zion, Kornstraße 31.

Leyla Cimen („Stadtfrauenkonferenz“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet am **18. April 2016** wieder ab **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt. Ab 19:15 Uhr gibt es eine Nachbesprechung im Seemansheim, Jippen 1, um ein Flugblatt zum 1. Mai zu entwerfen.

Gröpelinger Streichelzoo erhalten: Er ist seit fast 20 Jahren ein wichtiger sozialer Anlaufpunkt (*Petition Bremische Bürgerschaft*)

Merkel erstmals in Schwierigkeiten: Jan Böhmermann verweigert sich der Rolle des staatstragenden Hofnarren und Blitzableiters („*N-TV*“)

Ein guter Irrenarzt wird sich hier auch noch finden lassen: Majestät nimmt sich einen Anwalt, der Völkermord-Leugner raushaut („*Meedia*“)

Geht's noch: Wie lange will die alte Fotze überlegen, ob sie einen Kabarettisten wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht stellen lässt? („*Washington Post*“)

„Unerträglicher Kotau“: „Merkel kuscht vor türkischem Despoten Erdogan und opfert Pressefreiheit in Deutschland“ („*Süddeutsche Zeitung*“)

Lex Erdogan: Merkel hat ein Sonderrecht geschaffen, das ausschließlich zur Bestrafung Böhmermanns dient („*Focus*“)

Menschenfeindlich und reaktionär: Strafverfahren gegen Böhmermann zeigt Einheit der imperialistischen Politik Deutschlands mit der neoimperialistischen Politik Erdogans („*Rote Fahne News*“)

„Obrigkeitsstaatliches Disziplinierungsdenken“: Bundestag berät neue Verschärfungen des Hartz-Regimes („*Neues Deutschland*“)

Weg mit der Perücke: Es ist Zeit für einen Wechsel an der SPD-Spitze („*Die Zeit*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

565. Bremer Montagsdemo

am 18. 04. 2016

TTIP – Das Land der Lügen

Am Samstag, dem 23. April 2016, gibt es in Deutschland eine „Völkerwanderung“ mit vielen Veranstaltern und einem Ziel: Hannover! Über die **Freihandelsabkommen** steht viel auf unseren Seiten. Es ist auch zu erfahren, dass vor dem entsprechenden Abkommen der USA mit Mexiko viel versprochen wurde. Wie desaströs die Folgen sind, ist aus einem Dokumentarfilm der ARD zu erahnen. Begleitende Anmerkungen stehen auf der Seite zur 522. Bremer Montagsdemo.



„TTIP greift in alle Lebensbereiche ein und senkt Standards ab, die wir uns bitter, bitter erkämpft haben“, warnte Helga Laue vom ‚Agrarbündnis Niedersachsen‘ so ist es zutreffend nachzulesen im Artikel „Mit Merkel-Maske gegen TTIP“ des „Weser-Kuriers“. Die Überschrift ist Symbol! Auch in den USA wurde zur Durchsetzung des Freihandelsabkommens mit Mexiko von den verantwortlichen Politikern viel schön geredet – oder treffender: Es wurde gelogen! Die Folgen: Keiner hilft den Opfern! Die Kanzlerin und ihr Vizekanzler wollen uns scheinbar in diese Sackgasse locken oder stoßen und dabei unsere Demokratie beerdigen!

Der „Weser-Kurier“ hat über eine Veranstaltung von „Attac“ berichtet: „Eindeutig ist auch die Meinung von Michael Riechers, einem Manager einer mittelständischen, international tätigen Spedition in Bremen: Vom Handelsabkommen würden nur Großunternehmen profitieren, ist Riechers überzeugt. Der Wegfall der Handelsschranken führe zu mehr Anbietern auf dem Markt und schließlich zu einer Konzentration des Geschäftes auf wenige, internationale tätige Großunternehmen. Die bei vielen TTIP-Kritikern umstrittenen Schiedsgerichte könnten sich nur Umsatzmilliardäre leisten, kritisierte Riechers.“ Diesen Meinungen ist nichts entgegenzusetzen, nichts hinzuzufügen!

„Das Land der Lügen“ heißt eine bestens gemachte „Story im Ersten“. Ab Minute 17:50 geht es um TIPP. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat für TTIP geworben und wurde ertappt. Die Quelle war irreführend, so die INSM. Thilo Bode, Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation „Foodwatch“, sieht das Ziel als Ursache für diese Aussage. „545 Euro mehr für jeden Haushalt“ sind

durch die Medien gewandert, ebenso die „110.000 zusätzlichen Jobs allein in Deutschland“.

545 Euro entsprechen einem Zuwachs von 0,49 Prozent jährlich, hochgerechnet auf zehn Jahre. Außerdem ist es ein Durchschnittsbetrag. Am Anfang des Beitrags geht es um eine reiche Stadt. Auch hier trägt der Durchschnitt. Die „neuen Arbeitsplätze“ sind ebenfalls auf zehn Jahre hochgerechnet. Basis ist guter Wille bei den Befürwortern beziehungsweise aus meiner Sicht Lügen, um ein unmögliches Ziel doch noch zu erreichen! Auch vor Einführung des Freihandelsabkommen USA- Mexiko wurde den Amerikanern eine Steigerung von Einkommen und Arbeitsplätzen versprochen.

Tatsächlich sind die Einkommen gesunken, viele Arbeitsplätze wurden vernichtet. TTIP wirkt auf alle Bereiche unserer Gesellschaft, aber es wirkt nur für die Reichsten der Welt positiv. Alle anderen Menschen werden unter den Folgen leiden, weltweit! Auf den Seiten von „Brot für die Welt“ ist dies zum Suchwort TTIP nachlesbar.

Die Freihandelsabkommen TTIP und Ceta dürfen so nicht in Kraft gesetzt werden. Ihr Inhalt muss öffentlich werden. Die Sondergerichte müssen ebenso verschwinden wie die Sondertatbestände für die Klagen. Die Verhandlungsführer der Konzerne gehören auf die Zuschauerbank. Wie sagte der Reiche in der „Anstalt“: „Ich bin gespannt, welcher Politiker den Verlockungen meines Geldes widerstehen kann“, siehe vorherige Bremer Montagsdemo.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Auch du kannst es wagen

Wir sind die „Verrückten“ –
Auf die Straße wir gehen,
Um im Regen und Schnee
Auf dem Marktplatz zu stehen.

Wir stehen entschlossen,
Euch die Wahrheit zu sagen,
Für den Frieden auf Erden –
Wir, die einfach es wagen.

Auch wenn ignoriert wird,
Was immer wir sagen,
Auch wenn provoziert wird,
Wir müssen es wagen,

Für die Freiheit zu kämpfen!
Denn wenn alle es wagen,
Für die Welt ohne Kriege
Die Wahrheit zu sagen,

Dann sehen die Herrscher,
Die nur Angst hier verbreiten,
Um die Macht zu behalten:
So geht es nicht weiter!

Dann versteht jeder Lügner:
Er steht ganz allein,
Und die Kleinen, die Menschen,
Sie sind gar nicht klein.

Valentina Schneider

Wir Alleinerziehenden sind Anfang des 21. Jahrhunderts eine historische Massenbewegung!



1. Laut den aktuellen Berechnungen der gesetzlichen Rentenversicherungen wird ab dem Jahre 2030 beinahe jede(r) zweite Deutsche unter dem Hartz-IV-Niveau „leben“ müssen, wenn nicht zusätzliche Sozialleistungen beantragt werden. Obwohl die Prognose, dass die gesetzliche Rente nicht zum Leben reichen wird, schon längere Zeit besteht, hat angeblich niemand damit gerechnet, dass fast 50 Prozent der künftigen Rentner(innen) ein derart kümmerliches Dasein unter der Armutsgrenze fristen sollen müssen.

Der Grund für diesen massiven Leistungsabfall, durch den die zukünftigen Rentenbeziehenden unter das Existenzminimum geschubst werden, ist das seit

Jahren sinkende Rentenniveau. Die Entscheidung, dass es ab 2030 auf nur noch gerade mal 43,5 Prozent des Bruttodurchschnittslohns der gesamten Lebensarbeitszeit fallen soll, „verdanken“ wir dem Kabinett von Ex-Bundeskanzler Schröder. Die zum privaten Ausgleich gedachte „Riester-Rente“ entpuppte sich als totales Desaster, da sie nur den Versicherern nutzt und keinesfalls den Versicherten.

Gerhard Schröders Schaffung eines gigantischen Niedriglohnssektors erweist sich als ein Meilenstein im Abbau des Sozialstaates: Wenn der Bruttodurchschnittslohn weiterhin konstant bestehen bleibt, verdient heute ein Großteil der Arbeitnehmenden in Deutschland viel zu wenig, um später von der Rente einigermaßen leben zu können. Außerdem wächst die Zahl derjenigen, die sich aufgrund fehlender Arbeitsangebote selbständig machen, dennoch von einem Lohn im prekären Bereich leben müssen und darum für eine freiwillige Rentenzahlung keinen Cent mehr erübrigen können.

Zusätzlich erhöht sich die Zahl derjenigen, die nur in Minijobs arbeiten. Weil die Rente bis 2029 durchschnittlich nur um etwa zwei Prozent pro Jahr steigen wird, koppelt sie sich immer mehr vom Reallohn ab. Der Skandal daran ist, dass alles politisch genau so gewollt war. Die Bundesregierung tut, als ob es kein Mittel dagegen gäbe, und scheut den Blick in die Nachbarländer, die vormachen, wie es auch anders gehen könnte. So zeigen Vergleiche, dass Österreicher(innen) insgesamt deutlich mehr staatliche Rente bekommen.

2013 lag die Bruttorente für langjährig beschäftigte Frauen in Österreich im Schnitt bei 1.220 Euro, bei Männern waren es 1.820 Euro, während in Deutschland Frauen gerade einmal 590 Euro bekamen und Männer 1.050 Euro durchschnittliche Bruttorente erhielten. Rudolf Zwiener vom „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ der „Hans-Böckler-Stiftung“ sagt, dass wir heute in der gesetzlichen Rente eine Situation haben, in der sogar ein Durchschnittsverdiener im Alter von Armut bedroht wird, wenn es ihm nicht gelingt, mindestens 40 Jahre durchgehend zu arbeiten.

Die Unterschiede liegen auch im System begründet. Österreich setzt auf eine sogenannte Erwerbstätigenversicherung, in der alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, wohingegen es in Deutschland nur die Arbeiter(innen) und Angestellten sind – Selbständige müssen sich selbst versorgen, Beamte haben ein eigenes System. Österreich setzt praktisch ausschließlich auf die gesetzliche, den Lebensstandard sichernde Rente. In Deutschland wurde außerdem zur Finanzierung der „Einheit“ tief in die Rentenkasse gegriffen, was das Rentenniveau drückt.

Martin Werding, Wirtschaftsprofessor an der Universität Bochum und Experte für Langfristprojektionen zur Rente, hat ausgerechnet, was passieren würde, wenn es auch in Deutschland eine Erwerbstätigenversicherung gäbe, in die alle einzahlen. Sieh mal an: Das Niveau ließe sich ganz deutlich anheben, auf beispielsweise 52,6 Prozent, das Niveau von 2001, wenn auch Selbständige und Beamte einzahlten!

Nun mehren sich die Stimmen, die das Rentensystem wieder stärken wollen. Obwohl die Erwerbstätigenrente eine langjährige SPD- Forderung war, hat Andrea Nahles jedoch „erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken“, die gesetzliche Rentenversicherung „langfristig auf alle Erwerbstätigen ausdehnen“. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass es sich bei diesen Zahlen immer nur um Durchschnittswerte handelt: Frauen bekommen immer noch 57 Prozent weniger Rente als Männer!

2. Woher kommt eigentlich dieses Gefühl, dass **Alleinerziehende** und ihre Kinder Familien zweiter Klasse seien? Noch bis in die 1970er Jahre hinein konnte Deutschland gar keine Alleinerziehenden, sondern nur, wenig schmeichelhaft, „ledige Mütter“, die „Bastarde“ in die Welt setzten oder großzogen. In den meisten Epochen war es über Jahrhunderte hinweg völlig normal, einer Frau, die unehelich schwanger wurde, ihr Kind wegzunehmen und die Mütter zu verstoßen. Heutzutage waren die meisten alleinerziehenden Frauen einmal verheiratet. Es gibt nur sechs Prozent Witwen und noch weniger, die von Anfang an alleinerziehend waren.

Alleinerziehende, wie wir sie heute kennen, sind ein sehr neues Phänomen. Erst beim Blick in die Geschichte wird klar, warum wir es – aller scheinbar aufgeklärten Gesellschaft zum Trotz, Feminismus und Gleichberechtigung hin oder her – so schwer haben. Erst seit ungefähr 30 Jahren kann eine Frau sich trennen oder mit dem Kind allein leben, es selbstständig betreuen. Während 1970 noch fünf Prozent der Kinder bei nur einem Elternteil aufwuchsen, ist heute jede fünfte Familie eine Einelternfamilie. Davon betreuen 32 Prozent zwei Kinder, zehn Prozent sogar drei oder mehr Kinder.

Wir Alleinerziehenden sind Anfang des 21. Jahrhunderts eine historische Massenbewegung, die traditionelle Familienmodelle und Rollenbilder auf den Kopf stellt. Wie sich aber unschwer an der steuerlichen Benachteiligung und der Stigmatisierung feststellen lässt, sind wir immer noch keine rundum anerkannte Familienform. Auch ich zog meine Kinder fast von Anfang an allein groß und begegnete dabei auch oft dieser Feindseligkeit, Vorurteilen und Abwertung gegenüber uns Alleinerziehenden.

Bettina Bab und Marianne Pitzen vom „Frauenmuseum Bonn“ nennen „zehn historische Fakten zum Gruseln“ über Alleinerziehende. So waren ledige Mütter bis 1961 nicht sorgeberechtigt, „das Amt“ übernahm die Vormundschaft. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 hielt fest, dass weder unverheiratete Eltern noch ledige Mütter eine Familie sind. Vor der NS-Zeit wurde uneheliche Schwangerschaft mit Schwachsinn und „sexueller Zügellosigkeit“ gleichgesetzt. Unter Hitler wurde hingegen jede „arische“ Schwangerschaft begrüßt, solange die Frau sich monogam verhielt. Für die Schwangerschaften wurden immer die Frauen bestraft, wohingegen Männer höchstens mit Geldstrafen davon kamen.

Wenn ein Vater behauptete, die Frau habe „Mehrverkehr“ gehabt, musste er keinen Unterhalt zahlen, was der Kindsvater nicht beweisen musste. So zahlten

1912 in Berlin 90 Prozent der Väter mit Verweis auf „Mehrverkehr“ keinen Unterhalt. Ledige Mütter wurden von bestimmten kirchlichen Ritualen wie Kommunion, Patenschaft oder Begräbnis ausgeschlossen. Mütter ohne Mann wurden als „gefallene Unschuld“ oder „liederliche Frauenzimmer“ bezeichnet. Im 17. und 18. Jahrhundert wurden unehelich Schwangere teilweise sogar ausgepeitscht, man schnitt ihnen die Haare und erlegte ihnen eine bestimmte Kleiderordnung auf. Bis 1938 war für ledige Frauen eine Schwangerschaft Grund für eine fristlose Kündigung.

Wenn wir uns vor Augen führen, wie unerhört neu es ist, dass Frauen – zumindest offiziell – gesellschaftlich respektiert allein mit ihren Kindern leben, dann ist es eigentlich kein Wunder, dass wir es so schwer haben, weil weder Gesellschaft noch Politik so weit sind, Alleinerziehende mit Kindern als vollwertiges Familienmodell zu sehen. Ewiggestrige geben sogar „dem Feminismus“ die Schuld daran, dass es „so viele“ Alleinerziehende gibt, denn heute haben Frauen in Deutschland Rechte: Seit 1918 dürfen sie wählen, erst seit 1976 auch ohne Erlaubnis ihres Ehemannes arbeiten, seit 1997 auch nicht mehr innerhalb der Ehe vergewaltigt werden. Keine Frau muss mehr mit einem Mann leben, der sie unglücklich macht, schlägt, vergewaltigt, betrügt oder erniedrigt.

Wenn frau jedoch verlassen wird, signalisiert ihr die Gesellschaft immer noch, sie habe ihr Schicksal schon irgendwie selbst zu verantworten. Trotz all dieser Fortschritte ist es vielen Alleinerziehenden noch immer nicht möglich, Kind und Beruf so zu vereinbaren, dass sie finanziell auf eigenen Beinen stehen. Ihnen steht mit hoher Wahrscheinlichkeit Altersarmut bevor. Weiterhin sind die psychischen Belastungen und die soziale Ausgrenzung sehr hoch. Auch wird das „Unterhaltsprellen“ als „Kavaliersdelikt“ in Deutschland längst nicht so streng verfolgt wie in anderen Ländern. Es sind zu mindestens 90 Prozent Frauen, die in Deutschland Kinder allein großziehen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ihr seid herzlich eingeladen, die Stimme der Weltfrauen zu hören: bei der **Veranstaltung** der „Stadtfrauenkonferenz Bremen“ zur **2. Weltfrauenkonferenz** der Basisfrauen. Diese Veranstaltung findet statt am **Freitag**, dem **22. April 2016**, ab **18:30 Uhr** im Verein „Birati“, Friedrich-Ebert-Straße 20.

Die nächste **Großdemonstration gegen TTIP** ist am **Samstag**, dem **23. April 2016**, in **Hannover** anlässlich des Besuchs von **US-Präsident Obama**. Wir treffen uns um **9 Uhr** am **Haupteingang** des Hauptbahnhofs und nehmen den Zug um **9:18 Uhr**.

Als Bremer Montagsdemo haben wir am **Sonntag**, dem **1. Mai 2016**, wieder einen **Info-Stand** auf dem **Domshof**, schon ab **9:30 Uhr**. Das Sammeln

zur **Demonstration** beginnt ab 10:15 Uhr am **Weserstadion**, Abmarsch ist gegen 11 Uhr. Die **Kundgebung** auf dem **Domshof** fängt um 12 Uhr an.

Gebt Antikommunismus keine Chance!

An DGB und Einzelgewerkschaften in Bremen, Betriebsräte, Vertrauensleute, Kolleginnen und Kollegen, Parteien und Initiativen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten um eure Unterstützung gegen den Ausgrenzungsversuch des DGB, am **1. Mai** mit fadenscheiniger Begründung einen **MLPD-Stand** auf dem **Domshof** zu untersagen.

Die MLPD ist die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. Nicht ohne Grund tragen wir den Urvater der deutschen Arbeiterbewegung – Karl Marx – in unserem Namen. Seit über 30 Jahren sind wir zuverlässig und aktiv bei den 1.-Mai-Aktivitäten in Bremen dabei. Letztes Jahr waren wir mit einem wunderschönen Stand mitten auf dem Domshof vertreten – das belegte das große Interesse, mit dem zahlreiche Kollegen und Kolleginnen an unseren Stand kamen und mit uns sprachen.

Am 24. Februar 2016 schrieb Daniela Teppich, Gewerkschaftssekretärin, in einem Brief an die MLPD Bremen: „Für uns ist der 1. Mai nicht nur der Tag der Arbeit, sondern ein Tag der sozialen Bewegungen und Organisationen. Darum wollen wir auch in diesem Jahr befreundeten Parteien, Organisationen und Initiativen die Möglichkeit anbieten, sich mit einem Standplatz zu beteiligen. Bei vorliegendem Interesse bitte ich um Anmeldung des Standes.“ Selbstverständlich meldeten wir uns nur zwei Tage später verbindlich an!

Nach sechs Wochen Funkstille kam dann die Absage vom DGB: „Wir können euch nicht berücksichtigen in unserem Standkonzept auf dem Domshof“, denn der Platz sei „mehr als voll“. Dieser Versuch, die MLPD vom Domshof zu vertreiben, ist ein schlimmer Rückfall in Zeiten des Radikalenerlasses, der Berufsverbote und des Antikommunismus und ist selbst ein Angriff auf die Überparteilichkeit des DGB.

Egal um welche grundlegende gesellschaftliche Frage es heute geht, in der Flüchtlingskrise, der VW-Krise, der Umweltzerstörung und so weiter: Es kommt überall die Krisenhaftigkeit des kapitalistisch-imperialistischen Weltsystems zum Ausdruck. Die Zeit ist längst reif, offen und vorbehaltlos über eine gesellschaftliche Alternative zu diskutieren.

Das Eintreten für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, den Sozialismus, war und ist ein wesentlicher Bestandteil der 1.-Mai-Aktivitäten auf der ganzen Welt! Wir wollen mit unserem Stand über den Aufbau eines Gesundheitszentrums in Kobanê (Westkurdistan/Syrien) informieren, mit unserer VW-Broschüre

über die kriminellen Machenschaften um VW diskutieren und natürlich konsequent für Arbeiterinteressen und die Stärkung der Gewerkschaften eintreten. Das darf am 1. Mai auf dem Domshof nicht fehlen!

Wir fordern alle fortschrittlichen und gewerkschaftlichen Kräfte in Bremen auf, uns bei der Durchsetzung unseres Standes zu unterstützen. Wir werden uns den Ausgrenzungsversuch nicht gefallen lassen! Mit solidarischen Grüßen, Wolfgang Lange.

*Offener Brief der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands
(Ortsgruppe Bremen)*

„Kanzlerin zahlt Lösegeld“: Merkels Ermächtigung zur Satiriker-Bestrafung beruht auf einer Unwahrheit („*New York Times*“)

Warum erst 2018: Der Straftatbestand der „Majestätsbeleidigung“ kann noch vor der Sommerpause gestrichen werden („*Die Zeit*“)

Psychologische Deutung greift zu kurz: Mit der Verfolgung von „Beleidigungen“ immunisiert sich Erdogan gegen die massiven Korruptionsvorwürfe („*Die Welt*“)

Kehrreim des Monats

Ein Käseblatt erbat einst einen Limerick
Über Herrn Erdogan bei seinem Ziegenfick.
Zwar kam die Presse – mit Abstrich – vorn schnell dran,
Doch war ihr Quark auch sehr sämig, so schmeckt man
Bei genauer Analyse nur Fliegenschitt.

Gerolf D. Brettschneider

Merkel räumt Fehler ein: „Es ist der Eindruck entstanden, dass meine persönliche Bewertung etwas zählt“ („*Spiegel-Online*“)

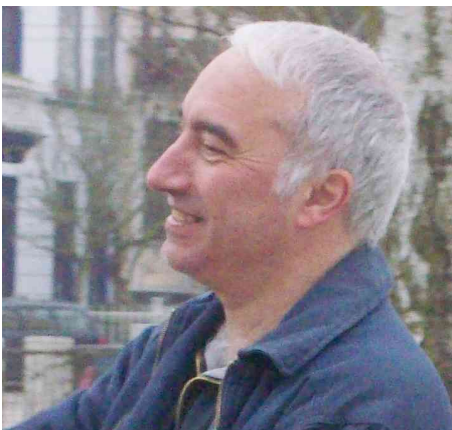
„Kurden treten, Christen hauen“: Berliner Piratenpartei-Vorsitzender wegen Böhmermann-Zitat festgenommen („*Berliner Morgenpost*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

566. Bremer Montagsdemo

am 25. 04. 2016

Krimineller Betrug aller Autokonzerne!



Wochenlang wurden die Untersuchungsergebnisse der Abgastests von der Bundesregierung geheim gehalten. Am vergangenen Freitag gab nun Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) bekannt, dass nach den Untersuchungen des Kraftfahrt-Bundesamtes deutsche Autohersteller rund 630.000 Fahrzeuge zurückrufen müssen. In Europa betrifft dies Autos von Audi, Mercedes, Opel, Porsche und VW. Dobrindt wand sich wie eine Schlange, als er über die Resultate des 134-

seitigen Untersuchungsberichts referierte. Er konnte aber nicht leugnen, dass die Mehrheit der untersuchten Autos auf der Straße sehr viel mehr Stickoxide emittieren als auf dem Prüfstand.

49 von 53 getesteten Fahrzeugen halten den Grenzwert für giftiges Stickoxid nur unter Testbedingungen ein. Sobald es auf die Straße geht oder sich die Temperaturen verändern, steigen die Abgaswerte auf ein Vielfaches des Erlaubten an. Daran ändert auch der legale Spielraum durch sogenannte Thermofenster nichts: Bei sinkenden Temperaturen wird automatisch die Abgasreinigung im Motor ausgeschaltet, damit Motorleitungen und andere Komponenten keinen Schaden nehmen. Die Bauteile werden geschont, die Stickoxide ungebremst in die Luft geblasen.

„Thermofenster“ zu nutzen ist laut EU-Richtlinien völlig legal. Das entlastet nicht Audi, Daimler und Konsorten, sondern wirft ein scharfes Licht auf den Charakter dieser Gesetze: Sie werden von den Regierungen und der EU-Kommission direkt im Interesse und unter massiver Einflussnahme der Automobil-Monopole gemacht. Der Verkehrsminister tut alles, um die Autokonzerne trotz der katastrophalen Ergebnisse reinzuwaschen. Sogar bei Fahrzeugen, die zehnmals so viele Stickoxide ausstoßen, sieht Dobrindt keinen Gesetzesverstoß, sondern lediglich einen kleinen „Zweifel“. Die Art, wie der Verkehrsminister die Fakten zurechtbiegt, erinnert an George Orwells „1984“.

Mit beschönigenden Begriffen wie „Thermofenster“ und „Dieselthematik“ wird versucht, die ganze Dimension auf die Maße eines Kavaliersdelikts herunterzuspielen. Stickoxide verursachen sauren Regen und Smog und beschleunigen den Übergang in eine globale Umweltkatastrophe. Sie ruinieren unsere Gesundheit: Mindestens 10.000 Menschen sterben jährlich allein an den Auswirkungen der Stickoxide.

Unterdessen hält VW die Ergebnisse aus dem Untersuchungsbericht der Kanzlei Jones Day unter Verschluss. Wegen seiner Rückstellungen von 16,2 Milliarden Euro zur „Abfederung der Dieselthematik“ zahlt VW erheblich weniger Steuern, da er wegen der Rückstellungen Verluste deklariert. Der angebliche „Verzicht“ der Top-Manager auf Boni-Auszahlungen ist eine bewusste Lüge, denn sie verzichten nicht: Die Auszahlung wird nur verschoben, bis Gras über den Skandal gewachsen ist.

Bezahlen sollen die Krise die Beschäftigten und die Steuerzahler(innen)! Inzwischen wurden in Hannover bereits 350 und in Emden 250 Leiharbeiter(innen) gefeuert. Alle Autokonzerne halten aus Profitinteresse mit aller Gewalt an der Dieselsechologie und den fossilen Verbrennungsmotoren fest. Dabei gibt es längst andere Lösungen: Seit 30 Jahren ist die Umstellung auf Brennstoffzellen-Antriebe ausgereift, Wasserstoff kann emissionsfrei durch Sonnen- und Windenergie hergestellt werden!

Welche Lehren können wir daraus ziehen? Als Erstes muss das Verursacherprinzip gelten: Die Verantwortlichen in den Konzernetagen und in der Regierung bestrafen und ihr Vermögen belangen! Durch den gemeinsamen Kampf muss die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, Steuerzahler und Kommunen verhindert werden! Wir brauchen eine möglichst schnelle Umstellung auf ein Verkehrssystem ohne Nutzung fossiler Brennstoffe und mit ausgebauten und kostenlosen Nahverkehr!

Der 1. Mai ist eine hervorragende Gelegenheit, um zu zeigen: Wir lassen den Kampf um den Erhalt unserer Arbeitsplätze nicht gegen den Kampf zur Rettung der Natur ausspielen. Wir brauchen beides, und zwar auf Kosten der Profite! Wir müssen das kapitalistische Übel an der Wurzel packen und eine Gesellschaft erkämpfen, in der Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen! Die Montagsdemo beteiligt sich an der Demonstration des DGB zum 1. Mai. Treffpunkt ist um 10:30 Uhr auf dem Parkplatz des Weserstadions oder ab 12 Uhr an unserem Stand auf dem Domshof. Wer beim Aufbauen des Standes helfen möchte, sollte ab 9:30 Uhr da sein.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Als Bremer Montagsdemo haben wir am **Sonntag**, dem **1. Mai 2016**, auf dem **Domshof** wieder einen . Er wird sich neben einem Essenstand auf der Seite der ehemaligen Bremer Bank befinden. Der Aufbau soll um **9:30 Uhr** beginnen, das Verteilen der Flyer und die Gespräche ab etwa

10 Uhr. Wir bitten um Unterstützung und rege Beteiligung bei der Information am 1. Mai! Helft mit und verbreitet die Aktivitäten der Montagsdemo!

Das Sammeln zur **Demonstration** am **1. Mai** beginnt ab 10:15 Uhr am **Weserstadion**. Wir treffen uns dort um 10:30 Uhr auf dem Parkplatz. Abmarsch ist gegen **11 Uhr**, die **Kundgebung** auf dem **Domshof** um **12 Uhr**.

Beim DGB in Bremen hat es ein Umdenken gegeben, und der für den **1. Mai** angemeldete **MLPD-Stand** wird nun tatsächlich auf dem **Domshof** stattfinden. Herzlich dankt die MLPD allen, die durch ihre Solidarität zu diesem Erfolg der Einheit der Arbeiterbewegung beigetragen haben, und lädt zum Besuch ihres Standes sowie zur **Maifeier** mit MLPD und „Rebell“ ein. Beginn ist um **18 Uhr** in der Gaststätte „**Postillion**“, Werderstraße 66.

Den Leidtragenden der Agenda 2010: Ihre Opfer und ihre Entbehrungen sollen nicht vergessen sein („*Deutschland sagt Sorry*“)

Warum man ohne weitere staatliche Transfers von Mindestlohn nicht leben kann



An meine sozialistischen Freunde in der Partei „Die Linke“ und an meine Freunde, die wissen, dass dringend Veränderungen in diesem Land notwendig sind! Ich bitte euch um eure Unterstützung – und ganz bestimmt nicht für mich, sondern für die vielen benachteiligten Menschen in diesem Land, denen man perverserweise seitens der Regierungsparteien auch noch einredet, sie seien selbst schuld an ihrer Lage.

Die soziale Frage zu beantworten, kann nur noch bedeuten, als Linke(r) oder überhaupt als Mensch sich für einen internationalen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus zu entscheiden. Dazu muss eine Partei, die sich „Die Linke“ nennt, die Forderungen aus dem Bundesparteiprogramm nach Abschaffung der Lohnarbeit und der Übernahme des Eigentums an den Produktionsmitteln auch öffentlich stellen, erst recht in Wahlkämpfen. Sollten diese Forderungen wider Erwarten noch nicht im Programm enthalten sein, muss man sie so schnell wie möglich

dort aufnehmen, zumal immer wieder viele Mitglieder mir gegenüber behauptet haben, diese Forderungen ständen längst dort drin.

Auch ein soziales Sofortangebot, für das man schon innerhalb dieses Systems kämpfen kann, muss man den Menschen machen – damit man sie überzeugen kann, und damit es sich für sie lohnt, „Die Linke“ zu wählen. Hierfür bietet sich ein solidarisches Grundeinkommen ohne jeden Zwang und ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung – und zwar für alle Menschen in Deutschland in gleicher Höhe – als einzige Alternative an. Nur noch auf Lohnarbeit zu setzen, verbietet sich aus folgenden Gründen:

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist seit Jahren nahezu gleich geblieben, doch die Situation auf dem (Lohn)-Arbeitsmarkt hat sich stark verändert. Während noch circa 20 Millionen Menschen in Vollzeit arbeiten und damit vier Fünftel der bezahlten Arbeitsstunden eines Jahres erledigen, müssen sich weitere 34 Millionen mögliche Erwerbsfähige das letzte Fünftel der bezahlten Arbeit eines Jahres rechnerisch untereinander aufteilen. Das entspricht circa 25 bezahlten Arbeitsstunden – im Monat.

Mit keinem Mindestlohn könnte man hiervon ohne weitere staatliche Transfers leben – es sei denn, SPD und Grüne würden den derzeitigen Mindestlohn im Prinzip versiebenfachen wollen. Da wird es Zeit, dass die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, endlich eine brauchbare Alternative für alle Menschen in Deutschland entwickelt! Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege („Die Linke“, Gegner unsozialer Politik)

Glyphosat – Wenn Babys die gleichen Missbildungen haben wie Ferkel

1. Glyphosat wandert ins Futter und somit in die Nahrungskette des Menschen. Der Dokumentarfilm „Gift im Acker – Glyphosat, die unterschätzte Gefahr“ zeigt Beeinträchtigungen bei Tieren. Nebenbei werden auch die Beeinträchtigungen des Menschen – der Babys – angesprochen. Unschwerflich wird deutlich, mit welchem Einsatz die Hersteller hier jede Kritik unterbinden, zum Beispiel mit der Drohung des Lächerlichmachens oder der Aberkennung der „wissenschaftlichen Reife“. Universitäten werden zur Beendigung der Forschung gedrängt, die Finanzie-



rungen verhindert, die Ergebnisse ignoriert. Das EU-Parlament empfiehlt nun eine Verlängerung der Zulassung um weitere sieben Jahre.

Der Präsident des „Deutschen Bauernverbandes“ ist auch Präsident der Glyphosat-Hersteller. Er sieht keinerlei Gefahr. Es ist so ähnlich wie mit der Atomkraft: Du hast Krebs, wohnst neben dem Atommeiler, aber was hat das Kernkraftwerk konkret mit deinem Krebs zu tun? Die Untersuchung der Muttermilch hat gezeigt: Das Gift ist im Körper der Menschen angekommen. Über Glyphosat im Bier wurde viel gelästert, der Ernst der Angelegenheit wurde weggelächelt.

Der Bericht zeigt, dass Glyphosat die Fruchtbarkeit beeinträchtigt. Ein Milchbauer in Bayern hat zugefüttert und gemerkt, dass seine Kühe immer „lustloser“ wurden. Die Fruchtbarkeit ist zurückgegangen. Er hat das zugekaufte Futter untersuchen lassen. Es wurde Glyphosat festgestellt. Er kauft jetzt beim Nachbarn, und die Kühe haben sich erholt. Der „Übermut“ war auch im Bild zu sehen: Die Fruchtbarkeit ist wieder da.

Ein Schweinebauer in Dänemark hat bei seinen Tieren eine verminderte Geburtenrate und Missbildungen an den Neugeborenen festgestellt. Glücklicherweise waren dies Totgeburten. Er hat ebenfalls das Futter auf „giftfrei“ umgestellt und nun gesunde Ferkel. Besorgt hat er registriert, dass mehrere Babys in Dänemark mit den gleichen Missbildungen wie seine Ferkel geboren wurden.

Ein Forscher hat erfahren, dass die Rattenversuche zum Thema Glyphosat eine Laufzeit von drei Jahren hatten. Dies entspricht der durchschnittlichen Lebenserwartung. Er weiß, dass Krebs sich aber erst später zeigt. Er zieht nun eine Langzeitstudie auf: Es zeigen sich Tumore, alle Ratten sterben an Krebs. Allerdings ist davon in den ersten drei Jahren nichts festzustellen. „Nicht wissenschaftlich“, „die falschen Ratten“, „zu wenig Tiere“? Er hat die gleichen Ratten und die gleiche Anzahl an Tieren genommen. Doch wer kommt schon gegen das Bundesamt für Risikobewertung an?

In den USA sind Böden unfruchtbar geworden, es gab Ertragsminderungen bei Sojapflanzen und neuen Pilzbeifall – egal, bloß nichts davon an die Öffentlichkeit! Der Export könnte leiden. Die Farmer sind allerdings die Dummen. Es gibt immer mehr Unkräuter, die gegen Glyphosat resistent sind. Die Nutzpflanzen werden geschädigt, das Wurzelwerk ist weniger stark ausgebildet. Die Pflanze kann schlechter Wasser aufnehmen, sie stellt das Wachstum ein. Das Stressgen der Pflanze wird geschädigt. Die negativen Auswirkungen werden mit dem Futter auf den Darm der Tiere übertragen. All dies ist bekannt.

Ein US Forscher hat diese Erscheinungen erforscht und veröffentlicht. Seine Universität hat ihm nahegelegt, etwas anderes zu erforschen. Seinem Team wurde gekündigt, die Studie zurückgezogen. Bei dieser Forschung wurden auch die Bausteine festgestellt, die zur Krebsbildung führen. Ein französischer Forscher hat die Zutaten beim Glyphosat-Mix ermittelt und eingruppiert. Es waren höchst gefährliche Stoffe darunter.

All diese Informationen hat das Bundesamt für Risikobewertung erhalten und. Sehen Sie selbst die Abwehrargumentationen im Beitrag, voll auf der Linie ihres

Chefs. Aktuell steht auf der Website ein sogenanntes Gutachten, wonach es natürlich aus Sicht des Bundesamtes nicht Neues gibt. In einem Offenen Brief an den Minister wird es auf den Punkt gebracht.

Mir fällt da noch die Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung über Genmais ein. Kurz vor der Abstimmung kam ein Anruf, und unser Minister enthielt sich weisungsgebunden. Genmais darf sich in Europa ausweiten, voll auf Linie der Kanzlerin – per Weisung, nicht per Diskussion und überhaupt nicht per Mitbestimmung!

2. Wenn die **Freihandelsabkommen** rechtskräftig werden, gibt es keine Hürde mehr für die Genveränderung. Frau Merkel hat von der Möglichkeit gesprochen, Maßstäbe zu setzen, wenn TIPP in Kraft tritt. Doch allein die Gründung eines Betriebsrats in einem Tochterunternehmen in Deutschland kann ein US-Konzern zur Schadenersatzklage treiben, weil Gewerkschaften teilweise in den USA verboten sind.

Die „Panama Papers“ führen zu keinem Amerikaner, aber insbesondere zu den großen US-Konzernen. Ansonsten hat Amerika seine eigenen Steueroasen, natürlich auch mit deutscher Nutzung. Mit TIPP wäre den Nutzern der Briefkastenfirma keine Steuer abzuringen. Alle von Wolfgang Schäuble aufgestellten zehn Punkte sind gegenüber den USA nicht durchzusetzen. Endlich sagt es auch mal ein Politiker: „Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat Teilen der Union vorgeworfen, schon lange einen stärkeren Kampf gegen Steuerflucht und Steuerbetrug zu verhindern.“

Mit TTIP wäre auch der Abdruck von Schockbildern auf Zigarettenspackungen nicht umsetzbar gewesen beziehungsweise hätte zu Schadenersatzklagen geführt. Fracking führte wieder zu Erdstößen. Bei Fracking-Verbot in Deutschland und Fracking-Genehmigung in den USA müsste Deutschland genehmigen, um Schadenersatzklagen zu vermeiden. Deutschland, heißt es, würde mit TTIP „gewichtiger“. In der Tat: Die Menschen in Deutschland würden einfach schwerer, Ursache Maiszuckersirup.

Die EU hat die Importbeschränkung aufgehoben. Mit TTIP wäre dies nicht zu heilen. Mit TTIP wäre die Verwendung nicht kennzeichnungspflichtig. Mexiko leidet darunter, insbesondere die Kinder. Die Schäden der Kinder werden beim Erwachsen mitgenommen. Mexiko wollte seine Bürger(innen), insbesondere die Kinder schützen. Mexiko musste zahlen, das Schiedsgericht hat entschieden. Geheim! Die Kinder gewichtiger und kränker.

3. „Wir Alleinerziehenden sind Anfang des 21. Jahrhunderts eine historische Massenbewegung“, hat Elisabeth bei der 565. Bremer Montagsdemonstration festgestellt und dabei unter anderem die Lücken und Tücken des Lebens aufgezeigt. Sie sind gestaltet durch unsere Politiker: Kein Land in Europa behandelt **Alleinerziehende** schlechter, etwa bei der Einkommensteuer. „Arm gemacht – Allein erziehen in Deutschland“ heißt ein ergänzender Beitrag des WDR.

Aktuell berät der Bundestag über ein Gesetz zur „Rechtsvereinfachung“ beim SGB II, die tatsächlich eine Rechtsverschärfung ist. Im ursprünglichen Entwurf war die Streichung des Zuschlags für Alleinerziehende beim ALG II vorgesehen. Warum? Alleinerziehende sind die Ärmsten unserer Gesellschaft! „Die Linke“ hat nachgefragt, wieso dies eine „Rechtsvereinfachung“ sein soll. Nun wird dieses Ansinnen gestrichen, der Alleinerziehungszuschlag weiterhin gezahlt.

Eine besondere Kröte für Alleinerziehende – und Sachbearbeiter(innen) des Jobcenters – ist die Aufteilung des Regelsatzes für das Kind entsprechend dem Aufenthalt bei den einzelnen Elternteilen: Für jeden Tag beim Vater erhält die Mutter weniger Leistung für das Kind. Hier und auch bei anderen Punkten wird erhebliche Aufwandssteigerung betrieben. Die Frauen werden mal wieder die Leidtragenden sein.

Im Beitrag des WDR wird auch dokumentiert, dass Menschen sich von der Behandlung in der Behörde herabgewürdigt fühlen. Der „Kontakt auf Augenhöhe“ wird nicht eingehalten. Wegbleiben ist allerdings eine schlechte Alternative. Die nächste Alleinerziehende wird ebenso sauergefahren. Für die Sachbearbeiter(innen) im Jobcenter ist jedes Wegbleiben eine „erfolgreiche Vermittlung in Arbeit“! Daher wird der Druck auf die Leistungsberechtigten immer weiter gesteigert.

Wer sich bereits am Anfang wehrt, bleibt meistens davon verschont, wer eine(n) anständige(n) Sachbearbeiter(in) hat, ebenso. Die neuen Hürden für Alleinerziehende und ihre Kinder hat die „Heute-Show“ thematisiert. Weitere Arbeit und Frust für die Alleinerziehenden steckt in der Größe der angemessenen Wohnung. Ein Kind braucht Platz zum Spielen und Schlafen. Obwohl die Wohnungsgröße eine Langzeitentscheidung ist, sollen auch dabei die Betreuungstage gezahlt werden!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Immer noch nicht weniger Strahlung und weniger Atomkraftwerke

Nun ist der 30. Jahrestag der Atomverstrahlung in Tschernobyl, und kein weltweiter Abbau der Kernkraftwerke ist seither geschehen. Wie giftig, wie risikoreich sie sind, wollen die Despoten von Erdogan bis zu Chinas Vorsitzendem nicht einse-

hen. Auch die deutschen Konzerne von Siemens bis Thyssen machen sich weiter mit der Atombranche die Taschen voll, ohne Versicherung natürlich. Dafür zahlt weiter der kleine Mann, der Arbeiter mit den unnatürlichen Lohnsteuern.

Bei Strahlung ist fast unverständlich, was sie für eine Ewigkeit beinhaltet. Einige Strahlungsarten dauern sogar Milliarden Jahre an, bis die Sonne sich schon zum Roten Riesen aufbläht und das Leben auf der Erde, falls es immer noch vorhanden ist, geröstet wird. Daran ist zu erkennen, wie fanatisch machtgierig politische Despoten und Diktatoren jetzt sind, so böse, und zur eigenen Moral mit einer der beiden großen Religionen gestützt. Es gibt nur eine Möglichkeit, nämlich sich selbst zu erkennen und festzustellen: „Ich bin einmalig und nie in eine Einheit zu stecken“, und dann mit der freien Presse, wenn sie noch da ist, gegen fast alles zu sein, vor allen Dingen gegen jeden Krieg und alle Rüstung.

Der Pazifismus weltweit, die Kraft der Freiheit mit der Unabhängigkeit wird es dann tun, wie damals in den Sechzigern, als es ihn schon gab, was tatsächlich in einigen Staaten Bewegung brachte. Der Mensch wird so schnell zum Werkzeug der Macht der wenigen. Das ist jetzt wieder so schlimm in der Welt und hat zu so viel Krieg und Elend geführt. Auch im Iran wird es neue Atomkraft geben, von der schönen „Gabriel-Wirtschaft“ zum Religionsstaat. Nur mehr antidemokratische Macht erwacht.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

„Dammbruch der Zensur“: Erdogan hat in Berlin per Verwaltungsgerichtsurteil erreicht, was er daheim seit Jahren erfolgreich betreibt („*Tagesspiegel*“)

Wie von der AfD gefordert: Bundesregierung will EU-Migrant(inn)en fünf Jahre lang von Hartz IV ausschließen und in die Illegalität drängen („*Junge Welt*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

567. Bremer Montagsdemo am 02. 05. 2016

Trotz Haushaltsüberschuss die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Lohnverlust abspeisen?



1. Unsere Regierung scheint uns weismachen zu wollen, ein späterer Rentenbeginn könne als Lösung für die unter Druck stehende Alterssicherung taugen. Die „Linken“-Abgeordnete Sabine Zimmermann missbilligt, dass dabei mehr als jede(r) Fünfte ein Rentenalter von 70 Jahre heute nicht erreichen, also noch vor dem verdienten Ruhestand sterben würde. Viele andere, also gerade Menschen mit niedrigem Einkommen, würden den Ruhestand nicht

lange genießen können: Absolut jede Erhöhung des Renteneintrittsalters bringe ganz besonders Geringverdienende um die Früchte ihrer Arbeit. Zimmermann kritisierte, dass schon heute ein Arbeiten in Vollzeit bis zum Renteneintrittsalte für die meisten nicht möglich sei.

Daher bräuchten wir Arbeit für Übersechzigjährige und keinesfalls eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. 2014 habe die Erwerbstätigenquote bei den 60- bis 65-Jährigen bei 52,3 Prozent gelegen – im Gegensatz zu 76,9 Prozent bei den 55- bis 60-Jährigen. Wird hier ein „sozialverträgliches Frühableben“ der Geringverdiener einkalkuliert, damit Besserverdienende und verbeamtete Lehrer(innen), Parlamentarier(innen) und andere derart Privilegierte, die nie in die Rentenkasse eingezahlt haben, noch besser und glücklicher, zufriedener vom Brutto-fast-gleich-Netto-Verdienst im Ruhestand ein hohes Alter erreichen und genießen können?

2. Wenn ich in der Zeitung lese, Andrea Nahles plane, noch in dieser Legislaturperiode eine große Rentenreform auf den Weg zu bringen, um Altersarmut zu vermeiden, dann kann ich nur Schlimmes ahnen: Sie wolle, dass das Sicherungsniveau auf heutigem Stand bleibt, was aber nur möglich sei, wenn alle „drei Säulen“ – also gesetzliche Rentenversicherung, Betriebsrente und Riester-Rente – „neu justiert“ würden. Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet habe, müsse im Al-

ter mehr als Grundsicherung erhalten. Daher solle ein Abstand zur Grundsicherung geschaffen werden.

Damit wohlhabende Ehepartner von dieser staatlichen Leistung nicht profitieren können, will Nahles eine „Partner-Prüfung“ einführen: Weil sich aus dem Rentenbescheid nicht ablesen lasse, ob jemand allein von einer kleinen Rente leben müsse oder ob diese nur eine Ergänzung des guten Partnereinkommens sei, sollen Partnereinkommen bei der Lebensleistungsrente berücksichtigt werden. Dies sei – man höre und staune – wichtig für die „Gerechtigkeit“. Sie möchte auch kleinen und mittleren Unternehmen eine Chance geben, Betriebsrenten aufzubauen, außerdem „Solo-Selbständige“ in die gesetzliche Altersvorsorge eingliedern, entweder in die Rentenversicherung oder in ein eigenständiges Versorgungswerk. Hier gehe es immerhin um zwei Millionen Geringverdiener, die nicht allein fürs Alter vorsorgen könnten.

3. Mit Warnstreiks an Flughäfen, aber auch bei der Müllabfuhr oder in Kitas hat die Dienstleistungsgewerkschaft „Verdi“ den Druck im **Tarifkonflikt** des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen erhöht. Wegen der Arbeitsniederlegungen fielen mehr als 1.000 Flüge aus, vor allem an den großen deutschen Flughäfen in München und Frankfurt am Main. Als eine absolute Frechheit empfanden viele von uns das von Bund und „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ in der zweiten Verhandlungsrunde unterbreitete „Angebot“, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit einem Lohnverlust abspeisen zu wollen, statt uns gar mit der viel propagierten „Wertschätzung“ zu begegnen.

Ihre Vorstellung von einer „Lohnerhöhung“ belief sich auf lachhafte 0,6 Prozent in diesem Jahr und 1,2 Prozent im nächsten. Vor dem Hintergrund, dass die öffentlichen Haushalte mit fast 30 Milliarden Euro einen noch nie dagewesenen Überschuss verbuchen konnten, kam dies einer Beleidigung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gleich. Damit der Abstand gegenüber der Lohnentwicklung in der Privatwirtschaft nicht noch weiter wächst und die öffentlichen Arbeitgeber zunehmend an Attraktivität verlieren, forderten wir sechs Prozent mehr Gehalt, 100 Euro mehr Vergütung für Auszubildende und Praktikant(inn)en, unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung und riefen für den 26. April 2016 alle TVöD-Tarifbeschäftigten ganztägig zum Warnstreik auf. Auch unser Haus blieb geschlossen.

Nur drei Tage nach dem Warnstreik gab es bei den Tarifverhandlungen für die 2,14 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen eine Einigung. „Verdi“-Verhandlungsführer Frank Bsirske stellte ein Gesamtpaket vor, das die Sicherung der Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, eine neue Entgeltordnung für 1.088 Tätigkeiten und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter in zwei Schritten um insgesamt 4,75 Prozent beinhaltet – 2,4 Prozent ab 1. März 2016 und 2,35 Prozent ab 1. Februar 2017. Die Ausbildungsvergütungen werden in zwei Schritten um insgesamt 65 Euro erhöht – 35 und 30 Euro ab diesen Stichtagen. Bis zuletzt hatten die Verhandlungspartner um eine Lösung für

die betriebliche Altersversorgung gerungen, die bis zu einem Drittel der Rentenansprüche ausmacht. Dabei konnte eine Rentenkürzung verhindert werden.

Wie gut, dass wir uns nach unseren Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst in Bremen und anderswo 2015 so überhaupt nicht *verarscht* vorkommen müssen und auch kein bisschen nicht ernst genommen! Wir streikten vier Wochen lang, und das Ergebnis von kaum mehr als einem Appel und 'nem Ei war in den Augen vieler nur ein oberfauler Kompromiss. „Aufwertung jetzt“ gibt es ganz offensichtlich nicht für den Erziehungsbereich. Wir werden im pädagogischen Bereich wohl nur dann für voll genommen, wenn wir im Halbschatten der anderen Sparten des öffentlichen Dienstes wie dem Nahverkehr, der Müllabfuhr, der Kindertagesstätten oder Kliniken protestieren.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ein bekanntes Geheimnis ist enthüllt



Seit mindestens zwei Jahren werden nun allein in Deutschland die Bürger von über 70 Organisationen informiert über Inhalte der Handels- und Investitionsverträge Ceta, des „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ zwischen Kanada und Europa, sowie TTIP, der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ zwischen den USA und Europa. In ganz Europa sind es inzwischen circa 240 Organisationen, die seit Mitte 2014 daran arbeiten, die Geheimnistuerei der Verhandlungspartner zu (er)klären.

In Europa und den USA wurden viele Demonstrationen, Aufklärungs- und Protestaktionen durchgeführt und Millionen von Unterschriften gesammelt, um die Verträge möglichst zu verhindern, von denen zwar jede(r) betroffen ist, aber niemand etwas wissen sollte. Seit Sonntagabend ist nun ein weiterer Meilenstein erreicht und wurde um 20 Uhr in der „Tagesschau“ verkündet: Das seit Jahren gehütete Geheimnis ist enthüllt und der genaue Verhandlungstext von TTIP öffentlich nachzulesen. Normale Verhandlungsbedingungen sind nun erfüllt, und ehrliche, konstruktive Debatten könnten beginnen.

„Greenpeace“ hatte in der Nacht von Sonntag auf Montag Textpassagen von TTIP auf das Reichstagsgebäude in Berlin projiziert, nachdem die Originalbeleuchtung verdunkelt wurde. Am Brandenburger Tor ist momentan ein gläserner Container als öffentlicher Leseraum aufgestellt, in dem der originale Wortlaut in der „Europasprache“ Englisch ausliegt. Die amerikanischen und europäischen

Vorschläge stehen direkt vergleichbar nebeneinander. Es gibt auch schon erste Reaktionen von Betroffenen wie von Befürwortern.

„Die Befürchtungen der TTIP-Gegner sind jetzt belegt“, „Nicht nur Anwälte und andere Fachleute stellen endlich fest: Die Vertragstexte enthalten Stellen, die nicht gerade demokratisch sind“, „Es ist öffentlich ersichtlich, wie weit die Positionen der Verhandlungspartner noch auseinander liegen“. Solche und ähnliche Erkenntnisse und Entdeckungen werden überall gemacht. Auch wird deutlich, dass für US-Produkte kein Vorsorgeprinzip gelten soll: Jeder darf jeden Mist produzieren und überall verkaufen, ohne nachweisen zu müssen, dass er nicht schadet. Der Mangel an einem Produkt wird erst dann vielleicht behoben, wenn ein Konsument einen Schaden belegen kann.

Das gilt besonders für Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte: Solange ein Verbraucher nicht nachweisen kann, dass gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln schädlich sind, werden sie produziert, auch wenn es sinnlos ist. Solange sie den Profit des Herstellers garantieren, sollen sie überall verkauft werden, ohne Handelsbarrieren. Eine Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen in Lebensmitteln war von Beginn ihrer Entwicklung – Mitte der 1990er Jahre – an nicht vorgesehen. Das wurde mit damaligen US-Regierungsvertretern und der „Food and Drug Administration“ so vereinbart, denn die betroffene Menschheit brauche das nicht zu wissen.

Trotz aller Euphorie über die Enthüllung von TTIP ist es wichtig zu verhindern, dass Ceta ratifiziert wird, denn es ist ein „Trojaner“. Sogar skrupellose Investoren, Wirtschaftskriminelle und sonstige Händler aus den USA werden in diesem kanadisch-europäischen Abkommen schon mit den gleichen Privilegien bedacht wie bei TTIP, wenn sie Tochterunternehmen in Kanada besitzen. Ceta wird seit 2009 geheim verhandelt und liegt seit Oktober 2014 bereit zum Unterschreiben. Da aber inzwischen Millionen Menschen über den Inhalte informiert wurden und dagegen protestieren, liegt es noch immer herum und versucht, „offiziell geheim“ zu bleiben.

Das kann es meinetwegen auch bleiben, solange es wirklich nur herumliegt. Gegen Ceta gibt es am **7. Mai 2016 ab 14 Uhr in Minden** eine weitere große **Demonstration**. Veranstalter ist ein Bündnis von 20 Organisationen. Jeder Mensch sollte sich seiner Macht als Konsument bewusst werden und solche Protestmöglichkeiten nutzen, damit wir nicht unbemerkt mit einer „demokratischen“ Wirtschaftsdiktatur untergehen, die nur noch von klagenden Investoren, skrupellosen Geschäftemachern und „armen Millionären“ regiert wird, „zum Wohle der Menschheit“.

Helmut Minkus (parteilos)

„Schande über Deutschland“: Merkel hat dem Despoten einen Künstler
„filetiert und zum Tee serviert“ („Bundesdeutsche Zeitung“)

Bremen entspannt sich: Wenn ich Selbstzerstörung betreiben will,
kauf ich mir 'ne Prinzenrolle („*Tageszeitung*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

568. Bremer Montagsdemo

am 09. 05. 2016

Neue Arbeitsplätze durch „Industrie 4.0“ nur in der Freizeitindustrie?



1. Alle Politiker, auch SPD und CDU, haben die Rente als Thema entdeckt. Die *viel zu niedrige* Rente ist in aller Munde. Viele Vorschläge werden gemacht – besonders von denen, die ihre Rentenversprechen nicht oder nur armselig gehalten haben. Die gesetzliche Rentenversicherung soll auf ein Minimum reduziert werden, so ist es im EU-Vertrag vereinbart. Die Lücke soll „eigenverantwortlich“ durch Versicherungen gedeckt werden. Die Riester-Rente und die betriebliche Altersvorsorge sollten es ausgleichen.

Dieser Ausgleich hilft, wie vorgesehen, den Versicherungskonzernen – leider *nur* ihnen, denn er ist wesentlich teurer und deckt nicht einmal den Leistungsumfang der gesetzlichen Rentenversicherung ab. Das „Drei-Säulen-Modell“ ist gescheitert. Die Lücken und die Möglichkeiten der Nachbesserung hat Ingo Schäfer von der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ aufbereitet, Stand März 2016. Der Arbeitsmarkt wird immer bunter. Die Unternehmen gehen fast alle Wege, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen.

Selbständige und Werkvertragsnehmer, die beide eigentlich Arbeitnehmer sind, zahlen keine Rentenbeiträge. Auch die öffentliche Hand trickst: Lehrer werden als selbständige Honorarkräfte sozialversicherungsfrei beschäftigt. Die Verwaltung des Deutschen Bundestags erklärt die Betreuer für Besucher zu Selbständigen und spart die Sozialversicherungsbeiträge. Die Unternehmen werden immer dreister, die Politik immer zögerlicher. Die Änderung des Werkvertragsrechts liegt vor – und liegt. Die Änderung für Leiharbeiter liegt vor – und liegt. Alle in die gesetzliche Rentenversicherung! Damit sind diese Fluchtwege erledigt.

Die Regierung erklärt einfach alle Leistungsberechtigten gemäß SGB II (Hartz IV) als nicht versicherungspflichtig. Die Bundesregierung spart Beitragszahlungen an die Deutsche Rentenversicherung, die damit kein Problem hat, weil die Ausgaben durch die Rentenkürzungen reduziert wurden und werden. Die Erwerbslosen verlieren. Betroffen sind die Ansprüche auf Erwerbsminderungsrente und auf

Kuren der Deutsche Rentenversicherung. Es gibt natürlich eine etwas geringere Rente. Hart trifft es auch die Erwerbslosen mit zu geringen Rentenzeiten.

Es fehlt in der Rentendiskussion die Feststellung, dass die Neurentner(innen) heute eine um über 25 Prozent niedrigere Rente erhalten als vor 2000 – bei gleicher Lebensleistung. Und die Rente sinkt weiter. Weiterhin wurden die Auswirkungen von „Industrie 4.0“ wurden in den Rentenplänen nicht eingebunden: Die Verzahnung von Informations- und Produktionstechnik bedeutet nach aktuellen Schätzungen den Verlust von 50 Prozent aller Arbeitsmöglichkeiten! Nachzulesen ist dies im Detail auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration.

Mein Favorit ist die Wiederbelebung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Versicherungskonzerne haben doch gezeigt, dass sie weder an auskömmlichen Prämien noch an einer vergleichbaren Deckung interessiert sind. Die Steuermilliarden sollten nicht als Dividende enden! Das Gleiche gilt für die anderen Zweige unserer sozialen Absicherung. Verträge können geändert werden – auch der EU-Vertrag!

2. Das **Freihandelsabkommen** wäre ein faktisch unveränderbarer Vertrag. Die Hürden einer Änderung sind so kompliziert und hoch, dass dies nicht gelingen wird. Ich denke noch immer an die Meinung der obersten Verbraucherschützerin in den USA: Dieser Vertrag ist schlechter als *kein* Vertrag! Nun ist es auch öffentlich, dass die USA mit massiven Drohungen eigene Ziele und Interessen durchzusetzen: „Europäische Autohersteller sollen durch TTIP einen leichteren Zugang zum US-Markt erhalten. Für eigene Verhandlungsziele drohen die USA nun, die Vorteile zugunsten europäischer Autoexporte zu blockieren.“

Wer noch unsicher ist, kann sich den Bericht über das Freihandelsabkommen der USA mit Mexiko ansehen. Dann ist er geheilt! Zu dem aktuellen Text lesen Sie bitte den Beitrag von Helmut Minkus „Ein bekanntes Geheimnis ist enthüllt“ auf der Seite zur 567. Bremer Montagsdemonstration. Alle Aussagen zu TTIP gelten auch für Ceta. Mit TTIP wäre unsere Energiewende erledigt: Die USA setzen voll auf Atomkraft. Der Meiler nahe New York läuft noch. Störfälle werden möglichst unter dem Teppich gekehrt. Wenn es dort zu einen „Tschernobyl“ kommt, ist New York Vergangenheit.

Fracking wurde eingeschränkt genehmigt, um Daten zu erheben. Nun liegen sie vor. Es gibt weitere Erdbeben an bisher vorschonten Orten. Die Entscheidung ist überfällig: Für Fracking ist kein Platz in Europa! Es entstehen nicht nur Hohlräume, es wird giftige Chemie in die Erde gepumpt. Eine Zeitbombe! Unser Wasser sollte uns mehr wert sein.

3. „Industrie 4.0“ vernichtet **Arbeitsplätze**, darüber sind sich alle einig. Ob „Industrie 4.0“ *neue* Arbeitsplätze schafft, darüber herrscht Uneinigkeit. Nur der Glaube stützt diese Annahme. Roboter können Roboter bauen. Alle Überwachungs- und Kontrollarbeiten können Roboter übernehmen. Roboter können selbständig lernen. Roboter können Gesichtsausdrücke und Situationen deuten, sie haben dafür

die passenden Worte und „Stimmung auf der Platte“. Roboter können Stadtführungen durchführen, Menschen zum Arzt oder zu anderen Terminen begleiten.

Roboter schreiben bereits heute Sportberichte, zum Beispiel für den „Weser-Kurier“. Ich sehe neue Arbeitsplätze nur in der Freizeitindustrie – allerdings nur, wenn die Weichen für entsprechende Arbeitszeitverringerung und die Abfederung durch eine auskömmliche Grundsicherung rechtzeitig gestellt werden. Natürlich geht auch die normale technische Entwicklung weiter. Flügel für Windräder wurden bisher in Handarbeit gefertigt. Jetzt wird umgestellt auf maschinelle Fertigung. Für die manuelle Fertigung wurden 50 Menschen gebraucht, für die maschinelle nur zehn. Nebenbei wird die Stückzahl erhöht. Maschinell sind höhere Produktionszahlen zu erzielen.

Der Chef von Fiat schätzt, dass er bereits in fünf Jahren selbstfahrende Autos auf der Straße hat. Aktuell ist er eine Partnerschaft mit Google für die Produktion von selbstfahrenden Autos eingegangen. Daimler hat vor einigen Monaten eine Firma für selbstfahrende LKWs gegründet. Dieser Ableger soll bereits kurzfristig Gewinn erwirtschaften. Daimler plant, die gesamte Dienstleistung zu übernehmen: Ladepläne, Tourenpläne, Wartung und Steuerung der LKWs. Die Laster gibt es bereits, die Genehmigung fürs Probefahren auch. Daimler bewirbt auch den selbstfahrenden Dienstwagen

Es gibt in Deutschland über 850.000 Menschen als Berufskraftfahrer(innen). Im Artikel „Die Regentschaft der Roboter“ schätzt der „Weser-Kurier“ am 17. April 2016 den Arbeitsplatzabbau noch drastischer ein und wirft auch Fragen zu den Folgen auf: „Wozu sind Menschen nützlich in einer Welt, die ihre Arbeit nicht braucht, und wo nur noch eine Minderheit dazu da sein wird, eine digitalisierte Wirtschaft zu begleiten?“, „Die technologische Revolution hinter dem Horizont birgt so viel Versprechen im Kampf gegen Seuchen, Klimawandel et cetera und hat so viel Potenzial, Jobs auszuradieren, die Aussichten der Mittelklasse zu verschlechtern, Ungleichheit zu verschlimmern.“

4. Bereits heute haben wir ein Überangebot an Arbeitskräften. Die Politik ignoriert das. Um eine heile Arbeitswelt vorzutäuschen, wird die Sanktionierung von „Arbeitsunwilligen“ gefordert. Der DGB hat der Beibehaltung von Sanktionen zugestimmt, wenn die „Vermittlung fair“ erfolgt und es sich um „annehmbare Arbeitsplätze“ handelt oder so ähnlich. Diese Voraussetzungen wurden und werden von den Jobcentern aber nicht erfüllt!

Sanktioniert wird überwiegend die Nichteinhaltung von Terminen oder anderen Auflagen. Damit wird willkürlich Druck auf die Erwerbslosen ausgeübt. Gegen Sanktionen kann sich jede(r) wehren. Die Sanktionierung ist Teil der Zielvorgaben für die Fallmanager der Jobcenter. Wer dadurch ein Problem hat, sollte eine Beratungsstelle aufsuchen, möglichst vor Ausfüllen des Fragebogens, oder einfach bei uns vorbeikommen.

Wir brauchen trotzdem die Neubürger, allein schon um den Schwund der Bevölkerung und die Überalterung zu vermindern. Allerdings müssen wir die Asyl-

politik wieder menschenverträglich machen. Wenn wir tatsächlich den Despoten bei der Unterdrückung helfen, wird dies auch auf uns zurückfallen.

Die **Rechtsverschärfung** zum SGB II wurde auf dem Weg gebracht und hoffentlich von den Verschärfungen befreit. Wenn dieses Gesetz unverändert verabschiedet würde, müssten die Jobcenter- Mitarbeiter(innen) für die Umsetzung viele neue Kolleg(inn)en erhalten. Hinzu kommen die zusätzlichen Mitarbeitenden für die Neubürger(innen)verwaltung. Die Abstimmung im Bundestag sollte sich möglichst jede(r) ansehen! Das Abstimmungsverhalten ist ein guter Indikator für die künftige Politik dieser Menschen und Parteien.

Wir werden uns mit den Ergebnissen kurzfristig auseinandersetzen und zwischenzeitlich mit den Änderungsvorschlägen von Sozialrechtler Harald Thomé. Immer, wenn ein Arbeitgeber bei einer Sanktionsentscheidung eingebunden ist, sollte dieser Sachverhalt vordringlich mit diesem Arbeitgeber geklärt werden, notfalls mithilfe des Arbeitsgerichts. Hier vier Meldungen aus Haralds Rundmail.

„Der Arbeitskreis ‚Frauen in Not‘ Nordrhein-Westfalen hat ein Forderungspapier zu sinnvollen und notwendigen Änderungen beim 9. SGB-II-Änderungsgesetz entwickelt. Ein besonderes Anliegen ist mir die Forderung zu § 27 Absatz 4 SGB II, nach der in der Härtefallregel für Auszubildende das Wort ‚besondere‘ vor ‚Härtefälle‘ zu streichen ist. Nach dem Wortlaut des Gesetzes soll Hartz IV dazu dienen, dauerhaft die Hilfebedürftigkeit zu reduzieren. Durch diese unnötige und widersinnig harte gesetzgeberische Vorgabe wird das Ganze zu einer Farce, denn damit werden fast alle Fälle, in denen eine Förderung angezeigt wäre, wieder aus dem Anspruch rausgekickt.“

„Es gibt weitere Stellungnahmen zum 9. SGB-II-Änderungsgesetz. So hat nunmehr das ‚Deutsche Studentenwerk‘ mit Datum vom 15. April 2016 eine Stellungnahme dazu abgegeben, in der es notwendige und sinnvolle Änderungen anmahnt. Auch gibt es eine Stellungnahme vom ‚Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit‘ zu § 16h SGB II und die dortigen Regeln für schwer zu erreichende junge Menschen mit Förderbedarf.“

„Die Rundfunkbeiträge werden entschärft, weil die Frist für einen rückwirkenden Befreiungsantrag verlängert werden soll. Wer aktuell Probleme hat, komme einfach vorbei. Die drei Jahre rückwirkende Befreiung vom Rundfunkbeitrag wird zum 1. Januar 2017 vermutlich Gesetz. Mit Hinweis auf die kommende Rechtslage ist Betroffenen jetzt schon zu raten, sich gegenüber dem ‚Beitragservice‘ auf die kommende, aber noch nicht in Kraft getretene Neuregelung zu berufen.“

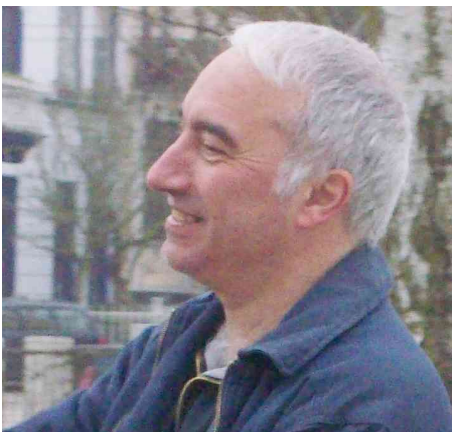
„Der Bundesgerichtshof hat nun entschieden, dass in Fällen des Vorwurfes von Sozialleistungsbetrug das zuständige Gericht selbständig zu prüfen hat, ob und inwieweit tatsächlich kein Anspruch auf die beantragten Leistungen bestand. Grade die Jobcenter erzählen nicht immer das Richtige.“

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz

und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung!
Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Keine Protestpartei, sondern ein gefährlicher brauner Sumpf



Die AfD inszeniert sich gern als „Protestpartei“ und „Alternative“ zu den Berliner Parteien. Davon sollte sich niemand blenden lassen und ganz genau hinschauen. Ihre Hetze gegen Flüchtlinge, gegen „Sozialschmarotzer“ und gegen Andersdenke ist bekannt. Man spricht relativ viel über ihr ausländischerfeindliches Wesen. Aber man muss auch sehen, dass ihr neues Parteiprogramm ein regelrechtes Gegenprogramm zur Montagsdemonstrationsbewegung ist: Wenn es nach ihnen geht, wird erst

mal das Geld für Hartz-IV-Empfänger(innen) gekürzt. Sie sind dagegen, dass es einen Mindestlohn gibt, und wollen die Lebensarbeitszeit noch weiter anheben.

Sie sind gegen erneuerbare Energien, für den Ausbau der Atomkraftwerke und für den massiven Ausbau der Bundeswehr. Die AfD sieht Frauen als „Gebärmaschinen“ an und will sie „zurück an den Herd“ schicken. Die AfD steht voll an der Seite der Reichen und will die Gewerbe- und Erbschaftsteuer gleich ganz abschaffen. Die AfD ist eine reaktionäre und faschistoide Partei, die auch politisch mehr angegriffen werden muss. Ich glaube, dass die Masse ihrer Wähler(innen) gar nicht weiß, was das für ein volksfeindlicher Verein ist.

Sie kann sich so ausbreiten, weil die rechte Politik als Regierungspolitik immer mehr gesellschaftsfähig gemacht wird. Man muss heute feststellen, dass die Forderungen der Rechten von der Bundesregierung Merkel/Gabriel Stück für Stück umgesetzt werden: Das Asylrecht wurde fast vollständig abgeschafft, der Zaun um Europa hochgezogen, damit keine Flüchtlinge mehr nach Deutschland kommen. Dazu kommt, dass die AfD in den Medien und von der Regierung gar nicht mehr als „rechte“, „undemokratische“ oder „faschistoide“ Organisationen bezeichnet wird, sondern als „normale“ Partei gesellschaftsfähig gemacht wird.

Entsprechend taucht die AfD ständig in den Talkshows auf, wo sie ihre Hetzparolen „demokratisch“ verpackt unter dem Millionen-Publikum verbreitet. Wir müssen entschieden gegen diesen Rechtsruck der Regierung protestieren! In dieser Situation wurde jetzt in Berlin ein Staatsanwalt, der Funktionär der AfD ist, zum Oberstaatsanwalt ernannt, und zwar mit Zuständigkeit für Flüchtlingsfragen

in Berlin. Das muss man sich vorstellen: Einer der führenden faschistoiden Typen in der AfD in Berlin-Brandenburg wird in Berlin zum Chefankläger ernannt!

Das zeigt doch, wie diese Leute immer mehr in den Staatsapparat eindringen. Inzwischen wurde auch bekannt, dass die AfD im Polizeiapparat in Sachsen drinhängt – sogar in der Führung der Polizei, welche die Pegida-Demonstrationen begleitet hat. Sie hat dafür gesorgt, dass sich die Polizei immer abgewendet hat, wenn jemand wegen Volksverhetzung angeklagt werden sollte. Kein Polizist war bereit, bei einer Anklage als Zeuge auszusagen. Alle Anklagen mussten wieder zurückgestellt werden.

Am vorletzten Samstag wurde gegen Antifaschisten, die sich in Stuttgart zum Protest gegen den AfD-Parteitag versammelt hatten, von der Polizei massive Gewalt angewandt. Bereits im Vorfeld gab es eine wüste Hetze gegen die geplanten Proteste. Der Polizeipräsident von Reutlingen erklärte am 27. April 2016: „Wer auf dem Messegelände negativ auffällt, wird an den Protesten sicher nicht teilnehmen können.“ Insgesamt 900 Antifaschisten wurden verhaftet, misshandelt und stundenlang unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten.

Augenzeugen berichten, dass sehr viele an den Übergriffen beteiligte Polizisten unverhohlene Sympathien für die AfD gezeigt hätten. Man bemerkt eine Veränderung in der politischen Landschaft und muss sagen: Wehret den Anfängen! Diese Kräfte sind heute raffinierter als damals die Faschisten. Momentan haben sie noch ein demokratisches Gewand, aber die Richtung ist relativ eindeutig. Wir werden hier alles tun, um solchen faschistischen Strömungen entgegenzutreten!

Harald Braun

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet wegen des Pfingstfestes erst am **23. Mai 2016** wieder ab **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt.

Der Zwang, Gernot-Peter Schulz zu sein: Hansestadt Bremen verweigert Sybill Constance de Buer die Anerkennung als Frau („*Tageszeitung*“)

„Bewusst verletzend“: CDU-Hinterbänkler trägt Böhmermanns Erdogan-Schmähgedicht im Bundestag vor („*Meedia*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

569. Bremer Montagsdemo am 23. 05. 2016

Nahles will Hartz-IV-Beziehende hungern lassen für Fehler des Jobcenters



1. Das sogenannte **Sozialkaufhaus** ist vom Lloydhof in die Violenstraße umgezogen und soll dort für wenig Geld hochwertige Secondhand-Artikel, Kleidung für Männer und Frauen sowie Wohnaccessoires, Kleinmöbel, Bücher und andere gut erhaltene Stücke im Angebot haben. Die Erlöse aus den Verkäufen sollen sozialen Projekten des „Vereins für Innere Mission“ zugutekommen. Das als „Fairkaufhaus“ bezeichnete Geschäft richtet sich mit seinem

Angebot an finanziell Arme mit dermaßen wenig Geld, dass sie sich einen normalen Einkauf in üblichen Warenhäusern kaum leisten können.

Mit der Einrichtung solcher „Sozialkaufhäuser“ oder ebensolcher „Tafeln“, wo Ausgegrenzte die abgelegten Accessoires und Kleidungsstücke beziehungsweise „abgelaufenen“ Lebensmittel einer reichen Konsumgesellschaft verbilligt erwerben können, gesteht die Politik ihre eigene Verantwortungslosigkeit sowie die Tatsache viel zu niedriger Regelsätze ein, von denen niemand leben kann. In diesem Zusammenhang ist auch ein Interview mit Professor Stefan Selke über die „Armutindustrie“ sehr aufschlussreich. „Sozial schwach“ sind Menschen ohne Anstand, Würde und Mitgefühl, aber sicher nicht Leute mit wenig Geld!

2. Im „Weser-Kurier“ las ich letzte Woche wieder einen dieser ärgerlichen Artikel über Erwerbslose, die ich persönlich nur als hetzerisch bezeichnen kann. Die Überschrift kommt ganz harmlos mit „**Jobberater** sollen sich mehr Zeit für Problemfälle nehmen“ daher. Dass die Bundesagentur Theater spielt, konnten wir uns alle schon immer gut vorstellen. In diesem Fall besucht das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Raimund Becker, die Mannheimer Arbeitsagentur in der Rolle als Arbeitsloser.

Dabei hat er in der Rolle des Erwerbslosen natürlich gleich mehrere Probleme: Er braucht eine Arbeit, weil er seine Stelle als Lastwagenfahrer verloren ha-

be, da ihm sein Führerschein wegen Alkohols am Steuer nun schon zum zweiten Mal abgenommen worden sei. Der „Jobsuchende“ könne sich auch vorstellen, wieder als Automechaniker zu arbeiten, obwohl er seine Ausbildung bereits im Jahr 1981 absolviert habe.

Auch wenn dieser Fall fiktiv ist, sei das Problem dahinter ein echtes, weil die Bundesagentur für Arbeit bundesweit immer mehr Menschen mit „komplexen Problemlagen“ verzeichne. Schon die Hälfte der zu „Kunden“ euphemisierten Arbeitslosen sei davon betroffen. Sogenannte Hemmnisse bei der Vermittlung – wie Probleme mit Alkohol oder Drogen, Schulden, Krankheiten, Schwerbehinderung – seien vielfältig. Oft gehe es auch um Menschen, die nach langer Zeit in einem Unternehmen arbeitslos werden und deren Qualifikation nicht mehr dem aktuellen, komplexeren Berufsbild entspricht.

Nachdem also den Erwerbslosen zumeist subjektives Versagen durch „persönliche Gründe“ für ihre Erwerbslosigkeit unterstellt wird, wird nun auch noch behauptet: „Die Stellen sind da, aber die Leute passen nicht drauf“. Ich wüsste gern einmal, wie denn bitte schön all die unpassenden offiziell fast drei Millionen Erwerbslosen auf nur 437.000 offene Stellen verteilt werden sollen, ohne sie dabei nicht nur bildlich „zerkleinern“ zu müssen.

Als ob es Arbeit für alle gäbe! Wir sollen mal wieder für blöd verkauft werden, wobei den Erwerbslosen ein gesellschaftliches Problem als ihr ureigenes übergestülpt wird. Aber man höre und staune: Die Bundesagentur für Arbeit möchte das Vertrauensverhältnis zwischen Erwerbslosen und ihren „Berater(inne)n“ verbessern. Dafür sollen die Klient(inn)en zum Beispiel zu Beginn ihre Daten selbst eingeben, um so besser vorbereitet in das Gespräch zu gehen, das bestenfalls gleich im Anschluss erfolgen solle.

Die Frage, wer denn schon jemandem von seinem Alkoholproblem erzähle, den er kaum kenne, ist berechtigt – und wenn diese Person sogar nach eigenem Gutdünken sanktionieren darf, erst recht. Die vielen Erwerbslosen, die ich persönlich kenne, haben ganz andere Sorgen: Wer über 35 Jahre alt ist, hat das „Haltbarkeitsdatum“ schon deutlich überschritten, und das größte Problem ist leider, dass es all die vielen Stellen überhaupt nicht gibt, auf die sich die älteren, teilweise durch Krankheit oder Schwerbehinderung eingeschränkten Menschen unter Sanktionsandrohung sinnloserweise immer wieder neu „blind“ bewerben müssen.

3. Spezialdemokratin Andrea Nahles lässt meiner Meinung nach bei der Bekämpfung der Arbeitslosen wirklich nichts aus, womit sie diese um ihre Rechte bringen kann. In der ARD-Sendung „Report Mainz“ haben Arbeitsmarktexperten Alarm geschlagen, weil die von der Arbeitsministerin geplante Hartz-IV-Reform zu einer erheblichen Verschlechterung für viele Arbeitslosengeld-II-Beziehende führen wird. Am schlimmsten betroffen werden besonders Hartz-IV-Beziehende sein, deren Bescheide fehlerhaft sind.

Obwohl der Lapsus ganz klar bei der Arbeitsbehörde liegt, sollen Leistungen künftig nur noch unter bestimmten Voraussetzungen rückwirkend geltend ge-

macht werden können. Offenbar benötigen Hartz-IV-Beziehende künftig okkult schimmernde Glaskugeln in ihren Händen, um die fehlerhaften Bescheide vorausschauend sehen und auch bereits im Voraus beanstanden zu können. Selbst wenn die Widerspruchsfrist abgelaufen ist, können Betroffene bislang einen sogenannten **Überprüfungsantrag** stellen, mit dem Fehler dann bis zu einem Jahr lang rückwirkend korrigiert werden.

Arbeitsmarktexperte Professor Stefan Sell beanstandet, dass eine besonders kompliziert daherkommende Regelung in dem Gesetzentwurf zu einer unglaublichen rechtsstaatlichen Schweinerei führt. Damit würde Hartz-IV-Beziehende etwas weggenommen, was ihnen eigentlich zustehe. Schließlich gehe es hier um Regelleistungen, die der Staat zahle, damit das Existenzminimum gedeckt sei. Hartz-IV-Beziehenden wird durch eine falsche Entscheidung etwas weggenommen, was ihnen zur Deckung des Existenzminimums zustehe. Nun seien sogar Gerichtsurteile für einen Überprüfungsantrag erforderlich. Wir alle wissen aber, wie unendlich langsam die überlasteten Mühlen Justitias mahlen.

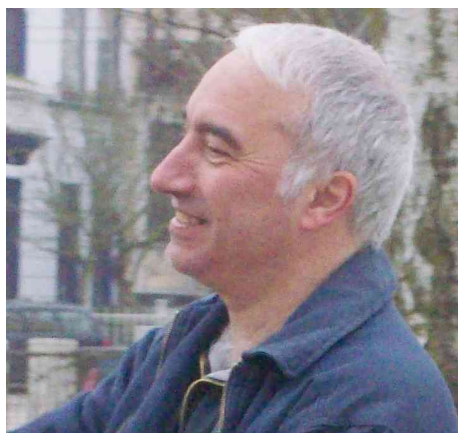
Für Sell handelt es sich um skandalösen Zynismus, wenn Hartz-IV-Beziehenden als Opfern, denen zu Unrecht Leistungen vorenthalten werden, gesagt werde: „Sorry, wir müssen aber die Jobcenter entlasten“. Offenbar haben sich Erwerbslose den schlimmsten Makel zukommen lassen, anders kann ich es mir nicht erklären, dass mit lauter Sondergesetzen, die einer Überprüfung nach dem Grundgesetz bestimmt nicht standhielten, diese Menschengruppe bis aufs Blut bekämpft wird. Auch Rechtsanwalt Dirk Feiertag aus Leipzig hält das Gesetz für einen Skandal.

In meinen Augen lügt das Bundesarbeitsministerin von Andrea Nahles ganz dreist, wenn es verharmlosend davon schwafelt, dass es sich bei den Veränderungen des betreffenden Paragraphen „nur“ um eine „klarstellende Anpassung“ der Regelung handele, die die „Rechtssicherheit“ erhöhen solle, und dass damit keine weitere Verschärfung beziehungsweise Einschränkung für die Leistungsberechtigten verbunden sei. Ungerechterweise gilt die verkürzte Frist allerdings nicht umgekehrt: Wenn Jobcenter eine „Pflichtverletzung“ feststellen, können sie bis zu vier Jahre rückwirkend dafür sanktionieren.

Diese Frist soll auch für eine neue Schikane gelten, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der „Formulierungshilfe“ ausführt. So sollen Jobcenter sollen auch Geld zurückfordern dürfen, wenn jemand „grob fahrlässig die Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten“ habe. Behörden dürfen dann etwa einem Klienten schwammig unterstellen, beim Vorstellungsgespräch nicht ausreichend „mitgewirkt“ zu haben, und ihm wegen des vermeintlich „entgangenen Lohns“ vier Jahre lang die Grundsicherung kürzen oder streichen. Bereits gewährte Leistungen, auch Gutscheine und Sozialbeiträge, müssten dann in Geld zurückgezahlt werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Merkel will keine „falschen Flüchtlinge“ aufnehmen



In der Nacht zum 19. Mai 2016 eskalierte die Situation im Flüchtlingslager Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze. Verzweifelte Flüchtlinge nutzten einen Zugwaggon als Rammbock, um die Grenze nach Mazedonien zu öffnen. Die Polizei ging brutal mit Tränengas und Blendgranaten gegen die Menschen vor. Vier Flüchtlinge und zwei Polizisten mussten verletzt im Krankenhaus behandelt werden. Die Rebellion der Flüchtlinge in Idomeni ist vollkommen berechtigt. Sie ist eine Reaktion

auf die katastrophale Situation infolge der reaktionären Flüchtlingspolitik.

Seit Monaten sitzen 54.000 Flüchtlinge in Griechenland fest. Die Flüchtlingslager sind zum Teil regelrechte Gefängnisse. Die sanitären Bedingungen, Essens- und Gesundheitsversorgung sind katastrophal. Menschen, die vor Krieg, faschistischem Terror oder Hunger geflohen sind, werden erniedrigt und wie Verbrecher behandelt. Als Reaktion auf wiederholte Fluchtversuche erklärte die griechische Regierung, das Lager in Idomeni werde bis Anfang Juni geräumt. Die Flüchtlinge würden in neue Lager in Nordgriechenland verlegt. Damit wird das Problem allerdings nur verschoben.

Unmittelbar vor ihrem Abflug in die Türkei am Sonntag verteidigte Bundeskanzlerin Angela Merkel den reaktionären Flüchtlingsdeal zwischen der EU und dem faschistoiden Erdogan-Regime. Das Abkommen sei auch „im Interesse der Flüchtlinge“, sagte Merkel, weil sie nicht mehr „in die Arme krimineller Schlepperbanden getrieben“ würden. Das ist reine Heuchelei. Es kommen lediglich nicht mehr so viele Flüchtlinge nach Deutschland, Mitteleuropa und auch nach Griechenland. An ihren Zwischenstationen jedoch verschärft sich die Lage für die geflohenen Menschen zum Teil dramatisch.

Die von „Pro Asyl“ aufgedeckten schweren Menschenrechtsverletzungen der Türkei gegenüber Flüchtlingen interessieren Merkel nicht im Geringsten. Sie will sich in erster Linie darum kümmern, dass Erdogan seinen Part im Flüchtlingsdeal erfüllt. Dies tut er bisher nicht in der Weise, wie Regierung, Monopole und EU-Bürokratie es wollen. Hier macht Merkel sich „ernste Sorgen“. Erdogan schickt nämlich im Austausch gegen die aus Griechenland in die Türkei zurückgewiesenen Menschen „falsche“ Syrien-Flüchtlinge nach Deutschland und weitere mitteleuropäische Länder.

Statt der erwarteten qualifizierten und gut ausgebildeten Ingenieure, Ärzte und Facharbeiter kommen nach internen Informationen aus Regierungskreisen, die der „Spiegel“ zitiert, „auffällig viele Härtefälle“. Es seien schwere medizini-

sche Fälle enthalten oder Flüchtlinge mit sehr niedriger Bildung. Die ganze zynische Menschenverachtung der reaktionären Flüchtlingspolitik kommt hier zum Ausdruck. Die reichen kapitalistischen Länder wollen nur gut ausbeutbare Flüchtlinge und Migranten zuwandern lassen und sie mit reaktionären Knebelparagrafen wie dem geplanten deutschen Integrationsgesetz disziplinieren. Älteren und kranken Menschen wird das Grundrecht auf Asyl abgesprochen.

Demokraten und Menschenrechtsorganisationen drängen die Bundeskanzlerin, in der Türkei gegen die undemokratische Aufhebung der Immunität der Abgeordneten der „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) Stellung zu beziehen. So forderte der HDP-Abgeordnete Ziya Pir Merkel auf, während ihres Türkei-Besuchs auch mit seiner Partei zu sprechen. Bisher ist das nicht geplant. Die HDP bezeichnete die von Merkel geäußerte „große Sorge“ als lächerlich. Tatsächlich gilt Merkels Sorge nicht den fortschrittlichen Abgeordneten und nicht dem kurdischen Befreiungskampf. Sie fürchtet die Verschärfung der Klassenwidersprüche in der Türkei: „Für die innere Stabilität jeder Demokratie ist es wichtig, dass alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen parlamentarisch vertreten sind“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert.

Hierzulande dient Merkel natürlich den Konzernen und Banken, was die Schere zwischen Arm und Reich immer größer macht. Gleichzeitig versucht sie, die Widersprüche durch schöne Verpackungen wie die „Leistungsrente“ und durch ihr neues Image als „Willkommenskanzlerin“ zu dämpfen. Das kann aber nur notdürftig verschleiern, dass die Regierung immer weiter nach rechts rückt. Merkel will eigentlich die Polarisierung vermeiden, es gelingt ihr aber nicht. In der Türkei ist sie in einem unlösbaren Widerspruch, denn sie braucht Erdogan für den „Flüchtlingsdeal“, um die Flüchtlinge von Deutschland und Mitteleuropa fernzuhalten.

Auf der anderen Seite kann sie die faschistoide türkische Regierung bei dem massiven Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und dem Vernichtungsfeldzug gegen den kurdischen Befreiungskampf und jede fortschrittliche oder revolutionäre Bewegung nicht offen unterstützen. Monopole und EU-Regierungen haben kein Interesse daran, dass es in der Türkei zu einer faschistischen Diktatur und zu einem Bürgerkrieg kommt. Das hat wirtschaftliche, politische und strategische Gründe. Gleichzeitig ist die Türkei zu einem neu-imperialistischen Land geworden, das aggressiv seine Machtansprüche in der Region ausbaut und sich dabei auch mit der EU anlegt.

Die Bremer Montagsdemo solidarisiert sich **gegen die Verfolgung der Abgeordneten und für die demokratischen Rechte der HDP in der Türkei.** Kommt zur **Demonstration am Samstag, dem 28. Mai 2016, um 14 Uhr am Hauptbahnhof!**

Harald Braun

„Versuchsanstalt für Weltuntergänge“: Beinah hätten die Österreicher(innen) einen Flüchtlingsfeind zum Präsidenten gewählt („*Tagesspiegel*“)

Alles kuschelt, einer kämpft: Mit Streiks und Blockaden will ein Gewerkschaftsführer die französischen Arbeitsmarktreformen stoppen („*Die Welt*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

570. Bremer Montagsdemo am 30. 05. 2016

Bremen müllt sich voll

Wie heißt es, wenn der Senat mal wieder ein falsches Ende zum Sparen gefunden hat und die ohnehin „asozialen“ Stadtteile, wo kaum noch jemand Rot-Grün wählt, ungeachtet aller Folgen der Verwahrlosung durch Verzicht auf Straßenreinigung der Vermüllung anheim fallen lässt? Richtig: „Bremen räumt auf“.



Da findet es die SPD natürlich großartig, wenn die Bürger(innen) ihren Dreck einfach selbst wegräumen – was aber nur in Ausnahmefällen geschieht. Deshalb hatte ich am Samstag die große Ehre, vom Gröpelinger Beiratsmitglied Muhammet Tokmak (der bei mir um die Ecke wohnt), während ich vor der Grundschule am Pastorenweg mit der Abfallgreifzange (die mir ein Nachbar geschenkt hat) die Chipstüten, Zigarettenschachteln und Coffee-to-go-Becher vom Rasen und Asphalt klaubte, aus der anhaltenden Limousine heraus seinen herzlichen Dank fürs Müllsammeln ausgesprochen zu bekommen.

Darüber haben sich schon viele gefreut, denen das aufgefallen ist. Allein in den beiden Wochen um Pfingsten habe ich in der Nachbarschaft acht Gelbe Säcke vollgesammelt, weil ich nicht mehr auf einer Müllkippe leben will. Jedenfalls hat mir Herr Tokmak nun meine Beobachtung bestätigt, dass die Vermüllung beispielsweise der Gröpelinger Heerstraße „katastrophal“ ist – und dass es in Bremen tatsächlich keine Ein-Euro-Jobber(innen) mehr gibt, die den Abfall von den Straßen und aus den Büschen picken. Mittlerweile merkt man hier deutlich, was die früher geleistet haben.

Letztens hatte ich gerade die Straße sauber gesammelt, in der ich wohne, und ging nach einer halben Stunde noch mal raus zum Einkaufen, da hatte in der Zwischenzeit ein Verschnupfter vor jedem Haus ein Papiertaschentuch fallen lassen. Halten sich Leute für rebellisch, die ihren Müll auf die Straße kippen? Kann man mit denen noch über Umweltschutz reden? Mir kommt das vor wie Revierverhalten bei Hunden: „Wo ich hinkacke, da wohne *ich*. Und ihr dürft hier natürlich auch gerne wohnen, bloß eben in meiner Kacke.“

In den Gröpelinger Grünanlagen sieht die Abfall-„Beseitigung“ mittlerweile so aus, dass alle paar Wochen der Mann mit dem großen Rasenmäher angebrummt

kommt und alles kleinschreddert, was da rumliegt. Solch ein mit mindestens Mindestlohn hoch bezahlter Maschinenführer darf natürlich nicht einfach mal eben vom Bock springen, um den Müll von der Wiese zu sammeln, bevor er sie abmäht. Darunter würde ja die Effizienz leiden – auch wenn ein potenzieller Abfallpicker, also ich, anschließend die fünffache Arbeit hat. Einen Sack Häckselmüll habe ich neulich von der Wiese am „Garden-Hotel“ gelesen. Ganz weiß und bunt hat sie ausgesehen, von fern beinahe wie ein Blütenmeer.

Die possierliche kleine Müllkippe im Gebüsch an der Haltestelle Moorstraße vor der Netto-Filiale Gröpelinger Heerstraße 117 befindet sich dagegen auf Privatgelände, was das Säubern besonders erschwert: „Der Vermieter unseres Objekts hat seit geraumer Zeit eine neue Reinigungsfirma für die Außenanlagen bzw. Parkplatz beauftragt. Wir werden das Problem mit dem Vermieter besprechen und schnellstmöglich abstellen lassen“, so die Auskunft der Netto-Zentralverwaltung Maxhütte vor nunmehr zwei Monaten. Doch warum sollte sich ein Vermieter zuständig fühlen, den herumliegenden Verpackungsmüll der Discounter-Kundschaft zu entsorgen? Inzwischen haben sich zumindest die Büsche alle Mühe gegeben, das Elend mit frischem Blattwerk zu verhüllen. Öffentliche Haushalte wie Aktionärsvermögen scheinen in Gefahr zu sein, wenn Arbeitskräfte regelmäßig Mindestlohn fürs Säubern erhielten.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

Niemand soll durch Eigeninitiative dem Dumpinglohn entgehen



1. Ein Hartz-IV-Bezieher bewarb sich auf mehrere Stellen und erhielt beständig Absagen. Noch bevor die Absagen bei ihm eintrudelten, suchte er allerdings seinen Sachbearbeiter im Jobcenter auf, um die Bewerbungskosten erstattet zu bekommen. Dieses völlig korrekte Procedere stellte sich im Nachhinein jedoch als „taktischer Fehler“ heraus, weil der Arbeitsvermittler offenbar immer genau diese Firmen angerufen hatte, um dort mitzuteilen, dass der

Bewerber nicht die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu diesen Tätigkeiten mitbringe und überdies bereits zwei Jahre lang arbeitslos sei. Auch habe er sich angeblich nur beworben, um aus Hartz IV herauszukommen – wie einem daraus ein Vorwurf gestrickt werden kann, ist mir ein Rätsel!

Der Arbeitssuchende hatte vier Arbeitsstellen selbst im Internet gefunden, dann die dafür erforderlichen Unterlagen und Zeugnisse offenbar so erfolgreich an

die Firmen gesendet, dass er sogar zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden sollte. Hier soll es sich nicht um einen Einzelfall handeln. Betreiben die Jobcenter als Arbeitslosenverfolgungsbehörden Machtspielchen, weil sich viele Arbeitslose selbst um Arbeitsstellen bemühen und keine Tätigkeitsformate von den Jobcentern annehmen? Wird dies von den Behörden nicht akzeptiert, ist Eigeninitiative unerwünscht, um Arbeitslose leichter in den **Dumpinglohnsektor** stopfen zu können?

Vielen Sachbearbeiter(inne)n scheint es auch egal zu sein, ob sie damit den Daten- beziehungsweise Persönlichkeitsschutz ihrer Klient(inn)en verletzen. Solche Machtspielchen sollen sehr weit verbreitet sein und von den Geschäftsführern noch unterstützt und mit Prämien honoriert werden. Die Jobcenter scheinen nur das Ziel zu verfolgen, arbeitslose ALG-II-Beziehende kostengünstig im Dumpinglohnsektor unterzubringen und die Statistiken aufzuhübschen.

Natürlich wurde Hartz IV als Unterdrückungsinstrument geschaffen, um das Arbeitsrecht aushöhlen und immer mehr Menschen zwingen zu können, zu niedrigsten Löhnen zu arbeiten, um den Unternehmern größtmögliche Profite zu sichern. Die unglaubliche Zunahme von Leiharbeitenden, deren Zahl sich in Niedersachsen sogar verdreifacht hat, spricht eine deutliche Sprache. Sie arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen und verdienen in der Regel weniger als die Stammebelegschaft, obwohl sie oft die gleiche Arbeit verrichten. Sie werden leider immer mehr, weil dies von der Politik offensichtlich so gewollt ist.

Durch die Hartz-Gesetze wurde die Notlage vieler Menschen noch verschärft, weil alle Hilfsbedürftigen verpflichtet sind, unabhängig von Studienabschlüssen oder anderen höherwertigen Qualifikationen jede noch so gering entlohnte Arbeit im Niedriglohnsektor anzunehmen. Die systematische Demütigung der Hilfsbedürftigen ist zweifellos ein fester Bestandteil des Hartz-IV-Systems.

2. Nach 45 Jahren schwerer Arbeit als Trockenbauer sind die Knie von Helmut Engel zerschunden, und er beantragte vor fast einem Jahr Arbeitslosengeld II. Nach drei Monaten wurde er gebeten, weitere Unterlagen wie Konto-Umsatzabfrage, Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung oder Kranken-, Rechtsschutz- und Bau-sparversicherung nachzureichen. Statt nach Einreichung der geforderten Daten den Antrag endlich zügig zu bearbeiten, bekam er weitere Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen wie Depot, Unfall- oder Lebensversicherung. Fünf Monate lang gab es nur Fragen über Fragen vom Jobcenter, doch kein Geld für Herrn Engel. Ihm wurde sogar vorgeschlagen, seine 85-jährige Mutter zu verklagen, um an den Pflichterbtteil für das Elternhaus zu kommen.

Viele Jobcenter sind unterbesetzt, und so manche(r) sich überfordert führende Sachbearbeiter(in) lässt lieber die Antragsunterlagen liegen und tut aus Angst, etwas Falsches zu tun, lieber gar nichts. Weil sich im Jobcenter offensichtlich die Fragen zu verborgenem Vermögen türmen, bekommt Helmut Engel statt Geld massive Finanzprobleme, weil er das wenige Angesparte aufgebraucht hat, um den Kredit für seine kleine Reihenhaushälfte in Schönebeck abzuzahlen. Als er

verzweifelt eine Entscheidung anmahnt, fordert die Behörde nur, seine Riester-Rente auflösen, obwohl diese zum gesetzlich geschützten Vermögen zählt.

Diese **Antragsverschleppung** und „Dauerprüfschleife“ des Jobcenters ist in meinen Augen eine einzige Schikane, um nicht zahlen zu müssen und Geld bei den Ärmsten der Armen einsparen zu können. Die tägliche Praxis, Menschen besonders im Alter ohne die ihnen zustehende finanzielle Unterstützung so lange im Regen stehen zu lassen, sehe ich als schwer existenzbedrohendes Unrecht an denen, die überhaupt noch etwas in der Tasche hatten. Es ist, als sollte niemand mehr etwas noch so Kleines besitzen dürfen, wenn er alt, krank, ausgepresst, in Neusprech, auf Neoliberal: ökonomisch nicht mehr verwertbar ist!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Gewichtige verfassungsrechtliche Fragen“: Kurz vor der geplanten Hartz-IV-Verschärfung will Karlsruhe nicht über Sanktionen urteilen („*Nachdenkseiten*“)

Doppelte Botschaft: Solange es ein Hintertürchen zur Nichtanwendung gibt, darf ein Sozialgesetz auch verfassungswidrig sein („*Wikipedia*“)

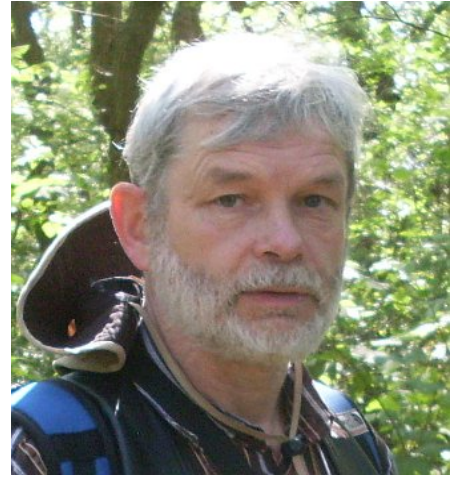
Bitte keine Textbausteine: Jobcenter müssen zum Sanktionieren künftig erklären, warum sie Paragraphen anwenden wollen, die „gewichtige verfassungsrechtliche Fragen“ aufwerfen („*Junge Welt*“)

Hunderttausende demonstrieren trotz Ausnahmezustand: Frankreich wird Polizeistaat, Deutschland schaut weg („*Tageszeitung*“)

Glyphosat in unser Essen?

Hier ein weiteres Beispiel dafür, wie wir alle von skrupellosen Multikonzernen und Geschäftemachern dazu benutzt werden, deren Gewinne weiter zu steigern. Die Politik kann uns nicht davor bewahren. Darum müssen wir uns zum Beispiel durch öffentliche Proteste auf den Straßen und Marktplätzen der Welt selbst kümmern. Nicht nur, wenn es um Geld geht, werden wir betrogen wie Hartz-IV-Beziehende, sondern mit allen Dingen, die mit Geld gekauft werden können, wenn wir nicht ständig bei allem, was wir kaufen, genau darauf achten, nicht nur wie viel es kostet, sondern viel wichtiger, was wir überhaupt kaufen.

Wir sind es gewohnt, hauptsächlich darauf zu achten, dass es für unsere Verhältnisse nicht zu teuer ist, sonst fühlen wir uns betrogen. Viel wichtiger aber wäre zu fragen, und viel schwieriger ist es herauszufinden, woraus das Produkt besteht und was darin enthalten ist. Gerade weil das so schwierig ist, besteht hierin das größte Potential, dass wir von skrupellosen Geschäftemachern betrogen werden. Hierbei geht es nicht nur ums Geld, sondern sogar um unsere Gesundheit, die leichtsinnig aufs Spiel gesetzt wird, zum Beispiel beim Kauf von Nahrungsmitteln.



Haben Sie schon mal Glyphosat gegessen? Ich selbst weiß es von mir leider nicht. Doch es ist gut möglich und kann getestet werden. Was ist Glyphosat? Es ist auf jeden Fall nichts zum Essen und hat daher in der Nahrung nichts verloren, weder in unserer noch im Tierfutter. Viele Landwirte und Tierzüchter in ganz Europa, die glyphosatbelastete Pflanzen verfüttern, stellen bei ihren Tieren immer mehr Krankheiten, Unfruchtbarkeit und Missgeburten fest.

Spätestens seit Glyphosat in menschlichen Urinproben, in Nahrungsmitteln und sogar in deutschem Bier nachgewiesen wurde, haben die meisten Leute von diesem „Pflanzenschutzmittel“ gehört, das auf deutschen Äckern schon seit 40 Jahren versprüht wird. Der Präsident des Bundesamtes für Risikoforschung in Berlin, Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel, beruhigt: Nach derzeitiger wissenschaftlicher Kenntnis sei bei „bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung von Glyphosat kein krebserregendes Risiko für den Menschen“ zu erwarten. Das Umweltbundesamt befürchtet aber gravierende Folgen für die biologische Vielfalt bei weiterer Anwendung von Glyphosat.

Massenproteste von vielen EU-Bürgern und Nichtregierungsorganisationen haben es geschafft, die Abstimmung über eine Wiedezulassung des umstrittenen Totalherbizids zu verzögern. Viele Politiker glauben eher den Glyphosat produzierenden Chemiekonzernen und den nach ihren Testvorschriften durchgeführten Ergebnissen. Gutachten anderer Institute, Erfahrungen von Landwirten und Beobachtungen beispielsweise von Bienenzüchtern werden als „unwissenschaftlich“ ignoriert. Einige Politiker sind verunsichert und wissen wie so oft nicht, was sie tun sollen. Auch das bewirkte die zweite Verschiebung der Abstimmung, die jetzt auf Montag, den 6. Juni 2016, festgesetzt ist.

Wir können nur hoffen, dass Deutschland sich nicht seiner Stimme enthält! Wir auf der Montagsdemo enthalten uns nicht. Wir als Betroffene haben auch etwas zu sagen. Wir müssen etwas sagen, denn wir alle sind betroffen. Werden wir uns darüber bewusst, denn wir sind eine starke Mehrheit! Wir haben unsere Meinung und verkünden sie hier in der Öffentlichkeit. Wir machen unsere eigenen Feststellungen und Beobachtungen, und um sie zu verdeutlichen, brauchen wir keine gekauften Institute, keine Multi-Akademiker und keine Wirtschaftskriminel-

len. Demokratische Politiker sind dafür zuständig, unsere Interessen zu vertreten.
Wir müssen ihnen nur sehr deutlich machen, was wir wollen!

Helmut Minkus (parteilos)

Aus dem Fischfutter ins Menschenhirn: Monsanto liefert auch
das Krebsgift Ethoxyquin für den Zuchtlachs („NDR“)

Bayer will Monsanto kaufen: Und anschließend Medikamente
für die Krebskranken liefern („Spiegel-Online“)

Autoritäre Anwendungen demontieren: Berechenbare Reaktion zwischen
sozialen und redaktionellen Medien stärkt Rechtsextreme („Die Zeit“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

571. Bremer Montagsdemo am 06. 06. 2016

Die Hartz-IV-Armut kommt bei fast jedem dritten Bremer Kind an



Dank einer Datenauswertung der „Linken“-Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni tritt eine bedrückende Bilanz der menschenverachtenden Hartz-Gesetze besonders deutlich hervor: Inzwischen ist rund jedes siebte Kind in Deutschland von Hartz-IV-Leistungen abhängig. In Bremen und auch in Berlin trifft dies sogar schon auf fast jedes dritte Kind unter 15 Jahren zu.

1,54 Millionen Unterfünfzehnjährige waren im vergangenen Jahr betroffen, gut 30.000 mehr als im Vorjahr. In Ostdeutschland sind insgesamt 20,3 Prozent dieser Altersgruppe von Hartz IV abhängig, in Westdeutschland 13 Prozent. Eigentlich ist es ja eher ein trauriger Witz, einen Anstieg von Kinderarmut zu erörtern, weil es unmöglich ist, von Armut der Kinder zu sprechen, ohne dass von der Armut der Eltern die Rede ist, die sich selbstverständlich unmittelbar auf ihre Kinder auswirken muss.

Zimmermann resümiert, dass sich in der enormen Anzahl der Hartz-IV-Beziehenden mit Kindern die in vielen Regionen immer noch angespannte Arbeitsmarktlage mit Niedriglöhnen und viel zu wenigen Arbeitsplätzen widerspiegelt. Sie wirft der Koalition vor, zu wenig gegen das seit Jahren bekannte Problem zu tun. Die Regelsätze für Kinder müssten erhöht werden.

Bernd Schneider, Sprecher des Bremer Sozialressorts, vermutet den Grund dafür, dass es immer wieder die Hansestadt treffe, in der Sozialstruktur der Stadt, weil es hier die höchste Quote bei den Sozialhilfebeziehenden, die nach Berlin höchste Quote bei den Alleinerziehenden und eine hohe Arbeitslosenquote gebe. Alleinerziehende und Familien mit geringem Einkommen ziehe es wegen kurzer Wege und einer sozialen Infrastruktur mit Vergünstigungen und Angeboten in die Stadt.

Schneider fantasiert, dass die Betroffenen weiter am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ins Theater oder Museum gehen könnten. Kennt er etwa weder die Preise für einen Kinobesuch und Straßenbahnfahrkarten, oder sollte er selbst gar

nicht wissen, wie unsagbar niedrig die Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind?

Für einen alleinstehenden Erwachsenen sind 404 Euro monatlich vorgesehen, für Paare oder „Bedarfsgemeinschaften“ 364 Euro, für Erwachsene im Haushalt anderer 324 Euro, für Jugendliche von 14 bis 18 Jahren 306 Euro, für Kinder von sechs bis 13 Jahren 270 Euro, für Kinder unter sechs Jahren 237 Euro. Die jeweiligen Sätze sollen für Ernährung über Strom bis hin zu Bekleidungs- und Fahrtkosten ausreichen können.

Schneider plaudert darüber, dass Bremen mit einem höheren Personalschlüssel an Schulen und Kitas in Stadtteilen mit ärmerer Bevölkerung gegenzusteuern versuche. Er erwähnt sogar, das „Bildungs- und Teilhabepaket“ werde in Bremen besonders stark ausgeschöpft. Dabei kann dieses überaus armselige „Päckchen“ den Bedarfen von Kindern tatsächlich gar nicht genügen.

Leider habe sich der Gesetzgeber für ein aufwendiges, antragsabhängiges Sach- und Dienstleistungssystem entschieden, um sicherzustellen, dass zusätzliches Geld bei den Kindern ankommt. Hier verbirgt sich meiner Meinung nach mal wieder die unverschämte Unterstellung, dass Eltern im Hartz-IV-Bezug das für ihre Kinder bestimmte Geld für sich selbst und ihre Suchtmittel wie Tabak und Alkohol ausgeben.

In Bremen gebe es seit März 2015 den „Bremen-Pass“ für Hartz-IV- und andere Sozialleistungsbeziehende, mit dem beispielsweise die Teilnahme an Vereinsleben und Musikunterricht, aber auch an Schul- und Klassenfahrten gefördert werde. Auch das kostenlose Mittagessen in Schule und Kindergarten für Kinder aus armen Familien gehöre dazu. Ich finde es überaus beschämend, lesen zu müssen, dass in diesem eigentlich sehr reichen Deutschland die Nachfrage nach solchen Angeboten nicht nur im Falle von Hartz-IV-Familien steige.

In manchen Grundschulen nehme über die Hälfte der 180 Schulkinder das Angebot wahr, was sich positiv im Unterricht auswirke, weil die Kinder konzentrierter und ruhiger seien, wenn sie gefrühstückt hätten. Wenn die Regelsätze ausreichend wären, träte dieses wenig verwunderliche Phänomen nicht zutage. In den Grundschulen zeige sich die Kinderarmut Bremens noch nicht so deutlich. Sie lasse sich höchstens am Schulranzen erkennen oder wenn die Kinder das ganze Jahr über die gleichen Schuhe trügen.

Während also die Kinderarmut steigt, können wir erstaunlicherweise gleichzeitig lesen, dass es gute Zahlen auf dem Bremer Arbeitsmarkt gebe. Die Zahl der Arbeitslosen sei auf 34.174 gesunken, 1,9 Prozent weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote liege bei 10,4 Prozent, während es vor einem Jahr noch elf Prozent gewesen seien. Im Land Bremen verfestige sich der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt.

Da ich nicht davon ausgehe, dass Erwerbslose überproportional viel mehr Kinder als erwerbstätige Eltern haben, mutmaße ich, dass es der Arbeitsagentur mal wieder klammheimlich gelungen ist, einen großen Batzen Arbeitsloser wegen Krankheit, Teilnahme an einer sogenannten Fortbildung, einer Umschulung

oder schlicht wegen des Erreichens des 59. Lebensjahres einfach nicht mehr mitzuzählen, um so die Arbeitslosenstatistik in aller Sommerfrische ein wenig aufzuhübschen.

Mit Kindern lässt sich eine Statistik noch nicht so einfach frisieren. Das kann erst später erfolgen, bei den „Jugendberufsagenturen“, wenn die Jugendlichen in Warteschleifen Karussell fahren müssen, statt eine Ausbildung machen zu können. Um zu kaschieren, dass nicht ausreichend Lehrstellen vorhanden sind, wird vielen flugs die Ausbildungsreife aberkannt.

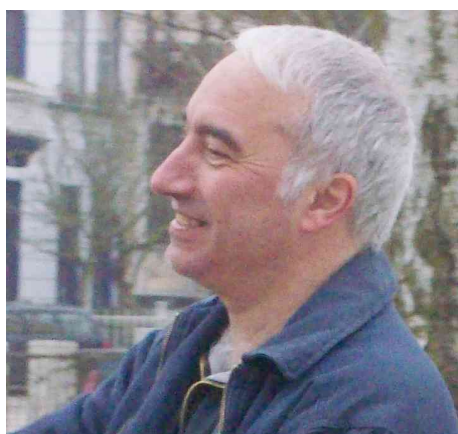
Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Protest wirkt: Sozialministerin Andrea Nahles will Kinder mit fürsorglichem Vater nun doch nicht diskriminieren („*Spiegel-Online*“)

Ein Euro wäre zu viel: Die Würde eines Asylsuchenden ist der SPD 80 Cent wert („*Süddeutsche Zeitung*“)

Statt höherer Steuereinnahmen aus dem Speckgürtel: Bremen soll bis Ende Juli noch mehr einsparen („*Spiegel-Online*“)

Unwetterkatastrophe in Deutschland und Ausbremsen der Energiewende durch die Regierung



So eine Sturzflut wie letzte Woche hat es in Bayern noch nicht gegeben. Die überflutete Fläche ist doppelt so groß wie der Chiemsee. Extremere Starkregen verwandelte kleine Bäche innerhalb von Minuten in reißende Ströme, die alles mit sich gerissen haben: Autos, Bäume, riesige Felsbrocken. Schlamm- und Gerölllawinen zerstörten Häuser und Straßen. Bislang starben sechs Menschen in den Fluten, und immer noch werden Personen vermisst. Auch in Baden-Württemberg, Mittelfranken, Nordrhein-Westfalen und Hessen kam es zu unwetterbedingten Zerstörungen.

Diese regionalen Unwetterkatastrophen sind eine riesige Tragödie für alle betroffenen Menschen und für die Natur. Sie sind Ausdruck des beschleunigten Übergangs in die globale Umweltkatastrophe. Mit dem Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid oder Methan erwärmt sich das globale Klima immer mehr

und bringt immer öfter immer heftigere Stürme und Unwetter hervor. Die Erde treibt auf einen Kollaps zu, und die Konzerne und Regierungen zerstören mutwillig unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

„Klimakanzlerin“ Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bremsen den Umstieg auf regenerative Energien aus – im Gegensatz zu ihren schönen Reden auf der „Klimakonferenz“ in Paris im Dezember 2015. Diese Politik flankiert die anhaltende umweltfeindliche Verbrennung fossiler Energieträger durch die Energiemonopole und verhindert die Schaffung von Zehntausenden neuen Arbeitsplätzen. Der Anteil des Ökostroms an der Bruttostromerzeugung soll bis 2025 auf 40 Prozent gedeckelt werden. Der gegenwärtige jährliche Zuwachs von Windkraft an Land soll mit 2.500 Megawatt auf die Hälfte begrenzt werden.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel spielt sich als Anwalt des „kleinen Mannes“ auf: Er will uns „schützen“ vor zu hohen Strompreisen durch die Zulage nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Dabei ist der ganze Zweck dieser Umlage, die entstehenden Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen. Tatsache ist, dass viele Industrieunternehmen von der Zahlung der Ökostromumlage befreit sind. Daran will die Regierung natürlich nichts ändern.

Der „Solarenergie-Förderverein Deutschland“ deckt auf, dass inzwischen mehr Geld auf den Konten der Energiekonzerne landet, wenn sie an sonnigen und windigen Tagen Kohle als Energieträger einsparen und ihre Lieferverpflichtungen mit billigen Solar- und Windstrom erfüllen. Im Gesetzentwurf wird vertreten, dass der Ausbau erneuerbarer Energien warten müsse, bis der Ausbau der Stromnetze erfolgt ist. Wir brauchen aber keine „Stromautobahnen“, sondern lokale und regionale Energiespeicher für Windkraft an Land im Norden und Sonnenenergie vor allem im Süden.

Die „Umweltgewerkschaft“ tritt für die schnelle und vollständige Ersetzung fossiler Brennstoffe durch regenerative Energien ein: Energiegewinnung vor allem aus Sonne, Wind, Wasser und Bioabfällen! Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 70 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2030 und klarer Kurs auf Absenkung des Kohlendioxidgehalts in der Luft auf 350 ppm!

Um den Kampf zu Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgreich zu führen, ist eine internationale Umweltbewegung in neuer Qualität erforderlich. Dazu möchte die „Umweltgewerkschaft“ beitragen, die am kommenden Wochenende auf einem Bundeskongress in Berlin ihr neues Programm in Berlin beschließen wird. Helmut und ich werden als Delegierte der Regionalgruppe Bremen/Oldenburg dorthin fahren und bei nächster Gelegenheit auf der Montagsdemo davon berichten. Wer sich selbst ein Bild darüber machen möchte, kann sich auf der Website der „Umweltgewerkschaft“ informieren.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Trefferquote 14 Prozent: In Bremen ein Tag Gewitterneigung,
aber eine Woche Unwetterwarnung („Die Welt“)

Duckmäusertum: Deutsche Gewerkschaften schweigen zu den
Arbeitskämpfen in Frankreich („*Neues Deutschland*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

572. Bremer Montagsdemo am 13. 06. 2016

Hartz IV bringt 80-Cent-Jobs, 30-m²-Wohnungen, Mangelernährung



1. Wenn ich den Namen Andrea Nahles höre oder lese, dann erwarte ich nichts Positives. Nun plant sie allen Ernstes **80-Cent-Jobs** für etwa 100.000 Flüchtlinge. Die ohnehin schon viel zu geringe „Mehraufwandsentschädigung“ soll noch weiter reduziert werden. Derzeit bekommen die mehr als 80.000 Ein-Euro-Jobber in Deutschland mindestens 1,05 Euro pro Arbeitsstunde, wobei dieses Geld nicht als Arbeitslohn gilt. Solche nur in absoluten

Ausnahmefällen zu einem echten Arbeitsplatz verhelfenden Ein-Euro-Jobs bringen gewöhnlich nichts weiter außer Ausbeutung und Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

Bisher erhielten Asylbewerber mit einer auf maximal sechs Monate befristeten Arbeitsgelegenheit ebenfalls 1,05 Euro pro Stunde, für die gearbeitet wird, obwohl die verhöhnende „Entlohnung“ nicht als Arbeitslohn zu bezeichnen ist. Die Regierung liefert eine ziemlich merkwürdige Begründung für dieses „Zwei-Klassen-System“ auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt: Weil die meisten Asylbewerber in ihren Gemeinschaftsunterkünften eingesetzt würden, etwa bei der Essensausgabe, entstünden ihnen nur geringe Mehrausgaben, die eine Absenkung des pauschal ausgezahlten Betrags auf 80 Cent je Stunde rechtfertigten.

War es nicht eigentlich von Anfang an das Ziel, noch mehr billige und willige Arbeitskräfte für die Wirtschaft ins Land zu holen? Ist Frau Merkel nicht deshalb so großzügig bei der Aufnahme von Flüchtlingen gewesen? Würde Humanität sonst in ein mittlerweile beinahe ausschließlich profitorientiertes neoliberales Wirtschaftssystem passen?

2. Bauministerin Barbara Hendricks will die Vorschriften drastisch reduzieren, damit mehr Wohnungen in kürzerer Zeit zu günstigeren Preisen entstehen können. Single-Boom und Flüchtlingskrise sollen nun dafür herhalten, dass der **Wohnraum** knapp werde. Dabei ist dieses Problem hausgemacht. Es hat überhaupt nichts mit den vermeintlichen „Sündenböcken“ zu tun, dass die Politiker(innen) es seit

Jahrzehnten versäumt haben, sich um die Erhaltung und Neuschaffung von günstigem Wohnraum zu kümmern.

Verträge für B-Schein-Wohnungen liefen aus, wurden weder verlängert, noch ausgebaut. Statt sich vernünftig um die Lösung dieses massiven Problems zu kümmern, will Hendricks die Vorschriften für Neubauten drastisch lockern: Autostellplätze sollen wegfallen, und wir müssten uns an 30-Quadratmeter-Wohnungen gewöhnen. Die Bauministerin behauptet, junge Berufstätige bräuchten meist nicht mehr Wohnfläche, weil sie hauptsächlich zum Schlafen in ihren Wohnungen seien.

Wenn Hendricks bereits junge Berufstätige in solche *Wohnklos* mit wahrscheinlich fensterlosen Kochnischen, ebensolchen Dusch-WCs und Klappbett einsperren und das dann zynisch als „wohnen“ hochstilisieren möchte, dann frage ich mich natürlich, was wohl erst Langzeiterwerbslosen und armen Rentnern zugemutet werden soll. Soll denen vielleicht eine Wohnungssituation wie Zehntausenden sogenannter Käfigmenschen in Hongkong zugemutet werden, deren Zuhause kaum größer ist als ein Hundezwinger, ungeschützt vor Willkür und Ungeziefer?

Wir sollen nicht vergessen, dass es Gerichtsurteile gibt, die einer Einzelperson, die auf Transferleistungen angewiesen ist, 50 Quadratmeter zugesteht. Auf wie vielen Quadratmetern Frau Hendricks selbst wohnt, das ist dem Artikel nicht zu entnehmen. Sie ist Jahrgang 1952, damit schon weit über 30 Jahre alt und könnte sich „deswegen“ großzügig den drei- bis vierfachen Platz gönnen, um in ihrem Zuhause auch leben zu können.

3. Beim Thema *Mangelernährung* denken die meisten Menschen wohl an Entwicklungsländer in Afrika oder Asien. Doch auch in Deutschland ist das Problem verbreitet: 1,5 Millionen erwachsene Deutsche sind mangelernährt. Schon vor Jahren warnten Gesundheitsexperten in Deutschland, bei Senioren sei Mangelernährung immer häufiger festzustellen. Davon betroffen seien vor allem alte und chronisch Kranke, die gern zu Hause bleiben wollten, sich aber nicht mehr so gut versorgen könnten. Bei Krankenhausaufenthalten falle auf, dass jeder vierte Patient mangelernährt sei.

Deswegen wird ein Screening nach dem Vorbild anderer Länder, wie etwa in Großbritannien, gefordert, wo Patienten auf ernährungsbedingte Krankheiten untersucht werden. Im Vereinigten Königreich warnen Mediziner schon seit langem vor Mangelernährung aufgrund der wachsenden Armut im Land. Erkrankungen, Einsamkeit, steigende Hilfsbedürftigkeit oder Altersarmut seien Gründe für verminderten Appetit, durch den sich das Risiko schwerer Komplikationen erhöht. Patienten mit Mangelernährung hätten ein deutlich höheres Risiko zu sterben oder schwere Komplikationen zu entwickeln.

Leider gibt ein „Heilpraxisnet“-Artikel nur die Hälfte des Problems wieder, denn die Armut in unserem reichen Deutschland beginnt nicht erst im Alter, sondern für immer mehr Menschen von klein auf. Die Meinung, in Deutschland müs-

se niemand hungern, gerät gewaltig ins Wackeln, weil bei uns viele Menschen an verstecktem Hunger leiden. Besonders Kinder, die in von Hartz IV darben müssen, sind betroffen, weil ihnen oft wichtige Nährstoffe fehlten. Ursächlich dafür ist aber kein Mangel an Lebensmitteln, sondern einseitige Ernährung aus Unwissenheit und – was nicht so einfach beeinflussbar ist – aus finanzieller Not sowie wegen zunehmender Industrialisierung.

Leider muss schon aufgrund des niedrigen Hartz-IV-Regelsatzes der Anspruch an Lebensmittel auf Billigprodukte minderer Qualität heruntergeschraubt werden. Dennoch geht es nicht nur darum, irgendwie satt zu werden, sondern auch darum, gesund zu bleiben. Mangelernährung kann durch fehlende Vitamine und Nährstoffe zu Wachstumsstörungen und anderen Krankheiten führen. Dies hat nicht nur Folgen für den Betroffenen selbst, sondern für die ganze Gesellschaft. Die Folgen der Mangelernährung mindern die Produktivität und steigern den Bedarf an Sozialleistungen. Ich empfinde es als Skandal, dass in Deutschland inzwischen rund jedes siebte Kind von Hartz-IV-Leistungen abhängig ist.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Donnerstag, dem 16. Juni 2016**, veranstaltet das „Bremer Netzwerk gegen Hartz IV“ um **14 Uhr** auf dem **Marktplatz** eine szenische **Kundgebung gegen die geplanten massiven Gesetzesverschärfungen**. Hintergrund ist die Verantwortung der Bremer Landesregierung, die mit ihrem Sitz im Bundesrat Einfluss auf den Gesetzesentwurf nehmen könnte.

Unter dem Titel „**Die Regierung rückt nach rechts – wir nicht!**“ lädt die MLPD herzlich ein zu einer **Veranstaltung** zur Vorbereitung ihres X. Parteitags. Sie findet statt am **Samstag, dem 18. Juni 2016**, im **Kulturzentrum Schlachthof**, Magazinboden, Findorffstraße 51. Einlass ist um **18 Uhr**.

Was man in der Türkei ungestraft sagen darf: Präsident Erdogan leidet an vorzeitigem Hochschulabschluss („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

573. Bremer Montagsdemo am 20. 06. 2016

Anständige Gehälter statt aufstockender Sozialleistungen für Dumpinglohn!



1. Während die Mainstream-Medien auf fast allen Kanälen nahezu ununterbrochen von der Europa-meisterschaft berichten, haben in den letzten Tagen mehr als zwei Millionen Franzosen auf den Straßen gegen ihre Regierung protestiert. Weil die **Arbeitsmarktreformen** von François Hollandes Regierung per Dekret am Parlament vorbei verabschiedet wurden, treibt es die Franzosen in einer Anzahl auf die Straße, von der wir hier in Deutschland nur

träumen können. Vermutlich ist das auch der Grund dafür, dass deutsche Zuschauer von diesen heftigen Protesten nur ganz am Rande unter „ferner liefen“ erfahren und dann als Bedrohung verpackt, neben Terrorgefahr und Hooligans. Gebt dem Volk Brot und Spiele und verdrängt ganz herzallerliebste die Massenproteste in Paris! Was könnte es auch Wichtigeres geben, als wie das Runde in das Eckige kommt? Wen interessiert da schon die gezielte Verbreitung von Massenverarmung in Europa, auch hier als Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getarnte Bekämpfung und massive Entrechtung von Arbeitslosen!

2. Viele Studien zeigen beständig, dass es umso schwieriger ist, einen Einstieg ins Berufsleben zu finden, je länger jemand ohne Arbeit ist. Wenn der Erwerbslose dann auch noch älter als 55 Jahre alt sein sollte, erscheint der Traum von einer neuen Stelle im Lichte unerreichbarer Utopie. Dass ausgerechnet in dieser Situation immer mehr Politiker das Einstiegsalter für den Rentenbezug auf bis zu 75 Jahre erhöhen wollen, klingt besonders absurd, da offenkundig nur sehr wenige Unternehmen bereit sind, erfahrene ältere Arbeitnehmer(innen) einzustellen. Als ob das allein nicht schon genügen würde, haben Jobcenter jedwede Fördermöglichkeiten für ältere Langzeitarbeitslose gleich komplett aufgeben und beteiligen sich vorzugsweise an den Streichorgien für Ältere und Kranke aus der Ar-

beitslosenstatistik. Stattdessen werden sie gezwungen, einer Zwangsverrentung mit hohen Abschlägen zuzustimmen.

Ich finde, wer verlangt, dass bis ins hohe Alter gearbeitet werden muss, ist auch dazu verpflichtet, so lange Umschulungsmöglichkeiten zu gewährleisten oder endlich mal der Tatsache ins Auge sehen, dass entgegen allem Rummel über den ach so entspannten Arbeitsmarkt eben nicht für alle eine anständig bezahlte, auskömmliche, zu einem passende sozialversicherungspflichtige Arbeit vorhanden ist. Statt einer weiteren **Rentenkürzung** Tür und Tor weit zu öffnen, ist die Zeit überreif für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das ein Leben mit gesellschaftlicher Teilnahme ermöglicht und nicht nur das Überleben sichert!

3. Laut „Weser-Kurier“ beschloss die Bremische Bürgerschaft letzte Woche über alle Parteigrenzen hinweg, dass der Senat im Bundesrat einen Vorstoß unternehmen solle, um ein neues Instrument zur **Beschäftigungsförderung** für Langzeitarbeitslose zu ermöglichen. Verklausuliert steht da, der Schlüsselbegriff des Projektes laute „Passiv-Aktiv-Transfer“ (PAT), womit gemeint sein soll, dass die staatlichen Leistungen der „Grundsicherung“ und Kosten der Unterkunft nicht mehr an den Langzeitarbeitslosen zu geben, sondern als Zuschuss an den einstellenden Arbeitgeber zu zahlen seien. So werde aus dem „passiven Hilfeempfänger“ ein „aktiver Erwerbstätiger“.

Diese Sprache allein ist eine Unverschämtheit. Sie unterstellt Erwerbslosen Passivität und dass sie sich nicht um angeblich existierende Arbeitsplätze bewerben würden. Ich kenne nur Erwerbslose, die händeringend nach Arbeit suchen, weil sie wieder an der Gesellschaft teilhaben möchten und natürlich – wie alle anderen auch – mehr Geld zum Leben brauchen. Obwohl diese Arbeitsplätze faktisch nicht vorhanden sind, müssen sie eine bestimmte Anzahl sinnloser Bewerbungen beim Jobcenter vorweisen, weil es sonst Sanktionen hagelt.

In Baden-Württemberg seien nach Auslaufen der staatlichen Zahlungen an den Arbeitgeber drei Viertel der Teilnehmenden in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen worden. Was auch immer das konkret bedeuten mag, da es offiziell heißt: „Zeitarbeit ist ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, bei dem der Zeitarbeiter seinen Arbeitsvertrag mit dem Personalvermittler – also dem Zeitarbeitsunternehmen – abschließt.“ Der Bremerhavener Abgeordnete Sybille Bösch (SPD) gefalle der „fiskalisch gute Effekt“, da die früheren Langzeitarbeitslosen Steuern und Sozialabgaben zahlten. Auch in Nordrhein-Westfalen und Thüringen habe es bereits erfolgreiche Ansätze für „Passiv-Aktiv-Transfers“ gegeben. Bösch behauptet, in Bremen gebe es 37.000 Menschen mit geringer Qualifikation, die einen Job suchten, denen aber nur eine sehr geringe Zahl an geeigneten offenen Stellen gegenüberstünde, die bei der Arbeitsagentur registriert seien.

Für mich ist es eine bodenlos dreiste Lüge, den in Bremen offiziell registrierten 37.000 Arbeitslosen durchweg nur eine geringe Qualifikation zu unterstellen – außer die Jobcenter erkennen ihnen einfach nach einer gewissen Zeit der Erwerbslosigkeit ihre Qualifikationen ab, um sie „besser vermitteln“ zu kön-

nen. Nun soll sich der Senat im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Gesetzgeber im Sozialgesetzbuch II die notwendigen Änderungen vornimmt, um „Passiv-Aktiv-Transfer“-Projekte flächendeckend zu ermöglichen. Der Auftrag an den Senat sei durch den Antrag der „Linken“-Abgeordneten Claudia Bernhard ergänzt worden, der es um die konkrete Ausgestaltung des „Passiv-Aktiv-Transfers“ gegangen sein soll.

Ihr sei die Sicherstellung wichtig, dass ein gefördertes, im Niedriglohnsektor angesiedeltes Beschäftigungsverhältnis ergänzende Sozialleistungen für sogenannte Aufstocker vom Jobcenter bekomme und nicht von der Kommune. Damit setzt sie sich doch nur dafür ein, dass nicht Bremen diese Aufstockungen der Dumpinglohngehälter bezahlen muss, und leider nicht dafür, dass ein anständiges Gehalt bezahlt wird! Eine wahrhaft bemerkenswerte „Neuerung“, mit der PAT-Nase drauf, dass nun weiterhin noch mehr die Niedriglöhne der Arbeitgeber auf Kosten der Steuerzahler subventioniert werden. Wenn es wirklich alles so stimmt, wie es hier steht, dann macht die „Die Linke“ gemeinsame Sache mit den Hartz-IV-Parteien und beteiligt sich an der Bekämpfung der Arbeitslosen!

Mehr lässt sich die Umwandlung vom Welfare- zum Workfare-Staat kaum vervollkommen. Dazu für solch einen Hungerlohn arbeiten zu müssen! Von Hartz IV vegetieren zu müssen, bedeutet alles andere als eine Grundsicherung, kommt mitnichten an sie heran. Dafür gibt es auch noch zu wenige, zu kleine, oft schlecht isolierte, manchmal schimmelige Wohnungen im Getto am Stadtrand, Mangelernährung kommt gratis oben drauf, „Einkäufe“ für gesellschaftlich Ausgegrenzte finden bei den „Tafeln“ und Sozialkaufhäusern statt. Für diesen Luxus soll nun auch noch gearbeitet werden? Wenn dazu diese Transferleistungen auch noch von den Arbeitgebern ausgezahlt werden, dann werden ihnen tatsächlich alle Instrumente einer Sklavenhaltung zugebilligt, und auch die Zwangsarbeit eingeführt!

Immerzu wird sich irgendein anderer Name für diesen alten, fauligen Wein in neuen Hochglanzschläuchen ausgedacht, der nur dazu führt, dass ehemalige Langzeiterwerbslose für einen Hungerlohn schufteten, aber immer noch ausgegrenzt bleiben müssen. Natürlich greifen die Betroffenen nach diesem Strohalm, wie sonst auch nach den ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs, weil Ausgrenzung durch Armut so furchtbar ist, dass nahezu alles getan wird, um diesen Zustand ein winziges kleines Bisschen abzumildern.

Wir wissen es doch alle längst, dass die Hartz-Gesetze dazu eingeführt wurden, um die Löhne zu drücken, soziale Standards abzusenken und Arbeitnehmerrechte durch diese Hintertür abzubauen, damit für Profitmaximierung bei den Unternehmern in unserer faktischen Wirtschaftsdiktatur gesorgt wird. Wenn sich „Die Linke“ daran nun auch aktiv beteiligt, darf sie sich nicht darüber wundern, dass sie immer weniger Stimmen bekommt. Wir brauen keine „SPD light“. So schafft sich „Die Linke“ selber ab!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Auflagen ungleich verteilt: Hartz IV-Novelle und Erbschaftsteuergesetz zeigen Härte gegen Arbeitslose und Milde gegenüber Vermögenden
(„*Neues Deutschland*“)

Bundesregierung berechnet: Mindestlohn reicht nicht zum Leben („*Spiegel-Online*“)

Wenn das mal keine Krise gibt: Briten koppeln das neoliberale Finanzmarktzentrum von der EU ab („*Spiegel-Online*“)

Die EU der Privilegierten

Es ist die Freizügigkeit der Banker, Ingenieure, Ärzte und vor allem der Angehörigen privilegierter Schichten und nicht die Freizügigkeit der Kassiererinnen, Putzkräfte, Friseure oder rumänischen Leihbauarbeiter zu 300-Euro-Hungerlöhnen, die im Falle der Arbeitslosigkeit nicht einmal Hartz IV bekommen sollen. Das britische Votum ist das Votum der sozialen Spaltung. Wenn ich jedoch Brite wäre, dann wäre ich für den Euro, schon allein deswegen, weil ich das Konterfei des Oberhauptes des pferdegesichtigen Räuberclans Sachsen-Coburg-Gotha alias Windsor auf den Banknoten nicht mehr sehen müsste.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Strafe für Austritt: EU verbannt Briten auf trostlose, verregnete Insel im Nordatlantik („*Der Postillon*“)

Das für den 13. August 2016 geplante **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo in den **Neustadtwallanlagen** beim Südbad muss wegen einer anderen Veranstaltung verschoben werden. Als neuer Termin vorgeschlagen wird der **3. September 2016**. Darüber wollen wir auf der nächsten Montagsdemo am 27. Juni abstimmen. Die genauere **Planung** soll nach der Montagsdemo am **4. Juli 2016** im **Seemannsheim** besprochen werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

574. Bremer Montagsdemo am 27. 06. 2016

Härte gegen Arbeitslose, Milde gegenüber Vermögenden



1. Letzte Woche haben rund 200 Eltern, Erzieherinnen und Erzieher vor dem Haus der Bürgerschaft demonstriert. Die Demonstranten wehren sich energisch gegen Pläne der Bildungsbehörde, bestehende Kita-Gruppen mit bereits 20 Kindern auf 21 oder sogar 22 Kinder zu vergrößern. Das neu gebildete „Bremer Bündnis für bessere Kita-Qualität“ aus Kita-Betriebsräten, Gewerkschaften und Elternvertretern hat zu dem Protest aufgerufen, weil kurz vor dem

Start des neuen Kindergartenjahres im August noch immer Hunderte Kita-Plätze fehlen und die Bildungsbehörde – selbstredend nur als Notlösung und niemals für immer! – auch Gruppen mit 21 oder 22 Kindern geben soll.

Viele Erzieherinnen wiesen darauf hin, dass sie schon seit Jahren für kleinere Gruppen kämpfen und nun stattdessen noch eine Vergrößerung der Gruppen hinnehmen sollen. In Bremen gibt es jedes Jahr aufs Neue mehr Kinder als Betreuungsplätze. Wenn die Bildungsbehörde nun schon Wohnungen anzumieten und Container aufzustellen gedenkt, um darin Kindergruppen betreuen zu lassen, dann scheint in den vergangenen Monaten und Jahren bei der Planung neuer Kitas etwas Grundlegendes schief gelaufen zu sein.

Kleine Kinder fallen bekanntlich nicht plötzlich vom Himmel, und ihre Geburt wird nicht nur von den Eltern freudig aufgenommen, sondern auch von der Statistik erfasst. Wenn Bremen jedoch Neubaugebiete ohne **Kindergärten** in der Nähe entstehen lässt, ist das Problem vorprogrammiert. Die Elternvertreter weisen darauf hin, dass derzeit die meisten Plätze nicht etwa für die Kleinsten im Bereich unter drei Jahren fehlen, sondern für dreijährige Kindergartenkinder. Wenn weiter zu wenig Kitas gebaut werden, komme die Bildungsbehörde allmählich in Erklärungsnot, weshalb es trotz zahlreicher Vorschläge vonseiten der Kita-Träger noch immer an Betreuungsplätzen fehle.

Wie gut, dass die Behörde auf 21 oder 22 Kinder in einer Kita-Gruppe nur „zeitlich befristet und in Einzelfällen“ setzen wolle! Schade nur, dass wir das so nicht ganz glauben können. Gilt die „Einzelfallregelung“ zunächst bis 50, 60 oder

erst ab 70 Prozent nicht mehr als solche, muss erst dann von einer „flächendeckenden Nutzung“ gesprochen werden? Sobald die „magische Grenze“ von 20 Kindern überschritten wird, kann sich doch jede(r) an einer Hand abzählen, dass ein kaputt gespartes kleines Bundesland diese errungenen Pfründen nach drei Jahren bestimmt nicht wieder zurückzunehmen gedenkt. Ich würde die Politiker gern mal in unsere für 20 Kinder schon jetzt viel zu kleinen Räume einladen und sie dann fragen, wie und wo hier, ganz pragmatisch, 21 oder 22 Kinder spielen, basteln, malen und essen können sollen.

Von der Qualitätsverschlechterung durch solch eine Überbuchung gerade in den finanziell benachteiligten Stadtteilen rede ich noch gar nicht. Wenn wir von Bildungssenatorin Bogedan dazu aufgefordert werden, Quantität vor Qualität zu setzen, dann frage ich mich, warum Bremen überhaupt einen Rahmenbildungsplan erstellen ließ. Diesem fühlen wir uns natürlich verpflichtet, aber unter solchen Bedingungen ist er nicht durchführbar. Welche Bestandteile sollen wir denn jetzt weglassen? Sollen wir nur noch auf die Kinder aufpassen, eben auf das Nötigste gucken? Auch die „Zentrale Elternvertretung“ warnt davor, dass die Unterstützung für Kinder mit Förderbedarf im Alltag auf der Strecke bleiben könnte, Arbeit in Kleingruppen kaum noch möglich wäre und Erzieherinnen gesundheitlich immer stärker belastet würden.

2. Es nervt so richtig und macht auch wütend, dass die Wartezeiten beim Bremer **Stadtamt** länger und länger werden. Kunden sind zunehmend verärgert, wenn es „Ewigkeiten und drei Jahre dauert“, einen Reisepass zu verlängern. Eine Trauung noch in diesem Sommer, bei zehn Wochen Wartezeit allein für eine Geburts- oder Sterbeurkunde? Was macht die Politik, da doch akuter Handlungsbedarf besteht? Der „Weser-Kurier“ schreibt, Innensenator Ulrich Mäurer und Stadtamtsleiterin Marita Wessel-Niepel wollten mit diversen Maßnahmen die personellen Engpässe ausgleichen, doch nun stelle sich der Personalrat des Stadtamtes quer und lehnte Punkte wie studentische Hilfskräfte, Leiharbeiter und Unterstützung aus der Finanzbehörde ab.

Ich finde die Überschrift des Artikels „Personalrat blockiert Hilfe für Stadtamt“ völlig falsch gewählt und die Tatsachen verdrehend. Schließlich verlangt der Personalrat, was schon lange beschlossene Sache ist, dass Bremen nämlich feste Kräfte einstellen muss. Dazu weist er auf die „Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst“ hin, wonach es in diesem Bereich keine prekäre Beschäftigung geben darf. Der Personalrat macht hier nichts anderes, als ureigene Belange zu wahren. Für die Erfüllung seiner Aufgabe als Blockierer hingestellt zu werden, ist doch das Allerletzte!

Bremen scheint hier ungestört „Bockmist“ bauen zu wollen, um kurzfristig Geld einsparen zu können. Warum sonst versucht das Stadtamt, zum Abbau von Spitzenbelastungen in der Behörde während der Ferien- und Urlaubszeit Leiharbeiter und studentische Hilfskräfte einzusetzen? In zwei Versammlungen des Personalrates wurden diese Lösungsvorschläge, die personelle Engpässe ausglei-

chen sollen, abgelehnt. Wenn nun Kollegen aus der Finanzbehörde die einfacheren, nicht so zeitintensiven Fälle wie Meldebescheinigungen übernehmen, würde sich die Taktung der Stadtamtsmitarbeiter erhöhen und verdichten, da sie mehr aufwändige Arbeiten zu erledigen hätten.

Dabei gehe es auch um die Gesundheit der Mitarbeiter. In der „Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst“ stehe zudem, dass arbeitsmarktpolitische Beschäftigungsmaßnahmen nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zulässig seien. Dabei müsse es sich um „zusätzliche Arbeit“ handeln, wohingegen beim Stadtamt die Regelaufgaben angestiegen seien. „Es darf keine prekären Beschäftigungen im öffentlichen Dienst geben“. Deshalb habe der Personalrat Leiharbeiter und studentische Hilfskräfte abgelehnt.

3. Der Bundestag ließ die Sitzungswoche mit der Verabschiedung von Gesetzen zu Arbeitslosen sowie reichen Firmenerben enden, wobei die Gesetze zweierlei Maß zeigen, nämlich Härte gegen Arbeitslose und Milde gegenüber Vermögenden – ganz im Sinne der Neoliberalen. Die **Hartz-IV-Novelle** dient angeblich der Vereinfachung, der Erleichterung der Arbeit für die Verwaltung und der kundenfreundlichen Mitwirkung der Betroffenen. Dafür fanden die sogenannten Experten der Großen Koalition nur Lob. Die Opposition stimmte gegen die Reform und warf der Regierung vor, Betroffene schlechterzustellen.

„Linke“ und Grüne forderten in eigenen Anträgen, die Sondersanktionen für Hartz-IV-Bezieher unter 25 Jahren abzuschaffen. Ihnen können die Leistungen für Lebensunterhalt und Wohnung in zwei Schritten bis auf null gekürzt werden, wenn sie die ihnen auferlegten Pflichten verletzen, was in keinem Verhältnis zur Größe des „Delikts“ stehe. Das Gesetz muss allerdings noch die Hürde des Bundesrates passieren. Die Hartz-IV-Novelle wurde von der „Diakonie Deutschland“ wegen der darin unveränderten Sanktionen kritisiert, weil sie gravierende Auswirkungen für die Arbeitslosen hätten. Wer sich nicht in schlecht bezahlte Jobs vermitteln lassen wolle, müsse mit Leistungskürzungen rechnen.

Obwohl die Arbeitslosigkeit abnehme, steige die Armut weiter. Es motiviert natürlich ungemein, in den „Club der Aufstocker“ aufsteigen zu dürfen! Nach Auffassung der Opposition legen Union und SPD gegenüber ohnehin Benachteiligten wie jungen Erwerbslosen unverminderte Strenge an den Tag, während sie den vermögenden Teil der Gesellschaft mit ungerechtfertigter Schonung behandeln. Nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende 2014 wesentliche Teile der bislang gültigen Steuervergünstigungen für Unternehmenserben gekippt hatte, war eine Neuregelung der Erbschaftsteuer nötig geworden.

Der erreichte Kompromiss sieht nun vor, dass für Unternehmen mit maximal fünf Beschäftigten besonders niedrige bürokratische Hürden für eine Steuerbefreiung gelten. Auch gibt es neue Grenzen für Erben, denen ein besonders großes Vermögen hinterlassen wird, zudem Stundungsmöglichkeiten für die Steuerzahlung, steuerliche Begünstigung von geplanten Investitionen. Selbstredend ändert der Gesetzesbeschluss überhaupt nichts daran, dass im neolibe-

ralen Deutschland Superreiche weniger besteuert werden als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Auch dieses Gesetz vergrößert die Ungleichheit zwischen Betriebs- und Privatvermögen.

Die „Linken“-Vorsitzende Katja Kipping bringt die Kluft im Umgang mit Benachteiligten und Superreichen auf die Palme. Sie findet es „mehr als beschämend“, dass Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles gegenüber Finanzminister Wolfgang Schäuble nicht einmal durchsetzen konnte, einen Umgangsmehrbedarf für arme Trennungskinder im Hartz-IV-Bezug festzulegen. Bei diesen werde geknausert und gespart wie verrückt, während sich CDU und SPD am Freitag bei der Erbschaftsteuer gegenüber Millionenerben großzügig und in Spendierlaune zeigten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Gemütliches Österreich: Bundespräsidenten-Stichwahl muss wegen über-eilter Stimmenauszählung wiederholt werden („*Neues Deutschland*“)

Sicherer Atomstrom aus uralten belgischen Kernkraftwerken?



In einigen Medien und im allwissenden Internet haben wir in den letzten Tagen viel über den traurigen Zustand belgischer Atommeiler erfahren. Belgiens „große“ Nachbarländer produzieren so viel überschüssigen Strom, dass sie das kleine Land mitversorgen könnten. Trotzdem gibt es hier sogar zwei Kernkraftwerke mit Namen Doel und Tihange. Letzteres ist bereits 40 Jahre alt und liegt nur 70 Kilometer von Aachen entfernt.

Doch niemand braucht sich Sorgen zu machen, denn Jod-Tabletten werden bereits verteilt, und einen Tsunami wird es dort nicht geben. Die Kernkraftwerke werden jedoch dringend gebraucht, um die Autobahnen zu beleuchten. Das dient der Sicherheit, denn belgische Autobahnen sind so marode wie ihre Atommeiler. Verrückter ist es nicht mehr möglich. Am besten zuerst die Kernkraftwerke abschaffen, dann die Autobahnen samt Beleuchtung!

Doch bleiben wir in unserem Heimatland, denn hier gibt es auch noch acht Atommeiler abzuschalten. Das Zeitalter von Glühbirnen und Irrlichtern muss endgültig vorbei sein! Schalten wir alle unsere sparsamen geistigen Leuchtdioden ein und sagen wir unseren Politikern, wie sie mit wirtschaftskriminellen Atomstromern

umgehen sollen. Der Atomausstieg in Deutschland ist beschlossen. Es wird keinen Aufschub mehr geben. Eine echte Energiewende muss entschlossener und zügiger umgesetzt werden als bisher geschehen, europa- und weltweit.

Unterstützen wir unsere Nachbarn dabei, denn wenn ihre Jodtabletten versagen, wird es uns in Deutschland ebenfalls schlechter gehen. So gibt es bei unseren französischen Nachbarn noch 53 Kernkraftwerke, viele liegen an der Grenze, auch nach Deutschland. Das „Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien“ sagt voraus, der im Jahr 2016 in Deutschland produzierte Atomstrom-Anteil werde der niedrigste seit Beginn der 1980er Jahren sein. Das ist zwar erfreulich für uns, muss aber weltweit gefordert werden.

Eine weitere Möglichkeit, schnellstens den Atomdreck abzuschaffen, ist es, die Kernkraftwerke auszusingen. Da sind wir sehr optimistisch, das haben wir hier an dieser Stelle schon manchmal getan. In Deutschland hat es gewirkt! Singen wir also weiter, sodass es auch unsere Nachbarn hören. Sie werden mit einstimmen und ihre Atommeiler selbst wegsingen. Wir beginnen mit dem uns bekannten Lied. Atomkatastrophen und Gesang kennen keine Grenzen! Ich hoffe, unsere Lieder werden sie überwinden.

Helmut Minkus (parteilos)

Das für den 13. August 2016 geplante **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo in den **Neustadtswallanlagen** beim Südbad muss wegen einer anderen Veranstaltung verschoben werden. Als neuer Termin wird der **3. September 2016** vorgeschlagen. Die genauere **Planung** soll nach der Montagsdemo am **4. Juli 2016** im **Seemannsheim** besprochen werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

575. Bremer Montagsdemo am 04. 07. 2016

Statt Ein-Euro-Jobs: Benötigte Arbeitskräfte fest einstellen!



1. Das Bundessozialgericht in Kassel urteilte jüngst, das Jobcenter dürfe die Kosten der Unterkunft nicht dauerhaft nur in bisheriger Höhe bezahlen, wenn Hartz-IV-Beziehende ohne Zustimmung der Behörde umgezogen sind. Auch bei ungenehmigten Umzügen dürften die Jobcenter die **Mietkosten** nicht einfach einfrieren, sondern müssten die Kosten anpassen, damit auch die ungenehmigt Umgezogenen von einer Anhebung der Grenze der als angemessen geltenden Wohnkosten profitieren können. Laut Sozialgesetzbuch müssen sich Hartz-IV-Beziehende vorab eine Zustimmung beim Jobcenter einholen, wenn sie in eine teurere Wohnung umziehen wollen. Wird dies versäumt oder die Zustimmung verweigert, bezahlt das Jobcenter auch nach dem Umzug die Unterkunftskosten nur in bisheriger Höhe.

Im konkreten Fall war ein Arbeitsloser aus Sachsen-Anhalt bereits 2009 ohne Zustimmung des Jobcenters umgezogen und bekam infolgedessen die Kosten der Unterkunft nur in bisheriger Höhe bewilligt. Die Kasseler Richter entschieden, dies sei zunächst zwar rechtmäßig gewesen, die Deckelung dürfe aber nicht „statisch“ sein. Sie verwiesen dazu auf die im Laufe der Zeit steigenden Mietkosten (Aktenzeichen: B4 AS 12/15 R). Mir ist schon häufiger berichtet worden, dass sich manche Jobcenter dermaßen lange Zeit mit der Genehmigung einer Wohnung ließen, bis es dem Vermieter zu bunt wurde und er die Wohnung deswegen anderweitig vermietete. Gerade in Zeiten akuter Wohnungsnot müssen sich Hartz-IV-Beziehende manchmal überlegen, ob sie so lange warten können.

2. Auch auf dem Energiemarkt hat sich eine Zweiklassengesellschaft herausgebildet. Menschen mit geringem Einkommen können sich die steigenden **Strompreise** nicht leisten, und immer öfter wird ihnen – mit verheerenden Folgen – der Strom abgestellt. Nachdem ein Energieversorger einem 76-jährigen Mann in Brakel im Dezember 2015 den Strom abgestellt hatte, wurde er eine Woche später tot vor seinem Ofen liegend gefunden. Der Greis hatte versucht, seinen alten Ofen

anzuheizen und dabei eine Rauchvergiftung erlitten. In einem anderen Fall starb ein Ehepaar aus Niedersachsen, dem ebenfalls der Strom abgestellt wurde, an einer Kohlenmonoxidvergiftung, weil beide die Abgase ihres Notstromaggregates einatmeten.

Im Jahre 2012 mussten vier Kinder sterben, als im Dachgeschoss eines Wohnhauses ein Brand ausbrach. Weil auch dieser Familie der Strom abgeschaltet worden war, hatten die Eltern Kerzen zur Beleuchtung angezündet. Dieses Jahr erstickte in Bremen ein 19-jähriger Flüchtling, als er Wasser auf einem Grill erhitzte. Zuvor war ihm der Strom abgestellt worden. Das sind „nur“ einige wenige Beispiele dafür, welche entsetzlichen Folgen es haben kann, wenn Haushalten Strom oder Gas abgestellt wird. 2014 gab es bundesweit für immerhin 352.000 Haushalte Stromsperren.

Weil in Deutschland die Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energien mit Vorliebe auf dem Rücken der privaten Haushalte abgeladen werden, sind die Stromkosten in den letzten fünf Jahren massiv gestiegen. Nun stehen auf der einen Seite jene, denen die Preissteigerungen keine weiteren Sorgen bereiten, weil sie über genügend Geld verfügen, um höhere Strom- und Heizkosten zu zahlen, und sie sich die Anschaffung neuer energieeffizienterer Geräte leisten können. Auf der anderen Seite stehen die Haushalte mit dem kleinen Portemonnaie, denen schon geringe Preissteigerungen große Löcher in ihr finanzielles Budget reißen, und die keine Chance zum Gegensteuern haben.

Obwohl ärmere Haushalte ohnehin sparsamer beim Stromverbrauch sind als der Durchschnittshaushalt, können sie durch Konsumverzicht kaum Einsparungen erzielen. Einkommensschwache Menschen müssen sehr oft in Wohnungen mit unzureichend isolierten Wänden, Fenstern und Dächern leben und können keine energiesparenden Elektrogeräte angeschafft werden. Der Anteil, der beim Arbeitslosengeld II für Strom und den Mehrbedarf für die Warmwasserbereitung „berechnet“ wurde, ist ohnehin haarsträubend viel zu niedrig angesetzt, sodass den betreffenden Haushalten je nach Größe bei durchschnittlichem Verbrauch bis zu über 280 Euro im Jahr fehlen. Theoretisch ist es möglich, durch gezielten Wechsel des Energieanbieters und die Wahl günstiger Tarife einiges an Geld zu sparen. Wie so oft sind Erwerbslose aber auch hier häufig die Ausgeschlossenen.

Wenn der Energieversorger Zweifel an der Zahlungsfähigkeit seines Kunden hat, wird er keinen Vertrag mit ihm abschließen wollen. Strom ist eine Ware geworden, die zwischen Anbieter und Kunden gehandelt wird, aber eben auch nicht mit allen, deren Bonität durch eine Abfrage bei der Schufa nicht bestätigt werden konnte. Weil das Abschalten vom Strom bei armen Menschen „barbarisch“ sei, forderte der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ zuletzt im November 2015 Bundesministerin Andrea Nahles auf, umgehend für die Übernahme der tatsächlichen Stromkosten in den Haushalten zu sorgen. Gerade bei kleinen Kindern sowie alten, kranken oder behinderten Menschen sei diese Praxis nicht hinnehmbar. Stromkosten für Beziehende von Hartz IV und Grundsicherung sollten künftig

nicht mehr im Regelsatz pauschaliert werden, sondern wie die Wohn- und Heizkosten direkt und in voller Höhe übernommen werden.

3. Sozialarbeiter Stephan Karrenbauer ist wütend darüber, wie die Stadt Hamburg osteuropäische **Obdachlose** schikaniert. Weil es viel zu wenige Übernachtungsplätze gebe, kampierten viele Menschen in Parks und auf öffentlichen Plätzen. Die Stadt antwortet mit Vertreibung, während Sozialarbeiter, „Diakonie“ und „Caritas“ eine menschenwürdige Unterbringung fordern. Der Pressesprecher des Bezirksamts Altona, Martin Roehl, begründete die Vertreibung mit Beschwerden von Anwohnern und Parkbesuchern über laute Musik, Bettelei und Vermüllung. Es wurde offenbar mit solcher Klischees bedienender Berichterstattung reichlich Stimmung gegen die Wohnungslosen gemacht, um eine Räumung zu rechtfertigen.

Ein Filialleiter beklagt, die Diebstähle in seinem Laden hätten sich verdoppelt. Der „klassische deutsche Obdachlose“ werde gegen die sogenannten Armutsflüchtlinge aus Osteuropa ausgespielt. Nach Schätzungen gebe es in Hamburg etwa 2.000 Obdachlose, aber nur rund 400 Schlafplätze. Mit dem Auslaufen des städtischen Winternotprogramms landeten fast 900 Menschen wieder auf der Straße, von denen etwa 500 bis 600 aus osteuropäischen EU-Staaten kommen. Wenn die Osteuropäer bei ihrer Arbeitssuche scheitern, landen sie ohne Wohnung und Job auf der Straße. Ihnen bleibt nur noch der „Arbeiterstrich“, wo sie sich für Stundenlöhne von vier, fünf Euro auf dem Bau oder in der Gastronomie verdingen könnten.

Im Gegensatz zu Asylbewerbern oder deutschen Obdachlosen würden EU-Bürgern nicht nur in Hamburg staatliche Leistungen vorenthalten, weil die Kommunen einen „Zuwanderungssog“ befürchteten. Als ob solche eklatanten Missstände nicht schon völlig ausreichen würden, setzt die Stadt Hamburg wohl noch einen drauf. Letzte Woche warf die hansestädtische „Linken“-Bürgerschaftsabgeordnete Inge Hannemann dem Senat vor, Hartz-IV-Beziehende als „Patrouille gegen noch Schwächere“ missbrauchen zu wollen. Der Senat bestreitet selbstredend solche Vorwürfe. Die „Stadtreinigung Hamburg“ beschäftige zwar Erwerbslose in „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigung“, die jedoch nur für „zusätzliche“ Reinigungsarbeiten eingesetzt würden, um die Sauberkeit der Stadt zu verbessern. Wie viele Ein-Euro-Jobber dort beschäftigt sind, ließ der Senat hingegen offen.

Ich wüsste gerne mal, wodurch sich der normale Schmutz von „zusätzlichem“ Dreck unterscheidet. Sonst wären diese „zusätzlichen“ Reinigungsarbeiten von ganz normaler Reinigung nicht zu unterscheiden und würden diese mit absolutem Lohndumping konkurrenzlos unterbieten, was wegen Arbeitsplatzvernichtung untersagt ist. Inge Hannemann beklagt, dass schwer beeinträchtigte Menschen ohne Bleibe, unter denen sich auch Alkohol- und Drogenabhängige befinden, sowie osteuropäische Tagelöhner seit Langem regelmäßig von Stadtmitarbeitern vertrieben würden. Die „Hamburger Morgenpost“ habe sogar in einem Video do-

kumentiert, wie Ordnungshüter Obdachlosen Platzverweise erteilten, wobei Ein-Euro-Jobber(innen) Obdachlose vertreiben sollten.

Im Widerspruch zur aktuellen Antwort des Senats bestätigte der Altonaer Bezirkssprecher Martin Roehl, dass man sich in entsprechenden Verhandlungen mit einem Beschäftigungsträger für Ein-Euro-Jobs befinde. Hannemann kritisiert die ausweichenden Antworten des Senats auf den Vorwurf, Obdachlose zu vertreiben, ohne genügend Hilfen anzubieten. Augenscheinlich sei hier niemand persönlich zuständig oder habe sich gar zu verantworten. Die Abgeordnete befürchtet außerdem, solche Maßnahmen würden möglicherweise unter der Hand vergeben. Es sei ein Skandal, wenn Ein-Euro-Jobber(innen) gegen Obdachlose vorgehen sollten. So spiele man „unten“ gegen „ganz unten“ aus. Hannemann forderte die städtischen Betriebe auf, keine Ein-Euro-Jobs mehr zu vergeben und benötigte Arbeitskräfte fest einzustellen.

4. Die Bundesregierung plant offenbar dauerhafte **Ein-Euro-Jobs** für Hartz-IV-Beziehende. Wer in zehn Jahren mindestens neun von Hartz-IV vegetiert hat, soll in Zukunft erneut und immer wieder für zwölf Monate in Ein-Euro-Jobs schuften „dürfen“. Bisher „durften“ langzeiterwerbslose Transferleistungsbezieher in fünf Jahren nicht länger als 24 Monate solche Billigstarbeiten verrichten, angeblich, damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht sinken. Dabei weiß doch fast jede(r), dass sie eben genau das bewirken. „Die Zeit“ kommentiert: „Die Arbeitsmaßnahme hat einen Makel: Hat man als Bewerber eine Zeit als Ein-Euro-Jobber im Lebenslauf, sinken automatisch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt“.

Das Bundesministerium formuliert gänseblumig, Erwerbslosen sei es auch bei guter Konjunktur kaum möglich, vom „Aufbau der Beschäftigung“ zu profitieren und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es ist längst belegt, dass die niedrigst „bezahlte“ Zwangsarbeit reguläre Jobs vernichtet. Das könnte durchaus der Absicht unterliegen, immer mehr Menschen in entrechtete Dumpinglohnarbeit zu zwingen und ihnen dabei auch noch ihre Würde zu nehmen, weil sie unter Androhung von existenzvernichtender Sanktion jegliche Arbeit annehmen müssen, ohne dass sie einen Arbeitsvertrag erhalten. Sie gelten nicht als Arbeitnehmer(innen) im arbeitsrechtlichen Sinn und erwerben keine Ansprüche in der Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung, obwohl sie tatsächlich einer Arbeit nachgehen.

Es riecht, nein: es stinkt bestialisch nach dem Ausbau des radikalen Wandels in der deutschen Arbeitsmarktpolitik vom Welfare- zum Workfare-Staat. Völlig kontraproduktiv sollen Langzeiterwerbslose dauerhafte Ein-Euro-Jobs machen müssen „dürfen“, damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht sanken, obwohl genau dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt automatisch sinken. Dahinter steckt meiner Meinung nach der widerliche, menschenverachtende Ausspruch des ehemaligen SPD-Arbeitsministers Franz Müntefering: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Die Instrumente der Hartz-Gesetzgebung lassen sich wunder-

bar herzallerliebste als Abbau an Grund- und Arbeitnehmerrechten gebrauchen. Darin liegt in meinen blaugrünen Augen ihr ureigentlicher Sinn.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“



Weil auf dem Marktplatz eine Musikgruppe spielte, wichen die Montagsdemonstranten auf den Platz vor den Domtreppen aus

Neues Fracking-Gesetz ist kein Verbots-, sondern Erlaubnisgesetz



Im Windschatten der Sommerferien und der Fußball-Europameisterschaft jagte die Bundesregierung am 24. Juni 2016 das Fracking-Gesetz durch den Bundestag. Nachdem die Gasindustrie die Regierung massiv unter Druck gesetzt hatte, wurde das Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion mit den Stimmen von SPD und CDU/CSU beschlossen. Noch Ende April hatte der Bundestag einen Gesetzesantrag der Grünen und „Linken“ für ein Fracking-Verbot abgelehnt.

Von vielen Medien und Politikern wird im Zusammenhang mit dem Gesetz suggeriert, dass Fracking in Deutschland jetzt „weitgehend verboten“ sei. Auf diesen Betrug darf die Umweltbewegung nicht hereinfallen! Zahlreiche Umweltver-

bände und „Campact“ hatten bis zuletzt versucht, durch Briefe an Abgeordnete eine Zustimmung zu der Regierungsvorlage zu verhindern – ohne Erfolg. Diesen Montag erreichte mich eine Antwort von Elisabeth Motschmann (CDU), während die SPD-Abgeordneten vollständig kneifen. Frau Motschmann versucht in typischer Beschönigungsmanier die Menschen zu täuschen:

„Zunächst einmal möchte ich mich für Ihre E-Mail bedanken, in der Sie Ihre Besorgnis über das Gesetzespaket zur Erdgasförderung äußern. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gilt nach wie vor, dass es beim Schutz der Gesundheit der Menschen, der Umwelt und des Trinkwassers keine Kompromisse geben darf. Mit dem am 24. Juni 2016 im Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetzespaket haben wir diesen Schutz durchgesetzt. Unkonventionelles Fracking (wie in den USA üblich) wird in Deutschland unbefristet verboten. Zur Aufhebung des Verbots ist ein Beschluss des Deutschen Bundestages nötig, der sich 2021 wieder mit dem Thema befasst. Möglich sind lediglich maximal vier wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen, die unter strengsten Umwelanforderungen erfolgen und von den jeweiligen Ländern genehmigt werden müssen.“

Aufgrund der breiten Ablehnung von Fracking in der Bevölkerung und des wachsenden Widerstandes konnte die Bundesregierung Fracking nicht ohne Auflagen genehmigen. Sie tut jetzt so, als ob das Verbot von Fracking bei ihnen in besten Händen und jeder Widerstand überflüssig sei. In Wirklichkeit hat der Bundestag aber ein Fracking-Erlaubnis-Gesetz beschlossen. Das Gesetz erlaubt das bisher schon in Niedersachsen praktizierte Fracking in Sandstein explizit, sogar in „Natura-2000“-Schutzgebieten. Die einzige größere Auflage ist, dass hier eine öffentliche Beteiligung und auch eine wasserrechtliche Prüfung eingeführt werden. Vorher wurde rein nach Bergrecht unter Ausschluss der Öffentlichkeit von den Regierungspräsidien genehmigt.

„Mit Zustimmung des jeweiligen Bundeslandes“ können aber auch bis zu vier „Probebohrungen“ jährlich in Schiefer, Ton, Mergel und Kohleflöz-Gestein durchgeführt werden, die dann „wissenschaftlich begleitet werden“. Die Genehmigung dieser Probebohrungen ist das Eintrittstor für die Erlaubnis, künftig auch oberhalb von 5000 Metern Tiefe fracken zu dürfen. 2021 soll der Bundestag erneut entscheiden, ob diese Einschränkung für das Fracking dann noch notwendig ist. Mit der jetzigen Regelung hoffen die Konzerne und die Regierung, den Widerstand gegen neue Fracking-Vorhaben lokal zu beschränken, um dann zum Beispiel in Niedersachsen die Keule des Arguments „Arbeitsplätze in der Gasindustrie und deren hohes Steueraufkommen für das Land“ erpresserisch zum Einsatz zu bringen.

Der Kampf für ein vollständiges und weltweites Verbot von Fracking steht weiter auf der Tagesordnung! Die „**Umweltgewerkschaft**“ wird sich dafür einsetzen, dass Aufklärung und Widerstand weitergehen. Deshalb laden wir herzlich ein zum nächsten **Treffen** der Regionalgruppe Bremen/Oldenburg am **Samstag, dem 9. Juli 2016, um 15 Uhr** im „**Gemeindezentrum Zion**“ (Kornstraße 31). Dort werden

auch die Delegierten über den erfolgreichen Bundeskongress berichten, der das Programm der „Umweltgewerkschaft“ beschlossen hat.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Erstes Roboter-Gesetz verletzt: Künstliche Intelligenz verursacht tödlichen Unfall und begeht Fahrerflucht („*Spiegel-Online*“)

Schacht ohne Boden: „Stuttgart 21“ könnte zehn Milliarden kosten („*N-TV*“)

Spirale der Gewalt: Polizeiroboter töten schwarze Heckenschützen töten Polizisten töten Schwarze („*Spiegel-Online*“)

Die Freiheit

Die Freiheit, man kann sie nicht einsperren,
Nicht im Käfig, mit Würstchen und Bier,
Doch die Freiheit, man kann sie kaufen,
Sie heißt dann nicht Freiheit, nur Gier.

Die Freiheit, man kann sie nicht einschüchtern
Mit Verfolgung und Hetze, durch Druck.
Sie kann in dem Land auch nicht bleiben,
Wo herrschen nur Angst und Betrug.

Die Freiheit, sie findet auch Wege
Und kommt immer wieder zurück.
Ich hoffe nur, es kommt alles friedlich,
Und wünsche den Deutschen viel Glück!

Valentina Schneider

Klassenkampf in Frankreich ist ein Prüfstein: Inwieweit können EU-Direktiven die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten bestimmen? („*Junge Welt*“)

Postmaterialistischer Abgrund: Antikapitalismus ist nicht durch kleinbürgerlichen Liberalismus, Transgenderrechte und Tierschutz ersetzbar („*IPG-Journal*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

576. Bremer Montagsdemo am 11. 07. 2016

Wem nützt es, wenn Armut und Aggression wachsen?

Bei der Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager gibt es in der Bevölkerung nur wenig Akzeptanz. Demnach würde fast jede(r) zweite Deutsche (48 Prozent) der Entscheidung für einen Endlagerstandort kaum oder gar nicht vertrauen, nur 40 Prozent würden ihr starkes oder sehr starkes Vertrauen schenken. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Emnid“ im Auftrag der Endlagerkommission, die der „Rheinischen Post“ vorliegt. Weitere 47 Prozent der rund 2.000 Befragten sagen, die Bürger in der Region eines Standorts sollten die Entscheidung nicht akzeptieren.



Kein Vertrauen in die Politik? Dann kommt „Bild“ schnell mit einer Jubelmeldung: „Noch nie so wenige Hartz-IV-Langzeitbezieher!“ Schön, wenn es so wäre, aber vermutlich sieht die Sache etwas anders aus. Dass die Zahl auf null geht, ist leider völlig ausgeschlossen. „Bild“ will nur Wahlkampf für Merkel und Nahles machen. Dass die Zahl der Beziehenden kleiner wird, ist gut, aber es ändert nichts daran, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze gerade für Hartz-IV-Beziehende nicht angepackt wird.

An der Verlagerung in die Armut wird jedoch weiter fleißig gedreht: Waren 2010 noch 23,8 Prozent der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, stieg der Anteil in den folgenden vier Jahren auf 24,4 Prozent an. Das entsprach rund 122 Millionen Menschen in der EU. Das geht aus Daten des Europäischen Statistikamtes „Eurostat“ hervor, die von der Linkspartei ausgewertet wurden. Die Kapitalisten wollen nicht mehr bezahlen und werden dabei von der Politik gedeckt. Die Betroffenen müssen Aufstockung auf Staatskosten beziehen, Altersarmut ist die Folge.

Unter Druck stehen aber offenbar auch jene, die sich von ihrem Einkommen ein Auto leisten können. Eine Mehrheit der Bevölkerung klagt über eine Zunahme

von Aggressionen im Straßenverkehr (53 Prozent). Dies hat eine repräsentative Studie von „Ipsos“ im Auftrag des Deutschen Verkehrssicherheitsrats ergeben. Besonders ausgeprägt ist dieses Gefühl bei Frauen (56 Prozent) und den 35- bis 54-Jährigen (55 Prozent). Acht Prozent der Befragten sind bereits Zeugen körperlicher Auseinandersetzungen im Straßenverkehr geworden.

In den USA sind binnen dreier Tage drei Schwarze von der Polizei und von einem Heckenschützen fünf weiße Polizisten erschossen worden. Die Stimmung in den USA ist aufgeheizt und wird vom republikanischen Präsidentschaftsbewerber Trump noch mehr zum Kochen gebracht. Der Zusammenhang zu Rassismus und Waffenbesitz wird nicht zu Ende durchdacht. Obama ist viel zu schwach, als dass er einen klaren Kurs durchsetzen könnte. Auch von den Wahlen dürfte kaum eine Änderung zu erwarten sein. Die USA gehen einen lebensbedrohlichen Weg.

Die Nato hat auf ihren Treffen in Warschau die Stationierung von jeweils einem Bataillon mit etwa 1.000 Soldaten in Lettland, Estland, Litauen und Polen beschlossen. Die Bundeswehr soll das Bataillon in Litauen mit mehreren Hundert Soldaten anführen. Die USA planen einen Raketenschild in Osteuropa. Russland konzentriert indessen Truppen im Westen des Landes. Damit wächst die Kriegsgefahr weiter!

Jobst Roselius

Neue Bankenkrise: Per Geheimbeschluss hat die EU eine Liquiditätshilfe von 150 Milliarden Euro genehmigt („*Rote Fahne News*“)

Gabriel ist schon ganz ttip: Geheimverhandlungen des Wirtschaftsministers zur Förderung der Konzentration im Einzelhandel waren illegal („*Die Zeit*“)

Amtlicher Rechtsbruch: Zerstörung des Weltkulturerbes Elbtal durch den Bau einer Brücke war illegal („*Die Welt*“)

Theresa May rügt Versäumnisse der Sozialpolitik: Aber die Presse schreibt lieber über die Schuhe der neuen britischen Premierministerin („*Die Welt*“)

Viel Spaß beim Antrittsbesuch in der Türkei: Neuer britischer Außenminister hat Erdogan in einem Limerick als „Wichser“ bezeichnet („*Spiegel-Online*“)

„Sozialismus“ à la française: Der schwule Friseur des Präsidenten verdient so viel wie ein Minister („*Spiegel-Online*“)

Verfassungsrichter machen Politik per Vollstreckungsbeschluss: Die Frist zur Neuregelung der Erbschaftsteuer ist abgelaufen („*Die Welt*“)

Runder Tisch gescheitert: Von Januar bis Mai verhängte die SWB
3.200 Stromsperrern in Bremen („*Tageszeitung*“)

Für den **3. September 2016** planen wir das **Sommerfest** der Bremer Montags-
demo in den **Neustadtswallanlagen** beim Südbad. Zur Vorbereitung soll am
25. Juli 2016 ab 19:15 Uhr eine **Besprechung** im **Seemannsheim** stattfinden.

Putschversuch in der Türkei: Militär verkündet Machtübernahme –
und scheitert („*N-TV*“)

„Demokratie“ à la turque: Alle Welt huldigt dem gewählten
Diktator Erdogan („*Spiegel-Online*“)

Kurs der aggressiven Verschärfung: Erdogan wird seinen Sieg im Machtkampf
nutzen, um den Staatsterror zu verstärken („*Rote Fahne News*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

577. Bremer Montagsdemo am 18. 07. 2016

Jobcenter halten Jugendliche vom Schulbesuch ab oder treiben sie in die Kriminalität



1. Sicherlich ist es nicht nur für Inge Hannemann „völlig schnurz“, wenn Politikerinnen und Politiker, Aktive, von Erwerbslosigkeit Betroffene oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik etwas auszusetzen haben, weil positive Veränderungen ohnehin nicht stattfänden. Selbst wenn Medien hin und wieder mal kritische Worte schrieben, blieben sie dem Duktus treu, dass „Reformen“ die Welt veränderten und alles gut werde.

Obwohl die Arbeitslosigkeit doch sinke, blieben die Langzeitarbeitslosen abgehängt. Die vorgegaukelten „Lösungen“ schieben ganz einfach den Langzeitarbeitslosen mit ihrer „Unqualifiziertheit“ und „Faulheit“, dass sie nicht alles gäben, die Schuld für ihr Schicksal selbst in die Schuhe.

Nein, niemals nie und nimmer nicht muss die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** mit seinem Mangel an Arbeitsplätzen beäugt werden, sondern bitte immer nur das subjektive, völlig unzureichende Zuwenig der Langzeiterwerbslosen! Ausgerechnet Spitzenverdiener fordern mit der Arroganz der Satten den Rückzug des Sozialstaates und die Anpassung an einen von der Wirtschaft diktierten Arbeitsmarkt. Bei einem Wirtschaftswachstum durch Zwangsrekrutierung von Erwerbslosen werden diese zur Beute für die Wirtschaft. Wenn die Wirtschaft wächst oder stagniert, sind die Schuldigen schnell gefunden: Weil Erwerbslose ja nichts zum Wachstum beitragen, müssten Verschärfungen entweder bei den Arbeitsbedingungen oder den kommenden Rechtsverschärfungen in Hartz IV her.

Wer das Arbeitslosengeld im Vergleich zum Arbeitslohn zu hoch findet, blende natürlich die Wirklichkeit der mageren gesunkenen Reallöhne aus und erlaube nur eine minimale Steigerung der „Stütze“. Mit einem viel zu geringen Mindestlohn, der dazu Langzeiterwerbslose oft noch ausschließt, lässt sich kein Blumentopf gewinnen, doch manchmal vielleicht wenigstens temporär ganz knapp

der Restriktivität der Jobcenter entfliehen – sofern der karge Lohn nicht trotzdem noch aufgestockt werden muss.

Natürlich sind den Wirtschaftsbossen ihre eigenen Profite und Rendite wichtiger als das Auskommen ihrer Belegschaft. Nicht die Erwerbslosen sind schlechter geworden, sondern das Credo des Wirtschaftsdiktats und seine Folgen. Ich finde, wir sollten auch nicht vergessen, dass die Instrumente der Hartz-Gesetzgebung nur vordergründig angeblich zum Abbau der Erwerbslosigkeit verabschiedet wurden, sondern um in Wirklichkeit einen ganz massiven Abbau an Grund- und Arbeitnehmerrechten durch die Hintertür einzuführen und dazu die Löhne drastisch zu kürzen.

2. Laut Bundesagentur für Arbeit soll die Zahl der Dauerbeziehenden von Hartz-IV-Leistungen leicht gesunken sein. Ende 2015 vegetierten offiziell angeblich „nur“ 2,57 Millionen Menschen seit vier Jahren oder länger von Hartz IV, „sate“ 0,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Dabei habe es nur im Osten einen Rückgang um 3,4 Prozent gegeben, der darauf zurückgeführt wurde, dass viele **Langzeitarbeitslose** zuletzt in Rente „gegangen“ seien. Hierbei kommt der Arbeitslosenstatistik sicherlich mal wieder „zugute“, dass vorzeitig Rente beantragen muss, wer 63 ist und Hartz IV erhält, was meist mit einer erheblichen Kürzung der Rente verbunden ist.

Männer und Frauen werden vom Jobcenter mit Abschlägen von 0,3 Prozent für jeden Kalendermonat in die Frührente gezwungen, selbst wenn sie sich noch fit für einen Job fühlen. Bis zum Jahresende sind deutschlandweit noch 140.000 Hartz-IV-Beziehende von Zwangsverrentung bedroht. Auf diese Weise darf dann die Armut mit Hartz IV gegen Altersarmut eingetauscht werden – welch ein „Fortschritt“! Denn nun darf sich das Jobcenter lobpreisen, „schon wieder“ weniger Langzeiterwerbslose zu haben, weil wohl „in Arbeit vermittelt“ wurde.

Wer interessiert sich dann noch dafür, dass die Zahl der Langzeitbeziehenden dagegen um 1,7 Prozent in Hamburg und um 0,4 Prozent im Saarland leicht gestiegen sei – bis zur zwangsverordneten Frührente spätestens, denn der Anteil der Dauerbeziehenden ist in der Altersgruppe über 55 Jahren am größten. Wie die Bundesagentur hier mit Prozentzahlen wie mit Bällen jongliert, zeigt die Anmerkung der „Spiegel“-Redaktion, in einer früheren Version ihres Artikels sei der Rückgang der Zahl der Hartz-IV-Dauerbeziehenden sogar mit 7,9 Prozent beziffert worden. Auch hierfür hätten Statistiken der Bundesagentur die Grundlage geliefert. Inzwischen habe die Bundesagentur jedoch mitgeteilt, diese Statistiken seien nach einer Revision vom Vorjahr überholt und der Rückgang auf lediglich 0,8 Prozent zu beziffern.

3. In Hamburg werden von den „Jugendberufsagenturen“ immer mehr „Klienten“ unter 25 Jahren die Sozialleistungen als **Sanktion** gekürzt. Eine kleine Anfrage der Linkspartei in der Bürgerschaft ergab, dass selbst von Minderjährigen Hartz-IV-Leistungen einbehalten werden, wenn sie einen aufgezwungenen Ter-

min in den „Team-Arbeit-Jugendberufsagenturen“ zur „Berufsberatung“ verpas- sen. Dabei bestrafte die Jobcenter im vergangenen Jahr durchschnittlich 3.574 Unterfünfundzwanzigjährige durch Leistungskürzungen im Umfang von mindes- tens einen Monat. Die Anzahl stieg in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres auf durchschnittlich 4.162 an. Wenn Eltern auf Arbeitslosengeld II ange- wiesen sind, fallen auch ihre Kinder ab 15 Jahren unter das Sozialgesetzbuch II, selbst wenn sie noch zur Schule gehen.

Inge Hannemann kritisiert, dass Minderjährige damit bereits ab dem 15. Le- bensjahr als erwerbsfähig gelten und dem Hartz-IV-Regime unterliegen. Für den Senat gelten Minderjährige ab der Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres als „meldepflichtig“. Minderjährige im Schulabschlussjahr sowie Minderjährige, die nach mehrfacher Aufforderung keine Schulbescheinigung vorzeigten, würden vom „Team Arbeit“ vorgeladen. Legten Heranwachsende oder deren Eltern dann im- mer noch keine Schulbescheinigung vor, sei davon auszugehen, dass sie nicht mehr zur Schule gehen. Hannemann prangert an, dass der Senat sogar die kom- plette Streichung von Sozialleistungen für unproblematisch halte, was die Igno- ranz der Regierenden und ihr „pädagogisches Fehlverhalten gegenüber Heran- wachsenden“ belege.

Üblicherweise würden zunächst zehn Prozent der Leistungen gestrichen, sagt Hannemann. Wenn jedoch bereits beim ersten Verstoß ein ganzes Monatsgeld gestrichen werde, sei das für die Jugendlichen und ihre Familien existenzbedro- hend. Die Hamburger „Linken“-Politikerin rügt, der Senat lasse völlig außer Acht, dass in diesen Fällen immer die ganze Familie betroffen sei, die dann irgendwie die ausfallenden Zahlungen kompensieren müsse. Sollten junge Menschen je- doch in einer Jugendhelfewohnung leben, seien sie durch die Sanktion sogar von Obdachlosigkeit bedroht. Sie könnten in die Kriminalität getrieben werden, wenn sie für ihren Lebensunterhalt durch Schnorren oder Dealen aufkommen müssten.

Selbstredend hält die „Team-Arbeit“-Sprecherin solche Szenarien für über- trieben, weil „alles gesetzlich geregelt“ sei und in der alltäglichen Praxis gar nicht so eine Rolle wie in der gesellschaftlichen Diskussion spiele. Sanktionen könnten meist „mit einem Telefonanruf aus der Welt geschaffen“ werden. Da ich persö- nlich schon oft die unnachgiebige Härte der Jobcenter kennengelernt habe, kann ich mir solch einen leichten Umgang überhaupt nicht vorstellen. Ich halte es mit Frau Hannemann, für die Minderjährige grundsätzlich nicht in Jobcenter gehören und die Sanktionen komplett abzuschaffen sind: „Wir brauchen endlich eine re- pressionsfreie Grundsicherung für alle Erwachsenen und Kinder, um der Armut vorzubeugen und soziokulturelle Teilhabe zu ermöglichen!“

4. Grundsätzlich sollte einmal öffentlich geklärt werden, ob Kinder aus Familien, in denen die Eltern Hartz IV beziehen, keine weiterführenden Schulen besuchen dürfen. Warum sonst werden immer wieder Schüler(innen) vom Jobcenter vorge- laden, die gerade 15 Jahre alt geworden sind, und aufgefordert, sich eine Arbeits- stelle beziehungsweise Berufsausbildungsstätte zu suchen, obwohl sie weiterhin

die Schule besuchen wollen? Soll Kindern aus diesen Familien das Abitur verwehrt werden? Es darf doch wohl nicht sein, dass Schüler(innen), die das 15. Lebensjahr vollendet haben, sanktioniert werden sollen, nur weil sie weiterhin das Gymnasium besuchen wollen!

Nichtsdestotrotz werden derzeit Tausenden von Kindern Vorladungen geschickt, in denen sogenannte Rechtsfolgebelehrungen enthalten sind. In diesen werden sie zur Stellensuche aufgefordert, zu einem „Gespräch“ vorgeladen und andernfalls mit Leistungskürzung bestraft. Die Mutter einer 15-Jährigen erzählt, ihre Tochter wolle weiterhin das Gymnasium besuchen, das Jobcenter aber die **Schulbescheinigung** nicht akzeptieren: Die Tochter hätte sich auf Stellensuche zu begeben. Die Familie müsse schließlich zusätzlich von Hartz-IV-Leistungen vegetieren, weil der karge Lohn einfach nicht zum Lebensunterhalt ausreiche.

Für die Jobcenter gälten Kinder aus sogenannten Bedarfsgemeinschaften ab dem 15. Lebensjahr als voll erwerbsfähig und würden dann „in Betreuung“ aufgenommen. Diese laufe „nach Schema F“ ab. Es passe vielen Sachbearbeitern einfach nicht ins Konzept, wenn Kinder weiterhin zur Schule gehen wollen, um später zu studieren. Sie drohen stattdessen mit Sanktionen und verlangen, mit den Kindern Stellengesuche und vermittlungsrelevante Daten zu besprechen. Andernfalls würden die Leistungen ganz oder teilweise eingestellt. Die Mutter der 15-Jährigen berichtet, ihre Tochter sei nur in Begleitung ins Jobcenter gegangen. Dort musste sie ihre guten Noten vorweisen, eine einfache Schulbescheinigung reichte nicht aus.

Obwohl die Familie das nicht möchte, will die Behörde „zeitnah“ wieder eine Vorladung rausschicken. Die Behörde bleibt hart und will bei Nichterscheinen der Tochter sanktionieren. Laut Auskunft des Bundesbeauftragten für Datenschutz reicht es vollkommen aus, der Behörde eine Schulbescheinigung zu schicken. Wenn das Jobcenter dennoch eine Sanktion verhängt, will die betroffene Familie klagen. Die Eltern möchten ihre Tochter vor diesem Druck schützen, damit sie in Ruhe lernen könne, ohne Angst haben zu müssen. Richtig so!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Wirtschaftliche Totgeburt“: Wie viele Sanktionierte lassen sich mit 150.000 Euro „sanktionsfrei“ stellen? („*Satiresenf*“)

Nach dem Fußballfest kommt die Hartz-IV-Verschärfung

1. Es eilt! Wer aktuell einen Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft trägt, sollte umgehend die volle Übernahme der Miete beantragen und für die Vergangenheit

einen Antrag auf Überprüfung stellen. Mit dem Überprüfungsantrag ist noch der Januar 2015 zu erreichen. Näheres dazu ist nachzulesen auf unserer Homepage, insbesondere auf der Seite zur 560. Bremer Montagsdemonstration. Mit den Unterlagen zu einer Beratungsstelle gehen, um gleich die zu erwartenden Änderungen zu berücksichtigen. Genauso ist bei jeder andere Minderleistung zu verfahren. Es eilt! Warum?

Am 1. August 2016 tritt die **Rechtsverschärfung** für ALG-II-Betroffene in Kraft, verkauft als „Rechtsvereinfachungsgesetz“. Eine Lüge bereits in der Überschrift! Eine Änderungsmöglichkeit besteht bei den Rahmenbedingungen zu den Kosten der Unterkunft. So ist die Gesamtangemessenheitsgrenze jetzt auch für die Bruttowarmmiete möglich, also mit Einschluss der Heizkosten. Diese Änderung muss sich erst in der Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft niederschlagen. Nachstehend Informationen aus einer Rundmail von Sozialrechtsexperte Harald Thomé:



„Der Bundesrat hat am 8. Juli“ – Deutschland beweinte gerade das Scheitern im Halbfinale gegen Frankreich am Vorabend – „dem Rechtsverschärfungsgesetz (9. SGB-II-Änderungsgesetz) ohne Einforderung von Änderungen zugestimmt. Das Gesetz wird somit zum 1. August 2016 wirksam. Mit dieser 75. Änderung des SGB II wird die Stellschraube zur Verschärfung und weiteren Etablierung von Sonderrecht gegen SGB-II-Beziehende und -Berechtigte deutlich weitergedreht. Besonders hervorzuheben bei den Rechtsverschärfungen ist die Verkürzung des Rechtsanspruchs auf Vorschuss, die Ausweitung des Kostenersatzes als faktische Einführung einer zweiten Sanktionsebene, die Gesamtangemessenheitsgrenze bei den Kosten der Unterkunft, die Rückforderung von Leistungen bei nicht beigebrachten Unterlagen, die Verkürzung des Überprüfungsantrages bei zu Unrecht erhobenen Beiträgen von 30 auf vier Jahre und vieles mehr.

Dazu kommen die vollständige Ignoranz der Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes und die Ignoranz bei dringend notwendigen Änderungen bei den Sanktionen. Positiv ist die deutliche Förderung der Ausbildung: Bisher gab es fast nur das Reindrücken in den Niedriglohnbereich, nun soll es eine Zahlung von SGB-II-Leistungen bis zum Ende des Monats geben, in dem über den BAföG/BAB/ABG-Antrag entschieden wurde, sowie eine deutliche Ausweitung der Härtefallregelung in § 27 Absatz 4 SGB II. Somit wird es jetzt doch einer Reihe von SGB-II-Beziehenden ermöglicht, eine Ausbildung zu beginnen oder abzuschließen.“

2. Arbeitnehmende kennen die Änderung für 2016 schon: Sie zahlen den höheren Zusatzbeitrag für ihre **Krankenkasse** bereits seit Januar. Die Folge ist weniger Geld in der Haushaltskasse. Rentner(innen) tragen diese Mehrbelastung seit

März. Nun soll die lange angekündigte Rentenerhöhung am Monatsende endlich in die Haushaltskasse purzeln und die gestiegenen Zusatzbeiträge vergessen machen, aber das klappt nicht, denn auch die Rentenerhöhung wird – wie jede Lohnerhöhung – durch den Zusatzbeitrag für die Krankenversicherung angeknabbert. So gesehen sind Lohn- und Rentenerhöhungen nur ein Feigenblatt zur Schonung der Arbeitgeber. Sozialversicherungsbeiträge müssen wieder solidarisch gestemmt werden, basta!

Im Gesundheitsfonds haben sich über zehn Milliarden Euro angesammelt. Es sind erzwungene Beitragsüberschüsse. Der Begriff Gesundheitsfonds sagt eventuell nicht jedem etwas. Vor Schaffung dieser Superbehörde behielt jede Krankenkasse ihre Beitragseinnahmen; um Strukturunterschiede zu berücksichtigen, gab es einen Risikoausgleich. Heute werden alle Krankenkassenbeiträge in den Gesundheitsfonds eingezahlt, die Krankenkassen erhalten einen Pauschalbetrag, der aber so niedrig ist, dass sich zwangsläufig Überschüsse ansammeln. Die Krankenkassen haben beantragt, diesen Bodensatz im Gesundheitsfonds zur Reduzierung der Zusatzbeiträge zu nutzen. Das wurde abgelehnt, daher steigen sie weiter.

Die Bundesregierung wird von diesem Bodensatz die Mehrausgaben der Krankenkassen für die Neubürger bezahlen. Bisher sind für 2017 circa 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Die Finanzierung der Zuwanderung muss aber aus Steuergeldern finanziert werden, nicht auf dem Rücken der Beitragszahler! Bei dieser Gelegenheit sollte auch gleich die Finanzierung der Krankenkasse für die Erwerbslosen geändert werden. Für jede(n) ALG-II-Betroffene(n) zahlt der Bund monatlich 90 Euro als Krankenkassenbeitrag. Das ist nicht kostendeckend! Auch hier erfolgt eine Quersubvention zulasten der Beitragszahler.

3. Die Rentenzahlung wurde vor einiger Zeit umgestellt von Zahlung am Monatsanfang im Voraus auf nachträgliche Zahlung am Monatsende. Neurentner(innen) haben damit ein Problem: Die Rentenerhöhung wird bei der Grundsicherung bereits am Monatsanfang abgezogen, die erhöhte Rente erhalten sie aber erstmals am letzten Tag des Monats. Die Zahlungslücke ist unzumutbar, weil hier Geld abgezogen wird, das überhaupt erst am Monatsende zur Verfügung steht. Das trifft Rentner(innen), die mit ihrer Rente die Aufwendungen für die Grundsicherung reduzieren; nachzulesen im „Weser-Report“ vom 17. Juli 2016. Eine vom Recht gedeckte Zumutung und ein Grund mehr, über einen Freibetrag für alle Einkommen bei der Grundsicherung nachzudenken! Beim ALG II gibt es einen pauschalen Versicherungsfreibetrag von 30 Euro, allerdings mit vielen Besonderheiten. Noch ein Verlust an Mitmenschlichkeit per Gesetz!

4. Am 7. Juli 2016 wurde der Entwurf zum **Integrationsgesetz** vom Bundestag beschlossen. Einen Tag später hat der Bundesrat das Gesetz durchgewunken. Harald Thomé zitiert dazu in seiner Rundmail eine kurze Stellungnahme von Claudius Voigt: „Was die Bundesregierung als ‚Integrationsgesetz‘ bezeichnet, hat mit

Integration ungefähr so viel zu tun wie die Agenda 2010 mit dem Ausbau des Sozialstaats. Auch sonst sind viele Parallelen zu sehen. Das Gesetz verfolgt konsequent die Paradigmen von Selektion, Disziplinierung, Sanktionierung und Verwertung. Aus selbstbestimmten Menschen wird eine zu verwaltende und zu disziplinierende Masse. Individuen werden mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf schon grammatikalisch objektiviert: Ihnen werden Dinge ‚zugewiesen‘ (Arbeitsgelegenheiten oder Wohnsitze), ihnen werden Verpflichtungen auferlegt (etwa am nicht vorhandenen Integrationskurs teilnehmen zu müssen oder seinen Wohnsitz irgendwo nicht nehmen zu dürfen), ihnen werden Dinge verboten.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Säuberung und Todesstrafe: Was außer zusätzlichem Islamismus unterscheidet das Erdogan-Regime noch von einer Militärdiktatur? („Spiegel“)

Am **2. September 2016** will „Blockupy“ das **Berliner Bundesarbeitsministerium belagern**: „Aus Deutschland wurden Niedriglohnsektor, Lohndumping, **Hartz IV** und unsichere Arbeitsverhältnisse nach ganz Europa exportiert. Nun tragen wir unseren Protest dahin, wo neoliberale Politik und soziale Spaltung ihren Anfang genommen haben!“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

578. Bremer Montagsdemo am 25. 07. 2016

Nahles will bei Arbeitslosen Schulden eintreiben, bis der Arzt kommt



1. Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamts war Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr für jede(n) fünfte(n) deutsche(n) Schuldner(in) Hauptauslöser der finanziellen Notlage. Das ist kein Wunder, denn wer seine Arbeit verliert, macht schnell **Schulden**. Außerdem verhindern Schulden oder gar eine Privatinsolvenz oft, dass Arbeitslose wieder einen Job finden, da sich Arbeitgeber meist davon abgeschreckt fühlen, wenn sich ihr(e) Bewerber(in)

in einem Insolvenzverfahren befindet. Um solche Vermittlungshemmnisse aufzulösen, werden verschuldete Hartz-IV-Beziehende von den Jobcentern zu Schuldnerberatern geschickt, die dann versuchen, sich mit den Gläubigern auf niedrigere Summen zu einigen.

Ganz anders verhält sich die Arbeitsagentur jedoch, wenn sie selbst die Gläubigerin ist und auf einen Teil ihres Geldes verzichten müsste, um überschuldeten Arbeitslosen zu helfen. Andrea Nahles hat nun offensichtlich einen neuen Plan ausgeheckt, wie sie Arbeitslose erneut bekämpfen kann: Völlig kontraproduktiv schreibt nun ein „Papier“ aus ihrem Hause der Bundesagentur vor, sich nicht mehr auf außergerichtliche Einigungen einlassen zu dürfen. Nahles konterkariert die Arbeit der Schuldnerberater und führt damit eine Vorgabe ihres eigenen Hauses zur Vermeidung von Privatinsolvenz ad absurdum.

Da das ALG II viel zu niedrig ist, verschulden sich immer wieder Menschen beim Arbeitsamt, beispielsweise mit einem Darlehen für einen Kühlschrank. Wer arbeitslos wird oder aufstocken muss, gerät verstärkt in die Schuldenfalle, auch beim Arbeitsamt. Um einer Privatinsolvenz vorzubeugen, versuchen Schuldnerberater, dass sich die Gläubiger mit weniger Geld zufrieden geben. Das geht allerdings nur, wenn alle Gläubiger mitmachen. Aber Andrea Nahles macht nicht mit: Statt beim Arbeitsamt verschuldeten Erwerbslosen einen Teil der Schulden zu erlassen, beauftragt sie ein hauseigenes Insolvenzunternehmen damit, alles einzutreiben.

Es klingt nur noch zynisch, dass es Ausnahmen für diejenigen geben soll, deren Existenz dadurch gefährdet würde. Als ob das in der Situation nicht eigentlich schon alle beträfe! Allerdings wird es für Arbeitslose sehr schwer sein, selbst eine derart naheliegende starke Belastung zu beweisen, weil für einen solchen Beleg allen Ernstes ein Arzt eingeschaltet werden muss, der ein entsprechendes Attest ausschreibt.

2. Wir lesen es überall und mit zunehmender Häufigkeit, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinandergeht, ohne dass sich daran im Mindesten etwas bessert oder eine Änderung auch nur im Ansatz geplant wäre. So ist es auch kein Wunder, dass sich die Zahl der in **Altersarmut** lebenden Rentner(innen) seit 2006 vervierfacht hat. Konkret bedeutet das: Wer als Alleinstehende(r) weniger als 979 Euro netto im Monat zur Verfügung hat, ist arm. Die „3sat“-Sendung „37 Grad“ hat Rentenbeziehende begleitet, die ums tägliche Überleben kämpfen und bis zum Schluss schufteten. Das funktioniert ganz gut, solange sie bei stabiler Gesundheit sind. Aber wehe, wenn arme Rentner(innen) im reichen Deutschland einmal krank werden!

Da ist zum Beispiel die 66-jährige gelernte Bäckereiverkäuferin Heidi S. aus Berlin, die schon seit 33 Jahren in ihrer kleinen Anderthalbzimmerwohnung lebt, für die sie 557 Euro Miete zahlen muss. Von ihren 821 Euro Rente bleiben noch genau 264 Euro übrig, wovon sie aber noch Strom, Telefon, die Monatskarte für Bus und Bahn sowie die Rundfunk- und Fernsehgebühren bezahlen muss. Zum Leben bleibt kaum noch etwas. Um „Grundsicherung“ zu erhalten, müsste sie in eine günstigere Wohnung umziehen, was in Berlin mit weniger als zwei Prozent Leerstand kaum möglich ist. Außerdem verlöre sie ihr gewachsenes soziales Umfeld. So arbeitet Heidi für 50 Stunden im Monat in einer Bäckerei zum Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde und manchmal auch als Aushilfskraft für eine Imbissbude bei großen Veranstaltungen.

Da ist auch der frühere Steuerberater Hans-Jürgen, der auf dem Land bei Hamburg lebt. Den heute 70-Jährigen hat eine Ehekrise mit 55 Jahren aus der Bahn geworfen. Er wurde geschieden, verlor seine Arbeitsstelle und blieb lange arbeitslos. Mit 60 drängte ihn die Arbeitsagentur dahin, Rente zu beantragen, wofür er empfindliche Abschlüsse hinnehmen musste. Weil seine Rente von 800 Euro natürlich nicht ausreicht, fährt er sonntags Zeitungen aus. Dafür muss er um 3 Uhr nachts aufstehen, ist um 7 Uhr fertig und hat damit ganze 39 Euro verdient. Der Bürgermeister hat ihm einen 450-Euro-Job besorgt. Hans-Jürgen nimmt im Dorf alle anfallende Arbeit an. Er ist froh, dass er noch arbeiten kann, hat aber Angst davor, was sein wird, wenn er das alles eines Tages gesundheitlich nicht mehr schaffen kann.

Der 65-jährige Wolfgang H. studierte in der DDR Maschinenbau, arbeitete bis zur Wende als Ingenieur und Abteilungsleiter, musste danach als Versicherungsberater neu durchstarten. Als Selbständiger schloss er eine private Zusatzrentenversicherung ab, überstand zwei Scheidungen, sorgte für seine drei Kin-

der. Als seine Mutter 2003 zum Pflegefall wurde, kam er mit seiner Schwester für das teure Heim der Mutter auf, was aber schon nach kurzer Zeit seine finanziellen Möglichkeiten überstieg. Erst löst er seine private Rentenversicherung auf, dann pflegt er seine Mutter noch zwei Jahre zu Hause. Nach ihrem Tod wurde Wolfgang H. selbst krank und musste eine Auszeit nehmen. Sein erneuter Anlauf verlief schleppend, es folgten zwei Unfälle. Er machte eine Umschulung zum Energieberater. 2015 ging er mit 799 Euro in Rente und bekam wegen seiner bei 350 Euro liegenden Krankenversicherung eine Aufstockung von 300 Euro. Da seine Miete bei 495 Euro liegt und er als Energieberater mit rund 100 Euro kaum über die Runden kommen kann, ist er auf die Lebensmittel der „Tafel“ angewiesen.

Immer mehr Menschen merken heute spätestens im Alter, dass ihre Renten ebenso wenig zum Leben ausreichen wie die Pseudo-Grundsicherung. Dabei soll es im Jahre 2030 nur noch 43 Prozent des Nettogehaltes als Rente geben. Das ist eine Schande in diesem reichen Land!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ursachen von nicht organisiertem Einzelterror



Hier in Deutschland leben wir fast noch in einer Demokratie. Das bedeutet auch: Ich kann auf dem Bremer Marktplatz und auch sonst überall in Deutschland öffentlich meine Meinung sagen, zum Beispiel über Wirtschaftskriminelle, Politiker und andere Missstände. Wenn ich also Frust habe, weil ich mich vielleicht von der Welt betrogen fühle, kann ich davon auf der Montagsdemo berichten. Auch Sie haben hier noch die Möglichkeit, Ihre Meinung zu sagen, ohne Angst haben zu müssen, verhaftet zu werden.

Wir sind es seit Jahrzehnten gewohnt, in einer Wirtschaftswunder-, Wachstums-, Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft zu leben, nach Perfektion, Geld und Anerkennung zu streben und irgendwo einer der Besten zu werden. Viele Menschen machen das mit ihrem Körper: Sie gehen etwa in ein Bodybuilding- oder Fitnessstudio, sie wollen möglichst schön und stark sein. Andere spielen Fußball bis zum Kollaps und lassen sich von Managern für Millionen verkaufen.

Wieder andere wollen in irgendeiner verrückten Sportart die Besten der Welt werden, lassen sich dafür kaputt trainieren, gehen zu Olympiaden und werden unter Drogen (Doping) gesetzt. Das ist zwar verboten, macht aber reich, und es

werden Kompromisse gefunden mit jenen, die dahinter stecken: gigantische Geschäftemacher, Manager, Funktionäre, die alle zu Millionären werden wollen und mit dem Sport selbst nicht viel zu tun haben. Nur mit den Besten kann die beste Werbung gemacht werden, der größte Gewinn und auch die größte „legale“ Betrügerei.

Der größte Teil der Menschen wird jedoch überwacht, beurteilt und bewertet: vom Arbeitgeber nach seinen Fähigkeiten, in der Gesellschaft nach Gehalt, Haus, Yacht oder Auto. Er wird registriert, gemeldet, erfasst von Ämtern, Behörden und Banken; befragt und ausgewertet von Marktforschern und Marketingexperten nach seiner Kaufkraft; versorgt und geschützt durch Polizei, Ärzte, Apotheker und Versicherungen.

Wir fragen uns: Wie können solche Anschläge in unserer fröhlichen Schützenfestgesellschaft möglich sein? Wir sind erschrocken. Viele Menschen haben Angst, weil sie ahnen, spüren, wissen, dass keine Sicherheit garantiert werden kann. Trotzdem werden Gesetzesänderungen gefordert, und es wird verzweifelt bei unseren so oft gescholtenen Politikern um Hilfe gerufen. Doch das wird keine Lösung bringen. So sagt zum Beispiel Innenminister Thomas de Maizière: „Kein Rechtsstaat der Welt ist in der Lage, hundertprozentige Sicherheit zu garantieren“.

Es wird wahrscheinlich so weitergehen: Tote und Verletzte werden gezählt, Ursachen gesucht, über Motive wird gerätselt. Experten analysieren Lebensläufe von Amoktätern, um herauszufinden, warum sie das getan haben: „in einem Anfall von Geistesgestörtheit mit einer Waffe umherlaufend, blindwütig getötet“, so der „Duden“. Die Hauptfrage lautet also: Warum und wie sind sie geistesgestört geworden?

Die Lösungen liegen hier bei uns auf der Straße, für jeden sichtbar, vielfältig und frei wie unsere demokratische Ellbogen-, Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft, eingebettet und gut behütet in die für kaum jemanden spürbare Wirtschaftsdiktatur und den Konsumterror. So gibt es wahrscheinlich immer mehr Menschen, die etwas sensibler werden, sich von diesen selbstverständlich scheinenden Gegebenheiten überfordert oder betrogen fühlen und sie vielleicht nicht mehr so einfach hinnehmen können. Einige bedienen sich auf den freien Märkten mit Verblendung und Verhetzung, mit bewunderten Vorbildern, Drogen, Ballerspielen und echten Waffen. Alles ist legal oder illegal zu haben, wenn nicht über die Theke, dann im „Darknet“.

Ob die Ursachen für einen potenziellen Amoktäter real, das heißt auch für Außenstehende wahrnehmbar sind – wie bei gemobbten Schülern oder Arbeitern am Rande der Sozialgesellschaft –, oder ob er seine frustrierende Situation „nur“ subjektiv empfindet, scheint dabei unerheblich zu sein. Die Auswirkungen beider Tätergruppen enden in vergleichbaren Katastrophen. Das Paradebeispiel für mich ist die Wahnsinnstat des Germanwings-Piloten. Auch ein scheinbar materiell gut gesicherter junger Mensch mit „Traumberuf“ kann so starke Existenz-, Versagens- oder Minderwertigkeitsängste entwickeln, dass er professionelle Hilfe sucht.

Dass er dann bei einem Psychiater landet, der ihm legale Drogen (Psychopharmaka) gibt, ist der Beginn der zweiten Angst: entdeckt zu werden. Hat jemand das Problem, sich isoliert von der Gesellschaft zu fühlen, und es droht ihm der Ausschluss aus der letzten noch verbliebenen Gruppe, hier dem „Traumberuf“, dann führt ihn das in eine ausweglose Situation. Die Lösung solcher menschlichen Probleme sind mit Sicherheit nicht die bewusstseinsverändernden Drogen der Pharmaindustrie. Sie sind eher Auslöser für menschliche Tragödien. Die unfassbare Tatsache und Gemeinsamkeit aller Amoktäter der Welt lautet: Sie waren nahezu ausnahmslos in psychiatrischer Behandlung. Das ist nicht nur in Deutschland nachgewiesen.

Helmut Minkus (parteilos)

Mitgefühl statt Zwang: Die Flüchtlingspolitik der Offenen Tür wird Deutschland auf lange Zeit vor Terrorismus bewahren („Stern“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

579. Bremer Montagsdemo

am 01. 08. 2016

Die unterstellte kurzfristige Hilfebedürftigkeit ist meist unüberwindbar



1. Diesen Montag sind die Rechtsverschärfungen für Erwerbslose in Kraft getreten. Es wurden viele Details neu oder anders geregelt, leider selten vereinfacht, oftmals nachteilig für die Erwerbslosen verändert. Insgesamt gibt es leider wieder viel Arbeit für die Sozialgerichte. Die Mitarbeiter(innen) des Jobcenters müssen es als erste ausbaden.

Sozialrechtler Harald Thomé hat Arbeitsmaterial der „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ bereitgestellt: eine 18-seitige Zusammenfassung der Änderungen sowie eine Übersicht der SGB-II-Leistungsansprüche für Auszubildende. Auch von der Bielefelder Sozialberatung „Widerspruch“ gibt es eine Zusammenstellung der Änderungen.

Wie damit umgehen? Erst einmal bleiben die aktuellen Bescheide rechtskräftig. Änderungen werden vom Jobcenter in Bescheide oder Gespräche verpackt, dabei gelten die Rahmenbedingungen unverändert weiter: Alles erklären lassen und nichts vor Ort unterschreiben! Die „Eingliederungsvereinbarung“ und alles, was zur Unterschrift ansteht, kann mitgenommen werden.

Nur einfach abzuwarten ist zu wenig. Eine positive Änderung ist die Förderung einer Arbeitsaufnahme durch Weiterzahlung der ALG-II-Leistungen bis sechs Monaten. Damit kann der Abgrund der Mittellosigkeit bei Arbeitsaufnahme beseitigt werden. Bisher wurde die Zahlung von ALG II sofort bei Arbeitsaufnahme eingestellt, Arbeitslohn wird jedoch erst rückwirkend gezahlt. Allein dadurch wurden viele Arbeitsaufnahmen abgebrochen.

Ein weiterer Punkt für plötzliche Mittellosigkeit sind die Darlehnsverträge mit dem Jobcenter. Wer seine Mittellosigkeit beendet oder seinen Leistungsanspruch verliert, soll den jeweiligen Restbetrag sofort zurückzahlen. Das ist für die meisten unmöglich. Der Zoll als Vollstrecker droht kurzfristig mit Mahnbescheid. Bisher war dies die garantierte Verhinderung eines Übergangs in Arbeit. Auch hier ist nun ein weiteres Argument für die Unterstützung der Arbeitsaufnahme gegeben!

Die Einschränkung der Anträge auf Überprüfungen ist ebenfalls nachlesbar. „Bestraft“ wird, wer den Antrag auf Überprüfung erst nach einem begünstigenden Urteil stellt. Da in Bremen die Feststellung der Mietobergrenzen so daneben liegt, einfach umgehend den Antrag auf Überprüfung stellen. Wie? Nachlesen auf der Seite zur 577. Bremer Montagsdemonstration oder einfach vorbeikommen!

Wer wissen will, wie die Jobcenter dies sehen: In den erwähnten Beiträgen der „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ und von „Widerspruch“ stehen die entsprechenden Paragraphen. Die Bundesagentur hat neue „Fachliche Weisungen zum SGB II“ herausgegeben, so zu den Paragraphen 8, 20, 21, 34, 34a, 34b, 41 und 52. Zum Teil beziehen sie sich auch schon auf die neue Rechtslage gemäß Rechtsverschärfungsgesetz.

Umgekrempt wurden Leistungsansprüche von Student(inn)en und Auszubildenden. Aufstocker(inn)en sollten sich ihre Bescheide genau ansehen: Der Freibetrag ist eventuell nicht berücksichtigt: „Bei der vorläufigen Entscheidung dürfen die Jobcenter den Freibetrag für Erwerbstätige unberücksichtigt lassen (§ 41a Absatz 2 SGB II neu), siehe unter Einkommensanrechnung, Punkt 4.1“ (Seite 11).

Aber nicht sauer fahren lassen! Die nächste Keule liegt eine Schublade tiefer (Seite 9): Die Gesetzesbegründung nennt drei Beispiele, wann die neue Strafe greifen soll: „Ein Aufstocker gibt ohne wichtigen Grund eine Beschäftigung auf, was die Hilfebedürftigkeit erhöht. Eine angebotene Beschäftigung wird ohne wichtigen Grund abgelehnt oder nicht aufgenommen. Ein Wechsel in eine günstigere Steuerklasse wird verweigert.“

Insgesamt zeigt diese Rechtsverschärfung die Ignoranz gegenüber den Erwerbslosen. Beim Arbeitslosengeld II wurde eine vorübergehende kurzfristige Hilfebedürftigkeit zugrunde gelegt. Inzwischen ist klar: Die Hilfebedürftigkeit ist für viele Menschen unüberwindbar! ALG II reicht nicht für ein teilnehmendes Leben. ALG II wird durch die Unterschreitung des Regelsatzes unlebbar! Es ist Zeit für die bedingungslose Grundsicherung!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Unsere Neubürger sind vor Krieg, Hunger und Tod geflohen. Die Mitmenschen haben sich eingesetzt und eine Willkommenskultur erschaffen. Den Ehrenamtlichen ist es zu verdanken, dass dies soweit gelungen ist und immer noch läuft. Was Geld kostet, wurde per Gesetz schnell abgeschafft oder geändert. Die Blutige Null hat sich durchgesetzt, aber ein Willkommen auf Sparflamme hat leider hohe Folgekosten!

Dass die Neubürger keinen Anspruch auf einen Sprachkurs haben, dass die Kurse zur „Einweisung in Gebräuche und Gewohnheiten“ gestrichen wurden, dass

die Bearbeitung der Anträge so lange dauert, dass die schon vorher ausgebrems- te Familienzusammenführung jetzt auf Eis liegt, dass die Rückführungen in das zuerst betretene EU-Land durchgesetzt werden sollen, auch wenn in diesem Land Gewalt erfahren wurde, dass Diktatoren und Bürgerkrieg von Deutschland igno- riert werden, um solche Länder als sicher einzustufen, all dies ist grauenvoll!

Viele Neubürger waren jahrelang unterwegs. Es waren Jahre der Überra- schungen und negativen Erfahrungen, auch mit Uniformträgern. Unterwegs wur- de die Aussicht zu sterben teilweise als Erlösung angesehen. Wenn einen Men- schen bei vollem Bewusstsein Säure über den Kopf gegossen und das Gesicht zerfressen wird, dann ist der Tod eine Erlösung, so der ehemalige behandelnde Psychiater eines Mörders.

Die Menschen kamen und die Welt dreht sich. Pläne werden undurchführbar, Ziele verschwinden in weiter Ferne, wahrgenommen wird die Gewalt des Papiers. Ein Mensch hat seinen Freund in Afghanistan verloren, dies wurde bei der Be- richterstattung über seine Taten nebenbei erwähnt. War es ein „Fehlschuss“ der Regierungsgewalt? Seine Tat ist erbarmungswürdig, alle diese Taten sind unent- schuldig. Gern hätte ich jedoch erfahren, wie der Freund zu Tode gekommen ist. Ein anderer hatte die Ankündigung der Abschiebung in sein Ankunftsland im Briefkasten. Dann zu sagen, Abschiebung tue nicht weh, ist Selbstbetrug, denn dieser Mensch hatte es anders erfahren.

Der sogenannte Islamische Staat nimmt Attentate und Attentäter gern in sei- ne Verantwortung und in seinen Einflussbereich, doch in der Türkei hat er nicht zugeschlagen. Dabei wurde bereits in der ersten Regierungserklärung der „IS“ als Verursacher genannt. Wollte der „IS“ diesmal nicht die Verantwortung über- nehmen, weil ihm die Türkei zu nahe steht und Handel verbindet, oder steckt ei- ne andere Terrororganisation dahinter? In unseren Medien sind viele Details zu erfahren. Die Meinung mancher Politiker, die Täter hätten sich hierzulande einge- schlichen, um Attentate zu verüben, wurde in diesen Mordfällen nicht bestätigt.

Wie verlässlich sind die vielen Hinweise, die der Geheimdienst auf „gefähr- liche Menschen“ hat? Der Bremer Murat Kunatz galt als ein solcher Mensch. Er wurde vom Geheimdienst geprüft, gequält und letztlich zur Freilassung empfoh- len. Deutschland wollte seinen Bürger aber nicht wiederhaben, ein Bremer Politi- ker hat es als politisch Verantwortlicher mit entsprechenden Bescheiden verhin- dert. Er musste auf Druck des Bundes einlenken, und Murat Kurnaz wurde die Einreise erlaubt. Er ist nicht und war nie gewalttätig! Aber welcher Geheimdienst will so etwas wahrhaben?

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Ekel vor dem Proletariat: Bei den Sozialdemokraten braucht mensch für eine Karriere mittlerweile einen akademischen Titel („Tageszeitung“)

Verursacher von Massenterror



Wie schon in meinem letzten Montagsdemo-Beitrag beschrieben, wurden nahezu alle Amoktaten unter Einfluss von bewusstseinsverändernden Drogen begangen. Dabei kann unterschieden werden, ob diese Drogen illegal von einem Straßendealer beschafft oder ob sie legal und billig als Schnapsflasche im Saftladen erworben oder gar von einem Psychiater verschrieben und von Krankenkassen sinnlos teuer als Psychodroge bezahlt wurden. Doch das ist im Grunde egal, denn jede Droge hat auf ihren Konsumenten grundsätzlich die gleiche Auswirkung: Sie

verringert sein geistiges Potenzial, von dem ohnehin höchstens zehn Prozent des maximal Möglichen genutzt wird, noch stärker. Das kann bis zur Unzurechnungsfähigkeit führen, deren Auswirkung und Anschläge wir erleben und von der nur Drogenhändler oder die Pharmaindustrie und kooperierende Ärzte ihren Nutzen haben.

Viel einträglicher sind jedoch Terrortaten von organisiert eingesetzten, skrupellosen, machtbesessenen Führungskräften und Politikern. Doch wer beziehungsweise welche Verbrecherkonzerne stecken zum Beispiel hinter Erdogan? Das alles hat nichts mehr mit Politik zu tun, was er nicht nur in seinem Land versucht zu veranstalten. Der Volksmund würde vielleicht sagen: „Der ist nicht ganz dicht, der müsste in die Klappe gesteckt werden“. Aber da war er vielleicht schon, und wir spüren die Folgen. Wir wissen es nicht und würden es auch nicht erfahren, selbst wenn es so wäre. Aber wesentliche Unterschiede zwischen einem durch Psychopharmaka gestörten Einzelterroristen und dem Volksterror eines „mächtigen“ Staatsführers gibt es schon.

Letzterer wird kaum selbst Amok laufen und verzweifelt auf der Straße herumballern bis zum Ende. Dazu geht es ihm materiell viel zu gut. Auch werden seine Hintermänner ihn so lange vor sich selbst schützen, bis er seine Aufgabe erfüllt hat. Dann lässt man ihn vielleicht sich selbst vernichten, wie wir es zum Beispiel von einigen „braunen“ Männern aus der jüngeren deutschen Geschichte kennen. Vielleicht ist er ja so krank, dass er es schafft? Im Gegensatz zu einem Amokläufer wird ein Mächtiger außerdem gebraucht von seinen Sympathisanten; getragen, gestützt und gewählt von seinen Abhängigen, Rechtsverdrehern und Volksverhetzern. Von selbst kann ein Kranker nicht an solche Macht gelangen. Es gibt sicher genug Freiwillige, die jede Terrortat erledigen für ihren Herrn. Allen geht es gut dabei, und sie können reich werden.

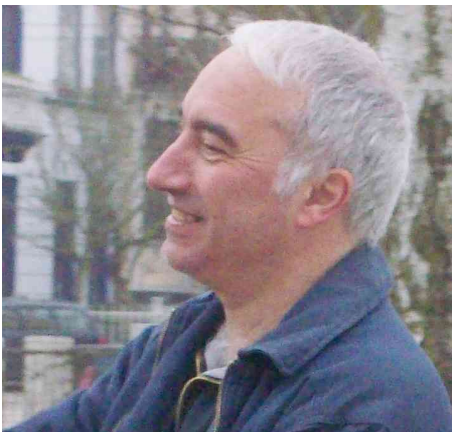
Im Prinzip ist es bei dieser Art von Terrorismus egal, ob der „Führer“ nun wirklich geistesgestört ist oder das alles im vollen Bewusstsein seiner geistigen Fähigkeit anrichtet. Die Ergebnisse sind die gleichen, und die den größten Pro-

fit machen, sind seine Hintermänner, von denen er benutzt wird, denn es gibt mit Sicherheit mächtigere Leute als einen türkischen Staatsmann, dem sogar ein großer Teil seines Volkes zujubelt, obwohl er sich benimmt wie ein beleidigter, belender, beißender Köter. Ich verstehe nur nicht, was seine Anhänger und Sympathisanten im deutschen Ausland zu suchen haben, dass sie ihren Herrscher nicht in seinem Land bejubeln.

Gerade in dieser Zeit ist es jedoch günstig, so etwas zu inszenieren, wenn die Massen derart verblendet sind, dass sie nicht mehr differenzieren können. Wir dürfen nicht alles glauben und hinnehmen, was uns da vorgespielt wird. Das hat alles weder mit Flüchtlingen zu tun noch mit Politik. Da müssen wir sehr gut aufpassen und versuchen herauszufinden, wer dahinter steht und seinen Profit davon hat. Wir alle müssen daran mitwirken, den Massenterror, den wenige an einem ganzen Volk verüben, zu beenden. Unsere Politiker schaffen das nicht allein oder wollen es nicht, weil sie vielleicht auch davon profitieren. Der Terror des kranken Mannes vom Bosphorus, seiner Auftraggeber und Mittäter muss schnellstmöglich gestoppt werden, von uns allen!

Helmut Minkus (parteilos)

Auch der Amoklauf in München hatte einen faschistischen Hintergrund



Die faschistischen Attentate bekommen auch in Deutschland eine neue Dimension. In Ansbach gab es den ersten Selbstmordanschlag mit 14 zum Teil schwer verletzten Menschen. Der Attentäter erklärte in seinem Bekennervideo, er wolle Rache im Namen Allahs nehmen. Die islamistisch-faschistische Terrororganisation Daesch verkündet, dass der Täter ein „Soldat des IS“ gewesen sei. Dasselbe gilt für den Jugendlichen, der in einem Zug nach Würzburg Fahrgäste mit Axt und Messer schwer verletzt hat. Auch ihn trieb eine islamistisch-faschistische Motivation.

Inzwischen ist bekannt, dass der Attentäter in München ebenfalls aus faschistischen Motiven gehandelt hat. Er rief: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ und tötete gezielt neun jugendliche Migranten. Er wählte bewusst den fünften Jahrestag des Massenmords in Norwegen – 2011 hatte der Faschist Anders Breivik 77 Menschen durch einen Bombenanschlag in Oslo und ein Massaker in einem Sommercamp hingerichtet –, und er war stolz auf seinen Geburtstag: „Es ist ein positives Schicksal, wie Adolf Hitler am 20. April Geburtstag zu haben“.

Es handelt sich also keineswegs „nur“ um einen psychisch kranken Jugendlichen, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Es war ein faschistisches Verbrechen! Viele Menschen machen sich zu Recht Sorgen. Was tut die Bundesregierung in dieser Situation? Frau Merkel unterbricht medienwirksam ihren Urlaub und verkündet neun Maßnahmen, die alle mehr oder weniger darauf hinauslaufen, den Polizeiapparat weiter aufzurüsten, die Überwachung der Bevölkerung massiv auszubauen, die Abschiebung von Flüchtlingen zu beschleunigen und den Einsatz der Bundeswehr nach innen zu forcieren.

„Verteidigungsministerin“ Ursula von der Leyen erklärte, sie wolle prüfen, ob Terrorakte nicht unter „inneren Notstand“ fielen. Für den „Notstandsfall“ dürfen Soldaten schon bisher im Innern eingesetzt werden. Was weniger bekannt ist: Die Soldaten standen in der Nacht von Freitag auf Samstag schon bereit! Laut Berichten der „Frankfurter Allgemeinen“ und von „T-Online“ waren die Feldjäger in Bereitschaft versetzt worden und wären unter Befehlsgewalt der Polizei zum Einsatz gekommen, wenn diese sie angefordert hätte.

Der „Deutsche Anwaltverein“ hat gefordert, die Bundeswehr nicht zur „Bekämpfung des Terrorismus“ einzusetzen: „Die Ereignisse der vergangenen Tage in Bayern sollten nicht als Rechtfertigung benutzt werden, parteipolitische Forderungen wie den Einsatz der Bundeswehr im Innern durchzusetzen“, sagte Vereinspräsident Ulrich Schellenberg der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Wirklich wirksame Maßnahmen werden von der Bundesregierung abgelehnt: Die antifaschistische Aufklärung und Erziehung in den Schulen führt ein Schatten-dasein, antifaschistische Initiativen werden massiv behindert. Die Regierung weigert sich hartnäckig, jegliche faschistische Propaganda und alle faschistischen Organisationen sofort zu verbieten. Sie hält zudem an der Unterstützung der türkischen Regierung mit aller Macht fest, obwohl von Erdogan eine faschistische Diktatur errichtet wird. Sie verfolgt im Interesse Erdogans Freiheitskämpfer in Deutschland: Inzwischen sind hier 30 Revolutionäre aus der Türkei inhaftiert und angeklagt.

„Wehret den Anfängen“ – das müssen wir selbst in die Hand nehmen! Es kommt auf jede(n) an: Wir dürfen niemals Nationalisten, Rassisten oder Faschisten, egal welcher Nationalität, die Straße überlassen. In Köln zeigte ein Bündnis Flagge gegen den Aufmarsch der Erdogan-Anhänger und gegen den Aufmarsch der faschistoiden Gruppen „Pro NRW“ und „Hogesa“. Ich war auch dabei – und noch viel mehr Menschen sollten sich gegen die faschistische Gefahr und für ein breites Bündnis im Kampf um Freiheit, Demokratie und echten Sozialismus engagieren. Es lebe die internationale Solidarität!

Harald Braun

Am **Samstag, dem 6. August 2016**, sammeln sich Bremerinnen und Bremer in der Zeit von **12 bis 13 Uhr** auf dem **Marktplatz** für eine **Mahnwache zur 71. Jährgung des Atombombenabwurfs**. Sie werden Blumen mitbringen, um

das Friedenszeichen auszulegen. Es sprechen Bremer Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Widerstandsaktion gegen die Atombombenlagerung in Büchel.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

580. Bremer Montagsdemo

am 08. 08. 2016

Norddeutsche Atommeiler altern ihrer Abschaltung mit erhöhtem Sicherheitsrisiko entgegen



1. Am letzten Samstag wurde wieder bewusst an die Gräueltaten der damaligen Atombomben gedacht. 71 Jahre ist das her und trotzdem nicht erledigt. Die Menschen leiden heute. Selbst Kinder leiden aktuell, Menschen, die damals noch nicht einmal gezeugt waren! Das ist allseits bekannt und akzeptiert, doch warum gibt es dann überhaupt noch Kernwaffen? Warum lagern in Deutschland Atombomben? Es war

einmal ein US-Präsident, der die Beseitigung aller Atomwaffen zusagte! Diese Zusage wurde nicht gehalten, die Todesbringer wurden lediglich gegen modernere ausgetauscht.

„Frontal 21“ hat darüber berichtet, „dass die neuen taktischen Nuklearwaffen vom Typ B61-12 wesentlich zielgenauer sind als die Atombomben, die bislang in Büchel lagern... Dabei hatte der Bundestag im März 2010 mit breiter Mehrheit beschlossen, die Bundesregierung solle sich gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen.“ Der Bericht des ZDF ist zum Gruseln. Frau Merkel hat mal wieder klammheimlich eine Zusage nicht eingehalten. „Zielgenauer“ sind die neuen Atombomben? Ist das wichtig? Die Auswirkungen halten sich nicht an Ländergrenzen! Die zugesagte Beseitigung ist überfällig, noch geht's!

Die Katastrophe von Tschernobyl war 1986. Dass ihre Folgen ebenfalls „noch aktuell“ seien, wäre untertrieben. Die physikalischen Prozesse laufen weiter, und erwartungsgemäß wird dadurch neues Gift freigesetzt, wasserlöslich und mit Staub auch vom Wind zu transportieren. Die Giftwelle beginnt jetzt, sie wurde erwartet. Welche Gegenmaßnahmen wurden ergriffen? Die Hülle über dem Meiler sollte eigentlich fertig sein, aber das ist noch nicht der Fall. Außerdem sind die Pläne für den Unterhalt dieser Hülle nur im Konzept fertig, es fehlt jedoch das

Geld. Die Finanzierung steht nicht, die Beschaffung und Schulung von entsprechendem Personal wurde verschoben.

Im heutigen Japan möchte die Regierung wieder Akzeptanz für **Kernenergie** erzeugen. Gelungen ist dies nicht. Nur mit der Drohung „Sonst geht das Licht aus!“ wurde die Wiederanschaltung durchgesetzt. Insgesamt sieht es nach der Atomkatastrophe nicht nach einer beherrschbaren Situation aus. Um Gefährlosigkeit vorzugaukeln, ist auch in Japan den politisch Verantwortlichen jedes Mittel recht. Die Gesundheitsschäden und -gefährdungen werden weggelogen. Bereits kurz nach dem Unfall haben sich über 100 Wissenschaftler gefunden, die die Auswirkungen heruntergespielt haben. Sie haben nicht gelogen, sie konnten einfach nichts feststellen.

Zusammenfassend ist anzumerken, dass Kernenergie nicht beherrschbar ist. Sie ist keine „saubere“ Energie, weil die Folgen auch ohne Unfall Jahrhunderte anhalten. Es gibt kein Endlager, nicht einmal ein sicheres Zwischenlager. Allerdings sind die Regierungspolitiker aller Länder bereit, jede Vertuschung und Verschleierung vorzunehmen oder zu decken! Der Wähler sollte dies bei der nächsten Wahl berücksichtigen und heute schon seinem Volksvertreter mitteilen!

Die niedersächsische Landesregierung will die Kernkraftwerke in Norddeutschland früher abschalten, und zwar mit „dreifachem Nutzen“, meldete der „Weser-Kurier“ am 30. Juli 2016. Umweltminister Wenzel „nannte die Atomkraftwerke in Lingen, Grohnde und Brokdorf sowie die Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven und Hamburg-Moorburg: ‚Diese unflexiblen Kolosse laufen selbst dann weiter, wenn zu viel Strom im Angebot ist‘.“

Die Stromtrassen würden für die erneuerbaren Energien frei, die vorhersehbare Verteuerung der vom Stromkunden zu zahlenden EEG-Umlage ist so vermeidbar. Meiler, die abgeschaltet wurden, produzieren weniger Atommüll. Stillgelegten Kohlekraftwerke würden zu einer verminderten Luftverpestung führen. Aktuell läuft das nur, weil der Emissionsrechtehandel nicht funktioniert. Der Gedanke ist überzeugend, doch was machen die Regierungspolitiker in Berlin? Die verkaufen noch heute Kohlekraftwerke, zum Beispiel in die sonnige Türkei!

Ergänzend zu den Argumenten von Herrn Wenzel ist anzumerken, dass diese Kraftwerke gegenwärtig mit einem erhöhten Sicherheitsrisiko ihrer Abschaltung entgegen altern. Die Bundesregierung hat den Konzernen zugestanden, dass bestimmte Wartungsaufwendungen unterbleiben dürfen. Die Konzerne haben sich gefreut, trotzdem wurde die Entscheidung beklagt und die Bundesregierung verklagt. Es geht um viel Steuergeld, weil scheinbar bereits im Verwaltungsverfahren bewusst Regeln missachtet wurden. Die Sicherheit der Atommeiler wird durch diese Geldausgaben nicht erhöht! Wird die Bundesregierung diesen Verzicht auf Sicherheit widerrufen? Dieser Widerruf ist nur durch die sofortige Stilllegung verzichtbar!

2. Die Verwaltungsmitarbeiter(innen) in Bremen leiden. Eine Geschichte dazu steht im „Weser-Report“, es geht um eine verspätete Geburtsurkunde und die

Handlungsunfähigkeit der Elterngeldstelle. Beschämend ist dabei die Flucht in Ausreden, denn natürlich kann die Elterngeldkasse Abschläge anordnen. Einer Familie in Bremen, die durch **Behördenversagen** in Schwierigkeiten gerät, muss einfach geholfen werden!

Wurde das Raumproblem des Standesamtes inzwischen gelöst? In den Räumlichkeiten lagern Akten, die längst digitalisiert sein sollten. Die Räumlichkeiten sind inzwischen anderweitig verplant. Es war noch unklar, ob das Digitalisieren nunmehr umgehend erfolgt oder die Akten ausgelagert werden. Beides erfordert Geld. Es war auch noch unklar, ob die bisherige Digitalisierung entsprechend geprüft wurde. Die Justiz in Bremen klagt schon länger über Überlastung. Das Landgericht musste Angeklagte wegen zu langer Untersuchungshaft freilassen.

Bremer leben unterhalb der Standards in den anderen Bundesländern. Viele Bereiche der öffentlichen Dienste sind nur eingeschränkt handlungsfähig. Bremen schafft zwar die Sparvorgaben in Euro, häuft aber „soziale Schulden“ an: Lücken in der Versorgung, die sich rückwirkend nicht heilen lassen und wesentlich teurer sind als der ersparte Betrag in Euro! Warum ist es dann in Bremen so ruhig? Das Leben in der Hansestadt hat für viele besondere Qualitäten. Die Erwerbslosen mögen ihre Mittellosigkeit selten öffentlich kundtun. Diese Stimmung kann kippen.

3. Mit den Problemen der Justiz hat sich „Die Story im Ersten“ unter dem Titel „Deutsche Justiz im Dauerstress“ beschäftigt: „In der Sendung reden Richter und Betroffene erstmals Klartext. Sie meinen, Deutschland mit seinem Justizsystem würde derzeit nicht einmal mehr in die EU aufgenommen. Offen sprechen sie über ihre Arbeitswelt und die teils unwürdigen Bedingungen, unter denen hierzulande Recht gesprochen wird.“

Unabhängige Justiz? Dritte Säule der Demokratie? So steht es seit 1949 im Grundgesetz. Tatsächlich aber folgt die Politik bis heute diesem Anspruch nur auf dem Papier. Stattdessen wird die Richterschaft am Gängelband des Geldes gehalten. Das hat Folgen. Eine Gerichtsbarkeit, die unter den Sparvorgaben der 16 Justizminister ächzt, Personalnot in den Gerichtsgeschäftsstellen, falsche Software-Entscheidungen, überlange Verfahren, weil die Aktenberge bedrohlich wachsen.“

Mit diesem Beitrag wird dokumentiert, dass der Strafjustiz die „Puste“ ausgeht. Sie kann die Rechtssicherheit nicht mehr gewährleisten! Mit den Belastungen der Sozialgerichte befasst sich dieser Beitrag nicht. In einer entsprechenden Recherche wäre auch die Ursache der **Klageflut**, insbesondere gegen Entscheidungen der Jobcenter, zu nennen. Allein die „undeutlichen“ Änderungen und die „bewusste Ignoranz“ der Entscheidungen der Bundessozialgerichte und sogar des Verfassungsgerichts durch den Gesetzgeber tragen erheblich zur Klageflut bei.

Genau diese handwerklichen Fehler hat das aktuelle Hartz-IV-„Rechtsvereinfachungsgesetz“! Mit den Strafen rund um die Aufgabe oder Verminderung eines Beschäftigungsverhältnisses werden verstärkt arbeitsrechtliche Fragen relevant.

Eine Ausweitung des Wahnsinns! Die Erwerbslosen streiten oftmals um geringe Beträge, weil sie so wenig zur Verfügung haben. ALG II wurde für einen vorübergehenden Leistungsbezug bemessen und hat sich zu einem Dauerzustand ohne Aussicht auf Besserung entwickelt!

4. Der Verkehrswegeplan bis 2030 steht. In den ersten Radiomeldungen wurde sinngemäß gesagt: „Die Investitionen sind durchgeplant und finanziell abgesichert.“ In den Folgemeldungen fehlte der Hinweis auf die gesicherte Finanzierung. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen ergeben sich Zweifel. In dem Papier steht auch die Ausweitung der Maut, somit eine Steuererhöhung. Meine Befürchtung, dass die „Gesellschaft zum Bau und Unterhalt der Verkehrswege“ doch wieder aufersteht, steht nicht in der Antwort der Bundesregierung.

Erwogen wurde, dass diese Gesellschaft „privates Geld“ bei den Versicherungskonzernen generiert. Für diese **Kredite** sollte die Gesellschaft drei Prozentpunkte Zinsen über dem marktüblichen Zins bezahlen. Der Plan wurde von den Länderverkehrsministern verworfen. „Heftige Kritik kommt auch vom Obersten Bayerischen Rechnungshof. Präsident Heinz Fischer-Heidberger erklärte, die private Finanzierung staatlicher Investitionen sei in der Regel teurer als die herkömmliche Finanzierung über den Staatshaushalt.“

Inzwischen hat der Bundesfinanzminister 1,5 Milliarden Euro durch den Verkauf von Bundesanleihen verdient. Diese werden mit Minuszinsen und Gebührenabzug verkauft. Der Geldgeber erhält somit weniger Geld zurück, als er eingezahlt hat.

Mit Überschrift „Raus aus dem Dispo“ hat der „Weser-Kurier“ Alternativen aufgezeigt. Die Hinweise sind sicherlich förderlich. Bei allen Möglichkeiten lagen die genannten Kreditzinsen oberhalb von vier Prozent, somit weit unterhalb des Kreditors. Das ist trotzdem unakzeptabel, einfach zu teuer.

Wer als Leistungsbezieher unaufschiebbare Reparaturen hat oder ein neues Großgerät kaufen muss, sollte bei seinem Leistungsträger ein Darlehn beantragen, und zwar vor dem Kauf und vor dem Dispo. Das Darlehn ist zinslos und muss mit zehn Prozent der Regelleistung getilgt werden. Wünschenswert ist eine solche Notlage nicht, weil erhebliche Nachteile mit diesem kleinen Vorteil verbunden sind.

5. Die Hartz-IV-Rechtsverschärfungen enthalten auch positive Regelungen. So sind ALG-II-Leistungen seit dem 1. August 2016 wieder unpfändbar (gemäß § 42 Absatz 4 SGB II). Die Auswirkungen auf das Pfändungsschutzkonto wurden bisher noch nicht dargestellt. Wer dafür erhöhte Gebühren zahlt, sollte diese Änderung bei der „Verbraucherzentrale“ hinterfragen. Erben müssen seit Beginn dieses Monats keine Rückforderungen für Leistungen des Jobcenters an den Verstorbenen mehr erstatten (§ 35 SGB II wurde gestrichen).

Die **Rechtsverschärfung** mit Hammerwirkung habe ich bei der 579. Bremer Montagsdemonstration kurz angerissen, sie steht in der Zusammenfassung der „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ auf Seite 4 unten: Ein(e) Aufstocker(in) kann durch Nichtgewährung des Arbeitnehmerfreibetrags bis zu 230 Euro monatlich einbüßen. Diese Neuregelung ist für vorläufige Bescheide anzuwenden, die erstellt werden, wenn das zu erwartende Einkommen schwankt.

Wer einen solchen Arbeitsvertrag hat, sollte diese Änderung mit seinem Arbeitgeber besprechen. Wenn eine feste monatliche Vergütung vereinbart wurde, ist das zu erwartende Einkommen nicht schwankend. Mehr- und Minderarbeit können über ein Gleitzeitkonto ausgeglichen werden. Bitte alles im Detail durchdenken und sicherheitshalber vorher mit einer Beratungsstelle besprechen! Auch Gewerkschaft oder „Arbeitnehmerkammer“ kennen sich aus.

Wer mit diesen vorläufigen Bescheiden ohne Berücksichtigung seines Arbeitnehmerfreibetrags leben muss, muss zu dessen Sicherung einen Antrag auf endgültige Entscheidung stellen, weil die vorläufigen Bescheide nach zwölf Monaten unangreifbar werden. Also im Kalender vormerken! Auch diese Möglichkeit der Übervorteilung der Niedrigstverdienenden zeigt den falschen Geist in diesem Gesetz.

6. „Schöne neue Welt“: „Die Dokumentation zeigt, mit welchen Ideen die Visionäre der kalifornischen Hightech-Firmen die Welt verändern wollen, und hinterfragt, welche Folgen das für unser aller Leben haben wird.“ Die im ZDF-Beitrag genannten Möglichkeiten werden und wurden bereits Wirklichkeit, nachzulesen im Artikel „Automatisch arbeitslos“ von Patrik Spät. Darin wird die gesamte Bandbreite der Veränderungen beschrieben.

Die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt wird wie folgt eingeschätzt: „Laut einer Studie von Volkswirten der ING-DiBa-Bank sind in den nächsten 20 Jahren 59 Prozent aller Arbeitsplätze gefährdet; von den rund 31 Millionen sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten hierzulande könnten 18,3 Millionen von Robotern und Software ersetzt werden.“

Die Explosion der Unterbeschäftigung wird nicht bis 2030 dauern. Über die **Automatisierung** ist viel auf unseren Seiten nachzulesen. Jeder öffentlich rechtliche Sender hat über Forschungserfolge berichtet, es gab teilweise sehr umfangreiche Dokumentationen mit glaubwürdigen Inhalten. Auf einem privaten Sender wurde abgewiegelt: „Sie müssen nicht glauben, dass Ihr neuer Kollege ein Roboter sein wird!“ Diesen Beitrag empfand ich als unglaubwürdig.

Der „Weser Kurier“ titelte: „Roboterautos in sechs Städten auf Testfahrt“. Die Industrie erhält auch in Deutschland Fördergelder: „Bis 2020 stellt der Bund als Forschungsförderung 80 Millionen Euro bereit.“ Wer Vorstehendes gelesen hat – die Übervorteilung der Erwerbslosen sowie die technischen Möglichkeiten – kann sicher die Notwendigkeit eines Grundeinkommens verstehen und unterstützen,

und zwar jene eines bedingungslosen Grundeinkommens, um auch die Kosten der Verwaltung einzuschränken.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Richtervorlage zurück beim Verfassungsgericht: Darf es wirklich „nicht darauf ankommen“, wenn der Rechtsstaat grundrechtswidrige Sanktionen aussprechen lässt, solange die Rechtsbelehrung so schlampig erfolgt, dass ein Sozialgericht diese Sanktionen deswegen aufheben könnte? („Junge Welt“)

Der Welterschöpfungstag



Aus aktuellem Anlass möchte ich diese Woche an einen besonderen Tag erinnern, der zwar kein festes Datum hat, aber schon seit 1961 bestimmt wird. Die Naturschutzorganisation „World Wide Fund For Nature“ teilt mit, dass der vergangene Sonntag der letzte Tag war, an dem wir dieses Jahr ohne „Naturkredit“ gelebt haben. Jetzt ist unsere Welt erschöpft, es war der „Welterschöpfungstag“. Von nun an sind die natürlichen Ressourcen der Erde aufgebraucht, die sie innerhalb eines Jahres regenerieren kann.

Dieser Montag ist damit der erste „Erdüberlastungstag“, wie er auch genannt wird. Bis zum Ende dieses Jahres dürften die Menschen keine weiteren Ressourcen mehr verbrauchen. Streng genommen hätten sie bis dahin auch nichts mehr zu essen, obwohl noch ein großer Teil der Weltbevölkerung in Hunger und Armut lebt und fast überhaupt nichts verbraucht. Jeglicher Produktionsprozess von Gütern aller Art müsste gestoppt werden. Auto fahren, in Urlaub fliegen, Strom verbrauchen, Trinkwasser durch den Lokus spülen, die Wohnung heizen: All das wäre in diesem Jahr nicht mehr möglich.

Doch wir merken nichts davon, denn die Natur ist „gnädig“ und gibt uns Kredit, schon seit 1986 jedes Jahr einige Tage früher, denn die Menschheit verbraucht seit 30 Jahren mehr Ressourcen, als auf Dauer nachhaltig vorhanden sind. Der „Erdüberlastungstag“ wurde eingeführt, weil das Thema so wichtig ist, dass es niemand vergessen sollte. Da es ein Tag ist, der für die ganze Erde gilt, hat er

die englische Bezeichnung „Earth Overshoot Day“ und wird von der Organisation „Global Footprint Networks“ bestimmt.

Sie misst den Verbrauch an natürlichen Ressourcen und die vorhandenen Mengen. Seit 1961 wird von heute mehr als 200 Nationen anhand von je etwa 15.000 Daten pro Jahr ihr „ökologischer Fußabdruck“ ermittelt. Da wir in Deutschland seit vielen Jahrzehnten einen überdurchschnittlich hohen Lebensstandard gewohnt sind, war bei uns schon am 28. April „nationaler Erschöpfungstag“, und wir wären längst verhungert, wenn uns nicht unsere globalen Wirtschafts- und Finanzsysteme davor schützen würden.

Politiker und Manager können uns trotz Ausverkauf und Dauerüberlastung unseres globalen Ökosysteme und der Ressourcen noch immer eine intakte Welt „verkaufen“, ergaunert durch ungleiche Verteilung von Produkten jeder Art. Warum sollen wir dagegen ankämpfen, anstatt das Leben zu genießen, auf jede Weise, die uns die Erde noch bietet?

Helmut Minkus (parteilos)

In den letzten zwölf Jahren wurde die **Montagsdemo** immer mehr zu einer sozialen Bewegung, die nicht nur gegen die Hartz-Gesetze, sondern auch gegen alle anderen sozialen Ungerechtigkeiten kämpft und die Befreiungskämpfe, den antifaschistischen Kampf sowie den Kampf für die Rettung unserer natürlichen Umwelt unterstützt. Wir laden euch herzlich ein, mit uns zusammen unser **Sommerfest** zu feiern, am **Samstag**, dem **3. September 2016**, ab **15 Uhr** in den **Neustadtwallanlagen** hinterm Südbad, auf dem Rondell am Parkausgang zur Neustadtscontrescarpe.

Wir wollen dabei jeder Initiative, Partei, Gewerkschaft oder sonstiger Vereinigung die Möglichkeit bieten, sich mit einem kleinen Infostand vorzustellen und gegebenenfalls ein kurzes Grußwort zu halten. Wir bitten nur darum, auch etwas zum „praktischen Gelingen“ beizutragen, sei es durch Mithilfe beim Auf- oder Abbauen, Grillen oder bei der Kuchenausgabe. Zur **Planung** und Absprache treffen wir uns am **Montag**, dem **15. August**, um **19 Uhr** im **Seemannsheim**, Jippen 1 (nahe Stephanikirche).
Es wäre sehr schön, euch dabei zu haben!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

581. Bremer Montagsdemo

am 15. 08. 2016

Es ist rechtswidrig, wenn Maßnahmen nicht zu Betroffenen passen



1. Der Fernseher mit Internetanschluss führt ein „Eigenleben“: Das An- und Ausschalten sowie jeder Senderwechsel werden „gemeldet“. Weil „Test“ dies thematisiert hatte, erfolgen die Meldungen des Fernsehers jetzt verschlüsselt. Ihr Inhalt ist nicht mehr prüfbar. Der Nutzer kann diese Meldungen seines Fernsehers nicht unterbinden. Wenn der Fernseher mit anderen Geräten an einem Router hängt,

werden auch andere Inhalte gesendet. Die gesamte Problematik unter Einbeziehung des Mikrofons und der Kamera ist nachzulesen auf den Seiten der „Stiftung Warentest“. Noch gibt es die Möglichkeit, Fernseher ohne **Internetverbindung** zu betreiben.

Dies hat Sie nachdenklich gemacht? Schauen Sie sich im Kinderzimmer um. Haben Sie eine Babypuppe mit Netzanschluss oder anderes vernetztes Spielzeug? Bitte abschalten! Solche Aufzeichnungen in falschen Händen verfolgen Ihr Kind durchs gesamte Leben. Alle elektronischen Geräte in Ihrem Haushalt können fremdbestimmt genutzt werden. Beispiele dazu stehen auf unseren Seiten. Aktuell ist die „Kaperung“ eines Heizungsthermostaten vorgeführt worden. Selbst „Insellösungen“ sind inzwischen angreifbar. Eine Kabelverbindung ist nicht mehr nötig, weil viele Geräte für kabellose Verbindung ausgerüstet sind.

2. In der Sendung „Fakt“ wurde Unglaubliches aufgedeckt: **Bundesnachrichtendienst**-Präsident Hans-Georg Maaßen hat Whistleblower Edward Snowden beschuldigt, ein russischer Agent zu sein. Beweise? Keine. Er glaubt es einfach. SPD Innenpolitiker Christian Flisek „sagte weiter, dieses Auftreten sei kein Einzelfall. Mit dieser Art zu kommunizieren, sei Maaßen ein Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik. ‚Und ich würde ihm zu jeder Zeit nahelegen, sich mal zurückzunehmen und zu überlegen, ob es nicht Zeit für einen Rücktritt wäre‘, so Flisek.“ Nach Recherchen von ‚Fakt‘ steht hinter dieser Art Äußerungen über Snowden eine

Kommunikationsoffensive. Insgesamt ein ungeheuerliches Verhalten von Herrn Maaßen!

Herr Maaßen warnt vor den Anwerbeversuchen von Islamisten in Flüchtlingsunterkünften. Von 340 Versuchen hat er erfahren. Er sagt nichts über die Auswertung dieses Wissens. Die Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte wurden sensibilisiert. Hat er auch die Hilflosigkeit der Flüchtlinge registriert? Mit mehr Informationen und der Möglichkeit, umgehend an Sprachkursen und Kursen über den Umgang in Deutschland teilzunehmen, würde besser geholfen als durch Bespitzelung. Wenn Herr Maaßen konkrete Anwerbeversuche kennt, warum werden nicht konkrete Verfahren oder Maßnahmen eingeleitet? Oder hat er keine Beweise?

Der Bundesnachrichtendienst ist technisch auf der Höhe der Zeit. Insbesondere die Möglichkeiten der Handy-Ordnung ist Alltag: Eine „stille SMS“ geht raus, gebietsweise werden alle dort vorhandenen Handys inklusive der Bewegungsabläufe angezeigt. Das ist seit Jahren Alltag. Ein „Focus“-Artikel aus dem Jahr 2013 ist hochaktuell, weil im NSA-Untersuchungsausschuss erneut behauptet wurde, dass die Handy-Daten nicht für eine Tötung genutzt werden können. Auf Nachfrage hieß es: „Damals wussten wir dies nicht!“

Wie gesagt, der Geheimdienst ist auf der Höhe der Zeit. Die Drohnensteuerung in Ramstein wurde in jedem Fall vor 2010 angesiedelt. Ohne sie wären die Möglichkeiten der USA beseitigt, per Drohne zu töten. Der Umfang und wie mensch sich dabei fühlt, geht aus einem ZDF-Bericht hervor.

3. Unsere Neubürger haben überwiegend den Islam als Glauben, wie viele andere Menschen in Deutschland auch. In Nachrichtentexten werden Verbrecher oder mögliche Verbrecher als Islamisten bezeichnet. Warum? Der sogenannte Islami-sche Staat versteckt sich hinter dem Islam. Trotz dieses selbstgewählten Feigenblattes ist es eine einfache Mörderbande. Wir benötigen einen anderen Begriff, um nicht eine negative Grundstimmung gegen alle Menschen mit muslimischem Glauben zu erzeugen.

Erst neulich hat uns ein Jugendlicher auf dem Marktplatz angesprochen: „Ich bin Muslim, aber kein IS-Anhänger. Diese Verbrecher missbrauchen unseren Glauben!“ Im Übrigen haben wir auch christliche Neubürger. In Afrika gibt es eine christliche Terrorbande, darüber wird wenig berichtet. Der Papst hat den **Terror** nicht nur dem Islam, sondern auch diesen christlichen Verbrechern zugeordnet. Gott sei Dank kommt niemand auf den Gedanken, „Christliche“ als Bezeichnung für Terroristen zu gebrauchen.

„In einem Klima des Misstrauens“ titelte der „Weser-Kurier“ mit Unterzeile „Nach den Attentaten: Muslime wehren sich gegen Rechtfertigungsdruck“. „Für Abdin hat Radikalisierung viele Gründe, nur keine theologischen. ‚Die machen einen Crashkurs bei Pierre Vogel und Co.‘ Abdin nennt das einen ‚religiösen Missbrauch‘ durch Leute, die ‚gestern‘ noch Kleinkriminelle gewesen seien. André Taubert von der Beratungsstelle ‚Legato – Fachstelle für religiös begründete Radikalisierungen‘ sieht das nicht ganz so ausschließlich.

Es gebe durchaus religiöse Gründe für eine Radikalisierung, allerdings selten. Hauptindiz für das Abgleiten von Jugendlichen in die salafistische Szene sei vor allem ein ‚sichtbarer Isolationsprozess‘ nach persönlichen Krisen. Mit noch mehr Sicherheitsbehörden könne man dem jedoch nicht begegnen – was auch Haase so sieht: ‚Je mehr Sozialarbeiter wir haben, desto weniger hat der Verfassungsschutz zu tun.‘“

Der Bundesinnenminister will die Terrorgefahr mit wesentlich mehr Polizisten und erneut verschärften Gesetzen bekämpfen. Insgesamt bedeutet dies eine stärkere Überwachung und letztlich den Verlust von Freiheit für alle. Dies wird in Frankreich bereits so umgesetzt. Dieser Katalog hat schon wegen der neu einzustellenden Polizisten große Verunsicherung bewirkt: Dass einige Tausend Bundespolizisten fehlen, bedeutet doch, dass wir heute total unsicher leben, oder?

4. Die vorherigen, jetzt in Kraft getretenen Änderungen zeigen die Wirklichkeitsferne: „Damit Neuankömmlinge die deutsche Sprache so früh wie möglich erlernen, müssen sie ihren Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs künftig binnen Jahresfrist geltend machen statt wie bisher binnen zwei Jahren.“

Das klingt wie der blanke Hohn: Die **Neubürger** bekommen den Deutschkurs erst nach der positiven Entscheidung über ihren Asylantrag! Dann sind die Neubürger eigentlich immer länger als zwölf Monate in Deutschland. Ein Deutschkurs für alle so früh wie möglich wäre super, umgehend nach der Ankunft. Wir sind ein Exportland und auf gute Stimmung in den anderen Ländern angewiesen. Insofern ist ein Deutschkurs für uns immer ein Gewinn!

Wenn der Umgang mit den Neubürgern vom Sozialgedanken geleitet würde, hätten wir nicht diese Verunsicherung und Polarisierung. In diesem Zusammenhang ist auch die Aussetzung des Familiennachzugs zu nennen. Am Wochenende war ein Mensch aus Syrien in den Nachrichten zu sehen. Er hatte einen Behördenbrief in der Hand. Er kann bleiben, aber nur eingeschränkt, ohne Anspruch auf Familienzusammenführung. Er war verzweifelt, wird sich aber wehren und den Rechtsweg beschreiten, weil er Unterstützung hat.

„Endlich wieder lernen“, lautete eine andere Überschrift im „Weser-Kurier“. Die Familie wohnt in Bremen, in einer eigenen Wohnung. Geflohen sind sie aus Syrien. Der Sohn sollte als Kämpfer eingezogen werden, Hamady war damals elf Jahre jung. Demnächst kommt er in eine Regelklasse, endlich in einer richtigen Schule. Hamady ist inzwischen 13 Jahre alt. Die Familie hat Unterstützung. Nur durch ständiges Nachfragen konnte dieser Erfolg erzielt werden. Die Eltern haben noch immer nicht die Berechtigung für den Besuch eines Deutschkurses. Der Sohn gibt sein Wissen an seinen kleineren Bruder und die Eltern weiter. Frau Wehrich sei Dank!

5. Nun zur Armut per Gesetz. Eine Grundsicherungsempfängerin kann ihre Sterbegeldversicherung behalten. Die Rentnerin hatte rund 4.200 Euro für ihre Beerdigung gespart. Das Amt für Grundsicherung verlangte von ihr, diese Versi-

cherung zu kündigen und für den Lebensunterhalt zu verwenden. Die vorzeitige Kündigung hätte einen Verlust von 29 Prozent verursacht. Die Versicherung war zweckgebunden. Das Sozialgericht Gießen sah diese Kündigung als offenkundig unwirtschaftlich an. Die Rentnerin darf ihre Sterbegeldversicherung behalten, die Grundsicherung von 150 Euro monatlich muss weiterhin gezahlt werden (Aktenzeichen S18 SO 108/14).

Das Sozialgericht Gießen hat noch einen weiteren richtungweisenden Beschluss erlassen. Die Nebeneinkünfte eines Grundsicherungsempfängers aus Lehrtätigkeiten an Volkshochschulen bewertet das Gericht als Unterrichtshonorar gemäß § 3 Nummer 26 Einkommensteuergesetz. Der Mensch hat seinen Unterricht mit persönlicher Note und in voller Verantwortung durchgeführt.

Nun eine Entscheidung über eine unpassende Weiterbildung. Bereits die Zuweisung ist angreifbar, nicht erst eine eventuelle Sanktion: „Für ihren Anwalt Sebastian E. Obermaier ist die Leipziger Entscheidung (Aktenzeichen S1 AL 251/15) wegweisend. ‚Damit wird der Auffassung der Bundesagentur für Arbeit, dass gegen Zuweisungen in **Maßnahmen** kein Rechtsschutz gegeben ist, eine klare Absage erteilt‘, meinte er. Das Leipziger Sozialgericht habe erstmals in Deutschland entschieden, dass Betroffene nicht erst gegen Leistungssperren, sondern primär auch gegen Sinnlos-Maßnahmen Rechtsschutz erhalten können. Vielmehr müssten die Kurse zum Profil des Betroffenen passen. Die Richter bezeichneten die Zuweisung im Fall von Monika K., die noch bis März 2017 Arbeitslosengeld I beziehen wird, als ‚rechtswidrig‘.“

Der Anwalt hat Recht! Diese Entscheidung ist auf andere Zwangsmaßnahmen umsetzbar, besonders auf die Kostensenkungsaufforderung bei den Kosten der Unterkunft. Bereits die Aufforderung verursacht Sorgen und beschwert die Leistungsempfänger, nicht erst die tatsächliche Kürzung. Auch die Suche nach einer anderen Wohnung muss nicht erfolgen, wenn die Kostensenkungsaufforderung unrechtmäßig ist.

Das Sozialgericht Gotha gibt nicht auf und erhebt erneut Verfassungsklage gegen Hartz-IV-Sanktionen. Wir erinnern uns: Das Gericht hatte diese Sanktionen als verfassungswidrig eingestuft und das Verfahren an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet. Dieses hatte die Richtervorlage aufgrund eines Formfehlers abgelehnt. Nun will sich das Sozialgericht allerdings nicht damit zufrieden geben. Die Kammer hat nun die zweite Vorlage des gleichen Falls einreicht (Aktenzeichen S15 AS 5157/14).

6. Zu den Rechtsverschärfungen des SGB II siehe auch die vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration. Bei den Kosten der Unterkunft kann vom Jobcenter eine Gesamtangemessenheitsgrenze für Miete mit Nebenkosten, Wasser und Heizung festgelegt werden. Die Heizkosten sind dafür gemäß Heizkostenspiegel aus der Spalte „Erhöht“ ohne Einzelfallprüfung zu akzeptieren. Höhere Heizkosten sind zu begründen. Die Akzeptanz ist weiterhin möglich.

Wer umziehen will oder muss, benötigt die Zusage der Übernahme für die laufenden Kosten der Unterkunft durch das Jobcenter, das nach dem Umzug zuständig ist. Für die Kosten der Wohnungssuche sowie die Prüfung des Umzugsgrundes ist das bisherige Jobcenter zuständig. Die Deckelung auf die bisherige Miethöhe ist bei einem nicht notwendigen oder nicht genehmigten Umzug umfassender und gilt jetzt für jeden nicht notwendigen Wohnungswechsel. Die Schlupflöcher wurden beseitigt.

Ob die bisherige Miethöhe die tatsächliche Miete oder die tatsächlich *gezahlte* Miete ist, ergibt sich aus dem Grund dieser Regelung: Leistung einsparen! Wer einen Teil seiner Miete aus dem Regelsatz zahlt, sollte sich die Ermittlung der Mietobergrenzen genau ansehen. Diese sind in Bremen schon dadurch angreifbar, dass am Ende der Angemessenheitsprüfung keine erreichbare Wohnung steht, siehe 560. Bremer Montagsdemonstration.

Die Änderungen für Auszubildende sowie Studenten sind umfassend. Sie stehen im Papier der „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ mit dem Titel „Änderungen bei Hartz IV – 9. SGB-II-Änderungsgesetz“ ab Seite 2. in einer Übersicht des Vereins „Widerspruch“ ebenfalls ab Seite 2. Die „Koordinierungsstelle“ hat die Änderungen auf inzwischen neun Seiten aufbereitet. Neu ist auch die Abschaffung der Übernahme von Mietschulden für ausgeschlossene Auszubildende und Student(inn)en (§ 27 gestrichen). Das entspricht nicht der bisherigen Logik. Jetzt müssen sich Betroffene an das Sozialamt wenden. Hoffentlich fühlt es sich zuständig.

7. Die Vorrangprüfung bei der Arbeitserlaubnis wird ausgesetzt, für drei Jahre in 133 von 156 Bezirken der Bundesagentur für Arbeit. Damit wird Asylbewerbern und Geduldeten die Beschäftigungsaufnahme erleichtert. Sie können in Sachsen auch für eine Tätigkeit in der Leiharbeit zugelassen werden.

Die zuständige Arbeitsagentur muss demnach nicht mehr prüfen, ob bevorrechtigte Arbeitnehmer, zum Beispiel deutsche Staatsangehörige oder EU-Bürger, für eine zu besetzende Stelle zur Verfügung stehen. Diese Prozedur war bisher bei freien Stellen einzuhalten, ehe sie von einem Asylbewerber besetzt werden konnten. „Die Aussetzung der Vorrangprüfung hat aber nicht zur Folge, dass die Überprüfung der Arbeitsbedingungen hinfällig wird“, betont Sachsens Wirtschaftsminister Dulig. Ein Missbrauch der neuen Regelung, etwa durch Absenken der Sozial- oder Lohnstandards, werde so unterbunden.“

Vorgeschichte und Rahmenbedingungen sind von der „IHK Bremen“ gut geschildert worden. Die Übersicht wurde vor Aussetzung der Vorrangprüfung erstellt. Sofern die Vorrangprüfung entfällt, können auch Leiharbeitsverträge abgeschlossen werden. Diese Änderung bedeutet: Jetzt kann jede(r) Neubürger(in) bereits drei Monate nach seiner Ankunft arbeiten. Einen Anspruch auf einen Sprach- und Verhaltensunterricht haben die Neubürger(innen) trotzdem nicht. Sie brauchen die Unterstützung der Kollegen.

Für diese Menschen ist alles neu, auch die Art der Konfliktlösung. Diese Aussetzung bewirkt, dass Arbeitsangebot und - nachfrage noch stärker auseinanderdriften. Bereits jetzt haben Ungelernte eine Lohnabwärtsspirale zu verkraften. Die Arbeitgeber sind leider überwiegend nicht mehr tarifgebunden. Die Bundesagentur für Arbeit braucht für die Prüfung der Arbeitsverträge ein glückliches Händchen, um die Lohnabwärtsspirale zu verhindern. Eventuell kann sich die Politik doch dazu durchringen, Tarifverträge wieder als allgemeinverbindlich zu erklären.

8. „Das Melkroboter-Dilemma“ handelt von der Anwendung eines vollautomatischen Melksystems. Der Roboter ist auf 50 Kühe ausgelegt, doch was macht ein Bauer mit 80 Kühen? Ein Problem mit vielen Facetten. Ein anderer Bauer entscheidet sich für den Melkroboter und verzichtet auf die Einstellung eines Mitarbeiters. Der Melkroboter melkt die Kühe allein. Er braucht den Menschen nicht. Nur wenn eine Kuh nicht erscheint, informiert er den Bauern.

„Der Robolieferant“ titelte der „Weser-Kurier“. Es geht um einen Feldversuch des Zustelldienstes Hermes. In Hamburg und Düsseldorf soll die Paketauslieferung per Roboter erfolgen. Noch muss der Mensch etwas nachhelfen. Die Roboter sollen sich auf dem Bürgersteig bewegen und die Pakete bis zur Haustür bringen. Anderswo gibt es vergleichbare Versuche der **Automatisierung**. So hat die Post für die Zustellung in Südbayern eine Drohne eingesetzt. Acht Kilometer Entfernung zur Alm und ein Höhenunterschied von 1.200 Metern wurden so überbrückt. Der Versuch lief drei Monate, geliefert wurden 130 Pakete. Solche Zusteller werden wohl nur in abgelegenen Gebieten akzeptiert.

Bremer Themen sind heute zu kurz gekommen. Bürgermeister Sieling ist zurückhaltend: Bremen habe keinen Speck mehr auf den Rippen, soll er gesagt haben. Bremen hat teilweise aber auch kein Fleisch mehr auf den Knochen. Fast jeden Tag kommt eine Ungeheuerlichkeit an den Tag. Herr Sieling kennt sicher die nächsten Problempunkte.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Konzernjustiz: Wann lässt Aldi die Milch beim Bauern beschlagnahmen? („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

582. Bremer Montagsdemo

am 22. 08. 2016

Die Zeichen stehen auf Beschränkung unserer Freiheit



1. In Deutschland wird bewusst von den Regierungsverantwortlichen verunsichert. Es beginnt mit der ungenauen Bezeichnung der Akteure, siehe 581. Bremer Montagsdemonstration. Viele Menschen werden so verunglimpft, und es wird Misstrauen gesät. Die Zeichen stehen auf Beschränkung unserer **Freiheit!**

Als die RAF Ende der siebziger Jahre „zu brav“ war und die Notstandsgesetze keine Mehrheit fanden, wurde ein Loch in die Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle gesprengt. Die RAF wurde dafür verantwortlich gemacht. Daraufhin gingen die Gesetz durch. Inzwischen ist das „Celler Loch“ im Museum zu besichtigen. Ein deutscher Geheimdienst hat diese Sprengung vorgenommen. Der damalige Ministerpräsident Niedersachsens, Ernst Albrecht, hatte diesen Auftrag erteilt.

Den Asylbewerbern wurden nicht nur wesentliche Rechte genommen, sie wurden auch in ihrer Bewegungsfreiheit Beschränkungen unterworfen. Hoffentlich drehen die Gerichte diese Einschränkungen zurück! Wir wollen auch keinen Bundeswehreinsatz im Innern! Die Bundeswehr ist dafür nicht ausgebildet. Sie hat nicht die Kapazitäten für zusätzliche Aufgaben, auch wenn die Ministerin es gerne hätte. Die Wähler(innen) haben längst erkannt, dass die AfD keine belastbaren Lösungen hat. Trotzdem versuchen einige Politiker, die AfD rechts zu überholen. Wer will aber einen Staat, der von Rechtsaußen regiert wird?

2. **Glyphosat** ist sehr wahrscheinlich krebserregend. Es hat garantiert vernichtende Wirkung auf Insekten. Über Glyphosat gab es eine lange und intensive Diskussion. Ich habe mich damals gewundert, warum die EU so lange für eine Entscheidung braucht und immer noch an Glyphosat festhält. Wahrscheinlich hat Frau Merkel in Brüssel angerufen, so wie damals bei den Schadstoffwerten für Pkw. Nun hat sich die Bundeskanzlerin „überraschend bereit erklärt, für das Pestizid Glyphosat aus dem Haus Monsanto zu kämpfen. Sie vertritt die Auffassung, dass die Risiken des Mittels gering seien.“

Kein Wort zur damaligen Diskussion, keine Begründung für diese Meinung! Die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung ist mit „Forschungsaufgaben“ verbunden. Scheinbar soll das Rad neu erfunden werden: Es wird sich doch ein Mensch finden lassen, der Glyphosat als ungefährlich einstuft, gefährlich nur für das Unkraut! Inzwischen fehlt mir der Glaube an eine faire Bewertung im Einflussbereich dieser Bundesregierung. Das Gutachten für das Atommülllager Gorleben ist lange her. Was bleibt, sind die Änderungen durch den damaligen Bundeskanzler Kohl.

3. Das „Wort zum Sonntag“, dem 21. August 2016, gesprochen von Pastor Alfred Buß, ist sehr treffend. **Olympia** hat seine Seele verkauft, seine Idee verraten. Die Veranstaltung wird von Brasilien bezahlt. Die Einschränkungen und Auswirkungen dieser finanziellen Anstrengung werden die Menschen mit wenig Geld treffen, die Erlöse und Erträge aus dieser Veranstaltung erhalten andere. Dieser Geldregen wird Reiche treffen!

Natürlich begeistern die Wettkämpfe, dieser Einsatz, doch dann kommen Zweifel: Sind die Sieger(innen) gedopt? Doping wirft einen dunklen Schatten auf die olympische Idee, verstärkt durch das Verhalten des IOC. Eine Sportlerin, die das Dopingsystem enttarnt hat, wird zu den Olympischen Spielen nicht zugelassen. Wieso ist der Präsident nach dieser Entscheidung noch Präsident?

„Der größte Verstoß gegen die olympische Idee ist jetzt wohl Zivilcourage. Die Botschaft an die Olympioniken ist klar: Klappe halten, oder ihr fliegt raus! Was hätte es dem Menschen, so fragte Jesus, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?“, bemerkt Pastor Buß. Olympia muss andere Köpfe und anderer Regularien finden. Die Erträge müssen dem Veranstaltungsland und den Menschen vor Ort zugute kommen. Die Verwaltung muss sich durch Mitgliedsbeiträge finanzieren und endlich die Finanzen offenlegen.

Der Umbruch bei der „Fifa“ zeigt, wie schwer sich diese Organisationen des Sports mit Fairness, Offenheit und Glaubwürdigkeit tun. Der Rückfall zu alten Gewohnheiten und alten Köpfen muss verhindert werden. Ich hoffe, die Sportfunktionäre erinnern sich an ihre aktive Zeit und räumen auf, auch durch eigenen Verzicht! Die Ablehnung der Olympia-Bewerbung durch die Hamburger ist auch nachträglich richtig.

Künftige Bewerber sollten die Auswirkungen auf den eigenen Haushalt berücksichtigen und bessere Verträge aushandeln. Wenn dies durch die Politiker umgesetzt wird, müssen die Organisatoren tatsächlich umkrempeln. Am Nachmittag habe ich auf dem Fußballplatz ein Trainingsspiel besucht. Alle waren begeistert und voll bei der Sache, die Trainer ehrenamtlich und ebenfalls vom Geschehen angetan. Sport ganz ohne Olympia und „Fifa“, aber mit viel Freude!

4. Die Bremer **Verwaltung** hält scheinbar alle Minusrekorde. Die Probleme bei Kita, Standesamt, Stadtamt, Elterngeldstelle, Bußgeldstelle, Justiz, Feuerwehr, Polizei sowie Unterrichtsversorgung sind nicht überraschend aufgetreten, son-

dern hatten viele Monate Vorlaufzeit. Sie waren für die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik bekannt und vorhersehbar. Nur geändert wurde nichts – wegen Handlungsunfähigkeit? Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Auch in den Vormonaten kam Unglaubliches ans Licht der Öffentlichkeit, siehe Bremer Montagsdemonstration.

Die nächsten Engpässe sind schon klar. Das Ausländeramt kann die abgelehnten Asylanträge nicht bearbeiten, weil bereits bei den jetzigen Vorgängen und Schicksalen ein Bearbeitungsrückstand besteht. Die Behörde muss aber auch noch die Anträge auf Arbeitserlaubnis verkräften, weil die Neubürger jetzt nach drei Monaten arbeiten dürfen. Die Vorrangprüfung ist entfallen, eine Genehmigung braucht der Mensch trotzdem. Weitere Überraschungen werden folgen.

Sichtbar wird nur der Mangel, den die Bürger persönlich wahrnehmen. Der Mangel, die Anhäufung von „sozialen Schulden“ bleibt unterm Teppich. Was tun die Senatoren gegen die Leere in der Haushaltskasse? Bürger in Bremen sind Bürger zweiter Klasse! Der Bürgermeister will die Verwaltung „auf Trab“ bringen? Welches Defizit sieht er? Ein(e) Mitarbeiter(in) kann einfach nicht die Leistung von zweien erbringen. Die Verwaltung ist doch durchleuchtet und neu aufgestellt worden, oder?

Es gibt noch mehr Risiken: den Verlust an Arbeitsmöglichkeiten, die Baustelle am Bahnhof, die Arkaden an der Tiefer, der Offshore-Terminal Bremerhaven – letzterer ist mehr als überfällig für die Streichung. Sicher weiß unser Bürgermeister auch, dass zum Jahreswechsel in Wilhelmshaven die vollautomatische Entladung von Containerschiffen erprobt wird, ganz ohne Menschen. Und wenn Sie schon Probleme lösen: Rüsten Sie die Polizeischüler endlich mit eigenen schuss-sicheren Westen aus!

Nun steht hier noch gar nichts über die Straßenbahnen, selbst die Stühle der Abgeordneten sind selbstverständlich Nebensache. Die Staatsanwaltschaft zeigt schon länger Überlastung an. Stehen inzwischen die Abrechnungen für den Europäischen Sozialfonds? Gibt das Jobcenter tatsächlich wieder viele Millionen zurück, oder kann Martin Günthner, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Millionen doch noch in Bremen investieren?

Warum wird erneut so spät öffentlich gemacht, dass diese Millionen zurückgehen an die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg? Warum hat der Senator nicht rechtzeitig gehandelt und Alarm geschlagen? Wurde der Senator nicht vom Jobcenter informiert? Die Begründung besagt doch, dass bereits bei der Zuweisung die Ausgabemöglichkeit fraglich war. Gegenwehr? Schnelle Entscheidungen? Nichts bekannt. Der Kampf um diese Millionen wird spannend wie beim Fußball: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Was gedenkt die Verwaltung für 2017 vorbeugend zu veranlassen? Wie in diesem Jahr und den Vorjahren das Geld einfach zurückgeben?

Die rechtsverschärfenden Änderungen des SGB II haben auch ein gutes Detail: Stellungnahmen des Beirates hat das Jobcenter zu berücksichtigen (§ 18d Satz 2 SGB II neu, Quelle: Ausarbeitung der „Koordinierungsstelle gewerkschaft-

licher Arbeitslosengruppen“, Seite 18). Dies ist längst überfällig! Senator Günthner ist Mitglied des Jobcenter-Beirats.

5. Bürgermeister Sieling will nun die Großwohnanlage Grohner Düne aufhübschen. Hat er mit dem Besitzer verhandelt? Es soll geschehen, **Bremen** gibt Geld dazu. „Die Planung ist schon etwas älter, ein geheimes Papier.“ Wieso? Professor Rudolf Hickel sieht den Besitzer als mögliche „Heuschrecke“ und warnt vor der Begünstigung, so der „Weser-Kurier“ vom 11. August 2016 (Seite 11). Wenn wir Vertrauen zur Vertragsgestaltung der Freien Hansestadt Bremen hätten, stellte sich nicht die Frage, ob der Vertrag ausgeglichen und wasserfest ist. Der Bürgermeister hat sich dazu noch nicht wieder geäußert. „Eine Sprecherin des Eigentümers der Anlage, Grand City Property, zeigte sich indes erstaunt, wie weit die Pläne für die Grohner Düne gediehen seien, ohne den Eigentümer einzubinden.“

Positiv abgeschnitten haben die Hochschulen in Bremen. Dabei wird die Einwerbung von 40 Prozent Drittmitteln besonders herausgestellt. Inzwischen wurde der Pferdefuß offensichtlich: Dieser Rekord ist der Bundeswehr zuzuschreiben. Nun ist der Glanz dahin. Warum hat die Hochschule dies nicht öffentlich gemacht? In der Veröffentlichung „Drittmittel A-Z“ der Uni Bremen wird die Bundeswehr nicht erwähnt. Dort sind auch keine Verträge zu finden.

Wieder steht ein Bericht über einen vergeblichen Notruf unter Nummer 110 im „Weser-Kurier“. Eine Frau sitzt auf der Bank der Straßenbahnhaltestelle. Ein Mann steht davor und ohrfeigt die Frau. Die vorbeikommende Radfahrerin ruft den Mann. Der nimmt Schottersteine und wirft nach der Radfahrerin. Sie bringt sich hinter der nächsten Ecke in Sicherheit. Zum Glück wurde sie nicht getroffen. Sie ruft 110 und bittet um Hilfe für die Frau an der Haltestelle. Der Polizist konnte keinen Streifenwagen schicken, er hatte keinen zur Verfügung. Die Radfahrerin wollte Anzeige erstatten, aber die Polizei in Bremen wollte sie nicht aufnehmen. Die Polizei in Niedersachsen hat die Anzeige aufgenommen und nach Bremen weitergeleitet. Jetzt hat sich die Bremer Polizei bei der Radfahrerin gemeldet.

Die Berufsschule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr ist marode. Im Jahr 2007 sollte die Sanierung etwa 3,5 Millionen Euro kosten. Durchgeführt wurde sie nicht, es wurde notdürftig geflickt. Jetzt lautet die Lösung: Neubau mit 15 Millionen Euro Investitionssumme, aber ungeklärter Grundstücksfrage. „Die Schulleiterin möchte auch die Weiterbildung mit in den Neubau einbeziehen. Geht es nach Katja Ollmann, könnte auch die Deutsche Außenhandels- und Verkehrsakademie dort ein Zuhause finden. ‚Bildung und Weiterbildung unter einem Dach, das wäre optimal‘, sagt sie. ‚Mit dem Neubau haben wir eine große Chance. Die dürfen wir nicht vertun‘.“

6. Armut per Gesetz! Es wird viel über Altersarmut geschrieben und berichtet. Armut wartet aber nicht bis zum Alter. Kinder nehmen es hin. Eltern versuchen die Auswirkungen zu verringern. Die Senatoren in Bremen verweisen auf Berlin und das Bundesgesetz. Der Bundesfinanzminister hängt an seiner „Blutigen Null“. Ar-

me Kinder in Bremen sind besonders arm dran, weil alles unter dem **Sparzwang** leidet.

In Bremen-Kattenturm wurde das „Lernhaus“ als Hilfsangebot für Familien eröffnet: „Wenn nur vier von 22 Kindern einer Schulklasse mit ihren Eltern in den Sommerurlaub fahren können, ist schnell klar: Sie leben in einem Quartier, in dem viele Familien nur wenig Geld haben. Rund um die Grundschule und die benachbarte Kita Stichnathstraße in Kattenturm ist genau das der Fall.“

Ein guter Gedanke mit vielen Ideen und Einsatzfreude, aber „Für Kita-Leiterin Marion Haase ist ein weiterer Aspekt der Schlüssel, um besonders den schwächeren Kindern zu helfen: „Es geht nicht um die Erweiterung von Kita oder Schule, sondern um schnelle konkrete Alltagshilfe für die Familien.“ Ich drücke diesem Projekt die Daumen!

In der Bundesrepublik Deutschland sollen alle Bürger(innen) unter vergleichbaren Bedingungen leben! Bremen kann seinen Bürger(inne)n dies nicht sicherstellen. Bremen nimmt vorsätzlich den Tod von Feuerwehrleuten ins Kalkül! Es hapert bereits an der Schnelligkeit, zum Feuer zu gelangen. Jede Minute später führt eventuell zu einem wesentlich größeren Brandherd. Wenn Menschen in Gefahr sind, gehen die Feuerwehrmänner ohne Sicherungsleine in Feuer. Der Kollege für die Sicherungsleine wurde eingespart!

Polizeischüler(innen) fahren zur Ausbildung mit auf Streife. Kommt es überraschend zu einem Einsatz, sind sie mit dabei, allerdings ohne eigene schuss-sichere Weste. Bremen rüstet die Polizeischüler(innen) noch immer nicht damit aus. Die Schüler(innen) wissen um das Risiko und kaufen sich diese Weste von ihrer Ausbildungsvergütung. Jeder private Arbeitgeber würde vom Gewerbeaufsichtsamt nicht nur zum Kauf dieser Westen verpflichtet, sondern auch aktenkundig abgemahnt.

Wäre Bremen ein Unternehmen, wäre die Geschäftsführung längst wegen Insolvenzverschleppung angeklagt. Werte Senatorinnen, Senatoren und Bürgermeister, wenn es euch nicht möglich ist, die Chancengleichheit für unsere Jugend zu sichern, zieht die Konsequenzen! Nehmt den Hut und geht, aber ganz weit weg!

7. „Bundesbank fordert **Rente** mit 69“: Dieser Wunsch wird von den Finanzen diktiert. Wissenschaftler sind gegen ein höheres Rentenniveau. Die höchste Zahl hat die Versicherungswirtschaft ermittelt. Auch diese Hochrechnung wird von den Finanzen diktiert. Warum werden Luxemburg und Herr Juncker nicht überzeugt, die steuervernichtenden Sonderverträge aufzukündigen? Hinzu die Millionärssteuer als Milliardensteuer, und wir könnten allen Bürger(inne)n eine auskömmliche Rente zahlen.

In den Überlegungen der Bundesbank und auch in der Veröffentlichung der Versicherungswirtschaft fehlt ein wesentlicher Faktor, und zwar die Auswirkungen von „Industrie 4.0“, „Landwirtschaft 4.0“ und „Logistik 4.0“: Die Hälfte aller Arbeitsstunden wird wegfallen! Ich habe insbesondere von der Deutschen Bundesbank

erwartet, dass bei einer solchen Prognose alle bekannten Faktoren berücksichtigt werden. Die Auswirkungen der Verzahnung von Produktion und Informationstechnik sind bereits da, die Möglichkeiten und die Umsetzung in vielen Bereichen sind klar.

Unklar ist: Wie können die Menschen zum „Verzicht“ auf Arbeit überzeugt werden? Wie bleibt die soziale Absicherung erhalten? Welche Angebote und Zerstreuungsmöglichkeiten für die ungewohnte Freizeit sind nötig? Ist die ehrenamtliche Arbeit normal zu entlohnen und auszuweiten, um so die Unterbeschäftigung etwas zu entschärfen? Unser gesamtes Leben wird sich verändern, aber wer beginnt mit den Ideen? Eine auskömmliche Grundsicherung ohne Behördenwillkür gehört garantiert dazu!

„Rente mit 69“ hieße, weitere zwei Jahre zu arbeiten, aber woher die Arbeitsplätze nehmen, woher die Leistungsfähigkeit? Dieser Plan wird durch die fortschreitende Digitalisierung („Industrie 4.0“) spätestens in fünf Jahren überholt sein. Dann haben wir 50 Prozent der Arbeitsmöglichkeiten verloren und eine gravierende Unterbeschäftigung, nicht nur in Deutschland. Noch ist die Weichenstellung zur Entschärfung möglich!

Der Artikel „Abschläge genau durchrechnen“ in der „Aachener Zeitung“ zeigt Möglichkeiten auf: Früher in Rente gehen und die Abschläge durch Sonderzahlungen an die Deutsche Rentenversicherung ausgleichen. Manchmal treffen jedoch andere die Entscheidung für einen vorzeitigen Rentenantrag. Wer erwerbslos ist, kann vom Jobcenter zum Antrag auf Rente gezwungen werden. Die Zwangsverrentung ist nicht jeder Frau und jedes Mannes Sache.

Die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ hat für den Umgang mit den Wünschen des Jobcenters eine Entscheidungshilfe erstellt: „An dieser Stelle informieren wir über Entwicklungen in der Praxis, der Gesetzgebung und der Rechtsprechung zur Zwangsverrentung. Wir empfehlen, sich gegen die Aufforderung, eine Rente mit Abschlägen zu beantragen, rechtlich zu wehren. Denn jeder Monat, um den die Verrentung hinausgezögert werden kann, vermindert die Abschläge.“

„Für den Herbst ist hingegen eine kleine Verbesserung angekündigt. Die Unbilligkeitsverordnung soll um einen weiteren Punkt ergänzt werden: Eine Zwangsverrentung soll unzulässig sein, wenn durch die Rentenabschläge die Rente so niedrig ausfällt, dass ergänzend Grundsicherung im Alter bezogen werden müsste.“ Eine sehr detaillierte Anleitung, die sicher erfolgreich umgesetzt werden kann. Es werden auch Möglichkeiten der rechtlichen Gegenwehr genannt (Stand Juli 2016): „Aufgrund der Abschläge ist Ihre Rente nicht existenzsichernd. Sie müssten ergänzend Sozialhilfe beziehungsweise später Grundsicherung im Alter beziehen.“

Es gibt in Abschnitt 3 um die Sozialhilfe, in Abschnitt 4 um die Grundsicherung. Bei letzterer müssen nur Angehörige mit mehr als 100.000 Euro Jahreseinkommen dem Sozialamt die Aufwendungen erstatten. Bei der Sozialhilfe gilt dies für alle unterhaltspflichtigen Angehörigen: Sie müssen Unterhalt zahlen. Wer

beim Übergang zum Sozialamt beispielsweise schwerbehindert ist, erhält sofort Grundsicherung. Die Anerkennung der Schwerbehinderung kann auch rückwirkend beantragt werden. Die Unterhaltspflichtigen müssen nur zahlen, wenn ihr steuerpflichtiges Jahreseinkommen 100.000 Euro erreicht.

Der „Weser-Kurier“ mahnt zur „Vorsicht bei Betriebsrenten“. Das klingt irgendwie komisch, kann aber leider tragisch werden. Die Beiträge zur Betriebsrente werden durch Entgeltumwandlung erbracht: „Die Entgeltumwandlung ist eine spezifische, staatlich geförderte Form der betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland. Jeder Arbeitnehmer hat gemäß einen Rechtsanspruch gegen seinen Arbeitgeber, einen Teil seines vereinbarten Arbeitsentgelts für die betriebliche Altersvorsorge zu verwenden. Gefördert wird diese Form der betrieblichen Altersvorsorge, indem auf den umgewandelten Anteil des Entgelts keine Einkommensteuer und keine Sozialabgaben erhoben werden. Im Gegenzug ist die spätere Rentenzahlung einkommensteuerpflichtig und unterliegt grundsätzlich zudem Beiträgen zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.“

Der Arbeitgeber muss die gewünschte Entgeltumwandlung durchführen, braucht sich aber nicht an den Kosten zu beteiligen. Er kann den Vorteil des geringeren Arbeitgeberbeitrags zu den Sozialversicherungen behalten. Geringe Beiträge zur Rentenversicherung führen zwangsläufig zu einer geringeren Rentenzahlung. Dieser Minderbetrag wird teilweise durch die so erworbene Betriebsrente nicht ausgeglichen. Hinzu kommt, dass die Zahlbeträge der Betriebsrente sozialversicherungspflichtig sind und der Nachversteuerung unterliegen.

Eigentlich kann mensch nur sagen: Achtung, da muss ein Fachmann ran. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ kooperiert mit der „Verbraucherzentrale“. Hier sind die Fachleute zu erreichen. Alle Lohnersatzleistungen sind nach einer Entgeltumwandlung logischerweise entsprechend niedriger, falls die Widrigkeiten des Lebens zuschlagen (Lohnfortzahlung, Krankengeld, Arbeitslosengeld) oder auch die Freuden des Lebens (Urlaubs-, Weihnachts-, Mutterschafts-, Elterngeld). Einbezogen wird alles, was auf Lohn- oder Gehaltsbasis errechnet wird, auch prozentuale Erhöhungen.

Noch ein Trost – alles ändert sich: „Zur Stärkung und Verbreiterung der betrieblichen Altersvorsorge sind einige Reformvorschläge in der Diskussion, um den bisherigen und aktuellen Nachteilen und Hemmnissen für Verbraucher entgegenzuwirken.“

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Schritte zur Sicherheit – oder zur Diktatur?

Bald wird wieder die Wiedervereinigung Deutschlands gefeiert. Warum konnte das geschehen, und was hat die Menschen damals bewegt, auf die Straßen zu gehen? Warum sind die Menschen massenhaft aus der DDR geflohen? Was haben sie gesucht? Nicht nur den Wohlstand, die Menschen haben auch die Freiheit gesucht – die Freiheit zu reisen, andere Länder zu sehen, die Freiheit, andere Parteien zu wählen, die Möglichkeit zu haben, die Wahrheit zu sagen, ohne Angst, dass die Nachbarn das weitermelden. Die Menschen waren gegen die Totalüberwachung und die Vormundschaft von oben.

Und was haben wir nach 26 Jahren in der Bundesrepublik? Es ist schlimmer geworden, als es damals in der DDR war, aber die Mehrheit der Bürger schweigt dazu. Keiner wundert sich mehr über die totale Überwachung nicht nur durch den eigenen Staat, sondern auch durch „befreundete“ Staaten. Um die Überwachung zu rechtfertigen, werden Ängste verbreitet – vor Fremden, vor psychisch Kranken, vor „hausgemachten“ Terroristen –, und die Bevölkerung wird aufgerufen, alles „Verdächtige“ zu melden. Sind das nicht Stasi-Methoden: Jeder beobachtet jeden und verurteilt andere nach seiner Vorstellungskraft oder Paranoia, oder nach seinem Neid oder aus Rache? Wir kennen das doch alles aus der Geschichte und aus Büchern über Diktaturen!

Die totale Überwachung kann auch zur Willkür vonseiten der Behörden führen. Wenn jene, die an der Macht sind, alles wissen und auch das Privatleben der Bürger kennen, können sie leicht die Menschen manipulieren oder einschüchtern. Es wird versucht, die Menschen mundtot zu machen. Noch nie war es so leicht wie jetzt, die Existenz von Menschen zu ruinieren durch in den Medien verbreitete Lügen. Wir kennen das Beispiel vom „Wettermann“ Kachelmann, auch der eigene Bundespräsident blieb nicht verschont. Er wurde freigesprochen, aber seine politische Karriere war ruiniert.

Darum ziehen sich immer mehr ehrliche Bürger mit ihrer Meinung zurück, weil sie sehen, dass sie nichts ändern können, und immer mehr Menschen gelangen an die Oberfläche der Gesellschaft, die sich einfach den Herrschenden anpassen, um eigene Ziele zu erreichen. Das kann man die letzten Jahre gut in den Medien sehen. Die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz schreibt: „Es muss Journalisten zu denken geben, wenn die Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung immer größer wird. Aber es schockiert mich zutiefst, wenn Berufskollegen, ohne mit der Wimpern zu zucken, die Urteilsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt in Frage stellen und sich weigern, Proteste und Beschwerden von Lesern, Zuhörern und Zuschauern ernst zu nehmen, die sich in nie gekannter Zahl zu Wort melden, weil ihnen die einseitige Berichterstattung auffällt.“

Es werden dreist die Fakten verdreht, es wird offen die Wahrheit vertuscht. Das ist für mich schon keine „Freiheit der Meinung“ in diesem Land mehr, wenn es fast jedem auffällt, dass die Berichte einseitig sind, und die Regierung immer mehr versucht, die Totalüberwachung zu verbreiten und die Bundeswehr in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzubeziehen. Nun kommen neue Wahlen, und dass die CDU nicht mehr führende Partei sein wird, ist doch klar. Wenn es nichts ändert, kommen Rechtspopulisten an die Macht und können dann gut die Situation ausnutzen, um eine nazistische Diktatur aufzubauen.

Die Gesetze und die Menschen sind schon vorbereitet worden. Darum denkt nach, liebe Menschen, für wen diese Regierung arbeitet! Für wen macht sie den Weg frei? Für eine neue Diktatur in Deutschland, weil sie unfähig ist, frei und demokratisch zu regieren. Ich sehe heute nur eine Partei, die sich nicht einschüchtern lässt und unbequeme Wahrheiten sagt – das ist die Partei „Die Linke“. Aber wie lange man in diesem Land noch die Wahrheit sagen kann, hängt von jedem Bürger und jeder Bürgerin ab.

Valentina Schneider (parteilos)

In welchem Zeitalter leben wir?

Seit dem 8. Februar 2016 und noch bis zum 27. Januar 2017 leben wir im chinesischen Tierkreiszeichen des Affen. Das ist vielleicht schön, aber sehr unwichtig und mir egal. Wir leben auch im Atomzeitalter. Das ist für viele Menschen manchmal ganz praktisch, für andere inzwischen aber auch sehr schlecht geworden. Wir leben in einer freien Marktwirtschaft, wo sich fast jede(r) fast jeden – oft sinnlosen – Mist leisten können soll. Wir leben in einer modernen Kommunikationsgesellschaft, wo jede(r) jederzeit mit allen über jeden Mist chatten kann oder etwas posten darf.



Vermeintlich leben wir auch in einer Demokratie. Das stimmt zum Teil noch, sonst dürfte ich zum Beispiel nicht hier auf dem Marktplatz öffentlich etwas über die Verdummung der Menschheit oder die Verseuchung der Umwelt erzählen. Beides findet heutzutage schneller und öfter statt, als wir es merken oder es uns als Verursacher bewusst wird. Wir leben vor allem auch im Zeitalter von Kunststoffen und Plastikmüll. Beides wird weltweit produziert, schon seit etwa 1950.

Heute sind es riesige Teile für Autos, Flugzeuge und Schiffe; massenweise große Teile wie Stühle, Bierkästen, Eimer und Wannen; unzählige Kleinteile für Haushalt und Garten, zum Spielen, Verpacken und in Kleidungsstücken. Jährlich

stellt die Industrie für uns 311 Millionen Tonnen Plastik her, hauptsächlich für Verpackungen. Davon entfällt etwa ein Drittel auf Produkte, die weniger als fünf Minuten genutzt werden. Plastik ist nicht abbaubar, es zersetzt sich nicht wie Holz, sondern zerfällt nur in immer kleinere Partikel.

Genau das ist ein neu entdecktes Marktsegment der Chemieindustrie. Sie produziert jetzt Mikroplastikteile in Form von Sandkörnern zur Anwendung in Kosmetikartikeln wie Duschgel oder Peelings. Diese Teilchen gelangen von den Haushaltsabwässern über die Kläranlagen direkt ins Meer. Sie brauchen nicht herausgefiltert zu werden, weil es noch keine Bestimmungen beziehungsweise Gesetze dazu gibt, denn Dramatik und Folgen dieses Problems werden erst jetzt entdeckt.

„Davon merken wir nichts, das Zeug geht bei uns so durch“, sagte mir beim „Tag der Offenen Tür“ ein Führer durch die Kläranlage in Seehausen. Bis es gesetzliche Bestimmungen gibt, können noch Jahre vergehen, denn die Plastikkorn-Hersteller werden wie üblich protestieren und Beweise für schädliche Auswirkungen fordern. Wenn es sie dann gibt, wird es wieder Jahre dauern und viel Geld kosten, solche aufwendigen Anlagen überall zu bauen.

Bis dahin sind die Flüsse, Meere, Fische und wir selbst voller Plastikteilchen, und die Chemieindustrie hat ihre Gewinne gemacht. Doch wird es kaum jemand wagen, der allmächtigen Chemieindustrie sofort zu verbieten, solche unsinnigen Produkte herzustellen: künstliche Sandkörner aus Plastik, die als Peelings in Badeszusätzen enthalten sind. Da fehlt nur noch ein Werbeslogan wie: „Unsere Körner verhindern den globalen Sandmangel!“

Ich sehe nur eine Möglichkeit, das zu verhindern: Wenn wir als Verbraucher(innen) und bewusste Konsument(inn)en solchen Unsinn nicht mehr kaufen, wird die beschriebene groteske Situation bald beendet sein. Einige Kürzel auf den Behältern solcher Kosmetik- und Pflegeprodukte lauten: AC, ACS, EVA, Nylon-6, Nylon-12, P-7, PE, PET, PP und PUR. Das sind Kurzbezeichnungen der Stoffe, aus denen Mikroplastikteile hergestellt werden, und die nichts in unseren Haushalten, geschweige denn in der Umwelt zu suchen haben.

Helmut Minkus (parteilos)

Für ein breites Bündnis zum „Weltklimatag“!

In der Zeit vom 7. bis zum 18. November 2016 findet in Marrakesch (Marokko) die nächste „Weltklimakonferenz“ statt. Bisher hat es 21 „Klimagipfel“ gegeben, doch die Kohlendioxid-Emissionen sind seither global um 60 Prozent gestiegen. Daran hat auch die völlig unverbindliche Vereinbarung der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 nichts geändert.

Die Bundesregierung hat den Ausbau erneuerbarer Energien inzwischen massiv ausgebremst. Das Festhalten an der Verbrennung fossiler Energieträger beschleunigt jedoch die Erderwärmung. Dies zerstört das Weltklima und bedroht die Existenzgrundlagen der Menschheit und die Artenvielfalt. Wir müssen die Rettung unserer „Mutter Erde“ selbst in die Hand nehmen und möchten daran mitwirken, in Bremen und „Umzu“ ein breites **Bündnis** zum „**Weltklimatag**“ am 12. November 2016 aufzubauen!



Der „Global Climate March“ war 2015 ein großer Fortschritt. Er hat den Rekord für die größte „Klima-Mobilisierung“ aller Zeiten gebrochen: Von São Paulo bis Sydney haben über 785.000 Menschen die Erde „zum Beben“ gebracht. Teil dieser weltweiten Bewegung war eine bunte Demonstration zur Rettung des Klimas, die von einem Bündnis in Bremen durchgeführt wurde: Trotz Dauerregen und Sturm haben hier über 500 Menschen lautstark ihre Stimme erhoben.

Daran möchten wir gern ansetzen und eine noch breitere und gleichberechtigte Zusammenarbeit entwickeln. Deshalb schlagen wir vor, dass sich alle interessierten Organisationen, Parteien und Einzelpersonen zu einer ersten **Besprechung** über mögliche Aktivitäten treffen, und zwar am **Mittwoch**, dem **7. September 2016**, um **19 Uhr** im „**Bürgerhaus Weserterrassen**“, entweder im Café oder bei schönem Wetter im Garten.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Gegen islamistische Vermummung: Der Koran verlangt nicht,
Frauen in einen Sack zu stecken (*„Die Welt“*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

583. Bremer Montagsdemo

am 29. 08. 2016

Das Verhältnis von Unterbeschäftigung zu Beschäftigung wird sich total umdrehen



1. September ist Antikriegstag. Die Kundgebung vor dem Bremer Hauptbahnhof beginnt um 17 Uhr. Gewerkschaften, Friedensorganisationen, Bildungseinrichtungen und Kirchen erinnern an den 1. September 1939, den Tag des Überfalls von Hitlerdeutschland auf unser Nachbarland Polen. Der Grundsatz „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ ist leider überholt von den verantwortlichen Politikern.

Es gibt für sie immer einen Grund, Krieg zu führen.

Deutschland ist ein führender Waffenexporteur, deutsche Waffen sind in aller Welt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen, die bei uns Schutz suchen, vor deutschen Waffen geflohen sind, ist groß. Im letzten Jahr gab es sogar einen Rekord-Export. Dazu kommen Lizenzfertigungen im Ausland. Stolz wäre ich auf einen Produktions- und Lieferstopp!

Die EU hat sich den weltweiten Waffeneinsatz vorbehalten. Sobald sie glaubt, ihre Interessen könnten gefährdet sein, kann die schnelle Eingreiftruppe zuschlagen. Auch diese Strategie muss geändert werden! Bereits die kommenden Wahlen entscheiden, mit welcher Grundeinstellung diese Herausforderung bewältigt wird.

2. Das Schlagwort „Industrie 4.0“ ist in aller Munde, aber eine unzutreffende Bezeichnung der zu erwartenden Umwälzungen. Die Verzahnung von Produktion und **Informationstechnik** ändert unsere Gesellschaft grundlegend, in allen Bereichen. Gibt es ein Konzept, wie mit dieser Herausforderung umgegangen wird? Bereits die kommenden Wahlen entscheiden, mit welcher Grundeinstellung diese Herausforderung bewältigt wird – hoffentlich mit dem Grundgedanken „100% sozial“! Die Veränderungen erfolgen schleichend. Eine Produktionserhöhung mit nur rund 30 Prozent der arbeitsfähigen Menschen ist weltweit möglich.

„Digitaler Anschub für den Mittelstand“, titelte der „Weser-Kurier“. Geworben wird in diesem Artikel für eine Veranstaltung am 7. September 2016 im Weserstadion. Umworben wird der Mittelstand. Die gebotenen Informationen sind sicherlich interessant und hilfreich. Wer vom Nutzen überzeugt ist, sollte die Sicherheit erforschen. Es geht los bei der Telefonleitung: Jede Telefonanlage hat einen Hintereingang, siehe 522. Bremer Montagsdemonstration.

Beim automatischen Datenaustausch werden auch Zusatzdaten mitgeliefert. Wer den Austausch definiert, hat Zugriff auf alle Daten. Auch die Fertigungstiefe wird so sichtbar. Ein Hinweis auf die Datensicherheit fehlt in dieser Ankündigung. Vor circa zehn Jahren gab es keine technische Lösung zur Vermeidung unerwünschter Datenzugriffe durch Nutzer des Systems. Die als eigenständig definierten Bereiche, die nur durch zusätzliche Passwörter sichtbar wurden, waren relativ einfach zu knacken, ohne Spuren zu hinterlassen. Ein Datenklau wird von den politisch Verantwortlichen billigend in Kauf genommen. Wie sonst ist die mangelhafte Information über die Hintertür in jeder Telefonanlage zu werten?

3. Für Leistungsempfänger(innen) sind Mehrkosten keine Kleinigkeit. Die „Diakonie“ hat eine bundesweite Petition für den Schulbedarf gestartet und möchte damit die Unterdeckung von 53 Euro beseitigen. „Schulstart in Bremen am teuersten“, meldete der „Weser-Kurier“. Wer für den Schulbedarf mehr als 100 Euro ausgibt, kann den Differenzbetrag beim Leistungsträger beantragen, muss allerdings bereit sein, dafür notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch zu nehmen.

„Diakonie‘ will Armut durch Arbeit bekämpfen“, lautete eine andere Überschrift im „Weser-Kurier“: „Kinderarmut lässt sich nur nachhaltig bekämpfen, indem auch die Armut der Eltern bekämpft wird. Davon ist Diakonievizepräsident Ulrich Lilie überzeugt und fordert einen geschützten Markt für Langzeitarbeitslose“. Passive Leistungen in Arbeitslohn umzuwandeln, das wurde in Bremen bereits zeitweise gemacht. Die Erfahrungen? Es geschah zu wenig, zu halbherzig. Es ist gescheitert an kleinen Beträgen und auch an der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Trotzdem sollten wir weiter darüber reden.

Leider gibt es nicht genug Arbeitsplätze mit auskömmlichem Einkommen. Die Unterbeschäftigung kann zwar zum Beispiel durch Bezahlung aller ehrenamtlichen Tätigkeiten verringert werden, aber zur Vollbeschäftigung reicht es leider nicht. Die Entwicklung zur „Industrie 4.0“ dreht das Verhältnis von **Unterbeschäftigung** zu Beschäftigung total um. Deshalb brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen, beginnend ab der Geburt, eventuell sogar eine Prämie für den Verzicht auf Arbeit!

Der Mangel wird die heutigen Kinder noch lange begleiten, weil inzwischen die Spätfolgen unbestritten sind. Notwendig ist daher eine sofortige Anpassung der Leistungen wie Arbeitslosengeld II und Grundsicherung an die tatsächlichen Verhältnisse! Nachzulesen sind die Tricks rund um den Regelsatz auch im Buch „Kampf um die Armut“.

4. Der Brauereikonzern InBev hat den Konkurrenten SAB Miller aufgekauft und will nun weltweit circa 5.000 Mitarbeiter(innen) abservieren, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, die nichts falsch gemacht haben! Einfach so minus 5.000 Menschen.

Vor Kurzem noch haben sich die Mitarbeiter(innen) der Lloyd-Werft gefreut und positiv in die Zukunft geschaut. Nachdem die Arbeit nicht nur fertig, sondern auch vollends gelungen ist, geht jetzt die Angst um. Der Investor hat die Weichen umgestellt: „Für die Lloyd-Werft in Bremerhaven gibt es bislang keine neuen Aufträge, und die Geschäftsführung spricht mit den Mitarbeitern offenbar nicht über die Situation. Das sagt der Geschäftsführer der IG Metall in Bremerhaven.“ Auch diese Arbeitnehmer(innen) haben sich nichts zuschulden kommen lassen!

Unter dem Titel „Hübsch machen für den Verkauf“ geht es um die **Arbeitsplätze** in der HSH Nordbank und natürlich auch um das Steuergeld. Ein Regressanspruch gegen die damaligen Vorstände steht nicht mehr auf der Tagesordnung, dafür aber der Druck, noch mehr Steuergeld einzusetzen. Die Beschäftigten sind auch hier Spielball des Kapitals!

Die Bremer Landesbank baut weiter Schiffskredite ab. Sie wurde von der Pflichtvorsorge erschlagen, ohne dass der Ernstfall eingetreten ist! Die Europäische Zentralbank verursacht eine Marktberreinigung zugunsten der Großbanken. Wollte sie diese nicht entmachten und zerschlagen oder aufteilen? Wieso dieser Sinneswandel? Ist es nur ein Versehen?

Bei all diesen Entscheidungen sind die Beschäftigten nur Kostenfaktor. „100% sozial“ geht, aber anders! Der Grundsatz „100% sozial“ muss in alle Bereiche eindringen, damit der gesellschaftliche Frieden gesichert wird. Ein Beispiel: Birgit Manz, Bremer Abgeordnete der Partei „Die Linke“, hat die ökologische Gerechtigkeit angemahnt. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist das Kreuz auf dem Wahlzettel. Was hilft die schönste Idee, der beste Plan, wenn zur Umsetzung nicht genug Wähler(innen) angekreuzt haben?

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Am **Samstag** ist viel los in Bremen. Wir haben **Sommerfest**, bitte weitersagen! Beginn ist um **15 Uhr** in den **Neustadtwallanlagen** hinterm Südbad, auf dem Rondell am Parkausgang zur Neustadtscontrescarpe.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Härteste Sanktionen: Mit dem Vorwurf „sozialwidrigen Verhaltens“ soll jahrelang das Existenzminimum verweigert werden („Spiegel-Online“)

Kuschen vor Erdogan: Der Völkermord an den Armeniern soll für die Regierung nun doch keiner gewesen sein („Spiegel-Online“)

Das Leben in der Plastikzeit



Wie schon bei der vergangenen Montagsdemonstration festgestellt, leben wir auch im Zeitalter von Kunststoffen und Plastikmüll. Sie werden weltweit massenhaft produziert, schon seit etwa 80 Jahren. Der Anstieg ist nicht linear, sondern exponentiell. Momentan werden rund 300 Millionen Tonnen Plastik pro Jahr produziert – etwa so viel, wie die gesamte Weltbevölkerung wiegt. 80 Prozent davon gelangen in die Weltmeere und sind dort in allen Tiefen zu finden.

Der meiste Plastikmüll ist hier fast unsichtbar, weil große Teile schon so lange herumschwimmen, dass sie durch Sonnenstrahlung und Wellen zerfallen sind. So entstandene Teilchen – kleiner als fünf Millimeter – werden sekundäres Mikroplastik genannt. Primäres Mikroplastik sind Granulate für Spritzgussmaschinen zur Herstellung von Plastik-Massenartikeln. Auch die sandkornartigen Plastikteile in Kosmetik- und Hygieneprodukten gehören dazu. Tausende von Quadratkilometern Meeresflächen sind bedeckt von großen Plastikteilen aller Art.

Plastikmüll baut sich nicht biologisch ab wie zum Beispiel Holz, sondern zerteilt sich in immer kleinere Stücke und verbreitet sich immer weiter. Einige Plastikarten brauchen dazu 450 Jahre, Fischernetze sogar 600 Jahre. 100 Millionen Tonnen Plastikmüll treiben in einem Strudel im Südpazifik und an den Stränden der Osterinseln, 3.500 Kilometer westlich von Chile. Die Insel Kamilo östlich von Hawaii hat einen „Junk Beach“, einen Müllstrand. Hierher kommt der Müll aus Asien und von der 7.000 Kilometer entfernten Westküste der USA. Er treibt im Zickzack durch die Südsee zu den Osterinseln.

Inzwischen gibt es in manchen Regionen der Weltmeere sechsmal mehr Plastikteile als Plankton. Beides zusammen wird von Fischen, Muscheln und anderen Filtertieren gefressen. Plastikteile und weitere Giftstoffe, die bei ihrer Zersetzung entstehen, werden über die Verdauungsorgane aufgenommen und reichern sich im Körpergewebe an – bei Plankton und Plastikpartikel fressenden Meerestieren sowie beim Meerestier essenden Menschen. Zu diesen Giftstoffen gehören die Kunststoff-Weichmacher Phthalate oder das in Deutschland verbotene Bisphenol A. Sie wirken schon in geringen Mengen auf das Hormonsystem und schädigen das Erbgut.

Nicht nur die Weltmeere sind betroffen, sondern auch Nord- und Ostsee. Allein in die Nordsee gelangen jedes Jahr etwa 20.000 Tonnen Abfälle, die auch von Vögeln gefressen werden. Auf der Insel Texel gab es aus diesem Grund ein großes Sterben von Eissturmvögeln. In ihren Mägen wurden durchschnittlich 31 Plastikteile gefunden. Bezogen auf die Größe des Menschen wären das circa 3.000 Teile. 80 Prozent der Vögel der Antarktis haben Plastik im Magen. Werden weniger als zehn Plastikteile gefunden, gilt der Ozean in diesem Bereich als „sauber“.

Plastikteilchen im Wasser ziehen Umweltgifte, Schadstoffe und Bakterien sehr stark an. Sie heften sich an die Plastikteilchen an – bis zu einem Verhältnis von eins zu einer Million –, werden so um die ganze Erde verteilt und können auch Krankheiten dorthin verbreiten, wo sie normalerweise nicht auftreten.

Inzwischen hat zwar die Europäische Union eine „Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie“ ins Leben gerufen, doch sollten wir nicht darauf warten, bis Plastikmüllindustrie und Gesetzesmacher etwas unternehmen. Fangen wir heute damit an, bei uns im Haushalt Plastikprodukte zu hinterfragen und in allen Bereichen zu vermeiden, angefangen beim Shampoo mit Plastik-Peeling über die Plastikmülltüten und Plastikflaschen bis hin zum Plastikstuhl! Anregungen und Tipps dazu gibt es bei jeder Umweltschutzorganisation, im Internet und vor allem in unseren eigenen Köpfen.

Helmut Minkus (parteilos)

Am Freitag, dem 2. September 2016, will „Blockupy“ das **Berliner Bundesarbeitsministerium belagern**: „Aus Deutschland wurden Niedriglohnsektor, Lohndumping, **Hartz IV** und unsichere Arbeitsverhältnisse nach ganz Europa exportiert. Nun tragen wir unseren Protest dahin, wo neoliberale Politik und soziale Spaltung ihren Anfang genommen haben!“

In den letzten zwölf Jahren wurde die **Montagsdemo** immer mehr zu einer sozialen Bewegung, die nicht nur gegen die Hartz-Gesetze, sondern auch gegen alle anderen sozialen Ungerechtigkeiten kämpft und die Befreiungskämpfe, den antifaschistischen Kampf sowie den Kampf für die Rettung unserer natürlichen Umwelt unterstützt.

Wir laden euch herzlich ein, mit uns zusammen unser **Sommerfest** zu feiern, am **Samstag, dem 3. September 2016**, ab **15 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** hinterm Südbad, auf dem Rondell am Parkausgang zur Neustadtscontrescarpe.

Wir wollen dabei jeder Initiative, Partei, Gewerkschaft oder sonstiger Vereinigung die Möglichkeit bieten, sich mit einem kleinen Infostand vorzustellen und gegebenenfalls ein kurzes Grußwort zu halten. Wir bitten nur darum, auch etwas zum „praktischen Gelingen“ beizutragen, sei es durch Mithilfe beim Auf- oder Abbauen, Grillen oder bei der Kuchenausgabe.

Die Montagsdemo lädt zum Sommerfest ein!

Am 3. September 2016 ab 15 Uhr

Neustadtcontrescarpe neben dem Hallenbad Süd



Das Motto:

Rücknahme der menschenunwürdigen Hartz -IV-Regelungen!



Essen

Vom Grill gibt es:
Würste, Nackensteak und Vegetarisches
am Büffet: Salate und Kuchen

Trinken

Am Ausschank:
Wasser, Saft,
Kaffee, Bier

Jeder kann etwas Geeignetes zum Sommerfest beitragen, wir freuen uns auf alle, die mit uns feiern wollen!
Es werden noch Helfer, Spender sowie Leute, die etwas Vortragen können gesucht!

Montag ist
Widerstandstag

Unterhaltung

Auch eine
Tombola
ist geplant

Ein Zauberer wurde
engagiert und das nicht
nur für Kinder!

Musik



Diskussionen &
Geschichten

V i. S. d. P.: Initiative Bremer Montagsdemo hier vertreten durch Wolfgang Lange
<http://www.bremer-montagsdemo.de>

Bundesweite Montagsdemo solidarisch mit den „Blockupy“-Protesten und verurteilt die Festnahmen!

„Blockupy“ protestiert mit einem Aktionswochenende gegen Rassismus vom 2. bis 4. September in Berlin unter anderem gegen die Flüchtlingspolitik der EU. Die Organisatoren schreiben: „Am 2.9. ist es so weit – gemeinsam blockieren wir das Ministerium für Arbeit und Soziales, markieren wir ihre Politik der Verarmung, Ausgrenzung und sozialen Spaltung. Gemeinsam sind wir in einer zweiten Welle kreativ auf der Straße und machen die Vielfalt unserer Kämpfe in Berlin sichtbar.“

Das Arbeitsministerium der Bundesregierung als Ort des Protestes begründen sie so: „Inzwischen spielt die Neuorganisation des Arbeitsmarktes eine zentrale Rolle. Aus Deutschland wurden der Niedriglohnsektor und Lohndumping, Hartz IV und unsichere Arbeitsverhältnisse nach ganz Europa exportiert.“ Direkten Kontakt mit kritischen Bürgern mögen die Bundesregierung und Frau Nahles aber offensichtlich nicht. Die Polizei riegelte die Straße vor dem Arbeitsministerium für die Demonstranten ab.

Das Bündnis wirft der Bundesregierung unter anderem vor, mit dem Integrationsgesetz Flüchtlinge auszubeuten. Am Samstag gibt es eine große Demonstration gegen Rassismus und die AfD, die von linken Parteien, Gruppen und Initiativen auf dem Kurfürstendamm initiiert wurde. Auch hier wollen „Blockupy“-Anhänger aus Deutschland und anderen europäischen Ländern dabei sein.

Die Bundesweite Montagsdemo ist solidarisch mit den Protesten und verurteilt die Festnahmen durch die Polizei. **Jung und Alt, Werktätige und Arbeitslose gemeinsam mit den Rentnern:** Kommt zur 13. bundesweiten Herstdemonstration gegen die Regierung am 1. Oktober 2016 nach Berlin! Beginn ist um 12 Uhr auf dem Rosa-Luxemburg-Platz.

„Bundesweite Montagsdemo“

Mit zusätzlicher „Sonderauswertung“: Die Sichtung der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ von 2013 hat drei Jahre gedauert, um 2017 die jährliche Hartz-IV-„Erhöhung“ um fünf Euro fortschreiben zu können
(„Süddeutsche Zeitung“)

Umkehr in Mecklenburg-Vorpommern: CDU nur noch zweite Rechtspartei („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

584. Bremer Montagsdemo

am 05. 09. 2016

Es gibt eine wirkliche Alternative



Samstag war bei bestem Wetter unser diesjähriges Sommerfest. Wir haben bewiesen, dass wir nicht nur kämpfen, sondern auch feiern können. Es gab gute Stimmung, leckeres Essen und Trinken, schöne Musik und gute Beiträge: Herzlichen Dank an alle, die geholfen, einen Beitrag geleistet oder einfach nur gefeiert haben!

Der Sonntag war weniger schön mit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Die AfD wurde vor der CDU mit 21 Prozent zweitstärkste Partei. In fast allen Kommentaren in den Medien wird das beklagt und fast ausschließlich Merkels Flüchtlingspolitik dafür verantwortlich gemacht. Als ob Merkel Millionen Flüchtlinge ins Land hole, das damit „überfordert“ sei! Das trifft die Sachlage aber in keiner Weise.

In Mecklenburg-Vorpommern sind so wenige Flüchtlinge wie nirgendwo sonst, und die SPD/CDUI-Regierung hat sich als besonders abschiebewütig hervorgetan. Das Bundesland ist extrem bevölkerungsarm. Dort soll jetzt die große Angst vor Zuwanderung umgehen? Mecklenburg-Vorpommern hat allerdings große Probleme: niedrigste Löhne und schlechte Infrastruktur. Auf dem Land gibt es kaum noch Einkaufsmöglichkeiten, der öffentliche Verkehr ist katastrophal und die Arbeitslosigkeit hoch.

Die AfD wurde mit allen Mitteln von den bürgerlichen Parteien und in den Medien stark geredet als „Alternative“. Keine Nachrichtensendung oder Talkshow, wo sie nicht „hoffähig“ gemacht, vor „Islamisierung“ und „Überfremdung“ gewarnt und so die faschistoide AfD regelrecht hochgepuscht wurde. Das begann schon vor ein paar Jahren mit Thilo Sarrazin (SPD) –, der vor den „kopftuchtragenden kleinen Mädchen“ warnte und gegen alle Hartz-IV-Bezieher hetzte („Deutschland schafft sich ab“) –, und endet nicht bei Horst Seehofer.

Dann der widerwärtige Deal Merkels mit dem Faschisten Erdogan. Ihr Abrücken von der Armenien-Resolution, in der die Ermordung von Millionen Armeniern richtigerweise als Völkermord gebrandmarkt wurde, an der „seltsamerweise“ aber kein einziges Regierungsmitglied im Bundestag teilnahm, auch nicht Merkel! Jetzt beeilt sie sich, Erdogan gegenüber zu erklären, die Bundestagsresolution habe sowieso keine Rechtsverbindlichkeit!

Statt die diplomatischen Beziehungen zur Türkei abubrechen, nachdem diese immer mehr im Faschismus versinkt, inzwischen mit Bodentruppen das kurdische Gebiet Rojava in Syrien angreift und an der Grenze zu Kobanê eine Mauer errichtet, unterstützt Merkel die Türkei weiterhin mit Waffen und durch brutales Vorgehen gegen kurdische Freiheitskämpfer.

Einer von ihnen, Mustafa Celik, wurde letzte Woche in Celle zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt – nicht weil er eine Straftat begangen hätte, sondern weil ihm Unterstützung der kurdischen Arbeiterpartei PKK unterstellt wird, also jener Partei, die in der Türkei den kurdischen Freiheitskampf führt und mit der PYD in Syrien verbunden ist, die in Rojava die Regierung stellt.

Wenn nach all dieser Hetze in den Medien und seitens der Bundesregierung gegen Flüchtlinge und Freiheitskämpfer die Saat aufgeht und jede(r) fünfte Wähler(in) AFD wählt, braucht uns das nicht zu wundern. Ich will niemanden in Schutz nehmen, der diese braune Soße wählt, aber man muss doch klar sehen, wer sie aufgepäppelt hat: Das sind allen voran CDU und SPD!

Auch die Linkspartei verlor in Mecklenburg-Vorpommern massiv. Ihr Anbiederungskurs gegenüber der SPD und den Grünen wurde nicht belohnt. Acht Jahre saß sie selbst mit in der Regierung, noch als PDS. Eine wirkliche Alternative ist das auch nicht, vor allem wenn man sieht, wie sich Sarah Wagenknecht, ehemals Vorzeigelinke, entwickelt hat. Sie verlangt inzwischen „Obergrenzen“ für Flüchtlinge und greift damit Merkel von rechts an.

In der Wirtschaftspolitik findet sie das „Modell Erhard“ gar nicht mehr so schlecht, also die von Ludwig Erhard erfundene „soziale Marktwirtschaft“, eine der größten Lebenslügen dieses Systems. Inzwischen wird selbst von CDU-Politikern wieder relativ offen das Wort „Kapitalismus“ in den Mund genommen, das die Sache doch besser trifft!

Nach wie vor ist vielen Menschen nicht bekannt, welches absolut reaktionäres Programm die AfD vertritt: Senkung der Unternehmersteuern; Kürzung von Hartz IV und schärfere Sanktionen; Frauen zurück an den Herd; Verbot der Homo-Ehe. Wahrlich keine Alternative! Aber es gab auch keine wählbare Alternative. Mit Sprüchen wie „Die AfD hat kein Konzept. Uns geht es um Liebe statt um Hass“, so Helmut Holter von der Linkspartei, bringt man nur die Kapitulation diesen Faschisten gegenüber zum Ausdruck.

Aber es gibt eine wirkliche Alternative! Zum einen ist das der Kampf der Menschen in den Fabriken und auf der Straße. Am Samstag gab es eine große Demonstration von „Blockupy“ in Berlin gegen die unsoziale Politik der Regierung. Die Polizei war am Vortag brutal mit Tränengas und Verhaftungen gegen friedliche Protestant(innen) am Arbeitsministerium vorgegangen. Es gibt eine Solidaritätserklärung der bundesweiten Montagsdemo mit den „Blockupy“-Prtesten.

In Indien war am 2. September Generalstreik, über 180 Millionen Menschen streikten. Im Zentrum standen die kämpferischen Bergarbeiter. Sie forderten eine Verdopplung des Mindestlohns, die Abschaffung der Zeitarbeit, feste Arbeitsver-

träge für alle und richteten sich gegen die faschistoide Regierung in Indien. Am **1. Oktober 2016** ist die **bundesweite Herbstdemo** gegen die Regierung in **Berlin**.

Am Tag darauf findet der Wahlkongress des „Bündnisses klassenkämpferischer, revolutionärer, antifaschistischer und internationalistischer Kräfte“ in Berlin statt. Dieses Bündnis ist eine echte Alternative und wird zur Bundestagswahl 2017 als „Internationale Liste/MLPD“ antreten. Es lebe der Internationalismus!

Keine Stimme den Reaktionären, Rassisten und Arbeiterfeinden! Stärkt den Zusammenschluss „Internationale Liste/MLPD“! Ein erstes Treffen in Bremen zum Kennenlernen dieses Bündnisse ist am Freitag, dem **9. September 2016**, um **18 Uhr** im Café „Paganini“, **Erlenstraße 60** (Ecke Isarstraße) in der Neustadt, zu dem ich euch herzlich einlade!

Wolfgang Lange (MLPD)



Montagsdemofest am 3. September 2016



Die Besuchsstatistiken für die Montagsdemo-Website sind nach drei Wochen wieder abrufbar und ohne Auffälligkeiten

Kreislauf der Pfründenwirtschaft: Europäischer Sozialfonds fördert Beratungsstellen für Opfer öffentlich geförderter Arbeitsausbeutung (*Senator für Wirtschaft*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

585. Bremer Montagsdemo am 12. 09. 2016

Durch die Freihandelsabkommen werden Fluchtursachen verstärkt



Ein Freihandelsabkommen hat immer negative Auswirkung auf die Unbeteiligten – nicht weil es den Handel zwischen den Vertragsstaaten fördert, sondern weil der Import von anderen Staaten behindert wird. Dies führt natürlich zu einem erhöhten Handel zwischen den Vertragsstaaten. Es gibt einen Umsatzzuwachs durch Verdrängung der bisherigen Lieferanten. Wenn Ceta oder TTIP verabschiedet

werden, sind insbesondere die Staaten der Dritten und Vierten Welt die Leidtragenden. „Brot für die Welt“ hat dazu deutliche Worte gefunden: Durch diese Freihandelsabkommen werden die Fluchtursachen verstärkt statt (wie versprochen) beseitigt.

Was ist neu an Ceta und TTIP? Bei den bisherigen Freihandelsabkommen wurde genau beschrieben, wie mit den einzelnen Situationen umzugehen ist, detailliert und umfassend. Zum Beispiel beinhaltet der Umgang mit Wasser auch jenen mit Abwasser. Bei Ceta und TTIP gibt es für Abwasser keine Regelung, es ist damit frei für privaten Profit. Ceta und TTIP beinhalten auch keine Regelung für die Änderungen durch „Industrie 4.0“. Ceta beinhaltet eine Hintertür für TTIP.

Ceta und TTIP sollen Wohlstand und Reichtum für alle bringen, eine Ausweitung des Handelsvolumens, die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Ankündigungen sollen verschleiern, dass Ceta und TTIP die Konzerne begünstigen. Die Aktienkurse werden dies kurzfristig ausdrücken. All dies wurde uns zugesagt. Bis ins Detail sind es die gleichen Versprechungen, wie sie die Menschen in den USA, in Kanada und Mexiko vor dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens gehört haben.

Den Dokumentarfilm „Die Story im Ersten. Wohlstand für alle“ über die Auswirkungen habe ich zur 522. Bremer Montagsdemonstration beschrieben. Der Film ist bei „Youtube“ noch aufrufbar, aber die Tonspur wurde gelöscht. Der WDR zeigt diesen Film auf Antrag Journalisten. Schade! Was bleibt, sind die Bilder und

die Filmbeschreibungen. Allein der Text macht deutlich, wie sehr die Ankündigungen an der Wirklichkeit vorbeigehen.

Auch einige Tücken dieser Freihandelsabkommen sind nachlesbar. Hier sind weitere Filme blockiert, aber unter „Youtube“ noch aufrufbar. Auch auf unseren Seiten steht einiges darüber. Es lohnt sich der Ausflug zur Demonstration gegen die Reduzierung unserer Standards! Handel ist gut, aber über die Förderung des Handels Zugriff auf alle Bereiche unseres Miteinanders zu erlangen, ist mehr als unangemessen. Handel verbindet, Freihandel liefert aus! Allein der Klagegrund für die Unternehmen lähmt die Regierungsarbeit. Der neu erwogene Handelsgerichtshof ist leider nur ein Feigenblatt für die unangemessenen Rechte der Investoren.

Am **Samstag, dem 17. September 2016**, gibt es **Demonstrationen** gegen **Ceta** und **TTIP** in sieben deutschen Städten, darunter **Berlin** und **Hamburg**. Wir sehen uns! Wer mitfahren will, einfach zum **Hauptbahnhof** kommen und sich an einem Gruppenticket beteiligen. Wir treffen uns um **9 Uhr**, „Attac“ und viele andere Verbände jeweils entsprechend den Abfahrzeiten.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Am **Donnerstag, dem 15. September 2016**, diskutiert **Andrea Nahles** ab **20 Uhr** mit Wirtschaftssenator Günthner im „**City 46**“ über die „Zukunft der **Arbeit**“ und freut sich auf die Gelegenheit, kritischen Gästen zu erläutern, warum Hartz-IV-Sanktionen jetzt drei Jahre dauern sollen.

Willkürliche, unbegründete Streichungen: Der Hartz-IV-Regelsatz müsste fast 150 Euro höher sein („*Diakonie*“)

Große Koalition abgewählt: „Die Linke“ kann als einzige Bundestagspartei in der Hauptstadt prozentual zulegen („*Neues Deutschland*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

586. Bremer Montagsdemo am 19. 09. 2016

Der Wegfall der Arbeitsmöglichkeiten wird rasant zunehmen



Die Demonstrationen gegen Ceta und TTIP mit über 300.000 Teilnehmenden waren eindrucksvoll. Parallel dazu hat die Politik klargestellt, dass TTIP weiter verhandelt wird. Ceta soll unterschrieben werden. Dabei ist unsere Forderung ganz einfach: Beide Freihandelsabkommen zu den Akten und die Welthandelsordnung wiederbeleben!

Wir verhalten uns noch immer arbeitsorientiert. Dabei ist schon länger klar: Arbeit wird zur Mangelware! Dazu gibt es viele Meinungen. Auch in „Aspekte“ wurde es auf den Punkt gebracht: „Roboter übernehmen die Arbeit von morgen, in allen Bereichen. Verliert die Arbeit durch die Automatisierung für den Menschen ihren Stachel und an Bedeutung? Oder wird es nun erst richtig schlimm?“

Diese Veränderung ist mit der bisherigen Erziehung und Einstellung zur Arbeit nicht zu meistern, auch nicht mit den bisherigen Rahmenbedingungen der sozialen Sicherungssysteme. Statt über die Schnelligkeit und den tatsächlichen Wegfall der Arbeitsmöglichkeiten zu rätseln, sollten endlich die Änderungen und Auswirkungen bedacht werden. Der Wegfall der Arbeitsmöglichkeiten hat bereits begonnen und wird rasant zunehmen!

„Sie sind entlassen!“: „Wie uns Computer und Roboter die Arbeit wegnehmen und welche Berufe morgen noch sicher sind“, ist im „Spiegel“ Nummer 36 vom 3. September 2016 nachzulesen. Als „Berufe, die noch sicher sind“ werden alle Tätigkeiten genannt, die möglichst nahe am Menschen sind, weil den Menschen ein Mensch hier noch lieber ist; außerdem Tätigkeiten, die sich nicht wiederholen. Ein Flugzeug ohne Pilot würden die meisten Menschen nicht akzeptieren. Ein Zug ohne Lockführer, die Metro in Frankreich, wird bereits akzeptiert.

Ansonsten geht einfach alles. Der Kosten-Nutzen-Faktor wird die Verlagerung der Arbeit bestimmen. Dabei ist der Automat unschlagbar billig und zuverlässig, 24 Stunden pausenlos einsatzfähig, er vergisst nichts, lernt selber und zahlt weder Sozialversicherung noch Lohnsteuer. Die verbliebene Arbeit wird ausge-

schrieben. Der Mensch kann sich bewerben – aber nicht um eine Arbeitsstelle, nur für die Erledigung dieser (auch einmaligen) Aufgabe!

Laut „Spiegel“ spricht man in den USA von einer „Gig Economy“, „einem ökonomischen System, das nicht auf Arbeitern und Angestellten basiert, die lebenslang abhängig beschäftigt sind. Stattdessen funktioniert es mit einer Vielzahl freier Menschen, die auf virtuellen Plattformen nach Gelegenheiten für einen Auftritt („Gig“) suchen.“

Solch eine Plattform mit Arbeitsangeboten ist in London in Betrieb. Die Interessenten müssen ein Abo eingehen und dürfen sich dann für die Ausführung der angebotenen Arbeit bewerben. Der Anbieter entscheidet. Steuern und Sozialversicherung, Urlaub und Betriebsrat sind dort kein Thema! Aktuell ist bei uns nicht einmal die Umgehung der Sozialversicherungspflicht durch Werkverträge gelöst, genauso wenig die Problematik der Leiharbeit!

Augenblicklich laufen wir in eine Sackgasse. Nur die Änderung unseres gesamten Miteinanders eröffnet die Lösung. In diesem Stadium will die EU einen Freihandelsvertrag unterschreiben, der all diese Änderungen nicht einmal im Ansatz berücksichtigt, aber in jedem Fall die nationalen Parlamente lähmt. Alle Gesetze und Änderungen mit Auswirkung auf den Handel werden von der EU auf die Auswirkungen hin überprüft und geändert. Die Demokratie geht baden!

Der Leitartikel im „Spiegel“ 36/2016 heißt „Zeit für eine Bändigung“. Zitate: „Der digitale Kapitalismus braucht einen starken Staat, sonst herrscht das Recht des Stärkeren.“ „Es darf nicht sein, dass die Konzerne die Gewinne der digitalen Revolution einstreichen und den Staat mit den sozialen Kosten alleinlassen.“ „Die Internetkonzerne schaffen Monopole neuer Art, das lässt sich kaum verhindern. Umso dringlicher muss die Politik darauf achten, dass sie ihre Macht nicht missbrauchen. Wo es Lücken gibt, muss das Kartellrecht renoviert werden.“

Für solch eine Reaktion – besser: Aktion – brauchen die Parlamente Gestaltungsfreiheit. Ceta und TTIP sind da sehr hinderlich. Durch den Datenhunger der NSA wird diese Problematik noch umfassender. Im weiteren Verlauf der Umstellung von Mensch auf Maschine werden immer weniger Tätigkeiten für den Menschen zur Verfügung stehen. Daher ist es wichtig, die Rahmenbedingungen jetzt zu verändern und dann bei Bedarf „nachzujustieren“. Nur so sind eine zeitnahe Entscheidung und auch ein vorsorgliches „Abfedern“ möglich.

Aktuell dreht sich alles um die Arbeit. Die Erwartungshaltung wird bereits in Kindertagen gestärkt. Ändern! Die Unterbeschäftigung muss mit finanziellem Ausgleich abgedeckt werden. Das Recht auf Arbeit muss bestehen bleiben, auch wenn die Erziehung den Drang nach Lohnarbeit abgemindert hat. In letzter Konsequenz wird Arbeit per Rezept verordnet.

Die bedingungslose Grundsicherung beinhaltet außer dem Geld auch ein „Umweltkonto“. Jede Dienstleistung kostet Geld und „Umweltguthaben“. Jedes Produkt hat somit zwei Preisschilder. Umweltfördernd produzierte Waren Produkte haben ein „Umweltplus“, jede Autofahrt verbraucht Umweltguthaben. Die Autos werden per Handy gerufen, der öffentliche Nahverkehr auch. Eigene Autos wer-

den Mangelware. Der Parkplatz, das Parkhaus ist vor der Stadt. Die innerstädtischen Parkplatzflächen werden in Parkflächen geändert.

Die tatsächliche Zukunft wird bestimmt noch besser! Es muss umgehend und auch klein angefangen werden. Die Politik hat alles zu unterlassen, was zur Stärkung der Konzerne führt. Bereits zur Vorbereitung sind alle steuerlichen Extraverträge aufzukündigen. Das Steuergeheimnis wird beseitigt, die Steuerzahlungen werden einsehbar. Herr Juncker hat viel zur Europäischen Union gesagt, aber kein Wort zur Steuergerechtigkeit. Aktuell erinnert ihn „Spiegel-Online“ an die Steuergerechtigkeit, hoffentlich erfolgreich!

Ohne Steuerbetrug wären alle notwendigen Maßnahmen finanzierbar. Werte Politiker, macht der EU Beine! Steuern werden dort bezahlt, wo die Gewinne eingefahren werden! Irland hat die Rettung durch die EU gern angenommen. Das Land hatte damals einen Steuersatz von zwölf Prozent. Herr Schäuble wurde darauf angesprochen: Warum erhebt Irland so geringe Steuern? „Na ja, wir haben es vergessen!“ Ein Selbstvorwurf? Auch Bayern will nicht von einer gerechten Steuernachforderung profitieren, aber den Länderfinanzausgleich aufkündigen: Er sei zu teuer.

Wie war es damals in den USA vor Nafta, dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen, und was ist daraus geworden? Das „Umweltinstitut“ hat dazu ein Interview mit einer Gewerkschaftlerin aus den USA geführt: „Sattes Wirtschaftswachstum und zahllose neue Arbeitsplätze, damit werben die Regierungen für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Als vor 1994 das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta zwischen Mexiko, Kanada und den USA verhandelt wurde, gab es dieselben Versprechen. Wenn du auf die Zeit vor Nafta zurückschaust: Was hat sich wirklich verändert?“

„Es sind nicht nur alle unsere Vorhersagen über die negativen Konsequenzen des Abkommens wahr geworden. Ich denke heute, dass die negativen Folgen sogar noch über unsere Befürchtungen von damals hinausgehen. Die Gewerkschaften sind in allen drei Ländern schwächer geworden. Die soziale Ungleichheit ist in allen drei Ländern gestiegen. Mehrere Millionen mexikanische Bauern und Bäuerinnen gaben die Landwirtschaft auf, weil sie gegen subventionierte US-Agrarexporte keine Chance hatten. Viele von ihnen sind in die USA ausgewandert, wo sie keinen Aufenthaltsstatus haben. Die Betriebe, in denen sie Arbeit finden, nutzen ihre Angst vor einer Abschiebung aus. Sie zahlen ihnen weniger als den Mindestlohn und brechen die Arbeitsschutzgesetze. Dadurch sinken auch die Löhne und die Qualität von Arbeitsplätzen für andere Arbeitnehmer(innen).“ – Es lohnt sich, den gesamten Beitrag zu lesen!

Am Montag hat der SPD-Parteikonvent über Ceta abgestimmt. Die Delegierten waren zu über zwei Dritteln dafür. Die Zustimmung wurde mit Zugeständnissen und Versprechen erreicht, die aber nach jetziger Rechtslage gar nicht garantiert werden können, zumal die Versprechungen bezüglich Nafta nicht gehalten wurden.

„Der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Gabriel sagte mit Blick auf die Kritiker aus den eigenen Reihen: „Mit Ceta gibt es keine Absenkung von Standards, es geht eher darum, Standards zu erhöhen.“ Er sagt nicht, wie er dies erreichen wird. Die Negativwerbung auf den Zigarettenpackungen wäre mit Ceta jedenfalls nicht durchzuführen – eine sicher unstrittige Absenkung des Standards beim Verbraucherschutz.

Das Kraftwerk von Vattenfall in Moorburg erfüllt nicht die neuesten Standards. Vattenfall und Hamburg haben sich geeinigt – nicht zuletzt, um einer Investorenschutzklage zu entgehen. Die Umwelt muss es aushalten. Die Aufzählung lässt sich erweitern. Einfach den Beitrag zur 585. Bremer Montagsdemonstration lesen und den Film „Wohlstand für alle“ ansehen!

„Die Anstalt“ hat im ZDF die Probleme Europas in das Geschehen eines Hotels verpackt: „Grand Hotel Europa“. Treffend, entlarvend und lehrreich! Hinweisen möchte ich auf die „Tafelnummer“. Dem EU-Bürger wird so klar, dass er als Bürger in der EU gar nicht gefragt ist. Nebenbei werden auch die geringen Befugnisse des EU-Parlaments erläutert. Hoffentlich kann Sigmar Gabriel seine versprochenen Rahmenbedingungen halten. Die Gründungsverbände werden auch genannt.

„Die Anstalt“ hat schon am 24. Mai 2016 Ceta und TTIP thematisiert. In dem Beitrag „Finale“ gibt es einen „Blick hinter die Kulissen der ‚Anstalt‘: Was passiert nach der Ansprache der Bundeskanzlerin?“ Deutlich wird, dass Ceta durch die Hintertür kommen soll. Von der vorläufigen Inkraftsetzung ist Abstand zu nehmen, weil er vorläufig nur mit Erfüllung bestimmter Bedingungen wieder zurückgenommen werden kann!

Bei der 565. Bremer Montagsdemo ging es um Lügen und TTIP: „Das Land der Lügen“ heißt eine bestens gemachte ‚Story im Ersten‘. Ab Minute 17:50 geht es um TTIP.“ Die Aussagen der Politiker sind in vielen Dokumentationen gefiltert und oftmals entlarvt worden. Ich finde, etwas Substanz sollte schon hinterlegt sein.

„Wenn die Welt durchgeknallt ist, dann kann nur eines helfen: stärker denken.“ Spitzzüngige Satire, schärfstes politisches **Kabarett** mit Olaf Michael **Ostertag** gibt es anlässlich der „**Woche des Grundeinkommens**“ am **Freitag, dem 23. September 2016**, um **19 Uhr** in der „**Kulturwerkstatt Westend**“, Waller Heerstraße 294. Weiterhin gab es in Bremen auch eine gelungene Veranstaltung gegen Kinderarmut mit guter Beteiligung und guten Lösungsansätzen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Die latente politische Krise vertieft sich



Nicht nur Werder-Trainer Victor Skripnik muss sich neuen Job suchen – demnächst wohl auch Gabriel und Merkel! Die Wahl in Berlin am Sonntag war jedenfalls ein Debakel für SPD und CDU: Nur noch 21,6 Prozent (minus 6,7 Punkte) beziehungsweise 17,6 Prozent (minus 5,7 Punkte) der Stimmen haben sie bekommen! Die Wähler(innen) haben kein Vertrauen mehr in diese Monopolparteien: Die Partner der „großen“ Koalition kamen zusammen nur noch

39 Prozent, wurden bei 67 Prozent Wahlbeteiligung also nur etwa von einem Viertel der Wahlberechtigten gewählt! Die latente politische Krise vertieft sich.

Mit 15,2 Prozent der Stimmen verloren auch die Grünen (minus 2,4 Punkte). Von den Bundestagsparteien hat nur „Die Linke“ hinzugewonnen (plus 3,9 Punkte) und liegt mit 15,6 Prozent jetzt vor den Grünen). Die AfD erzielte 14,2 und die FDP 6,7 Prozent. Das ist die Folge des ständigen Hochpuschens der Rechtsextremen in den Medien. Wenn man den bürgerlichen Wahlanalysen glauben darf, wurden hohe AfD-Ergebnisse vor allem in Arbeitervierteln mit hoher Arbeitslosigkeit erreicht. Das bedeutet, dass Leute immer noch denken, auf diese Weise ihren Protest ausdrücken zu können. Dabei ist die AfD noch viel extremer gegen Arbeitslose, Arbeiter, Frauen und Familien gerichtet als alle anderen Parteien.

In Sachen Ceta und TTIP hat Gabriel wohl ein Eigentor geschossen: Am Samstag haben 320.000 Menschen in Deutschland dagegen demonstriert, allein 65.000 in Hamburg. Sein Betrug „Ceta ja – TTIP nein“ kam nicht an. Mit Ceta soll genauso der jeweils niedrigste Standard internationale Norm werden – ob Arbeitsbedingungen, Umweltschutz oder Rechte –, und wenn ein Land sich sperrt, kommt das Schiedsgericht und setzt das durch.

Merkel rückt von ihrem Satz „Wir schaffen das“ ab – und wird damit nur noch offener reaktionär. Unmenschlich war schon vorher ihr widerwärtiger Deal mit dem faschistischen Erdogan-Regime. Beim EU-Krisengipfel in Bratislava hat sie zusammen mit Italiens Premier Renzi gefordert, in Niger „Lager zur Konzentration der Flüchtlinge aus Afrika“ einzurichten! Gab es solche Einrichtungen nicht schon einmal – nur in anderer Wortreihenfolge?

Beschlossen wurden weitere Verschärfungen für die Flüchtlinge, unmenschliche Abschottung, Aufrüstung der Grenz- und Küstenwache, Umsetzung des Deals

mit Erdogan, außerdem eine aggressivere gemeinsame Außenpolitik. Hollande und Merkel wollen eine stärkere europäische Eingreiftruppe – ohne Großbritannien lässt sich das jetzt leichter machen – und eine stärkere Vernetzung der Geheimdienste, angeblich zur „Terrorabwehr“.

Was Polizei und Verfassungsschutz so tun, sieht man in Bautzen: Dort jagte der rechte Mob Flüchtlinge, und die Opfer werden jetzt von den Behörden zu Tätern gemacht! Die Flüchtlinge treffen sich immer am Kornmarkt, weil sie da WLAN-Zugang haben, doch die Behörden verfügten Anwesenheitspflicht in den Unterkünften, also Hausarrest. Auf dem Kornmarkt wurden sie dann von Neonazis angepöbelt. Als sie sich wehrten, griff die Polizei ein – zugunsten der Nazis!

In der Türkei wurden 28 kurdische Bürgermeister abgesetzt. Zwölf kamen gleich ins Gefängnis und wurden durch linientreue Erdogan-Anhänger ersetzt. In Kobanê wurde das Gesundheitszentrum eröffnet, mit 24 Betten, einem kleinen und einem großen Operationssaal, Kinderbetreuungsplätzen, öffentlichen Dienstleistungen und Labor. Es gibt fünf Gynäkologen, zwei Ärzte für Innere Medizin; zwei Kinderärzte – und es gibt Anästhesie. 24 Stunden lang am Tag kostenlos dem Volk zu dienen und der Stolz, daran mitgebaut zu haben: Das hilft, Fluchtursachen zu beseitigen.

Ein neues Leben kann entstehen – Gleichberechtigung für alle Ethnien, Religionen, Männer und Frauen, in Einklang mit der Natur. Aber die Bundesregierung unterstützt das nicht, im Gegenteil: Als wir Probleme beim Grenzübergang hatten und türkische Soldaten auf uns schossen, ließ Außenminister Steinmeier mitteilen, wir sollten uns an die Reisewarnung halten und nicht nach Syrien gehen. Stattdessen wird die türkische Regierung unterstützt und mit Waffen beliefert, obwohl das Erdogan-Regime wiederum den „Islamischen Staat“ unterstützt.

Arbeitsministerin Nahles war letzte Woche in Bremen, am Montag gab es ein Interview mit ihr im „Weser-Kurier“. Leiharbeiter sollen demnach ab dem neunten Monat den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbeslegschaft. Eine lustige Idee: Dann werden sie halt nach acht Monaten und 29 Tagen abgemeldet. Zu kündigen braucht man ihnen nicht, es reicht ein Anruf. Kündigungsschutz gibt es keinen.

Nahles' SPD hat das mit Hartz I so eingerichtet: Zeit- und Leiharbeit ist grenzen- und bedingungslos erlaubt. Und die Vertragsarbeiter? Offiziell gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro. Der ist schon mickrig genug, aber das bekommen die Kollegen zum Beispiel in der Fleischindustrie nicht. Für ihre jämmerlichen Schlafquartiere zieht man ihnen reichlich ab, auch für die „Miete“ ihrer Messer und für die Reinigung ihrer Arbeitskleidung. Unterm Strich bleiben dann wieder mal gerade vier Euro in der Stunde, wenn es gut geht. Ein abartiges System!

Derweil wächst die Kinderarmut weiter: In Bremen sind 30, in Bremerhaven jetzt über 40 Prozent der Kinder betroffen. Beckenbauer bekam dagegen 5,5 Millionen Euro für die Organisation der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, sein Heiligschein wird nun ein bisschen dunkler. Immer mehr Leute haben es satt, wie sich die Herrschenden aufführen! Kommt nach **Berlin** zur **Herbstdemonstration**

am **1. Oktober 2016** gegen die Regierung – falls die jetzige dann noch da ist! Auch der Wahlkongress der „Internationalen Liste“ am Folgetag dort wird sicher interessant. Wir treffen uns am Bahnhof und fahren mit dem Wochenendticket. Es gibt zwei Möglichkeiten, um 4:59 Uhr und um 6:46 Uhr.

Wolfgang Lange (MLPD)

Staat subventioniert weiter Lohndumping: Mehr als eine Million Erwerbstätige sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen (*„Junge Welt“*)

„Nahles, zahl deine Essensmarken zurück!": Sozialministerin lässt Flugblattverteiler brutal festnehmen (*„Tageszeitung“*)

Von wegen „Nein heißt nein“: Was nützt eine Stalking-Anzeige, wenn die Polizei das Opfer nicht schützt? (*„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

587. Bremer Montagsdemo am 26. 09. 2016

An jene, die schweigen

Ich kann nicht viel in diesem Land,
Ich bin nicht reich, bin Immigrant.
Ich hab keinen Garten und wohne zur Miete,
Doch die Wahrheit zu sagen, kann mir keiner verbieten.

Ich leb hier im Land, es nennt sich christlich,
Doch wächst hier die Armut und wächst der Nazismus,
Das Geld wird gespart am Leiden der Kranken,
Die Alten betrogen, gehetzt werden die Armen.

Sie nennen sich christlich, die da oben regieren,
Die Arme bekämpfen und den Krieg finanzieren.
Weil die Mehrheit hier schweigt, unterstützt sie Verbreitung
Von Lügen und Kriegen, und es geht immer weiter!

Sie nennen sich christlich, die Fremdenhass verbreiten,
Doch nicht Muslime sind schuldig, sondern Christen, die schweigen.
„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“, wurde oft gesagt,
Aber Menschen, die schweigen, haben wieder versagt.

Valentina Schneider

Für ein anderes Weltsystem

Letzten Montag gab es nachts einen Brandanschlag auf eine noch unbewohnte Flüchtlingsunterkunft in Bremen-Huchting – und am nächsten Tag gleich Demonstration mit mehr als 500 Teilnehmern. Wer die Brandstifter waren, wissen wir nicht, aber es ist mehr als wahrscheinlich, dass es eine Tat von rassistischen, faschistischen Tätern war. Wer die geistigen Brandstifter sind, kann man dagegen schon namentlich sagen: Die sitzen nicht nur in München, sondern auch in Berlin.



Am Wochenende wurde bei einer Konferenz der EU-Regierungschefs in Wien die Schließung der „Balkanroute“ bekräftigt. EU-Ratspräsident Tusk sagt: „Sie bleibt für immer geschlossen“. Merkel war natürlich auch dabei, sogar als treibende Kraft. Die neue Flüchtlingskatastrophe ist eine unmittelbare Folge der Schließung der „Balkanroute“: Mindestens 115 Menschen sind im Mittelmeer vor Ägypten ertrunken. Wahrscheinlich ist die Zahl der Opfer noch

viel größer, denn es waren mehr als 500 Menschen an Bord, nur 160 wurden gerettet.

Gleichzeitig wurde beschlossen, die EU-Einsatztruppe „Frontex“ weiter aufzustocken, als „Privatarmee“ gegen Flüchtlinge, die keinem Menschen in Seenot hilft, sondern nur den Auftrag hat, ihn mit allen Mitteln am Betreten Europas zu hindern. Jeder „normalen“ Armee würde dafür sofort die Brechung der Genfer Menschenrechtskonvention vorgeworfen werden, nicht so dieser „Privatarmee“.

Wegen Krieg und Faschismus, Landraub und Umweltzerstörung wird es weltweit immer noch mehr Flüchtlinge geben. Derzeit sind es schon 65 Millionen. Wir brauchen ein anderes Weltsystem, wo die Menschen nicht mehr gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen, wo in Einklang mit der Natur gelebt und gearbeitet wird und nicht alles dem Profit untergeordnet ist. Ein wichtiger Schritt dazu ist, dass sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenschließen.

In Gelsenkirchen fand diese Woche eine regionale Montagsdemonstration mit Delegationen aus mehreren Städten des Ruhrgebiets und mit Flüchtlingen statt. Ihr Protest gegen die Wohnsitzauflage in einigen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Bayern zeigt erste Erfolge: In Niedersachsen wurde der Zwang aufgehoben, dort zu leben, wo es den Behörden gefällt, etwa auf dem Land, wo es keinen öffentlichen Nahverkehr gibt, oder etwa in der Nähe bekannter Neofaschisten.

Diesen Samstag fahren wir zur Herbstdemo gegen die Regierung nach Berlin. Wer übernachten will, soll uns das sagen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich für eine Stadtrundfahrt anzumelden, zu Kultur, Revolution, Arbeiterbewegung, Faschismus und Widerstand in Berlin. Sie beginnt am Sonntag um 10 Uhr am Brandenburger Tor und dauert bis 13 Uhr.

Am Sonntag findet in Berlin außerdem der Wahlkongress der „Internationalen Liste/MLPD“ statt. Sie ist Teil eines neuen Bündnisses fortschrittlicher, antifaschistischer, klassenkämpferischer, internationalistischer und revolutionärer Kräfte. Die Linken sind noch zu zersplittert, aber dieses Bündnis soll und wird daran etwas ändern!

Wolfgang Lange (MLPD)

Jung und Alt, Werktätige und Arbeitslose gemeinsam mit den Rentnern: Kommt zur 13. bundesweiten **Herbstdemonstration gegen die Regierung** am **Samstag, dem 1. Oktober 2016**, nach **Berlin!** Beginn ist dort um **12 Uhr** auf dem **Rosa-Luxemburg-Platz**. Wir treffen uns um **6:30 Uhr** am Eingang vom **Bremer Hauptbahnhof**. Der Zug fährt um **6.46 Uhr**.

Sollen wir uns künftig mit dem Rollator zur Arbeit schleppen?

Die Bundesbank forderte vor Kurzem die Rente mit 69, andere „Experten“ wollen uns sogar bis 73 arbeiten lassen. Warum dann nicht gleich die Rente erst ab 99? Damit garantiert niemand mehr etwas davon hat! Das würde dem internationalen Finanzkapital mit seiner unersättlichen Profitgier so passen. Dazu wird uns ständig die Lüge aufgetischt, es gebe eine „erdrückende Bevölkerungspyramide“, weil zu wenige junge Menschen für die Rente vieler Älterer aufkommen müssten. So sollen Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden.



Die Wirklichkeit ist aber, dass sich die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten in der Industrie in den letzten 25 Jahren verdreifacht hat. Schon längst könnte damit das Rentenalter gesenkt und ein menschenwürdiges Leben im Alter finanziert werden. Ein Arbeiter bei Opel produziert zum Beispiel einen Umsatz von 1,2 Millionen Euro im Jahr. Davon könnten 83 Rentner ein Jahr lang mit einer Rente von monatlich 1.200 Euro leben.

Aber der gesellschaftliche Reichtum kommt nicht der Bevölkerung zugute, sondern wird von einer kleinen Kapitalistenschicht privat angeeignet. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, und die Altersarmut steigt beständig an. 2014 sank die Durchschnittsrente weiter: Im Westen betrug sie bei den Frauen 485, bei den Männern 980 Euro. Im Osten lag die Durchschnittsrente der Frauen bei 838, jene der Männer bei 915 Euro.

Durch die langfristige Absenkung des Rentenniveaus soll sie bis 2030 nur noch 43 Prozent des Nettolohns ausmachen. Diese „volle“ Rente bekommt allerdings nur, wer 45 Jahre Rentenbeiträge eingezahlt hat. Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, erteilt den Plänen eine klare Absage: „Bekanntlich führt die Anhebung der Regelaltersgrenze nicht zu einem längeren Verbleib in den Betrieben, sondern zu drastischen Rentenkürzungen.“

Bereits heute ist jede(r) Vierte zwischen 60 und 64 Jahren in Frühverrentung oder im Vorruhestand, weil die Steigerung der Arbeitshetze und der psychi-

schen Belastung gesundheitlich nicht mehr auszuhalten war. Die Rentenkürzungen zwingen heute schon fast eine Million Menschen, nach Rentenbeginn weiter zu arbeiten, weil die Rente „hinten und vorne“ nicht reicht.

Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) will Ältere möglichst lange im Erwerbsleben halten. Dazu hat sie einen Entwurf für eine „Flexi-Rente“ vorgelegt, die Beschäftigte zum Arbeiten bis zur Regelaltersgrenze „motivieren“, besser: unter Druck setzen soll. Sieht so die von SPD-Chef Sigmar Gabriel verkündete Orientierung der Sozialdemokraten auf „mehr soziale Gerechtigkeit“ aus?

Wir erinnern uns an viele weitere sozialpolitische „Wohltaten“ der SPD, von Hartz IV über die Ausdehnung der Leiharbeit bis zur Ausweitung des Niedriglohnssektors. Die bundesweite Montagsdemo sollte nicht nur den Widerstand gegen die geplante Erhöhung des Rentenalters fördern, sondern sich für eine Senkung des Renteneintrittsalters und die Schaffung einer staatlichen Mindestrente über dem Existenzminimum einsetzen!

Es ist ein großer gesellschaftlicher Fortschritt, dass die Menschen heute länger leben. Die Rentner(innen) sind keine lästige Plage, die man durchfüttern und notgedrungen versorgen muss. Sie bringen eine enorme Leistung in der Gesellschaft, zum Beispiel in den Familien bei der Betreuung der Enkelkinder oder der Pflege kranker Partner(innen), in der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen und Kultureinrichtungen oder als freiwillige Flüchtlingshelfer.

Die Anerkennung dieser Leistungen und ein reichhaltiges, menschenwürdiges Leben wird es für die breite Masse der älteren Menschen erst geben, wenn in einer befreiten Gesellschaft die Ausbeutung von Mensch und Natur beseitigt ist!

Harald Braun

Arbeitslos 5.0: Nahles, zahl deine Essensmarken zurück!

Am Freitag, dem 2. September 2016, gab Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles über die „Bild“ bekannt, dass „Arbeitslose“, also Leute, die unbezahlt arbeiten, ihren „selbstverschuldeten“ Bezug von Arbeitslosengeld II bis zu drei Jahre zurückzahlen sollen, samt dem Wert von Essensgutscheinen! Sie nannte das „sozialwidrigen Bezug“ („Spiegel“, „Tageszeitung“, Blog von Stefan Sell).

Wie kann mensch eine „Hilfsbedürftigkeit selbst herbeigeführt oder verschärft“ haben? Indem man ein Gauner und Betrüger ist und es besonders auf den Regelsatz von 400 Euro abgesehen hat! Mit dieser rechtspopulistischen Propagandaaktion sollen Arme und Wettkampfverlierer nur weiter abgeschreckt werden, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, und die Solidarität soll aufgekündigt werden.

Lohnarbeit ist abstraktes Leisten für Geld auf kurzfristigen Märkten. Denen, die dabei keine Bezahlung finden, dafür moralische Vorwürfe zu machen, ist Ideologie von vorgestern. Gleichzeitig möchten diese Leute wie Markus Söder, CSU, nicht etwa die Steuermilliarden von Konzernen wie Apple zurück, sondern von den Einkommenslosen Geld einsammeln. Her mit den Apple-Milliarden – Nahles, zahl deine Essensmarken zurück!

In den Ämtern des Landes Bremen dagegen herrschen Kürzungen und Warteschlangen. Im „Jobcenter Ost II“ (Vahr, Kurfürstenallee 130) sind geregelte Geldüberweisungen Glücksache, ist aus der Wohnung zu fliegen ein echtes Risiko, sind richtige Übersetzungen dringend nötig. Täglich gibt es dort lange Schlangen. Nach Erhalt von 50 Euro muss man wiederkommen.

Wenn die Ämter funktionieren, dann als Vermittlung in Niedriglöhne – in den mit Hartz IV und der Leiharbeit geschaffenen Niedriglohnsektor. Das ist staatlich produziertes Elend, Schikane und Erpressung. Schluss mit den Hartz-IV-Sanktionen, Schluss mit der rechtspopulistischen Hetze! Gemeinsam gegen die Ausbeutung: Keine neuen Leiharbeitsstarifverträge! Keine Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit!

Ministerin Nahles tourt mit dem Programm „Arbeiten 4.0“ durch die Städte. Es erinnert etwas an die Slogans von der „Wissensgesellschaft“. Sie hielten ein paar Verschlechterungen bereit. An der Uni Bremen müht man sich bereits, den Begriff „Exzellenz“ wieder aufzupumpen. Was bringt die damit propagierte Innovationsoffensive mit Robotik: Mehr Selektion, mehr Stress? Mehr Subventionen! Freut euch also auf mehr Markt, mehr Konkurrenz, mehr Hektik, mehr Staat, weniger Leben. Das sollten auch Sie am 3. Oktober feiern! – V.i.s.d.P.: VUPs, very unimportant persons.

Flugblatt von Bernd Krause anlässlich des Besuchs von Andrea Nahles

Lürssen übernimmt Blohm & Voss: Bremer Waffen, Bremer Geld
morden mit in aller Welt („Spiegel-Online“)

Änderungen an Ceta sind Wunschdenken

Ceta wird angepriesen. Gleichzeitig bezichtigt die Verhandlungsführerin der EU die Ceta-Gegner der Lüge. Sie versteht das mangelnde Vertrauen der Menschen nicht. Komisch: Wer Konzerne einlädt und deren Vorstellungen umsetzt, ohne Verbraucherschützer und andere an den Verhandlungstisch zu laden oder auch nur zu fragen oder wenigstens zu informieren, wundert sich über Misstrauen und Abneigung? Trotzdem wird weiter gelogen beziehungsweise getrickst.



Wenn Ceta umgesetzt werde, erhalte jeder EU Bürger zusätzliches Einkommen im Wert eines Kleinwagens – hört sich gut an, aber jetzt kommt der Pferdefuß – im Durchschnitt. Das wird bestens beschrieben im ARD-Film der „Land der Lügen“. Auch diese Äußerung ist ein weiterer Abbau von Vertrauen. Das Mehreinkommen wurde auf 500 Euro für eine vierköpfige Familie errechnet. Diese

Hochrechnung beruht auf positiven Annahmen und wurde auf Nachfrage ergänzt: Es geht um magere 500 Euro in zehn Jahren!

Bleiben wir bei dem Kleinwagen und gehen davon aus, dass beide Zahlen stimmen, so beträgt der Mehrgewinn für wenige – Kleinwagen minus 125 Euro multipliziert mit der Anzahl der EU-Bürger – einen unvorstellbaren Vermögenszuwachs. Im August 2016 waren saison- und kalenderbereinigt rund 43,54 Millionen Erwerbstätige mit Wohnsitz in Deutschland registriert. Wenn also nur die Erwerbsfähigen berücksichtigt werden, 43.540.000 Menschen, und wenn ein Auto der Mittelklasse im unteren Bereich für 20.000 Euro angenommen wird 870,8 Milliarden Euro. Damit wäre das Motiv für Lug und Trug geklärt!

Zu Ceta sagte der frisch gewählte Regierungschef Kanadas: „Wir werden uns noch bewegen. Die Sonderregelungen für Investoren werden wir nicht brauchen.“ Was ist daraus geworden? Die Sonderregelungen der Investoren sind im Kern erhalten geblieben. Ein Sondergericht mit besonderen Regeln muss als Feigenblatt herhalten. Damit ist die Demokratie nicht zu bewahren! Warum nur, gnädige Frau, haben Sie nicht die Gunst der Stunde genutzt? Dazu sollten Sie mal etwas sagen! Jetzt bleibt scheinbar nur die Ablehnung insgesamt.

Herr Gabriel hat seinen Delegierten Klarstellungen und Änderungen versprochen. Diese Versprechen sind beim weiteren Ablauf von Ceta jedoch nicht einzuhalten. Dies war bereits während des Parteikonvents in Wolfsburg klar. Wenn Herr Gabriel kein Ass im Ärmel hat: Wie geht eine belogene Partei mit ihrem Kandidaten um? Weder das EU-Parlament noch Bundestag und Bundesrat können Ceta ändern. Es ist nur Ablehnung oder Zustimmung möglich. Änderungen sind hier Wunschdenken! Wenn Ceta mit diesen Sonderrechten für Investoren durchgeht, bedeutet dies den Abschied von unserem Demokratieverständnis.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Niemand sonst will es machen: Jens Böhrnsen wird neuer Bundespräsident („Spiegel-Online“)

Böhmermann freigesprochen: „Dass mit einem Kunstwerk eine bestimmte Meinung zum Ausdruck gebracht wird, nimmt ihm nicht die Eigenschaft als Kunstwerk“ („Spiegel-Online“)



Herbstdemonstration gegen die Regierung am 1. Oktober 2016 in Berlin

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet wegen des Tages der Deutschen Einheit erst am **10. Oktober 2016** wieder ab **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

588. Bremer Montagsdemo

am 10. 10. 2016

Bremen spart jeden Monat 400.000 Euro an den Leistungsberechtigten



Bremen spart jeden Monat rund 400.000 Euro an den leistungsberechtigten Erwerbslosen und Empfänger(inne)n von Grundsicherung oder Sozialhilfe sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ein Versehen? Nein – Bremen wartet auf das (viel zu spät) bestellte Gutachten. Bremen hat die Zahlen von 2010 hochgerechnet und damit die Mietrichtwerte ab 1. Januar 2014 begründet. Inzwischen ist

viel Wasser die Weser runter geflossen, und die Zahlen sind überholt. Schon allein dadurch hat Bremen formal keine rechtsgültigen Mietobergrenzen. Auch in der Praxis zeigt sich: Im wirklichen Leben ist für diese Beträge keine Wohnung zu ergattern. Soweit der Überblick.

Die Ermittlung des Lochs in den Haushaltskassen der leistungsberechtigten Menschen erfolgt aufgrund der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Details zur Handhabung sind auf der Seite zur 501. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Diese Statistik wird nicht für jeden Kalendermonat erstellt. Die aktuelle Statistik für Bremen-Stadt ist für Juni 2016.

Nehmen wir Tabelle 1a auf Seite 5 zur „Wohn- und Wohnkostensituation nach Größe der Haushaltsgemeinschaft“. Im vierten Absatz von oben stehen die „Laufenden Kosten der Unterkunft (in Euro)“. Dessen erste Zeile lautet: „Laufende *tatsächliche* Kosten der Unterkunft insgesamt: 19.276.703“. In der 14. Zeile heißt es: „Laufende *anerkannte* Kosten der Unterkunft insgesamt: 18.902.469“. Dies ergibt eine aktuelle Unterdeckung von 374.234 Euro allein für die Erwerbslosen und ist eine geringe Verbesserung gegenüber dem April 2016.

Hier die Zahlen für April 2016: „Laufende tatsächliche Kosten der Unterkunft insgesamt: 19.181.979. Laufende anerkannte Kosten der Unterkunft insgesamt: 18.775.420.“ Damit betrug die Unterdeckung 406.559 Euro allein für die Erwerbslosen. Diese Veränderung zeigt: Es wird nachgebessert.

Auf der Seite zur 558. Bremer Montagsdemonstration ist nachzulesen, warum die Hansestadt dieses Thema so kassenorientiert behandelt. Bis zum 31. Dezem-

ber 2015 hat Bremen Geld gespart, weil hier die Werte der Wohngeldtabelle niedriger waren als die angemessenen Mieten. Zum 1. Januar 2016 wurden die Werte gemäß § 12 Wohngeldgesetz der Mietpreisentwicklung angepasst. Bremen hat Mietstufe IV. Die angemessene Miete für eine Person beträgt somit aktuell 434 Euro plus Heizung!

434 Euro sind auch die Grundlage für die Berechnung von Wohngeld. Auf der Seite des Senators für Bau und Umwelt stehen noch die alten Werte als Höchstbeträge. Zwischenzeitlich habe ich auch die Mietrichtwerte für die Kosten der Unterkunft als Obergrenze für die Wohngeldberechnung gelesen. Dies ist falsch und wurde anscheinend geändert. Bitte nicht irritieren lassen! Es gelten die Werte des § 12 Wohngeldgesetz, Mietstufe IV für Bremen!

Es muss niemand auf das Gutachten oder die Erhöhung der Mietrichtwerte warten. Wer einen Eigenanteil zu Miete, Nebenkosten oder Heizung zahlt, kann sich sofort wehren. Wie dies geht? Wir gehen mit – einfach vorbeikommen! Es gilt, einen schriftlichen Antrag auf Erstattung der tatsächlichen Miete und Nebenkosten zu stellen und gegen Stempel abgeben. Auf dem Antrag – eventuell mit Terminsetzung – ist zu vermerken: „Um Weiterungen zu vermeiden, erbitte ich Ihre kurzfristige Entscheidung.“

Falls das Jobcenter einen Ablehnungsbescheid erstellt, ist mit dieser Grundlage der Widerspruch einzureichen, schriftlich und nachweisbar. Bei einem Widerspruchsbescheid ist die Klagefrist einzuhalten. Aber es geht schneller: Wer mehr als zehn Euro selbst zahlt, hat einen Grund für einen Eilantrag. Diese Unterstützung des Sozialgerichts kann bereits nach der Antragstellung beantragt werden. Der Antrag kann bei der Rechtsantragsstelle des Gerichts persönlich gestellt werden; hierfür den aktuellen Bescheid, Mietvertrag und Personalausweis mitnehmen.

Die Begründung: „Bremen hat kein schlüssiges Konzept für die Festsetzung der Mietrichtwerte. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2010 und wurden hochgerechnet. Sie sind überholt und nicht mehr verwendbar. Ich beantrage die Anwendung der Mietobergrenzen gemäß § 12 Wohngeldgesetz gemäß der gefestigten Rechtsprechung des Bundessozialgerichts.“ Dies möglichst ergänzen durch eigene Erfahrungen bei der Wohnungssuche.

Das Eilverfahren kann ohne Rückfrage und ohne mündlichen Termin entschieden werden. Wer eine Miete oberhalb der Wohngeldtabelle zahlt oder andere Besonderheiten hat, sollte einfach vorbeikommen – wir gehen mit! Unterstützung gibt es auch bei jeder Beratungsstelle für Erwerbslose, bei den Mietervereinen und bei einem Rechtsanwalt, der auf Basis der Prozesskostenhilfe tätig wird. Dies muss vorher vereinbart werden, am besten bei der Terminvereinbarung.

Wer bisher zu wenig Miete erstattet bekommen hat, kann auch noch Differenzen aus der Vergangenheit einzufordern. Dies geht bis zum 1. Januar 2015 zurück. Diese Ansprüche werden im Eilverfahren nicht entschieden, es gilt nur für Forderungen ab Antragsdatum. Im eventuell folgenden Hauptsacheverfahren wird auch über diese Ansprüche entschieden. Der Antrag auf rückwirkende Erstattung

der tatsächlichen Miete kann per Überprüfungsantrag gestellt werden, mit obiger Begründung. Eine Ablehnung lässt sich mit Widerspruch und letztlich Klage belegen, um die Ansprüche einzufordern. Die Erläuterungen für die Zeit vor dem 1. Januar 2016 stehen in der Begründung zum Wohngeldgesetz.

Leider hat die Senatorin für Soziales bisher eine Anhebung der Mietrichtwerte an die Wirklichkeit abgelehnt. Dies sollen die Gerichte entscheiden. Aktuell wurden zwei umfassend vorbereitete Termine mit Sachverständigen beim Sozialgericht kurzfristig unnötig. Es ging um die anerkannte Miete. Das Jobcenter hat rund 24 Stunden vor dem Gerichtstermin die Kläger klaglos gestellt, also die tatsächlich gezahlten Mieten voll erstattet. Somit muss jede Bedarfsgemeinschaft (früher: Familie) selbst tätig werden. Aber es lohnt sich!

Die Sozialrichter müssen es ausbaden. Im Oktober 2014 wurden rund 3.500 Bedarfsgemeinschaften gemäß SGB II nicht die volle Miete oder Heizkosten erstattet. Diese Zahl hat sich sicherlich wesentlich erhöht. Verursacher sind nicht die Kläger, sondern die Politiker, die die Jobcenter entsprechend anweisen. Die Kläger sind die Gebeutelten. Wer von dem Regelsatz leben muss, ist bereits am Verzweifeln. Wer mit weniger als dem Regelsatz auskommen muss, wird die Nebenwirkungen von „Küchenmeister Schmalhans“ noch lange spüren.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Amnesty“: „Die wenigsten Flüchtlinge kommen nach Europa“

Es wird immer wieder der Eindruck erweckt, als ob Deutschland die meisten Flüchtlinge aufnehme. Das ist ein Lügenmärchen zur rassistischen Stimmungsmache. Mehr als die Hälfte der weltweit 65 Millionen Flüchtlinge findet nach UN-Angaben Zuflucht in zehn Ländern – armen Ländern, die gerade einmal für 2,5 Prozent des Weltsozialprodukts verantwortlich sind. Die meisten der reichsten Länder der Erde nähmen dagegen die wenigsten Flüchtlinge auf und würden die geringsten Anstrengungen zur Linderung des Massenelends unternehmen, kritisierte der Generalsekretär von „Amnesty International“, Salil Shetty, in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung.



Jordanien hat mit 2,7 Millionen Menschen die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Allein im Libanon mit seinen 4,5 Millionen Einwohnern leben 1,5 Millionen geflüchtete Syrer – und damit mehr als in der gesamten EU mit ihren 500 Millionen Einwohnern. Statt sich vor der Verantwortung zu drücken, sollten die reicheren Länder größere Lasten schultern, fordert „Amnesty“. Mit allen Mitteln versuchen vor allem die USA und die EU, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten – und damit gegen die Folgen der von ihnen selbst maßgeblich zu verantwortenden Fluchtursachen.

In dieser Woche startet die neue „EU-Agentur für Grenzschutz und Küstenwache“ mithilfe deutscher Polizisten. Die „Agentur“ wird rund 1.000 feste Mitarbeiter sowie eine Reserve von 1.500 Grenzbeamten aus verschiedenen EU-Ländern haben. Die „Balkanroute“ ist bereits seit Monaten dicht. Nun sollen mit Bulgarien und Albanien die letzten Lücken geschlossen werden.

Diese menschenverachtende Politik treibt immer mehr Menschen zur noch gefährlicheren Flucht über das Mittelmeer – und damit oft direkt in den Tod: In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind schon mehr als 3.500 Menschen bei dem Versuch umgekommen, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Eine einzige Anklage gegen die menschenfeindliche Abschottungspolitik der EU!

Auf der Afghanistan-Konferenz, die vor Kurzem stattgefunden hat, behauptete Innenminister Thomas de Maizière – während zeitgleich die Taliban in Kundus einmarschieren – es gebe in Afghanistan viele friedliche Regionen, wo die Menschen sicher leben könnten. Selbst die Vereinten Nationen charakterisieren Afghanistan als immer gefährlicher für die Bevölkerung: Arbeitslosigkeit, Krieg und Terror prägen den Alltag, der von den imperialistischen Besatzern, nicht zuletzt Deutschland, mit zu verantworten ist.

Ein NDR-Korrespondent berichtet: „In 31 von 34 Provinzen kommt es zu Kämpfen, vor denen Menschen fliehen müssen. Die Zahl der zivilen Opfer steigt und steigt. Ein Notfallkrankenhaus für Kriegsverwundete, das ich vergangene Woche in Kabul besucht habe, platzt aus allen Nähten. Den Flüchtlingen vor den Toren der Stadt hilft dagegen niemand. Sie leben im Staub, im Dreck, ohne Würde, unter ihnen viele Kinder.“

Das hält EU und Bundesregierung nicht von ihren Plänen ab, 80.000 afghanische Flüchtlinge in ihr Heimatland abschieben zu wollen. Im Gegenzug werden allein aus Deutschland weitere 1,7 Milliarden Euro vor allem in militärische Aufgaben und in die völlig korrupte afghanische Marionetten-Regierung gepumpt – Geld, das für eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge in Deutschland angeblich nicht da ist.

Gegen die reaktionäre Flüchtlingspolitik der Herrschenden wachsen Ablehnung und Protest bis hinein in die Kirchen und in staatliche Institutionen. So tra-

ten am 1. Oktober 2016 Asylhelferinnen und -helfer in Landsberg gegen die ultrareaktionäre bayrische Asylpolitik in den Streik. Ihr Motto: „Die Kriminalisierung aller Asylbewerberinnen und Asylbewerber muss ein Ende finden!“

Im bayerischen Winhöring solidarisierten sich Bauarbeiter durch Arbeitsniederlegung auf 30 Baustellen mit einem afghanischen Kollegen, dem das Landratsamt Altötting die Arbeitserlaubnis entziehen will und der abgeschoben werden soll. Der Protest gegen die Flüchtlingspolitik der Herrschenden war auch ein Schwerpunkt beim Wahlkongress des „Internationalistischen Bündnisses“ am 2. Oktober 2016 in Berlin.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

589. Bremer Montagsdemo am 17. 10. 2016

Von der Situation in Syrien kann eine Weltkriegsgefahr ausgehen

1. In Gelsenkirchen steht der Aufruf für die heutige Montagsdemo unter dem Titel: „Frieden für Syrien und die ganze Welt! Sofortiger Stopp der Bombardierungen von Aleppo! In Syrien treffen derzeit alle Großmächte aggressiv aufeinander. Sie tragen ihre Konkurrenz und ihren Kampf um Macht und Einfluss auf dem Rücken der Masse der syrischen Bevölkerung aus. Dabei werden Kriegsverbrechen begangen: Krankenhäuser werden bombardiert, die letzte Blutbank in Aleppo wurde zerstört.



Unter den Zehntausenden Toten sind die allermeisten Zivilisten, die Trinkwasserversorgung ist zerstört. Kräfte, die in Syrien um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte kämpfen, werden brutal unterdrückt. Humanitäre Hilfskräfte werden in ihrer Arbeit massiv behindert beziehungsweise es wird ihre Arbeit sogar unmöglich gemacht. Die Uno hat keine Handlungsfähigkeit in Syrien mehr. Von dieser Situation kann eine Weltkriegsgefahr ausgehen! Deshalb muss die weltweite Friedensbewegung den Kampf um den Weltfrieden, Frieden für Syrien und einen sofortigen Stopp aller Bombardierungen von Aleppo aufnehmen! Wir wollen dazu ein starkes Zeichen setzen, auch mit Flüchtlingsinitiativen aus Duisburg, Essen und Bochum.“ Ich finde, dem können wir uns ohne Wenn und Aber anschließen!

2. Nicht nur in Syrien und nicht nur für den Frieden muss gekämpft werden, sondern auch gegen **Arbeitsplatzvernichtung**, die unsozialen Hartz-Gesetze, Ceta und TTIP. Kellogg's schließt das Werk in Bremen, 250 Arbeitsplätze fallen weg! Nach Jacobs, Kaffee Hag und Coca-Cola ist das ein weiterer Lebensmittelkonzern, der nicht nur seine Konzernzentrale hier schließt, sondern gleich auch die Produktion stilllegt. Bei Kaiser's Tengemann stehen 16.000 Mitarbeiter auf der Abschlusliste, sogar Inhaber Karl-Erivan Haub rechnet mit bis zu 8.000 Entlassungen.

Die Deutsche Bank steckt in ihrer tiefsten Krise: Der Aktienkurs ist von 104 Euro im Jahr 2007 auf nur noch zwölf Euro gefallen. Die Commerzbank-Aktie stürz-

te von 90 auf sechs Euro. In beiden Banken sollen 9.000 beziehungsweise 9.600 Arbeitsplätze wegfallen. Das löst die Krise nicht! In den USA drohte der Deutschen Bank zeitweilig eine Strafe von 14 Milliarden Dollar wegen ihrer Geschäfte mit faulen Hypothekenspapieren. Viele sagen: Die US-Banken und -Konzerne wollen der deutschen Wirtschaft schaden. Sicherlich ist da ein Wirtschaftskrieg im Gange, bei dem aber auch die Deutsche Bank nicht zimperlich ist. Das sind alles Aasgeier, die über Leichen gehen und für die nur der Maximalprofit zählt!

Obwohl die Europäische Zentralbank jeden Monat 80 Milliarden Euro in den Markt pumpt und „frisches“ Geld für null Prozent zu haben ist, kommen die Banken nicht aus der Krise. Das liegt am maroden kapitalistischen System. Eine neue Weltwirtschafts- und Finanzkrise deutet sich an, und dann werden noch viel mehr Menschen ihre Arbeit verlieren. Ein System, das immer neue Krisen hervorbringt, hat keine Perspektive und gehört abgelöst! Kämpfen wir gemeinsam gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung und für eine befreite Gesellschaft!

3. Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche unter Auflagen die vorläufige Unterzeichnung und das Inkraftsetzen von **Ceta** erlaubt und damit auch für TTIP die Tür geöffnet. Die meisten US-Konzerne haben eine Niederlassung in Kanada, über die sie dann klagen und die europäischen Staaten zwingen können, ihren Dreck zuzulassen. Deutschland wurde über andere Handelsabkommen schon zweimal vor solche „Tribunale“ gezerrt. Dabei setzte Vattenfall durch, dass die Umweltauflagen für die Dreckschleuder Moorburg zurückgenommen werden mussten.

Die kanadische Provinz Quebec, die Fracking verboten hatte, wurde über das Nafta-Abkommen gezwungen, es wieder zu erlauben. Ceta heißt auch: Der bloße Verdacht auf „Patentverletzung“ (wurde „illegales“ Saatgut verwendet?) berechtigt Monsanto (demnächst Bayer) zur Beschlagnahmung ganzer Ernten und Saatgutbestände. Es gibt auch keine generelle Ausnahme von Dienstleistungen und öffentlicher Versorgung. Deswegen gilt es, Ceta und TTIP zu stoppen! Kampf den verbrecherischen Machenschaften der Monopole und ihrer willfährigen Politiker und Regierungen!

4. Ich möchte euch herzlich einladen, das neu gegründete **Internationalistische Bündnis** kennenzulernen und bei Gefallen darin mitzumachen. Wir treffen uns am **Freitag, dem 21. Oktober 2016, um 19 Uhr im Café Paganini** in der Erlenstraße 60 (Neustadt, Ecke Isarstraße). Die über 500 Teilnehmer am Wahlkongress am 2. Oktober 2016 in Berlin haben in ihrer Abschlussresolution erklärt: „Wir werden vieles schaffen, was einzigartig und einmalig in Deutschland ist!“

Wir, das waren Arbeiter aus verschiedenen Betrieben wie VW, Daimler, Opel, der Stahlbranche, der Charité außerdem Montagsdemonstranten aus vielen Städten, Umweltkämpfer, Internationalisten, Migranten und ihre Organisationen, Geflüchtete und Jugendliche sowie couragierte Frauen. Hier kamen die verschiede-

nen Protestbewegungen zusammen: gegen „Stuttgart 21“, Umweltkämpfer, Milchbauern und Winzer, gegen Hartz IV und TTIP, Ceta, Tisa, Vertreter internationaler Befreiungskämpfe und viele mehr.

Der Wahlkongress beschloss den Antritt zur Bundestagswahl 2017 als „Internationalistische Liste / MLPD“. Weil das restriktive deutsche Wahlrecht seit 2009 den Antritt eines Wahlbündnisses, wie es das Internationalistische Bündnis ist, verbietet, hat die MLPD ihre Liste für das Bündnis geöffnet. Bei unserem Treffen werden wir euch die auf dem Wahlkongress beschlossenen Grundsätze des Bündnisses, das Wahlmanifest für die Internationalistische Liste, die Kandidatengrundsätze und die Kandidaten vorstellen.

Für die Landesliste Bremen stehen bis jetzt sechs Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung, weitere sind möglich und erwünscht. Außerdem wollen wir besprechen, mit welchen Aktivitäten wir mit dem Bündnis in Bremen starten wollen. Dazu zählt vor allem dessen breite Bekanntmachung und Verbreiterung, wozu eine Unterschriftensammlung gestartet wurde.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die „Umweltgewerkschaft“ lädt ein zum zweiten **Treffen** zum **Aufbau eines Bündnisses zum Weltklimatag**. Es findet am **19. Oktober 2016** um **19 Uhr** im „**Bürgerhaus Weserterrassen**“ statt.

Made in China: Wird der neue Elektro-Borgward wenigstens in Bremen zusammengeschraubt? („*Spiegel-Online*“)

Inszenierung einer Scheinperspektive: Die SPD wird Merkel weiterhin den Steigbügel halten („*Sprengsatz*“)

„Frag das Jobcenter“: Aktivisten starten Massen-anfrage für mehr Transparenz bei Zielvorgaben und Weisungen („*Spiegel-Online*“)

Kanadische Handelsministerin will Brüssel verlassen: Scheitert Ceta am Widerstand des belgischen Bundeslandes Wallonien? („*Die Zeit*“)

Kungelpolitiker geschockt: Wieso sollten Parlamente etwas zu sagen haben? („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

590. Bremer Montagsdemo

am 24. 10. 2016

Schluss mit der Kriminalisierung von Menschen in Not!



1. Das geplante Freihandelsabkommen Ceta enthält noch immer die Sonderrechte für Investoren, zwar mit geänderter Gerichtsbarkeit, aber inhaltlich unverändert. Damit ist Ceta die Goldmine für Investoren. Aktuell wird Deutschland für den Atomausstieg von Vattenfall vor einem Schiedsgericht verklagt. Klagen sind auch anhängig von Töchtern deutscher Solarunternehmen gegen die Kürzung

der Einspeisungsvergütung. Die Muttergesellschaften in Deutschland haben dafür Tochtergesellschaften in Spanien gegründet, die jetzt ganz legal Deutschland verklagen. Allein die Drohung, das Freihandelsabkommen mit Schweden anzuwenden, hat für Vattenfall die Umweltauflagen zum Kohlekraftwerk Hamburg entschärft. Der Hamburger Senat hat den Konflikt gescheut und nur von Vattenfall akzeptierte Auflagen verhängt.

Die Zusatzvereinbarungen zu Ceta werden bereits heute als nicht rechtsverbindlich wahrgenommen. Bereits diese Argumente sind so stichhaltig, dass die Vereinbarungen „umgetauft“ werden, bloß hilft es nichts: Der Vertrag selbst muss wieder aufgemacht und geändert werden oder, noch besser, in der Versenkung verschwinden! Natürlich hat ein Politiker dies leider ausgeschlossen. Ich hoffe, dass die Wallonen unter diesen Umständen Ceta nicht zustimmen und damit die gleichen Politiker gezwungen werden, Ceta neu auszuhandeln oder zu vergessen. Mit dem Welthandelsabkommen lässt sich der Handel *ohne* Ausgrenzung der Dritten und Vierten Welt regeln!

Ein Abkommen im Geheimen verhandeln, alle Verbraucherfreundlichen Institutionen ausschließen und erst im Schlussakkord zulassen, weil ersichtlich ist, dass der Text der Konzerne auf Ablehnung stößt – und sich dann über die Verweigerung aufregen, mit oberflächlichen Platttheiten? Die befürwortenden Politiker sichern mit ihrem Einsatz zehn Prozent unserer Bevölkerung eine Explosion der Einkünfte, ganz bewusst. Von allen Seiten wird die gute Zusammenarbeit mit Kanada gelobt. Es geht somit auch ohne Ceta! Was hält die EU und Kanada da-

von ab, die Zölle ohne Ceta zu beseitigen? Ceta soll mordsmäßige Umsatzsteigerungen und Vergünstigungen bringen. Wer hat die Minusauswirkungen zu verkraften? Die Dritte und Vierte Welt. Ceta verstärkt die Armut und Hoffnungslosigkeit und damit die Fluchtgründe!

2. Beim Eintritt in diese Regierung hat die SPD auf einer Unternehmertagung klargemacht, welche Besonderheiten sie für Unternehmer geschaffen oder unterstützt hat, und die damit verbundenen Ertragssummen genannt. Ein Beispiel für die Weiterführung: Die FDP hat die **Energievergünstigungen** für Unternehmen erheblich ausgeweitet. Die Genehmigungsbehörde rechnete mit einer Rücknahme durch den neuen Wirtschaftsminister setzte die Bewilligungen befristet aus.

Der neue Wirtschaftsminister hat die Genehmigungspraxis der FDP jedoch nicht zurückgefahren, sondern die Vergünstigungen für gewerbliche Stromverbraucher noch ausgeweitet. Die Kosten dieser Vergünstigungen treffen jetzt die privaten Stromkunden. Damit bin ich wieder im Alltag: Die soziale Komponente bleibt absolut unberücksichtigt. Dabei kann diese Gesellschaft nur durch die soziale Komponente die Herausforderungen wie die Digitalisierung in allen Bereichen gestalten.

3. Bei den Kosten der Unterkunft gibt es eine erfreuliche Neuigkeit, eine lang erwartete Entscheidung, und zwar den Beschluss der 41. Kammer des Bremer Sozialgerichts vom 29. September 2016 (Aktenzeichen S41 AS 1834/16 ER) zur Höhe der Bedarfe für die Unterkunft nach dem SGB II: Das Gericht hat Zweifel, ob die vor mehr als zwei Jahren in Kraft getretene Verwaltungsanweisung zur Höhe der Kosten der Unterkunft, die auf vor mehr als dreieinhalb Jahren erhobenen Daten beruht, die tatsächlichen **Wohnungskosten** in Bremen am Ende des Jahres 2016 noch zutreffend abbildet.

Bei der 588. Bremer Montagsdemonstration habe ich die Deckungslücke zwischen der tatsächlichen und der vom Amt erstatteten Miete aktualisiert: Es fehlen knapp 400.000 Euro in der Haushaltskasse der Leistungsempfänger! Die Ursachen der Unterdeckung sind zum einen, dass Miete und Heizkosten nur teilweise anerkannt werden, weil die Miete höher ist als die Obergrenzen gemäß den Mietrichtwerten beziehungsweise die Heizkosten als unangemessen eingestuft werden. Zum anderen wird die Miete nur teilweise anerkannt, weil sie höher ist als jene für die bisherige Wohnung.

Beides verträgt sich nicht mit der Entwicklung des Wohnungsangebots und kann beendet werden. Im ersten Fall fehlt dem Konzept ein tragfähiges Fundament, denn um schlüssig zu sein, muss es zur Anmietung einer Wohnung führen. Im zweiten Fall ist zu klären, ob und warum die Miete der bisherigen Wohnung gekappt wurde: War die Wohnung zu klein, lag ein wichtiger Grund für den eiligen Wohnungswechsel vor, welche Rahmenbedingungen und Mietobergrenzen waren zum Zeitpunkt des Umzugs gültig? Bei Umzügen vor dem 1. August 2006

findet eine Beschränkung der Leistungen für Unterkunft und Heizung auf die Kosten der bisherigen Wohnung gemäß § 22 Absatz 1 Satz 2 SGB II nicht statt.

Aktuell sind die Mietrichtwerte der Verwaltungsanweisung zweifelhaft. Ob die Mietrichtwerte bereits 2014 nicht gerichtsfest waren, hat das Gericht offen gelassen. Damals war die Firma „Analyse & Konzepte“ beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Es hat lange gedauert, weil dauernd Änderungen und Nachbesserungen gewünscht wurden. Letztlich wurden die Ausführungen und Anmerkungen akzeptiert, aber weder ein Gutachten noch ein Bericht kam zustande. Dies ist nachzulesen auf der Seite zur 563. Bremer Montagsdemonstration.

Die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ vor dem 1. Januar 2014 sowie jene am 1. Januar 2009 waren ebenfalls nicht gerichtsfest. Dies wurde gerichtlich festgestellt. Eigentlich hat Bremen nur während der Erprobungsphase für die geplanten Kosten der Unterkunft, also vor Einführung des SGB II, eine unangefochtene Mietobergrenze gehabt. Diese wurde noch vom Sozialamt durchgesetzt und nur von den betroffenen 10.000 Haushalten bemerkt. Alle Verwaltungsanweisungen danach waren nicht gerichtsfest. Folglich kann sich wehren, wer mit einer solchen Kürzung lebt. Auch die vorstehende Gerichtsentscheidung betraf einen Wohnungswechsel mit Mietsteigerung ohne Eigenanteil für die Mieter. Die Bedarfsgemeinschaft (früher Familie) wohnte in einer zu kleinen Wohnung.

4. Bei den Heizkosten muss ein Drittel aller gekürzten Haushalte einen Eigenanteil zahlen, obwohl Heiz- und Nebenkosten nur bedingt durch die Mieter(innen) steuerbar sind. Wer einen Eigenanteil zu den Heizungskosten zahlen muss, sollte über die eigenen Besonderheiten nachdenken. Das Sozialgericht Bremen schreibt im Beschluss vom 20. April 2009:

„Die Beurteilung der Angemessenheit erfordert eine Einzelfallentscheidung; das Gesetz bietet keine Rechtsgrundlage für Pauschalierungen. Die von den Grundsicherungsträgern aufgestellten pauschalierten Richtwerte sind daher nicht verbindlich. Dies hat seine Begründung darin, dass die jeweiligen Heizkosten von einer Vielzahl von Faktoren abhängen, die der Arbeitsuchende nicht beeinflussen kann (Heizungsart, Brennstoff, Geschosshöhe, Wohnfläche, Zustand der Heizungsanlage) oder die nicht veränderlich sind (Alter, Behinderung, Wärmeempfinden, Krankheit). Die schlichte Orientierung an Durchschnittswerten wird mithin der durch § 22 Absatz 1 SGB II gebotenen Einzelfallbetrachtung nicht gerecht.“

Aktuell werden die Heizkosten nach dem Heizkostenspiegel beurteilt. Eine Überschreitung muss vor einer Kürzung hinterfragt werden, siehe „Verwaltungsanweisung Wohnen“. Ab Anlage 8 geht es um die Heizkosten. Aktuell hinterlegt sind dort Werte aus den Jahren 2011 bis 2013. Also genau hinschauen und eine negative Entscheidung hinterfragen!

Gerne schreibt das Jobcenter auf den Bewilligungsbescheid die Aufforderung, die Heizkosten zu senken, weil sie sonst nicht angemessen seien. Wer einen solchen Bescheid erhält, sollte vorsorglich Widerspruch einlegen und die detaillierte Begründung einfordern. Wer das übersehen oder an den Erfolg von

Einsparungen geglaubt hat, kann sich trotzdem wehren, wenn dieser sich nicht einstellt. Die Möglichkeiten der Gegenwehr stehen ebenfalls auf der Seite zur 588. Bremer Montagsdemonstration. Bitte gegenüber dem Gericht immer die eigenen Erfahrungen bei der Wohnungssuche schildern und auch die Gründe der Wohnungssuche.

Die vorstehende Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren ist noch nicht rechtskräftig, aber sehr treffend, und sie macht Mut. Durch Unterstützung der Wohnungshilfe wurde Wohnungslosigkeit verhindert. Der vorstehende Beschluss des Sozialgerichts Bremen zeigt auch auf, dass die Veröffentlichungspflicht in Bremen nicht grundsätzlich eingehalten wird. Die in der Entscheidung genannten Richtwerte und Abweichungsmöglichkeiten von den Mietobergrenzen wurden bisher nicht veröffentlicht. Nicht veröffentlicht wurden auch die Bestimmungen zur Akzeptanz von Mieterhöhungen bei einem bestehenden Mietverhältnis.

5. Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion „Die Linke“, schreibt in einer Pressemitteilung zur Verschärfung von **Bußgeldregelungen** für SGB-II-Leistungsberechtigte: „Es muss endlich Schluss sein mit der Verfolgung und Kriminalisierung von Hartz-IV-Beziehenden! Niemand begibt sich freiwillig in das demütigende Hartz-IV-System und versucht bewusst, Leistungen zu erschleichen. Hartz IV ist ein undurchsichtiger Moloch, der es Leistungsberechtigten und Beschäftigten gleichermaßen schwer macht, den Überblick zu behalten. Die Schuld für alles immer den Leistungsberechtigten, den Hilfesuchenden und Menschen in Not in die Schuhe zu schieben, ist eines Sozialstaates nicht würdig und beschämend. Kontrollen, Drohungen und grundgesetzwidrige Leistungskürzungen kennzeichnen das Hartz-IV-System. Es muss abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die wirklich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.“

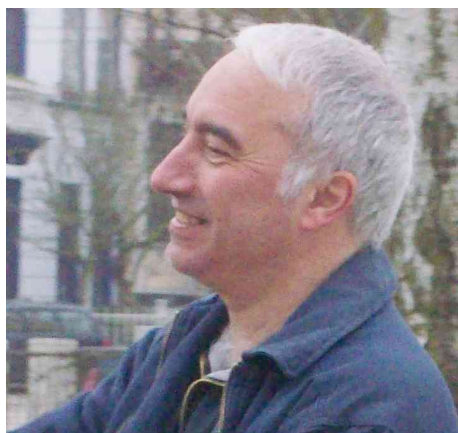
Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Mit wem hatten Sie Sex?“, Sanktionen bis zur Erzwingungshaft –
verhängt von der Sachbearbeiterin? („Neues Deutschland“)

Von 1.500 Einsprüchen 43 Prozent gewonnen: Bremer Online-Hartz-IV-Rechtsberatung erstellt kostenlos massenhaft Widersprüche („Rightmart“)

Milliardengeschenke an die Atomkonzerne – uns reicht's!



1. Die Merkel-Regierung verteilt wieder mal Geschenke – natürlich nicht an die Bevölkerung, sondern an die „armen“ Atomkonzerne. Sie können sich jetzt zum Schnäppchenpreis von ihrer Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls freikaufen. Im „Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“ zahlen die vier Atomkonzerne RWE, Eon, Vattenfall und EnBW 23 Milliarden Euro in einen Fonds ein und sind „aus dem Schneider“.

Die jahrzehnte- oder jahrhundertelangen Kosten sind kaum absehbar. Sicher sind sich führende Wissenschaftler und Umweltorganisationen aber, dass sie weit höher liegen werden.

Eigentlich hatten die Atomkonzerne 34 Milliarden Euro zurückgelegt, aber so viel will die nette Bundesregierung gar nicht. Sie ist einfach eine Super-Dienerin für das internationale Finanzkapital! Wenn man bedenkt, dass in der Geschichte der Atomenergie in Deutschland insgesamt 304 Milliarden Euro Subventionen aus unseren Steuergeldern an die Atomkonzerne geflossen sind, dann sind doch 23 Milliarden nur ein Klacks. Die Verantwortlichen für den Atommüll schleichen sich einfach davon – die heutigen und künftigen Generationen sollen dafür aufkommen und die gesundheits- und umweltzerstörenden Gefahren tragen. Nicht mit uns!

Dieser **Atomdeal** muss zu Fall gebracht werden! Auch dafür werden wir eintreten, wenn sich die Anti-AKW-Bewegung am **Samstag, dem 29. Oktober 2016**, in **Lingen** (Emsland) trifft, um **13 Uhr** am dortigen Bahnhof. Im Mittelpunkt steht der **Protest gegen die Weiterführung der Uranfabrik**. Sie hat bisher eine uneingeschränkte Erlaubnis und wird nicht wie die Atomkraftwerke abgeschaltet. Die „Umweltgewerkschaft“ Bremen/Oldenburg wird gemeinsam nach Lingen fahren, und jede(r) kann sich anschließen. Kontakt: [umweltgewerkschaft-bremen\(at\)cloudmail.de](mailto:umweltgewerkschaft-bremen(at)cloudmail.de).

2. Auch die Bremer Montagsdemo engagiert sich für die Rettung der Umwelt. Dazu gibt es zwei aktuelle Anlässe. Zum einen will die Stadt Bremen „für den Hochwasserschutz“ 125 Platanen am Neustädter Deich zwischen Beck's-Brauerei und Wilhelm-Kaisen-Brücke fällen. Das ist aber gar nicht nötig, denn es gibt eine gute Alternative! Die „grüne Lunge“ unserer Stadt wird immer mehr ausgedünnt und muss massiver Bebauung weichen, so für die „Gartenstadt Werdersee“ oder die Rennbahn in der Vahr. Laut „Umweltbetrieb Bremen“ wurden 2015 circa 1.000 Bäume in Bremen gefällt, aber nur wenige nachgepflanzt. Wir solidarisieren uns

mit der Bürgerinitiative und fordern ebenfalls: Schluss mit dem Kahlschlag! Erhalt der Platanen!

Bis heute hat die Stadt Bremen keine überzeugende Begründung für den Kahlschlag vorgebracht. Stattdessen wird mit Fehlinformationen gearbeitet, um Ängste unter der Bevölkerung zu schüren. Es liegt der Verdacht nahe, dass wirtschaftliche Gründe die eigentlichen Ursachen für den Kahlschlag sind: Auf der Neustädter Deichseite soll eine „zweite Schlachte“ entstehen und die Verteuerung des Wohnraums vorangetrieben werden. Zeigen wir der Stadt Bremen bei der Vorstellung der verschiedenen Deichschutz-Varianten, dass die Mehrheit die Alternative mit der **Rettung der Platanen** favorisiert! Kommt zahlreich am **25. Oktober 2016 um 18 Uhr** in die **Aula** der Schule am **Leibnitzplatz**!

Zum anderen haben wir auf der Kundgebung am 24. Oktober 2016 beschlossen, dass sich die Bremer Montagsdemo an der Protestaktion zum Weltklimatag beteiligt. Das fossile Zeitalter muss vorbei sein! Solange keine radikale Wende zu 100 Prozent erneuerbaren Energien erkämpft ist, wird sich die Erderwärmung nicht aufhalten lassen. Deshalb wollen wir für die Rettung unserer Mutter Erde gemeinsam aufstehen – in Bremen und überall. Deshalb jetzt schon vormerken: **Protestaktion zum Weltklimatag am 12. November 2016 ab 11 Uhr** auf dem Bremer **Marktplatz**.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Filterblasen: Asoziale Pöbelnetzwerke vergiften mit Hass und Lügen die gesellschaftliche Debatte (*„Spiegel-Online“*)

Zehn Grundrechte verletzt: Doch anders als gegen Ceta akzeptiert das Verfassungsgericht keine Massenklagen gegen Hartz IV (*„Tageszeitung“*)

Ceta-Gipfel vorläufig geplatzt: Hinterzimmer-Politik hat keine Zukunft mehr (*„Spiegel-Online“*)

Warum nicht Steinmeier: Weg mit dem Neoliberalismus-Protagonisten ins „Abklingbecken“ Bellevue! (*„Spiegel-Online“*)

Ceta schnell unterzeichnet: „Ende gut, alles gut“? (*„Neues Deutschland“*)

Dramatische Aufholjagd: Wird Dagobert Trump doch noch Bürgermeister von Entenhausen? (*„Die Welt“*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

591. Bremer Montagsdemo

am 31. 10. 2016

Doch, Herr Bartsch, an der Agenda 2010 war *alles* schlecht!



Die Arbeitsagentur hat drastische Bußgelder beschlossen, wenn Hartz-IV-Empfänger ihre „Vermögenswerte“ nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig angeben: 5.000 Euro Strafe! Wer zum Beispiel nicht gleich angibt, dass er ein Sparbuch von der Oma geerbt hat, vielleicht weil er es vergessen oder nicht gleich gefunden hat, der ist dran. So alt kann man gar nicht werden, um bei 404 Euro Arbeitslosengeld II im Monat 5.000 Euro Strafe zu bezahlen!

Anders ist das bei den Oberreichen: Wenn Autokonzern-Bosse vorsätzlich und kriminell täuschen und den Tod von Zehntausenden billigend in Kauf nehmen durch manipulierte Abgaswerte, gibt es keine Strafe, dafür aber eine dicke Abfindung in Millionenhöhe!

Volkswagen will nun Zehntausende Arbeitsplätze streichen. Das habe nichts mit der Abgasaffäre zu tun, sondern mit der Umstellung auf Elektromobilität. Schuld sind also die Umweltschützer? Tatsache ist: VW steckt tief in der Krise. In den USA hat der Konzern einem Vergleich über knapp 15 Milliarden Dollar zugestimmt, weitere werden in anderen Ländern folgen. Das darf natürlich nicht auf Kosten Katars oder der Familien Porsche und Piëch gehen, den drei Eigentümern von VW neben dem Land Niedersachsen. Stattdessen erfolgt die volle Abwälzung auf die Arbeiter: Sie sollen mit weniger Leuten schneller arbeiten. Nachdem schon Tausende von Leiharbeitern entlassen wurden, soll es jetzt auch der Stammebelegschaft an den Kragen gehen. Ob die sich das gefallen lässt?

Verdi fordert höhere Löhne, mindestens 14 Euro pro Stunde, für die 250.000 Dienstleistenden im deutschen Sicherheitsgewerbe, einer boomenden Branche, „damit man nach 40 Jahren Wachdienst nicht in die Grundsicherung fällt“. Das finde ich gut! Laut Statistischem Bundesamt können sich acht Prozent der Menschen in Deutschland nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten. Von den Alleinerziehenden und Singles sind sogar 16 Prozent betroffen. Auch die Altersarmut steigt. Zynisch empfiehlt die Bundesregierung eine Privatversicherung

wegen der sinkenden Renten. Sehr witzig! Wovon bitteschön soll man die denn bezahlen?

Kämpfen ist also angesagt, gegen diese Bundesregierung und das Finanzkapital. Davon sind allerdings nicht alle begeistert. So ist in der Linkspartei ein heftiger Richtungsstreit entbrannt: Führende Leute wollen unter allen Umständen in eine Regierung mit SPD und Grünen eintreten und sind bereit, dafür alles zu akzeptieren. So sagte Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linkspartei, „bereits nächste Woche“ könne Gabriel Kanzler sein, und lockte außerdem mit dem Hinweis: „Nicht alles an der Agenda 2010 war schlecht“. Das ist ja wohl die Höhe! *Alles* an dieser Agenda war schlecht – jedenfalls für uns, die Arbeiter, die kleinen Angestellten, die Arbeitslosen. Es war der größte soziale Kahlschlag seit dem Zweiten Weltkrieg!

Sahra Wagenknecht, ebenfalls „Linken“-Fraktionsvorstzende, kann sich inzwischen vorstellen, Frank Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten zu wählen – Steinmeier, der als Kanzleramtschef die Agenda 2010 maßgeblich mit ausgearbeitet hat und als Oberkoordinator der Geheimdienste die Verantwortung dafür trägt, dass der Bremer Murat Kurnaz jahrelang in Guantánamo gefangen gehalten und gefoltert wurde!

Bei Opel Bochum, wo die Belegschaft zehn Jahre lang gegen die Stilllegung kämpfte, hatte sich Betriebsratsboss Eienkel, Mitglied der „Linken“, massiv gegen Streik eingesetzt – die „Sozialpartnerschaft“ war ihm wichtiger. In der Linkspartei muss ein Klärungsprozess in Gang kommen! Ich kann nur allen raten, die nicht mit Gabriels Kurs wie dem Durchpeitschen von Ceta und mit den Hartz-Gesetzen einverstanden sind, gemeinsam mit dem und im „Internationalistischen Bündnis“ zu kämpfen – und auf der Montagsdemo tun wir das ja auch.

Warum Internationalismus? Gerade wurde in Diyarbakir (kurdisch: Amed) der Bürgermeister der linken kurdischen Partei HDP verhaftet. Gegen Protestierende wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt. Die letzten demokratischen Rechte werden abgebaut, die Türkei ist auf dem Weg in den Faschismus! Ich fordere den Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen und den Abzug aller Nato-Soldaten aus Incirlik! Am **Dienstag** dieser Woche ist der **Welt-Kobanê-Tag**. In Bremen findet dazu eine **Demonstration** statt. Beginn ist um **16 Uhr** am **Bahnhof**, auf dem **Marktplatz** gibt es später eine **Kundgebung**. Auch ich werde dort sprechen.

Warum kämpfen? Der „Frauenverband Courage“ hat vor Gericht einen Teilerfolg errungen: Sie ist keine „extremistische Vereinigung“! Das Gericht empfiehlt den Finanzbehörden daher, die Steuerbefreiung für 2010 und 2011 *nicht* aufzuheben. Die „Courage“-Frauen werden auch für die folgenden Jahre für ihre Gemeinnützigkeit streiten und sich nicht vorschreiben lassen, mit wem sie zusammenarbeiten!

Ein Verfassungsschutzbericht war für die Finanzbehörden Anlass gewesen, dem Verband die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, weil er mit der MLPD zusammenarbeitet, doch „Courage“ ist überparteilich. Derselbe Verfassungsschutz, der

mit Faschisten durchsetzt ist und mit dem NSU engstens zusammengearbeitet hat, liefert „Beweismittel“ für die Finanzbehörden? Dieser Verfassungsschutz ist jedenfalls nicht gemeinnützig, ganz im Gegenteil: Er ist gemeingefährlich und gehört aufgelöst!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Ungerechtigkeit in der Welt

Warum entstehen immer wieder Kriege auf der Welt? Warum herrschen Armut und Hunger in der Welt, wenn die Mehrheit der Menschen doch eindeutig für die Gerechtigkeit, den Frieden und für das Recht auf Glück für alle Menschen ist?

Manche Menschen kämpfen für glückliche Tiere, sehen aber nicht, wie viele unglückliche Menschen es durch Kriege gleich nebenan und auf der Erde gibt. Auch kein Tier ist glücklich in einem Land, in dem Bomben hochfliegen; aber so widersprüchlich ist die Politik der Grünen, die solche Kriege unterstützen.

Andere nennen sich christlich und prahlen mit guten Taten wie der Unterstützung von Flüchtlingen oder mit der Suppenausgabe für Arbeits- und Obdachlose; aber sie unterstützen eine Politik, die Rüstungsexporte betreibt, die dann zu Kriegen und zur Flucht traumatisierter Menschen führen. Sie sagen auch kein Wort gegen die Politik der Jobcenter, die zu drastischen Menschenrechtsverletzungen, zu Verarmung und Obdachlosigkeit führt.

Und solcher Beispiele gibt es genug. In der USA stand nun acht Jahre lang ein Demokrat, ein Christ, ein erster schwarzer Präsident an der Spitze; aber die Politik der USA war ganz anders als demokratisch, christlich oder gerecht für alle Menschen. Das haben die Proteste der Schwarzen gezeigt.

Das Folterlager in Guantánamo ist bis heute nicht geschlossen. Die USA haben den Umsturz von Regierungen in vielen Ländern vorbereitet, was zu blutigen Bürgerkriegen geführt hat. Das ist in der Ukraine, in Syrien und dem Irak nachweisbar der Fall. Niemand kann bestreiten, dass die USA diese Kriege unterstützen.

In Syrien gibt es dafür den Begriff der „gemäßigten Terroristen“, die von den USA unterstützt werden. Merkt ihr nicht, was für ein Widerspruch zum gesunden Menschenverstand das ist? Ein Terrorist ist jemand, der seine politischen Ziele mit Angst und Schrecken erreichen will. Darum darf man, wenn man für die Demokratie kämpft, nicht solche Kräfte unterstützen.

Die USA erschießen Menschen in fremden Ländern mit Drohnen, ohne jedes Gericht oder eine Anklage. Seit Entstehung der Menschheitszivilisation gibt es Gerichte, schon die Bibel kennt sie, wo im Namen der Gerechtigkeit entschieden wird über die Schuld beider streitenden Seiten, und solange es keine Beweise für eine Schuld gibt, ist der Mensch unschuldig; aber eigene Schuld möchten die

Staaten, die in Nato sind und mithilfe derer die unbegrenzte Herrschaft der USA möglich ist, nicht zugeben.

Auch im Nato- und EU-Mitgliedsland Polen gab es und gibt es vielleicht immer noch ein Folterlager, das lange geheim gehalten wurde und für das die polnische Regierung 15 Millionen Dollar bekommen hat. Das sind Fakten, der auch weniger gebildete Menschen in diesem Land kennen, denn über all das wurde in Zeitschriften geschrieben. Aber in den letzten Monaten wird so berichtet, als ob Russland an allen Ungerechtigkeiten der Welt schuld sei.

Jetzt wurde Russland fast „geräuschlos“ aus dem Uno-Menschenrechtsrat ausgeschlossen. Ich frage mich nur, wer war in diesem Fall der Richter? Waren es die Staaten, die abhängig sind von einer Weltmacht, die längst nicht mehr auf Menschenrechte achtet? Die Mehrheit der Menschen, die eigentlich für eine Welt ohne Kriege und für die Menschenrechte sind, nimmt es schweigend hin. Ist das hier so, weil Deutschland in der Nato und darum auch abhängig von den USA ist?

Nur Frau Wagenknecht von der Linkspartei hatte den Mut zu sagen: „Deutschland muss raus aus der Nato“. Das glaube ich auch, und es muss dringend passieren, sonst wird Deutschland wieder in einen Krieg in Europa hineingezogen, und dies wird die Schuld der regierenden Parteien sein, die sich von ihren „Freunden“ manipulieren und leiten lassen.

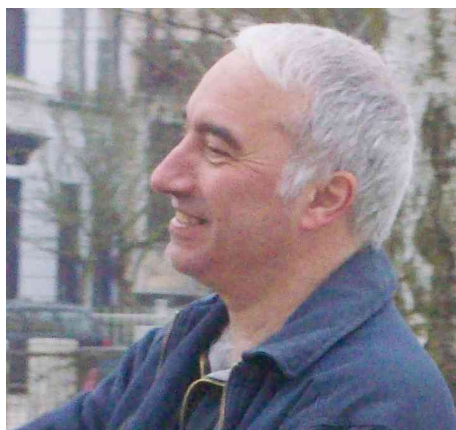
Darum rufe ich alle vernünftigen Menschen auf: Verweigert nicht das Wählen, sondern geht zu den Wahlen und wählt diese Parteien ab, die an der Macht sind, um der Gerechtigkeit willen!

Valentina Schneider (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

592. Bremer Montagsdemo am 07. 11. 2016

Wir müssen die Rettung von Mutter Erde selbst in die Hand nehmen!



Der „Global Climate March“ 2015 war eine weltweite Protestaktion. Von São Paulo bis Sydney haben über 785.000 Menschen die Erde „zum Beben“ gebracht. Trotz Regen und Sturm haben auch auf der Demo in Bremen 500 Menschen lautstark ihre Stimme erhoben. Doch wir dürfen uns nicht blenden lassen, sondern müssen den Widerstand verstärken, denn der Klimavertrag von Paris ist völlig unverbindlich, und es gibt keinerlei Sanktionen. Er wird von den Regierungen und den Medien als „historischer Erfolg“ gefeiert. Aber der neue Vertrag ist nur ein Scheinerfolg, der uns beruhigen und lähmen soll.

2016 ist erneut das heißeste Jahr in Folge. Hurrikans zerstören ganze Regionen wie zuletzt in Haiti. Schwere Unwetter wie in Bayern im Juni 2016 häufen sich, Dürre und Hungerkatastrophen bedrohen Afrika. Ceta/TTIP werden den weiteren Anstieg der Treibhausgase beschleunigen, weil sie zum Beispiel Massentierhaltung und Fracking in großem Stil fördern. Das heutige Niveau der Treibhausgase kann bereits zu einem Temperaturanstieg über 1,5 Grad führen. Doch der Klimavertrag erlaubt in Abschnitt II.7 bis 2030 sogar die Steigerung der Emissionen von heute 36 auf 55 Gigatonnen. Der Meeresspiegel wird weiter ansteigen durch Abschmelzen des Polareises. Es werden Permafrostböden auftauen und weitere unumkehrbare Prozesse ausgelöst.

Bisher hat es 21 Klimagipfel gegeben, doch die Kohlendioxid-Emissionen sind global um 60 Prozent gestiegen. Die zunehmende Erderwärmung bedroht die Existenzgrundlagen der Menschheit und die Artenvielfalt. Konzerne, Banken und Regierungen wissen das ganz genau. Sie halten aber aus Profitgründen an der Verbrennung fossiler Energieträger fest und treiben die Ausbeutung von Mensch und Natur auf die Spitze. In ihrem Interesse hat die Merkel-Regierung beschlossen, den Ausbau erneuerbarer Energien massiv auszubremsen. Das fossile Zeitalter muss vorbei sein!

Solange keine radikale Wende zu 100 Prozent erneuerbaren Energien erkämpft ist, wird sich die Erwärmung nicht aufhalten lassen. Deshalb müssen wir gemeinsam aufstehen – in Bremen und überall! Kommt am **12. November 2016** ab **11 Uhr** auf den Bremer **Marktplatz**, zum **Weltklimatag** mit Kundgebung am Offenen Mikrofon, mit Infoständen, Kultur, Kaffee und Kuchen! Veranstalter sind die „Umweltgewerkschaft“, „Ausgestrahlt“, die „Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“, MLPD, „Internationalistisches Bündnis“, Bremer Montagsdemo, „Die Linke“, Bürgereinitiative „Platanen am Deich“.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Dagobert Trump wird sensationell Bürgermeister von Entenhausen: Lässt er die betrügerische Hillary Gans jetzt ins Kittchen werfen? („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

593. Bremer Montagsdemo

am 14. 11. 2016

Faschismus ist keine „Alternative“ zum Kapitalismus



Nun wird tatsächlich Donald Trump der nächste US-Präsident, ein extremer Reaktionär. Millionen Amerikaner wird er ohne Krankenversicherung dastehen lassen, die Klimakatastrophe leugnet er. Trump will aus dem „Klimaabkommen“ aussteigen und setzt voll auf Kohle und Öl. Er ist offener Rassist, Sexist, Schwulenfeind und faschistoider Kriegstreiber: Er plant den Bau eines Zaun an der Grenze nach Mexiko und die Abschiebung aller Flüchtlinge. Trump ist

eine Kreatur der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus. Wer meint, damit eine „Alternative“ zum herrschenden System gewählt zu haben, hat sich gründlich getäuscht: Trump verkörpert den aggressivsten und reaktionärsten Teil des amerikanischen Großkapitals und ist eine ernste Gefahr für den Weltfrieden.

Auch Hillary Clinton, Wunschkandidatin des internationalen Finanzkapitals, ist reaktionär bis in die Knochen, auch sie ist kriegslüsternd, und ihr Clan hat sich seit Jahrzehnten an diesem System gemästet. „Pest oder Cholera“ war also die Ausgangslage bei dieser Wahl, eine fortschrittliche Alternative gab es nicht. Deshalb sind auch nur 50 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gegangen, nicht einmal 25 Prozent von ihnen stimmten also für Trump. Clinton hat sogar mehr Wählerstimmen als Trump bekommen, erhält aber durch das merkwürdige Wahlrecht, das die Bundesstaaten verschieden gewichtet, weniger Wahlmännerstimmen als er.

Seit Mittwoch gibt es jeden Tag Massendemonstrationen in den USA unter dem Motto: „Das ist nicht mein Präsident!“ Zunehmend wird dabei der Sozialismus gefordert. In den USA stand keine „linke Alternative“ zur Wahl. Die Alternative zum bestehenden System kann aber nicht von rechts kommen, denn Faschismus ist die Herrschaftsform des Kapitalismus mit extremster Ausbeutung und Unterdrückung, mit offenem Kampf um die Weltherrschaft. Es ist ganz gefährlich, zu meinen: „Der kocht auch nur mit Wasser!“ Das haben bei Hitlers Machtantritt auch viele gesagt. Bayer spendete übrigens 433.000 Dollar für den Wahlkampf von Trump. Auch in Berlin gab es am Samstag eine Anti-Trump-Demo mit 1.000

Teilnehmern. Das Fehlen einer linken Alternative bei der Wahl unterstreicht die Bedeutung des „Internationalistischen Bündnisses“. Dessen Aufbau ist auch eine Kampfansage an die nach rechts gerückten Regierungen in Deutschland, der Türkei, Russland oder den USA.

30.000 Menschen versammelten sich am Samstag in Köln zum Protest gegen den Faschismus in der Türkei. Die HDP-Vorsitzenden Yüksedag und Demirtas sind verhaftet worden, ebenso der Herausgeber der Zeitung „Cumhuriyet“. Die letzten bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten werden abgeschafft, die Türkei wird ein offen faschistisches Land.

Dass die Regierungen in immer mehr Ländern extrem nach rechts rücken, heißt noch lange nicht, dass auch die Massen es tun. Zwar ist es in Deutschland gelungen, einen Teil der Nichtwähler für die Wahl der faschistoiden AfD zu gewinnen, und in den USA eben für Trump – aber den Großteil der Nichtwähler eben nicht. Diese gilt es für den linken Pol in der gesellschaftlichen Polarisierung zu gewinnen! Am kommenden **Freitag, dem 21. November 2016**, trifft sich deshalb in Bremen wieder das „**Internationalistische Bündnis**“ um **19 Uhr** im **Café Paganini**, Erlenstraße 60, in der Neustadt. Dazu lade ich alle herzlich ein!

Die Bundesregierung will die Ausgaben für Hartz IV im nächsten Jahr um 1,2 Milliarden Euro kürzen, also bei denen sparen, die am wenigsten haben – und einer der „Väter“ der Hartz-Gesetze, Frank-Walter Steinmeier, soll nun Bundespräsident werden. Inzwischen will das auch die CDU/CSU. Der angeblich „in der Bevölkerung beliebte“ Außenminister ist bei uns jedenfalls nicht beliebt. Außer für die Agenda 2010 mit all ihren Folgen wie der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten ist Steinmeier persönlich dafür verantwortlich, dass Murat Kurnaz jahrelang unschuldig in Guantánamo gefangen gehalten und gefoltert wurde und dass sich die Bundesregierung nicht für einen humanitären Korridor nach Rojava einsetzte.

Jeder fünfte der weltweit 45.000 Suizide, so eine Untersuchung in 63 Staaten, hat als Ursache die Arbeitslosigkeit, weil Millionen Arbeitsplätze fehlen. Die Statistik wird gefälscht, indem Mini- und Billigstjobs mitgezählt werden, als ob es vollwertige Arbeitsplätze seien. Leiharbeiter verdienen 40 Prozent weniger als fest eingestellte Arbeiter. Deshalb muss Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich her! Alle Werte auf dieser Welt werden durch Arbeit geschaffen und indem sie der Natur abgerungen werden. Kapital kann nicht arbeiten!

Die nächsten **Montagsdemonstrationen** bis zum Jahresende finden wegen des Weihnachtsmarktes wieder auf dem **Hanseatenhof** statt. Am **19. Dezember 2016** soll nach der letzten Montagsdemo ab **19 Uhr** unsere **Weihnachtsfeier** im **Freizeitheim Buntentor** stattfinden. Die **Planung** dafür machen wir nach der Montagsdemo am **28. November 2016** im **Seemannsheim**.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Innenrevision beanstandet nur Fehler *zulasten* des Jobcenters



Das Jahr 2017 naht mit Riesenschritten, und wer seine „Hausaufgaben“ ins nächste Jahr verschiebt, verliert eventuell sein Recht. Überprüfungsanträge nach § 44 SGB X können für ein Jahr rückwirkend gestellt werden, somit in diesem Jahr noch rückwirkend zum 1. Januar 2015, aber ab dem neuen Jahr nur noch bis zum 1. Januar 2016. Der Bedarf an Überprüfungsanträgen für die Kosten der Unter-

kunft geht in die Tausende, weil Bremen rund 400.000 Euro pro Monat an den Erwerbslosen einspart. Hinzu kommen noch die anderen Leistungsempfänger, nachzulesen auf der Seite zur 588. Bremer Montagsdemonstration. Auf der 590. Wochenseite steht eine Entscheidung des Sozialgerichts Bremen. Der Kläger bekommt künftig seine volle Miete erstattet, obwohl die neue Wohnung teurer ist. Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für die Heizkosten.

Der Überprüfungsantrag erfordert eine Begründung. Wer zum Beispiel einen Teil seiner Miete selbst bezahlt, bittet um Überprüfung der Mietkosten und beantragt die volle Übernahme. Dabei ist anzugeben, welche Bescheide geprüft werden sollen. Die einfachste Überschrift lautet: „Antrag auf Überprüfung aller Leistungsbescheide ab 1. Januar 2015“. Nun muss der Antrag zum Amt, und zwar nachweisbar. Am sichersten ist die Abgabe gegen Stempel. In einigen Dienststellen wird der Eingang per Fotokopie bestätigt und diese entsprechend ergänzt.

Das (No-)Job-Center muss jetzt alles nochmals ansehen und erlässt dann einen Bescheid über das Ergebnis der erneuten Prüfung. Wenn er dem Übel nicht abhilft, sollte innerhalb der Frist Widerspruch gegen diesen Bescheid eingelegt werden, zur Wahrung der Rechtsfrist: „Begründung folgt“, denn in dieser Zeit sind die Beratungsstellen überlaufen. Wenn der Widerspruchsbescheid dem Übel ebenfalls nicht abgeholfen hat, ist dagegen Klage beim Sozialgericht möglich. Auch hier ist die Fristwahrung durch eine Klage mit dem Hinweis „Begründung folgt“ möglich.

Die Rechtsantragsstelle im Sozialgericht nimmt die Klage entgegen und hilft bei der Formulierung. Bescheide und Ausweis sind mitbringen, aber kein Geld. Das Verfahren vor dem Sozialgericht ist für den Kläger kostenlos. Wer Unterstützung durch einen Anwalt erhalten möchte, kann sich einen suchen. Allerdings sollte bereits bei der Terminvereinbarung ausgemacht werden, dass der Anwalt für die Prozesskostenhilfe tätig wird und den Antrag hierauf stellt, sodass keine Kosten vom Erwerbslosen zu tragen sind. Oder einfach vorbeikommen!

Wenn das (No-)Job-Center einen Fehler macht, heißt das nicht, dass dieser fällt der Innenrevision auffällt, und ich mein Geld nachträglich bewilligt bekomme. Die Innenrevision prüft zwar laufend, aber nicht lückenlos, und beanstandet nur Fehler zulasten des (No-)Job-Centers. Zu wenig Geld für die Erwerbslosen, Minderbewilligungen oder Ablehnungen werden von der Innenrevision nicht beanstandet. Gegen zu wenig Geld, Ablehnung von Anträgen oder Verweigerung von Weiterbildung muss jede(r) Leistungsempfänger(in) selbst vorgehen. Auch hier gilt: Umgehend den Antrag auf Überprüfung stellen! Dabei kann das (No-)Job-Center eigene Fehler berichtigen und auch Nach- oder Rückforderungen stellen. Dagegen kann sich der Mensch mit Widerspruch und letztlich der Hilfe des Gerichts wehren.

Die 400.000 Euro Minderleistung pro Monat haben mich erschreckt. Von Beratungsmenschen wird die Differenz noch höher eingeschätzt, weil oftmals Wasser und Abwasser nicht übernommen werden und nicht in den Kosten der Unterkunft enthalten sind. Jeder Mensch braucht Wasser, es ist entweder in der Nebenkostenabrechnung enthalten oder wird mit der SWB direkt abgerechnet. Auch mit Pauschalen kann Wasser abgedeckt sein. Das (No-)Job-Center fordert den Mietvertrag von jeder Bedarfsgemeinschaft, früher Familie, ein, weil er zur Leistungsprüfung unverzichtbar sei. Darin ist die Regelung des Wasserentgelts nachlesbar.

Jede(r) Sachbearbeiter(in) kann sofort feststellen, wie der Wasserbezug abgerechnet wird, insbesondere wenn das Wasser direkt mit der SWB abgerechnet wird und kein entsprechender Leistungsantrag vorliegt. Es ist eigentlich selbstverständlich, Arbeitslose auf die Möglichkeit der Kostenerstattung für Wasser hinzuweisen, doch hier wird durch Unterlassung weiteres Geld eingespart. Macht euch ran! Die Mietrichtwerte sind nicht mehr bindend, eventuelle Ablehnungen wegen Überschreitung der Mietrichtwerte sind kurzfristig mit Widerspruch und Klage zu beseitigen!

Wer eine Kostensenkungsaufforderung erhalten hat, die bisher nicht zurückgenommen wurde, kann beim (No-)Job-Center nachfragen, ob sie aufrechterhalten wird. Falls die Antwort beunruhigt, kann mit Widerspruch und Klage Abhilfe geschaffen werden. Aktuell sollen keine Kostensenkungsaufforderungen erfolgen. Wer bereits vor Jahren eine, die nicht weiter verfolgt wurde, erhalten hat: siehe 523. Bremer Montagsdemonstration.

Den aktuellen Mietrichtwerten fehlt das Fundament. In den vergangenen Jahren wurden die Berechnungsgrundlagen für Wohngeld herangezogen. Da auch an diesen Werten der Zahn der Zeit genagt hat, wurde ein Zuschlag von zehn Prozent hinzugerechnet. Die Berechnungsgrenzen für Wohngeld wurden zum 1. Januar 2016 erhöht. Die Zahlen sind auf den Seiten des Bausenators nicht nachlesbar, dort stehen Zahlen aus dem Jahr 2009. Die Bemessungsgrundlagen für Wohngeld in Bremen richten sich nach der Mietstufe IV plus Heizung. Die aktuellen Werte und die Entwicklung sind auf der Seite zur 588. Bremer Montagsdemonstration nachlesbar.

Wer jeden Monat zu wenig Leistung erhält, muss dies umgehend beenden und braucht nicht auf die Entscheidung über den Überprüfungsantrag zu warten: „Ich bitte um Prüfung der Kürzung der übernommenen Kosten meiner Unterkunft und beantrage die sofortige vollständige Erstattung meiner tatsächlichen Kosten“, mit Begründung siehe oben nachweisbar im (No-)Job-Center abgeben.

Falls der Fehlbetrag höher und das fehlende Geld schwer zu verkraften ist, kann sofort die Hilfe des Gerichts beantragt werden. Mit den Unterlagen die Rechtsantragsstelle aufsuchen. Bereits bei zehn Euro und entsprechenden Problemen hat das Sozialgericht einen Eilantrag als angemessen eingestuft. Im Eilverfahren wird nur für die Zukunft entschieden. Meistens, wenn auch nur vorläufig, akzeptiert das (No-)Job-Center diese Entscheidungen. Dann ist keine Hauptverhandlung nötig. Für fehlende Zeiträume die Leistung beim (No-)Job-Center einfordern!

Alles Vorstehende ist nicht auf das ALG II beschränkt: Bei allen anderen Leistungsträger für Grundsicherung sind Eigenanteile an der Miete ebenso einzufordern. Auch die Rahmenbedingungen sind gleich: Alle Minderleistungen sind so zu bereinigen, auch das Sozialgericht ist zuständig. Wer Wohngeld bezieht, sollte die Bewilligung hinsichtlich der neuen Obergrenze prüfen. Allerdings haben sich einige Besonderheiten ins Wohngeldgesetz eingeschlichen, daher in jedem Fall zur Beratungsstelle gehen!

Vielen anderen Gründe, Möglichkeiten der Unterzahlung und abgelehnte Anträge sind auf den Seiten zum Jahresende 2015 nachlesbar. Die Rechtsprechung hat sich geändert, Sanktionen sind verpönt. Wer eine Sanktion erlitten hat, kann das Geld rückwirkend retten, wenn die Begründung nicht vergessen wird. Für Sanktionen wurden den Erwerbslosen in Bremen rund eine Million Euro nicht ausgezahlt. Hier hat die „Job-Offensive“ des (No-)Job-Centers gewirkt, siehe 498. Bremer Montagsdemonstration.

Die Zulagen für besondere Ernährung wurden nicht gestrichen, sondern es wurde behauptet, dass besondere Ernährung genauso günstig sei wie normale Ernährung. Dies ist widerlegbar, aber aufwendig. Das Thema Brillen ist vor Gericht geklärt, aber schwer umzusetzen. Wer mit 63 Jahren zwangsverrentet wurde und einen Monat lang keine Leistungen erhalten hat, weil die Rente angerechnet wurde, kann dies beseitigen. Die Reaktion auf die bevorstehende Zwangsverrentung sollte durch den Gang zum Arzt abgemildert werden.

Wer zur Tat schreiten will, sollte sich darüber klar sein, dass notfalls die Hilfe des Gerichts gebraucht wird. Das ist kein Grund zum Zurückweichen! Aktuell hatte das Sozialgericht in Bremen über die Mietrichtwerte zu entscheiden. Es war alles vorbereitet, Gutachter waren bestellt, da hat das (No-)Job-Center die Kläger klaglos gestellt und alle Forderungen erfüllt. Damit war die Verhandlung geplatzt. Das Sozialgericht hat in einer anderen Entscheidung die Mietrichtwerte gekippt. „Wir müssen erst das Gutachten und die neue Verwaltungsanweisung abwarten“, lautet die Verzögerungstaktik. Kein(e) Anspruchsberechtigte(r) muss auf das Gutachten warten!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Warum so wenige Erfolge bei Weltklimagipfeln?



UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sieht im Ergebnis des Pariser Weltklimaabkommens vom Dezember 2015 ein breites, nicht mehr zu stoppendes Bündnis der 197 Teilnehmerstaaten. Einer der Gründe dafür: Von diesen Teilnehmern (einschließlich USA und China) hatten bis zum 5. Oktober dieses Jahres die 55 Staaten, die für mindestens 55 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ihre Ratifizierungsurkunden bei den Vereinten Nationen hinterlegt. Damit ist (30 Tage später) seit dem 4. Dezember 2016 das von inzwischen

94 Teilnehmerstaaten ratifizierte Pariser-Klimaabkommen gültig.

Beim gerade stattfindenden Klimagipfel in Marrakesch sollen alle Staaten ihre Beiträge vorstellen, die zu einer drastischen Reduzierung von Treibhausgasen wie Kohlendioxid führen, um die damit zusammenhängende Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Jeder einzelne Mensch, der glaubt, hierbei seinen Beitrag leisten zu können, hat viele Möglichkeiten dazu, wenn er ein paar Zahlen und Fakten kennt. Nicht erst seit Autos produziert werden, gilt die Faustregel: Bei der Verbrennung von einem Liter Treibstoff, Heizöl oder Flugzeugbenzin werden circa drei Kilogramm Kohlendioxid in die Atemluft geblasen.

Die Kohlendioxid-Erzeugung durch Treibstoffverbrennung schwankt um Hunderte Gramm pro Liter, abhängig von der Art des Kraftstoffes. Über der Bundesrepublik werden von Ziviljets etwa zwei Milliarden Liter Treibstoff verbraucht, das bedeutet neun Millionen Tonnen Kohlendioxid, also sogar 4,5 Kilogramm pro Liter. Bei vereinfachter Berechnung der Energiebilanz kommen – abhängig von der gewählten chemischen Formel des Treibstoffes, der eigentlich ein Gemisch ist – immer um drei Kilogramm heraus. Rechnen Sie also aus, wie viele Tonnen Kohlendioxid Sie selbst pro Jahr erzeugen, nur durch Heizen und Autofahren!

Mit jeder Kilowattstunde Strom, die Sie aus dem deutschen Netz nehmen, werden circa 850 Gramm Kohlendioxid in die Erdatmosphäre geblasen, denn Strom wird hierzulande noch zu 46 Prozent Kohlekraftwerken erzeugt. Das gilt auch für den Strom eines Elektroautos, dessen Akku zum Beispiel mit 70 Kilowattstunden an einer normalen Steckdose aufgeladen wird. Damit können laut Hersteller 350 Kilometer gefahren werden. Für dieses „saubere“ Elektroauto wären das 170 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer. Für jeden Kilometer mit dem Flugzeug werden 360 Gramm und pro Bahnkilometer 60 Gramm Kohlendioxid zugrunde gelegt.

Hinzu können einige Tonnen Kohlendioxid für die Erzeugung Ihrer Lebensmittel veranschlagt werden, abhängig davon, wie viel Fleisch Sie essen, denn Fleischproduktion ist sieben Mal energieaufwendiger als Pflanzennahrung. Für jeden Deutschen können circa 12 Tonnen Kohlendioxidemission pro Jahr angenommen werden; der weltweite Kohlendioxidausstoß von heute 36 Milliarden Tonnen „erlaubt“ aber nur 4,5 Tonnen.

Wer sich angesichts dieser Tatsache von seinem Autohersteller betrogen fühlt und womöglich im Sinne der Gleichberechtigung Schadenersatz für alle fordert, weil der Schadstoffausstoß seines Autos etwas höher ist als es irgendwo geschrieben steht, hat das Grundproblem noch nicht verstanden. Er oder sie sollte sich selbst mal fragen, warum er oder sie sich auf einen solchen „Fehlkauf“ eingelassen hat. Letztlich sind alle Autokäufer der Welt betrogen beziehungsweise betrügen sich selbst, denn an der uralten Verbrennungsmotortechnik hat sich grundsätzlich nichts geändert.

Das ist unabhängig davon, ob ein Auto wie früher in Einzelmanufaktur nur für reiche Leute hergestellt wurde oder wie heute in immer weiter perfektionierter Massenproduktion, nur damit es billig wird, denn möglichst jeder Mensch soll eines kaufen können. Allein in Deutschland sind heute 44 Millionen private Pkw zugelassen. Im Sinne der Gleichberechtigung sollte jeder Mensch der Welt die Möglichkeit haben, ein Auto kaufen zu können. Jeder Mensch hat das Recht, sich belügen und betrügen zu lassen.

Der freie „König Kunde“ zeigt sein wahres Konsumverhalten und seinen Bewusstseinszustand nicht nur auf Deutschlands Autobahnen und Straßen. Die werden für ihn immer weiter ausgebaut. Ein Kilometer vierspurige Autobahn kostet acht Millionen, ein Kilometer Nordseedeich-Erhöhung zwei Millionen Euro. Es wird sogar darüber nachgedacht, Lkw-Spuren zu elektrifizieren, damit Lastwagenkolonnen noch dichter fahren und Treibstoff sparen können. Nur gibt es das schon alles auf Schienen. Diese Art von Transportsystem wird im Ausbau vernachlässigt, obwohl die Kohlendioxidbilanz im Güterverkehr nur ein Viertel von Lkw-Transporten beträgt.

Schikanen wie Tempolimits und Nachtfahrverbote für Güterzüge sind in Diskussion. All das ist ähnlicher Unsinn wie darauf zu warten, bis Gesetzgeber „unschädliche“ Grenzwerte für Schadstoffe festlegen oder Wirtschaftskriminelle „effektive“ Verkehrssysteme planen. Es ist absurd zu glauben, dass Autohersteller

ökologisch vernünftige Fahrzeuge bauen. Es ist sinnlos, darauf zu warten, bis staatlich subventionierte Kohlestromer mit einer „Energiewende“ beginnen.

Es ist sehr schwer, ein verantwortungsvolles Umweltbewusstsein oder Konsumverhalten zu entwickeln, in einer kritiklosen Leistungsgesellschaft, die nur Wirtschaftswachstum propagiert und Wegwerfmentalität fördert. Welche Konsequenzen daraus gezogen werden, bleibt immer eine persönliche Entscheidung, abhängig vom Bewusstseinszustand jedes einzelnen Menschen. Ihre Kaufentscheidungen treffen Sie selbst. Ob es um Autos, Urlaub, Lebensmittel oder Klimakiller geht, ist im Prinzip egal. Wir alle sind nicht nur an Kohlendioxid Emission beteiligt.

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

594. Bremer Montagsdemo am 21. 11. 2016

Beitragszahler tragen Kosten, die über Steuergeld zu finanzieren wären



1. Ein Aufruf zur Gegenwehr: **Überprüfungsanträge** nach § 44 SGB X sind in diesem Jahr noch für die Zeit ab 1. Januar 2015 möglich! Schenkt euch selbst „Gegenwehr“ zu Weihnachten: Den Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft sparen, abgelehnte Anträge wieder aufleben lassen, Kürzungen durch Sanktionen zurückholen und alles, was euch verwehrt wurde! Zeigt, dass ihr lebt! Es lohnt sich!

Es geht allein in Bremen für 2015 um über fünf Millionen Euro.

Hierzu noch ein paar Hinweise und Anregungen – die Verwertungsmöglichkeit ist auf der Seite zur 593. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Es ist ruhig geworden um die „Kleinigkeit“ der Kostenpauschale von 20 Euro plus Fahrtkosten. Sie kann für jeden gewonnenen Widerspruch vom (No-)Job-Center angefordert werden, siehe 470. Bremer Montagsdemo: „Hiermit beantrage ich die Erstattung der Kostenpauschale für meinen Widerspruch vom ... sowie die entstandenen Fahrtkosten“. Der Antrag kann noch für alle gewonnenen Widersprüche ab 1. Januar 2015 gestellt werden.

Oftmals werden Begründungen für abgelehnte Widersprüche mit Verwunderung gelesen: Es handelt sich klar ersichtlich um einen Pauschaltext, der an der tatsächlichen Sachlage vorbeigeht. Warum? Auch dies steht auf der Seite zur 470. Bremer Montagsdemo: Sobald ein Bearbeitungsstau im (No-)Job-Center entsteht, greift die Quotierungsregel. Danach sind 70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen! Oftmals knickt das (No-)Job-Center dann bei der Klageerhebung ein: Der Kläger erhält, was er wollte, und das Gerichtsverfahren ist erledigt.

Dennoch entsteht somit ein unnötiger Verwaltungsaufwand. Das (No-)Job-Center reagiert ganz anders als das Finanzamt. Wenn sich dort die Steuererklärungen stauen, wird die „Grüne Woche“ eingeleitet, und alle Steuerbescheide

werden ohne Prüfung der Erklärung erstellt. Somit werden 100 Prozent der angestauten Anträge oder Steuerklärungen positiv bewilligt!

Wer einen Riester-Vertrag hat, erhält auf Antrag Zulagen. Die Bewilligung dieser Zulagen wird nachträglich geprüft und eventuell rückgängig gemacht. Der Mensch wird nur im Kontoauszug informiert, es gibt keinen entsprechender Brief oder Bescheid – nachzulesen auf der Seite zur 453. Montagsdemonstration (Abschnitt 2).

Wer wegen einer Nebentätigkeit nur vorläufige Bescheide erhalten hat, sollte nach wenigen Monaten die Überprüfung der Abrechnung beantragen, spätestens aber, wenn die Beschäftigung Vergangenheit ist. Auf der Seite zur 580. Bremer Montagsdemo steht auch, wie vorläufige Bescheide vermeidbar sind.

Das Bremer (No-)Job-Center konnte Fördermittel nicht zugunsten der Erwerbslosen einsetzen. Wer eine Weiterbildung, Umschulung oder Ausbildung beantragt und nicht erhalten hat, sollte dies hinterfragen.

2. Wer über einen längeren Zeitraum von Arbeitslosengeld II leben muss, hat wahrscheinlich auch im Alter nur die Grundsicherung zur Verfügung. Die prozentuale Altersarmut kann nur bezogen auf die Neurentner ermittelt werden. Die Bestandsrentner mit Rentenbeginn vor dem Jahr 2000 hatten wesentlich höhere **Renten**. Diese werden nicht angetastet. Wer nun *alle* Rentner als Bezugsgröße für die Altersarmut nimmt, findet sich wieder im „Das Land der Lügen“, nachzulesen auf der Seite zur 565. Bremer Montagsdemonstration.

Seit 2000 werden neu bewilligte Renten nach der geänderten Rentenformel ermittelt. Dadurch fällt bei gleicher Lebensleistung die Rente heute um über 25 Prozent niedriger aus, siehe 452. Bremer Montagsdemo. Erschwerend kommt hinzu, dass die aktuelle Lebensleistung sinkt, denn Teilzeitverträge und Leiharbeit sowie Tarifflicht der Arbeitgeber gehen einher mit niedrigeren Bruttolöhnen und damit geringerer Lebensleistung, siehe 464. Bremer Montagsdemo.

Besonders betroffen sind Erwerbslose. Für ALG-II-Betroffene werden überhaupt keine Beiträge für die Rentenversicherung mehr gezahlt. Wenn auch die zuvor gezahlten Rentenbeiträge viel zu niedrig waren, so wirkten doch die Ausfallzeiten rentenerhöhend, und eine Kur und die anderen besonderen Leistungen der DRV konnten beantragt werden. Noch ausgegrenzter sind die Arbeitnehmer(innen), die in Werkverträge gezwungen werden. Sie sind plötzlich selbständig und ohne jedwede soziale Absicherung, siehe 586. Bremer Montagsdemo.

Aktuell wird wieder am „Drei-Säulen-Modell“ für die Alterssicherung gebastelt. Es geht leider weiter in die Sackgasse – zielgerichtet in die Altersarmut oder auch in die vorherige Ausgrenzung durch Schicksalsschläge, die in den Zusatzversicherungen nicht abgedeckt sind. Es geht anders!

Die ZDF-„Zoom“-Sendung „Das Rentendebakel“ wird wie folgt angekündigt: „Gesetzliche Rente, Riester-Modell und Betriebsrente: Die drei Säulen der Altersvorsorge haben tiefe Risse. Nur 47 Prozent der Geringverdiener haben überhaupt eine Betriebsrente. Die Regierung will dies ändern und neue Anreize für Unter-

nehmen schaffen, eine Betriebsrente einzurichten. Dazu soll es unter anderem staatliche Zuschüsse geben.

Gerade Minijobber oder Geringverdiener haben ein Problem, sich zusätzlich noch fürs Alter abzusichern. Es droht die Altersarmut. Um die Versorgungslücke zu schließen, sollen künftig mehr Menschen in eine Betriebsrente einzahlen. Eine Befreiung von Steuern und Sozialabgaben ist im Gespräch. Auch sollen die Unternehmen in Zukunft nicht mehr garantieren müssen, wie hoch die Betriebsrente sein wird. Mit einem Zuschuss von 144 Euro pro Jahr will man einen zusätzlichen Anreiz schaffen.

„ZDF Zoom“ nimmt die Pläne der Bundesregierung unter die Lupe und geht der Frage nach: Kann die geplante Rentenreform die Versorgungslücke schließen, oder ist sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein? Der Autor der Dokumentation, Detlef Schwarzer, trifft Menschen, die von Altersarmut und einer zu niedrigen Rente betroffen sind, sowie Unternehmer, die durch die hohen Betriebsrentenzahlungen Insolvenz anmelden mussten.“

Die Dokumentation vergleicht die Renten in Österreich und in Deutschland. Österreich hat sich auf die gesetzliche Rente konzentriert und weitere Berufsgruppen, zum Beispiel Selbständige, „verbeitragt“. Der Vergleich bei gleicher Versicherungszeit, gleichem Lebensalter und annähernd gleichem Verdienst und Rentenbeginn zeigt, dass in Österreich an Altersrente 3.500 Euro (14 Monatszahlungen zu 3.000 Euro), bei uns 2.100 Euro (zwölf Monatszahlungen) zu erwarten sind, nach 45 Jahren Arbeit!

In Österreich zahlen die Arbeitgeber einen höheren Beitragsanteil. Die Unterschiede sind ab Minute 25:30 zu sehen. Die OECD hat die zukünftigen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungen ermittelt. Es sind für Österreich 78,1 Prozent, für Deutschland 37,5 Prozent! Trotzdem will die Bundesregierung an den „drei Säulen“ festhalten und damit die gesetzliche Rente schwächen (Minute 15:00). Die Änderung der Betriebsrenten soll die Verpflichtung der Arbeitgeber zur garantierten Rentenhöhe beseitigen.

Im deutschen „Drei-Säulen-Modell“ ist eine auskömmliche Alterssicherung sehr teuer und trotzdem lückenhaft im Vergleich zur Deutschen Renten-Versicherung. Insgesamt muss ein Arbeitnehmer bei uns wesentlich mehr Geld aufwenden, um eine zusätzliche Alterssicherung aufzubauen. Das Niveau der Österreicher kann sich fast niemand leisten. Die Förderung der Riester-Rente erhöht aber zielsicher die Gewinne der Versicherungskonzerne. Dies hat die Bundestagsfraktion „Die Linke“ hinterfragt und war mit der Antwort nicht zufrieden. Die Riester-Rente war schöngerechnet! Die ergänzende Antwort geht darauf ein.

In der Dokumentation „Das Rentendebakel“ ist bei Minute 4:56 zu hören, warum den Rentnern 2004 ungefragt Geld weggenommen wurde. Eine komische Rechtfertigung! Auch die bestehenden Ungereimtheiten werden offengelegt, zum Beispiel bei Minute 6:32. Die Krankenkassenbeiträge wurden für die Auszahlung von Betriebsrenten als Lebensversicherungen nachträglich per Gesetz verfügt. Zu zahlen sind Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile von den Versicherten.

Aktuell sind bei einer Gehaltsumwandlung die umgewandelten Lohn- oder Gehaltsanteile steuer- und sozialversicherungsfrei. Der Arbeitgeber spart somit seinen Anteil zur Sozialversicherung. Deshalb sinkt durch eine Gehaltsumwandlung der Rentenanspruch des Arbeitnehmers. Dieser Verlust an Rentenansprüchen kann höher sein als der Ertrag aus der Lebensversicherung. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ kann dies verlässlich prüfen. Die „böse Falle“ der Entgeltumwandlung ist eine Erfahrung aus der Beratung. Im Land Bremen kooperieren die „Verbraucherzentrale“ und die „Arbeitnehmerkammer“ hierbei.

Weiter mit dem „Rentendebakel“: Selbst im Vergleich mit einem normalen Banksparrplan fällt die Betriebsrente „hinten runter“ und ist „zur Alterssicherung nicht geeignet“ (Minute 9:40), wenn der Arbeitgeber sie nicht mit Zusatzleistungen unterstützt. Der Beitrag zeigt auch auf, dass aktuell Arbeitgeber versuchen, ihre Zusagen zur Betriebsrente zu reduzieren, und dass eine Betriebsrente einen Betrieb in die Insolvenz treiben kann.

Hinzu kommen die Leistungsreduzierungen durch Satzungsänderungen der Leistungserbringer, also der Versorgungskassen. Die Insolvenz eines Betriebes führt aber nicht zum Verlust der Betriebsrente: Der „Pensionssicherungsverein“ übernimmt die Zahlungsverpflichtung. Alle Betriebe mit eigener Pensionskasse sind darin zwangsweise Mitglied. Es sind aber Deckungslücken vorhanden.

Wie der Arbeitnehmer trotzdem an seine Betriebsrente kommt, beschreibt ein Artikel der „Süddeutschen“. Die Gehaltsumwandlung verringert auch den Anspruch auf Kranken-, Arbeitslosen-, Mutterschafts- oder Insolvenzausfallgeld, also bei allen Lohnersatzleistungen. Die Beiträge zur Lebensversicherung sind auch zahlbar, wenn kein Lohn- oder Gehaltsanspruch besteht. Eine Ruhendstellung erzeugt Minderleistung, reduzierte Beiträge ebenfalls. Die Einstellung der Beitragszahlung *ohne* Vereinbarung mit dem Anbieter ist die schlechteste Variante.

Auch die ARD hat über dieses Thema berichtet: „Trotz Arbeit kaum Rente: Wem droht die Altersarmut?“. Im Artikel zur Sendung heißt es „Viele ahnen nicht, wie groß die Not vieler Rentner und Rentnerinnen wirklich ist. Schon heute kämpfen viele täglich um das finanzielle Überleben. Wissenschaftler warnen jetzt, dass sogar heutige Durchschnittsverdiener später arm sein werden.“

Die ARD hinterfragt die Altersarmut und betrachtet die weitere Entwicklung. Aktuell beziehen 540.000 Menschen Grundsicherung. Professor Stefan Sell sieht eine hohe Dunkelziffer, denn die Menschen möchten ihre Armut nicht offenlegen. Er geht von 1.400.000 tatsächlich Bedürftigen aus. Die gesetzliche Rente wird weiter sinken. Wer weniger als der Durchschnittsverdiener erhält, ist im Alter arm. Der Durchschnittsverdiener hat ein monatliches Einkommen von 3.004 Euro brutto. Das bedeutet, die Grundsicherung muss kurzfristig circa zehn Millionen Menschen auffangen. Einfach unwürdig! Gezeigt wurde ein Mensch, der nach über 40 Jahren Erwerbstätigkeit 900 Euro Rente erhält.

3. Die Bundesregierung will in den Gesundheitsfonds hineinlängen, berichtete der „Tagesspiegel“ Mitte Juni. Inzwischen ist dies geschehen. Zuerst kam dazu die

Nachricht vom Bundesversicherungsamt: Im Jahr 2017 bleiben die Krankenkassenbeiträge stabil. Im Anschluss erfolgte die Meldung des Bundesgesundheitsministeriums: Die gesetzlichen **Krankenkassen** erhalten zusätzliche Unterstützung von 1,5 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds für die medizinische Versorgung der Flüchtlinge. Damit tragen die Beitragszahler Kosten, die über Steuergeld zu finanzieren wären.

Weitere Kritik kommt von den Grünen. Ein Beitrag der „Tagesschau“ benennt auch den tatsächlichen Sachverhalt. Der „Tagesspiegel“ schreibt, „dass für die hohen Fondsreserven im Vorjahr erstmals Negativzinsen fällig waren, immerhin 1,8 Millionen Euro“. Eine Ungeheuerlichkeit! Alle Krankenkassen erheben Zusatzbeiträge, aber für die Geldweiterleitung werden Negativzinsen akzeptiert, und die Überschüsse werden für steuerrelevante Aufgaben abgezweigt, wie 2004 mit vorgeschobener Begründung zur Entlastung des Steuersäckels. Eines wird nebenbei klar: Die Krankenkassenbeiträge für ALG-II-Betroffene sind wesentlich niedriger als die Beiträge von Arbeitnehmern. Sie sind einfach zu niedrig!

4. Es wird alles anders! Die Digitalisierung wird auch „Industrie 4.0“ genannt – eine Untertreibung, denn sie erfasst *alle* Bereiche unserer Gesellschaft und reduziert die Arbeitsmöglichkeiten erst einmal um 50 Prozent. Danach geht es langsamer voran, siehe 586. Bremer Montagsdemonstration. Die Herausforderung ist zu meistern, wenn jede Entscheidung und Veränderung wirklich sozial erfolgt. Dass Personalabbau „sozialverträglich“ erfolge, ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen! Wichtig für den Umbau der Gesellschaft ist die finanzielle Absicherung. Schon lange moniert der Bundesrechnungshof, dass die **Steuern** nicht verlässlich erhoben werden.

Eine Hammermeldung aus dem „Weser-Kurier“: „Chemieriese soll bei Steuern kräftig getrickst haben. Im Fall von BASF Niederlande B.V., einem Ableger des Mutterkonzerns in Ludwigshafen, konnte das Unternehmen mit einem Gewinn von 1,2 Milliarden Euro im vergangenen Jahr seine Steuerlast auf 0,035 Prozent drücken. Das Unternehmen strebe im Rahmen der geltenden Steuergesetze die Reduzierung dieses Kostenfaktors an, im Interesse der Anteilseigner. In fünf Jahren (der Untersuchungszeitraum beschränkte sich auf die Jahre 2010 bis 2014) belief sich diese Reduzierung auf 923 Millionen Euro.“

Es ist ein weiterer Beweis, dass weder das Finanzamt noch die Mitarbeiter(innen) angemessen am Unternehmensgewinn teilhaben. Es gibt in Panama milliardenschwere „Briefkästen“. Luxemburgs Sondervereinbarungen führen zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe. Es ist legaler Betrug, die Steuerbetrüger fühlen sich nicht schuldig. Es fehlt das soziale Gewissen. Die Finanzminister reden schon lange, aber die Taten fehlen. Wenn eine Entscheidung getroffen wird, geht die Steuerlast nach unten – egal, welche Auswirkungen dies hat.

Die EU hat die Griechen wegen der steuerlichen Sonderregelung für Reeder scharf kritisiert. Deutschland hat aktuell die Reeder nochmals entlastet. Diese Nachricht zeigt den Druck auf die Politik, Arbeitsplätze auch mit viel Geld

für die Unternehmer zu erhalten. Aus diesen Sumpf würde eine Grundsicherung trockenlegen.

5. Auch in der Hansestadt reicht das Geld nicht. „Bremen wird Freiheiten gewinnen“, hieß es am 10. November 2016 im „Weser-Kurier“, am Folgetag: „Bürgermeister Sieling sieht historische Chance“. Der Streit der Länder mit dem Bund ist beigelegt. Bremen erhält mehr Geld und Planungssicherheit – ab 2020. Was gilt bis dahin? Das Problem der Altschuldenlast wurde nicht gelöst.

Nicht gesagt wurde, dass den größten Grund zum Feiern die Bayern erzielt haben. Der Freistaat muss kein Geld mehr in den **Länderfinanzausgleich** zahlen, auch die anderen Geberländer nicht. Zahlen wird künftig der Bund. Ob die Verfassungsgarantie der gleichen Lebensbedingungen für alle Bürger dabei beerdigt wurde, darüber gibt es unterschiedliche Aussagen. Der Bundesfinanzminister macht die künftigen Zahlungen von der Schuldentilgung abhängig. Bremen sieht dies anders.

Überschriften wie „Bremen nimmt mehr Steuern ein“, „Finanzsenatorin will Neuverschuldung senken“ oder „Senatorin fordert viel mehr Geld für Bildung“ machen klar: Das Geld reicht nicht! Das gute Ergebnis ist nicht bedarfsgerecht!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Einwanderungspolitik?

Zur Kritik an Donald Trump und anderen „Rechtspopulisten“: Trump hätte ich auch nicht gewählt. Es ist schon bizarr, wenn viele seiner Wähler vor laufenden Kameras angeben, dass sie die Mieten in den Metropolen selbst mit zwei Vollzeitjobs nicht mehr zahlen können, aber dann ausgerechnet einen durchgeknallten Immobilienmogul wählen! Trump ist allerdings auch ein Geschöpf der Massenmedien, die mit der ständigen Berichterstattung seiner Ausfälle erst dafür gesorgt haben, dass er überhaupt zum letzten Kandidaten der Republikaner wurde. Trump hat allerdings nur wenig gemein mit der FPÖ, Ukip oder Wilders, die ja viel sozialer ausgerichtet sind als er.

Diesen Aufschwung der vermeintlichen Rechtspopulisten hätte es gar nicht gegeben, wenn „Die Linke“ eine realistische Asyl- und Einwanderungspolitik vertreten würde. Wer ständig weitere Zuwanderung fordert, bei begrenztem Wohn-

raum, einer völlig überlasteten Bürokratie und nicht unendlichen finanziellen Mitteln, ist doch der beste Wahlkampfshelfer für die AfD und Konsorten! Da die europäische Linke, vielleicht Schweden und Irland mal ausgenommen, nicht lernfähig zu sein scheint, wird der Durchmarsch der „Rechtspopulisten“ eben weitergehen.

Zuschrift von Christian König



Ich fürchte auch, dass der Durchmarsch der Rechtspopulisten weitergehen wird – gerade weil durch diese Rechtspopulisten ein falsches Bild vermittelt wird. Es kann nämlich keine verfehlte Einwanderungspolitik geben, da es überhaupt keine Einwanderungspolitik gibt. Was es gibt, ist Emigration aus Ländern, in denen Krieg herrscht; diktatorische Regime, die Andersdenkende verfolgen, verhaften, foltern oder hinrichten; und arme Länder, in denen es geringe (Über-)Lebensperspektiven für ihre Einwohner gibt.

Für diese Immigranten gibt es zwei Aufenthaltsperspektiven in Deutschland. Kriegsflüchtlinge stehen unter dem Schutz der

Genfer Konvention. Jeder Signatarstaat ist in der Verpflichtung, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, so auch die Bundesrepublik Deutschland. Ist die kriegerische Auseinandersetzung beendet, folgt in der Regel die Abschiebung.

Die zweite Möglichkeit ist der Asylantrag. Hier wird in der Regel den meisten Anträgen nicht stattgegeben. Es gibt da eine Liste von „sicheren Ländern“. Wer aus einem dieser Länder kommt: Abschiebung. Wer über „sichere“ Drittländer einreist: Abschiebung. Es gibt also den Aufenthaltsstatus für Kriegsflüchtlinge oder Asylanten. Einen Status als Einwanderer gibt es nicht. Wo ist hier also Einwanderungspolitik?

„Die Linke“ hat nie etwas anderes gefordert als die Beendigung der Waffenexporte und Nato-Einsätze, ohne die es weit weniger destabilisierte Länder und Kriegsflüchtlinge sowie Wirtschaftsemigration gäbe. Frau Merkels Politik, die hohe Immigrationswelle des Jahres 2015 erst einmal zuzulassen, diene lediglich der Prämisse, die Lage unter Kontrolle zu halten. Bilder wie etwa an der griechisch-makedonischen Grenze hätten an der deutschen Grenze die Bundesregierung zu Fall gebracht.

Es war bloße Taktik, erst einmal alle einreisen zu lassen und in Unterkünften zu verteilen. So hatte man die Lage unter Kontrolle. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass nach und nach abgeschoben wird. Innenminister de Maizière hat unlängst geäußert: „Hier gibt es keine Arbeitsplätze und keine Wohnungen“. Bilder von Abschiebeereignissen aus Griechenland dienten dem Zweck der Ab-

schreckung. Das Ausländerrecht wurde weiter verschärft und somit auch die Kriterien für einen Aufenthaltsstatus.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Faschismus ist fast zwangsläufig: Wenn die Deklassierten das Gefühl haben, sie werden nicht mehr politisch vertreten („*Ad sinistram*“)

Wieder einmal nur „heiße Luft“ beim Klimagipfel in Marrakesch



Am letzten Freitag ging der zehntägige „UN-Klimagipfel“ in Marrakesch zu Ende. Die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks sieht in den Ergebnissen ein „wichtiges Signal“. Auch etablierte Umweltorganisationen sind teilweise voll des Lobs. So spricht „Germanwatch“ von einem „starken Schritt voran“. Worin soll der bestehen? In Marrakesch wurde genauso wenig Verbindliches und Wesentliches beschlossen wie 2015 mit dem Klimavertrag von Paris. Es gab wieder einmal nur „heiße Luft“ wie auf den 21 Weltklimakonferenzen zuvor.

Gefeiert wird jetzt, dass sich die rund 200 Teilnehmerstaaten auf einen „Fahrplan“ zur Umsetzung des Pariser Abkommens geeinigt haben. Dieser besteht allen Ernstes darin, dass 2017 die Umsetzung der „freiwilligen“ Ziele „überprüft“ und 2018 eine „Bilanz“ gezogen werden soll. Ein Spiel, das beliebig fortgesetzt werden kann! Man stellt dann überrascht fest, dass die freiwilligen Ziele leider nicht erreicht werden konnten – wahrscheinlich weil sie „zu ambitioniert“ waren. Dann wird man neue „freiwillige Ziele“ aufstellen – wieder mal ohne verbindliche Konsequenzen und ohne Strafen.

So bleibt alles beim Alten, weil die Profitwirtschaft als Hauptursache von den Regierungen niemals angegriffen werden wird. So rast unser Planet Erde immer schneller auf die globale Klima- und Umweltkatastrophe zu. Die Schaumschlägerei der Bundesregierung ist typisch: Da wird großspurig „auf fossile Energien verzichtet“, aber erst bis 2050 – also viel zu spät. In dem kurz vor Marrakesch beschlossenen „Klimaschutzplan 2050“ hat die Bundesregierung alle noch so harmlosen Ziele zur Einschränkung der Kohleverstromung oder des Kohlendioxidausstoßes auf den Straßen wieder gestrichen.

Wirtschaftsminister und SPD-Chef Gabriel hat sich wieder als Schutzpatron für die Kohlelobby erwiesen. Er hat mit Zustimmung der Kanzlerin alle Passagen

im deutschen Klimaschutzplan streichen lassen, die den Bau neuer Kohlekraftwerke und die Erweiterung des Braunkohletagebaus ausschließen wollten. Dadurch wird der selbsternannte Klimaschutz-Musterschüler Deutschland sein Ziel, bis 2020 rund 40 Prozent weniger Treibhausgase auszustoßen, total verfehlen. Es geht sogar in die andere Richtung – statt einer Abnahme des Treibhausgasausstoßes gab es 2015 wieder einen *Anstieg* der Kohlendioxidemissionen!

Dass sich die USA unter dem zukünftigen ultrareaktionären, faschistoiden Präsidenten Donald Trump voraussichtlich ganz aus dem Prozess der Weltklimakonferenz verabschieden werden, hat die Veranstaltung über Tage gelähmt. Mehr als beschwörende Appelle folgten nicht daraus. Als Nachfolger, der die „Lücke“ der USA ausfüllen könnte, machte die Weltklimakonferenz ausgerechnet China aus. Genauso wie die USA zählt China nach wie vor zu den weltweit größten Kohlendioxidverpestern.

Zur Erfolgsmeldung hochgespielt wird die Ankündigung aus Marrakesch, dass 45 Länder „komplett auf Kohle, Öl und Gas verzichten“ wollen. Es handelt sich dabei um die ärmsten Länder aus Afrika, Asien, der Karibik und der Südsee – also um genau jene Länder, die bisher schon kaum etwas zur Klimaerwärmung beitragen, aber mit Dürren und Überschwemmungen, Hunger und Not mit am meisten von den Folgen betroffen sind. Die Hauptverursacher in den führenden Industrieländern sichern sich dort neue Absatzmärkte für ihre Technologie zur Erschließung erneuerbarer Energien. Das ist auch der Inhalt der von der Bundesregierung angekündigten „Partnerschaft“ mit solchen Ländern.

Die erneute Farce des Klimagipfels von Marrakesch wurde in vielen Ländern beim Weltklimatag am 12. November 2016 entlarvt, verbunden mit Diskussionen über den notwendigen Kampf zur Rettung der Umwelt. In Deutschland haben sich dazu in verschiedenen Städten kämpferische Kräfte aus der Umwelt-, Arbeiter-, Frauen- und internationalen Bewegung zusammengeschlossen. Auch hier in Bremen gab es bei klirrender Kälte eine Protestaktion eines Bündnisses zur Rettung des Klimas, die für Aufsehen und Zustimmung sorgte.

In Marrakesch demonstrierten Delegationen der revolutionären Weltorganisation ICOR zusammen mit Klimaaktivisten aus der ganzen Welt. Es gab viele Diskussionen über die Ursachen der fortschreitenden Umweltzerstörung und über gesellschaftsverändernde Auswege. Das Bewusstsein und die Zusammenarbeit zum Aufbau einer weltweiten Widerstandsfront zur Rettung unserer Umwelt ist gestiegen. Das ist der entscheidende Weg!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die „Stadtfrauenkonferenz“ lädt ein zur **Kundgebung** zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am **Freitag, dem 25. November 2016**, um **17 Uhr** in der **Sögestraße** (bei den „Schweinen“). – Ab **18 Uhr** gibt es einen **Soli-Basar** für **Kuba** in der **Zionsgemeinde**.

Die „Kuba-Initiative“ möchte am **Montag, dem 28. November 2016**, um **13 Uhr** am **Theaterplatz** des verstorbenen Revolutionsführers **Fidel Castro** gedenken.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

595. Bremer Montagsdemo

am 28. 11. 2016

In Deutschland herrscht Betrug, in der Türkei schon offene Gewalt



Volkswagen will 30.000 Stellen streichen, davon 23 000 in Deutschland, und zwar „sozialverträglich“ laut Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Die 5.700 Leiharbeiter, die in Wolfsburg entlassen werden sollen, sind dann wohl keine Menschen? Und was heißt schon „sozialverträglich“? Die Leute werden in die Rente gedrängt oder mit Abfindungen geködert, ausscheidende Kollegen nicht ersetzt – und wo bleiben die Arbeitsplätze für unsere Jugend? Die Arbeitsplätze fehlen, auch wenn sie durch Regelungen wie Vorruhestand abgebaut werden!

Arbeiter sollen „die Suppe auslöffeln“. Die kriminellen Betrüger an der Konzernspitze hingegen, die Mitverantwortung für den Tod von Zehntausenden durch Stickoxide und Feinstaub tragen und Gott und die Welt bewusst betrogen haben, stopfen sich mit fetten Boni den Rachen voll. Nicht nur die verantwortlichen Topmanager, auch die Inhaber von VW, allen voran die Familien Piëch und Porsche, die über 50 Prozent der Aktien halten, sollen mit ihrem Privatvermögen haften – und die überführten Betrüger gehören in den Knast!

Aber dieses System, wo sich die Monopole den Staatsapparat vollständig untergeordnet haben und mit seinen Organen verschmolzen sind, bestraft nur die „Kleinen“. Durch sogenannte Cum-Ex-Geschäfte wurden bis 2012 mindestens zehn Milliarden Euro „legal“ hinterzogen – mit Wissen von Schäuble, der nichts dagegen unternahm. Kurz vor Auszahlung der Dividende haben deutsche Geldhäuser wie Deutsche Bank, SEB oder Citicorp Aktienpakete an ausländische Banken ausgeliehen und sich von der Kapitalertragsteuer entlasten lassen. Anschließend nahmen die Gauner die Aktienpakete wieder zurück und teilten sich die entzogene Steuer.

Jetzt wurde bekannt: Im Finanzministerium gab es einen Spion, Handlanger und Strohhalm der Banken, der die maßgeblichen Gesetze ausarbeitete, dafür fürstlich entlohnt wurde und jetzt einen hohen Posten im Bankenverein bekleidet. Das nur zum Thema „Staatsmonopolistischer Kapitalismus, oder: Wer gibt hier

den Ton an?“ Dieses System hat nicht etwa ein paar „Schwachstellen“, es ist durch und durch korrupt und verbrecherisch – nur überwiegt in Deutschland noch der Betrug, nicht die offene Gewalt.

Das ist in der Türkei inzwischen anders. Ein Jahr nach dem verheerenden Bergwerksunglück mit über 300 Toten gibt es dort schon wieder mindestens vier Tote und weitere zwölf Verschüttete in einem Kupferbergwerk. Erneut war nicht die Natur in Gestalt eines Erdrutsches schuld, sondern die grob fahrlässige Missachtung von Sicherheitsmaßnahmen: Um mehr zu fördern und mehr Profit zu machen, wurden im Schrägbau statt 45 Grad fast 90 Grad Neigung erreicht. Arbeiter wurden nach dem Unglück nicht befragt, alles soll wieder vertuscht werden. Eine kritische Journalistin, die im Auftrag des WDR berichten wollte, wurde gleich eingebuchtet.

Es werden immer mehr Menschen in der Türkei verhaftet, nach zahlreichen Politikern der oppositionellen HDP jetzt auch acht Musiker von „Grup Yorum“. Die Folk-Sängerin Joan Baez kommentierte: „Der eigentliche Grund für ihre Verhaftung ist, dass ihre Musik und Arbeit Menschen berührt, mobilisiert und ermutigt, und die Tatsache, dass sie in ihren Gedanken gerecht sind. Ihr sollt weiterhin mutig sein! Ich werde auch eure Geschichte erzählen, während ich singe. Ich danke euch für eure Opfer!“

Inzwischen wurde auch gegen Salih Muslim, den Co-Vorsitzenden der kurdischen Partei PYD in Syrien, Haftbefehl erlassen. In Deutschland spitzeln türkische Agenten unbehelligt hinter ihm und anderen her. Neulich wurde ein Foto aufgenommen, als sich die „Linken“-Abgeordnete Sevim Dagdelen im Bundestag mit Salih Muslim unterhielt. Die CDU beteiligt sich an der Hetze gegen kurdische Politiker in Bremen, hinter denen bereits ein türkisch-faschistisches Mordkommando her ist. Am 17. Dezember 2016 spricht Salim Muslim bei einer Veranstaltung des „Internationalistischen Bündnisses“ und der MLPD in Gelsenkirchen (Horster Mitte, 18:30 Uhr). –

Vor einer Woche gab es erneut ein schweres Seebeben der Stärke 7,4 vor Fukushima mit einer Tsunami-Welle von anderthalb Metern Höhe. Angeblich entstanden keine „größeren“ Schäden an der Ruine, „nur“ die Stromversorgung eines Abklingbeckens war eine Zeitlang unterbrochen. Jederzeit sind erneut schwerste Atomkatastrophen möglich! In Tschernobyl wurde nun die neue Stahlhülle über den Sarkophag geschoben. 100 Jahre soll sie halten, aber die dortige Ruine wird noch Jahrtausende strahlen. Die Kosten belaufen sich schon jetzt auf zig Milliarden, die Katastrophe hat bereits zigtausende Tote gefordert. Wir fordern deshalb: Atomkraftwerke abschalten, sofort, weltweit, für alle Zeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Bitteres Armutszeugnis“: Betriebsrat lässt Bodenpersonal gegen streikende Lufthansa-Piloten und für „notwendigen Konzernumbau“ demonstrieren
(„Spiegel-Online“)



JAHRESABSCHLUSSFEIER am 19. DEZEMBER 2016

nach der **598.** Montagsdemo ab 18:30 Uhr



im:

*Freizeitheim Buntentor,
Geschwornenweg 11,
zu erreichen mit der Linie 4
Haltestelle Rotes Kreuz
Krankenhaus*

Wie immer gibt es
Glühwein und Plätzchen



Es werden noch
Helfer/Spender für
Salat gesucht ...

und Beiträge für
Kulturelles
(Lieder, Sketche)

**Liebe Aktive/Mitstreiter, Kolleginnen und Kollegen,
Arbeitende und Arbeitslose,
der Widerstand gegen Hartz IV geht auch nach der
598. Montagsdemo weiter. Wir streiten gegen
Sanktionierungen/Schikanierungen/Vorurteile und
gegen Arbeitslosigkeit sowie gegen Armut v. a.
Kinderarmut, Neonazismus, für Umweltschutz, Solidarität
und eine lebenswerte Zukunft!**



V i. S. d. P.: Initiative Bremer Montagsdemo hier vertreten durch Wolfgang Lange

<http://www.bremer-montagsdemo.de>

Sozialleistungen gestrichen: Wenn man aus EU-Bürgern Zigeuner macht, dann zelten sie im Park und essen Schwäne („Die Welt“)

Am **Mittwoch, dem 30. November 2016**, beginnt um **19:30 Uhr** im **Foyer des Theaters am Goetheplatz** die Veranstaltung **„Kaputtalismus – vom Anfang und Ende des Kapitalismus“** mit **Ulrike Hermann** in Zusammenarbeit mit der **„Heinrich-Böll-Stiftung“**. Der Eintritt ist frei.

„Ein Jahr Gefängnis“ für Nationalismus-Kritik: Statt sich mit realen Problemen zu befassen, haut Dagobert Trump jeden Tag neuen Quatsch raus („*Spiegel*“)

Dauersanierungsfall: Für „Stuttgart 21“ wird ein Tunnel durch Gips gebohrt, der bei Berührung mit Wasser aufquillt („*Tagesschau*“)

Ätschi-bätschi: Hanni Kraftlos weiß schon, wer SPD-Vizekanzlerkandidat wird, „aber ich sage es nicht“ („*Focus*“)

Die Hungerpille: Professor Neidknochen ist ganz entsetzt über die zunehmende Teuerung der Lebensmittel (*Wilhelm Busch*)
www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

596. Bremer Montagsdemo am 05. 12. 2016

Es wird eng für die Bahn – sofortiger Baustopp von „Stuttgart 21“!



Dass „Stuttgart 21“ ein Milliardengrab werden wird, darauf ist von den Gegnern dieses gigantischen Tiefbahnhofprojekts von Anfang an hingewiesen worden. Sie bekamen nun unerwartet Bestätigung vom Bundesrechnungshof. Ihm zufolge werden die zu erwartenden Kosten auf circa zehn Milliarden Euro steigen. Der Volksentscheid zu „Stuttgart 21“ fand 2011 auf der Grundlage statt, dass die Deutsche Bahn versichert hatte, der Kostenrahmen von 4,5 Milliarden Euro werde nicht überstiegen werden.

De facto wird diese Summe aber bereits 2019 aufgebraucht sein.

Bahn-Chef Rüdiger Grube wird deshalb voraussichtlich das Land Baden-Württemberg auf weitere Zahlungen verklagen. Würde ein Gericht die gleiche Kostenverteilung wie bisher ansetzen, müssten Land und Stadt noch 3,547 Milliarden Euro beisteuern. Kommt der Bahn-Chef mit seiner Klage nicht durch, werden die Gelder innerhalb der Bahn so umverteilt, dass notwendige Reparaturen und der Ausbau an anderer Stelle auf der Strecke bleiben. Bezahlen sollen auf jeden Fall die Steuerzahler. Nicht mit uns!

Nach der letzten Aufsichtsratssitzung hatte die Bahn vollmundig behauptet, ihre ohnehin längst nicht mehr wirtschaftliche Kosten- und Terminplanung sei gutachterlich voll und ganz bestätigt worden. Aber jetzt wissen wir: Das Gegenteil ist der Fall. Das eigene Gutachten der Bahn stellt für „Stuttgart 21“ ein verheerendes Zeugnis aus. Wie nun bekannt wurde, kann der geologische Untergrund Stuttgarts bei der unvermeidlichen Berührung mit Wasser so sehr aufquellen, dass möglicherweise Teile der 60 Kilometer Tunnelstrecke noch während der Bauzeit erneuert werden müssen, weil ständig Schäden durch unkontrollierbare Hebungen entstehen können.

Im Gutachten heißt es: „Zusammenfassend stellen wir fest, dass es für Tunnel in Anhydrit keine bautechnische Lösung gibt, welche eine risiko- beziehungsweise unterhaltfreie Nutzungsdauer über Jahrzehnte zuverlässig sicherstellen kann. Es besteht ein im Ingenieurbau unüblich großes Risiko für die Betriebstauglich-

keit.“ Die Medien bis hin zur „Tagesschau“ zeigen sich entsetzt, was die Bahn da an Risiken zu verheimlichen versucht hat: „Stuttgart 21‘ könnte Dauersanierungsfall werden“ (SWR), „Ein bodenloses Projekt“ („Kontext“), „Gutachter warnen vor Tunnel- Risiken“ („Stuttgarter Zeitung“), „Probleme nicht ausreichend erfasst“ („Tageszeitung“).

Mit „Stuttgart 21“ wird die Bahn selbst zum Dauersanierungsfall. Soll die marode Bahn auch nur die Chance haben, in den nächsten Jahren wenigstens die wichtigsten bundesweiten Probleme in den Griff zu bekommen, muss dieses „Stuttgart-21“-Fass ohne Boden gestopft werden! Gegen das natur- und stadtzerstörerische Spekulationsobjekt muss der sofortige Baustopp im aktiven Widerstand erkämpft werden! Das Lügengebäude von Bahn, Landes- und Bundesregierung ist längst gescheitert.

Mit „Umstieg 21“ liegt ein vollständig ausgearbeiteter Vorschlag für einen modernen Verkehrsknotenpunkt vor: Ein Großteil des bisher für den Tiefbahnhof Gebauten wird demnach ideenreich „umgenutzt“ für einen umgestalteten Kopfbahnhof. Trotz Umstiegskosten ist dieser Weg um vier bis sechs Milliarden günstiger – Geld, das dringend gebraucht wird, um die heruntergekommene Bahn im ganzen Land zukunftsfähig zu machen. Bei „Campact“ könnt ihr eine entsprechende Petition unterzeichnen.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„Ich, Daniel Blake“: Der Film von Ken Loach erzählt anklagend und warmherzig die Geschichte zweier arbeitsloser Menschen, die ums Überleben kämpfen und in der Mühle des sogenannten Sozialsystems aufgerieben werden. Beeindruckend ist ihre gegenseitige Unterstützung. („Schauburg“, 19 Uhr)

Meine Fragen

„Er hat zu niemandem ein böses Wort gesagt“, sagte eine Mutter nach dem Tod ihres Sohnes, eines Drogendealers, der selbst keine Drogen nahm. Er arbeitete nicht, führte aber ein teures Leben, trug immer schicke Kleidung und fuhr einen nagelneuen Mercedes. Er nutzte die Schwächen und Probleme junger Menschen aus, um an leichtes Geld zu kommen. Er war freundlich, bot ihnen seine Hilfe an und machte die jungen Leute drogenabhängig – und damit abhängig von ihm. War er ein „guter Mensch“? Eindeutig nicht! Er hat den Tod junger Menschen in Kauf genommen und ihren Eltern und Familien unendliches Leid zugefügt.

Das Verhalten der großen Industrieländer gleicht jenem dieses Drogendealers. Sie nutzen die Schwächen und Probleme anderer Länder aus. Sie bieten ihnen ihre Hilfe an und verkaufen ihnen Waffen, um an schnelles Geld zu gelangen und die leeren Staatskassen zu füllen. Sie bringen vielen Menschen den Tod,

bringen statt Hilfe nur Krieg und unendliches Leid auf andere Kontinente, auch nach Europa.

Sind die Menschen, die solche Waffen verkaufen, aber freundlich im Umgang sind, „gute Menschen“? Sind die Politiker, die dem Waffenverkauf zustimmen, um die Möglichkeit zu haben, ein schickes Leben zu führen und teure Autos zu fahren, „gute Menschen“? Sie fügen vielen Menschen Leid zu und bringen ihnen den Tod. Sind Leute, die solche Politiker unterstützen und wählen, „gute Menschen“ und Bürger?

Liebe Eltern und Großeltern, denkt alle nach, in welcher Welt eure Kinder und Enkel aufwachsen werden! Alle Menschen der Welt, denkt nach, denn an euch liegt es, ob es weiter Kriege auf der Welt gibt oder nicht! Möchtet ihr schicke Kleidung und Autos in eurem Land haben und bewusst dem Waffenverkauf und damit dem Tod vieler Menschen zustimmen und weiter über die für mich unbegreiflichen „demokratischen“ oder „europäischen Werte“ reden? Hat das Leben jedes einzelnen Menschen nicht den größten Wert, in jeder Kultur der Menschheit?

Valentina Schneider (parteilos)

Die fromme Helene: Es ist ein Brauch von alters her – wer Sorgen hat, hat auch Likör (*Wilhelm Busch*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

597. Bremer Montagsdemo am 12. 12. 2016

Willkommene Anlässe zu Hetze und Staatsterror



1. Nach dem CSU-Parteitag hat jetzt auch CDU auf ihrem Parteitag einen Rechtsruck vollzogen. Eine „Volkspartei“ war CDU noch nie, aber das tritt jetzt deutlicher hervor: Die CDU ist ganz und gar eine Partei des Monopolkapitals. In dessen Interesse forderte der Parteitag die Ablehnung einer Vermögensteuer und einer Erhöhung der Erbschaftsteuer; die Verlängerung der Lebensarbeitszeit; den Ausbau von Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Bundeswehr und Geheimdienst sowie die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Vor allem soll aber weiterhin die „Balkanroute“ geschlossen bleiben, die Abschiebung beschleunigt und die „Ausreisegewahrsamkeitsdauer“ (welch ein Wort!) von vier Tagen auf vier Wochen verlängert werden. Schiffbrüchige **Flüchtlinge** sollen in afrikanische Lager deportiert, mit afrikanischen Staaten Abkommen nach Vorbild des EU/Türkei-Deals geschlossen werden. In diesem Sinn hält die Hetze gegen Flüchtlinge an, und das nicht nur von AfD oder „Pegida“, sondern bald jeden Tag in der Presse.

Es gab brutale Vergewaltigungen in Freiburg und Bochum, und die Ermordung des Opfers in Freiburg durch einen Migrant wird benutzt zu suggerieren, dies komme durch die „Flüchtlingswelle“. Dazu sagt Oliver Malchow, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Die Taten sind abscheulich und grausam, aber daraus einen direkten Zusammenhang zur ‚Flüchtlingswelle‘ herzustellen, missbraucht die Opfer ein zweites Mal“. Laut Veröffentlichung des Bundeskriminalamts gehen von Flüchtlingen 1,1 Prozent der Sexualstraftaten und 0,14 Prozent der Tötungsdelikte aus, sie sind also unterrepräsentiert in der Statistik.

Vergewaltigungen sind nicht ein Problem anderer „Kulturkreise“ oder des Islam, wie in der „Bild“-Zeitung gehetzt wird, sondern Bestandteil der besonderen Unterdrückung der Frau, und das überall, auch hier. Die meisten Vergewaltigungen und sonstige Gewalt gegen Frauen gibt es in den Familien. Jährlich werden in Deutschland etwa vier Millionen Frauen von ihren Ehemännern misshandelt.

Bestimmt gibt es noch eine viel höhere „Dunkelziffer“, aber CSU-Chef Seehofer setzte sich erst vor Kurzem vehement dagegen ein, Vergewaltigung in der Ehe für strafbar zu erklären. Beim diesjährigen Oktoberfest wurden 16 Vergewaltigungen angezeigt, aber keine einzige wurde von einem Flüchtling begangen. Alle Täter müssen streng bestraft werden – und rassistische Hetze gegen Migranten ebenfalls!

2. In Aleppo sind die von Assad und Russland bekämpften sogenannten Rebellen genauso reaktionär und grausam. Beide Seiten bringen die Bevölkerung um, zerstören Krankenhäuser und töten ganze Familien. Zu den durch die USA unterstützten „Rebellen“ gehören ebenso faschistische Kräfte, zum Beispiel die „Al-Nusra-Front“, wie es der „Islamische Staat“ ist.

Immer mehr Menschen fliehen in die drei von den „Demokratischen Kräften Syriens“ besetzten Stadtteile im Norden Aleppos. Zu ihnen gehören die kurdischen Kämpfer der YPG-„Volksverteidigungseinheiten“; sie greifen ebenfalls die faschistischen Kräfte an. Inzwischen haben sie Tausende **Zivilisten** in Sicherheit gebracht. Genau diese demokratischen Kräfte Syriens sind vom faschistischen Präsidenten Erdogan zu Hauptgegnern auserkoren worden.

Die Anschläge am Wochenende in Istanbul, von der TUK, den „Freiheitsfalken Kurdistans“ verübt, werden als Anlass genommen, den Krieg gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sich davon distanziert hat, und überhaupt gegen alle Kurden zu intensivieren. Da kann die PKK noch so oft erklären, dass die TUK nicht zu ihr gehört – das interessiert Erdogan überhaupt nicht.

Auch im deutschen Fernsehen wird wider besseres Wissen die TUK als „Splittergruppe der PKK“ bezeichnet. Diese Anschläge sind für die faschistische türkische Regierung der willkommenen Anlass, den Staatsterror gegen alle fortschrittlichen Kräfte und gegen alle freiheitlichen Bestrebungen zu verschärfen. Und die Bundesregierung unterstützt Erdogan dabei!

Wolfgang Lange (MLPD)

Am **Sonntag**, dem **18. Dezember 2016**, zeigt das „Kurdistan-Solidaritätskomitee Bremen“ um **16 Uhr** in der Reihe „Filmsonntag“ im „**Grünen Zweig**“, Erlenstraße 31, den Film „**Die Kinder von Diyarbakir**“, einen vielfach ausgezeichneten Spielfilm über ein kurdisches Geschwisterpaar, dessen Eltern vom türkischen Geheimdienst ermordet werden und die als Straßenkinder für ihr Überleben kämpfen müssen. Eintritt gegen Spende zum Wiederaufbau der zerstörten kurdischen Städte in der Südosttürkei.

Aufruf zur Gegenwehr



Überprüfungsanträge nach § 44 SGB X sind in diesem Jahr noch für die Zeit ab 1. Januar 2015 möglich! Schenkt euch selbst „Gegenwehr“ zu Weihnachten: Den Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft sparen, abgelehnte Anträge wieder aufleben lassen, Kürzungen durch Sanktionen zurückholen und alles, was euch verwehrt wurde! Zeigt, dass ihr lebt! Es lohnt sich! Es geht allein in Bremen für 2015

um über fünf Millionen Euro. Wenn euch jemand sagt, die Mietrichtwerte der Verwaltungsanweisung seien richtig und sattelfest, und ihr sollet den Widerspruch einfach bleiben lassen, dann lügt dieser Mensch!

Auch Fachleute wurden von Behördenvertretern dazu angehalten: Bremen setzt die Mietobergrenzen fest – und ihr habt euch daran zu halten! Wer das tut, rät vom Überprüfungsantrag oder Widerspruch ab. Es gibt nur ein einziges Gerichtsurteil zu diesem Sachverhalt, weil alle, die ihren Differenzbetrag eingefordert haben, diesen auch erhielten, wenn sie sich nicht einwickeln, also von ihrem Vorhaben abhalten ließen. Es wurde ihnen ausgeredet! Das ist Rechtsbeugung von ansonsten kompetenten Leuten! Wenn es noch Rückfragen gibt: Wir sind am 19. Dezember noch einmal auf dem Hanseatenhof, ab 2017 dann wieder in Bremens „Guter Stube“. Allerdings sind Überprüfungsanträge rückwirkend auf den 1. Januar 2015 nur bis zum 31. Dezember 2016 möglich. Es gilt das Eingangsdatum beim Jobcenter!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Ultra-Kapitalismus: Die Minister in Dagobert Trumps Kabinett besitzen mehr Privatvermögen als ein Drittel der US-Bevölkerung zusammen („Spiegel“)



JAHRESABSCHLUSSFEIER am 19. DEZEMBER 2016

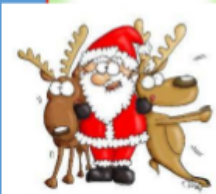
nach der 598. Montagsdemo ab 18:30 Uhr



im:

*Freizeitheim Buntentor,
Geschwornenweg 11,
zu erreichen mit der Linie 4
Haltestelle Rotes Kreuz
Krankenhaus*

Wie immer gibt es
Glühwein und Plätzchen



Es werden noch
Helfer/Spender für
Salat gesucht ...

und Beiträge für
Kulturelles
(Lieder, Sketche)

**Liebe Aktive/Mitstreiter, Kolleginnen und Kollegen,
Arbeitende und Arbeitslose,
der Widerstand gegen Hartz IV geht auch nach der
598. Montagsdemo weiter. Wir streiten gegen
Sanktionierungen/Schikanierungen/Vorurteile und
gegen Arbeitslosigkeit sowie gegen Armut v. a.
Kinderarmut, Neonazismus, für Umweltschutz, Solidarität
und eine lebenswerte Zukunft!**



V i. S. d. P.: Initiative Bremer Montagsdemo hier vertreten durch Wolfgang Lange

<http://www.bremer-montagsdemo.de>

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

598. Bremer Montagsdemo am 19. 12. 2016

Die Würde des Menschen steht unter Finanzierungsvorbehalt



Wie schon in ihrem ersten Buch „Exotische Schlangen vor dem Sozialgericht“ beschreibt Charlotte Mourner, was Hartz-IV-Berechtigten im Umgang mit den Jobcentern widerfahren kann. Der neue Band „Pastellmattschwarz“ wird mit einem Zitat von Ellen Diederich aus dem Dezember 2007 eingeleitet: „Die Würde des Menschen steht unter Finanzierungsvorbehalt“. Denn ob sich ein Erwerbsloser oder Aufstocker seine Kosten der Unterkunft, sein Essen und sonstige Lebenshaltungskosten leisten kann, das

hängt selbstredend davon ab, ob die sogenannte Grundsicherung überhaupt auf das Konto überwiesen wurde.

Wer jetzt annimmt, Langzeiterwerbslose befänden sich in Deutschland doch in einem Sozialstaat, der ihnen mit Artikel 20 des Grundgesetzes wiederum die verfassungsmäßige Grundlage für das Sozialstaatsprinzip zusichert, der wird häufiger mal eines „Besseren“ belehrt. Erstens sichert die „Grundsicherung“ gar keine noch so bescheidene Existenzgrundlage ab, selbst wenn sie pünktlich gezahlt wird. Zweitens macht auch Mourner deutlich, dass Hartz IV nicht nur sprachlich als Sondergesetz erkennbar ist, sondern etliche Betroffene sich in der vielerorts gelebten Praxis offenbar auch in einem rechtsfreien Raum befinden. Wie ist es sonst zu erklären, dass die den Betroffenen zustehende „Hilfe zum Lebensunterhalt“ nicht eben selten gar nicht, zu spät oder nicht in der zustehenden Höhe gezahlt wird?

Oftmals wird einem berechtigten Widerspruch nicht stattgegeben, muss erst das Sozialgericht zu Hilfe gerufen werden, um den Anspruch in einer Klage durchzusetzen. Dazu muss ein um seine Existenz, seine Wohnung Bangender aber in der Lage sein, sein Recht zu erkennen, sich Hilfe zu organisieren und den Mut besitzen, legalen Widerstand zu leisten. Da merkwürdigerweise vielerorts die Unterlagen von Hartz-IV-Betroffenen in den Jobcentern auf wundersame Weise und wie von Zauberhand geleitet einfach so verschwinden können, empfiehlt es sich,

diese nur mit einer vom Jobcenter abgestempelten Kopie abzugeben oder ein teures Einschreiben mit Rückschein abzusenden.

Obwohl die Autorin glaubhaft versichert, hier nur eine Auswahl der härtesten Rechtsstreitigkeiten ihres Freundes Kurt darzustellen, läuft mir bei dieser wie unaufhörlichen Aneinanderreihung von Rechtsbrüchen ein eisiger Schauer nach dem nächsten den Rücken herunter. Ob nun der Pfändungsschutz von Sozialleistungen geradezu ausgehöhlt wird durch eine Überweisung innerhalb eines laufenden Klageverfahrens ohne vorherige Ankündigung, oder ob die Übernahme der Kautions für die neue Wohnung in Form eines Darlehens abgelehnt wird, weil nach einem Räumungstitel und drohender Obdachlosigkeit natürlich keine Zustimmung zum Umzug eingeholt wurde?

Oder wie das Jobcenter Kurt mit der Miete in der Luft hängen lässt, nachdem sich dessen Mitbewohner das Leben genommen hat? Oder wie viele Stöcke Kurt zwischen die Beine geworfen wurden, als er sein Umgangsrecht mit seinen minderjährigen Töchtern regelmäßig im 14-tägigen Rhythmus über das Wochenende und in der Hälfte der Ferienzeit wahrnehmen wollte, er aber für jeden einzelnen Umgangszeitraum kontinuierlich weiter die Übernahme der Kosten beantragen musste? Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie viel seelischer Schaden, permanente Beschämung, Entwürdigung, Ausgrenzung und Existenzangst durch solch eine in meinen Augen oft bewusst eingesetzte, menschenverachtende Behandlung angerichtet wird.

Glücklicherweise müssen Zumutungen und Willkür durch so viele Mitarbeiter in den Jobcentern nicht hingenommen werden. Es lohnt sich zu klagen: Auch Mourner belegt, in wie beeindruckend vielen Fällen juristische Klagen von Erfolg gekrönt sind. Der Ausgang des Buches überrascht damit, wie Kurt durch lehrbuchhafte echte Förderung, ganz ohne Verfolgungsbetreuung, tatsächlich einen Arbeitsplatz bekommt, der zu ihm passt und von dem er leben kann. Aber machen wir uns nichts vor: So viel Glück können nicht alle Erwerbslosen haben, weil es so viele bezahlte Arbeitsplätze schlicht nicht gibt, auch wenn uns das eine immer wieder neu euphemisierte Arbeitslosenstatistik glauben machen will.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die erste **Montagsdemonstration** im Jahr **2017** beginnt am **9. Januar** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Die Weihnachtsbotschaft 2016 heißt Ethoxyquin



Es ist nicht etwa der Papst, der sie verkündet, sondern eher ein neuzeitlicher „Friedensengel“. Die Botschaft wurde Anfang Dezember von „Greenpeace“ veröffentlicht und betrifft alle Züchter, Händler und vor allem uns Käufer von Produkten aus Aquakulturen, der „modernen“ Massenhaltung von Fischen. Massentierhaltung auf dem Land, ihr Gestank und einige andere ihrer üblen Folgen wie beispielsweise Tierquälerei, Gefahr von Seuchen oder Resistenzbildung gegen Antibiotika sind uns heutzutage sehr gut bekannt.

Von der Öffentlichkeit nicht so leicht wahrnehmbar sind Massenfischhaltung in Gewässern von Küstenregionen (konventionelle Aquakultur) und die damit verbundenen Probleme. Die gibt es nur deshalb, weil die Weltmeere überfischt sind, was bedeutet, dass sie nicht mehr genug Fische auf natürliche Art liefern können. Doch die moderne, freie Marktwirtschaft findet noch immer Wege, zu möglichst günstigen Preisen für möglichst viele Konsumenten möglichst viele Produkte zu beschaffen, mit denen möglichst große Gewinne erzielt werden.

Das gilt für Computer, Autos, Palmöl, Tier- und Menschenfutter genauso wie für Fische: Alles muss in möglichst großen Mengen möglichst zentral produziert werden, damit es „wirtschaftlich“ wird. Dann „rechnet“ es sich, Lachse in norwegischen Zuchtstationen mit Fischmehl zu füttern, das in Peru hergestellt wird – aus Fischen, die es dort im Südostpazifik noch gibt. Damit das Fischfutter aus gemahlenem Fisch auf seinem 15.000 Kilometer langen Weg nicht vergammelt, müsste es mit Kühlschiffen transportiert werden. Aber die sind dann doch zu teuer – und so wird das Problem „chemisch gelöst“: Dem Fischmehl wird das Pflanzenschutzmittel Ethoxyquin beigemischt.

Das ist ein Insektenvernichter – vornehm: Pestizid –, von dem niemand so genau weiß, wie er wirkt, wenn er von Zuchtfischen gefressen wird. Im Gegensatz zu Glyphosat hat es die Europäische Union bereits 2011 geschafft, das Versprühen des Insektengiftes Ethoxyquin auf den Feldern zu verbieten. Doch erlaubt ist es im Tierfutter zur Haltbarmachung und als Brandschutzmittel. 150 Mikrogramm pro Kilogramm im Tierfutter sind legal. Für Fleisch, das der Mensch zum Essen auf seinen Teller packt, sind 50 Mikrogramm pro Kilogramm Fleisch zulässig. Für Fisch gibt es aber keine Grenzwerte, weil darin normalerweise kein Insektenvernichter enthalten sein kann.

Doch wenn man das bisher beschriebene „Weihnachtsmärchen“ kennt, müsste man auf die Idee kommen, das zu hinterfragen. Die Europäische Behörde

für Lebensmittelsicherheit hat bisher noch nicht einmal ein Urteil über Ethoxyquin abgegeben, geschweige denn entsprechende Tests durchführen lassen. Sie entscheidet nach Datenlage. Solche Machenschaften von Wirtschaftskriminellen scheinen niemanden zu interessieren, der dafür zuständig beziehungsweise verantwortlich ist, das zu prüfen.

Das Gutachten eines Kieler Toxikologie-Professors und „Greenpeace“ liefern jetzt ernüchternde Daten zur Lage. Es wurden Ergebnisse von 38 Stichproben verschiedener Fischprodukte aus Aquakulturen für Aldi, Edeka, Famila, Kaufland, Lidl, Marktkauf, Netto, Penny, Real und Rewe in einer Info-Broschüre ausgewertet und zusammengestellt. Ersichtlich ist, dass 30 davon die zulässige Höchstmenge von 50 Mikrogramm pro Kilogramm zum Teil erheblich überschritten haben.

Führend sind dabei: Stremellachs aus Norwegen von Real (851), Regenbogenforelle aus der Türkei von „Sea-Pride“ bei Netto (392), Räucherlach aus Norwegen von „Nordsee“ bei Marktkauf (330). Nehmen Sie also die Broschüre mit bei Ihrem Weihnachtsfischeinkauf und suchen Sie sich aus, was Sie möchten. Wildlachs ist in der Regel frei von Ethoxyquin und Antibiotika, weil er sich auf natürliche Weise selbst ernähren darf. Es ist fraglich wie lange es ihn noch geben wird bei steigendem Bedarf, denn Fisch ist beliebt, normalerweise gesund und für Küstenbewohner Lebensgrundlage.

Laut „Fisch-Informationszentrum“ konsumierten die Menschen in Deutschland im Jahre 2015 insgesamt 1,15 Millionen Tonnen Fisch. Das wären durchschnittlich etwa 19 Kilogramm, auch für mich. Ich esse schon gerne Fisch, doch es ist sehr schwer, zu prüfen wie viel pro Jahr. Vielleicht stimmt es, aber ich finde es bedenklich oder seltsam, dass andere Leute so etwas besser zu wissen scheinen als ich selbst. Das sind wohl auch „Geheimnisse“ der modernen Marktforschung, Datenerhebungen und sozialen Marktwirtschaft.

Helmut Minkus (parteilos)

Nur die Atomwirtschaft hat Grund zum Feiern

Der Rückzug ist nur ein Trick! Dazu erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“: „Wenn die AKW-Betreiber jetzt 20 Klagen fallen lassen, so ist das nicht viel mehr als eine PR-Maßnahme“. In diesen Verfahren geht es lediglich um 600 bis 800 Millionen Euro. Dagegen umfassen die Klagen, die die Stromkonzerne weiter aufrechterhalten, ein Volumen von elf bis zwölf Milliarden Euro. Zurückgezogen wird also lediglich ein Anteil von fünf bis sieben Prozent.



Die 20 Klagen, die jetzt aufgegeben werden, sind teilweise juristisch aussichtslos. Die AKW-Betreiber hatten manche bereits in ersten Instanzen verloren. Bei anderen ist klar, dass die geforderten Summen nicht zu halten sind. Der Jubel der Merkel/Gabriel-Regierung ist typisch: Damit unterstützen sie den Trick der Konzerne und erweisen sich erneut als Diener der Atomwirtschaft. Wenn der Bundestag bereit ist, sich für einen symbolischen Betrag die Haftung der Konzerne für ihren Atommüll abkaufen

zu lassen, dann muss er sich nicht wundern, wenn die Ablehnung der Regierung und die Proteste im Land weiter wachsen.

Jetzt sollen die AKW-Betreiber 23 Milliarden in den öffentlichen Atommüll-Fonds einzahlen und sind damit die Verantwortung für alle Zeiten los. Zu erwartende Kostensteigerungen muss dann die Allgemeinheit zahlen. Sind die noch laufenden Klagen der Stromkonzerne erfolgreich und wird die Brennelementesteuer wie geplant zum Jahreswechsel abgeschafft, dann reduzieren sich die 23 Milliarden um bis zu 18 Milliarden. Unterm Strich würden Eon, RWE und Konsorten also nur 5 Milliarden Euro für die ewige Lagerung ihrer strahlenden Abfälle zahlen – ein Skandal!

220.000 Menschen haben sich im November innerhalb weniger Tage an der Protestunterschrift-Aktion gegen die geplante Abschaffung der Brennelementesteuer beteiligt. Die Bundesregierung ignoriert dieses Votum und auch den Willen von 80 Prozent der Bevölkerung, die sich für das Ende der Atomenergie aussprechen.

Wie skrupellos die Atomkonzerne vorgehen, zeigt sich aktuell wieder: Weil die Brennelementesteuer nach derzeitigem Stand Ende 2016 ausläuft, haben EnBW, Eon und RWE ihre Reaktoren nicht wie sonst üblich „vollgetankt“, sondern nur wenige neue Brennelemente eingesetzt. Stattdessen wollen sie alle Reaktoren Anfang 2017 erneut öffnen, um – dann steuerfrei – weitere Brennstäbe nachzuladen. Bei jedem Öffnen des Reaktordeckels steigen jedoch die radioaktiven Emissionen eines Kernkraftwerkes auf ein Vielhundertfaches des sonst üblichen Wertes. Diese Emissionsspitzen stehen im Verdacht, für die erhöhten Kinderkrebsraten in der Umgebung von Atomkraftwerken verantwortlich zu sein.

Bei den Weltklimakonferenzen in Paris und Marrakesch beschlossen die versammelten Regierungsvertreter allen Ernstes, die „Energiewende“ auch mithilfe der Atomtechnologie erzielen zu wollen. Damit wird die Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase noch zum „Argument“ für die Fortführung und den Ausbau der menscheitsbedrohenden Atomtechnologie. Dabei ist es dringend notwendig, sowohl die Atom-, als auch die Kohle- und Gaskraftwerke abzuschalten. Wir fordern: Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien! Sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgungen aller Ato-

manlagen auf Kosten der Betreiber! Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Aufruf zur Gegenwehr



Überprüfungsanträge nach § 44 SGB X sind in diesem Jahr noch für die Zeit ab 1. Januar 2015 möglich! Schenkt euch selbst „Gegenwehr“ zu Weihnachten: Den Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft sparen, abgelehnte Anträge wieder aufleben lassen, Kürzungen durch Sanktionen zurückholen und alles, was euch verwehrt wurde! Zeigt, dass ihr lebt! Es lohnt sich! Es geht allein in Bremen für 2015

um über fünf Millionen Euro. Wenn euch jemand sagt, die Mietrichtwerte der Verwaltungsanweisung seien richtig und sattelfest, und ihr sollet den Widerspruch einfach bleiben lassen, dann lügt dieser Mensch!

Auch Fachleute wurden von Behördenvertretern dazu angehalten: Bremen setzt die Mietobergrenzen fest – und ihr habt euch daran zu halten! Wer das tut, rät vom Überprüfungsantrag oder Widerspruch ab. Es gibt nur ein einziges Gerichtsurteil zu diesem Sachverhalt, weil alle, die ihren Differenzbetrag eingefordert haben, diesen auch erhielten, wenn sie sich nicht einwickeln, also von ihrem Vorhaben abhalten ließen. Es wurde ihnen ausgedreht! Das ist Rechtsbeugung von ansonsten kompetenten Leuten! Wenn es noch Rückfragen gibt: Wir sind am 19. Dezember noch einmal auf dem Hanseatenhof, ab 2017 dann wieder in Bremens „Guter Stube“. Allerdings sind Überprüfungsanträge rückwirkend auf den 1. Januar 2015 nur bis zum 31. Dezember 2016 möglich. Es gilt das Eingangsdatum beim Jobcenter!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: Hans-Dieter Binder („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler),
Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Hartz IV betrifft uns ALLE!

Ich bin doch nicht arbeitslos! Was habe ich denn mit Hartz IV zu tun? Dieses Thema wird im Alltag meist erfolgreich verdrängt. Trotzdem sind wir fast alle, Män-

ner wie Frauen, von den Hartz-Gesetzen betroffen: Arbeitnehmende und Erwerbslose, aber auch Rentenbeziehende, Selbständige, Jugendliche und Kinder.

Hartz IV betrifft ARBEITNEHMENDE

Möchten Sie für Niedriglohn arbeiten? Die Verdienstmöglichkeiten der Arbeitnehmenden haben sich mit Freigabe der Zeit- und Leiharbeit sehr verschlechtert. Arbeitssuchende finden oft nur noch dort und zu Niedriglohn Anstellung. Eine Abwärtsspirale sorgt für sinkende Löhne und

höheren Druck auf Erwerbslose, solch eine Beschäftigung anzunehmen. Leiharbeitende sind arm trotz Arbeit: Sie verdienen kaum mehr als die Hälfte der Stammbeschaft. Arbeitnehmende schrecken vor Lohnforderungen zurück: Die meisten sind nur Monate von Hartz IV entfernt.

Hartz IV betrifft SELBSTÄNDIGE

Laufen die Geschäfte gut bei sinkenden Einkommen? Durch die Reformen der Agenda 2010 wurden einige wenige sehr reich, während mit der Massenkauflkraft auch die Umsätze der Selbständi-

gen dahinschmolzen. Die Exportindustrie profitiert bis zur nächsten Wahl von den niedrigen Löhnen, doch die Mittelschicht schwindet, Innenstädte veröden, immer mehr Betriebe machen die Pforten dicht.

Hartz IV betrifft RENTENBEZIEHENDE

Werden Sie im Alter mit Ihrer Rente auskommen? Schon heute brauchen viele, deren Rente unterhalb des Hartz-IV-Niveaus liegt, ergänzende staatliche Unterstützung, können davon aber kaum leben. Für Arzneimittel muss zugezahlt werden; steigende Mieten, Strom- und Heizkosten verschärfen die soziale Lage. Fallende Arbeitseinkommen ließen auch die Renten fallen, Ausbildungs- und Studienjahre verloren ihre Anerkennung, Anwartschaften wurden stetig abgesenkt. Die Mehrheit der künftigen Renten muss auf Grundsicherungsniveau aufgestockt werden oder liegt nur noch knapp darüber.



Jede Woche – 17:30 Uhr – Marktplatz
www.Bremer-Montagsdemo.de

Hartz IV betrifft ERWERBSLOSE

Reichen Ihnen 404 Euro im Monat zum Leben? Seit Hartz IV werden Arbeitslose nicht mehr motiviert, sondern in nervenzehrende Existenzkämpfe getrieben. Außer dem viel zu niedrigen Regelsatz, außer Scham und Einsamkeit erwarten sie noch der mögliche Zwangsumzug und die Zwangsarbeit gegen bloße Aufwandsentschädigung in Ein-Euro-Jobs. Weiterbil-

dung und Förderung? Das gibt es nicht mehr! Hartz IV ist zur trostlosen Sackgasse geworden, aus der nur sehr wenige dauerhaft herausfinden. Über ALG-II-Beziehende werden jährlich mehr als eine Million Sanktionen verhängt. Die perfide staatliche Abschreckung wirkt: Laut IAB verzichten 43 Prozent der Berechtigten „freiwillig“ auf jede staatliche Hilfe.

Kommt alle zur MONTAGSDEMO!

Deutschland besitzt kein funktionierendes soziales Netz mehr. Der Staat hat aber den Verfassungsauftrag, es zu knüpfen! In Bremen ist laut Senatsbericht mittlerweile schon knapp jede(r) Vierte arm. So darf es nicht bleiben! Ob Arbeitslose (durch Hartz IV), Arbeitnehmende (durch Hartz I mit Zeit- und Leiharbeit), Ren-

tenbeziehende (durch Grundsicherung auf Hartz-IV-Niveau) oder Selbständige (durch geringere Massenkaukraft infolge der neoliberalen Sparpolitik): Wir alle sind von den Hartz-Gesetzen betroffen! Wer sich darüber genauso empört wie wir, ist jeden Montag herzlich zur Teilnahme an unserer Demonstration eingeladen.

Weg mit Hartz IV, Leiharbeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit! Verlässliche, ausreichende Staatshilfe!

Die Verursacher der Hartz-Misere – CDU, SPD, FDP und Grüne – braucht mensch nicht mehr zu wählen. Kinder, Frauen, Alte, Alleinerziehende, Behinderte und Eingewanderte werden besonders benachteiligt. Die meisten erkennen ihre schlechte Lage, aber aktiven persönlichen Widerstand mit tatkräftigem Einsatz für eine bessere Zukunft leistet nur eine Minderheit. Wir führen gute Gespräche und helfen einander bei Problemen mit den Behörden!
Aus Zusehenden werden zu Sehende, aus Zuhörenden werden zu Hörende:



Jede Woche – 17:30 Uhr – Marktplatz
www.Bremer-Montagsdemo.de

überparteilich,
unabhängig, öffentlich